

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

3

3. Jahrgang 1961 · Preis 2,- DM

Aktuell und fesselnd ist die neue Schriftenreihe  
**Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse**

Heft 1

**Spartacus spricht!**

144 Seiten · Broschiert 1,40 DM

Das Heft enthält eine Auswahl von Kampfdokumenten der Spartacusgruppe aus der Zeit des ersten Weltkriegs, vor allem Flugblätter und Artikel aus der illegalen Presse und Briefe

Heft 2

Julian Marchlewski (J. Karski)

**Imperialismus oder Sozialismus?**

63 Seiten · Broschiert -,80 DM

Heft 3

**Lieb knecht contra Rüstungskapital**

Karl Liebknechts Kampf gegen Krupp, Imperialismus und Kriegsgefahr 1913/1914

112 Seiten · Mit 2 Illustrationen · Broschiert 1,40 DM

Heft 4

August Bebel

**Diesem System keinen Mann  
und keinen Groschen**

Aus Reden und Schriften

Ausgewählt und eingeleitet von Dr. Heinrich Gemkow

96 Seiten · Broschiert 1,40 DM

Die Reihe wird fortgesetzt.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung, durch „Interbuch“, Versandbuchhandlung, Leipzig C 1, Postfach 259, sowie durch den „Buchdienst Berlin“, Versandbuchhandlung, Berlin C 2, Rungestraße 20, und bei den Verkaufsstellen der Post.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus

beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon: 20 05 81 / App. 4119

## INHALT

<b>Walter Ulbricht:</b> Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen .....	523
<b>Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf.....</b>	<b>547</b>
<b>Horst Syrbe:</b> Zur nationalen Bedeutung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ .....	<b>573</b>
<b>Wolfgang Schröder/Gustav Seeber:</b> Zu einigen Problemen des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts und ihrer Darstellung in der westdeutschen Historiographie .....	<b>593</b>

## Erinnerungen

<b>Fritz Gübler:</b> Erinnerungen an meine Festungshaft in Gollnow und meine erste Begegnung mit Richard Scheringer .....	<b>621</b>
---	------------

## Dokumente und Materialien

<b>Werner Krause:</b> Ein unveröffentlichter Brief von Friedrich Engels über die Werttheorie .....	<b>636</b>
--	------------

## Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen

<b>Hegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer:</b> Staatsstreich und Massenstreik .....	<b>641</b>
<b>V. A. Varga:</b> Aus der Geschichte der Solidarität- und Kampfbeziehungen der deutschen und rumänischen Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1939 .....	<b>653</b>

## Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

Über die Erfahrungen mit einem Hilfsmittel bei der systematischen Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Dresden (*Erna Gute/Herbert Gute*) .....

### Berichte und Bemerkungen

Neue Publikationen polnischer Historiker zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schlesien (*Barbara Szerer/Jerzy Pabisz*) .....

Repräsentanten aus vier Kontinenten klagen die Bonner Neokolonialisten an (*Herbert Neumann*) .....

Zu einer wissenschaftlichen Diskussion an der Parteihochschule „Karl Marx“ (*Annelies Voigtländer*) .....

Eine neue Zeitschrift zur Geschichte der neuesten Zeit .....

Leserzuschrift (*Ferdinand Greiner*) .....

### Kritik und Bibliographie

Karl Marx/Friedrich Engels: Sul Risorgimento Italiano (*Guido Zamis*) ....

Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II und III (*Heinz Wohlgemuth*) .....

Л. И. Гинцберг: Карл Либкнехт (L. I. Ginzberg: Karl Liebknecht) (*J. S. Drabkin*) .....

Günter Griep: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890–1914) (*Fritz Zimmermann*) .....

Herbert Felgentreu: Kampf um Mitbestimmung (*Gertraud Schemmel*).....

Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I und II (*Karl Richter*) .....

Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung .....

Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung .....



WALTER ULBRICHT

## Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen

Ansprache von Walter Ulbricht auf der Festveranstaltung des Zentralkomitees aus Anlaß des 15. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Liebe Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Der heutige 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist ein großer Festtag für die Mitglieder unserer Partei, für die Arbeiterklasse, für alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und alle Friedensfreunde in Westdeutschland. Es ist ein Festtag der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Es ist ein großer Freudentag, denn stolz und mit Freude können wir an diesem Tage auf das große Werk blicken, das unter Führung der SED durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Kräfte der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik geschaffen wurde. Erlauben Sie mir, aus diesem Anlaß im Namen des Zentralkomitees unserer Partei allen Genossinnen und Genossen, allen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, Angestellten, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Unternehmern herzlichst für die großen Leistungen im Interesse unserer gemeinsamen Sache, der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, zu danken.

*Unsere Sozialistische Einheitspartei hat eine lange Geschichte. Sie geht zurück auf die Veröffentlichung des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ und die Gründung des Bundes der Kommunisten durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus und die Schaffung der ersten kommunistischen Parteiorganisation durch Marx und Engels, das ist die eigentliche Geburtsstunde unserer Partei. Damals, vor fast 120 Jahren, zählte der Bund 400 Kommunisten. Heute sind es 87 Parteien in allen Teilen der Welt mit über 36 Millionen Mitgliedern. Auf einem Sechstel des Erdballs, in der Sowjetunion, wird bereits der Kommunismus aufgebaut. Das sozialistische Weltsystem umfaßt ein Drittel des Erdballs und rund eine Milliarde Menschen.*

Welche grandiosen Siege hat die Arbeiterklasse im Bund mit den werktätigen Bauern und anderen Werktätigen in dieser geschichtlich kurzen Zeit errungen! Während 1917 das russische Proletariat die Kette der im-



perialistischen Herrschaft an einer Stelle durchbrach, steht jetzt in ganzen Welt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf Tagesordnung. Und die Sowjetwissenschaftler und Techniker gaben ersten Weltraumfahrer J. A. Gagarin die technische Ausrüstung zum mischen Flug um die Erde. Nicht nur in allen Erdteilen, sondern aus dem Weltraum ertönt: Völker hört die Signale...

Gagarin hat nicht nur eine gewaltige Leistung an Mut und technisches Können gezeigt, sondern er hat sich der ganzen Welt als der Mensch kommunistischen Zeitalters mit seinen hervorragenden Eigenschaften hohem fachlichem Können, seiner Charakterstärke und Treue zur Sowjetheimat gezeigt. Er ist der Mensch der kommunistischen, humanistischen Gesinnung. Was waren die Hauptetappen dieser Entwicklung?

Am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 konstituierte Karl Marx den Bund der Kommunisten, die selbständige Organisation des revolutionären Proletariats. Das französische Proletariat zeigte in der Pariser Kommune, wie das Proletariat durch die Errichtung seiner Diktatur die wahre Freiheit des gesamten Volkes erkämpft. Während der deutschen Sozialdemokratie die Lehren der Pariser Kommune beachtet wurden und der bürgerliche Einfluß an Boden gewann, erhob das russische Proletariat in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905. Die Bolschewiki gewannen die Mehrheit in der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, schufen unter der Führung des genialen W. I. Lenin revolutionäre Partei neuen Typus und führten in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das russische Proletariat zum Sieg. Das war Wendepunkt der Weltgeschichte, der auch zu einer Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung führte.

In Deutschland konstituierte sich die Kommunistische Partei Deutschlands, die konsequent den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus führte. Die Kraft der Kommunisten und der linken Sozialdemokraten reichte jedoch noch nicht aus, um die breite antifaschistische Aktionseinheit der Mehrheit der Arbeiterklasse zu schaffen. Erst in den bitteren Erfahrungen der Hitlerzeit zogen die Arbeiterklasse und demokratischen Kräfte die richtigen Lehren. Und das ruhmreiche Sowjetvolk, das sich selbst von imperialistischer Knechtschaft und kapitalistischer Ausbeutung befreit hatte, befreite unter unermeßlichen Opfern das deutsche Volk von der Hitlerbarbarei. 1945 galt es, die große Chance auszunutzen, um Deutschland ein für allemal von Faschismus und Militarismus zu befreien und den nationalen Weg des Friedens und der Demokratie zu beschreiten.

Aus Ruinen auferstanden, aus Ruinen, die uns von den Hitlerschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern hinterlassen worden waren, der Illegalität, aus den Konzentrationslagern und aus der Verbannung kommend, haben vor fünfzehn Jahren die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Gebot der Stunde erkannt. Mutig und zielbewußt gingen ans Werk und blickten vertrauensvoll in die Zukunft. Kommunisten



## *Die Vereinigung der Arbeiterschaft wird kommen*

sozialdemokraten reichten sich brüderlich die Hände, um das große Werk des Aufbaus eines neuen, friedlichen und antifaschistisch-demokratischen Deutschlands in Angriff zu nehmen.

Unter unermeßlichen Opfern hatte die heroische Sowjetarmee gemeinsam mit den alliierten Hitlergegnern die Hitlerarmeen vernichtet. Im Sieg des ruhmreichen Sowjetvolkes über den barbarischen deutschen Imperialismus zeigte sich die politische, ökonomische und militärische Überlegenheit des Sowjetsystems. Nunmehr galt es, in Deutschland selbst den Nazismus zu überwinden und die Kräfte des Monopolkapitals und Großgrundbesitzes, die der Hitlerpartei zur Macht verholfen hatten und deren Werkzeug sie war, zu entmachten. Das konnte nur unter der Führung der Arbeiterklasse gelingen.

*Als sich die kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen gaben, einig, einig und nochmals einig zu sein, um nunmehr den endgültigen Sieg über Faschismus und Militarismus in Deutschland zu erringen, war die Quelle der Kraft erschlossen, die den Sieg gewährleistete. Es galt, durch die einige Arbeiterklasse, die Bauern und alle demokratischen Kräfte den Weg frei zu machen für die Wirksamkeit der guten Traditionen im deutschen Volk, der Traditionen des Humanismus und Fortschritts. Den jahrhundertealten Unrat des preußisch-deutschen Militarismus, des barbarischen Faschismus, der Profitgier nach Ausbeutung anderer Völker und Länder, des nazistischen Ungeistes, des Rassenhasses und des Herrenmenschentums galt es auszuräumen.*

Welch unermeßliches Leid haben die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk in der Periode der kapitalistischen Herrschaft durchgemacht, als sich Konjunktur, Krise und Krieg als verhängnisvoller Kreislauf ablösten. Das werktätige deutsche Volk hat die Lehre aus zwei Weltkriegen teuer bezahlen müssen; die Lehre nämlich, daß Deutschland niemals durch Revanchepolitik, Eroberung fremder Länder und Unterdrückung anderer Völker, durch Militarismus und Herrenmenschentum vorwärtskommen kann. Nur durch friedliche Arbeit, durch Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur kann unser Volk zu Frieden, Glück und Wohlstand kommen.

*Erst die Arbeiterklasse konnte das große Befreiungswerk zum Siege führen*

Nachdem die kapitalistische Klasse unser deutsches Volk in zwei furchtbaren Kriegskatastrophen geführt hatte, war es die höchste Zeit, daß die neue Klasse, die Arbeiterklasse, die Staatsmacht in die Hände nahm, damit die wahre Volksdemokratie aufgebaut wurde. Nur unter der Führung der Arbeiterklasse konnte die Wiederholung des verhängnisvollen Weges verhindert werden. *Nur die Arbeiterklasse konnte diese Aufgabe von nationaler Bedeutung erfüllen*, denn ihre fortgeschrittensten Kräfte waren es, die konsequent den Kampf gegen Nazismus und imperialistische Kriegspolitik geführt und damit die wahren nationalen Interessen unseres deutschen Volkes vertreten haben.



Da die Arbeiterklasse zudem die einzige Klasse war, die keinen Anlaß an der imperialistischen Kriegspolitik gehabt hatte, und die einzige Klasse, die von einer revolutionären Partei geführt wurde, konnte nur sie in der Lage sein, alle friedliebenden, humanistischen, demokratischen, fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes für das große Werk der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu einigen. Die geschichtliche Aufgabe konnte nur gelöst werden, indem sich die Vorhut zur einigen revolutionären Partei zusammenschloß, die sich von der siegreichen Lehre des Marxismus-Leninismus leiten ließ.

Es entsprach der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse, in der neuen Epoche der Geschichte der Menschheit, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begonnen hatte, den Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu führen. In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus war es besonders in Deutschland, in den Ländern mit der höchsten Entwicklung des Monopolkapitals und den barbarischsten Erscheinungen des niedergehenden Kapitalismus, die Aufgaben des Krieg und die Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus auszunutzen, um der Herrschaft der Kriegsverbrecher, der deutschen Napolherren und Großgrundbesitzer ein Ende zu bereiten.

### *Der antifaschistisch-demokratische Weg*

*Gleichzeitig mit der Beseitigung der Trümmer, die das barbarische, menschenfeindliche System des deutschen Imperialismus hinterlassen hatten, galt es, den deutschen Militarismus und Imperialismus mit der Wurzel zu beseitigen, seine Staatsmacht zu zerschlagen und ein neues, antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen.* Es zeugte von einem hohen Bewußtsein der Werktätigen, daß sie in den Mai- und Junitagen 1945 forderten: „Die Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden.“ Damals war zwar der Kaiser gegangen, aber die Generale und die Herren der Rüstungskonzerne waren geblieben.

1945 war die Lage eine grundlegend andere. Das Sowjetvolk hat in entscheidendem Maße den Sieg über Hitlerdeutschland errungen. Bevor eine zweite Front gab, hatte das Sowjetvolk im Kampfe einer gegen eine die Überlegenheit der Sowjetmacht unter Beweis gestellt und von Moskau und Stalingrad bis Kiew der faschistischen Bestie entscheidende Niederlagen zugefügt. Die sowjetischen Sieger über den Hitlerfaschismus achteten feinfühlig die besonderen ökonomischen, sozialen und nationalen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Sie waren mit uns der Meinung, daß falsch wäre, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen. Die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der damaligen Lage erforderten die Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

Viele werden sich noch erinnern, wie in den Maitagen von 1945, als die Menschen begannen, die Trümmer zu beseitigen und mit Hilfe der so-



## *Die Vereinigung der Arbeiterschaft wird kommen*

schen Freunde das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, die Menschen besorgt fragten:

*Wie soll es weitergehen; wie soll unser Volk aus dieser Katastrophe herkommen; was wird nun werden?* Da veröffentlichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands am 11. Juni 1945 seinen *erkannten Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land, an alle Männer und Frauen, an die deutsche Jugend*. In diesem Aufruf wurde der totale Krieg Hitlers als der ungerechteste und verbrecherischste Raubkrieg der Zeiten charakterisiert. Es wurde festgestellt, daß der wortbrüchige Überfall Hitlers auf die Sowjetunion das größte und verhängnisvollste Verbrechen der herrschenden Klasse Deutschlands war. Offen wurde dem ganzen deutschen Volk gesagt, daß die Mitschuld alle jene Deutschen tragen, „die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands‘ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten. Unser Unglück war, daß Millionen und der Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der rassenlehren Rassenlehre, des ‚Kampfes um Lebensraum‘ den Organismus des Volkes verseuchen konnte.“<sup>1</sup>

In dem Aufruf wurde weiter gefordert:

„Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!“<sup>2</sup>

Die Partei rief auf zur „Schaffung einer festen Einheit der Demokratie und die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands“.<sup>3</sup> Ferner wurde in dem programmatischen Aufruf gesagt:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines *Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien* (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums-Partei und anderer) dienen kann.“<sup>4</sup>

Es war ein Beschluß von geschichtlicher Bedeutung, als der Zentrallausschuß der SPD unter Führung des Genossen Otto Grotewohl diesem Vorschlag zustimmte. Ich möchte Genossen Grotewohl für seine Initiative zur Herbeiführung des Beschlusses des Zentrallausschusses und für sein weiteres Wirken für die Entwicklung der Aktionseinheit und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, für die Zusammenarbeit mit unserem hochverehrten Wilhelm Pieck, im Namen unserer Partei und unseres Volkes den besonderen Dank aussprechen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten seit den ersten Maitagen 1945 war von entscheidender Bedeutung für die wei-

---

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 16.

<sup>1</sup> Ebenda.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>3</sup> Ebenda,



tere Entwicklung. Großes haben damals in brüderlicher Zusammenarbeit mit uns die sozialdemokratischen Genossen Otto Buchwitz, Jupp Orlop, Max Fechner, Hermann Schlimme, Fritz Ebert, Helmut Lehmann, Bernhard Göring, August Frölich, Karl Moltmann, Karl Steinhoff, Otto Meißner, Karl Litke, Rudolf Friedrichs, Käthe Kern, Wilhelm Höcker, Edith Barmann, Erich Mückenberger geleistet. Besonders hoch muß man die Arbeit zur Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften einschätzen.

Ich möchte allen sozialdemokratischen Freunden und den vielen namhaften Genossen, die gemeinsam mit den Kommunisten das große Werk der Zusammenarbeit begannen, heute noch einmal herzlich danken.

### *Der Weg zur Aktionseinheit*

Unsere Gegner haben wiederholt gesagt, wir seien gut vorbereitet gewesen und hätten uns angestrengt, die Niederlage des deutschen Nazismus auszunutzen, um eine neue Staatsmacht zu schaffen. Wir bestreiten das keineswegs.

Unter der Führung unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann hatte die Partei schon 1930 den Kampf für das Programm der sozialen und nationalen Befreiung organisiert. Die Kommunistische Partei war die Partei, die selbst unter dem furchtbarsten Terror, trotz des Verlustes vieler führender Genossen, von Jonny Schehr bis Wilhelm Firl und Theo Winter über zentrale Leitungen in Berlin und Leitungen in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen verfügte. Solche Helden der illegalen Kommunistischen Partei wie die Genossen Robert Uhrig, Anton Saefkow, Georg Schumann, die einen breiten Kreis von Hitlergegnern um die illegale Organisation der Kommunistischen Partei sammelten, haben sich nicht nur durch ihren Mut ausgezeichnet, sondern durch ihre richtige antifaschistische Politik des Zusammenschlusses aller Hitlergegnern.

Die Parteiführung der KPD gab durch illegale Flugblätter und Broschüren, durch den Kurzwellensender 29,8 und später durch den Moskauer Sender Welle 904 den Hitlergegnern eine richtige Einschätzung der Lage und der Aufgaben. Dazu kam die Aufklärungsarbeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ durch Rundfunk und an der Front sowie die Arbeit der Kommunisten und anderen Antifaschisten, die in den von den Hitlerarmeen besetzten Gebieten in Weißrußland wie in Oberschlesien eine opferreiche Arbeit leisteten.

In der Illegalität, unter den harten Bedingungen des faschistischen Terrors, arbeiteten die kommunistischen und sozialdemokratischen Gruppen mehr und mehr zusammen. In den Widerstandsgruppen und den Nationalkomitees „Freies Deutschland“, die in Berlin, Sachsen und Thüringen bestanden, waren die Kommunisten und Sozialdemokraten die aktivsten Kämpfer. In den Konzentrationslagern halfen sie sich gegenseitig und leisteten den sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Gefangenen und den Gefangenen aus anderen Ländern brüderliche Hilfe. Richtlinien der Politik der illegalen Gruppen waren die Beschlüsse der Brüssel-



*Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands.* Diese Konferenz, die im Jahre 1935 stattfand, hatte die *strategische Aufgabe* gestellt, alle Hitlergegner in breitesten Front im Kampf um die deutsche demokratische Republik zu einigen.

Schon im Beschluß der Brüsseler Konferenz wurde den Mitgliedern der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei gesagt, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiter erfordert. „Die praktische Voraussetzung“ zur Verwirklichung dieser Forderung „ist die Schaffung der Aktions-einheit“, <sup>5</sup> heißt es im Beschluß, und weiter: „Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen.“<sup>6</sup>

Wir sagten also damals bereits, daß die Aktionseinheit das dringendste Gebot der Stunde ist. Unsere Losung war: „Willst du Frieden, so kämpfe für den Sturz der Hitlerregierung!“

Während die aktiven sozialdemokratischen Genossen in Deutschland Solidarität übten, traten die Führer des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Emigration gegen die Aktionsgemeinschaft auf. Diese Genossen orientierten sich nur auf die Zusammenarbeit mit den Hitlergegnern in der Bourgeoisie und hatten kein Vertrauen zur Arbeiterklasse. Sie betrichteten, daß der Zusammenschluß aller Hitlergegner von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu den bürgerlichen Hitlergegnern einen Teil der Bourgeoisie abschrecken könnte. In Wirklichkeit haben sie damit erreicht, daß todesmutige Offiziere die Erhebung gegen Hitler ohne Verbindung mit den antifaschistischen Gruppen in den Großbetrieben vorbereiteten. Die falsche Orientierung der sozialdemokratischen Führung begünstigte jene Kreise der Hitlergegner in der Bourgeoisie, die zwar für den Sturz Hitlers waren, weil er den Krieg verloren hatte, die aber den Krieg als Einfrontenkrieg gegen die Sowjetunion weiterführen wollten. Leider gelang es nicht, in Deutschland in der Illegalität alle Hitlergegner in einer so breiten Front zu einigen wie im Nationalkomitee „Freies Deutschland“.

#### *Gemeinsame Ausschüsse von KPD und SPD*

Als die Hitlerherrschaft unter den Schlägen der heroischen Sowjetarmee zusammenbrach, war es *unsere erste und wichtigste Aufgabe, die Aktionsgemeinschaft der Kommunisten und Sozialdemokraten zu schaffen und zu sichern.* Die Arbeiterklasse begann die Lehre aus zwei Weltkriegen und aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen. Die im Teil erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Strömun-

<sup>5</sup> Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerherrschaft, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 156.

<sup>6</sup> Ebenda.

gen in der deutschen Arbeiterbewegung, die ihre ganze Geschichte begleitet hatten, wurden durch die harten Schläge, die der Hitlerfaschismus den Werktätigen versetzt hatte, beiseite gedrängt. Es setzte sich der Wille durch, gemeinsam den Faschismus und Militarismus ein für allemal zu vernichten.

Bereits auf der gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom Dezember 1945 wurden die Aufgaben des gemeinsamen Arbeitsausschusses der SPD und KPD gebilligt, die Aufgaben der antifaschistischen Aktionseinheit festgelegt und der Weg zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien aufgezeigt. Tiefe Begeisterung erfaßte die Arbeiterklasse, als sie von diesem Beschluß hörte. Die Antifaschisten verstanden, daß endlich die Kraft Gestalt annahm, die imstande ist, das Volk aus der Katastrophe herauszuführen und ein neues Deutschland aufzubauen. Auch die parteilosen Werktätigen waren an der Vereinigung brennend interessiert. In den Betrieben und Orten fanden gemeinsame Mitgliederversammlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen statt. Das Charakteristische der Entwicklung bis zum Vereinigungsparteitag waren diese gemeinsamen Versammlungen, die brüderliche Zusammenarbeit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Folgen des Krieges und zur Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Die Gegner der Einheit in Westdeutschland behaupteten, die Einheit vollziehe sich unter Druck. Und in der Tat erfolgte ein starker Druck von den Arbeitern aus den Betrieben und Städten. Es fanden viele gemeinsame Beratungen statt bis zu gemeinsamen Konferenzen der Delegierten beider Parteien in den Ländern.

### *Der Bruderbund wird auf dem Vereinigungsparteitag besiegelt*

Als schließlich der Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 stattfand, war die Vereinigung in der Praxis bereits überall vollzogen. Die geschichtliche Aufgabe des Vereinigungsparteitages war die Gründung der einheitlichen Partei, die Beschlußfassung über die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und die Auseinandersetzung mit jenen Spaltern in der Sozialdemokratie, die sich um die Schumachergruppe zusammengeschlossen hatten. Noch heute sind wir tief ergriffen, wenn wir uns an die Verbrüderung der Kommunisten und Sozialdemokraten auf diesem Vereinigungsparteitag erinnern. Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse bekannte ihre Treue zur revolutionären Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels. Sie setzte sich zum Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, der Bauern und des Volkes von imperialistischer Knechtschaft und kapitalistischer Ausbeutung zu erkämpfen. Wer erinnert sich nicht der Begeisterung, als sich Genosse Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der KPD, und Genosse Otto Grotewohl, der Vorsitzende der SPD, auf dem Vereinigungsparteitag brüderlich die Hände reichten. Die vo



## *Die Vereinigung der Arbeiterschaft wird kommen*

*chlungenen Hände wurden zum Symbol für das große Werk der Einigung  
er deutschen Arbeiterklasse.*

Endlich war damit die Voraussetzung geschaffen, daß die Lehre von Karl Marx, des größten Sohnes der deutschen Nation, nunmehr auch in seinem Geburtsland, in Deutschland, Wirklichkeit werden konnte. In dem programmatischen Beschluß des Vereinigungsparteitages wurden die Lehren von Marx, Engels und Lenin auf die Verhältnisse in Deutschland angewandt. Wenn Gegner behaupten, wir hätten das sowjetische Vorbild kopiert, so zeigt das nur, daß ihnen die Fähigkeit fehlt, die „Grundsätze und Ziele der SED“ zu verstehen. Der Marxismus-Leninismus war und ist eine internationale Lehre, und schließlich ist doch Deutschland das Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus. Wladimir Iljitsch Lenin hat auf der Grundlage des Werkes von Marx und Engels aufgebaut und die marxistische Lehre nicht nur schöpferisch in der Periode des Imperialismus weiterentwickelt, sondern dank seines Genius als Führer der bolschewistischen Partei das russische Proletariat in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum Siege geführt. *Das auf dem Vereinigungsparteitag der SED angenommene Programm war Ausdruck der schöpferischen Anwendung der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus auf die Entwicklungsbedingungen in Deutschland.*

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Bildung einheitlicher freier Gewerkschaften vorbereitet worden war, war ein geschichtlicher Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Mitten in Osteuropa wurde eine einheitliche marxistische Partei der Arbeiterklasse geschaffen. *In den 15 Jahren ihres Bestehens hat unsere Partei den Beweis erbracht, daß sie die besten revolutionären Traditionen der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verkörpert, für die August Bebel und Wilhelm Liebknecht kämpften, für die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid ihr Leben hingaben.* Unsere Partei führt die besten humanistischen Traditionen unseres deutschen Volkes weiter und tut alles in ihren Kräften stehende, um das klassische humanistische Erbe der deutschen Wissenschaft, Literatur und Kunst zu pflegen.

## *Die Schumachergruppe betreibt die Spaltung der Arbeiterklasse in Westberlin und Westdeutschland*

In Berlin kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den rechten sozialdemokratischen Führern, die den alten Weimarer Weg der parlamentarischen Tarnung der Diktatur des Monopolkapitals nochmals gehen wollten und erklärten, der Kapitalismus liege bereits am Boden. Die rechtssozialdemokratische Schumachergruppe wandte sich gegen die Vereinigung mit der Begründung, ein Reichsparteitag, der zur Wiedervereinigung Stellung nehmen könnte, sei nur möglich, wenn ein Reich da ist. Die Schumachergruppe, die mit den anglo-amerikanischen Besatzungsorganen ver-

bunden war, versuchte von dieser Position aus die Vereinigung zu verhindern. Gerade dieses Auftreten der Schumachergruppe überzeugte die sozialdemokratischen Genossen noch mehr, daß jedes weitere Hinauszögern der Vereinigung das Wiedererstarken der Reaktion begünstigte und nur dem Monopolkapital und den Großgrundbesitzern nützte. Schumacher veranlaßte die westlichen Besatzungsmächte, die Reise westdeutscher Sozialdemokraten zum Vereinigungsparteitag zu verhindern.

*In Berlin stimmte in einer Urabstimmung die übergroße Mehrheit der Sozialdemokraten für die Vereinigung.* Nur etwa acht Prozent entschieden sich dagegen. Aber mit Unterstützung der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden in Westberlin vermochte die kleine Gruppe der Schumacheranhänger sich als SPD zu konstituieren. Einer der sozialdemokratischen Führer schrieb: „Seit dem 7. April 1946 ist Berlin Brückenkopf geworden.“ Aus dem „Brückenkopf“ der Zehlendorfer Sozialdemokraten entwickelte sich die Frontstadtpolitik der westlichen Besatzungsmächte, der SPD-Führung und der sozialen Reaktion. Die Arbeiterschaft in Westberlin blieb gespalten.

1947 erklärte sich der amtsführende sozialdemokratische Bürgermeister von Berlin für den Marshallplan, und gleichzeitig sagte er demagogisch: „Berlin darf nicht kapitalistisch wiederaufgebaut werden.“ Der Marshallplan diente doch gerade der Restauration des Monopolkapitals in Westdeutschland und in Westberlin. Darüber täuschte die Schumachergruppe viele sozialdemokratische Mitglieder, indem sie über Sozialismus sprach, aber nicht einen Kriegsverbrecher, Konzernherren oder Großagrariere enteiignete, obwohl sie in den meisten Länderregierungen die Führung in der Handen hatte.

Wir haben in der sowjetisch besetzten Zone nicht von Sozialisierung geredet, aber die Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer, die Kriegsverbrecher und Verantwortlichen für den Krieg, haben wir nach Recht und Gesetz enteignet. Vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse und aller Antifaschisten, ja aller Menschen, die ein friedliches Deutschland wollen, mußte die nächste Aufgabe sein, die Monopolherren, die mit Hitlers Staatsmacht verbunden waren, die eigentlichen Herren Hitlerdeutschlands, durch die Enteignung der Rüstungsmonopole so zu schwächen, daß sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Machtmittel zur Restauration der reaktionären Kräfte auszunutzen.

In schöpferischer Anwendung der Lehren Lenins über die demokratische und sozialistische Revolution haben wir 1945 mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung begonnen und in der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution eine den historischen und nationalen Bedingungen Deutschlands entsprechende Form der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern geschaffen.

Gegen diese wahrhaft demokratische Entwicklung traten die rechten sozialdemokratischen Führer auf. Sie wurden auch von den sozialdemokratischen Werktätigen zurückgewiesen, die nicht den alten Kreislauf: Krieg — Konjunktur — Krise — Faschismus — Krieg nochmals wiederholen wollten.



Schon vor der Vereinigung hatten das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD erklärt, daß sie die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus *auf demokratischem Wege* erstreben. In dem Beschluß des Vereinigungsparteitages wird mit Nachdruck hervorgehoben, daß die SED um den neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik kämpft. Die Lage in Deutschland schließe „die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“<sup>7</sup>

Jeder Sozialdemokrat, der wirklich für Demokratie und Sozialismus ist, konnte diese „Grundsätze und Ziele“ unterschreiben. Wenn es in Westdeutschland nicht zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien kam, so deshalb, weil die Besatzungsbehörden im Einvernehmen mit den reaktionären Kräften des Großkapitals, unterstützt von einigen rechten sozialdemokratischen Führern, die Bildung von Parteien erst später zuließen und mit Hilfe des Besatzungsapparates gemeinsame Versammlungen und Konferenzen der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen verhinderten.

*Erfolge der Werktätigen der DDR,  
die von geschichtlicher Bedeutung sind*

Am 15. Jahrestag der Gründung der SED denken nicht nur die Genossen, sondern alle Bürger der DDR darüber nach:

*Was wurde in diesen 15 Jahren erreicht?*

Wir haben Erfolge von größter nationaler Bedeutung erreicht. Die Grundlage aller Erfolge ist die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Partei mit ihrem Zentralkomitee, einer erfahrenen kollektiven Führung, an der Spitze. Der größte Erfolg ist die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik als der Bastion des Friedens in Deutschland, als des rechtmäßigen deutschen Staates.

Diese Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und danach des Arbeiter-und-Bauern-Staates war nur möglich durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz, den Gewerbebetreibenden und privaten Unternehmern. Die Einigung der beiden Arbeiterparteien schuf die Voraussetzungen für den Zusammenschluß der demokratischen Parteien zum Block der antifaschistisch-demokratischen Kräfte und zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dieser Block

<sup>7</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 626/627.

der Parteien, die Bürger aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung umfassen, hat sich aus einem Bündnis zu einer schöpferischen Zusammenarbeit entwickelt. Diese Form der Koalition ist Beispiel, wie Parteien, denen Bürger aus verschiedenen sozialen Schichten und mit verschiedener Vergangenheit und Weltanschauung, Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Gewerbetreibende und Unternehmer angehören, im Interesse des Friedens und des Fortschritts zusammenarbeiten können.

Wir haben den geschichtlichen Beweis für ganz Deutschland erbracht, daß das deutsche Volk ohne Teilnahme an einem Wettrüsten, ohne Militarismus vorwärtsschreitet zu einem glücklichen Leben. Das deutsche Volk kann nur durch die Qualität der Arbeit seiner Werktätigen, die wissenschaftlichen und technischen Leistungen der Intelligenz zu einem hohen Lebensstandard gelangen. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben bewiesen, daß sie ihre Industrie, ihre Landwirtschaft, ihre wissenschaftlichen Institute, ihren Staat sehr gut leiten können ohne Konzernherren, ohne kapitalistische Manager, ohne Großgrundbesitzer und Militaristen. Obwohl wir nach 1945 eine ökonomisch schlechtere und schwerere Ausgangsposition hatten als Westdeutschland, ist es gelungen, mit Hilfe der Planwirtschaft große wirtschaftliche Erfolge zu erzielen und die Lebensbedingungen der Werktätigen schrittweise, aber ständig zu erhöhen.

Welch große Entwicklungsmöglichkeiten haben wir für die Jugend geschaffen! Eine Intelligenz der Arbeiterklasse ist herangewachsen. Den Frauen wurde nicht nur die Gleichberechtigung gegeben, sondern der Weg zu einem besseren Leben eröffnet.

Welche große Entwicklung zeigte sich im kulturellen Leben unseres Volkes? Nicht einmal in Westdeutschland wird bestritten, daß unser Schulsystem dem Schulsystem des kapitalistischen Westdeutschlands überlegen ist. *Seit der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung entwickeln sich in Stadt und Land neue, wahrhaft menschliche Beziehungen zwischen den Bürgern der Republik. Die Brigaden der sozialistischen Arbeit in den Industriebetrieben, Instituten und LPG zeigen, wie sich wirkliche Freundschaft zwischen den Menschen entwickelt. Und international sind wir wegen unserer konsequenten Politik des Friedens und der Freundschaft zu den anderen Völkern geachtet. In den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sowie den volksdemokratischen Ländern, insbesondere mit unseren Nachbarn, dem polnischen und dem tschechoslowakischen Volk, aber auch mit den jungen Nationalstaaten haben wir eine neue deutsche Außenpolitik entwickelt, die in Zukunft entscheidenden Einfluß haben wird auf die Außenpolitik ganz Deutschlands.*

So ist *unsere größte geschichtliche Leistung* die Schaffung dieser Bastion des Friedens in Deutschland und damit der Grundlage für das zukünftige friedliebende Deutschland, das sich von Militarismus und Faschismus befreit hat.



*Wie sieht die Bilanz der sozialdemokratischen Spalter aus?*

Während die Erfolge der fünfzehnjährigen Aufbauarbeit der einigen Arbeiterklasse und der einigen Nationalen Front des demokratischen Deutschland weithin sichtbar sind, quält sich die sozialdemokratische Parteiführung mit einer verschwommenen Bestandsaufnahme ab, die sie gemeinsam mit der Partei des deutschen Militarismus und des Monopolkapitals, der Adenauer-CDU, durchführen möchte.

Was ergibt die Bilanz seit der Spaltung der Arbeiterklasse Westdeutschlands durch die Schumachergruppe und seit der Unterstützung des Marshallplanes? Hier sind die Ergebnisse:

Restauration der Macht der deutschen Monopole, Wiederherstellung der Macht des deutschen Militarismus. *Die Führung der SPD ist von der Zustimmung zum Marshallplan Stufe für Stufe bis zur Unterstützung der NATO-Politik und der Milliardentribute an die USA gesunken.* Die SPD, die nach 1946 in den Landesregierungen herrschte, verlor Position um Position. Ja sie wurde sogar im Ruhrgebiet von der CDU zurückgedrängt. Sowohl die Hitlergenerale wie die aktiven Nazis wie die reaktionären Klerikalen wie die rechten sozialdemokratischen Führer erklären den Bonner Staat als ihren Staat. Aber es ist kein Staat der westdeutschen Werktätigen, der Demokraten und friedliebenden Deutschen. In der westdeutschen Wirklichkeit bestimmt der Rat der Konzernherren.

Die sozialdemokratische Führung preist die westdeutsche Wirtschaft als ihre Gemeinwirtschaft. Und Herr Deist und andere SPD-Führer wurden mit zahlreichen Aufsichtsratsposten für diese Propaganda großzügig honoriert. Aber was ist denn das für eine „freie Marktwirtschaft“? Gegenwärtig beherrschen anderthalb Dutzend Konzerngruppen mehr als 70 Prozent der gesamten westdeutschen Industrieproduktion. Sie kontrollieren durch Kartelle und andere Absprachen den entscheidenden Teil des Handels und zwingen somit fast das gesamte wirtschaftliche Leben unter ihre Herrschaft.

Zehn führende westdeutsche Aktiengesellschaften, darunter die drei Großbanken, die drei IG-Farben-Konzerne, die Metallgesellschaft und Siemens & Halske, haben für das Geschäftsjahr 1960 Dividenden zwischen 16 und 18 Prozent ausgeworfen. Ihre Dividendensumme, ein Bruchteil der wirklichen Profite, beträgt 638 Millionen Mark. Der Kurswert der Ende 1959 in Westdeutschland vorhandenen Aktien ist im Laufe des Jahres 1960 um rund 33 Milliarden D-Mark gestiegen. Diese Summe läßt schon eher einen Rückschluß auf den ganzen Umfang der von den Monopolen angeeigneten Profite zu. Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, daß die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter durch die Monopole gegenwärtig schärfer und brutaler ist als selbst zu Hitlers Zeiten. Die Deutsche Bank hat allein 1960 ihr halbes Aktienkapital verdient.

Wir fragen die SPD-Führer: Zu welchen Resultaten hat die von ihnen unterstützte Politik des „Grünen Planes“ geführt? Die Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft ist von 3,7 Milliarden D-Mark im Jahre 1950

auf rund 12 Milliarden D-Mark im Jahre 1960 geklettert. Allein 1960 sind die Schulden um über eine Milliarde gestiegen. Zinssätze für Darlehen von 8,5 bis 12,5 Prozentbürden den Bauern riesige finanzielle Lasten auf.

Die Ausbeutung der Arbeiterklasse wie der werktätigen Bauern hat in Westdeutschland noch nie dagewesene Maße erreicht. Die Arbeiterklasse muß nicht nur die Aufrüstung bezahlen und dazu den ungeheuren staatlichen Unterdrückungsapparat, den sich die westdeutschen Reaktionen aufgebaut haben, sondern auch noch den Kapitalexport, mit dessen Hilfe die Politik des Neokolonialismus durchgeführt und der nationale Befreiungskampf der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker verhindert werden soll. Hätte es jemals ein sozialdemokratischer Arbeiter für möglich gehalten, daß ein SPD-Führer wie Brandt sich den Führern der Unternehmerverbände gegenüber verpflichtet, auf die Gewerkschaften einzuwirken, damit sie auf Lohnforderungen verzichten?

Es ist notwendig, dem deutschen Volk und vor allem den sozialdemokratischen Arbeitern offen zu sagen: Eine Gruppe Abenteurer hat sich der Führung der SPD bemächtigt. Die Brandt, Wehner, Erler und Deis unterstützen aktiv die NATO-Politik wie die Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen und sind ins Lager des deutschen Imperialismus übergegangen. Schon seit langer Zeit sind sie keine Sozialisten mehr. Jetzt sind sie nicht einmal mehr Reformisten oder bürgerliche Demokraten. Es sind Abenteurer und Karrieristen, bereit, skrupellos die Arbeiterklasse und das werktätige Volk zu verkaufen, wenn damit nur ihren karrieristischen Zielen und ihrem eigenen materiellen Nutzen gedient ist. Es gab schon früher solche Typen, die Verrat an der Arbeiterschaft geübt haben: Mussolini, Noske und andere.

Von den sozialdemokratischen Führern, die jetzt in das Lager des Imperialismus und zur NATO-Politik übergegangen sind, ist nichts Gutes zu erwarten. Es wird nicht vergessen, daß Brandt in den USA die Organisation des Bürgerkrieges, d. h. des Krieges von Westberlin und Westdeutschland aus vorschlug. Also dasselbe, was die aggressivsten Kreise des Pentagon gegenüber dem kubanischen Volke und seinem neuen freiheitlichen Staat unternommen haben und das mit der Vernichtung der Eindringlinge endete. Es ist interessant, daß der Abenteurer Brandt selbst in den kapitalistischen Kreisen der USA auf Ablehnung stieß.

Nur ein Mensch, der sein Gewissen verloren hat, ein Abenteurer ohne jede Bindung an Verantwortung und Tradition, kann doch – wie es Herr Brandt auf dem SPD-Parteitag in Hannover getan hat – dem deutschen Volk mit zynischer Leichtfertigkeit empfehlen, es müsse sich nun einmal daran gewöhnen, im „Gleichgewicht des Schreckens zu leben, in einem Zustand, der weder Krieg noch Frieden ist...“<sup>48</sup> Ein Leben unter der permanenten Drohung der Atom Bombe – das ist also die Perspektive, die diese Leute dem deutschen Volk in Aussicht stellen.

Wir verstehen, daß viele Arbeiter nach den schweren Jahren des Faschismus und des Krieges über die Nachkriegskonjunktur froh sind und daß sie manche Illusionen haben. Wir erinnern uns, welche Illusionen:



viele Menschen über die Konjunktur unter der Hitlerregierung von 1933 bis 1936 hatten.

Wie teuer aber hat unser Volk diese Illusionen bezahlen müssen! Mit Blut und Tränen und unschätzbaren materiellen Verlusten. Und welche Illusionen hatten noch vor ganz kurzer Zeit manche Leute über den amerikanischen Kapitalismus, bis sie erfuhren, daß sich dieser famose „Volkskapitalismus“ durch sieben Millionen Erwerbslose auszeichnet. Die USA haben zwar nicht den Rekord im Weltraumflug; aber was die Arbeitslosigkeit betrifft, so haben sie unter den Industrieländern ohne Zweifel den Weltrekord inne.

Die westdeutschen Werktätigen täten klug daran, sich selbst eine reale Einschätzung der Lage zu verschaffen, damit sie sich nicht von Strauß in Kriegsabenteuer treiben lassen. Wir wissen: Das ist für viele westdeutsche Werktätige nicht einfach. Der Druck dieses militaristisch-klerikalen Systems und die Haßpropaganda gegen Sozialismus und Kommunismus machen es den westdeutschen Werktätigen schwer, sich richtig zu orientieren.

So wie die vielen Deutschen, die 1933 Hitler gewählt hatten, das schon einige Jahre später bereuten und ihre Meinung änderten, so werden auch die Bürger der westdeutschen Bundesrepublik ihre Meinung über das Adenauerregime revidieren. Wir wissen, morgen werden sie anders denken als gestern und heute. Mit wie vielen früheren Sozialdemokraten, mit denen wir jetzt brüderlich in einer Partei vereint sind, hatten wir früher große Auseinandersetzungen. Wir zweifeln nicht daran: Auch in Westdeutschland werden sich die Werktätigen zu neuen Erkenntnissen durchringen. Wir können als Marxisten-Leninisten die Entwicklung voraussehen. Wir haben 1917 die weltgeschichtliche Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erkannt. Wir haben 1933 die Katastrophe des Hitlerregimes und 1941 die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands vorausgesagt. Wie viele haben uns damals weder geglaubt noch verstanden! Aber wir haben damals wie jetzt die ungeschminkte Wahrheit gesagt, die sich letzten Endes immer durchsetzt. Wir haben auch vorausgesehen, daß die Sowjetunion den ersten Kosmonauten in den Weltraum schicken wird, weil die Überlegenheit des sozialistischen Systems in der Sowjetunion gesetzmäßig ist und sich zuerst auf den entscheidenden Gebieten der Wissenschaft durchsetzt.

*Auch die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland  
wird Wirklichkeit werden*

Wir wissen, die Sache des Friedens wird auch in ganz Deutschland siegen. Voraussetzung für den Frieden in ganz Deutschland ist der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in der Aktionsgemeinschaft. Die Besonderheit der Lage in Deutschland bringt es mit sich, daß sich die Aktions-

<sup>8</sup> Vorwärts (Bonn), 2. Dezember 1960.

gemeinschaft in Westdeutschland von den Betrieben und Massenorganisationen aus bildet und andererseits in der Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Friedensfreunden und den gesellschaftlichen Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Vielleicht zweifelt mancher westdeutsche Sozialdemokrat gegenwärtig noch an der kommenden Einigung der Arbeiterschaft. Er wird eines Tages einsehen, daß wir recht haben. Wir sind davon überzeugt: Nicht nur die Friedenspolitik der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik und die Erfolge des sozialistischen Weltsystems, sondern auch die militaristische und antidemokratische Politik der herrschenden Klassen in Westdeutschland werden ihnen helfen, zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Die Arbeiterschaft in Deutschland hat schon einige Vereinigungen durchgeführt: die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Gotha im Jahre 1875; die Vereinigung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei nach den großen Kämpfen im Kapp-Putsch; die Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946.

Und es wird noch die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands kommen. Sie wird vorbereitet durch die Aktionsgemeinschaft, wie sie sich heute schon in den Betrieben und Massenorganisationen in Westdeutschland zeigt. Sie wird vorbereitet auf den gemeinsamen Beratungen der Vertreter der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen aus beiden Teilen Deutschlands.

Möge sich jeder Arbeiter Westdeutschlands darüber klarwerden, daß die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland nur möglich ist als Folge der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterschaft, als Ergebnis ihres entschlossenen Kampfes zur Bändigung des deutschen Militarismus und Neonazismus. Niemals werden wir die westdeutschen sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschafter preisgeben. Wir wissen, wie mutig sie gegen Atomkriegsrüstung, gegen Militarismus und nazistischen Ungeist kämpfen. Wir wissen, welche Anstrengungen sie machen, um ihr Ziel, die große Befreiung des Volkes in Westdeutschland von Militarismus und monopolkapitalistischer Ausbeutung, zu erreichen.

*Das Unglück unseres Volkes und der Kampf um die Wiedervereinigung*

Manche Werktätige in Westdeutschland sagen, das Unglück Deutschlands sei die Spaltung. Sie weichen der Frage nach der Ursache der Spaltung aus. In Wahrheit war immer das Unglück unseres Volkes die Herrschaft der militaristischen und imperialistischen Kräfte. In bezug auf Westdeutschland ist das auch heute noch so. Das größte Unglück unseres deutschen Volkes ist die Tatsache, daß Westdeutschland ein Kriegsherd ist. Die Herrschaft der Militaristen über Westdeutschland, das ist die Ursache der Spaltung unseres Vaterlandes. Die Herrschaft dieser Revanchepolitiker hat auch zur Spaltung der Arbeiterschaft in Westdeutschland geführt.



Das Unglück unseres Volkes ist es, daß die Einheit Deutschlands 1871 nicht auf demokratischem Wege erfolgte, sondern das Ergebnis des Krieges und des Bündnisses der reaktionären Kräfte war. Hier wurde der Weg des deutschen Militarismus und Imperialismus vorgezeichnet, der Deutschland in zwei Katastrophen gestürzt hat. Deshalb fordert die Lehre der Geschichte vom deutschen Volk: Keine Einheit mit dem Militarismus und Neonazismus, keine Einheit, die den deutschen Imperialisten irgendeine Chance gibt! Eine Vereinigung mit dem Kriegsherd ist nicht möglich, denn das würde seine Ausdehnung und die gesteigerte Gefahr neuer Katastrophen bedeuten. Auch die Engländer, Franzosen, Belgier, Skandinavier sind an einer solchen Ausdehnung der Herrschaft des westdeutschen Militarismus nicht interessiert.

Gegenwärtig wirken im östlichen Teil Deutschlands die Gesetze des Sozialismus und im westlichen Teil Deutschlands die Gesetze des Imperialismus. Da Revanchepolitik, Atomkriegsrüstung und Notstandsgesetzgebung in Westdeutschland die Lebensinteressen des Volkes verletzen, werden die friedliebenden demokratischen Kräfte mit immer gewaltigeren Schlägen das Mißgebilde des westdeutschen Separatstaates erschüttern.

*Wenn heute in Westdeutschland führende Politiker von der Geschichtslosigkeit Westdeutschlands sprechen und behaupten, der deutsche Nationalstaat sei ein für allemal überwunden, so zeigt das den fundamentalen Gegensatz zwischen den herrschenden Klassen, die sich mit Haut und Haar den Interessen des USA-Finanzkapitals verschrieben haben, und den nationalen Interessen unseres Volkes.* Es ist auch kein Zufall, daß sich die westdeutsche Regierung in die Provinz westlich des Rheins zurückzog und auch dadurch bekundet, daß sie jede nationale Tradition des deutschen Volkes preisgibt. Die Furcht vor der unvermeidlich kommenden Volksbewegung war es, die die Bonner Regierung dazu veranlaßt hat. *Für die Erhaltung der Herrschaft der großen Monopole und des Militarismus hat die Bonner Regierung die nationalen Interessen unseres Volkes preisgegeben und Westdeutschland den Interessen des Finanzkapitals der USA untergeordnet.*

Unter diesen Bedingungen würde die Einheit Deutschlands bei Fortbestehen der militaristisch-klerikalen Herrschaft in Westdeutschland die Wiederholung von 1933 und die Ermunterung zum Revanchekrieg bedeuten. Ich habe mit Engländern und Franzosen, mit Belgiern und Amerikanern gesprochen. Das waren keine Anhänger des Sozialismus und keine Freunde der DDR. Aber es waren Menschen, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Sie fragten, ob wir fest bleiben würden, ob die DDR ihre geschichtliche Aufgabe als Bastion des Friedens erfüllen wird. Diese Herren anerkennen unseren Staat noch nicht. Aber sie anerkennen die Rolle der DDR im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

*Wir sagen allen Völkern der kapitalistischen Länder:*

Die DDR wird, gleichgültig welche Anstrengungen auch notwendig sein mögen, *niemals* vor den westdeutschen Militaristen zurückweichen. Nicht

nur im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik, sondern ebenso im Interesse der westdeutschen Bevölkerung, im Interesse der ganzen deutschen Nation, im Interesse des Friedens für alle Völker Europas. Denn das ist die Wahrheit: Wer den westdeutschen Militaristen nachgäbe, der ermunterte die Bonner Revanchepolitiker direkt zur Kriegsaggression und böte die Hand zur Entfesselung eines atomaren Weltkrieges.

Wir haben wiederholt erklärt: *Wir sind zu Verhandlungen mit jeder westdeutschen Regierung bereit.* Aber nur solche Verhandlungen haben einen Sinn, die der Erhaltung des Friedens dienen. Deshalb haben wir der Bonner Regierung einen Frieden für zunächst zehn Jahre vorgeschlagen. Der wichtigste Schritt zur Sicherung des Friedens in Deutschland, durch den zugleich wichtige Voraussetzungen für eine spätere *Wiedervereinigung auf dem Wege über die deutsche Konföderation* geschaffen werden, das ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Niemand soll glauben, es gebe irgendein Zaubermittel, die Einheit Deutschlands herzustellen. *Es gibt nur einen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, und der führt über die Bändigung des deutschen Militarismus und die Ausrottung des Naziungeistes.* Es ist doch nicht schwer zu verstehen, daß es mit den Strauß, Heusinger, Globke, Speidel, Foertsch keine Vereinigung geben kann. Das verbieten schon die nationalen Interessen des deutschen Volkes, das verbietet das Interesse der Sache des Friedens in Europa.

Wir vertreten also keine enge Staatspolitik als DDR. Wir führen eine Politik, die sich von dem geschichtlichen Auftrag, in Deutschland die Kriegsherde zu beseitigen, leiten läßt. Deutschland soll ein Hort des Friedens sein!

### Was bringt ein Friedensvertrag?

Die Zeitungen mancher NATO-Staaten veröffentlichen hier und da Stellungnahmen von Politikern und Publizisten gegen einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten. Aber im Grunde ihres Herzens — wenn sie es auch nicht öffentlich auszusprechen wagen — wären die meisten von ihnen recht froh, wären in Deutschland durch einen Friedensvertrag die Reste des Krieges und des Nazismus für immer beseitigt, gäbe es in Westdeutschland keine Hitlergenerale, Eichmänner und Gestapobeamte in der Uniform eines Verfassungsschutzes und keine Hitlerschen Blutrichter als Hüter des Unrechts.

Es gibt überhaupt niemanden in Deutschland — abgesehen von einer kleinen Schicht schwerbelasteter Militaristen und Nazisten —, der durch einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten nicht gewänne. *Der Friedensvertrag würde den Frieden für das deutsche Volk sichern und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ermöglichen.* In dem Maße, wie der Einfluß der militaristischen und nazistischen Kräfte zurückgedrängt wird, würden sich auch die Voraussetzungen für die *Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über eine*



## *Die Vereinigung der Arbeiterschaft wird kommen*

*Konföderation der beiden deutschen Staaten entwickeln. Die Reste des Krieges in Westberlin, das Besatzungsstatut und vor allem die Provokationszentren würden beseitigt. Westberlin würde seine Beziehungen zu anderen Staaten nach eigenem Wunsch ausbauen. Und die Verbindungen über das Territorium und die Luftwege der DDR würden durch normale Verträge der Freien neutralen Stadt Westberlin und der anderen am Transitverkehr durch die DDR interessierten Staaten mit der DDR geregelt und gesichert.*

Das deutsche Volk könnte nach dem Abschluß eines Friedensvertrages endlich alle seine schöpferischen Kräfte dem friedlichen Aufbau, der Wissenschaft und den Künsten, der Sicherung eines schönen und reichen Lebens für alle Deutschen widmen, ohne Furcht, vielleicht schon morgen wieder in ein blutiges Abenteuer verstrickt zu werden. Gerade die westdeutsche Bevölkerung muß also am Friedensvertrag interessiert sein, muß daran interessiert sein, die Leute loszuwerden, die ihr auf dem Nacken sitzen und die in der Geschichte vielfältig bewiesen haben, daß sie total unfähig sind, die deutsche Nation zu führen – es sei denn in den Abgrund des Krieges.

Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten sind daran interessiert, den Abschluß eines Friedensvertrages zu verhindern, um die Reste des zweiten Weltkrieges für ihre friedensfeindlichen Pläne ausnützen zu können. *Aber niemand soll glauben, daß das deutsche Volk mit dem Abschluß eines Friedensvertrages warten könnte, bis etwa die westdeutsche Bundesrepublik ihre atomare Aufrüstung durchgeführt hat.* Das würde die deutsche Nation in Lebensgefahr bringen.

Mit Hilfe des Friedensvertrages würde – wie schon gesagt – auch die Westberlinfrage auf friedliche Weise gelöst. Die Bonner Regierung und auch der Westberliner Senat betreiben von Westberlin aus unter dem Schutz des Besatzungsstatuts und der amerikanischen, englischen und französischen Truppen mit allen – selbst ausgesprochen kriminellen – Mitteln eine verbrecherische Störtätigkeit gegen die DDR und die Staaten des sozialistischen Lagers. Diese Störtätigkeit – von der organisierten Sabotage bis zum organisierten Menschenhandel – kostet die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik jährlich etwa eine Milliarde Mark. Wir haben nicht die Absicht, solchen Raub an der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mittels Sabotage, Menschenhandel, Nahrungsmanipulationen, Schiebertätigkeit usw. auf die Dauer zu dulden. Wir fordern, daß mit Hilfe eines Friedensvertrages normale friedliche Zustände und normale Beziehungen hergestellt werden.

Wir sind durchaus daran interessiert, daß Verkehrswege offen bleiben. Aber es ist unser legitimes Recht zu verlangen, daß durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die damit verbundene Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt endlich dieser Sumpf der Korruption und des kalten Krieges in Westberlin trockengelegt wird. Wir können und werden nicht dulden, daß von dem Störzentrum Westberlin aus die Korruption von Bürgern der DDR, ihre systematische Abwerbung,

ihre Verleitung zur Verletzung unserer Gesetze organisiert betrieben wird. Mögen das alle diejenigen, die es angeht, mit ganzem Ernst zu Kenntnis nehmen.

Wir wünschen eine friedliche Lösung der deutschen Frage, eine solche Lösung, die den Frieden sichert. Daher kann sich die Vereinigung nur so vollziehen, daß Garantien geschaffen werden, daß Deutschland nicht wieder unter die Führung solcher Männer kommen kann, die Revanchepolitik betreiben und Deutschland in Angriffskriege stürzen. Eine Vereinigung zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland wollen wir, sobald es nur möglich ist. Das erfordert jedoch: Es darf nicht gezögert werden mit der Entmachtung der Heusinger und Speidel, der Strauß und Foertsch, des Kumpene Eichmanns. Die Einheit Deutschlands setzt die Überwindung der unheiligen Allianz des Militarismus und Neonazismus, des politischen Klerikalismus und der Rüstungsmonopole voraus.

Wir wissen, daß viele westdeutsche Werktätige an eine solche Möglichkeit heute noch nicht glauben. Viele deutsche Werktätige haben aber auch 1941 nicht an unsere Erklärung geglaubt, Hitler werde Deutschland in die Niederlage und Katastrophe treiben. Viele auch haben bisher nicht glauben wollen, daß die Sowjetunion auf dem Gebiet der Raketentechnik den Westmächten überlegen ist. Sie hätten es nie für möglich gehalten, daß im Jahre 1961 eine Milliarde Menschen in den Staaten des sozialistischen Lagers vereint sind.

All den Kleinmütigen und Zweiflern möchte ich sagen: Klug sind diejenigen, die früh genug an die Sache der Arbeiterklasse glauben und die Unabwendbarkeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ganzen Welt erkennen. Heute ist das leichter als in der Nacht des Hitlerismus. Heute erkennen das sogar manche Kapitalisten.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind sich dessen bewußt: *Je fester die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik steht, um so besser steht es um den Frieden in Deutschland.* Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind stolz darauf, daß unser erster deutscher Friedensstaat brüderlich mit dem großen Sowjetvolk und mit den Staaten des sozialistischen Lagers verbunden ist.

Vor 15 Jahren haben wir auf dem Vereinigungsparteitag die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ angenommen. Dieses Programm wurde verwirklicht. Heute schreitet die ganze Bevölkerung zielbewußt auf dem Wege des Sozialismus voran. Die Richtlinien unserer Politik ist die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien. In ihr wird festgestellt, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. Die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch nicht vorbei ist.

Die Hauptkraft der Aggression, eines neuen Krieges, ist der amerikanische Imperialismus.

*Und wer ist unseres deutschen Volkes Feind? Es waren von jeher*



und sind es auch heute — die deutschen Imperialisten und Militaristen, vom Kaiserreich über Hitler bis zum Adenauerregime.

Die Lage heute wird dadurch gekennzeichnet, daß sich die deutschen Militaristen und Imperialisten mit dem Finanzkapital der USA verbündet und die westdeutsche Bundesrepublik dessen Interessen auf Gedeih und Verderb überantwortet haben. Die Bonner Regierung hat sich dabei als erste und einzige Regierung eines deutschen Staates den traurigen Ruhm erworben, auf die Anwesenheit amerikanischer Besatzungstruppen in Deutschland zu bestehen, deren Funktion doch nur ist, den Interessen des amerikanischen Finanzkapitals zu dienen. Die amerikanische Besatzung in Westdeutschland ist gegen die Freiheit, gegen den Frieden und gegen die Sicherheit des deutschen Volkes gerichtet.

Das amerikanische Finanzkapital hilft natürlich seinem westdeutschen Partner gegen das deutsche Volk. Und das westdeutsche Finanzkapital hilft einem US-amerikanischen Boß zum Beispiel auch gegen das kubanische Volk. Schon vor Wochen drohte Bonn Kuba mit Abbruch der Beziehungen und wirtschaftlichem Boykott. Und Anfang dieser Woche, da der USA-Imperialismus die Aggression gegen das kubanische Volk ausgelöst hatte, hat er organisiert und lenkte, sie finanzierte, politisch und militärisch unterstützt, fanden wir die Bonner Regierung natürlich ebenfalls ganz auf der Seite der Aggressoren.

### *Wozu erfolgte die Invasion gegen Kuba?*

Die amerikanischen Monopole, die Öl-Konzerne, die Zuckermagnaten, die Banken, der „United-Fruit“-Konzern und andere wollen das kubanische Volk wieder ausbeuten und ausplündern, so wie sie es jahrzehntlang getan haben. Sie wollen dem kubanischen Volk die Fabriken und Felder und Plantagen wegnehmen. Das ist natürlich den westdeutschen Imperialisten und Militaristen höchst sympathisch, denn auch sie möchten dem deutschen Volk in der Deutschen Demokratischen Republik die Fabriken und Bergwerke, Felder und Wälder und die Freiheit und Selbstbestimmung rauben.

Ebenso sympathisch ist den westdeutschen Imperialisten und Militaristen auch die heimtückische Art, mit der die USA-Aggression vorbereitet und durchgeführt wurde. Während Präsident Kennedy verlauten ließ, er werde nach Frieden und brauche Zeit und Ruhe für die Ausarbeitung neuer neuen amerikanischen Außenpolitik, war seine Regierung, wie wir jetzt sehen, fieberhaft mit der Vorbereitung der Aggression gegen das kubanische Volk beschäftigt.

Wir brauchen uns also nicht zu wundern, daß die westdeutschen Militaristen und Imperialisten und ihre Presse die USA-Aggression gegen Kuba begrüßen. Daß aber auch der SPD nahestehende Blätter ihre unverhohlene Befriedigung über den Angriff auf Kuba und darüber zum Ausdruck bringen, daß „die neue amerikanische Regierung sich nicht mehr auf die konservativen Mittel der Politik beschränkt“, zeigt, bis zu welchen Konse-

quenzen der Übergang der rechten SPD-Führer auf die Positionen des Imperialismus und der Konterrevolution geführt hat.

Es gibt noch eine interessante Parallele zur Lage in Westdeutschland. Die amerikanische Regierung rühmte sich öffentlich der Ausbildung fremder Staatsangehöriger für einen hemmungslosen Bürgerkrieg gegen die Regierungen und Völker fremder Staaten. Die bewaffneten Banditen, die unter dem Geleit amerikanischer Kriegsschiffe und Flugzeuge auf Kuba einfielen, haben diese amerikanische Ausbildung durchlaufen.

Die amerikanische Zeitung „New York Times“ weiß nun am 19. April 1961 zu berichten, daß ebensolche Strolche auf dem Boden Westdeutschlands – von den USA gesammelt, bezahlt und geleitet – eine Ausbildung für Banditenüberfälle auf andere Länder erhalten. Diese Banditen, die in Westdeutschland ausgebildet und ausgerüstet werden, haben sich zu Ehren des amerikanischen Präsidenten die Bezeichnung „Eigentum des Präsidenten“ zugelegt. Die von mir genannte große amerikanische Zeitung meint, es handle sich bei diesen Leuten um „gepflegte und disziplinierte Männer von denen viele fremde Sprachen beherrschen“, die „in den schmutzigen Tricks ausgebildet werden, die man höflich als unkonventionellen Kampf bezeichnet“.

Ich frage die USA-Regierung: Will sie unbedingt ihren Reinfall von Kuba auch hier in Europa wiederholen? Ist es der USA-Regierung nicht möglich zu begreifen, daß die Völker von solchen schmutzigen heimtückischen imperialistischen Machenschaften nichts wissen wollen? Daß jeder, der sich einer solchen schlechten Sache hingibt, dabei zugrunde geht?

*An den Ereignissen in Kuba schieden sich auch die Geister in Deutschland.* Die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und die friedliebenden Bürger Westdeutschlands stellten sich entschlossen an die Seite des von dem mächtigen USA-Imperialismus überfallenen tapferen kubanischen Volkes. Die Mehrheit der westdeutschen Arbeiter, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter und christlichen Arbeiter sympathisierte mit dem kubanischen Volk und seiner Regierung. Die westdeutschen Imperialisten, Revanchepolitiker und Militaristen stellten sich offen auf die Seite der Aggression. Breite Kreise des westdeutschen Kleinbürgertums und andere Schichten waren sichtlich darüber ungehalten, daß solch ein Abenteuer wie der Überfall auf Kuba den Frieden in der Welt und damit auch ihr eigenes friedliches Leben bedroht, konnten sich aber zu einer Stellungnahme weder für diese noch für jene Seite entscheiden.

Der Spuk des Überfalls auf Kuba ist von dem heldenhaften kubanischen Volk unter der Führung von Ministerpräsident Fidel Castro schnell zerstreut worden. Wir beglückwünschen das kubanische Volk und seine Regierung von ganzem Herzen zu diesem Erfolg. Mögen sich Anwärter auf ähnliche Abenteuer in anderen Ländern die kubanischen Ereignisse zu Lehre dienen lassen!

Wir wenden uns an alle friedliebenden Menschen in Deutschland, die Vorschläge der Sowjetunion zu unterstützen, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Aggression der USA und anderer Länder, a



## *Die Vereinigung der Arbeiterschaft wird kommen*

deren Territorium die bewaffneten Banden geschult und für eine Invasion vorbereitet wurden, verurteilt, daß solche Vorkommnisse für die Zukunft verhindert werden. Die Aggressoren haben eine Niederlage erlitten und stehen am Schandpfahl der Welt. Es ist dennoch notwendig, daß alle friedliebenden Menschen in Deutschland die Forderung unterstützen, daß die konterrevolutionären Banden, die auf dem Territorium der USA und anderer Länder weiterhin zur Aggression gegen Kuba vorbereitet werden, entwaffnet und aufgelöst werden.

Liebe Genossen!

In der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien wird festgestellt, daß *zum erstenmal in der Geschichte der Kampf gegen den Krieg von großen organisierten Kräften geführt wird*, mit der mächtigen Sowjetunion an der Spitze, die durch ihre Weltraumfahrten bewiesen hat, daß sie auf entscheidenden Gebieten der Wissenschaft und Technik den ersten Platz in der Welt einnimmt. Wir sind überzeugt, daß es durch eine Politik der friedlichen Koexistenz möglich ist, den Frieden zu erhalten. *Die Hauptaufgabe besteht darin, die Aggressoren rechtzeitig zu zügeln, den Krieg abzuwenden, bevor Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen.* Deshalb unterstützen wir von ganzem Herzen die Vorschläge der Sowjetregierung auf allgemeine und vollständige Abrüstung, wie sie in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Genossen Chruschtschow, dem Vorkämpfer des Friedens, begründet wurden.

Am 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geloben wir:

Wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Deutsche Demokratische Republik als Bastion des Friedens in Deutschland zu stärken und durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten den Frieden zu sichern.

Wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Siege zu führen, damit unser Volk in Frieden, Wohlstand und Glück lebe, als Beispiel für ganz Deutschland.

Wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, damit die Aktions Einheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse und der Zusammenschluß aller Friedenskräfte zustande kommt, damit Militarismus und Neonazismus überwunden werden.

Wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, damit die brüderliche Verbundenheit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion, dem Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung und Friedensbewegung, gestärkt werde im Interesse der ganzen deutschen Nation, im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, der Bannerträger unseres Volkes im Kampf für Frieden und Sozialismus!

Es lebe die brüderliche Verbundenheit unserer Partei mit der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Partei Lenins!

Es lebe die brüderliche Kampfgemeinschaft mit den kommunistischen  
und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers und der ganzen Welt!

Es lebe die Nationale Front des demokratischen Deutschland, die große

\ Kraft der patriotischen Einheit unseres Volkes!

Vorwärts zum Sieg des Sozialismus!



## Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf\*

Vor den fortschrittlichen deutschen Historikern steht die Aufgabe, ein nationales Geschichtsbild zu erarbeiten und hierbei besonders die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands im Kampf des deutschen Volkes gegen Imperialismus und Militarismus um die Durchsetzung der nationalen Interessen zu erforschen und darzustellen. Der historische Nachweis der nationalen Rolle der KPD vertieft die Erkenntnis, daß die Volksmassen zur unbesiegbaren Kraft werden, wenn sie einheitlich unter Führung der marxistisch-leninistischen Vorhut für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen. Ein solches Bewußtsein stärkt das Vertrauen der Volksmassen zur Partei der Arbeiterklasse und erhöht ihre Aktivität im Kampf um die Bändigung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus, zur Lösung der Lebensfrage der Nation.

Dieser Auftrag an die fortschrittlichen deutschen Historiker ist um so dringender, da die reaktionäre Geschichtsschreibung, die die imperialistische und militaristische Politik des Bonner Staates verteidigt, sich immer stärker bemüht, ein Geschichtsbild zu verbreiten, das mit Hilfe von Lügen und Entstellungen die Politik des deutschen Imperialismus mit den Interessen der Nation gleichsetzt, demgegenüber aber die nationale Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, der KPD, in der Geschichte des deutschen Volkes bestreitet. Mit dieser antinationalen Konzeption wird vor allem die Geschichte der jüngsten Vergangenheit vergewaltigt. Exponenten hierfür sind z. B. Ritter, der den kontinuierlichen, organisierten antifaschistischen Widerstandskampf der KPD leugnet, und neuerdings besonders die NATO-Ideologen der Rothfels-Gruppe, die dem Widerstandskampf der Kommunisten antinationale und antihumanistische Motive unterstellen.

Solche Verleumdungen, wie man sie z. B. in einem Artikel des Rothfels-Schülers Plum<sup>1</sup> findet, sind der Versuch einer Antwort auf die Offensive der Geschichtswissenschaft der DDR bei der Erforschung und Darstellung

---

\* Der Artikel wurde von einem Kollektiv der Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED ausgearbeitet.

<sup>1</sup> Vgl. Günter Plum: Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1961, Heft 1, S. 50 ff. — In der nächsten Zeit wird eine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Artikel erfolgen.

der nationalen Bedeutung des Kampfes der KPD, sie dienen aber auch unmittelbar aktuellen politischen Zwecken. Die imperialistischen Geschichtsschreiber beabsichtigen mit diesen Geschichtslügen, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Deutsche Demokratische Republik, die konsequent die nationale Politik der KPD fortsetzen, ebenfalls des Verrats an den Interessen der Nation zu bezichtigen. Gleichzeitig soll das mit den faschistischen Kräften durchgesetzte klerikal-militaristische Regime in Westdeutschland aber als Verfechter der nationalen Rechte des deutschen Volkes hingestellt werden. Damit will man eine „historisch begründete“ Handhabung schaffen, um alle Gegner des Imperialismus und Militarismus, besonders die Arbeiterklasse, die sich der Kriegsvorbereitung entgegenstellen, „im Namen des Volkes“ unterdrücken zu können.

Soviel diese Apologeten des Imperialismus die Geschichte auch verdrehen mögen, um die Herrschaft des Monopolkapitals vor dem Volk reinzuwaschen, die Geschichte verläuft nicht nach ihren Wünschen, sondern unterliegt historischen Gesetzmäßigkeiten. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann die Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Seitdem steht die Arbeiterklasse im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung, sie ist zur Hauptkraft der Gesellschaft geworden und führt die Völker vorwärts auf dem Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in das imperialistische Stadium, mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat die Bourgeoisie das Recht auf die Führung der Nation endgültig und für immer verloren. Der deutsche Imperialismus nahm besonders reaktionäre und militaristische Züge an. Mit seiner chauvinistischen Politik suchte er den deutschen Volk weiszumachen, daß die Ausdehnung seiner Herrschaft auf andere Völker der Schlüssel zu nationaler Größe und Freiheit sei. „Das was die deutsche Reaktion als höchstes nationales Prinzip ausgab, die ‚Freiheit der Expansion‘, was im deutschen Militarismus seinen Ausdruck fand, das war in Wahrheit die tiefste Erniedrigung und erbärmlichste Schändung von Volk und Nation.“<sup>2</sup> Im Laufe von 25 Jahren stürzte der deutsche Imperialismus das deutsche Volk zweimal in entsetztliche Kriegskatastrophe und damit in größtes Elend und tiefste nationale Erniedrigung. Es wuch unauhörlich der Grundwiderspruch zwischen dem profitlüsternen aggressiven Häuflein von Monopolisten und den sich nach Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt und wahrer nationaler Größe sehnenden breiten Massen des Volkes.

Mit der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur des reaktionärsten Flügels des deutschen Monopolkapitals verschärfte sich der Grundwiderspruch bis zum äußersten. Angefangen von der Arbeiterklasse, die am stärksten betroffen war, litten alle Klassen und Schichten bis hinein in die Kreise der Bourgeoisie unter dem Joch der faschistischen Diktatur. Die o

---

<sup>2</sup> Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft S. 1171.



jektiven Möglichkeiten eines antiimperialistischen Bündnisses aller Volksschichten vergrößerten sich. Als revolutionärste Klasse der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse berufen, in diesem Bündnis die Rolle des Führers der Nation zu übernehmen. Voraussetzung für die Erfüllung dieser historischen Mission ist ihre revolutionäre Einheit und ihre Führung durch eine selbständige politische Partei, die sich in ihrem Kampf vom Marxismus-Leninismus leiten läßt. Auf dieser Grundlage ist die Partei des Proletariats in der Lage, ein reales Programm für die Umgestaltung der Gesellschaft entsprechend den Lebensinteressen der Nation zu entwickeln und den Kampf der Volksmassen ideologisch und praktisch zu leiten. Eine solche Partei erringt das Vertrauen der Massen und verwirklicht ihre führende nationale Rolle dank der Richtigkeit ihrer politischen Linie, ihrer Fähigkeit, die jeweilige Situation richtig einzuschätzen, und dank ihres aktiven und aufopfernden Kampfes für die Interessen der Nation. Mit der Gründung der KPD durch die besten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung wurde in Deutschland die politische Kraft geschaffen, die der menschenfeindlichen, antinationalen Politik des Imperialismus eine wahrhaft nationale Politik entgegensetzte.

Seit ihrem Bestehen ging die KPD in ihrer Politik immer davon aus, daß Deutschland niemals durch Eroberung fremder Länder und Unterdrückung anderer Völker, durch Militarismus und Herrenmenschentum vorwärts kommen kann, sondern daß Frieden, Glück und Wohlstand des deutschen Volkes nur durch die Beseitigung von Imperialismus und Militarismus, der Todfeinde der deutschen Nation, und durch die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern zu erreichen sind. Die KPD bewies mit ihrer Politik, daß der proletarische Internationalismus die Wahrung der nationalen Interessen nicht ausschließt, sondern daß beides eng miteinander verbunden ist, daß die proletarischen Internationalisten wirkliche Patrioten sind. Mit ihrer Politik gegen das Versailler Diktat, den Dawes- und Youngplan, mit ihrem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung, der programmatischen Rede Ernst Thälmanns auf der Zeuthener Tagung des ZK am 7. Februar 1933, mit den Beschlüssen der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern, mit der Plattform des NKFD und dem Aufruf vom 11. Juni 1945 entwickelte die KPD auf der Basis ihrer nationalen Grundkonzeption ein wissenschaftliches Programm zum Sturz der Herrschaft des Imperialismus und zum Aufbau eines neuen friedliebenden, demokratischen Deutschlands, das den einzig realen Weg zur Überwindung des nationalen Grundwiderspruchs und zur Rettung der Nation wies.

Die tiefe Wissenschaftlichkeit der Politik der KPD findet bisher in unseren Veröffentlichungen leider nicht immer die gebührende Würdigung. Die nationale Rolle der KPD kann aber nicht richtig dargestellt werden, ohne die große theoretische Leistung ihrer Führung bei der Herausarbeitung

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Walter Ulbricht: *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 88 ff., 135 ff., 172 ff., 403 ff. — Walter Ulbricht: *Die Legende vom „deutschen Sozialismus“*, Berlin 1945. Jetzt unter dem Titel: *Der faschistische deutsche Imperialismus 1933–1945*, Dietz Verlag, Berlin 1956. — Wilhelm Pieck/

der Strategie und Taktik gegen den Hitlerfaschismus und für die Errichtung eines neuen, demokratischen und friedlichen Deutschlands zu zeigen. Das erfolgreiche Bemühen des ZK der KPD um die wissenschaftliche Klärung aller grundlegenden Fragen des nationalen Kampfes fand seinen Niederschlag in zahlreichen Reden und Artikeln führender Genossen, insbesondere der Genossen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck,<sup>3</sup> die damit zugleich einen hervorragenden Beitrag zur systematischen Erhöhung des politisch-theoretischen Niveaus der Parteikader leisteten. Hier liegt für die weitere Darstellung der führenden Rolle der KPD und ihres ZK im Kampf gegen die Feinde der Nation ein breites Feld der Forschung, dem von den marxistischen Wissenschaftlern künftig größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Die KPD konzentrierte all ihre Anstrengungen auf die Überwindung der von den Opportunisten im Interesse des Monopolkapitals herbeigeführten Spaltung der Arbeiterklasse und die Sammlung breiter Schichten des deutschen Volkes zum Kampf um die Verwirklichung ihres nationalen Programms. Durch ihren konsequenten Kampf für die Interessen des deutschen Volkes erwarb sich die KPD als einzige politische Kraft in Deutschland die Reife und das Recht, an der Spitze der Arbeiterklasse die Nation auf den Weg zu Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt zu führen. Die KPD war dazu befähigt, weil sie stets den Marxismus-Leninismus standhaft gegen alle opportunistischen und revisionistischen Angriffe verteidigte und es immer besser verstand, ihn auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland anzuwenden. Sie hatte sich durch ihren konsequenten Kampf das Vertrauen der Massen erworben und bewies selbst ein unerschütterliches Vertrauen in die Stärke und Schöpferkraft des Volkes. Sie stand treu zum proletarischen Internationalismus und zur Freundschaft mit der Sowjetunion.

Die nationale Politik der KPD wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Spitze des Blocks der antifaschistischen demokratischen Kräfte und der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands konsequent fortgesetzt. Sie wurde in der Deutschen Demokratischen

---

Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referat auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Dietz Verlag, Berlin 1957. — Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Oktober 1935, Dietz Verlag, Berlin 1954. — Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeiterereinheit und die deutsche Volksfront 1936 bis 1938, Dietz Verlag, Berlin 1955. — Wilhelm Pieck: Zur Geschichte der KPD. Schulungsvortrag, Dezember 1943. In: Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 390 ff.

<sup>4</sup> Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Neues Deutschland (B), 25. August 1959, Sonderbeilage. — Brief des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Ebenda, 23. März 1960. — Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 3 ff.



Republik verwirklicht und wird auch in Westdeutschland den Sieg über die imperialistischen und militaristischen Kräfte erringen.

In Dokumenten und Materialien des Zentralkomitees der SED<sup>4</sup> und in Arbeiten führender Partei- und Staatsfunktionäre der DDR sind bereits grundlegende Einschätzungen der Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf veröffentlicht worden, die wesentlich zur Ausarbeitung eines nationalen Geschichtsbildes und zur Bewußtseinsentwicklung der Werktätigen beigetragen haben. Das trifft vor allem auf die Arbeiten des Genossen Walter Ulbricht zu.<sup>5</sup> Diese wissenschaftlichen Darstellungen des Kampfes der KPD sind zugleich Dokumente seiner eigenen Teilnahme an der Gestaltung der Geschichte der deutschen Nation. Besonders mit seinem Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit“<sup>6</sup> schuf er eine Grundlage für die Erforschung und Darstellung der Rolle der KPD und ihres ZK. Auch in Arbeiten anderer Autoren wird der Kampf der KPD dargelegt.<sup>7</sup>

Die Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED über den Kampf antifaschistischer Widerstandsgruppen<sup>8</sup> und die Beiträge der Bezirks- und Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung enthalten wertvolle Forschungsergebnisse. In ihnen werden besonders die Aktivität, das Heldentum und die Standhaftigkeit deutscher Kommunisten gewürdigt und eine Reihe wertvoller Materialien der wissenschaftlichen und propagandistischen Arbeit zugänglich gemacht. Jedoch gibt es in verschiedenen dieser Arbeiten ernsthafte Mängel und fehlerhafte Darstellungen. In den genannten Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentral-

<sup>5</sup> Vgl. besonders: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II. — Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. — Walter Ulbricht: Die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus — der Beginn einer neuen Periode im Leben unseres Volkes. In: Einheit, 1960, Heft 5. — Walter Ulbricht: Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 3, S. 523 ff. — Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte von Kämpfern des NKFD. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin 1958.

<sup>6</sup> Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955.

<sup>7</sup> Vgl. besonders Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1933 bis 1945, Dietz Verlag, Berlin 1955. — Walter Bartel: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1956. — Lothar Berthold: Der Kampf der KPD gegen den drohenden Krieg. Die Berner Konferenz. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 3. — Erich Weinert: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943–1945. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung, Berlin 1957.

<sup>8</sup> Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942–1945), Dietz Verlag, Berlin 1957. — Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen von 1939 bis 1945), Dietz Verlag, Berlin 1955. — Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkarte während des zweiten Weltkrieges, Dietz Verlag, Berlin 1959. — Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig von 1933 bis 1945), Dietz Verlag, Berlin 1960.

komitee der SED werden die Beschlüsse der Brüsseler und Berner Konferenz sowie andere Dokumente des ZK der KPD zwar behandelt, bilden aber nicht immer die Grundlage bei der Darstellung des Widerstandskampfes. Dieser prinzipielle Fehler hat zur Folge, daß die Kontinuität des Kampfes der KPD nicht deutlich hervortritt und das ZK der KPD lediglich als Berater und Helfer erscheint. Außerdem wird in den Arbeiten nicht genügend herausgearbeitet, daß die aus Angehörigen verschiedener Schichten der Bevölkerung zusammengesetzten antifaschistischen Widerstandsgruppen auf der Grundlage des nationalen Programms der KPD kämpften, und die meisten dieser Gruppen von einem Kern festgefügt und vom ZK geleiteter kommunistischer Parteiorganisationen geführt wurden. Diese Mängel hinderten daran, den nationalen Charakter der Politik und des Kampfes der KPD überzeugend zu begründen. Auch in verschiedenen Broschüren, die von den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung herausgegeben wurden, gibt es ähnliche ernsthafte Schwächen.

Die Fehler in den genannten Veröffentlichungen konnten vor allem deshalb entstehen, weil die Parteibeschlüsse und die grundsätzlichen Einschätzungen führender Genossen, besonders die Arbeiten Walter Ulbrichts, nicht immer die Grundlage für die Arbeit bildeten und die Prinzipien des historischen Materialismus über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit sowie die sich daraus ergebende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei ungenügend beherrscht und angewandt wurden. Das führt zu einem subjektivistischen Herangehen an die Erforschung und Darstellung der historischen Probleme, zu den in den Arbeiten enthaltenen theoretischen Schwächen. Für die Fehler tragen nicht nur die Autoren die Verantwortung, sondern vor allem das für die Bearbeitung dieser Problematik in erster Linie berufene Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

Die folgenden Darlegungen über die führende Rolle der KPD und ihres ZK im antifaschistischen Widerstandskampf sollen helfen, die Fehler zu korrigieren, und Hinweise für die weitere Ausarbeitung dieser Probleme geben. Es ist verständlich, daß dabei viele wichtige Probleme nur skizziert werden können und noch gründlicherer Untersuchung bedürfen.

Mit der Errichtung der Hitlerdiktatur entstanden für die Lösung der Grundfragen des deutschen Volkes neue Bedingungen. Ausgehend von der Analyse des Verhältnisses der Klassenkräfte nach dem Sieg des Faschismus mußte das Zentralkomitee der KPD eine neue Strategie und Taktik für den Kampf gegen die Todfeinde der deutschen Nation entwickeln. Bereits auf der Tagung des Zentralkomitees am 7. Februar 1933 führte Ernst Thälmann u. a. aus: „Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann, als ihren revolutionären Sturz. Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen.“<sup>9</sup>



Der Kampf gegen die Hitlerdiktatur erforderte mehr denn je die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht u. a. Mitglieder des Zentralkomitees der KPD wiesen immer wieder nachdrücklich darauf hin, daß ein enges kameradschaftliches Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten notwendig ist. „Wir Kommunisten erklären, daß wir zur Herstellung der Aktionseinheit für den Kampf um die nächstliegenden Ziele alle prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zurückstellen und vorbehaltlos und uneingeschränkt zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Klassengenossen bereit sind“, schrieb Walter Ulbricht im Oktober 1934.<sup>10</sup>

In einem Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die christlichen Werk-tätigen Deutschlands vom November 1934 hieß es: „Wir müssen eine geeinte Volksfront aller gegen die Hitlerdiktatur gerichteten Kräfte schaffen!“<sup>11</sup> Die Kommunisten suchten auch Mitglieder der faschistischen Massenorganisationen und der Nazipartei für den gemeinsamen Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu gewinnen.<sup>12</sup>

Von grundlegender Bedeutung für die Herausarbeitung einer neuen Strategie und Taktik der KPD war der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom 25. Juli bis 20. August 1935. Das Wesen der auf diesem Kongreß beschlossenen Politik bestand darin, auf der Grundlage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte in einer breiten Volksfrontbewegung für die Verteidigung des Friedens und der Demokratie zusammenzuschließen. Die vordringliche Aufgabe bestand darin, „die Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei und Organisation herzustellen, noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt“<sup>13</sup>.

Gestützt auf die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wurde vom Zentralkomitee unter ständiger Überprüfung der Ergebnisse und Möglichkeiten des illegalen Kampfes die V. Reichskonferenz der KPD vorbereitet, die als Brüsseler Konferenz (Oktober 1935) in die Geschichte eingegangen ist und die das Programm des neuen Weges zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur ausarbeitete.

Die Parteiführung wertete dabei auch die Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse aus. Sie zog entscheidende Lehren aus der konse-

<sup>9</sup> Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Zeuthen, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 41.

<sup>10</sup> Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 41.

<sup>11</sup> Rundschau (Basel), 8. November 1934, S. 2588/2589.

<sup>12</sup> Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), Resolution des Zentralkomitees der KPD vom August 1934.

<sup>13</sup> Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus ..., S. 110.

quenten Friedenspolitik des ersten sozialistischen Staates sowie aus erfolgreichen Abwehrkämpfen der spanischen und französischen Arbeiterklasse gegen die faschistische Reaktion. Sie analysierte das Kräfteverhältnis der Klassen und entwickelte auf der Brüsseler Parteikonferenz solche Ziele und Aufgaben, wie sie sich aus den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation unter den neuen Bedingungen der Hitlerdiktatur ergaben. Ausgehend von der Lehre Lenins, daß die Arbeiterklasse der Vorkämpfer der Demokratie ist und daß „das Proletariat, keinen allseitigen, konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten“<sup>14</sup> trat die KPD in ihrem nationalen Programm für den Sturz der Hitlerdiktatur, die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes sowie für eine Regierung der Einheits- oder Volksfront ein.<sup>15</sup>

Mit diesem Programm wurde allen Hitlergegnern eine klare Orientierung über den Weg und das Ziel des antifaschistischen Freiheitskampfes gegeben. Die KPD ging immer davon aus, daß für den Zusammenschluß aller Hitlergegner unter Führung der Arbeiterklasse deren Aktionseinheit und politische Einheit die wichtigste Voraussetzung ist. Sie stellte deshalb schon auf ihrer Brüsseler Konferenz das Ziel, eine einheitliche politische Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen.<sup>16</sup>

Als das Kernstück der gesamten Einheitsfrontpolitik bezeichnet Wilhelm Pieck die Herbeiführung eines neuen kameradschaftlichen Verhältnisses zur SPD. Dafür bestanden günstige Voraussetzungen, weil sich die Lage der SPD selbst geändert hatte. Der Bankrott der von den rechten Führern betriebenen Politik des „kleineren Übels“ und der Zusammenarbeit mit der Monopolbourgeoisie, die die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse verschuldet hatte, war offensichtlich geworden. Die Mitglieder der SPD wurden gleichermaßen verfolgt und eingekerkert wie die Kommunisten und anderen Antifaschisten. Die Verantwortung der SPD-Führer für das Zustandekommen der Aktionseinheit war um so größer, da sie die sozialdemokratischen Arbeiter von Anfang an bereit gezeigt hatten, die faschistische Clique durch den politischen Massenkampf zu stürzen.

---

<sup>14</sup> W. I. Lenin: Über die nationale und die nationale koloniale Frage, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 312.

<sup>15</sup> Vgl. Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, S. 122.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda, S. 156.

<sup>17</sup> Vgl. Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1959. — Adolf Rupprecht: Wie die Nazis das Eigentum der SPD raubten und zerstörten, Dietz Verlag, Berlin 1960. Die Tatsache, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder gewillt waren, auf die faschistische Machtergreifung, auf außerparlamentarischen Aktionen zu antworten, wird auch von rechten sozialdemokratischen Autoren zugegeben. „Das Gros unserer Anhänger hat diesen aktiven Widerstand erwartet“, schrieb Paul Löbe. (Erinnerungen eines Reichspräsidenten, Berlin 1949, S. 147.) Vgl. auch Erich Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933–1938, Stuttgart 1952,



Vor allem die Niederlage der Arbeiterklasse 1933 und die bitteren Erfahrungen unter der Hitlerdiktatur waren es, die bei den sozialdemokratischen Mitgliedern den Willen zur Aktionseinheit mit den Kommunisten und zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse reifen ließen. Sowohl die Ergebnisse der „Vertrauensrätewahlen“<sup>18</sup> und die sich anbahnende Solidaritätsbewegung für die Opfer des Faschismus als auch das zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten getroffene Dortmunder Einheitsfrontabkommen<sup>19</sup> und das Abkommen zwischen den Bezirksleitungen der SPD und der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg<sup>20</sup> beweisen das.

Das Zentralkomitee der KPD ließ nichts unversucht, eine Verständigung mit dem Parteivorstand der SPD über den gemeinsamen Kampf beider Parteien herbeizuführen. Bereits am 30. Januar 1933 hatte Walter Ulbricht dem sozialdemokratischen Parteivorstand den Vorschlag des Zentralkomitees der KPD für einen gemeinsamen Generalstreik der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zum Sturz der Hitlerdiktatur überbracht. Im Januar 1935 übergab Hermann Matern den Vertretern des Parteivorstandes der SPD Wels und Stampfer einen Brief des Zentralkomitees der KPD mit dem Angebot zur gemeinsamen Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors.

Unmittelbar nach der Brüsseler Konferenz begaben sich Walter Ulbricht und Franz Dahlem nach Prag, dem damaligen Sitz des emigrierten Parteivorstandes der SPD, um Verhandlungen über das von der IV. Reichskonferenz der KPD beschlossene Einheitsfrontangebot zu führen. Die Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes Vogel und Stampfer lehnten jedoch eine Zusammenarbeit im antifaschistischen Kampf mit dem Hinweis auf „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ brüsk ab und setzten damit ihre verhängnisvolle Politik der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse fort. Auch Erich Ollenhauer, damals Jugendvertreter des Prager SPD-Vorstandes, wies im August 1935 ein Angebot des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes zurück, das Maßnahmen

---

<sup>18</sup> Bei den „Vertrauensrätewahlen“ 1934/1935 traten Kommunisten und Sozialdemokraten in vielen Betrieben gemeinsam gegen die Nazis auf, so daß die faschistischen Kandidaten in der Mehrzahl der Betriebe nur etwa 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Um weiteren Niederlagen aus dem Weg zu gehen, ließen die Faschisten in den folgenden Jahren keine Wahlen mehr durchführen. (IML, Archiv.)

<sup>19</sup> Entsprechend diesem Einheitsfrontabkommen wurden die Arbeiter aufgefordert, Solidaritätsgruppen in den Betrieben zu schaffen, den gemeinsamen Kampf während der faschistischen Vertrauensrätewahlen zu organisieren und sich für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften einzusetzen.

<sup>20</sup> Dieses am 16. Juni 1935 abgeschlossene Abkommen sah u. a. gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den faschistischen Terror und die gemeinsame Unterstützung der Opfer des Faschismus ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit und Weltanschauung vor. Am 6. Juli 1935 folgte ein gemeinsamer Aufruf für die Befreiung Ernst Thälmanns sowie ein weiterer zum Antikriegstag am 1. August. Ähnliche erfolgreiche Verhandlungen wurden in Stuttgart, München, Köln, Düsseldorf und in anderen Städten durchgeführt. (IML, Archiv.)

zur Organisierung des gemeinsamen Kampfes der Jugendverbände der KPD und die SPD gegen den Hitlerfaschismus vorsah.<sup>21</sup>

Neben zahlreichen schriftlichen Einheitsfrontangeboten an den Parteivorstand sowie an Gruppen und Funktionäre der SPD, beauftragte das Zentralkomitee der KPD wiederholt führende Funktionäre, Einheitsfrontangebote persönlich zu überbringen bzw. mit einzelnen Mitgliedern sozialdemokratischen Parteivorstandes Aussprachen zu führen.<sup>22</sup>

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführung zog jedoch kein Lehren aus der Niederlage der Arbeiterklasse. Sie wandte sich angesichts der drohenden Kriegskatastrophe gegen die Aktionseinheit und sabotierte damit die Herausbildung einer alle Schichten des Volkes umfassenden Bewegung für die Rettung der Nation. Die rechten sozialdemokratischen Führer verkannten das Wesen des Hitlerfaschismus und hielten den Sturz der Hitlerdiktatur nur unter Führung der Bourgeoisie für möglich. Durch die Ablehnung der Einheitsfront mit den Kommunisten hofften sie nach der Beseitigung des faschistischen Regimes für die Monopolbourgeoisie koalitionsfähig zu bleiben. Es ist die gleiche Klassenlinie der Zusammenarbeit mit der Monopolbourgeoisie, die heute von der Brandt, Wehner und Erler fortgesetzt wird und die damals wie heute die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation diametral entgegen gesetzt ist.

Im Gegensatz zu dieser antinationalen Haltung gewann der Wille zur Aktionseinheit mit den Kommunisten für die Verteidigung der sozialdemokratischen Interessen der Arbeiterklasse und für die Rettung der deutschen Nation bei den sozialdemokratischen Arbeitern und bei einzelnen führenden Sozialdemokraten mehr und mehr an Boden. So erklärte z. B. Rudolf Breitscheid am 2. Februar 1936 vor 118 Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung und des freiheitlichen Bürgertums in Paris: „Die Zeit drängt, jeder verlorene Tag ist ein Gewinn für die Kriegstreiber. Die Verantwortung derer, die nicht alles daran setzen, um einen starken Wall gegen den Krieg zu errichten, wird immer größer.“<sup>23</sup>

Nicht nur die Kampfgemeinschaft zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern gestaltete sich in der täglichen Auseinandersetzung mit der Nazidiktatur immer enger, auch ehemals christlich organisierte, freigewerkschaftliche und parteilose Arbeiter schlossen sich der Initiative der KPD mit ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Klassengenossen zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus zusammen.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Vgl. Ernst Krüger/Gertrud Glondajewski: Zur Gründung der „Freien Deutschen Jugend“ in der CSR im Jahre 1938. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 2, S. 330/331.

<sup>22</sup> So berichteten z. B. Mitglieder des Parteivorstandes der SPD in den Vorstandssitzungen am 7. November 1935, 2. Juli 1936, 1. Dezember 1936, 28. Mai 1937, 20. August 1938, 10. Februar 1939 und am 5. April 1939, daß ihnen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere Mitglieder des Zentralkomitees der KPD Vorschläge für den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien persönlich übermittelt hätten. (Mater. Unterlagen des IML, Archiv.)

<sup>23</sup> Mitteilungen der deutschen Freiheitsbibliothek (Paris), 1. Mai 1936.

<sup>24</sup> Vgl. Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 46, 74.

Der von der Brüsseler Konferenz ausgehende Appell für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront fand auch die Zustimmung der besten Vertreter des Bürgertums. Der große Humanist Heinrich Mann, der gemeinsam mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Rudolf Breitscheid, Toni Sender, Siegfried Aufhäuser, Albert Grzesinski u. a. im Ausschuß für die Vorbereitung der deutschen Volksfront wirkte, unterstützte gleichzeitig die von der KPD ausgehende Initiative für die Einigung der deutschen Arbeiterbewegung. „Die Sendung der geeinten Arbeiterklasse ist unvergleichlich“, schrieb er. „Ihr sind auferlegt das Gesetz der Geschichte und die Verantwortung vor ihr.“<sup>25</sup>

Das beweist, daß die besten Vertreter des fortschrittlichen Bürgertums die Rolle der Arbeiterklasse erkannten und ihr einheitliches Handeln erwarteten, das eine große Anziehungskraft auf alle Patrioten ausüben würde. Die Richtigkeit und die objektive Notwendigkeit der vom Zentralkomitee auf der Brüsseler Parteikonferenz ausgearbeiteten Strategie und Taktik für die Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes und für den Sturz des Hitlerfaschismus wurden durch den gemeinsamen Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Kräften in der Praxis vielerorts bestätigt.<sup>26</sup>

Die Errichtung der Hitlerdiktatur erforderte nicht nur die Ausarbeitung einer neuen Strategie und Taktik der KPD, sondern auch die Anwendung neuer Formen und Methoden des Kampfes der in die Illegalität gedrängten und durch Verfolgung, Kerkerhaft und Mord dezimierten Partei, die auf strengster Konspiration aufgebaut wurden. Obwohl die faschistischen Schergen gleich in den ersten Wochen ihrer Herrschaft den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, und Tausende der besten Funktionäre verhafteten, obwohl sie damit zeitweilig Verbindungen zwischen den Mitgliedern des Zentralkomitees, die in Deutschland arbeiteten, und einigen unteren Parteieinheiten unterbrachen, obwohl sie einzelne Organisationen zerschlugen, gelang es ihnen doch zu keiner Zeit, die organisierte und organisierende Kraft der KPD zu brechen.<sup>27</sup>

<sup>25</sup> IML, Archiv, Illegales Flugblatt.

<sup>26</sup> Vgl. u. a. Rheinischer Freiheitsbrief der deutschen Volksfront vom 6. Oktober 1937 an die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. – Flugblatt der Saar-Volksfront vom 12. Dezember 1937 an die Bauern der Saarpfalz. – Flugblatt der Volksfront für Westdeutschland von Ende 1937 an die Werktätigen in Rheinland-Westfalen. – Flugblatt der Volksfront einer westdeutschen Großstadt Ende Januar 1938 für die Einheits- und Volksfront. – Flugblatt der Volksfront im Rhein- und Ruhrgebiet Ende Januar 1938 an die Bergarbeiter. – Aufruf des illegalen Gewerkschaftsausschusses der Textilarbeiter Deutschlands vom September 1938. – Stellungnahme einer Berliner Volksfrontgruppe vom November 1938 gegen die faschistischen Judenverfolgungen. – Aufruf des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands vom März 1939 an die Bergleute. – Flugblatt Berliner Kommunisten und Sozialdemokraten vom Mai 1939 für den Kampf gegen die drohende faschistische Kriegsgefahr. (IML, Archiv.) – Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 101 und 111.

<sup>27</sup> Die Faschisten sahen sich gezwungen, das einzugestehen. So heißt es z. B. in einem Bericht der faschistischen Geheimpolizei: „Bis Oktober 1934 waren sämtliche zu



Die politische und organisatorische Einheit und Stabilität der Partei kam auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß Ende 1934, nachdem bereits 20 ihrer Mitglieder ermordet und Zehntausende Kommunisten in die Konzentrationslager verschleppt worden waren, dennoch die illegalen Parteiorganisationen 60 000 Mitglieder erfaßten.

In dieser Zeit führte das Zentralkomitee der KPD eine Reihe organisatorischer Veränderungen durch. Das Zentralkomitee, zu dessen führendem Kern Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Fritz Heckert u. a. gehörten, leitete nun von Prag, Paris und Moskau aus die Arbeit im Lande. Mit dem eingekerkerten Ernst Thälmann wurde die Verbindung hergestellt, um ihn über die wichtigsten Fragen zu informieren und seine Zustimmung zu politisch bedeutsamen Entscheidungen einzufholen.<sup>28</sup> Nach der Brüsseler Konferenz wurden zur Verbesserung der politischen Leitung Abschnittsleitungen geschaffen, die ihren Sitz in den an Deutschland grenzenden Ländern hatten. Jeder Abschnittsleiter war für ein bestimmtes Gebiet in Deutschland verantwortlich, unterstand unmittelbar dem Zentralkomitee und leitete die illegale Arbeit mit Hilfe von Instrukteuren, die nach Deutschland fuhren, um den Parteiorganisationen Anleitung und Hilfe zu geben.

Bereits in der Resolution der Brüsseler Konferenz hatte die KPD erklärt, daß die drohende Kriegsgefahr den raschen Zusammenschluß aller Hitlergegner in einer antifaschistischen Volksfront notwendig mache. „Die aberkauten und provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung, durch die das werktätige Volk Deutschlands über Nacht in den Krieg hineingerissen werden kann, steht im schärfsten Widerspruch zu seinen nationalen Interessen. Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern, braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjetunion. Hitlers Politik treibt aber das deutsche Volk in den Krieg und führt zu einer neuen Niederlage.“<sup>29</sup>

Die Aufrüstungs- und Kriegspolitik des Faschismus und die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche im internationalen Rahmen in der Zeit nach der Brüsseler Konferenz bewiesen, daß das deutsche Finanzkapital auf einen Krieg zusteuerte. Deshalb warnte die KPD auf ihrer Berner Konferenz Ende Januar/Anfang Februar 1939 erneut eindringlich vor der unmittelbaren Gefahr eines Krieges. Diese akute Gefahr konnte nur durch das gemeinsame entschlossene Handeln aller verantwortungsbewußten Deutschen beseitigt werden.

---

legalen Zeiten bestandene Partei- und Nebenorganisationen vollständig neuorganisiert und in Tätigkeit. Sie hatten untereinander gute Verbindungen und waren fest in der Handen der Leitung.“ (IML, Archiv.) Vgl. auch Fritz Knittel: Die KPD die führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland. In: Der zweite Weltkrieg 1939–1945. Wirklichkeit und Fälschung. Berlin 1959, S. 63 ff.

<sup>28</sup> Vgl. hierzu Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis (Zum 75. Geburtstag). In: Einheit, 1961, Heft 4, S. 559–571.

<sup>29</sup> Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, S. 165.

Auf der Berner Konferenz entwickelte die KPD ihr nationales Kampf- und Befreiungsprogramm weiter. Das Zentralkomitee sah die Hauptaufgabe darin, alle noch vorhandenen Hemmnisse zu beseitigen, die der Herausbildung einer antifaschistischen Kampffront entgegenwirkten, sowie Klarheit über das Wesen der zukünftigen deutschen demokratischen Republik zu schaffen. Es betonte erneut, daß die Voraussetzung, um die Grundfrage der deutschen Nation zu lösen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Volksfront aller Hitlergegner war. Auf der Berner Konferenz arbeitete das Zentralkomitee der KPD als Ziel des Kampfes aller Antifaschisten das Programm für die Errichtung einer neuen demokratischen Republik aus. Im Gegensatz zur Weimarer Republik mußte die neue demokratische Republik, in der die Arbeiterklasse zusammen mit den Kräften der Volksfront die Macht ausüben würde, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk schaffen, die faschistischen Trustkapitalisten enteignen, eine demokratische Bodenreform durchführen, den Staatsapparat demokratisieren und eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung betreiben.<sup>30</sup>

Zu den Vorbehalten und teilweise antikommunistischen Verleumdungen sozialdemokratischer Führer und bürgerlicher Oppositionsgruppen gegenüber der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD erklärte die Partei, daß ihre Politik „fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen“<sup>31</sup>, die ihrem Wesen nach weder eine Wiederholung der Weimarer Republik noch die Errichtung der Diktatur des Proletariats sein sollte. Dabei wurde hervorgehoben: „Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“<sup>32</sup>

Der weitere Verlauf der Geschichte bestätigte die auf der Berner Konferenz getroffene Feststellung, daß sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Militarismus „die immer größere politische Übereinstimmung in den entscheidenden Fragen entwickeln“ wird und gleichzeitig „die Voraussetzungen wachsen, um endgültig die Spaltung der Arbeiterklasse zu beseitigen und die Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach der Schaffung einer einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen“.<sup>33</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946. 2., durchges. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 405.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 400.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 404.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 407.

Die Beschlüsse der illegalen Parteikonferenzen von Brüssel und Berlin beweisen, daß die KPD — ausgehend von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus — unter Führung ihres Zentralkomitees die einzige Kraft war, die dem antifaschistischen Widerstandskampf programmatisch Weg und Ziel wies, dem ganzen deutschen Volk den Ausweg aus der faschistischen Barbarei und der von Hitler heraufbeschworenen nationalen Katastrophe zeigte und in Theorie und Praxis den entscheidenden Beitrag zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation leistete. Deshalb waren diese Beschlüsse auch die Grundlage der Strategie und Taktik der Partei für die ganze Zeit während des zweiten Weltkrieges und danach. Sie waren die Basis, auf der die fortgeschrittensten Teile der deutschen Arbeiterklasse und andere patriotische Kräfte in dieser Zeit kämpften.

Angesichts der nationalen Katastrophe, in die die Faschisten das deutsche Volk im September 1939 stießen, rief das Zentralkomitee „alle Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration auf, jetzt erst recht zuhause und beharrlich im Sinne der Einigung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Opposition zu wirken... und alle Kräfte zu mobilisieren, um den Sturz der Nazis zu bewerkstelligen.“<sup>34</sup> Die Partei verurteilte die in ihren Folgen verhängnisvolle Politik des Abwartens einiger Gruppen von Hitlergegnern und betonte die Notwendigkeit für das deutsche Volk selbst einen aktiven Beitrag zur Beendigung des Krieges zu leisten.

Die KPD forderte zur brüderlichen Solidarität mit allen vom deutschen Imperialismus überfallenen und unterjochten Völkern auf, wie z. B. in ihren Aufrufen anläßlich des Kriegsbeginns, der Aggression der Faschisten gegen Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland.<sup>35</sup> Wieder und wieder deckte die KPD auf die Absichten der Hitlerclique auf, die sozialistische Sowjetunion zu überfallen. Die Dokumente der KPD sowie die praktische Tätigkeit der Partei widerspiegeln überzeugend die brüderliche Verbundenheit und das unerschütterliche Vertrauen der antifaschistischen Kräfte zur Sowjetunion, die sich immer aufs neue als wahrer Freund des deutschen Volkes erwies und unter Führung der KPdSU allen deutschen Antifaschisten stets selbstlose Unterstützung und Hilfe im Kampf gegen den Hitlerfaschismus leistete.

Die mit der Entfesselung des zweiten Weltkrieges entstandene Lage, hermetische Abriegelung der Grenzen und die Okkupation der Nachbarländer durch die faschistische Armee erschwerten die direkte Verbindung der illegalen Organisationen mit dem Zentralkomitee. Die Parteiführung beschloß deshalb im Januar 1940, die Abschnittsleitungen aufzulösen und eine zentrale operative Leitung der KPD im Lande zu bilden.<sup>36</sup> Trotz

<sup>34</sup> Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, S. 334.

<sup>35</sup> Vgl. ebenda, S. 333–342.

<sup>36</sup> Vgl. Helene Roggenbuck: Der Widerstandskampf der illegalen KPD während des zweiten Weltkrieges in den wichtigsten Zügen und an den Schwerpunkten der inneren Front. Mit besonderer Berücksichtigung des Kampfes der Hamburger KPD.



ungeheuren Schwierigkeiten fuhren Beauftragte des Zentralkomitees nach Deutschland, um Vorarbeiten für den Aufbau dieser zentralen Leitung durchzuführen.<sup>37</sup>

Als die Faschisten vertragsbrüchig und ohne Kriegserklärung über die Sowjetunion herfielen, erklärte das Zentralkomitee der KPD vor dem ganzen deutschen Volk diesen Gewaltakt als „das allerschwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk“. Getragen von hohem nationalem Verantwortungsgefühl stellte das Zentralkomitee fest: „Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden... Die Stunde hat geschlagen, da unser Volk die Geschicke Deutschlands in die eigenen Hände nehmen muß... Der Weg Hitlers führt zur Vernichtung des Volkes, zum Untergang des Landes, zur Katastrophe. Dieser Weg ist nicht der Weg des deutschen Volkes.“<sup>38</sup>

Und in einem Aufruf der KPD vom 24. Juni 1941 hieß es: „Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.“<sup>39</sup>

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verdoppelte die KPD ihre Anstrengungen, alle Hitlergegner in einer breiten Kampffront zusammenzufassen, galt es doch, noch intensiver als bisher die nationale Katastrophe, in die Hitler das deutsche Volk gestürzt hatte, mit eigener Kraft zu überwinden und selbst einen Beitrag im antifaschistischen Befreiungskampf der Völker der Antihitlerkoalition zu leisten.

Das Zentralkomitee verstärkte seine Bemühungen um die Festigung und Zentralisierung der Partei im Lande als Voraussetzung für die Festigung und Ausdehnung der antifaschistischen Kampffront. Ein heroisches Beispiel dafür ist die Tätigkeit der Instrukteurgruppe des ZK-Mitgliedes Wilhelm Knöchel. Ihre Mitglieder begaben sich 1940/1941 von Holland aus nach Deutschland und schufen eine einheitliche Leitung der Parteiorganisation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Auf dieser Grundlage organisierten sie unter Einbeziehung verschiedenster Bevölkerungsschichten eine Friedensbewegung. Es gelang diesen Genossen darüber hinaus, die Verbindung zu den Parteiorganisationen in Berlin, Hamburg, Bremen, Karlsruhe, Chemnitz, Leipzig und anderen Orten herzustellen. Im Auftrage des Zentralkomitees der KPD traf Wilhelm Knöchel Maßnahmen für die Schaffung einer zentralen operativen Leitung der Partei in Deutschland. Die Instrukteurgruppe verfügte über eigene Sendegeräte und stand durch

unisten, Phil. Diss. am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin 1961, S. 68.

<sup>37</sup> Die Genossen Hallmeyer, Schmeer, Müller, Hanke u. a. fuhren in verschiedene Gebiete Deutschlands, um den Beschluß der Parteiführung zu verwirklichen. (Vgl. Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 173.)

<sup>38</sup> Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, S. 353.

<sup>39</sup> Die Welt. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Stockholm). 1. Juli 1941.

Kuriere in direkter Verbindung mit der Parteiführung in Moskau.<sup>40</sup> Ähnliches vollzog sich auch in anderen Gebieten Deutschlands. „Die Kommunistische Partei war die Partei, die selbst unter dem furchtbarsten Terror trotz des Verlustes vieler führender Genossen, von John Schehr bis Wilhelm Firl und Theo Winter, über zentrale Leitungen in Berlin und Leitungen in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen verfügte.“

Das Zentralkomitee der KPD entwickelte in den einzelnen Etappen des illegalen Kampfes jeweils solche Methoden, die eine einheitliche Führung der KPD garantierten. So wurde durch Kurier- und Instruktoreinsatz die direkte Kontakt zwischen dem Zentralkomitee und den unteren Parteieinheiten gesichert, schriftliche Materialien und Anweisungen übermittelt, die Beschlüsse des Zentralkomitees mit den Leitungen der Organisation beraten und ihnen unmittelbar bei der Organisierung des antifaschistischen Kampfes geholfen. Trotz der ständig wachsenden Schwierigkeiten bestand diese Verbindung – in den letzten Jahren oft durch Überwindung der Frontlinie oder durch Fallschirmabsprung – während der ganzen Zeit des illegalen Kampfes.

Der Gestapo gelang es wiederholt, Verbindungen zwischen einzelnen Parteiorganisationen sowie zwischen ihnen und dem Zentralkomitee zu zerstören. Dennoch blieben diese Organisationen – wenn auch zeitweilig isoliert – immer Bestandteil der Partei, die die Faschisten nicht zerschlagen vermochten. In einzelnen Publikationen des Instituts für Marxismus-Leninismus sind aus den Schwierigkeiten und Rückschlägen völlig falsche Schlußfolgerungen gezogen worden. So heißt es z. B. in der Arbeit von Gerhard Nitzsche: „...eine Parteiorganisation mit *zentraler Führung* und breiten Organisationen in allen Teilen des Landes *existiert nicht mehr*.“<sup>42</sup> Das widerspricht der tatsächlichen Lage und wirft sofort die Frage auf, wie es dann möglich war, daß alle bisher bekannten Parteiorganisationen im Lande ihre politische Arbeit im wesentlichen auf der Grundlage der Brüsseler und Berner Beschlüsse sowie der grundlegenden Orientierung gestalten konnten, die das ZK in allen Phasen des Kampfes gab. Es bedarf gewiß noch umfangreicher Forschungen, um Zahl und Stärke der Parteiorganisationen in den verschiedenen Teilen des Landes, ihre Verbindungen untereinander und zum Zentralkomitee nachzuweisen. Ihre politische Einheitlichkeit ihres Kampfes ist aber schon jetzt bewiesen, diese hätte es ohne zentrale Führung nicht geben können.

<sup>40</sup> Von Mitte 1940 bis Januar 1943 erfolgte diese direkte Verbindung mit dem Zentralkomitee über schwedische Seeleute, holländische Kommunisten, den deutschen Kommunisten Erich Gentsch in Holland und mit Hilfe von Rheinschiffnern und einem Mitropa-Schaffners. (Vgl. z. B. Claire Quast: Die Kommunistische Partei Deutschlands – Organisator und Führer der westdeutschen Friedensbewegung in den Jahren 1941/43. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft S. 306 f.)

<sup>41</sup> Walter Ulbricht: Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. Im vorliegenden Heft, S. 528.

<sup>42</sup> Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, S. 19 (Hervorhebung von uns – d. Vf.).

Angesichts der großen Schwierigkeiten des direkten Kontaktes zwischen der Parteiführung und den Organisationen erhöhte sich die Bedeutung der Parteipresse außerordentlich. Allein schon die Verbreitung der auf der Grundlage der zentralen Materialien hergestellten illegalen Schriften durch die Parteiorganisationen im Lande war eine heroische Leistung.

Einen erstrangigen Platz bei der vielfältigen Führungstätigkeit nahmen die Rundfunksendungen ein. Sie wurden für die Partei zum kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator. Die Sendungen des ZK der KPD über den „Deutschen Freiheitssender auf Welle 29,8“, den „Deutschen Volkssender“ und den Sender „Freies Deutschland“ sowie über den Moskauer Rundfunk waren für die Parteiorganisationen die wichtigste Quelle, um regelmäßig und schnell die Richtlinien und Argumentationen des ZK der KPD zu empfangen. Gleichzeitig wandten sich die Sendungen an das ganze deutsche Volk mit dem Aufruf zum gemeinsamen Handeln. Wie wirksam die Rundfunksendungen waren, wird u. a. durch die Bildung von Abhörgemeinschaften kommunistischer, sozialdemokratischer Arbeiter und parteiloser Antifaschisten bestätigt, die sich häufig zu aktiven Widerstandsgruppen entwickelten.

In einigen Veröffentlichungen über den antifaschistischen Widerstandskampf wurden die Autoren der Bedeutung des Rundfunks als wichtiges Mittel der unmittelbaren politischen Führungstätigkeit des Zentralkomitees unter den gegebenen Bedingungen nicht gerecht. So wird z. B. hervorgehoben, wie aufmerksam Genosse Bernhard Bästlein die politische und militärische Lage beobachtete und sich eine marxistische Analyse erarbeitete. „*Informationen* aus Moskau und London *erleichterten die Übersicht* über die Ereignisse.“<sup>43</sup> Auch an anderer Stelle wird die Bedeutung des Rundfunks nur darin gesehen, daß er ständiges Informationsorgan war.<sup>44</sup> Die Sendungen des Moskauer Rundfunks werden mit Recht als wirksame Waffe gegen die faschistische Propaganda gewertet. Wenn es aber dann heißt, „*sie erleichterten* es auch den Antifaschisten, sich eine Analyse der Lage zu erarbeiten und die Aufgaben für die antifaschistischen Widerstandsgruppen festzulegen“<sup>45</sup>, dann gehen diese Einschätzungen an der wesentlichen Funktion des Rundfunks vorbei.

Abgesehen davon, daß Informationen vom Moskauer und Londoner Rundfunk nicht gleich bewertet werden können, waren die Sendungen aus Moskau nicht nur Informationsquelle. In ihnen erteilte die Parteiführung ihre Direktiven an die illegalen Parteiorganisationen im Lande. Die Sendungen der Parteiführung *halfen* nicht nur den Kadern im Lande, sich eine Analyse der Lage zu erarbeiten, sondern *vermittelten* die von der Parteiführung getroffene Analyse sowie die unmittelbare Aufgabenstellung für den illegalen Kampf.

Es handelt sich hierbei um die grundlegende Frage nach der Rolle der

<sup>43</sup> Ebenda, S. 19 (Hervorhebung von uns — d. Vf.).

<sup>44</sup> Vgl. Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe, S. 30.

<sup>45</sup> Ebenda (Hervorhebung von uns — d. Vf.).



Parteiführung überhaupt, die auch an anderen Beispielen in den verschiedenen Veröffentlichungen nur als Helfer, Berater, aber nicht als Führung und deshalb eben verzerrt und falsch dargestellt wird. Es wird nicht gezeigt, daß und wie die illegalen Parteiorganisationen im Lande auf der Grundlage der zentralen Parteibeschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz sowie des Zentralkomitees arbeiteten und die Weisungen der Führung durchführten.

Statt dessen entsteht in den vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebenen Monographien über wichtige Teilabschnitte des deutschen Widerstandskampfes der irreführende Eindruck, als wären die Kommunisten im Lande auf sich allein gestellt und gezwungen gewesen, ohne richtungsweisende Orientierung und Führung durch das ZK die politische Linie der Partei selbst auszuarbeiten. Die hervorragende Rolle dieser Kommunisten wird in keiner Weise geschmälert, wenn festgestellt wird, daß dazu nur die zentrale Führung der Partei in der Lage war. Das unsterbliche Verdienst so hervorragender Funktionäre wie Robert Uhrig, Georg Lechleiter, Walter Husemann, Georg Schumann, Theodor Neubauer, Franz Jacob, Bernhard Bästlein, Anton Saefkow, Wilhelm Knöchel, Johannes Sieg u. a. besteht darin, daß sie es verstanden, die Beschlüsse und Weisungen der Parteiführung unter den schwierigen Bedingungen des faschistischen Terrors anzuwenden und in ihren Abschnitten des antifaschistischen Kampfes durchzuführen. Auch das war ein Ergebnis der von der KPD und ihrem ZK geleisteten Erziehung so bewährter Kader.<sup>46</sup> Zugleich zeigt das eben die innere Stärke und Geschlossenheit der KPD, die keine andere Partei in Deutschland erreichen konnte. Weder die SPD noch bürgerliche Parteien oder christliche Organisationen verfügten in ihrer Gesamtheit über jene politisch-moralische und organisatorische Kraft, um während der faschistischen Diktatur ihre Organisationen aufrecht und kampffähig erhalten zu können.<sup>47</sup> Keine von ihnen konnte deshalb politisch-programmatisch und organisatorisch die Basis der Vereinigung aller Antifaschisten bilden.

Es ist leider nicht gelungen, eine so breite antifaschistische Bewegung zu schaffen, die den Faschismus aus eigener Kraft zu stürzen vermocht. Dennoch erwiesen sich das Programm der KPD und ihre Politik zur Vereinigung aller Antifaschisten als einzig nationale Alternative gegenüber der verbrecherischen Kriegspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. Sichtbarer Ausdruck dafür waren eine Reihe antifaschistische

<sup>46</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Zu Fragen der Parteiarbeit, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 118–123.

<sup>47</sup> Selbst bürgerliche Darstellungen bestätigen, daß Teile der Sozialdemokratie nach Mitteln und Wegen suchten, „eine eigene starke Widerstandsbewegung zu organisieren, mußten aber bald bittere Erfahrungen machen, daß ihre eigenen primitiven Organisations- und Arbeitsmethoden völlig ungeeignet waren ... es zeigte sich, daß organisatorische Einheit und Zusammenarbeit ohne eine koordinierte Zentrale, die der Bedingung in Deutschland wegen im Ausland sein mußte, unmöglich war“ (Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie und Nationalismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover und Frankfurt (Main) 1960, S. 62.)

Widerstandsgruppen, in denen insbesondere während des Krieges unter Führung der kommunistischen Parteiorganisationen auch Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Angehörige der Intelligenz und andere Gegner des faschistischen Regimes kämpften. Sie waren ein Ergebnis des ununterbrochenen Kampfes der KPD um die Schaffung der Einheits- und Volksfront zum Sturz der Hitlerdiktatur und zur Errichtung eines neuen, demokratischen Deutschlands.

Die Monographien des Instituts für Marxismus-Leninismus, die sich gerade mit einigen dieser antifaschistischen Widerstandsgruppen beschäftigen, zeigen jedoch nicht klar die Rolle der illegalen Parteiorganisationen als Kern dieser Widerstandsgruppen. Auch der Begriff „Widerstandsgruppe“ wird nicht exakt erläutert, und vielfach muß der Eindruck entstehen, daß sie mit den Parteiorganisationen identisch gewesen seien. An Stelle von Parteiorganisationen sprechen die Autoren in der Regel nur von Kommunisten, Antifaschisten, Widerstandskämpfern usw. Das führte dazu, daß die Parteiorganisationen im allgemeinen antifaschistischen Widerstandskampf untergehen; ihre führende Rolle wird nicht sichtbar.<sup>48</sup> Ebenso wenig kann dadurch der Charakter der antifaschistischen Widerstandsgruppen selbst und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung sichtbar werden.

Die weitere Forschung zu diesem Problem muß davon ausgehen, daß die antifaschistischen Widerstandsgruppen eine Form des Zusammenschlusses und des gemeinsamen Kampfes von Kommunisten und nichtkommunistischen Hitlergegnern aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung waren, die die durch den Krieg heraufbeschworene nationale Gefahr erkannten und sich aus dieser Erkenntnis der nationalen Politik der KPD näherten. Diese Gruppen konnten nur unter Führung der Organisationen der KPD entstehen und kämpfen, weil nur sie ein wahrhaft nationales Programm besaß.

Neben diesen Widerstandsgruppen existierten auch Gruppen von Hitlergegnern, die nicht unter direkter Führung kommunistischer Parteiorganisationen standen oder mit ihnen zusammenarbeiteten, obwohl sie wie die KPD die Überwindung des Hitlerfaschismus und die Beendigung des Krieges erstrebten. Der Verlauf des Krieges überzeugte jedoch immer mehr dieser Hitlergegner, daß allein die Politik der KPD, alle nationalen Kräfte zusammenzuschließen, richtig war, weil ihre Zersplitterung nur die faschistische Herrschaft und den Krieg verlängern half. Einige von ihnen, wie z. B. die Geschwister Scholl, machten sich sogar wichtige Lösungen der KPD zu eigen. Insbesondere reifte diese Erkenntnis nach dem entscheidenden Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad, der die Wende des zweiten Weltkrieges einleitete. In dieser Situation forderte die KPD alle national-

<sup>48</sup> Vgl. hierzu besonders Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Besonders in dem Abschnitt: „Die Bemühungen um die Schaffung einer breiten antifaschistischen Kampffront“ (S 53–63) wird die Rolle der Partei weitgehend verwischt und durch Begriffe wie „Widerstandskämpfer“, „Antifaschisten“ ersetzt.

gesinnten Deutschen auf, dafür zu sorgen, daß die Tragödie der 6. Armee „nicht noch zur Tragödie unseres ganzen deutschen Volkes wird“. Die Wiedergewinnung der Achtung und des Ansehens der anderen Völker erfordere, so erklärte die Partei, daß das deutsche Volk Hitler stürze und einen gerechten Frieden herbeiführe. „Die große nationale Friedensbewegung schafft die Garantie für den Sieg unseres Volkes über die Hitlerbande und für die Schaffung eines neuen, freien, demokratischen Deutschlands.“<sup>49</sup>

Durch den überragenden Sieg der heldenhaften Sowjetarmee bei Stalin grad waren sowohl objektiv als auch subjektiv günstigere Bedingungen für die Bildung einer breiten Front aller Hitlergegner herangereift. Das fand seinen Ausdruck in der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Es wurde auf Initiative des Zentralkomitees der KPD im Juli 1944 gebildet und war die folgerichtige Weiterentwicklung der politischen Linie von Brüssel und Bern zur Einigung aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes. Es war seinem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition und zugleich eine höhere Stufe des antifaschistischen und nationalen Befreiungskampfes. Die Aufgabe des NKFD bestand darin, sich zum leitenden Zentrum des antifaschistischen Befreiungskampfes zu entwickeln, „dessen politische Plattform breit genug war, um alle Gegner des Hitlerregimes zum gemeinsamen Kampf für die Erfüllung der nächstliegenden Aufgaben, für die Beendigung des Krieges, für den Sturz der faschistischen Regierung und die Schaffung eines freien, unabhängigen Deutschlands zusammenzuschließen.“<sup>50</sup>

Das NKFD vereinte in seinen Reihen Vertreter verschiedener Klassen und Schichten. Es wurde zum politischen und organisatorischen Zentrum aller nationalgesinnten Deutschen und bildete den Keim für die Nationalfront des demokratischen Deutschland. Das Programm des NKFD basierte auf den programmatischen Beschlüssen der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern und enthielt die Grundsätze einer Politik, die für die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmend war, und die heute in der von nationalem Verantwortungsbewußtsein getragenen Politik der SED und der Regierung der DDR ihre Fortsetzung findet.

Das NKFD leistete vor allem unter Wehrmachtsangehörigen durch Rundfunk, Zeitungen und Flugblätter eine große Aufklärungsarbeit. Dank der selbstlosen Hilfe der Sowjetunion wurde im Ergebnis dieser Tätigkeit Hunderttausenden deutschen Soldaten geholfen, den Weg des konsequenten Kampfes für den demokratischen Aufbau eines neuen Deutschland zu gehen. Darüber hinaus nahm das NKFD durch den Einsatz von Frontbevollmächtigten und Partisanengruppen an den verschiedensten Abschnitten des zweiten Weltkrieges aktiv am Kampf gegen die Todfeinde der deutschen Nation teil.

<sup>49</sup> Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. I, S. 378/379.

<sup>50</sup> Die Front war überall. Vorwort von Walter Ulbricht, S. 7.



Auch in Deutschland entwickelte sich auf der Grundlage des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ eine breitere Basis für die Widerstandsruppen, wie z. B. die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, die Neubauer-Loser-Gruppe und die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe bewiesen.<sup>51</sup> Der Kern dieser und anderer Gruppen waren die Parteiorganisationen der KPD, die den Motor für die Entwicklung einer immer breiteren und wirksameren Widerstandsbewegung darstellten. Die Breite dieser Bewegung nach der Gründung des NKFD zu erforschen, ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Trotz der schwierigen Bedingungen der Illegalität und des wachsenden Gestapoterrors bahnte sich auf der Grundlage der entstehenden zentralen operativen Leitung der Partei eine einheitliche und zentrale Führung des antifaschistischen Kampfes an. „Die politische Beratung und organisatorische Zusammenarbeit der illegalen Organisationen von Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Patrioten schufen den Kern ihrer zentralen operativen Leitung des Widerstandskampfes in Deutschland.“<sup>52</sup> Die von den Parteiorganisationen der KPD geleiteten Widerstandsruppen kämpften auf der Grundlage der vom Zentralkomitee der KPD abgegebenen politischen Orientierung, wie die Dokumente des antifaschistischen Widerstandskampfes beweisen. Es sei hier nur auf das Dokument „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee „Freies Deutschland““<sup>53</sup> hingewiesen, das in Übereinstimmung mit der vom Zentralkomitee der KPD ausgehenden Initiative für den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte in der nationalen Bewegung „Freies Deutschland“ ausgearbeitet wurde. Die Entfaltung dieser Bewegung<sup>54</sup> demonstrierte erneut, daß außer der KPD keine andere Partei imstande war, die Hitlergegner zusammenzufassen und gegen Faschismus und Krieg zu führen.

Als die Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front insbesondere nach Stalingrad immer deutlicher werden ließen, daß der militärische Zusammenbruch des Hitlerfaschismus ständig näherrückte, versuchten Teile der reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals, die heute in Westdeutschland immer noch die Macht ausüben, im Bunde mit einigen Generälen und Offizieren unter Preisgabe Hitlers mit den Westmächten einen Separatfrieden zu schließen, um die Herrschaft des Monopolkapitals zu retten und den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen zu können und

<sup>51</sup> Vgl. Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 211 ff., 3 ff., 219 ff.

<sup>52</sup> Brief des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In: Neues Deutschland (B), 23. März 1960.

<sup>53</sup> Vgl. Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 221–225.

<sup>54</sup> Vgl. z. B. Claire Quast: Die Kommunistische Partei Deutschlands – Organisator und Führer der westdeutschen Friedensbewegung in den Jahren 1941 bis 1943. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 2, S. 303–318. – J. Zanders: Der antifaschistische Widerstandskampf des Volksfrontkomitees „Freies Deutschland“ in Köln im Jahre 1943/1944. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 4, S. 720–741. – Erich Weinert: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943–1945, Berlin, o. J., S. 128/129.

zugleich die wachsende antifaschistische Volksbewegung unter Führung der KPD auszuschalten. Sie traten nicht für die allgemeine Beendigung des Krieges durch den Sturz des Hitlerfaschismus und die Errichtung eines demokratischen Deutschlands ein. Sie gingen von ihren engen Klasseninteressen, deren Durchsetzung das deutsche Volk an den Rand seiner Existenzfähigkeit gebracht hatte, aus und mißachteten die Interessen der Nation. Allein die patriotische Gruppe um Oberst Stauffenberg handelte im nationalen Interesse. Jedoch blieben die reaktionären Kräfte, die sich weigerten, sich auf die Vorhut der Arbeiterklasse in den Rüstungsbetrieben und auf die Soldaten zu stützen, die bestimmenden Kräfte der Verschwörung. Deshalb war der Aufstand vom 20. Juli 1944 zum Scheitern verurteilt.

Heute erheben die Hintermänner des 20. Juli 1944 den Anspruch auf die Führung der Nation. Ihre Apologeten auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung leisten ihnen dabei ideologische Schützenhilfe, indem sie einerseits die reaktionären Ziele des 20. Juli zu nationalen Zielen erklären und damit die NATO-Strategie der Bonner Militaristen verherrlichen, andererseits aber versuchen, den nationalen Kampf der KPD herabzuwürdigen und ihn als antinational zu entstellen. Die reaktionären Kräfte können aber die Nation nicht führen, weil sie heute wie damals die Kriegspolitik des deutschen Finanzkapitals verfechten, die keinerlei Perspektive hat.

Als sie sich angesichts der unmittelbar bevorstehenden Niederlage des Hitlerregimes im Juli 1944 zu ihrer Aktion aufrafften, hatte die KPD bereits über ein Jahrzehnt unter Führung ihres ZK gekämpft und größtes Opfer gebracht. Von 300 000 Mitgliedern wurden etwa die Hälfte verfolgt und eingekerkert. Ein großer Teil dieser Kommunisten fiel im antifaschistischen Freiheitskampf, unter ihnen allein 28 Reichstagsabgeordnete der KPD. Von den auf der illegalen Tagung des ZK am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin anwesenden 35–40 führenden Funktionären wurden in den folgenden Jahren 20 von den Faschisten ermordet.

Trotz allen Heldentums gelang es den deutschen Antifaschisten nicht, den Hitlerfaschismus zu stürzen. Das ideologische Gift des Nazismus, aber auch der Reformismus hatten sich tief in das Denken breiter Schichten des deutschen Volkes eingenistet. Soziale und nationale Demagogie, Chauvinismus und hemmungsloser Antikommunismus, Unterdrückung und Terror waren die Hauptmethoden zur Aufrechterhaltung der faschistischen Gewaltherrschaft. Hinzu kam die inkonsequente Politik bestimmter bürgerlicher Gruppierungen und rechter sozialdemokratischer Führer, die zwar Hitler beseitigen, aber nicht mit der aggressiven imperialistischen Politik überhaupt brechen wollten und deshalb ein Bündnis mit den antifaschistischen Widerstandskämpfern, in erster Linie mit den Kommunisten ablehnten.

Jedoch „der gemeinsame Kampf der Kommunisten und Sozialdemokraten sowie die Tätigkeit des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ bereiteten den umfassenden Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus vor“.

die Sowjetarmee und die Staaten der Antihitlerkoalition vor“.<sup>55</sup> Die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte waren es auch, die das während der Zeit der faschistischen Diktatur ausgearbeitete Programm der demokratischen und sozialistischen Neugestaltung Deutschlands nach 1945 in die Tat umsetzten.

Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege war es dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse, die keinen Anteil an der Katastrophenpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gehabt hatte, die Staatsmacht in ihre Hände nahm und im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften eine Wiederholung des verhängnisvollen Weges verhinderte. „Nur die Arbeiterklasse konnte diese Aufgabe von nationaler Bedeutung erfüllen, denn ihre fortgeschrittensten Kräfte waren es, die konsequent den Kampf gegen Nazismus und imperialistische Kriegspolitik geführt und damit die wahren nationalen Interessen unseres deutschen Volkes vertreten haben.“<sup>56</sup>

Leider wird in den schon erwähnten Monographien des Instituts für Marxismus-Leninismus nicht beweiskräftig herausgearbeitet, daß die Politik der KPD während der faschistischen Diktatur wichtige Voraussetzungen für die Einheit der Arbeiterklasse, für den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie für die Nationale Front des demokratischen Deutschland und damit schon vor 1945 wichtige Vorbedingungen zur Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den späteren Übergang zum sozialistischen Aufbau schuf.

Diese Mängel spiegeln sich auch in manchen Broschüren wider, die anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED von einigen Bezirks- und Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung veröffentlicht wurden.<sup>57</sup> Mit Recht weisen die Thesen des Politbüros zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD darauf hin, daß die Periode nach 1945 die bedeutendste in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist, weil die Arbeiterklasse in dieser Zeit die Lehren von Marx, Engels und Lenin in einem Teil Deutschlands verwirklichte und den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat schuf. Die Thesen zeigen aber auch, daß dies das folgerichtige Resultat des langen und opferreichen Kampfes der Arbeiterklasse und besonders des antifaschistischen Kampfes war. In einigen Veröffentlichungen jedoch wird dieser Zusammenhang, die Kontinuität der führenden, nationalen Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees überhaupt nicht bzw. völlig ungenügend nachgewiesen.

Ein sich oft wiederholender Mangel besteht auch darin, daß der Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD vereinfacht dargestellt und dadurch die große Leistung des ZK der KPD und der klassenbewußten Kräfte im

<sup>55</sup> Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. S. 12.

<sup>56</sup> Walter Ulbricht: Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. Im vorliegenden Heft, S. 525.

<sup>57</sup> In einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift wird eine ausführliche Rezension dieser Broschüren erscheinen.



Zentralausschuß der SPD unter Führung Otto Grotewohls nicht sichtbar wird. Es ist zweifellos ein Verdienst vieler Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, daß sie der von den imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Ideologen verbreiteten Lüge von der „Zwangsvereinigung“ mit umfassendem Material entgegen treten, das den Drang nach Einheit unter den Mitgliedern beider Arbeiterparteien und deren erfolgreiches Ringen um die Vereinigung überzeugend nachweist. Das richtige Bestreben, die Masseninitiative von unten zu zeigen, darf jedoch nicht zur Verherrlichung der Spontaneität und zur Beschränkung auf lokale Ereignisse, zur Überbetonung der örtlichen und Mißachtung der gesamt nationalen Entwicklung führen. Nicht in diesem Einheitswillen schlechthin, sondern in der Tatsache, daß dieser Wille – zentral gelenkt – seine Erfüllung in der Schaffung einer einheitlichen *marxistischen* Massenpartei fand, die sich zu einer Partei neuen Typus entwickelte, liegt die große geschichtsbildende Kraft dieses Ereignisses des Sieges des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese Entwicklung war nur möglich, weil ihr wie in der Zeit des antifaschistischen Widerstandskampfes von den besten, revolutionärsten Kräften der deutschen Arbeiterklasse Weg und Ziel gewiesen, alle Versuche der Opportunisten, die Schaffung einer einheitlichen revolutionären marxistischen Partei zu verhindern, zurückgewiesen und Grundfragen der Theorie und Politik der Arbeiterbewegung geklärt wurden. Deshalb unterstreichen die Thesen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD die hervorragende Rolle Walter Ulbrichts, der den Entwurf der „Grundsätze und Ziele“ der zu schaffenden Einheitspartei vorlegte und damit der ganzen Einheitsbewegung in entscheidendem Maße richtigen politischen und ideologischen Inhalt gab. Gerade der Anteil der Führung der KPD an der Lösung von Grundsatzfragen im Prozeß der Vereinigung wird in manchen Broschüren der örtlichen Kommissionen nicht sichtbar. Die ideologischen Auseinandersetzungen erscheinen als selbständige Angelegenheit des lokalen Bereichs, losgelöst vom allgemeinen Klärungsprozeß, der sich unter der Führung des Zentralkomitees der KPD in der ganzen deutschen Arbeiterklasse entwickelte. Es ist aber nicht nur von historischem Interesse, sondern von eminent aktueller politischer Bedeutung, die hervorragende Rolle der Führung der KPD in allen Phasen des nationalen Kampfes der Arbeiterklasse zu beweisen. Ohne klares, revolutionäres Programm kann es keine wirkliche Einheit der Arbeiterklasse geben, und ohne diese Einheit kann die Arbeiterklasse ihre historische Mission nicht erfüllen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der historische Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 zu bewerten, der die in den Beschlüssen der Konferenzen von Brüssel und Bern und im Programm des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ gewiesene politische Linie fortsetzte, die dort gegebene strategische Orientierung konkretisierte und nicht nur zur programmatischen Grundlage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sondern auch der Vereinigung aller anderen demokratischen Kräfte im Block der antifaschistischen Parteien wurde. Es gab in Deutschland

eine andere Kraft, die inmitten der Trümmer, des Chaos und der Ausweglosigkeit des größten Teiles unseres Volkes mit einem solchen wissenschaftlichen Programm des demokratischen Neuaufbaus hervortreten konnte. Es war das Verdienst des Zentralkomitees der KPD, entsprechend den konkreten Bedingungen in Deutschland den Weg zur Beseitigung der Ursachen der verheerenden Kriegskatastrophen, zur Ausrottung des Imperialismus und Militarismus gewiesen zu haben. Die Bedeutung dieses Programms bestand nicht nur darin, daß es die konkreten Maßnahmen zur schnellsten Überwindung der unmittelbaren Kriegsschäden zeigte, sondern daß es zugleich auch die grundlegende Orientierung für die ganze erste Etappe der volksdemokratischen Revolution gab.

Ein Ereignis von historischer Bedeutung war es, als der Zentralausschuß der SPD unter Führung Otto Grotewohls diesem Programm zustimmte. Während die Kreise um Schumacher die Arbeiter irreführten und den Sozialismus demagogisch zur Tagesaufgabe erklärten, aber in der Tat die nächsten praktischen Schritte zur Enteignung der Kriegsverbrecher verhinderten, verbanden die KPD und die klassenbewußten Kräfte der SPD einen Kampf um die Aktionseinheit und die Einheit der Arbeiterklasse mit dem Kampf um die Ausrottung der Wurzeln des Imperialismus und Militarismus und um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, mit der die Voraussetzungen für die Hinüberleitung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution geschaffen wurden. Das war die schöpferische Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie.

Die Geschichte hat bewiesen, daß dieses Programm in allen seinen Punkten der realen Lage und den Bedürfnissen des ganzen deutschen Volkes entsprach. Das war nur möglich, weil es alle Erfahrungen des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus berücksichtigte, insbesondere die Erfahrungen der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf um die Herstellung der Aktions-einheit und die Schaffung der Volksfront gegen Faschismus und Krieg. Es selbst war das Resultat eines jahrzehntelangen Kampfes gegen den Todfeind der deutschen Nation.

Im antifaschistischen Widerstandskampf, insbesondere dem der KPD, verkörperten sich die wahren nationalen Traditionen des Humanismus, des Friedens und des Fortschritts, die nunmehr in der DDR unter Führung der SED ihre Erfüllung finden. Dagegen werden die antinationalen Traditionen des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland wieder gepflegt.

Die ganze Geschichte unseres Volkes in diesem Jahrhundert, insbesondere seit 1933 bis zur Gegenwart lehrt, daß „der Hauptwiderspruch in Deutschland zwischen den Interessen des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik und allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland auf der einen Seite und den Kräften des Militarismus und Revanismus in Westdeutschland auf der anderen Seite... nur überwunden werden (kann) durch die Bändigung des deutschen Militarismus, durch Abrüstung und Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen

Staaten, der den Weg frei macht für die Überwindung der Spaltung unserer Nation.“<sup>58</sup> Angesichts dieser großen Aufgabe erhalten die Lehren des antifaschistischen Kampfes größte aktuelle Bedeutung. Daher ist es notwendig, die Forschung auf diesem Gebiet zu verbessern, aufgetretenen Mängel schnell zu korrigieren und die Lehren der Geschichte mehr als bisher in den Dienst des Zusammenschlusses aller demokratischen und patriotischen Kräfte ganz Deutschlands zu stellen.

---

<sup>58</sup> Vgl. Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag Berlin 1961, S. 14.



## Zur nationalen Bedeutung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“

Die deutsche Arbeiterklasse stand seit ihrem ersten selbständigen politischen Auftreten, geführt von Marx und Engels und ihren treuen Schülern August Bebel und Wilhelm Liebknecht, an der Spitze des antimilitaristischen Kampfes. Den Hauptstoß richtete sie gegen das preußische Regime als staatlicher Verkörperung des Militarismus.

Diese hervorragende Tradition des Antimilitarismus wurde unter den Bedingungen des Imperialismus von den deutschen Linken und nach ihrer Gründung von der Kommunistischen Partei Deutschlands fortgesetzt. Ihr führendes Haupt war in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts Karl Liebknecht. Seine bedeutendste Schrift zu dieser Frage, „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, diente unmittelbar der konsequenten Weiterentwicklung und Weiterführung des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Karl Liebknechts Kampfschrift ist jedoch nicht nur als maßgebliches historisches Dokument aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung von bleibendem Wert, sondern zugleich von höchst aktueller Bedeutung im gegenwärtigen Ringen um die Bändigung des deutschen Militarismus.

Die bürgerliche (einschließlich der sozialdemokratischen) Historiographie Westdeutschlands unternimmt große Anstrengungen, um die historischen Verdienste der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung für die Lebensinteressen der Nation zu leugnen und diese zu diffamieren. Insbesondere wird versucht, die Linken – wie überhaupt die KPD und die SED – als „internationalen Kräfte“ zu verleumden. Deutlich sichtbar wurde das auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm bei der Debatte über das Referat des belgischen Historikers Henri Haag zum Thema „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“. <sup>1</sup> Besonders unruhig taten sich dabei die westdeutschen Historiker Rothfels und Mommsen hervor. <sup>2</sup>

Diese reaktionäre Konzeption zeigt sich auch in der Auswahl und im Vorwort zu einer sozialdemokratischen Dokumentensammlung über

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Hans-Joachim Bernhard/Fritz Klein: Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 1961, Heft 1, 130–146.

<sup>2</sup> Vgl. Berichte über den XI. Internationalen Historiker-Kongreß. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 8; 1961, Heft 1.

„Sozialdemokratie und Wehrfrage“. Der Verfasser des Vorworts stellte die verleumderische Behauptung auf, die konsequent revolutionären Kräfte der deutschen Sozialdemokratie (deren Politik er als „rein klassenkämpferische Tendenz“ bezeichnete) wollten „nur den Interessen der Arbeiterklasse, nicht denen der Nation Realität zuerkennen“. Für sie wäre „der Krieg nur eine Gelegenheit, das Klasseninteresse zum Siege zu führen, sei es auch um den Preis einer Niederlage des eigenen Landes“.<sup>3</sup>

In jenem Vorwort tritt die genannte verleumderische Tendenz offen hervor: Der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats wird den Interessen der Nation als feindlich gegenübergestellt. Proletarischer Klassenkampf und nationales Interesse seien zwei sich gegenseitig ausschließende Faktoren. Da die Linken aber konsequente proletarische Revolutionäre waren, wird ihr Kampf als antinational abgestempelt. Ihre energische Antikriegspolitik wird als Verrat am „eigenen Land“ verleumdet.

Solche verleumderischen Versuche der Reaktion sind wahrlich nicht originell. Seit dem Entstehen der kommunistischen Bewegung versuchen die reaktionären Klassen, diese einer antinationalen Haltung und des Vaterlandsverrats zu beschuldigen. Marx und Engels haben diese Ausfälle bereits im Kommunistischen Manifest pariert. Besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes wurden die Sozialdemokraten durch den preußischen deutschen Staat als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert und verfolgt. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution überstürzt sich die bürgerliche Propaganda förmlich, um revolutionäre Sozialisten (und auch fortschrittliche demokratische Kräfte) als „Agenten Moskaus“ zu brandmarken. Letztlich soll den revolutionären Kräften der Arbeiterklasse der Makel des Antinationalen als eine aus ihrer Weltanschauung entspringende Konsequenz angeheftet werden.

Die Arbeiterklasse hat keine Sonderinteressen gegenüber der Gesellschaft. Als einzige Klasse vertritt sie mit ihren Klasseninteressen zugleich die Interessen der gesamten Gesellschaft, die Interessen der Nation. Die von den imperialistischen Ideologen konstruierte konträre Gegenüberstellung der Interessen von Arbeiterklasse und Nation dient lediglich den volksfeindlichen Kräften. Das herrliche Aufblühen und die erfolgreiche Entfaltung aller schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten des Volkes in den sozialistischen Ländern sind eine eindrucksvolle geschichtliche Demonstration dafür, daß sich die Nation erst unter Führung der Arbeiterklasse allseitig und friedlich entwickeln kann.

Liebknichts opfervolles, kämpferisches Leben widerlegt am besten und eindeutig alle schmutzigen Verleumdungen und Entstellungen bürgerlicher Ideologen. Gemeinsam mit seinen Kampfgefährten Rosa Luxemburg

<sup>3</sup> Sozialdemokratie und Wehrfrage. Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, zusammengestellt von Karl Drott, Berlin und Hannover 1956, S. 11. — Bezeichnenderweise kommt in dieser Dokumentensammlung in dem hier behandelten historischen Abschnitt zwar der Opportunist und „Vaterlandsverteidiger“ Noske zu Wort, nicht aber der konsequente Kämpfer der Arbeiterklasse und der deutschen Nation Karl Liebknecht.

Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a. galt sein ganzes Wirken einem friedlichem, von Militarismus, Chauvinismus und imperialistischem Krieg befreiten Deutschland, das in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern in Fortschritt und Glück gedeiht.<sup>4</sup> Gerade aus einer tiefen Liebe zum deutschen Volk und aus seiner marxistischen Weltanschauung nahm er die Kraft und Siegeszuversicht zu seinem nie ermüdenden Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und unserer Nation. Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ ist dafür ein eindeutiger Beweis.

Karl Liebknecht arbeitete sie in den Monaten Oktober und November 1906 aus. Sie erschien in erster Auflage im Februar 1907. Als Grundlage für diese Kampfschrift diente Liebknecht ein Referat über „Jugend und Militarismus“, das er am 30. September 1906 auf der 1. Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands in Mannheim gehalten hatte. „Militarismus und Antimilitarismus“ entstand unter schwierigen Arbeitsbedingungen, denn auch während dieser Monate nahm Liebknecht ständig unmittelbar am politischen Kampf der Arbeiterbewegung teil.

Im Vorwort zur ersten Ausgabe schrieb er: „Man wird gegenüber der theoretischen Grundlegung unsrer Arbeit den Vorwurf allzu großer Kürze und ungenügender historischer Vertiefung zu erheben geneigt sein. Demgegenüber muß auf den aktuell politischen Zweck der Schrift verwiesen werden, den Zweck, den antimilitaristischen Gedanken zu fördern.“<sup>5</sup>

Die zwingende Notwendigkeit des antimilitaristischen Kampfes ergab sich aus der nationalen und internationalen Situation. Der Kampf gegen den Militarismus war bereits im 19. Jahrhundert ein Hauptproblem der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Der Übergang in das imperialistische Stadium hatte die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche außerordentlich verschärft. Aus dem für den Imperialismus typischen erbitterten Kampf der Großmächte um die Teilung und Neuaufteilung der Welt – der durch die gesetzmäßige Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Staaten hervorgerufen wird – resultieren die imperialistischen Kriege, Aggressions- und Raubkriege zur Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten, zur Ausplünderung anderer Völker. Der Militarismus – als ein Hauptwerkzeug des Imperialismus zur Durchsetzung seiner volksfeindlichen Politik – erlangte eine gewaltige Ausdehnung und zentrale Stellung im gesamten gesellschaftlichen Leben des imperialistischen Systems. „Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben“<sup>6</sup>, schrieb Lenin.

<sup>4</sup> Eine ausführliche Würdigung des hervorragenden Kampfes der deutschen Linken gibt Walter Bartel in seiner Arbeit: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1958.

<sup>5</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 253.

<sup>6</sup> W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 78.



Der Militarismus hat in Deutschland eine besonders verhängnisvolle Rolle gespielt. „Dieser preußisch-deutsche Militarismus“, schrieb Karl Liebknecht, „trägt alle schlechten und gefährlichen Eigenschaften irgendeiner Form des kapitalistischen Militarismus an sich... Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht...“<sup>7</sup>

So wie die Besonderheiten des deutschen Imperialismus dem Militarismus sein Gepräge gaben, so wirkte der Militarismus auch seinerseits nachhaltig auf den deutschen Imperialismus und dessen Politik ein, bestimmt weitgehend dessen Gesicht mit.

Der zuspätgekommene deutsche Imperialismus erschien als junger, starker Räuber und forderte „seinen Anteil“. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt wurde zum Grundzug der Politik des deutschen Imperialismus. Dieser zeichnete sich durch besondere Aggressivität, Raublust und Abenteuerlichkeit aus.

Die verbrecherischen Züge des deutschen Imperialismus und Militarismus wurden weitgehend durch den reaktionären Weg der Herstellung der nationalen Einheit bestimmt. Das unheilvolle Bündnis der Bourgeoisie mit dem Junkertum und der antidemokratische, preußische Ursprung des 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaates verschärften beim Übergang zum Imperialismus das diesem allgemein innewohnende Streben nach Negation der Demokratie, nach Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und nach Aggression und Eroberung.<sup>8</sup> Sie prägten den besonderen, den junkerlich-bourgeoisien Charakter des deutschen Imperialismus.

Der Kapitalismus droht in seiner Verfallsperiode durch verheerende Kriege, Krisen und Kolonialklaverei die Lebensgrundlagen der Völker zu zerstören. „So wurde die Lösung des Grundwiderspruchs zwischen den friedliebenden Interessen der Völker und der Kriegspolitik der Monarchisten und Militaristen zur alles beherrschenden Frage.“<sup>9</sup> Die oben genannte allgemeine Gesetzmäßigkeit des imperialistischen Systems offenbarte sich in Deutschland besonders kraß. Das Leben von Millionen Menschen und die von Generationen geschaffenen kulturellen Güter wurden durch den aggressionslüsternen Imperialismus bedenkenlos aufs Spiel gesetzt. Die hemmungslose Raubgier der imperialistischen Kriegstreiber drängte das deutsche Volk an den Rand des Abgrunds.

Die imperialistische Bourgeoisie stellte und stellt sich mit ihren Interessen, mit ihrer Politik außerhalb der nationalen Gemeinschaft, gegen

<sup>7</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 278.

<sup>8</sup> Vgl. W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“. In: Werke, ebenda, S. 34.

<sup>9</sup> Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 6.

iese, bedroht deren Existenz. Die Geschichte lehrt, daß seit Anfang dieses Jahrhunderts die Beseitigung des Militarismus und Imperialismus und die Bildung eines friedliebenden, demokratischen Staates die Lebensfrage der deutschen Nation ist.<sup>10</sup>

Der Kampf gegen den Militarismus erhielt zentrale Bedeutung. Ein Leitfaden dafür war die Erkenntnis Karl Liebknechts, die gleichsam für unsere gegenwärtige Auseinandersetzung zur Bändigung des deutschen Militarismus gültig ist: „Schwächung des Militarismus heißt Förderung der Möglichkeiten friedlich organischer Fortentwicklung oder wenigstens Einschränkung der Möglichkeiten gewaltsamer Zusammenstöße; sie heißt aber weiter und vor allem Gesundung, Auffrischung des politischen Lebens, des Parteikampfes. Schon der rücksichtslose und systematisierte Kampf an und für sich gegen den Militarismus führt zur revolutionären Befruchtung und Kräftigung der Partei, ist ein Jungborn revolutionären Geistes.“<sup>11</sup>

Daß Liebknecht mit „Militarismus und Antimilitarismus“ eine äußerst empfindliche Stelle des bourgeois Klassenstaates getroffen hatte, bewies die Reaktion der herrschenden Klasse. Die Militaristenbrut geiferte. Der verächtigte Sozialistenhasser und „Geheimer Kriegsrat“ Romen wettete in einem Artikel im bürgerlichen „Tag“ gegen die antimilitaristische Propaganda und speziell gegen Karl Liebknecht. Kriegsminister von Einem tritt im Reichstag eine verleumderische Attacke gegen Liebknechts antimilitaristischen Kampf.<sup>12</sup>

Am 17. April 1907 ordnete der preußische Kriegsminister die „strafrechtliche Verfolgung“ Karl Liebknechts an.<sup>13</sup> Der Prozeß gegen Liebknecht (er wurde von dem imperialistischen Klassengericht zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt) erwies sich jedoch als Bumerang für die Reaktion. Während die Opportunisten vom Schlage eines Vollmar vor der Klassenjustiz kuschen und versuchten, deren Machenschaften für ihre Zwecke auszunutzen, sah Liebknecht in der gegen ihn erhobenen Anklage ein Mittel, um den Spieß gegen die juristischen Verfechter des Militarismus umzukehren und seinerseits als Ankläger vor Gericht eine Tribüne für die antimilitaristische Agitation zu finden.<sup>14</sup> Die antimilitaristische Bewegung erhielt durch sein unerschrockenes Auftreten einen enormen Auftrieb.

Es bestand eine enge Wechselbeziehung zwischen der aus den ökonomischen Grundlagen resultierenden aggressiven Raub- und Eroberungs-

<sup>10</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1176.

<sup>11</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 440.

<sup>12</sup> Vgl. Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 38.

<sup>13</sup> Vgl. Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht. Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 413.

<sup>14</sup> Vgl. B. A. Aisin: Der Prozeß gegen Karl Liebknecht im Jahre 1907. In: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1960, Heft 6, S. 645 ff.

politik des deutschen Imperialismus und seiner Innenpolitik, die sich durch verstärkte Unterdrückungsmaßnahmen auszeichnete. Der Hauptstoß der reaktionären Innenpolitik des imperialistischen preußisch-deutschen Staates war gegen die revolutionäre Tätigkeit der Arbeiterbewegung im allgemeinen und besonders gegen den antimilitaristischen Kampf gerichtet. In ihm erblickte die herrschende Klasse das Haupthindernis für Durchsetzung ihrer antinationalen Politik, da dieser sowohl die Pläne zur Aggression und Eroberung als auch die vielseitigen Anschläge zur Unterdrückung der friedliebenden und demokratischen Kräfte im Innern durchkreuzen drohte. Karl Liebknecht bemerkte dazu: „Im Punkte Militarismus sind Reaktion und Kapitalismus besonders empfindlich; sie haben genau erkannt, daß sie im Militarismus ihre wichtigste Machtposition gegenüber der Demokratie und der Arbeiterklasse verteidigen, und stehen dem Antimilitarismus in beiderlei Gestalt, das heißt, soweit er gegen die äußeren und soweit er gegen den inneren Militarismus geht, in fest geschlossenener Phalanx gegenüber.“<sup>16</sup>

Die herrschende Klasse versuchte, durch brutale Gewaltanwendung mittels zügelloser chauvinistischer Hetze und durch Förderung des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen.

Mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ gab Karl Liebknecht die erste zusammenfassende Begründung und Darstellung des Wesens des modernen Militarismus, seine kapitalistischen Grundlagen, Funktionen und vielfältigen Formen. Er forderte von der antimilitaristischen Agitation, Klarheit über das Wesen des Militarismus und seine Rolle im Klassenkampf zu schaffen.<sup>17</sup>

Karl Liebknecht kritisierte schonungslos den Militarismus. Er enthüllte dessen Wesen als ein Hauptinstrument der aggressiven herrschenden Klasse zur Unterdrückung des eigenen Volkes, als Würger von Demokratie und Kultur, als Schürer von Haß und Kriegen zwischen den Völkern, zur Eroberung und Ausplünderung anderer Länder und Völker. Er bewies, daß der Militarismus keine zufällige Erscheinung und kein „Schönheitsfehler“ des kapitalistischen Systems ist, sondern dessen gesetzmäßige, aus seiner ökonomischen und politischen Grundlage hervorgehende Leber- und Galleerscheinung darstellt. Er prangerte den Militarismus als „eine besonders schädliche und gefährliche Lebensäußerung“, als „Hauptpfeiler der brutalen Macht des Kapitalismus“ an.<sup>18</sup>

Liebknechts Charakterisierung des Militarismus stimmt inhaltlich mit der bekannten, von Lenin in seinem 1908 geschriebenen Artikel „Der

<sup>15</sup> Vgl. Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905–1907 in Deutschland. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern, Berlin 1954, Bd. 2/1.

<sup>16</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 414.

<sup>17</sup> Vgl. ebenda, S. 454.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 440/441.



streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“ gegebenen Definition des modernen Militarismus überein.<sup>19</sup> In „Militarismus und Antimilitarismus“ deckt Liebknecht nicht nur prinzipiell den Klassencharakter des Militarismus und die Wechselbeziehungen zwischen dem imperialistisch-kapitalistischen System und seinem brutalsten Machtinstrument auf. Er entlarvt zugleich eingehend diejenigen Klassengruppen, die besonders an der forcierten Militarisierung und den Kriegen interessiert sind. Seine Schrift zeigt das Zusammenspiel der Rüstungsmonopole und der führenden Offiziersclique mit dem Staatsapparat.

Liebknecht geißelte die Vergeudung von Millionenwerten der Volkswirtschaft durch die wahnsinnigen, aufgeblähten Rüstungen des Militarismus, deren Kosten auf die Werktätigen abgewälzt werden. Die Imperialisten zwingen das Volk nicht nur, sein Blut für deren Profitinteressen zu opfern, sondern darüber hinaus noch deren wichtigstes Machtinstrument zu finanzieren. Anstatt Wissenschaft, Technik und Kultur großzügig zu fördern, die Wirtschaft und die Handelsbeziehungen im Interesse der Verbesserung des Lebens des Volkes schnell zu entwickeln, schluckt der Militarismus Riesensummen für seine antinationalen, volksfeindlichen Zwecke. Die Militarisierung der Wirtschaft wirkt sich lähmend und zertetzend auf die Entfaltung der kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Potenzen der Nation aus. „Der Militarismus lastet als ein Bleigewicht auf unserem gesamten Leben“, schrieb Liebknecht, „er ist aber insbesondere ein wirtschaftliches Bleigewicht, ein Alp; unter dem unser wirtschaftliches Leben ächzt, ein Vampir, der es aussaugt, indem er die besten Kräfte des Volkes ständig jahrelang der Produktion und kulturellen Arbeit entzieht ... sodann aber durch seine wahnsinnigen unmittelbaren Kosten.“<sup>20</sup> Die Erhöhung des Profits einer kleinen, das Volk ausbeutenden Gruppe bezeichnete Liebknecht als die „höchste und heiligste Aufgabe“<sup>21</sup> des Militarismus.

In „Militarismus und Antimilitarismus“ wies Liebknecht darauf hin, daß „die Arbeiterfeinde ihre Suppe mit Vorliebe am Feuer des beschränkten Chauvinismus kochen“<sup>22</sup>. Er erinnerte an die von Bismarck 1887 erregte Kriegspsychose. Die imperialistischen Nachfolger Bismarcks übernahmen noch dessen nationalistischen ideologischen Feldzug zur Verhetzung des deutschen Volkes. Von den herrschenden Kreisen des Finanzkapitals und deren Staat finanziert, entstanden solche einflußreichen Propagandaganisationen wie der „Alldeutsche Verband“ und solche nationalistischen Massenverbände wie der Deutsche Flottenverein, der Wehrverein.

<sup>19</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie. In: W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 190.

<sup>20</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 320/321.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 326.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 274.

der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die Kolonialgesellschaft u. a.<sup>23</sup>

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus und Militarismus versuchten dem Volke einzureden, daß Wohlstand und Blüte Deutschlands von der Macht, Größe und Freiheit der deutschen Nation von der Eroberung, Ausplünderung anderer Länder und Völker, dem Besitz von Kolonien usw. abhängig seien. Die nationale Frage wurde verfälscht und in die chauvinistische Form gepreßt. Der Imperialismus entsprechende chauvinistische Form gepreßt. Den imperialistischen Kräften gelang es, Teile des deutschen Volkes irrezuführen und vor ihren Kriegskarren zu spannen.

Für die Sozialdemokratie ergab sich die zwingende Notwendigkeit, militaristischen Propaganda energisch entgegenzutreten. Einen hervorragenden Beitrag dazu leistete Karl Liebknecht mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“. Er zerfetzte das demagogische, pseudopatriotische Lügengewebe der vom Finanzkapital besoldeten militaristischen und chauvinistischen Organisationen und deren „vaterländischen Geschrei und bewies, daß der heuchlerische „Patriotismus“ der Militaristen und Imperialisten in Wirklichkeit nur die ideologische Hülle ihrer Sucht nach Höchstprofiten, für das Streben nach Erhalt ihrer Macht und der Vorbereitung der Bevölkerung auf ihren Raubkrieg darstellte. Seine Broschüre verurteilte das gefährliche militaristische System der geistigen und psychischen Massenbeeinflussung, das gleich einem Spinnnetz über das gesamte Volk ausgebreitet wurde.

Eine wesentliche Methode der bürgerlichen Geschichtsschreibung — der imperialistischen Propaganda im allgemeinen — besteht gerade darin, die Profit- und Machtinteressen der herrschenden Klassen als Interessen der Nation, als Interessen des deutschen Volkes auszugeben.<sup>24</sup> Liebknechts Schrift entlarvte die ganze Niedertracht und Gefährlichkeit des bürgerlichen Nationalismus und hob die große Verantwortung für den ideologischen Kampf der Partei der Arbeiterklasse auf diesem Gebiet hervor. Dem bürgerlichen Nationalismus und der massiven Hetze der reaktionären Elemente gegenüber anderen Völkern stellte Liebknecht die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter aller Länder entgegen. Der proletarische Internationalismus war für ihn oberstes Gebot. Von der deutschen Sozialdemokratie verlangte er eine immer stärkere „Propaganda der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft und ... des Völk-

<sup>23</sup> Vgl. Albert Norden: *Lehren deutscher Geschichte*, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 33 ff. — Günter Heyden: *Kritik der deutschen Geopolitik*, Berlin 1958. — Jüli Kuczynski: *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. II, Berlin 1958.

<sup>24</sup> „Die Politik des Expansionismus, der Heraufbeschwörung internationaler Konflikte zwecks Bereicherung der deutschen Herrschicht mußte auf das Piedestal ideologisch-nationaler Gegensätze gehoben werden, um ihre höchst materiellen Motive zu verwischen. Sie mußte sich propagandistisch aus dem groben Profitgessens eines beschränkten Kreises von Monopolkapitalisten in eine Angelegenheit verwickeln, von der Wohl und Wehe des ganzen Volkes abzuhängen schien. Nur so konnte man hoffen, bei größeren Schichten Anklang und Unterstützung zu finden.“ (Albert Norden: *Lehren deutscher Geschichte*, S. 33.)

iedens“<sup>25</sup>. Für die Herstellung einer internationalen antimilitaristischen, den Frieden erhaltenden Kampffront hat Karl Liebknecht ständig gekämpft. In „Militarismus und Antimilitarismus“ propagierte er die Erfahrungen des antimilitaristischen Kampfes in anderen Ländern.

Die neue Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, die außerordentliche Verschärfung der Klassenwidersprüche stellten weitestgehende Anforderungen an die Arbeiterklasse und speziell an ihre Partei. „Vor der Arbeiterklasse, der fortschrittlichsten Kraft der Gesellschaft, stand die Aufgabe, den Imperialismus zu stürzen und ihre eigene politische Macht zu errichten, um den Frieden zu sichern, wahrhaft demokratische Verhältnisse zu schaffen und die Völker auf den Weg des Sozialismus zu führen.“<sup>26</sup> Alle Probleme der Arbeiterbewegung mußten auf neue Art gelöst werden.

Die Beseitigung des Militarismus wurde „eine Lebensfrage für den politischen Emanzipationskampf“ der Arbeiterklasse.<sup>27</sup> Gegen den Imperialismus und Militarismus konsequent zu kämpfen und die drohende Gefahr des Weltkrieges zu bannen, wurde zur entscheidenden Aufgabe für die Arbeiterklasse und alle anderen friedliebenden, demokratischen Kräfte des Volkes. Die veränderte Lage erforderte neue Formen des Kampfes, vor allem außerparlamentarische Aktionen, eine spezielle antimilitaristische Agitation und eine verstärkte antimilitaristische Erziehung der Jugend. Diese neuen Erfordernisse erkannt, die sich daraus ergebenden Aufgaben formuliert und für ihre Verwirklichung mit aller Energie, Leidenschaft und Hingabe gekämpft zu haben, ist ein bleibendes historisches Verdienst der Linken und besonders Karl Liebknechts.

Die konsequent antimilitaristische politische Linie Karl Liebknechts erlangte eine eindeutige Klassenposition, eine eindeutige Frontstellung gegen das militaristisch-imperialistische System. Um gegen diesen Hauptfeind des deutschen Volkes einen entschiedenen und erfolgreichen Kampf führen zu können, mußten zugleich dessen Verfechter innerhalb der Arbeiterbewegung energisch bekämpft werden. Es waren allein die Linken in der deutschen Sozialdemokratie, die den Marxismus gegen alle opportunistischen Vorstöße verteidigten.<sup>28</sup>

In diesem Kampf gegen die revisionistischen – aber auch anarchistischen – Strömungen, die den konsequenten antimilitaristischen Kampf ablehnten, stellte Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ einen bedeutsamen Beitrag dar. Indem er ausführlich die Möglichkeit und Notwendigkeit eines speziellen antimilitaristischen Kampfes als bedeutenden Teil der gesamten politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie begründete, führte er zugleich einen Schlag gegen die proimperialistischen, opportunistischen Kräfte. Er leitete die Notwendigkeit dieses

<sup>25</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 452.

<sup>26</sup> Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus, S. 6.

<sup>27</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 361.

<sup>28</sup> Vgl. Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus -Leninismus, S. 8.



Kampfes aus der besonderen Gefährlichkeit des Militarismus, seiner dominierenden Stellung im imperialistischen System und aus den historischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung ab.

Liebknécht schrieb, der Todfeind des Volkes kann „nur durch eine ebenso verzweigte, energische, große, kühne Aktion gefaßt werden. Den Militarismus rastlos in alle seine Schlupfwinkel hinein verfolgen. Bereits auf dem Bremer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1904 kritisierte er „die Gefahr des Verrostens in bezug auf Kampfmittel“ und traf die Feststellung: „Die Frage des Massenstromes ist die aktuellste Frage unserer gegenwärtigen und künftigen Politik. Die russische Revolution von 1905 bis 1907 beeinflusste nachhaltig die politische Tätigkeit Liebknéchts. Er war ihr begeisterter Verfechter und forderte nachdrücklich, die Kampfmethoden der russischen Revolution auch in der deutschen Arbeiterbewegung anzuwenden. Er forderte die Bildung eines zentralen Ausschusses für die antimilitaristische Propaganda, der ein „Generalstab“ des Kampfes gegen den Militarismus sein sollte. Die antimilitaristische Propaganda erfüllt ihren Zweck vollständig“, schrieb Liebknécht, „wenn sie Klarheit über das Wesen des Militarismus und seine Rolle im Klassenkampf schafft und wenn die Empörung und Abscheu gegen ihn durch wirksame Darstellungen seiner volksfeindlichen Eigenschaften und Taten erweckt werden“<sup>31</sup>. Seine Schrift gab eine Fülle von Anregungen für die konkreten Aufgaben und die Organisation dieser Propaganda sowie ihrer Differenzierung entsprechend den verschiedenen Bevölkerungskreisen.

Karl Liebknéchts Hauptaugenmerk galt dabei der antimilitaristischen Erziehung der Jugend. Er erkannte die bedeutende gesellschaftliche Aufgabe der Arbeiterjugend und die historische Verantwortung der Partei des Proletariats für ihre Erziehung. Sein Name ist untrennbar mit der Entwicklung einer selbständigen proletarischen, antimilitaristischen Jugendbewegung in Deutschland und der sozialistischen Jugendinternationale verbunden. Er forderte: „Wie ein weitverzweigtes Netz soll sich die antimilitaristische Propaganda über das ganze Volk breiten. Die proletarische Jugend muß von Klassenbewußtsein und von Haß gegen den Militarismus systematisch durchglüht werden. Der jugendliche Enthusiasmus wird die Herzen der jungen Proletarier einer solchen Agitation begeistert entgegen schlagen lassen. Die proletarische Jugend gehört der Sozialdemokratie, dem sozialdemokratischen Antimilitarismus. Sie wird und muß, was alles seine Schuldigkeit tut, gewonnen werden. Wer die Jugend hat, hat die Armee.“<sup>32</sup>

Die Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ beweist, daß Karl Liebknécht schon in den Anfangsjahren seines politischen Wirkens die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der deutsche

<sup>29</sup> Karl Liebknécht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 440.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 454.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 456.

nation vertrat. Was ihn vom Anbeginn seines politischen Kampfes auszeichnete, war seine enge Verbindung mit der Arbeiterklasse, deren Lage und Wünsche er nicht nur kannte, sondern mit der er sich völlig einsühlte, mit der er kämpfte und stritt, die er verteidigte und die er aufhüllte. Karl Liebknecht war, wie sein Vater, ein „Soldat der Revolution“. Ausgerüstet mit den Ideen des Marxismus, erzogen am Beispiel des revolutionären Wirkens der Sozialdemokratie und untrennbar mit dem politischen Kampf der Arbeiterbewegung verbunden, fand Karl Liebknecht den wichtigsten Abschnitt im Kampf gegen das imperialistische System heraus, verstand er es, den Hauptfeind zu packen, zu entlarven und den Kampf der Arbeiterbewegung darauf zu orientieren.<sup>23</sup>

Liebknecht betrachtete den Militarismus als „das wichtigste Hindernis für die Friedlichkeit und Stetigkeit“ der „Fortentwicklung des Menschenschlechts“.<sup>24</sup> Er hob die große Bedeutung des antimilitaristischen Kampfes als eines entscheidenden Teils des Ringens gegen den Imperialismus, als Teil des proletarischen Befreiungskampfes hervor. Die deutsche Arbeiterklasse war berufen, die den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechende Grundkonzeption der weiteren Entwicklung auszuarbeiten und alle demokratischen Kräfte im Kampf zu ihrer Verwirklichung zu führen. In scharfer Auseinandersetzung mit den Apologeten des Imperialismus, die emsig bemüht waren, die Interessen der herrschenden Klasse für die Interessen der Nation auszugeben, trug Liebknechts Schrift dazu bei, die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes herauszuarbeiten. Gewiß, nicht von Anfang an herrschte volle Klarheit. Erst in dem Maße, wie sich der Grundwiderspruch zuspitzte, offen sichtbar wurde, erst in dem Maße, wie das Wesen des Imperialismus erkannt, sich der Leninismus in der revolutionären Arbeiterbewegung durchsetzte und Erfahrungen des Klassenkampfes der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung unter den neuen Bedingungen gesammelt und ausgewertet wurden, war es möglich, neben dem internationalen auch das nationale Wesen dieses Kampfes genau und umfassend herauszuarbeiten und zu bestimmen. Die deutschen Linken mit Karl Liebknecht als ihrem politischen Haupt haben dafür unentbehrliche Arbeit geleistet. Die KPD, deren Mitschöpfer Karl Liebknecht war, hat diese Arbeit weitergeführt und durch die SED wird sie, entsprechend den historischen Erfahrungen und den heutigen Bedingungen, vollendet.

Die herrschenden Klassen versuchen seit über hundert Jahren, die Marxisten als besonders gewaltsüchtig zu diffamieren. Auch Karl Liebknecht war in dem gegen ihn inszenierten Hochverratsprozeß derartigen

<sup>23</sup> „Aber mit dem sicheren Instinkt eines selbstlosen und mutigen Führers des Proletariats, eines großen politischen Kämpfers“, schrieb Wilhelm Pieck über Karl Liebknecht, „erkannte er die Schwerpunkte im Kampf gegen den Imperialismus. Davon zeugt sein entschiedener Kampf gegen das deutsche Rüstungskapital und den preussisch-deutschen Militarismus.“ (Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 171.)

<sup>24</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 360.

verleumderischen Anwürfen ausgesetzt. Die Anklage stellte u. a. die lügenhafte Behauptung auf, er habe auf einen Krieg mit Frankreich hinarbeitet, um günstige Bedingungen für eine Revolution in Deutschland zu schaffen. Karl Liebknecht hat die haltlosen Anschuldigungen so glänzend pariert, daß den Regisseuren dieses Prozesses Hören und Sehen verweigert und die Ankläger sich faktisch in Angeklagte verwandelten. „Mein Zweck ist, an Stelle der Kriegsbegeisterung eine höchst intensive Friedensbegeisterung zu setzen. Das ist der Kern und die Konsequenz meiner Schrift.“<sup>35</sup> So sprach Karl Liebknecht im Jahre 1907. Sein Kampf war darauf gerichtet, die Gefahr eines imperialistischen Völkermordens für die Profitinteressen des Finanzkapitals zu bannen und die gesellschaftlichen Grundlagen eines Regimes, das solche verheerenden Erscheinungen in sich trug, zu beseitigen. „Militarismus und Antimilitarismus“ war ein Wegweiser für den Kampf der revolutionären Arbeiterklasse gegen den drohenden Weltkrieg.

Das Banner des Friedenskampfes, Anfang dieses Jahrhunderts von den revolutionären Sozialisten gegen den heraufziehenden imperialistischen Raubkrieg erhoben, tragen in der Gegenwart die kommunistischen und revolutionären Arbeiterparteien voran. Es hat seine Heimstatt im sozialistischen Lager gefunden. Damals gelang es den Friedenskräften noch nicht, den Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Seit jenen Jahren hat sich jedoch das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend gewandelt. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution leitete die neue Epoche ein, deren Hauptinhalt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Der weltbeherrschende und die Geschicke der Menschheit zeitweilig bestimmende Rolle des Imperialismus gehört der Geschichte an.

Die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 war eine eindrucksvolle Manifestation des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der Welt. „Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.“<sup>36</sup> Wie armselig, hilflos und verlogen nimmt sich angesichts des weltweiten Siegeslaufes des Sozialismus und des Friedens die in der eingangs erwähnten Dokumentensammlung über „Sozialdemokratie und Wehrfrage“ konstruierte Behauptung aus, die konsequenten antimilitaristischen Kräfte hätten „immer wieder vergeblich versucht, die Mehrheit für sich zu gewinnen“<sup>37</sup>. In der Gegenwart führen große und organisierte Kräfte den Kampf für den Frieden. Die Friedensbewegung ist die umfassendste, breiteste Bewegung unserer Zeit: „Heute können die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Krieg zu entfesseln, durchkreuzt werden. Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nat

<sup>35</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, S. 159.

<sup>36</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15. – 17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 11.

<sup>37</sup> Sozialdemokratie und Wehrfrage, S. 11.



le Befreiungsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern.“<sup>38</sup>

Unser Beitrag in dieser weltumspannenden Auseinandersetzung für diehaltung des Friedens ist der Kampf zur Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus. Karl Liebknecht betonte bereits 1907, daß durch konsequenten Kampf der Militarismus noch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschwächt und „Teilerfolge gegenüber dem auswärtigen und dem inneren Militarismus zu erzielen“ sind.<sup>39</sup> Liebknechts Schlußfolgerung gilt gegenwärtig in noch weit höherem Maße. Wie im internationalen Maßstab so hat sich auch in Deutschland das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Friedens und der Demokratie verändert. Mit der Deutschen Demokratischen Republik erhielten die antimilitaristischen Kräfte erstmals eine staatliche Basis, die zunehmend die Geschicke ganz Deutschlands beeinflußt. In der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vom 4. Oktober 1960 heißt es: „Der Hauptwiderspruch in Deutschland zwischen den Interessen des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik und allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland auf der einen Seite und den Kräften des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland auf der anderen Seite kann nur überwunden werden durch die Bändigung des deutschen Militarismus, durch Abrüstung und Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, der den Weg freimacht für die Überwindung der Spaltung unserer Nation.“<sup>40</sup> In diesem Zusammenhang ist uns Liebknechts politischer Kampf im allgemeinen und seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ im besonderen eine wertvolle Hilfe.

In Übereinstimmung mit Lenin<sup>41</sup> wandte sich Karl Liebknecht energisch gegen die unhistorische, der objektiven Realität widersprechende Auffassung, die den Militarismus von seiner gesellschaftlichen Grundlage losreißt, seinen Klassencharakter negiert. Gerade diese Linie verfolgen jedoch gegenwärtig die westdeutschen Apologeten des Imperialismus.<sup>42</sup> Nicht minder eifrig als die regierenden Kreise Bonns und die unmittelbar in

<sup>38</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 32.

<sup>39</sup> Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 367.

<sup>40</sup> Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 14.

<sup>41</sup> Vgl. W. I. Lenin: Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, S. 190.

<sup>42</sup> Besondere Anstrengungen in dieser Richtung unternahm der Historiker G. Ritter. In umfassendsten hat er seine Auffassungen in dem Buch „Staatskunst und Kriegshandwerk – das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland“, dessen 1. Bd. bereits 1964 in München erschien (der 2. Bd. erschien 1960), dargelegt. Mit seiner Verfälschung des Militarismusbegriffs haben sich Ernst Engelberg in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1956, Heft 6, S. 1113–1145, und Werner Berthold in seinem Buch „... großhungen und gehorchen“, Berlin 1960, S. 193–209, auseinandergesetzt.

ihrem Dienst stehenden Ideologen und Propagandisten des Imperialismus lobpreisen die rechten Führer der Sozialdemokratie die angebliche Überwindung des Militarismus in der Bundesrepublik durch die bürgerliche Demokratie. Dabei werden solche „Errungenschaften“ gefeiert wie Personalgutachterausschuß, der Wehrbeauftragte, die angebliche parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr und der zivile Oberbefehlshaber. Die Frage nach den sozialökonomischen Grundlagen und dem Wesen des Militarismus wird völlig ignoriert bzw. verfälscht.

Anfang des Jahrhunderts sahen sich die Opportunisten noch gezwungen, in Worten den Militarismus als Werkzeug der herrschenden Klassen zu pfeifen, während sie ihn gleichzeitig durch ihre praktische Politik unterstützten. Ihre gegenwärtigen Nachfolger in Gestalt der Kriegsfraktion in der SPD sind noch tiefer gesunken. Durch einen blindwütigen Antikommunismus vereint, stellen sie sich in eine Reihe mit den militaristischen Scharfmachern des Bonner Regimes. Sie unterstützen die Militarisierung in Westdeutschland und bezichtigen in der gehässigsten und Weise, alle Tatsachen in das Gegenteil kehrend, die DDR und anderen sozialistischen Staaten des Militarismus.<sup>43</sup> Der Antikommunismus entlarvt sich so als ein Verbrechen am deutschen Volk, als ein gefährlicher ideologischer Schrittmacher des atomaren Vernichtungskrieges im Interesse einer kleinen Gruppe mächtiger Monopole.

Hermann Matern charakterisierte auf dem 9. Plenum des ZK der SPD die verräterische Politik sozialdemokratischer Führer wie folgt: „Verrat der Wehner und Erler und der rechten Parteiführung an der Sache des Friedens, an den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation, weit verhängnisvoller als 1914. Damals haben sie den imperialistischen Krieg unterstützt, als er bereits begonnen hatte. Jetzt helfen sie aktiv bei der Vorbereitung des Krieges gegen die DDR und die sozialistischen Staaten. Die Kriegsfraktion in der Führung der SPD verfolgt das Ziel, die Sozialdemokratie auf allen Gebieten für die Ziele des deutschen Imperialismus einzuspannen.“<sup>44</sup>

Dieses völlige Absinken in den militaristischen Sumpf ist jedoch „die Konsequenz jener noch vor Jahren gepriesenen Politik des „demokratischen Weges“, die längst endgültig ein Fiasko erlitten hat. Sie wurde in Göttingen auch programmatisch zu Grabe getragen. Der 30. Juni 1960, Parteitag der SPD in Hannover und ihr Wahlkongreß in Bonn waren weitere Stationen des unmittelbaren Einschwenkens auf den Kriegspfad des klerikal-militaristischen Adenauersystems.

Bereits die bisher genannten Tatsachen unterstreichen die aktuelle Bedeutung einer richtigen, klassenmäßigen Charakterisierung des Militarismus.

Das Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland führte

<sup>43</sup> Vgl. Fritz Erler: SPD und Landesverteidigung. In: Vorwärts (Bonn), 15. April 1960.

<sup>44</sup> Neues Deutschland (B), 31. Juli 1960.

reich zum Wiedererstehen seiner verderbenbringenden Ausgeburts – des Militarismus. In enormem Ausmaß vollzog sich im Bonner Staat die Konzentration und Zentralisation des Kapitals. In bisher nicht gekanntem Umfang unterwarf sich das Finanzkapital den Staatsapparat zur Durchsetzung seiner volksfeindlichen Politik. Der Monopolkapitalismus wuchs im schnellen Tempo in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hinüber.<sup>45</sup> Die führende Gruppe des aggressiven Monopolkapitals“, heißt es im Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD vom Februar 1960, „bildete die Deutsche Bank, die Elektrokonzerne Siemens und AEG, die Nachfolgegesellschaften der IG Farben, der Flick-Konzern. Diese Monopole sind die Hauptträger der Atomkriegspolitik der Adenauerregierung, der antidemokratischen Politik im Innern und der Expansionspolitik nach außen. Sie haben sich Regierung und Staatsapparat unterordnet.“<sup>46</sup> Die obengenannten Monopolgruppen sind es vor allem, die dem deutschen Militarismus gegenwärtig das Gepräge geben.

Die Denkschrift der Bonner Hitlergenerale, das weitere Anschwellen des bisher schon aufgeblähten Atomrüstungshaushalts, die Erweiterung von Massen der Bonner Bundeswehr in westeuropäischen Ländern, die Notstandsgesetzgebung, die Osloer NATO-Ratstagung und weitere antinationale Machenschaften der jüngsten Zeit haben die besondere Raubgier und Gefährlichkeit des deutschen Militarismus erneut sichtbar werden lassen. Sie bestätigen die in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 gegebene Einschätzung: „Die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas wird größer.“<sup>47</sup>

Welches sind die wichtigsten Ursachen der besonderen Aggressivität des deutschen Militarismus und Imperialismus?

Der deutsche Imperialismus und Militarismus ist nach dem zweiten Weltkrieg als Produkt und Werkzeug des kalten Krieges, als Juniorpartner und militärische Vorhut des USA-Finanzkapitals in Europa gegen den gesellschaftlichen Fortschritt, insbesondere gegen die Länder des Sozialismus, wiedererstanden. Internationale Spannungen, Politik am Rande des Krieges, Antikommunismus und Revanchismus sind das Lebenselement des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Doch das internationale Kräfteverhältnis hat sich entscheidend zu Ungunsten des Sozialismus verändert. Die Herrschaft des deutschen Imperialismus ist heute an der Elbe zu Ende. Die sozialistische Entwicklung in der DDR und den Ländern Osteuropas führte zu großen Kapitalverlusten und einer gewaltigen Machteinbuße für den deutschen Imperialismus. Der

<sup>45</sup> Vgl. Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des ZK der SED. In: Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien . . . , S. 94 ff.

<sup>46</sup> Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand. Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD vom Februar 1960. In: Einheit, 1960, Heft 4, Beilage, S. 9.

<sup>47</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien . . . , S. 29.



erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR, ihre konsequente Friedenspolitik beeinflussen in zunehmendem Maße die Entwicklung ganz Deutschlands. In blindwütigem Haß versuchen die deutschen Imperialisten und Militaristen mit allen Mitteln, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten gewaltsam zu verändern.

Die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges einerseits und die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Länder im vergangenen Jahrzehnt andererseits führten zu einem bedeutenden Widerspruch zwischen den enorm gewachsenen ökonomischen Potenzen des deutschen Imperialismus und dessen Einflußsphären. Das deutsche Finanzkapital hartnäckig bemüht, diesen Widerspruch zu lösen.

Nicht unwesentlich wird die Aggressivität und Gefährlichkeit des deutschen Militarismus und Imperialismus auch infolge der Durchsetzung eines Bonner Staatsapparates mit unverbesserlichen Faschisten und Kriegsverbrechern vom Schlage der Globke, Schröder, Heusinger und Strauß beeinflußt. Über letzteren heißt es im Wahlprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Kriegsminister Strauß, das ist der Vertrauensmann der gefährlichsten Rüstungshyänen, der Einpeitscher der Atom- und Raketenrüstung, der neue Göring. Strauß, das ist der Mann, der sich vor dem NATO-Rat rühmte, er habe das Risiko der atomaren Vernichtung der Bundesrepublik einkalkuliert. Das ist der Mann, für den die bedeutendsten deutschen Atomwissenschaftler ‚hysterische alte Trottel‘ sind, weil sie vor der Gefahr der Atomrüstung warnen. Das ist der Mann, der die Wahnsinnsidee hat, das Riesenreich der Sowjetunion ‚von der Landkarte auszuradieren‘.“<sup>48</sup>

Das antinationale Wesen des deutschen Imperialismus und Militarismus, der antagonistische Widerspruch zwischen seiner Politik und den Interessen der Nation tritt gegenwärtig noch offener als zu Beginn des Jahrhunderts hervor. Um seine egoistischen Klassenpositionen zu sichern, spaltete er die Westzone vom deutschen Nationalverband ab und vertiefte durch den Beitritt zur NATO und durch die atomare Rüstung den Graben zwischen beiden deutschen Staaten. Die deutschen Imperialisten und Militaristen unterwarfen sich dem Regiment der Wallstreet und verkauften dem USA-Imperialismus das Recht der westdeutschen Bevölkerung auf nationale Souveränität und Selbstbestimmung.

Mehr denn je gilt heute angesichts der Bedrohung der Existenz der deutschen Nation durch die verderbenbringende Atomrüstung des Bonner Staates die Feststellung Karl Liebknechts: „So wahr aber der Völkerrufriede im Interesse des internationalen Proletariats und darüber hinaus im Kulturinteresse der gesamten Menschheit liegt, so wahr ist der Kampf gegen den Militarismus, der da alles in allem gleich ist der Völkerverhetzung, der Summe und dem Extrakt aller friedensstörenden Tendenzen“.

<sup>48</sup> Gemeinsam für den Frieden, für das Glück unseres Volkes. Wahlprogramm der KPD, beschlossen auf der 18. Tagung des Zentralkomitees. In: Neues Deutschland (B), 29. April 1961.

es Kapitalismus, kurzum, der da die ernste Gefahr des Weltkrieges ist, in Kulturkampf ...“<sup>49</sup>

Der Bonner Rüstungshaushalt bestätigt die Worte Liebknechts, daß in imperialistischen Staaten die Finanzwirtschaft sich um das Militärbudget gruppiert, wie sich die Planeten um die Sonne stellen. Allein die Bonner Haushalt offiziell für die Aufrüstung genannten direkten Beiträge machten für das Jahr 1960 die enorme Summe von 10 Mrd. DM aus. In diesem Jahr sollen sie um weitere 2 Mrd. DM anschwellen. 1962 und 1963 sollen die direkten Rüstungsausgaben 14 und 16 Mrd. DM betragen. Das sind innerhalb von vier Jahren nicht weniger als 52 Mrd. DM und jeweils 25 bis 30 Prozent des gesamten Haushaltvolumens.<sup>50</sup> Demgegenüber wurde der bisher schon niedrige Anteil der Ausgaben für die nationale Verteidigung der DDR noch weiter herabgesetzt und beträgt 1961 lediglich 2 Prozent des Etats.

Die Militarisierung der Volkswirtschaft in den kapitalistischen Ländern hat ein solches Ausmaß angenommen, daß sie zur hervorstechendsten Erscheinung des Parasitismus im heutigen Imperialismus wurde. Die erdrückenden Lasten des aufgeblähten Haushalts werden auf die Schultern des Volkes abgewälzt.

Karl Liebkecht klagte diese antinationale, volksfeindliche Erscheinung mit den Worten an: „So wird der Militarismus zum gefährlichen Hemmhuhn, oft zum Totengräber selbst desjenigen kulturellen Fortschritts, der nun und für sich im Interesse auch der heutigen Gesellschaftsordnung läge. Schule, Kunst und Wissenschaft, öffentliche Hygiene, Verkehrswesen: Alles wird aufs äußerste stiefmütterlich behandelt, da wir für Kulturaufgaben ... bei Molochs Gefräßigkeit nichts übrig haben ... die Barriere des Militarismus versperrt den Weg.“<sup>51</sup>

Ohne ausführlich erläutern zu wollen, sei darauf hingewiesen, daß die imperialistische Politik und die ihr entsprechende Ideologie in der nationalen Frage durch zwei Tendenzen charakterisiert wird, die sich scheinbar widersprechen, in Wirklichkeit jedoch einander bedingen und ergänzen. So werden einerseits die im deutschen Volk wachen progressiven nationalen Traditionen aus der Zeit des 19. Jahrhunderts und die ihm teure Idee der Nation den imperialistischen Interessen entsprechend ausgenutzt und verfälscht, um die Massen für die Durchsetzung der militaristisch-imperialistischen Kriegspolitik zu mißbrauchen, andererseits wird zu dem gleichen Zweck das Nationalbewußtsein zersetzt und die historische Überlegenheit von Nationalstaaten propagiert. Im Gegensatz zur Zeit Anfang dieses Jahrhunderts dominiert gegenwärtig die zweite Tendenz. Das resultiert aus der Stellung des deutschen Imperialismus nach 1945 (insbesondere seiner Satellitenrolle gegenüber dem USA-Finanzkapital) und seinen politischen und ökonomischen Zielen.

<sup>49</sup> Karl Liebkecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 360.

<sup>50</sup> Vgl. Neues Deutschland (B), 4. November 1960.

<sup>51</sup> Karl Liebkecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 323.

Eine offene und skrupellose Demonstration des antinationalen Charakters der Bonner Politik war der Kölner CDU-Parteitag, dessen Bekenntnislautete: Für die NATO – gegen die Nation. Die Sprecher überboten sich gegenseitig, um glaubhaft zu machen – wie es Gerstenmaier ausdrückte – „weder in Deutschland noch sonstwo in der Welt in dem souveränen Nationalstaat länger das Ziel“ zu sehen.<sup>52</sup> Innenminister Schröder dauerte, daß durch den Widerstand der Gewerkschaften das Notstandsgesetz bisher nicht verabschiedet werden konnte. Er bezeichnete das Fehlen der Notstandsgesetzgebung als empfindlichste Lücke im Grundgesetz. Wie heuchlerisch und verlogen die von der Bonner Regierung seit geraumer Zeit ständig lauthals propagierte Forderung nach „nationaler Selbstbestimmung“ des deutschen Volkes in Wirklichkeit ist, bewiesen sind die folgenden Worte: „Die Bundesregierung“, sagte Schröder, „wird sich dabei im Ernstfall, so bedauerlich das sein mag, auf die Notstandsvorbehalte der alliierten Streitkräfte und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen.“<sup>53</sup>

Die ideologische Verbrämung der Eroberungs- und Ausbeutungsintentionen des deutschen Imperialismus tritt gegenwärtig vor allem in der verlogenen These von der „Verteidigung der abendländisch-freiheitlichen Ordnung gegen die kommunistische Gefahr“ mit stark klerikaler Prägung auf. Sie ist jedoch zugleich mit offen chauvinistischen Anschauungen verknüpft, die besonders im Revanchismus ihren Ausdruck finden. Zur systematischen Vorbereitung der Bevölkerung auf den atomaren Eroberungskrieg dienen, neben anderen Mitteln der Massenbeeinflussung, die von der Bonner Staat geleitete psychologische Kriegführung und das Heer von militaristischen und revanchistischen Organisationen.

Liebknecht hob in einer Rede am 27. April 1967 in Leipzig hervor, daß das Militär nicht schlechthin mit Militarismus gleichzusetzen ist. Er hat die verlogenen imperialistischen Propagandisten von heute schon damals entsprechende Antwort gegeben, als er sagte: „Während eine Armee in jeder gesellschaftlichen Ordnung nötig ist, auch gegebenenfalls im sozialistischen Staate, um gegen irgendeinen äußeren Feind im Interesse der Gesamtheit gesichert zu sein, so ist jener Militarismus nur denkbar in der Klassengesellschaft.“<sup>54</sup>

Diese These wird heute durch die grundsätzlich unterschiedliche sozialökonomische und staatliche Ordnung der DDR und des Bonner Regimes bestätigt. Die Politik der DDR ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß Sozialismus und Frieden zusammengehören, während Sozialismus und Militarismus sich gegenseitig ausschließende gesellschaftliche Erscheinungen sind. Die Armee unserer Republik trägt ihre Namensattribute mit vollem Recht.

<sup>52</sup> Vgl. Neues Deutschland (B), 11. Mai 1961.

<sup>53</sup> Die Welt (Hamburg), 26. April 1961.

<sup>54</sup> Karl Liebkecht: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 124.



Walter Ulbricht sagte dazu in der Programmatischen Erklärung des Staatsrats der DDR: „... ein solcher Staat wie die westdeutsche Bundesrepublik ist ein Staat des Unrechts. Nach allem, was dem deutschen Volk in zwei Weltkriegen und zwei schweren Nachkriegszeiten widerfahren ist, können wir nur einen solchen deutschen Staat als rechtmäßig anerkennen, der den Friedenswillen des deutschen Volkes vertritt, in dem der Friede eine feste Heimstatt hat, in dem die Interessen der deutschen Nation oberstes Gesetz sind: Der rechtmäßige deutsche Staat ist die Deutsche Demokratische Republik.“<sup>55</sup>

Der Militarismus trägt ausgeprägten Klassencharakter. Er kann deshalb nur im Klassenkampf der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse besiegt werden. Das gilt in vollem Maße für den gegenwärtigen Kampf zur Lösung der nationalen Lebensfrage in Deutschland. Im offenen Brief des Zentralkomitees der SED „An alle Mitglieder und Freunde der DDR“ vom Juli 1960 wird über die Sicherung einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Deutschland eindeutig gesagt: „Es gibt keinen anderen Weg als den des Volkskampfes gegen das Adenauerregime.“<sup>56</sup> Die Hauptkraft in diesem Volkskampf ist die deutsche Arbeiterklasse. Vom Sieg des Sozialismus in der DDR und der Herstellung der Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse wird die weitere Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmt.<sup>57</sup> Sie werden wesentlich dazu beitragen, alle friedliebenden, antimilitaristischen Kräfte Deutschlands zu einer einheitlichen nationalen Kampffront gegen die verderbenbringende Außenpolitik des deutschen Militarismus und Imperialismus zusammenzuschließen und den Todfeind der Nation zu bändigen.

Karl Liebknechts Werk für die Arbeiterklasse und die deutsche Nation ist heute aktueller denn je. Das Vermächtnis Karl Liebknechts ist in der Deutschen Demokratischen Republik bereits verwirklicht worden. Das deutsche Volk hat mit ihr eine feste staatliche Basis im heutigen antimilitaristischen Kampf. Die DDR beweist, daß unser Volk nur durch die Beseitigung der militaristischen und imperialistischen Herrschaft, ohne Völkerverhetzung, ohne Raub- und Eroberungskriege eine friedliche, glückliche und gesicherte Zukunft hat. Anlässlich des 15. Jahrestages der Beseitigung vom Faschismus sagte dazu Walter Ulbricht: „Wir kennen nur eine Prestige: Als revolutionäre Sozialisten der deutschen Nation zu dienen, die unsere Nation ist, an der wir leidenschaftlich hängen. Wir wollen nicht, daß diese Nation über anderen oder unter anderen steht. Wir ersehnen für sie eine friedliche Größe, materiellen und kulturellen Höchststand. Eine Freude

<sup>55</sup> Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, S. 11.

<sup>56</sup> Offener Brief des Zentralkomitees der SED an die Mitglieder und Freunde der DDR. In: Neues Deutschland (B), 16. Juli 1960.

<sup>57</sup> Vgl. Der Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des Zentralkomitees der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1960. – Günter Hirt: Die Deutsche Demokratische Republik und der Kampf um Frieden und Sozialismus. In: Einheit, 1961, Heft 2, S. 219 ff.

*Horst Syrbe*

für ihre Bürger und ein Freund aller Völker. *In diesem Geist Vorkämpfer der Nation zu sein, darin besteht die nationale Mission der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauerstaates.*<sup>58</sup>

---

<sup>58</sup> Neues Deutschland (B), 8. Mai 1960.

## Zu einigen Problemen des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den neunziger Jahren und ihrer Darstellung in der westdeutschen Historiographie

Die Durchsetzung des Godesberger Programms und die unverhüllte Unterstützung der Bonner NATO-Politik durch die rechten SPD-Führer um Brandt, Wehner und Erler bedeuten offenen Verrat an den Arbeiterinteressen und den Interessen der deutschen Nation, der in seinen Konsequenzen noch jenen Verrat vom 4. August 1914 und die Kapitulation vor dem Schismus 1933 übertrifft. Durch die Zustimmung der Wehner-Brandt-Gruppe zur reaktionären Innenpolitik und das Bekenntnis zur aggressiven Kriegspolitik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen versuchen die herrschenden Klassen in Westdeutschland, die Arbeiterklasse an die Politik des Krieges zu ketten und jede antimilitaristische, demokratische Bewegung zu unterdrücken. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen. In Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik besteht heute eine Kraft in Deutschland, die der Politik des Krieges und der nationalen Katastrophen eine Alternative des Friedens entgegengesetzt hat und die damit auch zur entscheidenden Stütze der westdeutschen Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes in deren Kampf um Frieden und Demokratie geworden ist.

Der Verrat der rechten SPD-Führer und die Politik der Auslieferung der Arbeiterklasse an die Imperialisten und Militaristen ist in den Westländern seit langer Zeit vorbereitet worden. Das wird nicht zuletzt besonders deutlich, wenn man die westdeutsche Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung untersucht.

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Ideologen verhinderten nach Möglichkeit systematisch, daß bedeutende Institutionen der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland von Wissenschaftlern besetzt wurden, die entweder der revolutionären Arbeiterbewegung angehörten oder zumindest der Arbeiterbewegung mit Sympathie gegenüberstanden. Die rechten SPD-Führer unterstützten diese Politik.<sup>1</sup> Es entspricht völlig dem Charakter der Politik dieser Leute, wenn sie ihre historischen Argumente für Propaganda und Politik immer stärker von offen imperialistischen Historikern beziehen. Eine Parteiführung, deren Politik in steigendem Maße gegen die Bewegung der Arbeiterklasse gerichtet ist, kann kein Interesse daran haben,

<sup>1</sup>Ein Beispiel dafür bietet die Verdrängung von Dr. Victor Agartz aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB.



die Mitglieder mit der revolutionären Vergangenheit ihrer Partei bekannt zu machen.<sup>2</sup>

Will sich heute ein Arbeiter in Westdeutschland mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen, so ist er gezwungen, zu bürgerlichen Schriften zu greifen, sofern er nicht die Möglichkeit hat, die in der DDR erschienenen Arbeiten zu benutzen.

Bevor wir auf einige Hauptprobleme unseres Themas eingehen, erscheint es notwendig zu fragen: Wer schreibt in Westdeutschland über die Geschichte der Arbeiterbewegung? Welche Institutionen beschäftigen sich mit diesen Problemen? Welche Historiker üben den entscheidenden politischen und ideologischen Einfluß auf die Historiographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung aus?

Überblickt man die in den letzten Jahren in Westdeutschland erschienene Literatur und die an den Universitäten und Hochschulen eingereichten Dissertationen, die heute für die Erarbeitung eines wissenschaftlichen Gesamtbildes von großer Bedeutung sind und darüber hinaus Publizisten und Journalisten als Materialquellen dienen, so lassen sich im wesentlichen drei Zentren feststellen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen bzw. entscheidenden Einfluß auf die Herausarbeitung bestimmter Grundthesen über die Geschichte der Arbeiterbewegung haben: die heute in den Westzonen gängig sind und auch an den Schulen gelehrt werden – sofern überhaupt die Arbeiterbewegung im Unterricht berührt wird. An erster Stelle muß hier die offiziell von der Bonner Regierung finanzierte „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, Bonn, genannt werden.<sup>3</sup> Entscheidenden Einfluß auf diese Kommission übt Werner Conze aus, der sich in Stockholm anläßlich des Internationalen Historiker-Kongresses durch provokatorisches Auftreten gegenüber den marxistischen Historikern und dem Marxismus u

<sup>2</sup> Es sei hier vermerkt, daß sich auch in der Geschichtsschreibung widerspiegelt, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie fortgesetzt werden. Vgl. dazu Ernst Engelberg: Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1958, Heft 3, S. 468.

<sup>3</sup> Zu den Arbeiten, die in der Publikationsreihe der Kommission – Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien – erschienen sind und unseren Problemkreis berühren, gehören: Bd. 9, Heinz-Josef Varain: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920). Düsseldorf 1956. – Heft 5, Max Jürgen Koch: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889–1914), Düsseldorf 1954. – Bd. 13, Reinhard Jansen: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1958. Vgl. dazu die Rezension von Dieter Fricke in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1958, Heft 5, S. 1158 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Ernst Hoffmann/Raimund Wagner: Über den XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm. In: Einheit, 1960, Heft 10, S. 1602 ff. – J. Ambarzumjan: Historiker-Kongreß in Stockholm. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1960, Heft 11, S. 85 ff. – Heinrich Gemkow: Der XI. Internationale Historikerkongreß in Stockholm. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 1, S. 117 ff.

zialismus überhaupt hervorgerufen hat.<sup>4</sup> Produktivster Mitarbeiter der Kommission ist wohl Erich Matthias<sup>5</sup>, auf dessen Arbeit<sup>6</sup>, soweit sie unseren Problemkreis berührt, wir noch zurückkommen.

Bereits ehe diese Kommission ihre Tätigkeit aufnahm, hatte der Freiburger Historiker Gerhard Ritter eine größere Zahl von Dissertationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, speziell der Sozialdemokratie, angeregt und betreut<sup>7</sup>, aus denen Hermann Heideggers Arbeit zur Veröffentlichung ausgewählt wurde. Gerhard Ritters politisch-ideologischer Einfluß auf die westdeutschen Historiker ist zwar heute nicht mehr so groß wie in den Jahren bis 1954/55, die von ihm betreuten und geförderten Arbeiten bestimmen aber noch immer den Charakter des westdeutschen Geschichtswissenschaftlichen über die Arbeiterbewegung mit.

Ein weiteres Zentrum zur Behandlung von Problemen der deutschen Arbeiterbewegung ist an der Westberliner Frontstadt-Universität entstanden. Unter der Ägide von Hans Herzfeld sind hier mehrere Dissertationen ausgearbeitet worden, die auszugsweise oder in leicht erweiterter Fassung veröffentlicht wurden.<sup>8</sup> Darüber hinaus sind Dissertationen über Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. in Arbeit.

<sup>4</sup> Matthias ist es auch, der in einem der letzten westdeutschen Literaturberichte über die Geschichte der Arbeiterbewegung sozusagen eine Gegenoffensive gegen die der DDR seit langem intensiv betriebene Forschung fordert. Vgl. Erich Matthias: *Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. In: *Neue politische Literatur*, 1958, Heft 5, Sp. 337–364.

<sup>5</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg*. In: *Marxismusstudien*, Folge (Schriften der evangelischen Studiengemeinschaft, 5), Tübingen 1957, S. 151 ff.

<sup>6</sup> Für unseren Zeitabschnitt kommen in Frage: Hermann Heidegger: *Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920. Unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre*, Phil. Diss., Freiburg 1953. Betreuer und Erstgutachter war Gerhard Ritter. Die Arbeit wurde unverändert veröffentlicht als Bd. 25 der „Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft“, Göttingen-Berlin-Frankfurt 1956. – Hannelore Schlemmer: *Die Rolle der SPD in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei 1890–1914*, Phil. Diss., Freiburg 1953, Erstgutachter Gerhard Ritter. – Albrecht Lothholz: *Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in den Heeres-, Flotten- und Weltmachtsfragen 1890–1914*, Phil. Diss., Freiburg 1954. Betreuer Gerhard Ritter.

<sup>7</sup> Gerhard Schulz: *Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung der ausländischen Beziehungen vor 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens und des Parteiwesens*, Phil. Diss., (F. U.) Berlin 1952. Betreuer Hans Herzfeld. Eine Zusammenfassung der Diss. wurde unter dem Titel „Die deutsche Sozialdemokratie und die Idee des internationalen Ausgleichs“ veröffentlicht. In: *Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträßer*, hrsg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Alfred Hermann, Düsseldorf 1954, S. 89–116. – Gerhard A. Ritter: *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900*, Phil. Diss., Berlin 1954. Unter dem gleichen Titel veröffentlicht in: *Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin*, Bd. III, Berlin 1959.

Neben diesen hier kurz genannten Zentren entstanden noch mehrer Dissertationen und Arbeiten an verschiedenen Universitäten und Hochschulen und an einzelnen Institutionen.<sup>9</sup>

Die populären, teilweise von Sozialdemokraten verfaßten und im Fall Matull und Osteroth in einem sozialdemokratischen Verlag erschienenen Schriften sind in ihrer Argumentation völlig abhängig von den professionellen, den bürgerlichen Historikern. Sie verbreiten die Grundthesen der derzeitig tonangebenden westdeutschen Historiker in populärer Form unter den Anhängern der Partei und Gewerkschaft.<sup>10</sup>

Die Arbeiten bürgerlicher Historiker bestimmen also das Bild der westdeutschen Forschung<sup>10a</sup> über die Geschichte der Arbeiterbewegung, speziell der Sozialdemokratie und z. T. auch der Gewerkschaften. Will man die Zielstellung dieser Arbeiten zusammenfassen, so ergibt sich folgende Grundlinie:

1. Der revolutionären Arbeiterbewegung soll eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal unserer Nation abgesprochen werden. Indem sich die von den führenden Ideologen wie Rothfels und Ritter vertretene historische Apologetik des Ausbeuterstaates, die alle geschichtlichen Erscheinungen vornehmlich auf die Entwicklung und Festigung des Staates be-

---

<sup>9</sup> Davon seien genannt: Harro Johannsen: Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1890 bis 1914, Phil. Diss., Hamburg 1954. Betreuer war Fritz Fischer. Lothar Franz Labusch: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur „konstitutionellen Ordnungspartei“, 1890–1914, Phil. Diss., Göttingen 1956. Betreuer und Erstgutachter war Walter Hubatsch. – Neues Material bringen: Erich Schneider: Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz, 1864–1890. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteigeschichte, Phil. Diss., Mainz 1956. – Dietrich Bronder: Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich, 1890–1914, Phil. Diss., Göttingen 1952. – Kurt Koszyk: Anfänge und frühe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse im Ruhrgebiet (1875–1909), Dortmund 1953.

<sup>10</sup> Vgl. Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie, Berlin–Hannover 1957. – Walter Theimer: Von Bebel zu Ollenhauer. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie, München 1957. – Vgl. zu diesen beiden Arbeiten die ausführliche Besprechung von Horst Bartel/Wilhelm Wehling: Ein „neuer“ Versuch, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verfälschen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 199 ff. – Die Broschüre von Helmut Breuer: Kleine Geschichte der Arbeiterschaft, Hannover 1957, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Heimatdienst, weicht in einigen Fragen von den beiden letztgenannten westdeutschen Arbeiten ab, verfolgt jedoch grundsätzlich die gleiche Linie. – Ferner Franz Osteroth: Chronik der sozialistischen Bewegung, Berlin–Hannover 1956.

<sup>10a</sup> Die neuere amerikanische Literatur, die in den westdeutschen Arbeiten selbst zitiert und referiert wird, kann in diesem Rahmen nicht untersucht werden; sie erfordert eine eigene Besprechung. Genannt seien als bekanntere Arbeiten: Peter Gay: The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernsteins Challenge to Marxism, New York 1952. Deutsch: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954. – Carl E. Schorske: German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, Cambridge 1955. Schorske hat in seinem „Bibliographical Essay“, S. 331–352, auch die übrige amerikanische Literatur zu dieser Thematik genannt.



heft<sup>11</sup>, wie ein roter Faden durch alle Arbeiten zieht, wird von vornherein eine Alternative gegenüber der antidemokratischen, aggressiven Politik des imperialistischen Staates und des Militarismus zugelassen.

Als historisch erstrebenswert für die deutsche Arbeiterklasse wird daher nur die Hinwendung zum Staat angesehen, die „Integration“ in den Ausbeuterstaat. Im Zusammenhang mit den Bemühungen der westdeutschen Militaristen und deren Helfer vom Schlage eines Wehner, Erler und Brandt in die Bindung der westdeutschen Arbeiter an den Adenauerstaat, um die Eindämmung jeder demokratischen, antimilitaristischen Aktion hat diese These besonders aktuelle Bedeutung und offenbart die antinationale Haltung der Mehrheit der westdeutschen Historiker.

2. Als Handlanger der antikommunistischen Politik der Adenauer-Regierung und zur Unterstützung der rechten Führer der SPD versuchen die imperialistischen Historiker, dem Marxismus jede geschichtliche Kraft abzusprechen. Sie wollen den Lesern ihrer Arbeiten einreden, daß der Marxismus nie eine bedeutende Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung gespielt habe. Insbesondere nach 1890 hätten sich die sozialdemokratischen Führer – auch Bebel und Liebknecht – nur in Worten zum Marxismus bekannt, in der Praxis jedoch „Realpolitik“ betrieben, Reformpolitik praktiziert, was der deutschen Arbeiterklasse zum Segen geworden wäre. Die politische Absicht einer derartigen Entstellung liegt auf der Hand.

Die westdeutschen Historiker knüpfen in ihrer Argumentation in vielen Fragen an die Revisionisten an, sofern ihnen das heute nützen kann. Die literarischen Erzeugnisse Bernsteins<sup>12</sup>, Vollmars, Davids und solcher Reformisten wie Stampfer, Ebert, Scheidemann sind ihnen Hauptquellen. Auch auf solche Historiker und Soziologen wie Brandis und Michels<sup>13</sup> orientieren sie sich.

Natürlich weichen die einzelnen Historiker in ihren Forschungsergebnissen und deren Einschätzung in Einzelfragen voneinander ab, aber entscheidend ist die Übereinstimmung in der oben dargelegten Grundlinie, die sich immer stärker einbürgert, wie gerade die populären Broschüren zeigen. Sie hat sich „gleichsam eingeschliffen – und mit dieser Fragestellung auch eine bestimmte *politische Wertvorstellung*, auf die das historische Faktenmaterial zu beziehen, nach der es zu messen sei“.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Vgl. Werner Berthold: „... großhungen und gehorchen“. Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin 1960, bes. S. 233.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. die Formulierung Bernsteins: „Tatsächlich hat ja die deutsche Partei nie genug oder vielmehr immer Opportunismus getrieben, und war ihre Politik jedenfalls immer sehr viel richtiger wie die Phraseologie.“ (Bernstein an Bebel, 20. Oktober 1898. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 259, vgl. auch S. 307.)

<sup>13</sup> Interessant daher die Neuherausgabe von Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Aufl., hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Werner Conze, Stuttgart 1957.

<sup>14</sup> Ernst Engelberg: NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über Probleme des 19. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 3, S. 477/478.

Die bewußte Verschiebung der Proportionen und die tendenziöse Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung durch die westdeutschen Historiker erfordert, daß wir auf einige grundsätzliche Fragen des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts näher eingehen.

Die Ausgangsposition für die Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, für die Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie muß in der Untersuchung der konkreten Kampfbedingungen des deutschen Proletariats liegen. Der Kampfboden der deutschen Arbeiterbewegung in den neunziger Jahren wurde durch den sich allmählich vollziehenden Übergang zum Imperialismus bestimmt. Dieser Übergang war gekennzeichnet durch die stärkere Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion, die zur Herausbildung stabiler und mächtiger Monopole, vor allem in der Montan- und Rüstungsindustrie, führte; durch die wachsende Vorherrschaft des Finanzkapitals, das immer stärkeren Einfluß auf Politik, Staat und Wirtschaft nahm; durch die besondere Aggressivität des deutschen junkerlich-bourgeois Imperialismus schon in seinem frühen Stadium, die sich in zunehmenden außenpolitischen Spannungen und im verstärkten Terror nach innen äußerte.

Kennzeichnend für den besonders reaktionären Charakter des deutschen Imperialismus ist sein Hauptinstrument und seine Hauptstütze: der preussisch-deutsche Militarismus. Die Militarisierung des gesamten Lebens im deutschen Reich, gepaart mit einem systematisch gezüchteten aggressiven Chauvinismus, prägten das Gesicht des deutschen junkerlich-bourgeois Imperialismus. Wenn Lenin verallgemeinernd schrieb, daß „der Imperialismus ‚Negation‘ der Demokratie überhaupt“ ist,<sup>15</sup> so trifft diese Charakteristik vor allem und ganz besonders auf den deutschen Imperialismus zu, dessen antinationaler, volksfeindlicher Aggressionskurs nach außen seine Entsprechung in einer besonders antidemokratischen Politik im Inneren fand.

Aus dieser hier nur kurz skizzierten historischen Situation ergaben sich auch die Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung, die, wie W. Lenin feststellte, vor allem in der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die künftigen revolutionären Umgestaltungen bestanden.<sup>16</sup> In den neunziger Jahren, die von Lenin als relativ friedliche Jahre bezeichnet wurden, kam es darauf an, die Arbeiterorganisationen, vor allem die Partei, ideologisch, theoretisch und organisatorisch zu stärken und die günstigsten Ausgangspositionen für die sozialistische Revolution zu erringen. Das war nur im Kampf gegen den Militarismus und um demokratische Verhältnisse – mit dem Ziel der demokratischen Republik – möglich.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wies Friedrich Engels die deutsche Partei in Briefen und Veröffentlichungen auf die zunehmende

<sup>15</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 34.

<sup>16</sup> Vgl. W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: W. I. Lenin: Marx-Engels-Marxismus. Grundsätzliches aus Schriften und Reden, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 56.

Lebensgefahr hin und betonte, daß es im Interesse der Erhaltung des Friedens notwendig sei, den antimilitaristischen Kampf zu verstärken.<sup>17</sup> Engels hat 1886 noch einmal den Gegensatz zwischen der preußisch-militaristischen Politik und den Interessen der deutschen Nation hervor, als er an August Bebel schrieb: „Das deutsche Reich wird in Lebensgefahr gebracht durch die preußische Grundlage.“<sup>18</sup>

Immer wieder warnte er vor den Gefahren, die ein Krieg für alle Völker mit sich bringen würde. In seinem 1892 in Deutschland veröffentlichten Aufsatz „Der Sozialismus in Deutschland“<sup>19</sup> legte er die Prinzipien dar, nach denen sich noch heute die Kommunisten im Kampf um den Frieden betätigen lassen. Er schrieb, daß zwar ein Krieg – der sich sofort zu einem Weltkrieg ausweiten würde – den Untergang der kapitalistischen Welt verhindern könne, daß aber angesichts der ungeheuren Verwüstungen an Leben und Material die Sozialisten aller Länder für den Frieden eintreten müssen, um die Existenz der Nationen und damit die Existenz des Sozialismus als Bewegung zu sichern.<sup>20</sup> Dieses dialektische Verhältnis von Friedenskampf und Kampf für die soziale Befreiung hat die deutsche Sozialdemokratie in den neunziger Jahren ständig beachtet und in diesem Zusammenhang gehandelt. Sie ging davon aus, daß der Militarismus ein Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Hauptstütze der Reaktion ist; sie betrachtete den antimilitaristischen Kampf als einen Teil des proletarischen Klassenkampfes. So schrieb Rosa Luxemburg 1899: „In dem Militarismus kristallisiert sich die Macht und die Herrschaft ebenso des kapitalistischen Staates wie der bürgerlichen Klasse, und wie die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihn prinzipiell bekämpft, so gehört auch umgekehrt die prinzipielle Bekämpfung des Militarismus zum Wesen der Sozialdemokratie.“<sup>21</sup> (Hervorgehoben von uns – W. Sch./G. S.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auf keinem Parteitag in den neunziger Jahren versäumt, auf die Gefahr des Militarismus hinzuweisen, und hat die Arbeiterklasse immer wieder auf den antimilitaristischen Kampf orientiert. Entsprechend den damaligen Kampfbedingungen entwickelte die Partei die verschiedenartigsten Formen des Kampfes gegen den Militarismus. Sowohl im Parlament – bei der Beratung des Etats – wie in der Presse, in Volksversammlungen und auf internationalen Kundgebungen entlarvte die Partei die volksfeindliche Rolle des preußischen Militarismus.

Vgl. Engels an August Bebel, 17. November 1885, und an Julie Bebel, 12. März 1886. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 118 f., 149 f. Ferner die 1887 geschriebene Einleitung zu S. Borkheims Schrift „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806–1807“. Auszugsweise in: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Deutsche Geschichte, Bd. II/2, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1113 ff.

Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 139.

Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, S. 1137 ff.

Vgl. ebenda, S. 1145.

Rosa Luxemburg: Miliz und Militarismus. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 47.



August Bebels flammende Reichstagsreden gegen den Militarismus, die als Broschüren zu Tausenden verbreitet wurden, die Pressekampagnen und die Herausgabe spezieller Broschüren und Flugschriften in hohen Auflage waren wichtige Mittel der Agitation und Aufklärung über den Charakter des Militarismus. Höhepunkt des aufopferungsvollen Kampfes der Sozialdemokraten waren die Volksversammlungen. Als 1893 die Regierung eine neue Militärvorlage einbrachte, wegen deren Ablehnung der Reichstag aufgelöst und neu gewählt wurde, berichtete der „Vorwärts“ allein von über 600 Protestversammlungen.

Der Kampf der Sozialdemokratie beschränkte sich nicht auf Deutschland. Es ist nicht zuletzt das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß die Kongresse der II. Internationale von Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900<sup>22</sup> sich ausführlich mit dem Kampf gegen den Militarismus und Krieg beschäftigten.

Es zeugt von der nationalen Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie in den neunziger Jahren, wenn sie für die Maifeier 1893 die Losung herausgab: „Die Feier des 1. Mai ist eine Heerschau, sie ist auch eine Kriegserklärung. Und unser vornehmster Kriegsruf an diesen Tagen muß lauten: *Krieg dem Kriege!*“<sup>23</sup> Der internationale Kongreß von Brüssel 1893 betonte, daß die Maifeiern mit einer Friedensdemonstration zu verbinden seien. In Zürich wurde 1893 der Beschluß gefaßt, den 1. Mai als Kampftag für den Achtstundentag und den Frieden zu gestalten. In Deutschland waren die Maidemonstrationen der Arbeiterklasse in den neunziger Jahren zugleich Kampfdemonstrationen gegen den Militarismus und für den Frieden.<sup>24</sup>

Eine große Rolle spielte auch die schonungslose Kritik der Sozialdemokratie an den verschiedenen Erscheinungsformen des Militarismus, wie Steuerlasten, Soldatenmißhandlungen, Privilegien des Offizierskorps usw. auf die in diesem Artikel jedoch nicht ausführlich eingegangen werden kann.

Der Reaktion, die den antimilitaristischen Kampf der Arbeiterklasse als „Vaterlandsverrat“ zu verleumden suchte und der Sozialdemokratie vorwarf, sie wolle das „Vaterland“ wehrlos machen, setzte die Partei die demokratische Forderung nach dem Milizsystem, das die allgemeine Wehrhaftigkeit der Nation erforderte, entgegen. Ohne Zweifel wohnten den Vo-

<sup>22</sup> Vgl. Internationaler Sozialistenkongreß zu Paris, 23.–27. September 1900, Berlin 1900, S. 27 ff. Referentin zur Frage des Militarismus in Paris war Rosa Luxemburg. Vgl. auch I. M. Kriwogus/S. M. Stezkewitsch: Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 163 ff.

<sup>23</sup> Die Neue Zeit, 11. Jg. 1892/93, Zweiter Band, S. 103.

<sup>24</sup> Vgl. Martin Polzin: Grundlagen und Geschichte der Maikundgebungen von 1890–1918 in Rostock. (Ein heimatgeschichtlicher Beitrag speziell zur Erforschung der Maitradition in der Arbeiterbewegung.) Phil. Diss., Rostock 1958. Zum antimilitaristischen Kampf vgl. Günter Hennig: Der Kampf August Bebels gegen den preußisch-deutschen Militärstaat und Militarismus von 1891 bis 1898 (unter besonderer Berücksichtigung seines Kampfes gegen den Opportunismus in Staatsfragen), Phil. Diss. Berlin 1960.

tellungen der proletarischen Führer über das Milizsystem und seine Verwirklichung Unklarheiten inne, die bis heute auch von der marxistischen Wissenschaft noch nicht genau analysiert wurden.<sup>24</sup> Aber die Milizforderung ist in erster Linie unter politischem Aspekt zu sehen. Der zweifellos demokratische Inhalt dieser Forderung, die nur im Zusammenhang mit dem gesamten antimilitaristischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse gesehen werden kann, stellte eine Alternative zur militaristischen Kriegs- und Unterdrückungspolitik der herrschenden Klassen dar. Und hierin liegt die große nationale Bedeutung des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Angesichts der Herrschaft der Militaristenclique in Westdeutschland und deren für die deutsche Nation gefährlichen Abenteuerpolitik ist die Vermittlung der Traditionen und Lehren des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse eine nationale Aufgabe der Historiker. Die volksfeindliche, antinationale Position der Mehrheit der westdeutschen Historiker zeigt sich hier deutlich: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Krieg und Militarismus wird fast überhaupt nicht behandelt.<sup>25</sup> Die Ignoranz gegenüber dieser Problematik zeigt sich sowohl in den veröffentlichten Arbeiten wie in den unveröffentlichten Dissertationen.

Weder Heidegger oder Gerhard A. Ritter noch Verfasser anderer Dissertationen behandeln diese Frage. Heidegger und Johannsen<sup>26</sup> orakeln lediglich auf einigen Seiten über die Diskussion um das Milizsystem, wobei sie besonders die revisionistischen Ansichten Schippels streifen und es nicht für notwendig erachten, die klare Zurückweisung der Revisionisten Schippel und Heine durch Bebel, Luxemburg, Kautsky und Mehring zu untersuchen. Diese Passagen zeichnen sich darüber hinaus durch völlige Unkenntnis der Literatur und Quellen aus, die der überheblichen Darstellungsweise entgegensteht. Abgesehen davon, daß es die Autoren nicht für notwendig erachtet, sozialdemokratische Zeitungen einzusehen, fehlen Hinweise auf die wichtigsten Schriften von Friedrich Engels, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und W. I. Lenin. Die Ursachen für diese Ignoranz gegenüber dem antimilitaristischen Kampf der Arbeiterklasse deutet Johannsen an, wenn er schreibt: „In der Militärfrage war der negierende Standpunkt der Sozialdemokratie am unerbittlichsten.“<sup>27</sup> In diesen Fragen

<sup>24</sup> Hennig untersucht ausführlich die Milizfragen und ihre Bedeutung für den antimilitaristischen Kampf in den neunziger Jahren (vgl. ebenda, S. 253 ff.). Hingegen gibt es noch keine ausführliche Abhandlung über diese Problematik für die Periode des Imperialismus, die auch im Hinblick auf das proletarische Militärprogramm neue Fragen aufwarf. (Vgl. die Einleitung von Heinz Helmert zu Franz Mehring: *Krieg und Politik*, Bd. I, Berlin 1959, S. 24 ff.)

<sup>25</sup> Auf die Arbeit von Reinhard Höhne: *Sozialismus und Heer*, Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer (1871–1878). Bad Homburg/Berlin/Zürich 1959, kann hier nicht eingegangen werden. Das auf drei Bände angewachsene Werk Höhnes erfordert eine gesonderte Auseinandersetzung.

<sup>26</sup> Vgl. Harro Johannsen: *Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1900–1914*, S. 216–226. – Hermann Heidegger: *Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920*, S. 93 ff.

<sup>27</sup> Harro Johannsen: *Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1890–1914*, 217.

scheint es der Mehrheit der westdeutschen Historiker unmöglich, Argumente für die Wehner, Brandt und Konsorten zu finden. Daher wird die Taktik des Verschweigens angewandt.

Es ist nur eine westdeutsche Dissertation zu finden, die sich speziell mit dem antimilitaristischen Kampf der Sozialdemokratie in den neunziger Jahren und später beschäftigt. Lotholz, der übrigens als einer der weniger Doktoranden den „Vorwärts“ auswertete, kommt im Ergebnis seiner Untersuchung zu der Feststellung: „Die Feindschaft der Sozialdemokratie gegenüber Heer, Flotte und Kolonien ist ferner zu verstehen als ein Teil ihres Kampfes gegen Kapitalismus und bestehenden Staat.“<sup>28</sup> Und er kommt weiterhin zu der im Gegensatz zu der Militarismusauffassung<sup>29</sup> seines Lehrers Gerhard Ritter stehenden Erkenntnis: „Es scheint daher zweckmäßig, zu betonen, daß es sich bei diesem Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus als Lebensform um den echten Gegensatz einer ausgeprägt demokratischen Staatsanschauung zum königlich-preußischen Militär- und Beamtenstaat handelt.“<sup>30</sup>

Es verwundert nicht, daß diese Arbeit nicht für eine Veröffentlichung wert erachtet wurde, obwohl sie an Qualität und Sachkenntnis z. B. die Dissertation von Hermann Heidegger übertrifft.

Die deutsche Sozialdemokratie bekämpfte den preußisch-deutschen Militarismus sowohl wegen seiner die Existenz der deutschen Nation gefährdenden Aggressionspolitik nach außen wie auch wegen seiner Unterdrückungspolitik nach innen. Der antimilitaristische Kampf war daher ein Bestandteil des Kampfes um Demokratie, um Erhaltung und Erweiterung der erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten.

Die wachsende politische Kraft der deutschen Arbeiterklasse, die durch die revolutionäre Politik der deutschen Sozialdemokratie bedingt war und sowohl im ideologischen und zahlenmäßigen Wachstum der Partei selbst wie auch im zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften zum Ausdruck kam, war die entscheidende Ursache der Schwankungen und Unsicherheit der herrschenden Klassen in der Innenpolitik in den neunziger Jahren.

Das letzte Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende war gekennzeichnet durch das Wechseln der Methoden des Klassenkampfes von seiten der Bourgeoisie und Junker. Sowohl mit liberalem Gebaren, mit Zugeständnissen und Reformen wie mit der wieder mehr in den Vordergrund tretenden brutalen Gewalt versuchten die herrschenden Klassen ihre Interessen zu verteidigen. Nach den kläglichen Anfängen einer staatlichen Arbeiterschutzipolitik am Anfang der neunziger Jahre wurde 1894 die sogenannte Umsturzvorlage eingebracht, deren Verwirklichung eine entscheidende

<sup>28</sup> Albrecht Lotholz: Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in den Heeres-, Flotten- und Weltmachtsfragen (1890–1914), S. 182.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu Ernst Engelberg: Über das Problem des deutschen Militarismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1956, Heft 6, S. 1113 ff.

<sup>30</sup> Albrecht Lotholz: Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in den Heeres-, Flotten- und Weltmachtsfragen (1890–1914), S. 33.



inschränkung der Koalitions- und Streikrechte der Arbeiterklasse bedeutet hätte. Die Sozialdemokratie versuchte man durch die Auflösung ihres Vorstandes zu schwächen. Schließlich wurde 1896 in Sachsen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht eingeführt. 1897 wurde im Preußischen Landtag das sogenannte „kleine Sozialistengesetz“ eingebracht. Führende Militärs unter Waldersee begannen Mitte der neunziger Jahre erneut, Staatsstreichpläne zu entwickeln, um die letzten Reste der Demokratie zu beseitigen.

Die deutsche Arbeiterklasse führte unter Leitung der Sozialdemokratie einen besonnenen, aber energischen Kampf gegen alle Versuche, die demokratischen Rechte des Volkes einzuschränken. Die Umsturzvorlage entzündete einen Proteststurm der deutschen Arbeiter, der die reaktionären Kräfte zum Rückzug zwang. Friedrich Engels schrieb damals an seinen alten Kampfgefährten F. A. Sorge: „Alles in Deutschland ist in Unordnung gebracht, kein Mensch weiß mehr, woran er ist und was morgen sein wird, die Konfusion in den regierenden Schichten wie überhaupt in den herrschenden Klassen steigt täglich höher, so daß die einzigen, die bei der Umsturzdebatte heitere Gesichter machten, unsere Leute waren.“<sup>31</sup> Auch das „kleine Sozialistengesetz“, die Zuchthausvorlage von 1898/99 und die Staatsstreichpläne Waldersees konnten unter diesen Umständen nicht verwirklicht werden. Große Teile der Bourgeoisie wagten angesichts der Kampfbereitschaft und Stärke der Arbeiterklasse nicht, gänzlich zu den Methoden Bismarckscher Innenpolitik zur Zeit des Sozialistengesetzes zurückzukehren.

Die deutsche Sozialdemokratie beschränkte sich in ihrem Kampf um demokratische Rechte nicht auf die Abwehr der reaktionären Anschläge. Sie kämpfte um die günstigsten Bedingungen, um den besten Kampfmodus für die Arbeiterklasse; denn wie W. I. Lenin später verallgemeinernd schrieb, können „die politischen, sozialen, kulturellen Bedingungen eines Kampfes . . . dem Proletariat nicht gleichgültig sein . . .“<sup>32</sup> Das durch die revolutionäre Politik verursachte stetige Wachstum der Partei, die zunehmende Kraft der Gewerkschaften spiegelten sich in einem harten Ringen um die Verbesserung der Kampfbedingungen des deutschen Proletariats und die Erweiterung der politischen Rechte des Volkes wider. Lenin würdigte 1899 den Kampf der deutschen Arbeiterklasse für das Recht, „frei Versammlungen zu veranstalten und Verbände zu gründen, eigene Zeitungen zu haben und ihre Vertreter in die Volksvertretungen zu entsenden“<sup>33</sup>, und zog daraus Schlußfolgerungen für die politische Tätigkeit des russischen Proletariats. Der erfolgreiche Kampf der Sozialdemokratie um Mandate in den Parlamenten – im Reichstag wie auch in Länder- und Kommunalvertretungen – schwächte die Macht der herr-

<sup>31</sup> Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere, Stuttgart 1906, S. 421.

<sup>32</sup> W. I. Lenin: Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie. In: W. I. Lenin: Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 17.

<sup>33</sup> W. I. Lenin: Unser Programm. In: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 207.

schenden Klasse. Verbunden mit außerparlamentarischen Massenbewegungen ermöglichten diese Erfolge einen aktiven Kampf um demokratische Rechte. So führte die Partei besonders seit 1895 einen Kampf um das Vereins- und Wahlrecht für Frauen. Es ist allein das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, wenn durch das neue Vereinsgesetz vom Jahre 1908 den Frauen das Organisationsrecht in politischen Vereinen zugesprochen werden mußte.<sup>34</sup>

Die Wahlen zu den Gewerbegerichtsbeisitzern eröffneten der sozialdemokratischen Agitation weitere Möglichkeiten, den Einfluß der Partei und Gewerkschaften im Proletariat zu erhöhen und mit Hilfe der errungenen Positionen den Kampf der Arbeiterklasse für bessere Lebensbedingungen zu unterstützen. Die Gewerbegerichtswahlen gestalteten sich zu einem Triumph der Sozialdemokratie.<sup>35</sup> „Man fand“, schrieb Engels 1895 „daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisierte, noch weitere Handhaben bieten, mittels deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann.“<sup>36</sup> Unter diesem Gesichtspunkt nutzte die Sozialdemokratie, wie Engels darlegte, das allgemeine Stimmrecht und beteiligte sich an den Wahlen für Landtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte usw.

Will man den Kampf der deutschen Sozialdemokratie um Demokratie würdigen, so ist es notwendig, auch auf Fehler und Schwächen einzugehen. Wie bereits gesagt, waren sich die Marxisten in der Sozialdemokratie allgemein über die Bedeutung des demokratischen Kampfes für den sozialen Befreiungskampf im klaren. So schrieb Kautsky in seiner Auseinandersetzung mit Bernstein 1899: „Die Demokratie ist die unentbehrliche Voraussetzung des Sozialismus.“<sup>37</sup> Auch August Bebel hat in einem Brief an Hausmann im Jahre 1909 noch einmal die Bedeutung des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse hervorgehoben.<sup>38</sup> Dennoch hatten die führenden Sozialdemokraten die Problematik des Verhältnisses von demokratischem Kampf und Kampf um den Sozialismus nicht bis zu Ende durchdacht. In ihrer strategischen Konzeption fehlte – schon seit der Zeit des Sozialistengesetzes<sup>39</sup> – ein demokratisches Etappenziel: Die For-

<sup>34</sup> Vgl. Luise Dornemann: Clara Zetkin. Ein Lebensbild, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 110 ff.

<sup>35</sup> So heißt es z. B. im Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Breslau zu den Wahlen für die Gewerbegerichte: „Außer drei uns bekanntgewordenen Ausnahmen haben allenthalben in der Klasse der Arbeiter die Kandidaten der klassenbewußten Arbeiterschaft den Sieg davongetragen ...“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, Berlin 1895, S. 26).

<sup>36</sup> Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 115.

<sup>37</sup> Karl Kautsky: Bernsteins Streitschrift. In: Vorwärts, 18. März 1899.

<sup>38</sup> Der Brief wurde im Vorwärts, 7. Oktober 1909, veröffentlicht. Erneut abgedruckt bei Dieter Fricke: Zum 120. Geburtstag Bebels. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 2, S. 288–289.

<sup>39</sup> Vgl. Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, Berlin 1959, S. 79 ff., S. 133 u. 167 ff.

erung nach der demokratischen Republik. Friedrich Engels hatte bereits 1883 ausführlich begründet, daß auch in Deutschland die bürgerliche Republik eine historisch notwendige Entwicklungsstufe der Gesellschaft sei. Erst sie könne den Boden „zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus“<sup>40</sup> bilden. In seiner Kritik am Entwurf des Erfurter Programms hatte er sich ausführlich mit dieser Frage beschäftigt und den Parteivorstand auf die eminent wichtige Frage der Forderung nach der Republik als einer Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus hingewiesen.<sup>41</sup> Die Partei verstand es jedoch nicht, diese Hinweise in ihrer Politik voll auszuwerten. Das wirkte sich auch negativ auf ihre Bündnispolitik aus, wie die Unklarheiten in der Agrardiskussion 1894/95 in der Partei zeigten.<sup>42</sup>

Weit folgenschwerer waren die Konsequenzen dieses Fehlers in der Periode des Imperialismus. Das Fehlen einer klaren Zielstellung wirkte sich besonders in den Kämpfen 1910 aus, in denen die Forderung Rosa Luxemburgs nach der Republik auch von der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter nicht voll verstanden wurde.<sup>43</sup> Trotz der hier angedeuteten Fehler und Schwächen der Sozialdemokratie, die bei einer Würdigung des demokratischen Kampfes der Partei berücksichtigt werden müssen, war die Sozialdemokratie in den neunziger Jahren die einzige Kraft, die den reaktionären Machenschaften der Stumm, Waldersee usw. Paroli bot. Sie war die einzige Partei, die energisch für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte des ganzen Volkes eintrat. Ihre Forderungen und Kämpfe entsprachen am konsequentesten den Interessen der Nation.

Es ist charakteristisch für die westdeutsche Geschichtswissenschaft, wie sie den Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie und Freiheit behandelt, genauer: verfälscht. Fast durchweg wird in den Arbeiten behauptet,

<sup>40</sup> Engels an Bernstein, 27. August 1883. In: Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein. Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Hrsg. von Eduard Bernstein, Berlin 1925, S. 129/130. Vgl. auch den Brief vom 12. Juni 1883. Ebenda, S. 124/125.

<sup>41</sup> Vgl. Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 191. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, S. 1132 ff.

<sup>42</sup> Vgl. dazu Ernst Engelberg: Arbeiterklasse und Nation. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. (1951/52), Heft 1, S. 54. — Zur Agrardiskussion vgl. Fritz Zimmermann: Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 167 ff., S. S. 183 f.

<sup>43</sup> Das mangelnde Verständnis für das dialektische Verhältnis von Demokratie und Sozialismus haben auch die deutschen Linken nicht völlig überwinden können, wie Lenins Kritik an Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre zeigt. „... Junius hat das nicht zu Ende ausgesprochen und hat die Demokratie ohne die sozialistische Revolution kommen. — Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf in die sozialistische Revolution zu vereinen, den ersten dem zweiten zu unterordnen. Darin besteht die Schwierigkeit; das ist der Kern der Sache“ (W. I. Lenin an Jessa Armand. Abgedruckt in: Einheit, 1949, Heft 5, S. 461).



die Klassenkampfpolitik einer Arbeiterpartei schließe einen Kampf für demokratische Rechte aus. Schulz spricht das offen aus, wenn er feststellt: „Der Satz von Friedrich Lenz: ‚Eine innere Verklammerung zwischen Demokratie und Klassenkampf ist niemals erfolgt und kann nicht erfolgen‘, erfährt in der deutschen Sozialdemokratie, so man ihr praktisches Verhalten ins Auge faßt, weitgehende Bestätigung.“<sup>44</sup> Dieser falschen Einschätzung schließen sich verschiedene andere Autoren grundsätzlich an. Da nun aber nicht zu leugnen ist, daß die Arbeiterklasse für demokratische Rechte gekämpft hat, wenden diese imperialistischen Klopffechter einen von ihnen schon oft benutzten Roßtäuschertrick an. Zunächst konstruieren sie nach „bewährtem“ Rezept durch Verfälschung des Marxismus einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen proletarischem Klassenkampf und Demokratie. Daran anschließend schreiben sie alle die oben genannten Kampferfolge der Arbeiterklasse der „Realpolitik“ der Revisionisten und Reformisten zu und werten sie sinnigerweise als ein Anpassen an den kapitalistischen Staat.<sup>45</sup> Die Tatsache, daß gerade die Revisionisten und Reformisten den demokratischen Kampf der Arbeiter bewußt hemmten, wird einfach ignoriert.

Wie Schulz, Johannsen und G. A. Ritter betrachtet auch Matthias den Kampf der Arbeiterpartei um demokratische Rechte, den Kampf um die Verwirklichung der Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms als „reformistische Praxis“ und setzt damit einen Widerspruch zwischen Marxismus und Demokratie voraus.<sup>46</sup>

Die Tatsache, daß Erfolge der Arbeiterklasse im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebens- und Kampfbedingungen nur erreicht werden konnten auf der Grundlage einer revolutionären Gesamtpolitik, wird von den westdeutschen Autoren bewußt übersehen. Mit historischen „Argumenten“ versuchen die westdeutschen Historiker, diese Zusammenhänge und Erkenntnisse zu verschleiern. Sie wollen den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und Militarismus, für eine demokratische Innen- und Außenpolitik, die den Interessen der deutschen Nation allein entsprach, wegretuschieren. Indem sie nur die reaktionäre Politik der herrschenden Klassen als historisch berechtigt voraussetzen und nur die diese Konzeption unterstützende Anpassungspolitik der Revisionisten und Reformisten als richtig anerkennen, sprechen sie von

<sup>44</sup> Gerhard Schulz: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen vor 1914, S. 53, Anm. 141.

<sup>45</sup> So spricht Gerhard A. Ritter im Zusammenhang mit der „Erringung immer neuer Positionen durch die Arbeiter“ von einem „Prozeß der Angleichung an die bestehenden Verhältnisse“ (G. A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin 1959, S. 170). G. A. Ritters Versuche, unbedingt eine Annäherung der Arbeiterbewegung an bzw. ein Hineinwachsen in den bürgerlichen Staat zu konstruieren, nehmen teilweise groteske Formen an. So schreibt er auf S. 50: „Die formale Parteiverfassung der Sozialdemokratie ist in vielem nur eine Umkehrung des Verfassungsaufbaus des Wilhelminischen Reiches und verrät gerade in der Konsequenz der Verneinung die Befangenheit im Denken dieser Verfassung.“

<sup>46</sup> Vgl. Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, S. 160.

inem „Versagen der Sozialdemokratie“<sup>47</sup>, so lange diese eine revolutionäre Klassenkampfpolitik trieb.

Hier zeigt sich deutlich die unmittelbare politische Bedeutung der Thesen der imperialistischen Historiker für die Politik der Brandt, Fehner und Erler, die den westdeutschen Arbeitern einreden wollen, eine Klassenkampfpolitik widerspräche der Demokratie. Darüber hinaus verfolgen die westdeutschen Historiker mit ihrer Verfälschung des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse in den neunziger Jahren das Ziel, sie für das Schicksal unserer Nation entscheidende Rolle der Arbeiterklasse abzuwerten, um den Ausschließlichkeitsanspruch Adenauers, des Verfalls der Imperialisten und Militaristen, für die Gestaltung der Politik in Deutschland zu stützen.

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie ist und bleibt die revolutionäre Klassenpolitik. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beweist mit aller Eindringlichkeit, daß ohne eine prinzipielle revolutionäre Klassenpolitik keine dauernden Erfolge erzielt werden können. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 betonte Bebel ausdrücklich: „... eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir mit *allem Nachdruck den Klassenkampf* zu führen...“<sup>48</sup> „Wir kämpften bisher um alles, was wir vom heutigen Staat erreichen können, aber was wir immer erringen – das ist stets betont worden – ist nur eine kleine Konzession und *ändert an dem wahren Zustand der Dinge absolut nichts*. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten, und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten... Ich muß also alles tun, was mir meine Kampfstellung nach Möglichkeit verbessert und damit den endlichen Sieg sichert.“<sup>49</sup>

Diese von Bebel treffend gekennzeichnete Aufgabe, die günstigste Ausgangsstellung für die künftigen entscheidenden Kämpfe um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu erringen, konnte nur dann richtig verstanden und erfolgreich erfüllt werden, wenn das deutsche Proletariat sich die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aneignete, im praktischen Klassenkampf anwandte und gegen alle Abweichungen und Verfälschungen durch die Rechtsopportunisten verteidigte.

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt“, betonte Engels 1895, „da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, *dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und*

<sup>47</sup> Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 176. – vgl. auch Gerhard Schulz: Die deutsche Sozialdemokratie und die Idee des internationalen Ausgleichs, S. 89.

<sup>48</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 273.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 173/174.

*diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt* (Hervorhebung von uns - W. Sch./G. S.).<sup>50</sup>

Der Sieg des deutschen Proletariats über Bismarck und das Ausnahme-gesetz, erkämpft durch revolutionäre Klassenpolitik und den revolutionären Elan der einzelnen Genossen, war die Grundlage für die Politik der Partei in den neunziger Jahren. In diesen Kämpfen hatte sich der Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie mehr und mehr durchgesetzt; die Aneignung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus hatte den Sieg des deutschen Proletariats ermöglicht.<sup>51</sup> Dieser Sieg fand seinen Niederschlag im Erfurter Programm, das wichtige Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus als Programmpunkte formulierte.

Mit dem Erfurter Programm hatte sich die deutsche Sozialdemokratie Grundsätze zu eigen gemacht, die sie befähigten, eine erfolgreiche revolutionäre Politik zu führen. Engels schrieb darüber, daß „sich der theoretische Teil des Programms jetzt überall sehn lassen“<sup>52</sup> könne. Er wies jedoch gleichzeitig darauf hin, daß die Gegenwartsforderungen „allerlei Haken“ hätten. In seiner ausführlichen Kritik des Programmentwurfs war er, wie wir bereits zeigten, besonders auf das Problem des demokratischen Etappenziels eingegangen und hatte den engen Zusammenhang zwischen dem Kampf um die demokratische Republik und der Errichtung der Diktatur des Proletariats betont.<sup>53</sup>

Im ganzen trug das Erfurter Programm einen revolutionären Charakter und entsprach den Anforderungen, die an eine marxistische Partei in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus zu stellen waren.<sup>54</sup> Im Sinn des Erfurter Programms wurden die Parteimitglieder dazu erzogen, den Klassencharakter der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erkennen, und auf den prinzipiellen Kampf gegen „jede Art der Aus-

<sup>50</sup> Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden Bd. I, S. 118/119.

<sup>51</sup> Vgl. Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 5. – Vgl. auch Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, und die Rezension dieses Buches von Heinrich Gemkow in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 7, S. 1674 ff.

<sup>52</sup> Engels an Kautsky, 3. Dezember 1891. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe Hrsg. u. bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 317.

<sup>53</sup> Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1890 in: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II, 2, S. 1134.

<sup>54</sup> Über die Einschätzung des Erfurter Programms vgl. Horst Bartel: Friedrich Engels' Kampf für die Schaffung einer marxistischen Arbeiterpartei in Deutschland Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 53 ff. Ferner Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz. In: Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 9, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 175 ff.



beutung und Unterdrückung“<sup>55</sup> orientiert. Im Vordergrund der gesamten Arbeit der Partei stand in den neunziger Jahren eine revolutionäre Klassenpolitik, die bewußte Gegnerschaft zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. „Unser Kampf in der Presse“, so hieß es im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes von 1900, „in Versammlungen, in den Rathäusern und in den Parlamenten, wo es auch sei, stets ist er demselben Ziel – der Befreiung des Proletariats aus ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung – gewidmet. Die Sozialdemokratie wird nicht eher aufhören zu kämpfen, bis die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Herrschaft der besitzenden Klassen gestürzt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist.“<sup>56</sup>

Die Sozialdemokratie nutzte in diesem Kampf alle sich ergebenden Möglichkeiten aus. So stand z. B. die Agitation anläßlich der Reichstagswahlen 1893 nicht „unter dem bloßen Gesichtspunkt der Vermehrung der Steuerlasten, sondern in prinzipieller Gegnerschaft zum Militarismus“, und der Wahlkampf wurde „unter prinzipieller Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien,<sup>56a</sup> gegen die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung und unter Voranstellung unserer prinzipiellen sozialistischen Grundforderungen“<sup>57</sup> geführt.

Die Gewaltpolitik der herrschenden Klassen in den neunziger Jahren, die ihren Ausdruck u. a. in den Umsturz- und Zuchthausvorlagen und in der verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats fand, verstärkte den prinzipiellen Antagonismus der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Die entscheidende Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie lag darin, durch Propagierung des Marxismus, d. h. durch Aufklärung der Arbeiterklasse über die ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge, durch die Verbindung der fortgeschrittensten Wissenschaft mit dem elementaren Klassenhaß ein wirkliches Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Die marxistischen Kräfte um August Bebel waren sich dieser Aufgabe durchaus bewußt. So betonte Karl Kautsky 1892: „Unsere Partei ist in den letzten Jahren riesig gewachsen, und die alten geschulten Kräfte reichen für ihre Bedürfnisse nicht aus... Diese Massen aufzuklären, ist jetzt richtiger als je... Trotzdem sind wir auf dem besten Wege, dahin zu

<sup>55</sup> Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Erfurt, S. 4.

<sup>56</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900, Berlin 1900, S. 82.

<sup>56a</sup> In dieser Formulierung zeigen sich bestimmte Schwächen in der Bündnispolitik der Sozialdemokratie, die mit ihrer Einstellung zur demokratischen Republik ein strategisches Etappenziel zusammenhängen. Vgl. hierzu S. 605 im vorliegenden Heft.

<sup>57</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 47/48.

kommen, daß der Marxismus der Masse der Genossen in Fleisch und Blut übergeht.<sup>58</sup>

Von entscheidender Bedeutung war die Hilfe und Unterstützung, die die Partei von Friedrich Engels erhielt.<sup>58a</sup> Neben der Neuherausgabe und Wiederauflage wichtiger Werke der Klassiker des Marxismus und der Veröffentlichung von grundlegenden Arbeiten zu Problemen der Parteipolitik wirkte Friedrich Engels vor allem durch seine persönlichen Verbindungen mit den führenden Kräften der deutschen Sozialdemokratie. In Zusammenkünften und Korrespondenzen erörterten die Parteiführer mit dem Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus entscheidende Fragen der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Die Engelsbriefe sind wahre Schatzkammern des wissenschaftlichen Sozialismus. Hier wird die Anwendung des Marxismus auf die Probleme der internationalen und nationalen Arbeiterbewegung klassisch demonstriert. Engels' briefliche Hinweise und seine in persönlichen Zusammenkünften gegebenen Ratschläge hatten außerordentliche Bedeutung für die revolutionäre Politik der deutschen Sozialdemokratie.

Bei der Verbreitung des Marxismus in der Arbeiterbewegung nutzte die Partei die verschiedensten Möglichkeiten. Von besonderer Bedeutung war dabei ihr theoretisches Organ „Die Neue Zeit“. In ihren Spalten erschienen die richtungweisenden Arbeiten von Friedrich Engels. Hier wurden prinzipielle Artikel über Grundfragen des wissenschaftlichen Sozialismus, die politische Situation und Berichte über den Stand und die Probleme der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern von führenden Funktionären der internationalen Sozialdemokratie veröffentlicht. Mit Recht kennzeichnete Kautsky, damals noch Marxist, den Charakter der damaligen „Neuen Zeit“ als den „eines Organs des Kampfes für den Marxismus“.<sup>59</sup> Engels würdigte ihre Rolle als „Machtposten, ... den bis aufs Äußerste zu halten der Mühe wert ist“.<sup>60</sup> In den meisten Auseinandersetzungen der neunziger Jahre vertrat sie den wissenschaftlichen Sozialismus.

Für die Verbreitung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung war auch die Herausgabe der Werke von Marx und Engels von großer Bedeutung. Hierbei erwarb sich vor allem der Stuttgarter Dietz Verlag hervorragende Verdienste.<sup>61</sup> Auch die Buchhandlung des „Vorwärts

<sup>58</sup> Kautsky an Victor Adler, 15. Oktober 1892. In: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 108, vgl. auch S. 100.

<sup>58a</sup> Vgl. E. A. Stepanowa: Friedrich Engels. Sein Leben und Werk, Dietz Verlag Berlin 1958, S. 231 ff.

<sup>59</sup> Kautsky an Bernstein, 23. Oktober 1898. In: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 274.

<sup>60</sup> Engels an Kautsky, 11. April 1890. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 256.

<sup>61</sup> In: Dietz Verlag erschienen von 1890 bis 1900 von Karl Marx: Das Elend der Philosophie, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Zur Kritik der politischen Ökonomie; von Friedrich Engels erschienen: Die Lage der arbeitenden Klassen in England, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie.

Berlin, verlegte in Arbeitsteilung mit dem Dietz Verlag Standardwerke des wissenschaftlichen Sozialismus in hohen Auflagen.<sup>62</sup> In Hamburg erschien 1890 der I. Band des „Kapitals“ in 4. Auflage, dem bald auch Band II in 4. Auflage und 1894 der III. Band folgten. Die Verbreitung der Werke des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus in Massenaufgaben hatte eine hohe Bedeutung für die theoretisch-ideologische Erziehungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“ brachte vor allem populäre Schriften, Flugblätter usw. heraus. Die Zahl der vertriebenen Flugblätter, Agitationsroschüren usw. nahm rasch zu. Allein im Geschäftsjahr 1897/98 verbreitete die Buchhandlung des „Vorwärts“ 1,5 Millionen Exemplare sozialdemokratischer Agitationsschriften aus dem eigenen Verlag.<sup>63</sup> Kennzeichnend für den zunehmenden Einfluß der Sozialdemokratie ist auch die Zahl der Parteizeitungen und Zeitschriften, die Steigerung ihrer Auflagen<sup>64</sup> und die Vermehrung der Tagesblätter.<sup>65</sup>

Die Erfolge der sozialdemokratischen schriftlichen und mündlichen Agitation fanden ihren Ausdruck u. a. im wachsenden Stimmenanteil der Partei bei den Reichstagswahlen.<sup>66</sup> Dabei zeigte sich, daß die Partei ihre Basis vor allem in den Großstädten, den Konzentrationspunkten des modernen Proletariats, hatte.<sup>67</sup>

Der Prozeß der Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte um die sozialdemokratische Partei machte in den neunziger Jahren rasche Fort-

<sup>62</sup> Im „Vorwärts“-Verlag erschienen von 1890 bis 1900 von Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei; von Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln, Karl Marx vor den Kölner Geschworenen; von Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Internationales aus dem „Volksstaat“, Zur Wohnungsfrage.

<sup>63</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 34. Vgl. dazu auch die Berichte der Buchhandlung „Vorwärts“ ab 1891, die in den Berichten des Parteivorstandes an die Parteitage enthalten sind.

<sup>64</sup> „Die Neue Zeit“ war aus einem monatlichen in ein wöchentliches Organ umgewandelt worden. Die Auflage erhöhte sich von Ende September 1890 bis Ende Dezember 1890 von 2500 auf 10 000 Exemplare. Die Auflage des „Vorwärts“ stieg von 7 000 Exemplaren 1892 auf 53 000 im Jahre 1899. (Vgl. dazu die Parteitageprotokolle von 1890, S. 35, von 1892, S. 44, und von 1899, S. 23, sowie den Brief Kautskys an Engels, 1. Dezember 1890. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 267.) Die 1894 gegründete „Leipziger Volkszeitung“ verfügte nach vierjährigem Bestehen über 10 000 Abonnenten und war „eines der ersten Parteiblätter Deutschlands geworden“. (Vgl. „Wähler“, Vorgänger der „Leipziger Volkszeitung“, hatte 11 000 Abonnenten. Vgl. Arbeiterführer für Leipzig und Umgebung, Nachschlagewerk, Leipzig 1899, S. 9.)

<sup>65</sup> Vgl. Protokolle der Parteitage von 1890, S. 35, von 1897, S. 21, von 1898, S. 32, von 1899, S. 22. Auf die umfangreiche Gewerkschaftspresse kann hier nur hingewiesen werden.

<sup>66</sup> Seit 1890 übertraf die Stimmenzahl der Sozialdemokratie diejenige jeder anderen Partei. Bei den Reichstagswahlen erzielte sie 1890 über 1,4, 1893 fast 1,8, 1898 mehr als 2,1 und 1903 über 3 Millionen Stimmen.

<sup>67</sup> Vgl. Oskar Geck: Die Sozialdemokratie in den deutschen Großstädten. In: Die Neue Zeit, 12. Jg. 1893/94, Zweiter Band, S. 749.



schritte. Der Übergang der Partei in die Legalität und die dadurch ermöglichte Änderung der Organisationsform,<sup>68</sup> wie sie auf dem Parteitag 1891 in Halle beschlossen wurde, förderten diesen Prozeß. Große Teile der Arbeiter sammelten sich in den proletarischen Klassenorganisationen, wurden durch die von diesen Organisationen geführten Kämpfe, durch die Arbeiterpresse, durch Broschüren und Flugblätter, durch Versammlungen und Diskussionen geschult und im Sinne des Klassenkampfes erzogen, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß opportunistische Kräfte zunehmend Einfluß auf die Presse erlangten.

Die Gewerkschaften gewannen, nach einem zahlenmäßigen Rückgang und zunächst nur langsamen Aufschwung, ab 1895 rasch an Mitgliederzahl. Die schlagkräftigeren Zentralverbände setzten sich in dieser Zeit an gewerkschaftliche Organisationformen durch, die sich in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein Zentrum schufen.<sup>69</sup> Die Konsumgenossenschaften und die Arbeiterturn- und -sportvereine boten weitere Möglichkeiten zur organisatorischen Erfassung des Proletariats. In den neunziger Jahren erstarkte die proletarische Frauenbewegung. Das weibliche Proletariat nahm in zunehmendem Maße Anteil an den Kämpfen der Arbeiterklasse. So stieg z. B. die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in den Zentralverbänden von 4355 im Jahre 1892 auf 22 844 im Jahre 1900.<sup>70</sup> Einen hervorragenden Anteil an der Erweckung und Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterinnen und an der Herausbildung der proletarischen Frauenbewegung hatten Clara Zetkin und das von ihr geleitete Organ „Die Gleichheit“.<sup>71</sup>

Kurzum, die Sozialdemokratie nutzte viele Möglichkeiten zur Organisation des Proletariats, zur politischen Aktivierung und Erziehung der Arbeitermassen. Die Erfolge dieser revolutionären Erziehung fanden nicht zuletzt in der Tatsache Ausdruck, daß die Sozialdemokratie gerade in den neunziger Jahren solche hervorragenden Kämpferpersönlichkeiten wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck, Käthe und Hermann Duncker, Otto Buchwitz und viele andere mehr hervorbrachte.

Die Erfolge der Sozialdemokratischen Partei können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den neunziger Jahren stärker als bisher opportunistische Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bemerk-

<sup>68</sup> Zur Organisation der Sozialdemokratischen Partei nach 1890 vgl. Klaus Bauder: Die Entwicklung der Organisationsstruktur der Berliner Sozialdemokratie vom Anfang des Sozialistengesetzes bis zum ersten Weltkrieg. In: Berliner Heimat, 1958, Heft 1, S. 32 ff., Heft 2, S. 52 ff., und Heft 3, S. 137 ff.

<sup>69</sup> Die Mitgliederzahl der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände betrug 1891: 277 659; 1896: 329 230; 1900: 680 427. Vgl. Louis Brunner: Die deutschen Gewerkschaften 1891–1904 in graphischer und statistischer Darstellung, Berlin 1905, S. 9–11. – Ferner Günter Griep: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890–1914), Berlin 1960.

<sup>70</sup> Vgl. ebenda.

<sup>71</sup> Vgl. Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 212 ff.

machten. Die Ursache hierfür beruhte in der Herausbildung des Imperialis-  
mus, durch den viele kleinbürgerliche Elemente ins Proletariat hinab-  
gestoßen wurden und der sich in Form der nach 1890 anwachsenden  
Arbeiteraristokratie eine Agentur innerhalb des Proletariats schuf. Außer-  
dem zog der Aufschwung der Sozialdemokratischen Partei und der  
Gewerkschaften eine Reihe kleinbürgerliche Elemente an, die auf Grund  
ihrer allgemeinen Vorbildung relativ schnell in führende Funktionen inner-  
halb der Arbeiterorganisationen eindringen konnten. „Die Leute werden  
mit ihrer Lebenslage zufrieden und verlieren den revolutionären Boden  
unter den Füßen“, schrieb Bebel 1891.<sup>72</sup> Bereits 1891 wurde Vollmar zum  
Vorrecher dieser Elemente und griff die revolutionäre Grundlinie der Partei  
an. Solche Angriffe wurden auch in den folgenden Jahren von Vollmar und  
anderen Opportunisten ständig wiederholt, bis sie schließlich – auf einer  
neuen Stufe – im Auftreten Bernsteins ihren Höhepunkt fanden.

Zur Ehre der deutschen Sozialdemokratischen Partei muß festgestellt  
werden, daß sie den auftretenden Opportunismus hartnäckig bekämpfte.  
Dank der richtungweisenden Hilfe von Friedrich Engels, des energischen  
Auftretens der marxistischen Kräfte um August Bebel und der revolution-  
ären Haltung der Mehrheit der Parteimitgliedschaft wurde der Opportu-  
nismus in mehreren entscheidenden Auseinandersetzungen zurück-  
geschlagen. Es ist charakteristisch, daß die Opportunisten in den Ausein-  
andersetzungen auf den Parteitag fast stets zurückweichen mußten,  
wenn sie sich nicht von der Gesamtpartei isolieren wollten.

Bei aller Schärfe dieser Auseinandersetzungen unterschätzten die marx-  
istischen Kräfte jedoch die Gefahr, die durch das Eindringen reformistischer  
Elemente in einflußreiche Funktionen der Partei heraufbeschwo-  
ren wurde.<sup>72a</sup> Ohne Zweifel gelang es den Opportunisten in den neunziger  
Jahren, besonders in Süddeutschland, einen gewissen Einfluß in der deut-  
schen Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Wie wird dieser Kampf um die Durchsetzung und Festigung des Marx-  
ismus in der deutschen Arbeiterbewegung in den vorliegenden westdeut-  
schen Publikationen dargestellt? Im Widerspruch zu den historischen Tat-  
sachen behaupten die westdeutschen Historiker, die Sozialdemokratie  
habe nie eine revolutionäre Politik verfolgt<sup>73</sup>, und versuchen, diese These  
mit den verschiedenartigsten Argumenten zu stützen.

<sup>72</sup> Bebel an Adler, 25. Oktober 1891. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel  
und Karl Kautsky, S. 80. Vgl. dazu auch Н. Е. Овчаренко: Борьба марксизма против  
реформизма в германской социал-демократии в 1890–1892 годах. Из истории револю-  
ционной борьбы (N. E. Owtscharenko: Der Kampf des Marxismus gegen den Reform-  
ismus in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1892. In: Aus der Geschichte des  
revolutionären Kampfes), Moskau 1960, S. 188 ff.

<sup>72a</sup> Ebenda, S. 240 ff. Owtscharenko würdigt hier den revolutionären Kampf gegen  
den Reformismus, weist aber besonders auf die Unterschätzung der opportunistischen  
Elemente durch die marxistischen Führer hin.

<sup>73</sup> Diese These ist nicht neu und schon oft strapaziert worden, ohne jedoch bewiesen  
werden zu können. In jüngster Zeit erschienen im sozialdemokratischen „Vorwärts“  
(Bonn) einige Artikel, in denen wiederum versucht wurde, den revolutionären Cha-

In der Mehrzahl der Arbeiten wird zu beweisen versucht, daß in den neunziger Jahren der Marxismus von der Praxis der Parteiarbeit über spielt und seine Rolle immer geringer geworden sei. Heidegger spricht davon, daß die Geschehnisse vielfach über das Programm hinweggeschritten seien.<sup>74</sup> Auch G. A. Ritter behauptet, daß mit dem Beginn der neunziger Jahre „die Weichen gestellt“ waren.<sup>75</sup> Die verschiedenen Varianten „Beweisführung“, die bei dieser Argumentation eine Rolle spielen, faßt Johannsen wie folgt zusammen: „Die... Radikalisierung der Sozialdemokratie im Sinne des Marxismus wurde mit Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einer Revision unterzogen: einmal durch die Praxis und die Theorie des rechten, auch offiziell ‚revisionistisch‘ benannten Flügels, zum anderen durch die Praxis des Parteizentrums (hier ist die Führung unter Bebel gemeint – W. Sch./G. S.), das nur noch theoretisch am Marxismus festhielt.“<sup>76</sup>

Im Sinne der ersten Variante wird die Tätigkeit der in den neunziger Jahren ohne Zweifel vorhandenen opportunistischen Elemente besonders in Süddeutschland so stark hervorgehoben, daß die Proportionen sich grundlegend verschieben. G. A. Ritter widmet in seinem Buch diesen Fragen ein ganzes Kapitel<sup>77</sup>, und die Dissertation von Schlemmer ist ausschließlich den süddeutschen Opportunisten gewidmet. Beide ziehen aber grundsätzliche, auf die Politik der Gesamtpartei gemünzte Schlußfolgerungen. Es ist klar, daß eine so einseitige Betrachtungsweise, bei der auch noch die Tätigkeit und der Kampf der Mehrheit der Arbeiter und Sozialdemokraten in Süddeutschland ignoriert werden, zu den von den Verfasser gewünschten Ergebnissen führt.<sup>78</sup>

Der Charakter der alten deutschen Sozialdemokratie zu leugnen. So trägt ein Artikel von Horst Lademacher den programmatischen Titel: Die Sozialdemokratie war nie revolutionär – Der traditionelle Weg der Partei ist der Weg der Reform gewesen. Sozialpolitik und Wahlrecht waren die Hauptsachen (Vorwärts, 25. März 1960). A. dem zweiseitigen Artikel von Kurt Koszyk: „Nie vergessen, auszusprechen das, was ist.“ Aus 85 Jahren Agitation, Propaganda und politischer Werbung der SPD, spricht in seinem politischen Kern das gleiche Bestreben, wenn es dort heißt: „Die von E. Marck propagierte Bindung des vierten Standes an den Staat durch Gewährung von Versorgungseinrichtungen hat sich durchgesetzt und einer demokratischen Klassenkampfpartei jegliche Basis entzogen“ (Vorwärts, 24. November 1960).

<sup>74</sup> Vgl. Hermann Heidegger: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920, S. 47.

<sup>75</sup> Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 8.

<sup>76</sup> Harro Johannsen: Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1890–1918, S. 1.

<sup>77</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 128 ff. – Auch Jansen behandelt in seinem biographischen Beitrag über Vollrath den bayrischen Reformisten nicht im Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung, sondern idealisiert ihn und macht ihn praktisch zum Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie.

<sup>78</sup> Durch Ritter wie auch Schlemmer wird man nur mit Gedanken und Handlungen einiger Parlamentarier bekannt gemacht. Die Auseinandersetzungen in den Landesparteioorganisationen um die reformistische Politik werden einfach unberücksichtigt gelassen. August Bebel wies in einem Brief an Victor Adler vom 16. August 1901



Die zweite Variante besteht darin, daß die Tätigkeit der unter Führung August Bebels kämpfenden Partei umgefälscht wird in eine sozial-reformerische Politik. Dabei stützen sich die Autoren in ihrer Argumentation vor allem auf die Haltung der Parteiführung zur Maifeier.<sup>79</sup>

Die westdeutschen Historiker nützen dabei die Tatsache aus, daß sowohl die reformistischen Elemente in der Arbeiterbewegung als auch die Marxisten, hinter denen die Mehrheit der Partei stand, zunächst in dieser Frage die gleiche Position bezogen, werten dabei allerdings nur die Beweggründe der Reformisten und unterschieben sie der Gesamtpartei. Während die reformistischen Elemente die Arbeitsruhe am 1. Mai umgehen wollten, um der Partei eine reformistische Politik aufzudrängen, gingen die marxistischen Kräfte von grundsätzlich anderen Erwägungen aus. Sie wußten sich mit Friedrich Engels eins, als sie im Interesse der Erhaltung und weiteren Festigung der revolutionären Partei unnötige Zusammenstöße vermeiden wollten, auf die die herrschenden Klassen bewußt hinsteuerten und die die Partei zurückgeworfen und dezimiert hätten.

Friedrich Engels schrieb am 9. Mai 1890 an Bebel: „Ihr hattet ganz recht, die Sache so einzurichten, daß Kollisionen unmöglich waren. Die deutschen Arbeiter haben nach dem 20. Februar nicht mehr nötig, bloßen Lärm zu schlagen. Unter Umständen *mußte* Deutschland am 1. Mai bescheidener auftreten als die anderen, und das hat Euch auch niemand verdacht, weder hier noch in Frankreich.“<sup>80</sup> Auch nach dem Parteitag von 1892, auf dem Victor Adler die deutsche Partei wegen ihrer Haltung in der Maifrage kritisiert hatte, schrieb Engels, daß es Dummheit sein würde, den Siegesauf der deutschen Partei durch unnötige Zwischenfälle zu hemmen.<sup>81</sup> In Anbetracht der damaligen Situation in Deutschland, der Versuche der herrschenden Klassen, das Proletariat zu provozieren,<sup>82</sup> und auch des noch relativ geringen Einflusses der Gewerkschaften war die Haltung der marxistischen deutschen Arbeiterführer in der Frage des 1. Mai prinzipiell richtig.

Indem die genannten Historiker die reformistischen Positionen für die

---

darauf hin, daß „die unentwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse, die schwächeren Klasseengegensätze“ die soziale Basis für eine reformistische Politik in Süddeutschland bilden. Der süddeutsche Opportunismus umfaßte jedoch keineswegs die gesamte süddeutsche Sozialdemokratie. Vgl. den eben zitierten Brief Bebels an Adler, in dem er die Gegensätze in der bayrischen Sozialdemokratie andeutete, sowie den Brief vom 29. Dezember 1912. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 511, 512 f. u. 559 f.

<sup>79</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 81. – Harro Johannsen: Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1890–1914, S. 164–174. – Lothar Franz Labusch: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ..., S. 115 ff.

<sup>80</sup> Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 170.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 260.

<sup>82</sup> So wies sogar das Meininger Staatsministerium die Landräte an, bei „Arbeiterbewegungen“ am 1. Mai 1890 „militärische Hilfe unmittelbar“ anzufordern. Landesarchiv Meiningen, Inneres, neue Nr. 2596, Arbeiterverhältnisse, Vermischtes, 1865–1900. Bd. 1, Bl. 66. Vgl. auch Bl. 49 ff.

Gesamtpartei verallgemeinern, kommen sie zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie einen „letztlich unrevolutionären, friedfertigen Charakter“ gehabt habe, und knüpfen daran die Feststellung, daß das deutsche Proletariat überhaupt „unrevolutionär“ gewesen sei. „Die nüchterne, verantwortungsbewußte Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Frage der Maifeier wirft ein eindeutiges Licht auf das Gefühl der Partei für ihre Stellung in der deutschen Arbeiterschaft.“<sup>84</sup> Aber G. A. Ritter, der Autor dieser Zeilen, wird noch deutlicher, wenn er ausführt: Die „Scheu der Sozialdemokratie vor dem Einsatz ihrer Macht“ fand ihre „tiefere Ursache in der Erkenntnis, daß die Massen der Parteianhänger der Beanspruchung durch eine aktive Kampfpolitik gegen die bestehende Gesellschaftsordnung nicht gewachsen waren...“<sup>85</sup>. Damit will Ritter sagen, daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit gegen eine revolutionäre Politik gewesen sei, daß der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung nicht wirklich verwurzelt gewesen sei.

Wir sind hier auf ein entscheidendes Problem gestoßen. Die Mehrzahl der von uns hier untersuchten Arbeiten beschränkt sich auf die Auseinandersetzung in einzelnen Führungsgremien der Partei, vor allem in den Fraktionen. Der Entwicklungsweg der Partei und der Gewerkschaften wird auf die Haltung und Entwicklung einzelner Persönlichkeiten eingegangen. Hierin zeigt sich eine allgemeine Geringschätzung der Rolle der Volksmassen, in unserem Falle der Rolle der Arbeiterklasse. Dadurch entledigt man sich von vornherein der Aufgabe zu untersuchen, inwieweit sich die Arbeiterklasse den Marxismus aneignete, inwieweit der wissenschaftliche Sozialismus mit der Arbeiterbewegung verbunden war.

Ohne das Eindringen des Marxismus in die Arbeiterbewegung und seine Durchsetzung zu berücksichtigen, ohne auch nur den Versuch einer Analyse des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in den neunzig Jahren zu unternehmen, spricht G. A. Ritter gar von einer „letztlich lethargischen Grundhaltung der breiten Schichten der Mitglieder“<sup>86</sup>. Mit Hilfe dieser Ignoranz gegenüber einem entscheidenden Problem der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und durch die völlig einseitige Hervorhebung der Tätigkeit der Opportunisten und Revisionisten, die Gegner einer revolutionären Politik und des Marxismus, gelangen die Autoren dann zu dem Schluß, daß der Marxismus in der praktischen Politik nie eine Rolle gespielt habe. Diese Auffassungen gipfeln dann in der Behauptung Johannsens, daß die reformistischen Elemente und die Parteiführung unter Bebel „sich auf dem gleichen Boden befanden“<sup>87</sup>. „Der marxistische Agitation hatte nur deklamatorische Bedeutung“<sup>88</sup>, in der Praxis wäre die Arbeit der Partei auf Reformen hinausgelaufen.

<sup>83</sup> Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 105.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 102.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 163.

<sup>87</sup> Harro Johannsen: Der Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie 1890–1918, S. 2.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 54.

Mit allen Mitteln versuchen die hier genannten westdeutschen Historiker, die revolutionäre Bedeutung der marxistischen Theorie zu schmälern bzw. verleugnen. Abgesehen davon, daß sie immer wieder betonen, der Marxismus habe für die Massen keine große Rolle gespielt, weil er nicht verstanden worden sei,<sup>89</sup> versuchen sie auch, die revolutionäre Rolle der marxistischen Theorie herabzumindern. Es ist höchst aufschlußreich, daß sich dieser Aufgabe ausgerechnet Mitarbeiter der evangelischen Akademien in Westdeutschland angenommen haben.<sup>90</sup> Nach wenig originellem Rezept versuchen sie, durch Verdrehungen und Verfälschungen eine kontinuierliche Entwicklung des Marxismus, die im Zusammenhang mit der ständig steigenden Reife des internationalen Proletariats steht, abzuleugnen.<sup>91</sup> Damit soll die Bedeutung der marxistischen Theorie für die Arbeiterklasse gemindert werden, ja, ihr Einfluß letztlich als historisch unfruchtbar verurteilt werden. Einen solchen Versuch unternimmt auch Erich Matthias mit seinem Beitrag „Kautsky und der Kautskyanismus“, eine raffinierte Verfälschung mit philosophischem Anstrich. Geschickter als etwa G. A. Ritter oder gar Heidegger versucht er als „unbefangener Betrachter“ darzulegen, daß die Ideologie der Partei in den neunziger Jahren, vornehmlich geprägt und repräsentiert durch Karl Kautsky, nur „denaturierter ‚Marxismus‘“ gewesen sei.<sup>92</sup> Kautskys theoretische Konzeption sei eine „Synthese von aufklärerischem Fortschrittsglauben und Sozialdarwinismus“ gewesen.<sup>93</sup> Nun sind die marxistischen Historiker keineswegs der Auffassung, daß Kautsky – auch in den Jahren seines revolutionären Wirkens – in allen Fragen marxistisch gedacht und gehandelt hat. Im Gegenteil: Gerade auf sein mangelndes Verständnis der marxistischen Philosophie – besonders der Dialektik – ist ausdrücklich hingewiesen worden.<sup>94</sup> An diese Tatsache knüpft Matthias an und unterschiebt den revolutionären Führern der Sozialdemokratie – insbesondere auch Bebel –, den Marxismus nie ganz begriffen zu haben. Matthias verallgemeinert also die Schwächen und Fehler Kautskys in philosophischen Fragen und macht daraus ein Nichtverstehen des Marxismus durch die revolutionären Führer der Sozialdemokratie schlechthin. Interessant ist dabei vor allem, daß er mit keiner Silbe

<sup>89</sup> Vgl. dazu die Versuche von Horst Lademacher: *Zu den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie 1863–1878. Probleme ihrer Geschichtsschreibung*. In: *International Review of Social History* (Amsterdam), 1959, Volume IV, S. 388 ff.

<sup>90</sup> Vgl. Dieter Bergner/Wolfgang Jahn: *Der Kreuzzug der evangelischen Akademien gegen den Marxismus*, Dietz Verlag, Berlin 1960.

<sup>91</sup> Vgl. ebenda, S. 21 ff.

<sup>92</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus*, S. 154.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 153.

<sup>94</sup> Vgl. Josef Schleifstein: *Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919*. Berlin 1959, S. 85 ff. – B. A. Ajzin: *W. I. Lenins Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung (1898–1914)*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1960, Heft 3, S. 721/722. – Ulla Plener: *Karl Kautskys Opportunismus in Organisationsfragen (1900–1914). Zur Entstehung des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie*. In: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 1961, Heft 2, S. 349 ff.



auf die Anschauungen Bebels und anderer Sozialdemokraten über so entscheidende Komplexe des wissenschaftlichen Sozialismus wie die Theorie vom Klassenkampf, die Staatstheorie und die politische Ökonomie eingeht.<sup>95</sup> Untersucht man aber gerade diese Frage (vgl. S. 607 ff. dieses Absatzes), so sind die Behauptungen von Matthias nicht zu halten.

Um die Glaubhaftigkeit seiner von völlig einseitiger Betrachtungsweise aus aufgestellten Thesen zu erhöhen, behauptet er, die mangelnde „Rezeptionsfähigkeit“ einiger Führer sei keine subjektive Erscheinung, sondern hier würden sich „die Grenzen des Marxverständnisses einer historischen Generation“ widerspiegeln,<sup>96</sup> verursacht durch die Tatsache, daß der Marxismus nie entscheidenden Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung ausgeübt habe.<sup>97</sup> Marx und Engels hätten „die Eigenart moderner Arbeiterparteien“ nicht ganz verstanden und ihre revolutionären Potenzen überschätzt.<sup>98</sup>

Matthias knüpft an dem Wort „Naturnotwendigkeit“<sup>99</sup> im Erfurter Programm an und meint, gerade im theoretischen Teil des Erfurter Programms sei der Marxismus auf eine Beschreibung einer gewissermaßen mechanischen Entwicklung der Gesellschaft reduziert worden. Der darin enthaltene „Fatalismus“ sei „Ausdruck der evolutionistischen Grundeinstellung“ der Partei gewesen.<sup>100</sup> Außerdem stünden die praktischen Forderungen des Programms im Widerspruch zum ersten Teil. Damit habe das Erfurter Programm „die reale (! – W. Sch./G. S.) Auseinandersetzung von Theorie und Praxis“ konstatiert,<sup>101</sup> die im übrigen für die ganze Zeit des Kaiserreiches charakteristisch gewesen sei. Von solchen Verfälschungen und Entstellungen ausgehend, sagt nun Matthias, daß auf dem Erfurter Programm aufbauende theoretische Konzeption der Führer der Sozialdemokratie keine den Klassenkampf des Proletariats aktivierende Rolle spielen konnte und im Grunde nur die Möglichkeit des Gegensatzes von revolutionärer Klassenkampfauffassung und reformistischer Politik zu verkleistern, eben nur eine innerparteiliche

<sup>95</sup> Zu den Auffassungen Bebels über den Klassenkampf und den Klassenstaat siehe die ausführliche Behandlung bei Günter Hennig: *Der Kampf August Bebels gegen den preußisch-deutschen Militärstaat* . . . , S. 26 ff. – Vgl. auch den Abschnitt über den Kampf um die marxistische Staatstheorie bei N. E. Owtscharenko: *Der Kampf des Marxismus gegen den Reformismus*, S. 196 ff.

<sup>96</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus*, S. 154.

<sup>97</sup> Vgl. ebenda, S. 155 und 159. Diese These übernimmt M. kritiklos aus der bürgerlichen Literatur. Vgl. dagegen Ernst Engelberg: *Revolutionäre Politik und Rote Front*, S. 95 ff.

<sup>98</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus*, S. 157/158. Im Rahmen dieser Abhandlung kann auf diese von allen „Marxotören“ herangezogene Phrase nicht eingegangen werden.

<sup>99</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus*, S. 160. Das Wort „Naturnotwendigkeit“ kommt nur einmal im ersten Abschnitt des theoretischen Teils des Programms vor (Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Erfurt, S. 3); auf Abschnitte über die Aufgaben des Proletariats und seiner Partei beim Sturz der alten Gesellschaft (ebenda, S. 4) geht Matthias überhaupt nicht ein.

<sup>100</sup> Erich Matthias: *Kautsky und der Kautskyanismus*, S. 160.

<sup>101</sup> Ebenda.

tische Bedeutung gehabt habe, also eine „Integrationsideologie“ war.<sup>102</sup> So wird, basierend auf Verdrehungen und einer beispiellosen Einseitigkeit der Untersuchung, der Marxismus schließlich völlig weggretuschiert. Die in diesem Fall durch Matthias repräsentierten westdeutschen Historiker betrachten den Kampf der Arbeiterklasse isoliert von den historischen Kampfbedingungen und der konkreten Aufgabenstellung der proletarischen Bewegung. Das führt schließlich zu der plumpen, völlig historischen Fragestellung: Ja, wenn die Sozialdemokratie revolutionär war, warum „machte“ sie dann keine Revolution?, wie sie bei Labusch klingt und wie sie Gerhard A. Ritter andeutet, wenn er in seinem kurz vor dem Godesberger Parteitag erschienenen Buch von einer „Scheu der Sozialdemokratie vor dem Einsatz ihrer Macht“ spricht.<sup>103</sup> Auf diese Art und Weise wird der Marxismus als für die Arbeiterklasse im Grunde bedeutungslos und illusorisch hingestellt und die Politik der Partei unter Führung August Bebel's als platter Reformismus erscheinen.

Der westdeutsche Imperialismus und Militarismus ist heute zum Hauptfeindherd des Friedens in Europa geworden. Die antinationale Politik der westdeutschen Militaristen wird aktiv unterstützt durch die rechten Diktatoren um Brandt, Wehner und Erler. Dieser für die deutsche Nation und den Frieden in Europa höchst gefährlichen Politik ideologische Beifälle zu gewähren und historische Argumente zu liefern, ist die politische Funktion der offiziellen westdeutschen Historiographie. Wie wir zu zeigen versuchen, spielt dabei die Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ihr Hauptanliegen steht darin, durch Verschweigen und Verfälschen der antimilitaristischen und demokratischen Kampftraditionen der deutschen Arbeiterbewegung die entscheidende Bedeutung der Arbeiterklasse für das Schicksal unserer Nation in Vergangenheit und Gegenwart zu leugnen. Der westdeutschen Arbeiterklasse soll eingeredet werden, daß es nie eine Alternative zur Politik des Krieges und der Katastrophen der herrschenden Klassen gegeben habe. Damit soll vor allem der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands in der bewußten Fortführung aller revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gezeigte Weg des Friedens und der Demokratie in Deutschland verleumdet werden.

In einer Zeit, da das sozialistische Weltsystem zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik geworden ist, unternehmen die tonangebenden westdeutschen Historiker die größten Anstrengungen, die antikommunistische

<sup>102</sup> Ebenda, S. 163 und 165. – Eine ähnliche Meinung vertritt Horst Lademacher: Zu den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie 1863–1878, S. 386. Lademachers Aufsatz wurde in der Historischen Zeitschrift, Bd. 190, Heft 3, S. 717/718, besonders gezeigelt, da er für die Geschichtsschreibung über die Sozialdemokratie „neue“ Gesichtspunkte aufgeworfen habe. Die repräsentative Zeitschrift der westdeutschen Historiker bemüht sich also sichtlich um die Verbreitung dieser Fälschungen.

<sup>103</sup> Lothar Franz Labusch: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ..., S. 143 ff. – G. A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 105.

Politik der Adenauerclique und ihrer Helfer in der SPD-Führung unterstützen. Sie wollen das Ziel des proletarischen Befreiungskampfes einen Kampf um „Gleichberechtigung“<sup>104</sup> im imperialistischen Staat verfälschen, die nur in der „abendländischen Musterdemokratie“ Verwirklichung finden könne. Damit wollen sie die Arbeiterklasse an die Überlebens- und dem Untergang geweihte kapitalistische Gesellschaftsordnung ketten.

Die geschichtliche Entwicklung hat dagegen die prophetischen Worte August Bebel bestätigt, der auf die Bedeutung der revolutionären Klassenpolitik hinwies und feststellte: „Der Differenzpunkt liegt vielmehr in der ganz anderen Auffassung der Bewegung als Klassenbewegung, die große und radikale umgestaltende Ziele hat und haben muß und deshalb keinen Kompromiß mit der herrschenden Gesellschaft eingehen kann, und wenn sie es täte, einfach zugrunde ginge respektive in neuer Gestalt und von der bisherigen Führerschaft befreit, sich regeneriert.“<sup>105</sup>

---

<sup>104</sup> Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 16.

<sup>105</sup> Bebel an Auer. zit. in: Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Front post 1878–1890, S. 118.



# Erinnerungen

---

FRITZ GÄBLER

## Erinnerungen an meine Festungshaft in Gollnow und meine erste Bekanntschaft mit Richard Scheringer

Am 13. Juli 1956 verurteilte der 3. Strafsenat des Adenauerschen Bundesgerichtshofes in Karlsruhe den Bauern Richard Scheringer aus Schilling bei Ingolstadt in Bayern zu 2 Jahren Gefängnis. So gern der genannte Bundesgerichtshof auch Scheringer in der „Urteilsbegründung“ einen schlechten Landwirt in den Augen der Öffentlichkeit moralisch abgewürdigt hätte, er konnte es nicht, sondern „mußte“ den ausgezeichneten Bauern wegen seines aufrechten Charakters, seiner fortschrittlichen Gesinnung und seines mutigen Eintretens für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage verurteilen. So verurteilte es die kriegstreiberische Adenauerclique, und so geschah es.

Mit Richard Scheringer wurden seine Freunde und Genossen Rische und Ledwohn verurteilt; diese beiden zu je 3½ Jahren Gefängnis. Alle drei gehörten dem Parteivorstand der KPD vor deren Verbot durch Adenauer und seine kriegslüsternen Spießgesellen an. Allen dreien wurde als „unwürdiges“ Verbrechen angekreidet, daß sie an der Abfassung des Programms zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ beteiligt waren, das die KPD bereits im Jahre 1952 veröffentlicht hatte.

Zwei Jahre hatten die KPD und auch Richard Scheringer dieses Programm in öffentlichen Versammlungen in Westdeutschland erläutert und vertreten. Im Jahre 1954 wurde Scheringer plötzlich verhaftet und gegen eine Anklage erhoben. Warum geschah das nicht sofort nach der Veröffentlichung des Programms? Als Scheringer verhaftet war, fragte er den Untersuchungsrichter danach. Dieser famose Vertreter der „freiheitlichen“ westlichen Justiz – frei von der Verpflichtung, Gesetz und Recht zu halten, wenn es gegen fortschrittliche Gedanken und Organisationen geht – antwortete: „Ja, wissen Sie, damals waren wir noch nicht so weit.“ Seitdem aber sind sie es wieder und strangulieren gegen Verfassung und Gesetz jede freie Meinungsäußerung, jedes von nationalem Verantwortungsbewußtsein bestimmte Auftreten gegen Militarismus und Revanchismus, für Demokratie und friedliche Wiedervereinigung.

Und weil dem so ist, beeilten sich die Adenauerbehörden in der ersten Woche des Jahres 1961, den kühnen Patrioten Richard Scheringer erneut wegen seines kompromißlosen Einsatzes für die nationalen Lebensinteressen unseres Volkes einzusperren.

Aber die große und gerechte Sache für die Richard Scheringer mit seiner Tatkraft eintritt ist unbesiegbar. So wie er selbst seinen Weg von

den Kräften der dunklen Vergangenheit zu der würdigen Repräsentation unseres Volkes, der KPD fand, so gehen die Millionenmassen in Deutschland den von der SED gewiesenen Weg der demokratischen Wiedergeburt unserer Nation.

Ungefähr 31 Jahre vor dem 8. Mai 1961, nämlich am 7. Oktober 1930 wurde derselbe Richard Scheringer vom Reichsgericht der Weimarer Republik zu 1½ Jahren Festung verurteilt. Im August 1930 hatte die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns ein Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes veröffentlicht. Hatte Scheringer etwa auch an diesem Programm mitgearbeitet und wurde er deswegen verurteilt? Nein! Ganz im Gegenteil: Scheringer zählte sich damals zu den Anhängern Hitlers. Er war damals auch nicht Bauer, sondern Leutnant der Reichswehr der Weimarer Republik. Und weil er glaubte, müsse für Hitler in der Reichswehr Positionen zur Vorbereitung des künftigen Sturzes der Regierung schaffen, darum wurde er mit seinen Freunden Oberleutnant Erich Wend und Leutnant Ludin verhaftet und verurteilt.

In jenen bewegten und kampferfüllten Jahren beschäftigten also auch Richard Scheringer intensiv die Probleme der nationalen Befreiung Deutschlands. Ihm wurde jedoch nicht bewußt, daß die nationale Befreiung nur durch die soziale Befreiung der werktätigen Massen herbeigeführt werden konnte. Die historische Rolle der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei war ihm damals unbekannt. In seinem geistigen Ringen um den richtigen Weg zur nationalen Befreiung suchte und bekam er Kontakt zu den Nazis. Er glaubte an ihre scheinrevolutionären Phrasen, nahm ihre Lügen als bare Münze an, daß sie Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrages befreien und das deutsche Volk zu Wohlstand und Glück führen wollten. Und weil er ihnen glaubte – darum sein Versuch, in der Reichswehr für sie Positionen zu schaffen, darum schließlich die Verurteilung durch das Reichsgericht zu 1½ Jahren Festungshaft.

Unter dem Titel „Das große Los“ erschien vor kurzem nun auch ein Buch, in dem Richard Scheringer seinen Lebensweg schildert.<sup>1</sup> Es ist ein Weg voller spannungsgeladener Erlebnisse, dem mehr als einmal der Tod auf ihn lauerte. Hervorragend schildert auch den großen Wandlungsprozeß, der nach der Verurteilung 1930 in der Festung Gollnow in ihm vor sich ging: wie er auf Grund der täglichen Aussprachen mit kommunistischen Funktionären zur revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei und damit auch den richtigen Weg zur nationalen Befreiung des deutschen Volkes, den Weg zum Kommunismus fand. Die Lektüre dieses Buches weckte in mir viele Erinnerungen an jene Zeit, als ich mich ebenfalls als Gefangener in Gollnow befand.

<sup>1</sup> Richard Scheringer: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen. Berlin 1961.

Am 19. März 1961 waren es dreißig Jahre her, daß sich Scheringer mit mir von den Kommunisten im Reichstag verlesenen Erklärung von Hitler ansagte und sich in die Front der revolutionären Arbeiter und Werktätigen reihte. In den nachfolgenden Erinnerungen soll dieser Wandlungsprozeß Scheringers vom Anhänger Hitlers zum Mitstreiter im großen Kollektiv der kommunistischen Bewegung vom Standpunkt eines der kommunistischen Festungsgefangenen, die damals mit Scheringer alltäglich diskutierten, dargestellt werden. Daraus ergibt sich – ergänzend zu Scheringers Memoiren –, daß sich das Umdenken bei Scheringer nicht im spontanen blauf geistiger Auseinandersetzung vollzog. Die Diskussionen wurden von uns kommunistischen Gefangenen vielmehr bewußt und zielstrebig geführt. Ihr Erfolg war Ausdruck der zwingenden Überzeugungskraft der marxistisch-leninistischen Lehre.

Im Sommer 1928 traf der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die geschichtlich bedeutungsvolle Feststellung, daß die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu Ende geht. Die Anzeichen einer wirtschaftlichen und politischen Krise, die die ganze kapitalistische Welt erfassen würde, waren bereits sichtbar. Damit aber war auch die Perspektive sich verschärfender Klassenkämpfe und des Anstiegs der revolutionären Welle gegeben. Die folgenden Monate, vor allem die im Herbst 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise, zeigten immer eindringlicher, wie sehr diese Einschätzung zutraf. Immer höher stieg die Arbeitslosigkeit, besonders in den USA und in Deutschland. Wie in anderen Ländern wurde auch in Deutschland die Steuerschraube immer stärker angezogen, wurden die Preise gesteigert, weil die Regierung immer größere Mittel für Rüstungsmaßnahmen und für die Terrorisierung des eigenen Volkes verpulverte.

Mit der Zuspitzung der Kämpfe um Arbeit, Lohn und Brot verschärfte sich die Verfolgung der Kommunisten und aller fortschrittlichen Kräfte. Tag für Tag rollten vor der kapitalistischen Klassenjustiz politische Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter und andere Werktätige ab. Tausende von ihnen wurden in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Mit besonderem Haß wurde auch die Presse der Kommunistischen Partei und anderer revolutionärer Organisationen verfolgt. Zu Dutzenden wurden ihre Redakteure in die Gefängnisse geworfen und hohe Geldstrafen ausgesprochen, um die Zeitungen auch wirtschaftlich zu ruinieren.

Am 20. September 1929 wurde auch ich als damaliger verantwortlicher Redakteur des Organs der Kommunistischen Partei Thüringens, der „Neuen Zeitung“ in Jena, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einem Jahren Festung und 200 Mark Geldstrafe bzw. zusätzlich 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Im Dezember 1929, nach der Landtagswahl in Thüringen, mußte ich meine zweijährige Haft auf der Festung Gollnow in Brandenburg antreten.

Die große Mehrzahl der in Gollnow eingesperrten Festungsgefangenen waren Funktionäre der Kommunistischen Partei. Aber es befanden sich



unter uns Festungsgefangenen auch Parteilose und SPD-Mitglieder, die mit der KPD zusammengearbeitet hatten. Weiter gab es Offiziere der Reichswehr der Weimarer Republik, die man wegen Aufforderung zu Duell oder sonstiger sogenannter ehrenrühriger Delikte verurteilt hatte. Es war also eine politisch „bunte Gesellschaft“, die sich auf der Festung Gollnow traf. Marineoffizier Graf von der Pfeil rümpfte zwar am ersten Tage seiner Anwesenheit seine hochwohlgeborene Nase, als er um Zellenachbar wurde. Wir haben jedoch niemanden gemieden, ob Gollnow oder Bergarbeiter. Ganz bewußt verhinderten wir, daß sich die Offiziere von uns isolieren konnten, wenn sie es auch versuchten.

Für uns kommunistische Festungsgefangene war es selbstverständlich auch auf der Festung eine disziplinierte Organisation zu bilden. Kurz nach meiner Ankunft in Gollnow wurde ich von der Gruppe mit der Leitung beauftragt. In dieser Funktion hatte ich auch für die Gruppe die Verhandlungen mit der Direktion zu führen. Zumeist geschah es für die Festungsgefangenen, auch für die Offiziere.

Die Parteizelle hielt auf Disziplin. Unter den Bedingungen der Festung war das unbedingt notwendig. Es kam darauf an, die Zeit, die unsere Genossen in der Festungshaft sitzen mußten, im Interesse der Genossen selbst, aber auch der ganzen Partei, gut zu nutzen. Darum organisierten wir das systematische Studium des Marxismus-Leninismus, führten zu diesem Zweck Zirkel und Vortragsreihen durch. Einige unserer Genossen führten auch Tischler- und Schlosserarbeiten aus. Die Erzeugnisse wurden der „Roten Hilfe“ für Solidaritätsaktionen zur Verfügung gestellt.

Im September 1930 fanden in Deutschland Reichstagswahlen statt. Von den kommunistischen Festungsgefangenen nahmen an den Wahlvorbereitungen unserer Partei lebhaften Anteil. Etwa die Hälfte unserer Festungsgefangenen waren Redakteure unserer Parteizeitungen und -zeitschriften bzw. Redakteure des Kommunistischen Jugendverbandes. Zahlreiche Artikel gingen von der Festung Gollnow an die verschiedenen Parteizeitungen.

Das deutsche Monopolkapital suchte in diesem Wahlkampf die nationalistische Welle besonders hochzutreiben. Über den deutschen Parteiführer Hugenberg finanzierte z. B. der Finanzkapitalist Jakob Goldschmidt von der Darmstädter- und Nationalbank, die die Interessen der Ruhrstahltrusts vertrat, die Naziartei. Die Hitler und Goebbels stellten daraufhin ihren „Kampf“ gegen Jakob Goldschmidt, den sie den „Dauerkaiser“ genannt hatten, ein. Mit diesem Geld bezahlten sie ihre Schlagkarden gegen die Kommunisten und alle fortschrittlich denkenden Menschen. Der Klassenkampf nahm immer schärfere Formen an. Durch unheimliche Provokationen suchten die Nazis und ihnen geistesverwandte konterrevolutionäre Organisationen die Arbeitskraft herauszufordern. Durch ihren Terror sollten der immer schärfer werdende Kampf der Arbeiterklasse gegen die wachsende Not und die verstärkte politische Unterdrückung unterdrückt und der Kapitalismus gerettet werden.

Die rechten SPD-Führer aber unternahmen nichts gegen diesen Terror. Sie hielten vielmehr die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht. In

ichsregierung und in einer Anzahl Länderregierungen saßen Sozialdemokraten. In einigen Landesparlamenten, wie in Hamburg, Sachsen u. a., hatten sie sogar die absolute Mehrheit. Aber überall bemühten sie sich, die Gemeinschaft mit der Bourgeoisie den verfaulenden, schwer von der Krise geschüttelten Kapitalismus zu retten, anstatt zu helfen, ihm den Todesstoß zu versetzen.

Im Sommer 1930 wurde der Reichstag aufgelöst, und der Wahlkampf begann. Das deutsche Volk stöhnte unter der doppelten Last der Ausbeutung und Terrorisierung durch die „eigenen“ Kapitalisten sowie der Plünderung durch die Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs. Um der Arbeiterklasse, um der ganzen Nation einen Ausweg zu zeigen, veröffentlichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in der „Roten Fahne“ vom 24. August 1930 eine „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. In dieser Erklärung wurden mit aller Schärfe die verbrecherische Politik und Demagogie der Nazis angeprangert und die verhängnisvolle Haltung der rechten SPD-Führer kritisiert. Deutschland befreien, so wurde in der Programmerkklärung betont, heißt, die Macht der deutschen Imperialisten brechen und gemeinsam mit allen Unterdrückten der anderen Länder gegen deren Unterdrücker kämpfen. In der Programmerkklärung legte die KPD bis ins einzelne gehend dar, mit welchen Maßnahmen eine Regierung der Arbeiter und Bauern das deutsche Volk aus der Katastrophe und zur nationalen und sozialen Befreiung führen wird.

Diese Programmerkklärung erregte großes Aufsehen in allen Bevölkerungsschichten und wurde heiß diskutiert. Bei einer Unterredung mit dem Direktor der Festung bestätigte sich dies ausdrücklich. Dieses Programm war für uns Kommunisten eine wichtige Grundlage bei der Aufklärung und Mobilisierung der Werktätigen in der Periode bis 1933. Mit großem Herzen und großer Kraftanstrengung popularisierten wir die in diesem Programm niedergelegten Forderungen, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den Bauern, Handwerkern und anderen werktätigen Schichten herzustellen.

Der Wahlausgang selbst zeigte uns, wie bitter notwendig das war. Die KPD konnte einen großen Erfolg erringen. Die Hoffnungen der Imperialisten, die KPD in diesem Wahlkampf zu zermürben und zu dezimieren, waren trotz allen Terrors zunichte gemacht worden. Aber das Anwachsen der mit vielen Millionen Mark von den Kapitalisten ausgehaltenen Nazi-Partei und ihr von Tag zu Tag zunehmender Terror zeigten die großen Gefahren.

Bei uns Gefangenen auf der Festung Gollnow erreichten die Auseinandersetzungen kurz nach der Wahl vom 14. September 1930 besondere Intensität. Wenige Tage nach der Wahl, am 23. September 1930, hatte vor dem Reichsgericht zum erstenmal ein Prozeß gegen Nazis „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ begonnen, nachdem allein von diesem Gericht den vorangegangenen zwei Jahren schon über sechzig kommunistische Funktionäre und viele andere Funktionäre verurteilt worden waren.

Wie kam das Reichsgericht dazu, einen Prozeß gegen Nazis zu führen? Die Reichswehroffiziere Oberleutnant Erich Wend, Leutnant Hanns Ludin und Leutnant Richard Scheringer hatten in der Reichswehr Propaganda für einen Staatsstreich der Nazis betrieben. Sie hatten versucht, in der Reichswehr nazistische Gruppen zu schaffen und mit deren Hilfe zu erreichen, daß die Reichswehr einem Staatsstreich der Hitlerbanden bewaffneten Rückhalt und Unterstützung gibt. Die drei Reichswehroffiziere hatten Verbindungen zu Hitlers damaligem militärischem Hauptquartier in München, zu Hauptmann Pfeffer, Hauptmann Weiß und Hauptmann Wagner aufgenommen. Im Auftrag der Faschisten suchten sie Verbindungen zu Kommandostäben von Reichswehrregimentern in Eisenach, Landsberg, Stettin, Fulda, Jüterbog, Hannover, Ulm und anderen Orten zu knüpfen. Auch zu zentralen Stellen der Reichswehr wurden Kontakte hergestellt. So hatte Leutnant Ludin im November 1929 in Berlin Besprechungen mit Offizieren der Reichswehr und erklärte dabei, daß die Nazis in Kürze die Reichsregierung stürzen würden.

Da sich das Monopolkapital noch nicht einheitlich und geschlossen auf die Nazis orientierte, wichtige Teile — auch Vertreter der Reichswehrführung — vielmehr für die Ausnutzung der alten bürgerlichen Parteien bei Abbau der parlamentarischen Republik und der Errichtung der offenen Diktatur eintraten, wurden die drei Offiziere wegen „Vorbereitung zu Hochverrat“ angeklagt. Nicht vor Gericht gestellt wurden jedoch die Auftraggeber der drei Leutnants, nämlich Hitler und seine Hauptleute a. L. mit denen die drei ihre Arbeit in der Reichswehr beraten hatten.

Die drei Offiziere hatten die Phrasen der Hitler und Goebbels gegen das „raffende Kapital“ und gegen die „Zinsknechtschaft“ ernst genommen. Sie waren der Auffassung, daß deswegen die Monopolisten und Junker der Nazis feindlich gesinnt seien und sie darum nicht an die Regierung lassen wollten. Aus dieser falschen Auffassung zogen sie die irrige Schlußfolgerung, daß die Naziapartei nur durch einen gewaltsamen Sturz der Regierung die Ministersessel erobern könne. Auch glaubten die drei Offiziere, die Faschisten würden dem deutschen Volk einen großen ökonomischen Aufstieg und eine friedliche Zukunft sichern.

Ohne selbst Mitglied der Naziapartei zu sein, waren die drei Offiziere zwar für Hitler, aber — wie der Prozeß zeigte — Hitler war nicht für sie. In seinem Auftrage und in Absprache mit seinen „militärischen Beratern“ hatten sie gewirkt; doch im Prozeß ließ Hitler seine drei Anhänger schmählich im Stich.

Am 4. Oktober 1930 erfolgte die Verurteilung der drei Offiziere. Sie erhielten je 1½ Jahre Festung. Für Scheringer und Ludin wurde Dienstentlassung angeordnet. Oberleutnant Wend war schon etwas früher aus dem Dienst ausgeschieden. Im Schlußwort erklärte Wend, daß der Prozeß „zwischen der Naziapartei und dem Instrument für die Ausführung der Gedanken der Nazis, der Armee, eine Brücke gebaut“ habe. In der Urteilsbegründung selbst wurden der Naziapartei Ehrenzeugnisse für ihre „nationalpolitische“ Tugendhaftigkeit ausgestellt.



Und nun waren zwei dieser Offiziere, nämlich Oberleutnant Erich Wend und Leutnant Richard Scheringer, in die Verbannung nach Gollnow gebracht worden. Hier auf der Festung, inmitten von etwa dreißig kommunistischen Funktionären, sollten sie ihre 1½ Jahre verbüßen. Den dritten Offizier, Leutnant Hanns Ludin, schickte der Oberreichsanwalt nach Stuttgart, damit er dort seine Strafe verbüße.

Am Morgen nach der Ankunft Scheringers, bestellte mich der Direktor der Festung durch einen Beamten zu einer Aussprache. Wir gingen, wenn auch nicht recht erinnere, zu zweit zu ihm. Unsere Parteigruppe hatte beschlossen, daß zu Verhandlungen mit dem Direktor oder seinem Vertreter stets zwei Genossen gehen sollten. Der Direktor teilte mit, daß Oberleutnant Scheringer am Abend vorher seine Festungsstrafe in Gollnow angetreten habe. Auch Oberleutnant Wend werde hier noch eintreffen. Der Direktor bat, dafür zu sorgen, daß es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen uns Kommunisten und den beiden Offizieren komme. Lächelnd erwiderte ich dem Direktor, daß wir nicht im geringsten daran dächten, uns mit den beiden Offizieren herumzuprügeln. Natürlich würden wir aber auch jeden Provokationsversuch entschieden zurückweisen. Direktor Dronsch war mit dieser Erklärung zufrieden.

Die beiden Offiziere waren also in unserer Mitte. Vom ersten Tage an gab es hitzige Diskussionen. Sie wurden sehr laut geführt. Als Scheringer am nächsten Tages wiederum brüllte, als stünde er vor den Rekruten auf dem Kasernenhof, bedeutete ich ihm, daß Geschrei für uns kein Argument sei. Am diesem Tage an wurden die Diskussionen zwar weiter sehr entzündet, aber doch ruhiger geführt.

Unter der Leitung der Parteigruppe nahmen wir fast täglich zu den Fragen der Diskussion, die sich aus der Diskussion mit den beiden Offizieren ergaben. Schon nach wenigen Tagen erkannten wir, daß es notwendig war, die Diskussionen systematisch zu führen und von vornherein ihre Richtung festzulegen. Sehr bald wurde erwogen, beide Offiziere zu einem Kursus über Fragen des historischen Materialismus und der politischen Ökonomie hinzuzuziehen. Einige Genossen waren dagegen. Sie meinten, bei den kommunistischen Offizieren handle es sich um Arbeitermörder. Man könne sie nicht überzeugen. Selbstverständlich konnte nicht vorausgesagt werden, welchen Ergebnissen unsere Diskussion mit den beiden Offizieren führen würde. Doch die große Mehrzahl unserer Genossen war sich der Wichtigkeit der Lehren von Marx, Engels und Lenin bewußt. Davon sollte ihre Entscheidung bestimmt. Sie waren überzeugt, daß die ernstesten und überzeugendsten Diskussionen über Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Triebkräfte, insbesondere über die historische Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei, immer nur mit unserem Erfolg enden könnten. Darum wurde festgelegt, Scheringer und Wend zur Teilnahme an dem Kursus, dessen Leitung mir übertragen wurde, einzuladen.

Schließlich wurde bestimmt, daß täglich der Gruppenleitung über den Fortgang der Auseinandersetzungen und die dabei aufgeworfenen Fragen

zu berichten sei. In der Gruppenleitung wurden dann die Hauptfragen und Argumente der weiteren Diskussion mit den Offizieren festgelegt.

Schneller als selbst die größten Optimisten unter uns erwartet hatten zeigten sich die ersten Erfolge der Auseinandersetzungen und der Teilnahme Scheringers und Wends an unserer Zirkelarbeit. Sicher trug diesem relativ schnellen Erfolg bei, daß sich Scheringer schon in Untersuchungshaft mit Schriften von Karl Marx befaßt hatte. Ob Zweifel wirkte sich auch der sogenannte „Legalitätseid“<sup>2</sup> Hitlers im Prozeß gegen die drei Offiziere vor dem Reichsgericht aus, denn dieser „Eid“ schockierte Scheringer und seine beiden Freunde außerordentlich, hatten sie doch bis dahin geglaubt, die Nazipartei sei revolutionär und kämpfte gegen das Finanzkapital.

Etwa Ende Oktober oder Anfang November 1930 nahmen Scheringer und Wend zum erstenmal am Zirkel teil. Die Darlegung der dialektischen Prozesse in der Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftsformen und die fundierte Diskussion unserer Genossen zu diesen Problemen mußten wohl Eindruck auf beide gemacht haben. Die Zirkelstunden fanden vormittags statt, aber schon am Nachmittag berichteten mir Genossen über ihre Gespräche mit Scheringer und Wend über den ersten Zirkeltag. Beide hatten zum Ausdruck gebracht, noch niemals an einer so interessanten Arbeit teilgenommen zu haben.

Die Zusammensetzung unserer Parteigruppe auf der Festung Golln war qualitativ gut. Kein Wunder: der Klassenfeind sperrte natürlich vor allem die aktiven Vertreter der Arbeiterklasse, gute Funktionäre der KPD, ein. Unter den kommunistischen Festungsgefangenen waren Redakteure der Parteizeitungen in Berlin, Dresden, Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt), Jena, Halle, Magdeburg, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Essen und anderen Städten. Besonders aus ihrem Kreis wurden die Genossen ausgewählt, die für die Diskussion mit Scheringer und Wend verantwortlich waren. Grundlage der Diskussion war das Programm der Kommunisten zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Und von dieser Basis aus begannen sehr bald das Umdenken der beiden Offiziere, besonders aber des Leutnants Scheringer.

Wir stellten uns die Frage, ob wir nicht auch den dritten Offizier, der in Rastatt in Festungshaft befindlichen Leutnant Ludin, diesen engsten Freund Scheringers, in diesen geistigen Umerziehungsprozeß mit einbeziehen und für den Kommunismus gewinnen sollten. Hatte uns dies Scheringer mitgeteilt, daß Ludin interessante Briefe schreibe. Auch Ludin sei in Rastatt mit Kommunisten zusammen in Haft und habe ein gutes Verhältnis zu ihnen. Ein Onkel Ludins arbeite in der Sowjetunion am Bau des Dnjeprkraftwerkes mit. Er schreibe begeisterte Briefe von dort. Ludin selbst wende sich ebenfalls immer mehr von den Nazis ab.

<sup>2</sup> Gemeint ist die von Hitler am 25. September 1930 vor dem Reichsgericht in Weimar geleistete Eid gemachte Aussage, nur mit legalen Mitteln, auf dem Boden der Weimarer Verfassung, die Übernahme der Macht anzustreben.

Um einen etwas unmittelbaren Eindruck von der Persönlichkeit Ludins gewinnen, beschloß die Parteigruppenleitung, Einblick in die Briefe Ludins zu nehmen. Das Lesen dieser Briefe mußte uns ein genaues Bild von seinen Auffassungen geben.

Noch heute kann ich mich sehr gut eines Briefes erinnern, der unser Verhältnis zu Ludin eindeutig entschied. Ein einfacher Briefbogen und nur eine Seite – und diese nicht einmal völlig beschrieben – wog in unseren Händen so viel, daß damit unsere Frage entschieden war. Ludin schrieb, daß er in Rastatt mit Kommunisten zusammen sei. Er habe sie als ausgezeichnete Menschen kennengelernt. Auch er, Ludin, gelange immer mehr zur Überzeugung, daß die Nazi-partei im kapitalistischen Lager stehe. Würden wir also Ludin für den Kommunismus gewinnen können? War das nicht überheblich, was er da schrieb?

Doch am Schluß des Briefes, als Zeile für sich geschrieben, hieß es dann eindeutig: *Wo ich mich hinwende, hängt von der Konjunktur ab.*

Diese Bemerkung Ludins erleichterte uns sofort, eine richtige Entscheidung zu treffen. Konjunkturritter sind gefährliche Burschen. Sie kommen die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei nicht in Frage. Damit wurde auch entschieden, daß die Aufnahme einer Verbindung zu Ludin nicht gerechtfertigt war.

In den ersten Wochen und Monaten ihrer Festungshaft bekamen die beiden Offiziere mehrfach Besuch nazistischer „Größen“. Einmal war ein hoher Offizier a. D. erschienen – wenn ich nicht irre, war es ein Oberst –, der bei den Nazis „in Kultur machte“. Scheringer berichtete uns nach dem ersten Besuch, daß er diesem einige Fragen gestellt habe, deren Beantwortung auch einige Literaturkenntnis voraussetzte. Gönnerhaft und freundlich habe jedoch der „hohe Gast“ erklärt, daß er schon seit Jahren ein Buch mehr gelesen habe. Zu seiner geistigen Nahrung und Erbauung diene ihm Hitlers „Völkischer Beobachter“ vollkommen! Derartige Demonstrationen geistiger Leere brauner Heldenfiguren waren uns natürlich eine willkommene Gelegenheit, Scheringer und Wend die politische Unlogik und Frivolität der nazistischen „Lehren“ vor Augen zu führen. In diesem Fall war uns das besonders leicht, denn soviel offene Geistesarmut hatte sie doch nachdenklich gestimmt.

Im tagtäglichen, systematisch geführten Meinungsstreit setzte sich die marxistisch-leninistische Lehre dank ihrer Überzeugungskraft und Siegesfähigkeit in den Köpfen der beiden Offiziere immer mehr durch. Daran änderten auch die vielen Besuche und Geschenke nichts, die beide zu Weihnachten und Silvester 1930 von den verschiedensten braunen Kameraden erhielten.

Der Leitung unserer Parteizelle der Festungsgefangenen wurde sehr bald klar, welcher rapide Prozeß des Umdenkens in den beiden Offizieren, besonders bei Scheringer, vor sich ging.

Folgte der Teilnahme an unseren Kursen und der täglichen Aussprachen über die aktuellen politischen, ökonomischen und sonstigen gesellschaftlichen Probleme kam sehr schnell der Zeitpunkt, wo Scheringer und



Wend sich selbst Rechenschaft über ihre eigene Vergangenheit ablegen und ihren Weg in die Zukunft neu bestimmen mußten. Das war ihres Herkommen und ihrer Erziehung nach nicht leicht. Sie sollten sich öffentlich zum Gegenteil von dem bekennen, wofür sie erst vor kaum 4 Monaten vom Reichsgericht verurteilt worden waren. Hitler war ihr Zeuge gewesen, jetzt sollten sie öffentlich gegen ihn auftreten. Diese Neuorientierung und ihr öffentliches Bekenntnis mußten sie auch in schroffem Gegensatz zu Freunden und Angehörigen bringen, auch wenn diese sich nicht zur Hakenkreuzpartei zählten. Mit dem Kommunismus aber wollten diese Freunde und Angehörigen erst recht nichts zu tun haben.

In dieser Periode wurden Scheringer und Wend von manchen Zweifeln gepackt. Schon vor ihrer Verurteilung hatte sich in der Nazi-Partei eine sogenannte Opposition gegen Hitler erhoben und sich von ihm getrennt. Noch vor der Wahl im September 1930 bildete Otto Strasser die Gruppe der „Revolutionären“ Nazis“. Er gab vor, gegen Hitlers „Kompromiß“ mit der Reaktion zu sein. Angeblich habe die nazistische Terrorbande ursprünglich eine „sozialistische Linie“ gehabt, die von Hitler aufgegeben worden sei. Und gab es nicht – so fragten sich Scheringer und Wend damals – noch andere SA-Führer, die in „Opposition“ zu Hitler standen? Wie war das mit Hauptmann a. D. Stennes in Berlin? Im Stillen gab es bei beiden Offizieren, namentlich aber bei Oberleutnant Wend, einige Hoffnungen auf diese „Opposition“. Um ihre endgültige Entscheidung zu treffen, beschlossen beide, als letztes eine Aussprache mit Naziführern wie Goebbels und Stennes und schließlich mit Hitler in München selbst herbeizuführen.

In der Parteileitung der kommunistischen Gefangenen diskutierten wir diesen Plan. Die Parteileitung beschloß, Scheringer und Wend einen Vorschlag zu unterbreiten, welche Fragen sie den Naziführern, sowohl den „revolutionären“ in Berlin als vor allem auch Hitler selbst, stellen sollte. Wir beauftragten den jungen und hochqualifizierten Genossen Rudolf Schwarz, der im Januar 1935 zusammen mit John Schehr, Erich Steinfurth und Eugen Schönhaar von den Nazis ermordet wurde, sowie einige andere Genossen, mit den beiden Offizieren die Reise und die Argumentation zu beraten.

Die Reise wurde durchgeführt. Der Oberreichsanwalt hatte den vorgeschlagenen Urlaubsantrag bestätigt. Uns brachte die Reise der beiden Offiziere weitere Klarheit, wie wir sie einzuschätzen hatten.

Oberleutnant Wend war nicht nach München gefahren. Er kehrte unmittelbar von Berlin nach Gollnow zurück. In Berlin hatte er mit seinen „revolutionären“ Nazifreunden, u. a. Hauptmann Stennes gesprochen. Seine „Freunde“ mußten sich außerordentlich „revolutionär“ gebärden haben. Nach den Schilderungen des Oberleutnants schlugen die „Revolutionäre“ während der Unterhaltung mit der Reitpeitsche auf dem Tisch, stießen „Drohungen“ gegen Hitler aus und „gelobten“, mit den „braunen Sauhaufen“ in München aufzuräumen und die zentrale Leitung der Nazi-Partei in Berlin zu übernehmen. Dann würde mit der „Zin-

rechtschaft“ Deutschlands und mit ihren deutschen Nutznießern Schluß macht werden.

Diese „revolutionären“ Phrasen hatten auf Wend ihre Wirkung nicht erföhlt. Er nahm sie für bare und gute politische Münze. Ihm schienen eine neue Perspektive zu eröffnen. Der Weg in die Zukunft, den ihm seine „Freunde“ gezeigt hatten, schien ihm leichter und erfolgversprechender zu sein. Gewiß würde dieser Weg auch weniger persönliche Opfer von ihm fordern. Sich offen zum Kommunismus zu bekennen und mit den Kommunisten gemeinsam um die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes zu kämpfen, schreckte ihn.

Offensichtlich fiel es Wend nicht leicht, uns wieder unter die Augen zu treten. Wie wollte er seine Schwankungen, seine erneut bezogenen schwachen und politisch gefährlichen Positionen rechtfertigen? Jedenfalls hatte er sich vor seiner Rückkehr „Mut“ angetrunken, um nun, wieder unter uns, lärmend zu erklären, daß mit der „Zinsknechtschaft“ bald aufgeräumt würde. Die „Opposition“ würde sehr bald mit Hitler Schluß machen. Den Übertritt zum Kommunismus halte er nicht für zweckmäßig. Selbstverständlich führten wir an diesem Abend mit Wend keine Diskussion. Die Parteileitung beschloß jedoch, ihn nach wie vor zu unseren Kursen hinzuzuziehen und auch weiterhin mit ihm zu diskutieren. Für uns war klar, daß Wend nicht die Reife und die Kraft besaß, Kommunist zu werden. Aber dennoch hielten wir es für richtig, weiterhin auf ihn einfluß zu nehmen. Tatsächlich hat er ja auch nach seiner Entlassung aus der Festung in fortschrittlichen Organisationen mitgearbeitet. Das Zusammensein und die Diskussionen mit den kommunistischen Gefangenen haben noch lange bei ihm nachgewirkt.

Im Gegensatz zu Wend führte Scheringer seine Reise konsequent zu Ende. Auf seine drängenden Fragen, wie die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes erkämpft werden solle, gingen die führenden Nazis überhaupt nicht ein. Statt eine klare Antwort zu geben, führten sie die „Diskussion“ auf nichtige Gebiete, über die sie geschwollen herredeten. Versprechungen auf gutbezahlte Posten waren ihre stärksten „Argumente“. Darauf aber ging Scheringer nicht ein.

Als Scheringer nach Gollnow zurückkehrte — es war am späten Abend —, verkündete das mit ihm verabredete Pfeifsignal, daß er seine Entscheidung für den Kommunismus getroffen hatte. Er piffte die „Internationale“.

In den folgenden Tagen beriet Scheringer mit uns die Ergebnisse seiner Reise. Nunmehr bereitete er seine öffentliche Lossagung vom Faschismus und seinen Übertritt zum Kommunismus vor.

Die Öffentlichkeit — nicht nur in Deutschland — hatte an dem Prozeß gegen die drei Offiziere vor dem Reichsgericht großes Interesse gezeigt. Hitler selbst war als Zeuge aufgetreten, hatte gedroht, die Köpfe der Gegner des imperialistischen Krieges in den Sand rollen zu lassen. Also mußte diese hochinteressierte Öffentlichkeit des In- und Auslandes durch eine öffentliche Erklärung Scheringers informiert werden, daß sich der

für die Faschisten verurteilte Leutnant nunmehr von der verbrecherischen volksfeindlichen Politik Hitlers lossagte und sich zum Kommunismus bekannte.

Scheringer arbeitete eine entsprechende Erklärung aus und beriet sich dabei mit uns. In der Parteileitung unserer kommunistischen Zelle wurde festgelegt, daß ich nochmals eine persönliche Aussprache mit Scheringer führen sollte, um ihn eindringlich auf die für ihn zu erwartenden Konsequenzen hinzuweisen.

Zunächst erklärte ich in dieser Unterredung, zu der ich Scheringer in meine Zelle bat, noch einmal, warum die Kommunisten den vom Monopolkapital ausgehaltenen Faschisten unversöhnlich gegenüberstehen und sie im Interesse der Nation mit aller Konsequenz bekämpfen. Ich erläuterte ihm, wie die Nazis mit einem Riesenrummel kostspieliger Propaganda die Massen betrogen und irreleiteten. Zugleich werde damit der verstärkte Terror gegen die KPD verbunden, um alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen zu schrecken. Doch die Kommunisten werden unter der Führung Ernst Thälmanns alles daransetzen, um diese volksfeindlichen, verderbenbringenden Absichten, die schließlich über die Reichskanzlerschaft Hitlers zum schändlichsten Revanche- und Eroberungskrieg führen sollen, zu verhindern.

Selbst unter den schwersten Bedingungen der Verfolgung und des brutalen Terrors werden die Kommunisten nicht aufhören, die Masse zum Kampf gegen die faschistischen Todfeinde der Demokratie und des Friedens zu mobilisieren. Im November 1917 erkämpften die Bolschewiki ja auch aus der Illegalität heraus den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Auch uns werde ein Verbot der KPD nicht hindern können, für den Sturz des Faschismus und die Schaffung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands alle Kräfte einzusetzen. Darum müsse auch er, Scheringer, wenn er sich jetzt öffentlich zum Kommunismus bekennen, natürlich damit rechnen, daß ihn der Haß der Hitlerclique und ihrer kapitalistischen Auftraggeber besonders hart treffen werde. Es könne also durchaus sein, daß sein öffentliches Bekenntnis zum Kommunismus mit grausamsten Terrormaßnahmen „gerächt“ werde.

Darum fragte ich Scheringer direkt: Bist du bereit, all dein Wissen und deine Kraft einzusetzen, um die gewonnene Erkenntnis von der Notwendigkeit und Richtigkeit des proletarischen Klassenkampfes für die Mobilisierung der Massen zum Sturz des Faschismus und Imperialismus anzuwenden? Willst du alles tun, feste Freundschaft und solidarisches Handeln des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion herzustellen zu helfen? Bist du bereit, dafür Opfer zu bringen, oder willst du deine endgültige Entscheidung lieber von der politischen Konjunktur abhängig machen?

Wie würde Scheringer auf diese Frage reagieren? Mit voller Absicht hatte ich bei meiner Frage das Wort „Konjunktur“ angewandt. Scheringers Freund Ludin hatte ja geschrieben, daß für ihn die Konjunktur dafür ausschlaggebend sei, wohin er sich politisch orientiere. — Nur einige



kunden überlegte Scheringer. Fest und bestimmt erklärte er, daß für n Handeln nicht die politische Konjunktur, sondern nur die gewonnene kenntnis von der Richtigkeit des Weges und Zieles der Kommunisten tscheidend sei. Für seine neugewonnene Überzeugung werde er kämpf- a, auch wenn es ihm persönliche Opfer koste.

Noch ein anderer Problem wurde in dieser Unterredung behandelt. e Kommunistische Partei ist die Führerin der revolutionären Arbeiter- asse. Die Arbeiter aber sind der ärmste Teil des Volkes. Die Partei der eiterklasse in einem kapitalistischen Land verfügt deshalb nur über ringe finanzielle Mittel. Die Partei, so erklärte ich Scheringer, könne her kein Versprechen auf eine gesicherte Existenz geben, wenn er sich m Kommunismus bekennt. Er müsse darauf gefaßt sein, daß sich seine aterielle Lebenslage ohne Zweifel verschlechtern werde. Hochbezahlte sten könne die Partei ihm nicht anbieten. Von seinen bisherigen eunden und möglicherweise auch von seinen Verwandten werde er urteilt, vielleicht sogar heftig angefeindet werden.

Scheringer erwiderte, daß er sich dessen bewußt sei. Aber all das sei r ihn kein Grund, seine Entscheidung zu ändern. Er bekenne sich offen m Kommunismus.

Für uns kommunistischen Festungsgefangenen bestanden nach dieser terredung keine Bedenken mehr, Scheringer als zu uns gehörig zu trachten. Der Veröffentlichung seiner Absage an den Faschismus und nes Bekenntnisses zum Kommunismus stand unsererseits nichts mehr Wege.

Unser Bemühen war, der Erklärung Scheringers von vornherein eine rke Resonanz zu sichern und in den Reihen der von den Finanzhyänen d ihren Nazipropagandisten irreführten werktätigen Menschen eine hafte Diskussion auszulösen. Das Zentralkomitee der KPD wurde von r Entscheidung Scheringers und der beabsichtigten Erklärung unter- htet. Von dort kam die Empfehlung, die Erklärung im Zusammenhang t der Behandlung des Reichswehretats im Reichstag verlesen zu lassen. heringer richtete sein Schreiben daher an die Reichstagsfraktion der PD. Bei der Beratung des Reichswehretats am 19. März 1931 wurde es n der kommunistischen Reichstagsfraktion verlesen.

Scheringers Erklärung enthielt eine scharfe Anklage gegen den Volks- trug der von den Kapitalisten bezahlten Naziführer. So hieß es in nem Schreiben u. a.: „Wir, und mit uns die breiten Massen des Volkes, ubten unsere Idee in der NSDAP verkörpert. Wer heute die Politik der tionalsozialistischen Führer mit ihren radikalen Phrasen vergleicht, kennt, daß ihre Handlungen im schärfsten Gegensatz zu dem stehen. s sie reden und schreiben und was wir von ihnen erwarteten.“ Im ein- nen wies er dann nach, wie sich die Naziführer bei allen Auseinander- zungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, gleichgültig, ob es sich ökonomische oder politische Fragen handelte, eindeutig auf die Seite s Monopolkapitals geschlagen hätten. Auch hinsichtlich der nationalen age hätten sich die Faschisten, wie die Stellung zum imperialistischen

Youngplan bewies, eindeutig als Feinde der deutschen Nation entlarvt. Die faschistische „Parteiführung hat ... ihren reaktionären Charakter eindeutig erwiesen. Der Verrat ist offenbar.“

Ebenso wie die antinationale und prokapitalistische Politik der Nazi-Führer verurteilte Scheringer auch die der obersten Reichswehrführung, die mit allen Mitteln die Armee zu einem festen Instrument der Volkunterdrückung im Dienste des in- und ausländischen Kapitals zu machen suche. Demgegenüber bekannte sich Scheringer zum proletarischen Internationalismus und zum festen Kampfbündnis mit der Sowjetunion mit den Worten:

„Nur im Bunde mit der Sowjetunion, nach Zerschlagung des kapitalistischen Systems in Deutschland, können wir frei werden. Es gilt, die Konsequenzen zu ziehen. Den Weg hat Lenin gezeigt... Es gibt keine Zweifel mehr: Die Freiheit steht allein bei den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten. Hier ist der Platz aller ehrlichen Kämpfer, nicht bei den Garden der Reaktion.“ Und er schloß sein Bekenntnis mit den Worten: „Ich sage mich daher endgültig von Hitler und dem Faschismus los und reihe mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats.“

Für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen!

Für die nationale und soziale Befreiung!

Für Freiheit, Arbeit und Brot!“<sup>3</sup>

Wir waren sicher, daß die Erklärung Scheringers größtes Aufsehen hervorrufen würde. Doch wenn Scheringer in seinem Erinnerungsbuch „Das große Los“ schreibt, daß wir von dem Ausmaß dieses Echos überrascht waren, hat er unbestreitbar recht. Freund und Feind in Deutschland und in vielen anderen Ländern horchten auf. Führende kapitalistische Blätter schrieben ausführliche Leitartikel. Sie machten Hitler und seine Propagandisten verantwortlich dafür, daß sie durch ihre pseudorevolutionäre Phrasen Scheringer, diesen Sohn einer guten bürgerlichen Offiziersfamilie, für den „kommunistischen Bazillus“ anfällig gemacht hätten. Schon im Prozeß vor dem Reichsgericht hatte Scheringer erklärt: „Ein Offizier kann sehr wohl mit einem Arbeiter zusammengehen!“ Jetzt bekannte sich ein Offizier der Reichswehr tatsächlich zum proletarischen Klassenkampf. Er ließ das sogar noch von der Tribüne des Reichstages bei der Beratung des Wehretats vor aller Welt von den Kommunisten verkünden. Das mußte natürlich den Bourgeois Angst einjagen.

Aufs höchste erregt und durcheinander geraten waren natürlich die führenden Nazis. Goebbels telegrafierte und forderte Scheringer auf, öffentlich zu dementieren, daß die im Reichstag verlesene Erklärung seine Stimme. Im Goebbels'schen Leiborgan „Der Angriff“ war zu lesen: „In der Brief tatsächlich echt und ernst gemeint, so kann er vielleicht am ehesten als eine Erscheinung der Haftpsychose gewertet werden ...“

Von der Verlogenheit dieses Arguments war der Oberlügner Goebbels selbstverständlich selbst überzeugt, denn war er doch erst etwa zehn Tag

<sup>3</sup> Die Rote Fahne, 20. März 1931.

vorher mit Scheringer gemeinsam von Berlin nach München zu Hitler gefahren. Von Haftpsychose war zehn Tage früher natürlich keine Rede. Nur hatten alle diese Volksbetrüger auf die klaren Fragen, die Scheringer an sie richtete, keine Antwort zu geben und versucht, ihn mit Verprechungen auf gute Posten zu beschwichtigen.

Auch die Deutschnationalen, die Hüter und Förderer der preußisch-deutschen militaristischen Traditionen, gerieten ebenfalls außer Rand und Band. Ein Offizier „ihrer“ Reichswehr bekannte sich zum Kommunismus! Wenn das Schule machte! Schleunigst ließ Hugenberg, Herr des Ufa-Konzerns und vieler Zeitungen, in seinem Leitblatt „Der Tag“ kübelweise Verunglimpfungen über Scheringer ausschütten.

Aus dem Ausland erhielt Scheringer zahlreiche Anfragen, ob die im Reichstag verlesene Erklärung stimme. Die meisten Briefe aber erhielt er aus Deutschland selbst, von Einzelpersonen, von Schwankenden und Ziehenden, auch von ganzen SA-Gruppen. Vorwürfe wurden erhoben, Zweifel bekundet. Doch in den meisten Fällen erhielt er begeisterte Zustimmung. Ein Teil der Briefe, auch der vorwurfsvollen und zweifelnden, wurden von Scheringer mit seinen Antworten veröffentlicht. Den SA-Leuten erläuterte er, warum ihre Hoffnungen auf eine revolutionäre Lösung der Krise der kapitalistischen Ordnung durch Hitler oder aber durch Strasser und Stennes eine Illusion waren, daß sie Opfer eines riesigen Betrugsmanövers seien.

Selbstverständlich suchten Scheringer nach seinem öffentlichen Bekenntnis zum Kommunismus auch eine ganze Anzahl von Besuchern in Gollnow auf. Er mußte ihnen jetzt seinen Schritt begreiflich machen. Die Anwesenheit der Mutter Scheringers in Gollnow benutzte die kapitalistische Journalaille, um für „sensationelle“ und „gefühlsvolle“ Nachrichten geeignete Fotos zu knipsen. Doch Scheringer ließ sich durch dieses Treiben nicht irritieren. Er blieb fest bei seiner neugewonnenen Überzeugung. Das Zusammensein mit uns Kommunisten war für ihn „das große Los“ geworden: er fand dadurch den richtigen Weg in die Zukunft.



WERNER KRAUSE

## Ein unveröffentlichter Brief von Friedrich Engels über die Werttheorie

Am 9. März 1961 fand ich im Nachlaß des bürgerlichen Ökonomen und Sozialologen Werner Sombart (1863—1941)<sup>1</sup> im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg, den — unter Anwendung der modernen Interpunktion und Orthographie — unten wiedergegebenen Brief von Friedrich Engels. Das Schreiben war an Sombart gerichtet, der im Jahre 1895 an der Breslauer Universität als außerordentlicher Professor tätig war. In einer Aufsatzreihe, die Sombart zum Ableben von Friedrich Engels veröffentlichte, hatte Sombart den Brief kurz erwähnt, um hervorzuheben, daß ihm Friedrich Engels die Richtigkeit seiner Interpretation des Marxschen Wertgesetzes bescheinigt habe.<sup>2</sup> Wie der Brief von Friedrich Engels beweist, den Sombart in der Öffentlichkeit niemals ausführlich zitierte, hat Engels jedoch die Auslegung der marxistischen Wertlehre durch Sombart nur mit Einschränkung akzeptiert. Friedrich Engels hatte sich allerdings in wesentlichem zustimmend geäußert, als Sombart als einer der ersten deutschen Professoren zum dritten Band des Marxschen „Kapitals“ Stellung nahm.<sup>3</sup> Im Herbst 1894 wurde dieser Band durch Engels herausgebracht, nachdem er jahrelang daran gearbeitet hatte, das bedeutende Werk druckfertig zu machen. Sombart veröffentlichte unmittelbar darauf in dem von Heinrich Braun herausgegebenen „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ eine vierzigseitige Rezension unter dem Titel „Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx“.<sup>4</sup>

Es muß vorausgeschickt werden, daß Sombarts Äußerungen über gesellschaftliche Erscheinungen, vor allem aber seine Ansicht über den Marxismus, großen Wandlungen unterworfen waren.<sup>5</sup> So präsentierte sich Werner Sombart seine Leser- und Zuhörerschaft bereits in den unmittelbar darauffolgenden Jahren in einer ganz anderen Stellung zum Marxismus als im Jahre 1894. Sein Buch über den Sozialismus, das zehn deutsche Auflagen und Übersetzungen in zwei Dutzend Sprachen erlebte, war in der letzten Fassung, die 1924 unter dem Titel „Der proletarische Sozialismus („Marxismus“)“ erschien, eines der übelsten Machwerke antisozialistischer Literatur. An dieser Stelle beschränken wir uns jedoch

<sup>1</sup> Vgl. dazu Werner Krause: Werner Sombart als bürgerlicher Reformist, Politiker, Ökonom und Soziologe. In: Wirtschaftswissenschaft, 1961, Heft 4.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Sombart: Friedrich Engels und der Marxismus. In: Die Zukunft der Menschheit, hrsg. von Maximilian Harden, 13. Bd., Berlin 1895, S. 68 f.

<sup>3</sup> Vgl. das Vorwort von Friedrich Engels zu Karl Marx: Das Kapital, 2. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 3; desgl. 3. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 3 ff.

<sup>4</sup> Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 7. Bd., Berlin 1894, S. 555 ff.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Werner Krause: Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus, Dissertation an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 1960.

auf seine literarischen Äußerungen von 1894 und lassen den späteren Sombart außer Betracht, weil es uns hier ausschließlich um die Antwort von Friedrich Engels auf die damalige Sombartsche Äußerung geht.

Die Buchbesprechung beginnt mit einer Schilderung der Schwierigkeiten, die vor Engels standen, als er den Marxschen Nachlaß herauszugeben begann. Sombart zeigte dabei kein Verständnis dafür, daß Engels darauf bedacht war, keine Veränderungen am Marxschen Manuskript vorzunehmen, kam aber nach Bemerkungen über die formalen Unebenheiten des Buches immerhin zu einer positiven Würdigung des Marxschen Werkes. Sombarts Darlegung enthielt schon in ihren einleitenden Worten vieles, was bei ausführlicher Analyse zurückgewiesen werden mußte, doch war zu damaliger Zeit eine insgesamt positive Aufnahme des dritten Bandes des „Kapitals“ durch einen bürgerlichen Universitätsprofessor gewiß eine bedeutungsvolle Tatsache. Seine Gesamteinschätzung des Marxschen Werkes gab Sombart mit folgenden Worten wieder: „Die nationalökonomische Wissenschaft darf das Erscheinen des dritten Bandes vom ‚Kapital‘ als ein freudiges Ereignis begrüßen, das den literarischen Herbst 1894 für unser Fach ausnahmsweise zu einem fruchtbaren gestaltet hat. Wie man auch immer zu den Ergebnissen der Marxschen Untersuchung Stellung nehmen mag: wer überhaupt noch einen Funken theoretisches Interesse im Leibe hat, wird nicht ohne Befriedigung das Marxsche System nun in dem dritten Band vor seinen Augen sich vollenden sehen.“<sup>6</sup>

Nachdem er dieses Fazit vorausgeschickt hatte, gab Sombart nunmehr auf elf Seiten den Inhalt des dritten Bandes wieder. Es würde zu weit führen, die Sombartsche Zusammenfassung des Marxschen Werkes hier noch komprimierter wiederzugeben. Wichtig ist, daß sich Sombart bemühte, Klarheit über den Marxschen Begriff des Wertes und Mehrwertes zu erhalten und den dritten Band in Beziehung zum ersten Band des „Kapitals“ zu setzen.

Sombart selbst betrachtete den Marxschen Wertbegriff als eine unhistorische Kategorie, die auf alle Produktionsweisen und so auch auf den Kapitalismus übertragen werden könne: „Der Wertbegriff in materieller Bestimmbarkeit bei Marx ist nichts anderes als der ökonomische Ausdruck für die Tatsache der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit als Grundlage des wirtschaftlichen Daseins.“<sup>7</sup>

Neben dieser unrichtigen Identifizierung des Werts mit der Arbeit *allgemein*, also ungeachtet der historischen Form, in der sie sich darstellt, machte Sombart den Fehler, die Ausgleichungen hoher und niedriger Profitraten bei Kapitalien verschiedener organischer Zusammensetzung zu einer Durchschnittsprofitrate nur für eine „Denkoperation“, nicht aber als Vorgänge des wirklichen Lebens zu halten.<sup>8</sup> Und er setzte an dieser Stelle hinzu: „Das will ich denn auch als die Meinung von Marx annehmen, solange mich nicht Engels des Gegenteils versichert.“<sup>9</sup> Sombart zweifelte daran, daß der Ausgleichsprozeß zu einer allgemeinen Profitrate ein historischer Prozeß ist, real vor sich geht. Ja, Sombart leugnete es nicht nur ab, daß sich die Profitrate (d. h. das Verhältnis des Mehrwerts  $m$  zu dem vorgeschossenen Gesamtkapital  $C$ , oder  $c$  plus  $v$ ) der verschiedenen Einzelkapitale infolge der Konkurrenz zu einer allgemeinen, durchschnittlichen Profitrate in einem *historischen Prozeß herausgebildet hat*. Er leugnete

<sup>6</sup> Ebenda, S. 559.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 576.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, S. 586.

<sup>9</sup> Ebenda.

auch die *Existenz* dieser Durchschnittsprofitrate (d. h. also den Ausgleich der Höhe des Profits auf gleichgroße Kapitale trotz der unterschiedlichen Zusammensetzung der einzelnen Kapitale) in der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise. Sombart hielt die marxistische Lehre von der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate für logisch und empirisch zugleich falsch.

Bekanntlich sind in den Ergänzungen und Nachträgen zum „Kapital“ bereits Zurückweisungen von Friedrich Engels zu den Sombartschen falschen Äußerungen veröffentlicht worden. So heißt es z. B. in einem Nachtrag zum „Kapital“: „Das Wertgesetz hat für die kapitalistische Produktion eine weit größere und bestimmtere Bedeutung als die einer bloßen Hypothese, geschweige einer, wenn auch notwendigen Fiktion.“

Bei Sombart ... wird nicht genau berücksichtigt, daß es sich hier nicht nur um einen rein logischen Prozeß handelt, sondern um einen historischen Prozeß und dessen erklärende Rückspiegelung in Gedanken, die logische Verfolgung seiner inneren Zusammenhänge.“<sup>10</sup> Und Engels wies darauf hin, daß die betreffende Stelle im 10. Kapitel des 3. Bandes des „Kapitals“ von Marx näher erläutert wurde.

Schließlich schrieb Friedrich Engels am 16. März 1895 an Victor Adler: „Sombarts Artikel ist recht gut, nur leidet seine Auffassung des Wertgesetzes an einer einiger Enttäuschung von wegen der Lösung der Profitratenfrage. Er hat offenbar auf ein Wunder gerechnet und findet statt dessen das einfache Rationelle, das alles, nur nicht wundertätig ist. Daher seine Reduktion der Bedeutung des Wertgesetzes auf Durchsetzung der Produktivkraft der Arbeit als entscheidende ökonomischer Macht. Das ist viel zu allgemein und unbestimmt.“<sup>11</sup>

Der Brief an Werner Sombart läßt erkennen, daß Friedrich Engels dem bürgerlichen Intellektuellen nicht absprach, zur Erforschung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten einen Beitrag leisten zu können. Das Schreiben ist daher auch in sehr höflichem Ton gehalten. Bekanntlich hat der Bourgeois Sombart nach dem Tode von Engels einen Weg eingeschlagen, der dieses Vertrauen nicht mehr rechtfertigte.

Neben der großen Bedeutung, die der unten zitierte Brief für die Erfassung des literarischen Nachlasses der Klassiker des Marxismus und für die vertieft Kenntnis ihrer ökonomischen Auffassungen hat, wirft er gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die Situation an den deutschen Hochschulen vor der Jahrhundertwende. Sombart war 1894 noch eine Ausnahmeerscheinung in positiverem Sinne. Engels hat sowohl die Bedeutung des Sombartschen Beitrages gewürdigt, die darin bestand, daß es das erstemal war, „daß ein deutscher Universitätsprofessor es fertigbringt, im ganzen und großen in Marx' Schriften das zu sehen, was Marx wirklich gesagt hat“,<sup>12</sup> als auch die Grenzen des Sombartschen Verständnisses für die marxistische Politische Ökonomie abgesteckt. Daß Sombart im Jahre 1894 aber ein solch relativ weitgehendes Verständnis für die Bedeutung des „Kapitals“ aufbrachte, unterstreicht nur die Tatsache, wie tief der Verfasser des „Modernen Kapitalismus“, von „Sozialismus und soziale Bewegung“, „Händler und Helden“, „Deutscher Sozialismus“ und anderer antimarxistischer Schriften später gesunken ist.

<sup>10</sup> Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum III. Band des „Kapital“. In: Karl Marx: Das Kapital, 3. Bd., S. 30.

<sup>11</sup> Karl Marx: Das Kapital, 3. Bd., S. 963, Anhang.

<sup>12</sup> Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum III. Band des „Kapital“. Ebenda S. 28.



London, 11. März 95  
41, Regent's Park Road,  
N. W.

Hochgeehrter Herr!

Ich danke Ihnen in ergebener Erwiderung Ihrer Zeilen vom 14. v. Mts. für gütige Einsendung Ihrer Arbeit über Marx; ich hatte sie bereits in dem mir von Dr. H. Braun freundlichst zugesandten Heft des Archivs mit großem Interesse gelesen und mich gefreut, ein solches Verständnis des „Kapital“ endlich auch einmal an einer deutschen Universität zu finden. Selbstverständlich kann ich mich nicht mit allen den Ausdrücken identifizieren, in welche Sie die Marxsche Darstellung hinein übersetzen. Speziell erscheinen mir die auf S. 576 und 77 gegebenen Umschreibungen des Wertbegriffs als etwas zu weit gefaßt: ich würde sie erstens historisch begrenzen durch ausdrückliche Beschränkung auf die ökonomische Phase, in der bisher allein vom Wert die Rede war und sein konnte — auf die Gesellschaftsformen, bei denen Warenaustausch resp. Warenproduktion steht; der ursprüngliche Kommunismus kannte keinen Wert. Und zweitens scheint der Satz mir auch noch einer begrifflich engeren Fassung bedürftig. Doch das würde zu weit führen, in der Hauptsache haben Sie ja doch das Richtige gesagt.

Nun appellieren Sie aber S. 586 direkt an mich, so daß ich lachen mußte über die gemüthliche Art, wie Sie mir da die Pistole auf die Brust setzen. Aber Sie können ruhig sein, ich werde Sie „nicht des Gegenteils vernehmen“. Die begrifflichen Übergänge, vermittels deren Marx von den veredelten, in den einzelnen kapitalistischen Geschäften produzierten

Profiten von  $\frac{m}{C} = \frac{m}{c+v}$  zu der allgemeinen gleichen Profitrate kommt, sind dem Bewußtsein des einzelnen Kapitalisten vollständig fremd. Soweit sie eine historische Parallele oder eine außer unsern Köpfen stehende Realität haben, finden sie diese etwa in den Übergängen der einzelnen Bestandteile des vom Kapitalisten A über die Profitrate resp. seinen Anteil am Gesamtmehrwert hinaus produzierten Stücks Mehrwert in die Tasche des Kapitalisten B, dessen selbstproduzierter Mehrwert einmaliger unter der herkommenden Dividende bleibt. Aber dieser Prozeß zieht sich objektiv, in den Dingen, bewußtlos, und wir können erst dann beurteilen, wieviel Arbeit es gekostet hat, bis wir das richtige Bewußtsein uns darüber errungen haben. Hätte die Durchschnittsprofitrate zu ihrer Herstellung die *bewußte* Mitarbeit der einzelnen Kapitalisten erfordert, hätte der einzelne Kapitalist *gewußt*, daß er Mehrwert produziert und wieviel und daß er in vielen Fällen von seinem Mehrwert abgeben muß, so wäre ja der Zusammenhang zwischen Mehrwert und Profit von vornherein ziemlich klar gewesen und stände sicher schon im Adam Smith, wo nicht schon im Petty.

Nach der Marxschen Auffassung geht alle bisherige Geschichte, was die großen Ergebnisse angeht, bewußtlos vor sich, d. h., diese Ergebnisse und ihre weiteren Folgen sind nicht gewollt; die geschichtlichen Figuren

haben entweder direkt etwas anderes gewollt als das Erreichte, oder die Erreichte zieht wieder ganz andere unvorhergesehene Folgen nach sich. Auf's Ökonomische angewandt: Die einzelnen Kapitalisten jagen jeder für sich dem *größeren* Profit nach. Die bürgerliche Ökonomie entdeckt, daß diese Jagd nach dem *größeren* Profit jedes einzelnen zum Resultat hat die allgemeine *gleiche* Profitrate, den annähernd *gleichen* Profitsatz für jeden. Aber weder die Kapitalisten noch die bürgerlichen Ökonomen sind sich bewußt, daß das wirkliche Ziel dieser Jagd die gleichmäßige prozentige Verteilung des Gesamtmehrwerts auf das Gesamtkapital ist.

Wie aber ist der Ausgleichungsprozeß in Wirklichkeit vorgegangen? Das ist ein sehr interessanter Punkt, über den Marx selbst nicht viel sagt. Aber die ganze Auffassungsweise von Marx ist nicht eine Doktrin, sondern eine Methode. Sie gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode *für* diese Untersuchung. Hier ist also ein Stück Arbeit zu leisten, das M. bei diesem ersten Entwurf nicht selbst bearbeitet hat. Hier haben wir zunächst die Angaben S. 153—156, II, I, die auch für Ihre Wiedergabe des Wertbegriffs wichtig sind und beweisen, daß er mehr Realität besitzt oder besaß, als Sie ihm zuschreiben. Im Anfang des Austausches, als die Produkte sich allmählich in Waren verwandelten, wurde ausgetauscht annähernd im *Verhältnis der Werte*. Die auf zwei Gegenstände verwandte Arbeit war eben das einzige Kriterium ihrer quantitativen Vergleichung. Damals also hatte der Wert eine *unmittelbare reale Existenz*. Daß diese unmittelbare Verwirklichung des Wertes im Austausch aufhörte, daß sie jetzt nicht mehr besteht, wissen wir. Und ich glaube, es wird Ihnen keine besondern Schwierigkeiten machen, die Mittelglieder, im ganzen und großen wenigstens, aufzuweisen, die von jenem unmittelbar-realen Wert zu dem Wert der kapitalistischen Produktionsform führen, der so gründlich verborgen ist, daß unsere Ökonomen seine Existenz ruhig leugnen können. Eine wirklich historische Darlegung dieses Prozesses, die allerdings tüchtiges Studium erfordert, aber dafür auch reichlich lohnende Resultate verspricht, wäre eine sehr wertvolle Ergänzung zum „Kapital“.

Schließlich muß ich mich noch bei Ihnen bedanken für die gute Meinung, die Sie von mir haben, wenn Sie der Ansicht sind, ich hätte auf dem III. Band etwas Besseres machen können, als er ist. Ich kann aber diese Meinung nicht teilen und glaube meine Pflicht getan zu haben, in dem ich Marx in Marx' Worten gab, selbst auf die Gefahr hin, dem Leser etwas mehr eignes Denken zuzumuten.

Hochachtungsvoll und ergeben

F. Engels

SIEGFRIED ITTERSCHAGEN / HEINZ KARL  
WALTER WIMMER

## Staatsstreich und Massenstreik

Angesichts der Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Welt und auch in Deutschland zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts, angesichts der Erfolge der DDR auf der einen und der Verschärfung des reaktionären, antidemokratischen, revanchistischen Kurses des Westzonenstaates auf der anderen Seite wird die „dünne Decke“, auf der Adenauer und die westdeutsche Monopolbourgeoisie stehen, immer brüchiger. Es zeichnet sich in Westdeutschland eine politische Umorientierung, ja der Beginn einer Umruppierung der Kräfte ab, die nicht nur die Arbeiterklasse erfaßt, sondern weit darüber hinausgeht. Die totale Kapitulation vor der Adenauer-CDU, zu der Brandt, Wehner, Mommer und Konsorten die SPD auf dem Parteitag von Hannover führten, wird von einer wachsenden Zahl von Mitgliedern und Anhängern dieser Partei als verderblich erkannt. Das Unbehagen bürgerlich-demokratischer Kräfte, hauptsächlich aus der Intelligenz, angesichts der „unbewältigten“ faschistischen Vergangenheit so vieler maßgeblicher Männer des Adenauer-Staates — einer Erscheinung, die selbst nur ein Symptom für den politischen Charakter und die Tendenz dieses Staates ist — schlägt hier und da bereits in offene Opposition um. Es finden sich Friedenskräfte aus verschiedenen politischen Lagern und sozialen Schichten zum gemeinsamen Widerstand gegen die gegen den Bestand der Nation aufs höchste gefährdende Adenauer-Strauß-Politik zusammen. Überdies müssen auch die exponiertesten Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland eingestehen, daß die verbotene KPD trotz übelsten Verleumdungsterror, trotz des Eifers adenauerhöriger Richter und trotz des Mißtrauens des Verfassungsschutzes lebt und kämpft.

Die Ereignisse, die den reaktionären Regimes in Südkorea und der Türkei, in Nordvietnam und Portugal widerfuhren, haben die westdeutschen Machthaber nicht wenig erschreckt. Kein Wunder, daß ihr Sinnes und Trachten darauf gerichtet ist, die demokratischen Kräfte niederzuhalten, zu desorientieren und zu versplitttern; kein Wunder, daß sie alles unternehmen, die Spaltung Deutschlands zu versteinern, daß sie alle Kontakte der um Deutschland und den Frieden besorgten Kräfte Westdeutschlands mit der DDR unterbinden wollen. Die von den Adenauer, Strauß und Schröder angestrebte Notstandsgesetzgebung setzt sich zum Ziel, den „eisernen Vorhang“ gegenüber der DDR zu verstärken, die demokratischen Kräfte in Westdeutschland noch mehr zu knebeln und die Errichtung einer uneingeschränkten Diktatur der an der Macht befindlichen monopolkapitalistischen Clique zu ermöglichen.

Die Imperialisten müssen ihre Aufmerksamkeit besonders der Frage zuwenden, wie ein verstärkter Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre Kriegspolitik verhindert werden kann. Eine Sicherung des Hinterlandes in dem erstrebten revanchistischen Raubkrieg erfordert die Ausschaltung der Organisationen der Arbeiterklasse aus dem politischen Leben. Die deutschen Militaristen und Mono-



polgewaltigen haben die Erfahrung gemacht, daß der Opportunismus die Spaltung und Desorganisierung der Arbeiterklasse nur bis zu einer bestimmten Belastungsgrenze aufrechtzuerhalten vermag. Deshalb sieht das klerikal-militaristische System in Westdeutschland ein notwendiges Pendant zu der Verschärfung des Atomkriegskurses in der Knebelung der Arbeiterklasse nach faschistischem Muster.

Der Entwurf eines Notdienstgesetzes, das in engem Zusammenhang mit dem geplanten Notstandsgesetz steht und „nicht vor einer Wiederbelebung der beseitigten nationalsozialistischen Arbeitsorganisationen zurückschaut“<sup>1</sup>, soll die arbeitende Bevölkerung unter Kuratel der Bundeswehrführung stellen. Der Vorsitzende der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, sieht daher mit Recht in den beabsichtigten Gesetzen „eine Regelung, wie sie erstmals in der deutschen Geschichte im Dritten Reich unseligen Angedenkens erfolgt ist“.<sup>2</sup> Der Protest gegen die Pläne der Bundesregierung kam besonders entschieden von seiten der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftspresse widerspiegelte in gewissem Umfang diese Empörung. Das Organ der Industriegewerkschaft Textile/Bekleidung/Leder prangerte die arbeiterfeindliche Stoßrichtung der Notstandsgesetzgebung an und erinnerte zugleich an die historischen Erfahrungen: „Hier soll unter dem Vorwand eines nicht näher definierten nationalen Notstandes ein Gesetz gegen die Gewerkschaften geschaffen werden. Daß man damit gleichzeitig auch einen Schlag gegen die Demokratie führt, die man damit zu schützen vorgibt, sollte man aus den trüben Erfahrungen der Weimarer Republik doch gelernt haben.“<sup>3</sup>

Der Vergleich der bundesdeutschen Notstands- und Notdienst„demokratie“ mit der Politik des Hitlerfaschismus, wie er oben zitiert wurde, drängte sich auf. Die Gewerkschaftspresse konnte zur politischen Einschätzung dieser Linie der Gesetzentwürfe als interessante Einzelheit mitteilen, daß im Bundesministerium der Entwurf des Notdienstgesetzes von einem führenden Mitarbeiter des Zwangsarbeitsspezialisten und Nazigauleiters Sauckel bearbeitet worden sei.<sup>4</sup>

Die scharfe Ablehnung der Notstandsgesetzgebung durch die Arbeiterklasse kam z. B. auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1960 zum Ausdruck. In der Entschließung dieses Kongresses der größten westdeutschen Industriegewerkschaft zu den Regierungsentwürfen für ein Notstandsgesetz und ein Notdienstgesetz heißt es: „Beide Vorhaben enthalten bedenkliche Bestimmungen, die geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht, einzuschränken und dadurch die demokratischen Widerstandskräfte in der Bundesrepublik zu schwächen ... Das gilt ebenso für die betonten Hinweise auf den inneren Notstand und die ausdrücklich geforderte Aufhebung des Koalitionsrechts wie für die beabsichtigte Regelung der Notdienstpflicht im Sinne einer wehrwirtschaftlichen Erfassung der Arbeitnehmer und ihrer Militarisierung nach dem Muster der nationalsozialistischen Diktatur ... Es ist ihre (der Gewerkschaften — die Vf.) Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß sich das Schicksal der Weimarer Republik nicht wiederholen kann, in dem mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung die Demokratie beseitigt wurde.“

<sup>1</sup> Otto Brenner: Nein zum Notstands- und Notdienstgesetz. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1961, Heft 2, S. 71.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>3</sup> Textil-Bekleidung (Düsseldorf), 1960, Nr. 2.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, 1960, Nr. 8.

konnte.“<sup>5</sup> Und an anderer Stelle: „Er (der 6. ordentliche Gewerkschaftstag — die Vf.) fordert die anderen Organisationen der Arbeitnehmer auf, gemeinsam mit der IG Metall diesen Plänen notfalls mit allen gesetzlichen Mitteln, einschließlich des Streiks, entgegenzutreten.“<sup>6</sup>

Die Schröder und Strauß sahen sich gezwungen, die geplanten Gesetze einstweilen zurückzustellen. Die Angst vor einer möglichen einheitlichen Abwehr ihrer Maßnahmen bewog sie, das ideologische Feuer darauf zu konzentrieren, die Gewerkschaftsführer unter Druck zu setzen. Es erschienen Artikel und Bücher, die den Arbeiterorganisationen das Recht auf Widerstand abzusprechen suchten.

Die Imperialisten und Militaristen, die nichts mehr fürchten als die unzerstörbare Kraft der einzig handelnden Arbeiterklasse, versuchen, die Spaltung der Arbeiterklasse unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie sind bestrebt, die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft nicht bewußt werden zu lassen und damit die entscheidende geschichtsbildende Kraft unserer Zeit vom aktiven Kampf für die Interessen der Werktätigen und der ganzen Nation abzuhalten. Die Ideologen des westdeutschen Imperialismus nehmen dabei jede Gelegenheit wahr, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verfälschen, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland richtige Lehren aus den ruhmreichen Kämpfen vergangener Jahrzehnte für ihren heutigen Kampf zieht.

Diesem Zweck dient auch der gegenwärtige Versuch westdeutscher Publizisten, eine der wichtigsten Tatsachen der neueren deutschen Geschichte“, nämlich die Niederwerfung des Kapp-Putsches durch einen machtvollen Generalstreik und durch bewaffnete Zerschlagung der militaristischen Stoßkräfte“<sup>7</sup>, unverfroren in Abrede zu stellen. So geschehen unter anderem in einem Aufsatz von Dolf Sternberger, der in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 1. März 1961 unter der Überschrift „Putsch und Streik — Eine Untersuchung der Gründe, aus welchen der Berliner Staatsstreich vom März 1920 gescheitert ist“ erschien. Es ist begreiflich, daß sich Sternberger ausgerechnet das Beispiel des Abwehrkampfes gegen den Kapp-Putsch für seine Geschichtsfälschungen auswählt: Ist doch die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Niederschlagung des Kapp-Putsches den Imperialisten und Militaristen auch heute noch besonders unangenehm in Erinnerung.

Der große Massenstreik der belgischen Arbeiterklasse zeigte den Arbeitern aller kapitalistischen Länder, daß auch unter den heutigen Bedingungen die Herstellung einer festen Aktionseinheit die Grundlage aller Erfolge im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus ist. Diese bedeutende Lehre wurde deshalb mit Recht in der Moskauer Erklärung vom November 1960 besonders hervorgehoben: Man kann mit Gewißheit sagen, daß die Arbeiterklasse vieler kapitalistischer Länder bei Überwindung der Spaltung ihrer Reihen und Herstellung der Aktionseinheit aller ihrer Kolonnen schon jetzt in der Lage wäre, der Politik der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Ländern einen schweren Schlag zu versetzen und sie zu zwingen, die Vorbereitung eines neuen Krieges einzustellen, die Offensive des Monopolkapitals zurückzuschlagen und ihre dringenden lebenswichtigen und demokratischen Forderungen durchzusetzen.“<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Zit. in: Otto Brenner: Nein zum Notstands- und Noldienstgesetz. S. 72

<sup>6</sup> Zit. in: Metall (Frankfurt/Main). 2. November 1960.

<sup>7</sup> Hermann Matern: Aktionseinheit schlug die Reaktion. In: Einheit, 1960, Heft 3, S. 442.

<sup>8</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960. Dietz Verlag, Berlin 1961. S. 54.

Der Aufsatz Sternbergers verfolgt eindeutig das Ziel, der zunehmenden Erkenntnis dieser Gesetzmäßigkeit in den Reihen der westdeutschen Arbeiterschaft und insbesondere auch im DGB, entgegenzuwirken.

Der konkrete politische Zweck der Verdrehungen Sternbergers ist daraus ersichtlich, daß der am 1. März 1961 in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichte Aufsatz auf einen Satz über den Kapp-Putsch in einem Leitartikel der selben Zeitung vom 12. November 1960 zurückgeht, der im übrigen — offenbar in Polemik gegen die Beschlüsse des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages des IG Metall — das Problem der Notstandsgesetzgebung behandelte.

Der Verfasser jenes Leitartikels vertrat den Standpunkt, eine unverhüllte Diktatur der derzeitigen westdeutschen Machthaber sei rechtmäßig und forderte umgehend „verfassungsmäßige“ Handhaben für die Errichtung einer solchen Diktatur zu schaffen. Dieser Leitartikel widerspiegelte klar den Druck, den die von Adenauer repräsentierten Kräfte auf die Gewerkschaftsführung ausübten und ihre Furcht, die Arbeiterklasse könnte sich von den „verfassungsmäßigen Regeln“ solcher Diktatur nicht täuschen lassen und alle noch vorhandenen demokratischen Rechte und Freiheiten energisch verteidigen. Beides spricht aus folgenden — in Sternbergers Artikel vom 1. März 1961 jedoch nicht zitierten — Sätzen des Leitartikels: „... für den Ausnahmefall kann es keine Reserven und keine Privilegien geben — außer denen, die der verfassungsmäßig bestellten Regierung zustehen ... Auch die Gewerkschaften können von der Ausnahmeregelung nicht ausgenommen bleiben ... Niemand kann sozusagen von dem universalen Verdacht freigestellt bleiben, der die Grundlage des Ausnahmerechts bildet.“

Diese Sätze, die ihren Verfasser zur Genüge als willfähiges Sprachrohr der Schröderschen Diktaturbestrebungen kennzeichnen, stammen wie der ganze Leitartikel vom 12. November 1960 ebenfalls aus der Feder Sternbergers, wovon dem Leser des Aufsatzes vom 1. März 1961 bewußt verschwiegen wird. Ein Unverständnis, der recht charakteristisch für diese Art „Geschichtsschreibung“ ist. So sei ein Schein von „Objektivität“ diesem historischen Exkurs verliehen werden, der in Wahrheit der gleichen anrüchigen politischen Aufgabe dient, wie sie jenen oben zitierte Leitartikel bestimmt: „Die Aufgabe besteht in nichts anderem als darin, eine zeitweilige Diktatur auf verfassungsgemäße Weise möglich zu machen.“

Die dieser Aufgabenstellung stillschweigend zugrunde gelegte Auffassung, daß die Legitimität einer über das Geschick einer ganzen Nation entscheidenden Handlung durch formaljuristische „Regeln“ bestimmt werde, kehrt in der Diktatur von Kapp-Putsch ebenfalls wieder. Solche Unterstellung ist gefährlich, weil sie vergessen lassen soll, daß die Interessen der Nation — nicht zu verwechseln mit den chauvinistischen Wünschen einer verschwindenden Minderheit — das höchste Maß für die Legitimität historischer Prozesse sind.

Die Aufgabe solcher Geschichtsfälschungen wie der Sternbergers und seiner Gewährsleute ist es, die Gewerkschaften und alle aktiven demokratischen Kräfte der westdeutschen Öffentlichkeit als potentiell verfassungsgefährdend zu denunzieren und sie zu isolieren. Am historischen Beispiel soll jeder Widerstand gegen Adenauer-Strauß-Schrödersche Diktaturpläne als verfassungswidrig verleumdungswürdig als nicht in die Kompetenz der Arbeiterorganisationen fallend aus dem politischen Denken ausgeschaltet und als kommunistische Umtriebe verschrien werden.

Sternberger stellt zu dem von ihm herangezogenen Buche Winfried Martini „der zwar mehr ein kritischer Publizist als ein Gelehrter ist“<sup>10</sup>, der aber augenscheinlich gerade dieser Frage der Bedeutung des Generalstreiks vom März 19



in höchst intensives Studium gewidmet hat“, selbst eindeutig fest: „Es ist noch zu wissen nötig, daß Martini diese Untersuchung nicht um ihrer selbst willen angestellt hat; ihm liegt daran, den ‚Mythos‘ vom siegreichen und vom verfassungstreuen Generalstreik zu entlarven, um dem heutigen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Argument im Geisterstreit um das Notstandsrecht zu rauben. Die aktuelle Auseinandersetzung hat ihn zu diesen Studien geführt.“ Also: Im die Verdrehung der historischen Tatsachen zum Nutzen der Schröderschen Notstandspolitik, zum Zwecke der politischen Entrechtung und ideologischen Entzaffung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen geht es Martini, und Sternberger nennt das „ein durchaus rechtmäßiges Motiv der Forschung“!

Es ist offenkundig, daß Michael Freunds von Sternberger zitierte Behauptung: „Doch lief nach dem Sturz der Kapp-Regierung die Sage in Deutschland um, daß der Generalstreik die Generalherrschaft beseitigt habe“<sup>11</sup>, und die Meinungen solcher offenbar weder „kundigen“ noch „um wahrheitsgetreue Überlieferung bemühten“ Diskussionsteilnehmer wie des Generals Hauck, der die entscheidende Rolle des Generalstreiks bei der Niederwerfung der militaristischen Putschisten als „Legende“ zu verleumden versucht<sup>12</sup>, ebenso wie Martinis ungegründete Ansicht, „daß die Rolle des Generalstreiks bei der Niederschlagung des Putsches ziemlich bedenkenlos übertrieben wird“<sup>13</sup>, eindeutig dem Wunsche entspringen, die Arbeiterklasse mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung weiter zu entwaffnen und ihre demokratischen Rechte, darunter das Streikrecht, zu beseitigen.

Doch es haben sich in Westdeutschland Stimmen gefunden, die den von der Frankfurter Allgemeinen“ kolportierten Geschichtslügen ein richtigeres Bild der historischen Vorgänge entgegenhalten. Die Gewerkschaften selbst konnten die unerhörten Entstellungen nicht unerwidert lassen. Die Wochenzeitung des DGB, „Welt der Arbeit“, hatte bereits zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Putsches im März 1960 mit Auszügen aus den Büchern Rosenbergs und Kampfers und einem Beitrag ihres Mitarbeiters Hans J. Langenbach — also Gewährsleute, die kommunistischer Sympathien unverdächtig sind — den Generalstreik und zum Teil sogar den bewaffneten Kampf der Arbeiter<sup>14</sup> als die Kräfte hervorgehoben, die den Kapp-Putsch niederschlugen. Wenn sie auch nicht ergaß, sich dabei zugleich ein antikommunistisches Alibi zu sichern, entstand doch ein gar nicht zu der Konzeption Sternbergers und seiner Freunde passendes Bild. Ein Jahr darauf antwortete die „Welt der Arbeit“ auf die Angriffe der „Frankfurter Allgemeinen“ mit einem Interview mit Prof. Hans Herzfeld<sup>15</sup>, der die Fragen der „Welt der Arbeit“ zwar sehr zurückhaltend beantwortete und darauf bedacht war, nicht in die Debatte um die Notstandsgesetz-

<sup>11</sup> Winfried Martini: Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln 1960.

<sup>12</sup> Wir meinen, Martini ist weder „kritischer Publizist“ noch Gelehrter, sondern ein ganz eindeutiger Verfechter des reaktionären, klerikal-faschistischen NATO-Kurses, insbesondere auch Sprecher für eine Verewigung der Spaltung Deutschlands, für den „eisernen Vorhang“ gegenüber der DDR.

<sup>13</sup> Michael Freund: Deutsche Geschichte, Gütersloh 1960. S. 545

<sup>14</sup> Frankfurter Allgemeine, 2. Dezember 1960.

<sup>15</sup> Winfried Martini: Freiheit auf Abruf, S. 259.

<sup>16</sup> Vgl. Welt der Arbeit, 11. März 1960, Ausführungen Langenbachs und den Auszug aus Rosenbergs „Geschichte der Weimarer Republik“

<sup>17</sup> Vgl. Welt der Arbeit, 3. März 1961

gebung hineinzugeraten, aber doch nicht umhin konnte, den Generalstreik als den entscheidenden Faktor bei der Niederwerfung des Putsches zu bezeichnen.

In einer Beziehung allerdings unterscheidet sich der Standpunkt der „Welt der Arbeit“ praktisch nicht von dem der „Frankfurter Allgemeinen“: Der Streik wird immer im engsten Sinne als ein Instrument der Gewerkschaftsführung aufgefaßt, gegeben, nicht als Aktion der Arbeiterklasse selbst. Gerade die Gewerkschaftspresse betont eifrig und wiederholt, daß die Gewerkschaftsführung den Streik „in der Hand behalten“ habe, daß Legien alles aufgeboten habe, den Streik „auf verfassungsgemäßen Bahnen“ zu halten.<sup>16</sup> Solche Argumentation spielt in Wahrheit den adenauerhörigen Publizisten in die Hände, die ja nicht die rechten Gewerkschaftsführer, sondern die Arbeiterklasse fürchten. Es kommt Sternberger und denen, die mit ihm übereinstimmen, gerade darauf an, die von den bürgerlichen Führern unabhängige Rolle der Arbeiterklasse zu negieren. Aus eben diesem Grunde ignorieren sie auch den Kampf der KPD für die Verteidigung der Demokratie, der am entschiedensten den Klassenstandpunkt des Proletariats zum Ausdruck brachte und nachwies, daß die bürgerlichen Führer und die proletarischen Massen nicht identifiziert werden können. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch war nicht deshalb legitim, weil er sich im Rahmen der Verfassung gehalten oder von der Gewerkschaftsführung kommandiert worden wäre, sondern weil er gegen Imperialismus und Militarismus gerichtet war und im Interesse der gesamten Nation geführt wurde. Aus diesem Grunde ist das Handeln der Arbeiterklasse immer legitim.

Sternberger und seine Gewährsleute bleiben in ihrer Argumentation verharrend an der Oberfläche, weil sie die entscheidenden Fragen — die Fragen nach den Triebkräften und der Zielsetzung des Putsches, nach den Ursachen und den Triebkräften der Abwehraktion — nicht beantworten, ja nicht einmal ernsthaft stellen. Es ist aber nicht möglich, die Ursachen des Scheiterns des Putsches zu untersuchen, wenn man es unterläßt, den Charakter des Putsches, die Position der Regierung Bauer-Noske, die Beweggründe der Gegenkräfte zu klären. Gerade unter diesem Aspekt ist es bezeichnend für die Haltung dieser Publizisten, daß sie es vermeiden, ernsthaft auf die Rolle der KPD während des Kapp-Putsches einzugehen, daß sie nicht einmal versuchen, auf der Basis einer Verallgemeinerung des politischen Handelns der KPD, ihrer Lösungen und Aktionen diese Rolle einzuschätzen, sondern sie mit Stillschweigen übergehen oder ihre Zuflucht zu den billigen Zweckklügen eines Stampfer oder Severin nehmen.

Sowohl die Verfechter der Ansicht, der Generalstreik sei ohne wesentliche Bedeutung für die Niederwerfung des Putsches gewesen oder habe diese nur behindert, als auch diejenigen, die gewissermaßen den Standpunkt des DGB vertreten, d. h. den Generalstreik als ein mögliches verfassungsschützendes Mittel anerkannt wissen wollen, ignorieren die Tatsache, daß es sich hier um eine Klassenfrage handelt. Sie begnügen sich damit, die Regierung Bauer-Noske als „verfassungsmäßig“, als „legitim“ zu charakterisieren, und tun so, als ob es sich in der Auseinandersetzung im März 1920 in erster Linie um die Existenz dieser Regierung und nicht vielmehr um die Verteidigung der von der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten gegen den reaktionären Anschlag der Kapp-Lüttwitz, um die Sicherung von realen Garantien für die tagtäglich von konterrevolutionären Kräften bedrohte Demokratie gehandelt hätte.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda.

Bei den Kapp, Lüttwitz, Ehrhardt und Ludendorff handelte es sich um Exponenten extremer militaristischer und chauvinistischer Kreise (wie der „Nationalen Vereinigung“), um Werkzeuge des revanchelüsternden Monopolkapitals und Junkertums. Wenn auch das Unternehmen nicht direkt von maßgebenden Kreisen der Großbourgeoisie gelenkt wurde, so steht doch außer Zweifel, daß das schon lange vor dem Putsch vertretene scharfmacherische „Programm“ der Kapp-Lüttwitz gerade die rigorose Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals und des Junkertums auf Kosten der Arbeiterklasse, deren verschärfte Niederhaltung bezweckte.<sup>17</sup> Die Ebert, Bauer und Noske wiederum übten die leitenden Funktionen des Staates aus, der ja das Machtinstrument der gleichen Klassenruppierung war, die in ihren extremsten Kräften Kapp und Lüttwitz inspierte. Gestützt auf das konterrevolutionäre Militär, vergewaltigten sie seit über einem Jahr die demokratischen Rechte und Freiheiten. Mit ihrem Wissen und mit ihrer Duldung — jedenfalls was Noske angeht, einen der Schöpfer und den regierungsseitigen Betreuer der Freikorps und der Reichswehr, sind hier auch die Begriffe Unterstützung und Hilfe am Platze — sammelten und organisierten sich diese umstürzlerischen Elemente.<sup>18</sup> Von dieser Regierung konnte daher nicht die geringste Initiative zum Schutz der Demokratie ausgehen.

Es ist ein Verdienst der KPD, daß sie energisch die gefährlichen Illusionen über den angeblich demokratischen Charakter der Regierung Bauer-Noske beseitigte, die durch ihre Willfährigkeit gegenüber dem Großkapital und der Militärclique und die brutale Niederhaltung der Arbeiterklasse die Demokratie auf die schlimmste Weise diskreditierte. Die KPD brandmarkte dieses Regime schonungslos als bloßes Feigenblatt der Reaktion und trug damit dazu bei, der Arbeiterklasse die der Demokratie drohenden Gefahren bewußt zu machen und sie zur Abwehr zu mobilisieren.

Der Widerstand aber, der sich gegen den Putsch erhob, konnte aus diesen Gründen auch nicht die Wiederherstellung der Zustände vor dem Putsch, die eine Wiedereinsetzung der Regierung Bauer-Noske zum Ziele haben. Aus dieser Haltung der demokratischen Kräfte, an deren Spitze die Arbeiterklasse stand, erklärt sich auch die nach dem Sturz der Putschisten immer stärker hervorretende Forderung, eine Regierung aus Vertretern der Gewerkschaften, der SPD und der USPD zu bilden, die auch von der KPD unterstützt wurde.<sup>19</sup>

Die Kommunistische Partei war für eine solche Regierung, weil sie erkannte, daß es darauf ankam, die von den demokratischen Kräften errungenen Teilfolge zu festigen, von diesen Positionen aus den Kampf zur Zerschlagung des Militarismus und gegen die Allmacht des Monopolkapitals weiterzuführen und durch reale Bedingungen für eine Weiterentwicklung der Demokratie zu schaffen. Eine derartige Regierung hätte, obwohl ihre Bildung nicht von vornherein über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinausgegangen wäre, unter dem Druck der Arbeitermassen gestanden und nicht, wie die in der Tat zustande kommende Koalitionsregierung der SPD mit bürgerlichen Parteien, hilflos prinzipienlos vor den Forderungen der Reaktion kapitulieren können. Sie hätte die Möglichkeit gehabt, wirksame Garantien gegen eine Wiederholung des Putsches zu schaffen.

<sup>17</sup> Vgl. Walther Freiherr von Lüttwitz: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 91/92.

<sup>18</sup> Vgl. Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 201.

<sup>19</sup> Vgl. Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (partakusbund) am 14. und 15. April 1920, o. O. u. J., S. 28/29.



Die Niederschlagung des Putsches wurde nicht von der Regierung Bauer leitet. Sowenig diese fähig und gewillt gewesen war, einen Militärputsch zu verhindern, sowenig war sie in der Lage, ihn an der Spitze der kämpfenden Massen zu liquidieren. Der mit den Namen Eberts und der sozialdemokratischen Minister versehene Aufruf zum Generalstreik konnte natürlich nicht die Masssbewegung auslösen; das annehmen hieße, die Autorität der Reichsregierung und den Einfluß der SPD-Führer gewaltig überschätzen. Man muß hier Noske zustimmen, wenn er sagt: „Der Generalstreik hätte auch dann eingesetzt, wenn unter einer Aufforderung dazu die Namen sozialdemokratischer Minister nicht gestanden hätten. Wer auch nur einigermaßen über die Stimmung der Arbeiterklasse unterrichtet war, mußte sich darüber klar sein, daß mit jedem nur der baren Mittel versucht werden würde, eine rechtsgerichtete Regierung, von einer Säbeldiktatur ganz zu schweigen, abzuwehren.“<sup>20</sup>

Das ist die wichtigste Feststellung überhaupt in den von Sternberger gebrauchten Zitaten, und gerade darüber geht er ohne ein weiteres Wort und mit methodischer Eile hinweg, um wieder durch Nebensächlichkeiten (Erörterungen über die Person Ulrich Rauschers, des Autors des Regierungsaufrufs, und dgl.) von der Hauptsache abzulenken.

Es kam nicht darauf an, gegen Kapp einen Aufruf zu erlassen, sondern den Kampf in der Praxis zu organisieren, d. h. die Kontrolle des öffentlichen Lebens zu übernehmen, die Arbeiter zu bewaffnen, die konterrevolutionären Bürgerkriegs- und Streikbrecherformationen (Zeitfreiwillige, Einwohnerwehr, „Technische Nothilfe“ usw.) zu entwaffnen und auszuschalten, die mit den Putschisten offen oder versteckt fraternisierenden Reichswehrgarnisonen zu isolieren und in allen Aktionen des Militärs bewaffnet entgegenzutreten.

Kommunisten und revolutionäre Kräfte in der USPD und anderen Arbeiterorganisationen begannen bereits am 13. März eine solche wirksame Abwehr des Putsches zu organisieren. Die Regierung und die zentralen Leitungen der Gewerkschaften, der SPD und der USPD fürchteten das offensive Vorgehen der Massen gegen den Putsch. Sie verschlossen sich der zwingenden Notwendigkeit, die Demokratie aktiv zu verteidigen, und bremsten und sabotierten den Kampf wo und soweit sie nur konnten.

In kurzer Zeit breitete sich der Generalstreik über ganz Deutschland aus. In den wichtigsten proletarischen Zentren und in zahlreichen Großstädten stellten die Kommunisten, die vor der konterrevolutionären Gefahr gewarnt hatten, zusammen mit den linken USPD-Mitgliedern an der Spitze des Kampfes die Streikleitungen und Aktionsausschüsse.

Entgegen den Bestrebungen der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, zu verhindern wollten, daß die Abwehraktionen der Arbeiterklasse über die Verteidigung der alten Machtverhältnisse hinausgingen, begannen die Arbeiter

---

<sup>20</sup> Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947. S. 160/161.

<sup>21</sup> Im Gegensatz zu den Ausführungen in der „Frankfurter Allgemeinen“ beschränkte sich der Putsch nicht auf Berlin, sondern erfaßte große Teile Deutschlands (Ostpreußen, Schlesien, Mecklenburg, Mitteldeutschland, Rheinland-Westfalen, Bayern). Der Einmarsch der Ehrhardt-Horden in Berlin war für die gesamte Reaktion ein Signal, dem sie folgte, wenn das jeweilige Kräfteverhältnis am Ort es zuließ.

<sup>22</sup> Vgl. das Flugblatt „Ebert oder Ludendorff?“ (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, D. F. VI/13) sowie die Mitteilung der Zentrale der KPD über die auf dem III. Parteitag nicht erledigten Tagesordnungspunkte Die Rote Fahne, 12. März 1920.

## *Staatsstreik und Massenstreik*

kommunisten, Unabhängige, Sozialdemokraten, parteilose Gewerkschafter und christliche Werktätige — den Abwehrkampf mit dem Ziel, den Militaristen einen entscheidenden Schlag zu versetzen und reale Garantien gegen eine Wiederholung eines Militärputsches durchzusetzen. Dieses Bestreben, den Militarismus überwinden, weil er der Todfeind der Demokratie, das Hauptbollwerk gegen gleichen sozialen Fortschritt ist, war der Wesensinhalt des Kampfes der Arbeiterklasse und aller aktiven demokratischen Kräfte gegen den Kapp-Putsch. Hierin liegt die nationale Bedeutung dieses großen Ringens, in dem es letztlich die Entscheidung ging, welche Kräfte die Zukunft der deutschen Nation bestimmen sollten: die Kräfte der Demokratie und des Friedens mit der Arbeiterklasse an der Spitze oder die imperialistische Reaktion und ihre militaristischen Katastrophenpolitiker. Diese Problematik des Kampfes wurde allein von der SPD erkannt, die nachdrücklichst eine konsequente nationale Entscheidung vertritt. Daher ist es zu erklären, daß die Aktionslosungen, die die Kommunisten in den ersten Tagen des Putsches ausgaben (konsequente Durchführung des Generalstreiks, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse, Bildung von Arbeiterräten), von den Arbeitern aufgegriffen und in die Tat umgesetzt wurden.

Erst auf dem Hintergrund dieses gewaltigen politischen Massenstreiks, der in allen Städten und in ganzen Bezirken (Rheinland-Westfalen, Sachsen u. a.) unabhängig von den örtlichen Leitungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, von Arbeiterräten usw. ausgelöst wurde, ist auch die Teilnahme der Beamten an der Abwehrbewegung zu verstehen.

In wichtigen Gebieten des Reiches blieb die Arbeiterklasse nicht bei der Durchführung des Generalstreiks stehen, sondern ging dazu über, Reichswehreinheiten, Zeitfreiwillige, Einwohnerwehren und andere konterrevolutionäre Verbände, die demokratischen Kräfte terrorisierten, zu entwaffnen und selbst bewaffnete Formationen aufzustellen. Solche Beispiele kennen wir aus dem Ruhrgebiet, aus Thüringen, Sachsen, dem Senftenberger Revier und anderen Gebieten. Zu bewaffneten Aktionen gegen die Putschisten kam es auch nicht erst nach dem 17. März, sondern bereits am 15. März, teilweise sogar schon am 13. und 14. Die Behauptung Sternbergers, der Generalstreik sei in seinen Anfängen übergehend eine Demonstration zugunsten der Republik und ihrer legitimen Regierung gewesen und eine Radikalisierung sei erst erfolgt, nachdem Kapp längst verschwunden und die Regierung zurückgekehrt war, kann also nicht aufrechterhalten werden. Im Gegenteil: Die Tatsachen beweisen eindeutig, daß es nicht erst des geschlossenen Generalstreiks bedurfte, um die Putschisten zu stürzen, sondern vor allem auch bewaffneter Aktionen der Arbeiterklasse zur Zerschlagung und Entwaffnung konterrevolutionärer Truppen.

Es ist verständlich, daß die Apologeten des deutschen Imperialismus und Militarismus ängstlich bestrebt sind, diese historischen Tatsachen zu verfälschen und vertuschen. Wäre doch eine objektive Betrachtung dieser Fakten zwangsläufig mit dem Eingeständnis verbunden, daß die Kräfte des Imperialismus einer zielreichen Aktionseinheit der Arbeiterklasse nicht gewachsen sind. Verständlich ist deshalb auch der Versuch Sternbergers, den Kampf der Roten Ruhrarmee als „totale Nachtseite“ des „Unternehmens“ abzutun.

Die glänzende Kampf der Ruhrarbeiter, die in wenigen Tagen das gesamte Ruhrgebiet von konterrevolutionären Truppen säuberten, aber ebenso der Kampf der Arbeiter in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg — hier hatten auch die Landarbeiter großen Anteil an den Kämpfen — und anderen Teilen des Reiches demonstrierten eindeutig, daß die reale Mög-

lichkeit bestand, den deutschen Militarismus niederzuwerfen und wahr demokratische Verhältnisse durchzusetzen, d. h. eben jene Aufgaben durchführen, um die es letzten Endes ging.

Wenn Sternberger sich mit Überlegungen über die Wiederherstellung der Autorität der „verfassungsmäßigen“ Regierung aufhält, den Kampf um eigentlichen historischen Entscheidungen, die ja nur von der KPD richtig kannt und bezeichnet wurden, aber als kommunistische Wirren und dergleichen beschimpft, so ist das nur charakteristisch für seine eigene Position.

Erst die Verschiebung des Kräfteverhältnisses durch die fortschreitende Bewaffnung der Arbeiter, die Zerschlagung von Reichswehreinheiten und gewisse Erschütterung des Staatsapparates sehr zuungunsten der Reaktion anlaßte diese — von den Putschisten bis zu den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern —, ihre Kräfte schleunigst zur Spaltung der Aktionseinheit zur Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter zusammenzuschließen.

Es gibt nur eine Möglichkeit für den deutschen Imperialismus, seine bewaffneten Kräfte vor den vernichtenden Schlägen der einheitlich handelnden Arbeiterklasse zu retten: eben die Spaltung dieser Einheitsfront. Und die Dienst konnten den Imperialisten nur die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer erweisen, die — wie Sternberger am Beispiel Severings andeutet — große Mühe aufwenden mußten, um durch demagogische Verhandlungen und leere Versprechungen die Kampffront der Arbeiter auseinanderzubrechen und damit wortbrüchig die Arbeiterschaft durch Terrorfeldzüge der konterrevolutionären Verbände, einschließlich der Putschistentruppen, blutig niederzuwerfen.

Auf die Frage: Wodurch wurden Kapp und Lüttwitz am 17. März zum Rücktritt gezwungen? ergibt sich aus den historischen Quellen nur eine Antwort: sofort einsetzende geschlossene Abwehraktion der deutschen Arbeiterklasse (Generalstreik und bewaffnete Aktionen) zwang die Putschisten nach vier Tagen zum Rücktritt. Es wurde bald offensichtlich, daß ein längeres Verbleiben der Putschistenregierung an der „Macht“ die reale Gefahr einer Zerschlagung der Reichswehr heraufbeschwor.

Diesen Tatsachen stehen die Geschichtsfälschungen der Apologeten des Militarismus gegenüber, die den Versuch unternehmen, die Reichswehr als Verteidiger der Verfassung und als Gegenpart der Putschisten hinzustellen. So behauptete der ehemalige General Hauck, die Haltung der Offiziere um Seeckt sei die Hauptursache für das Scheitern des Putsches gewesen.<sup>23</sup> In Wirklichkeit munterte Seeckt durch seine Haltung, die in den Worten „Truppe schießt nicht auf Truppe“ gipfelte, die Putschisten zum Lossschlagen. Besonders raffiniert war die Argumentation eines gewissen Dr. Siegbert von Köckritz, der mit der behaupteten Ausrede, Seeckt habe ja als Chef des Truppenamtes (d. h. des Generalstabs — d. Verf.) keine Befehlsgewalt gehabt und daher mit diesem oft zitierten Ausspruch in der nächtlichen Sitzung bei Noske nur „seine Meinung geäußert“, die Regierung den Schwarzen Peter zuzuschieben versucht.<sup>24</sup> Die Haltung Seeckts will Köckritz mit der Behauptung rechtfertigen, bei Beginn des Putsches hätten der Brigade Ehrhardt in Berlin keine genügend starken Truppen entgegen gestellt werden können, so daß im Falle eines Kampfes gegen Ehrhardt die Putschisten Anfangserfolge erzielt und sich die Dinge für die Regierung sehr viel ungünstiger gestaltet hätten. Köckritz widerlegt sich jedoch in seinen

<sup>23</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine, 2. Dezember 1960.

<sup>24</sup> Frankfurter Allgemeine, 18. März 1961.



Artikel selbst, wenn er eingangs vermerkt, daß durch die Absetzung Lüttwitz' am 11. März und aus einigen anderen Gründen dem Putsch das Überraschungsmoment genommen war. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Reichswehr schon vor dem 13. März die Möglichkeit gehabt hätte, Truppen in und um Berlin zur Abwehr des bevorstehenden Putsches zu konzentrieren. In Berlin und Umgebung waren genügend starke Truppen des Reichswehrgruppenkommandos I stationiert, die auch nach dem 13. März hätten gegen die Putschisten zum Einsatz gelangen können<sup>25</sup>, wenn — ja wenn die Reichswehr eben nicht mit den politischen Zielen der Meuterer weitgehend identifiziert wurde. Bezeichnend für den Standpunkt Sternbergers ist, daß er in seinem Artikel wohl solche alten Reaktionäre wie den General Hauck zitiert, nicht aber z. B. die Schrift von Dieter Hertig, der Seeckts Haltung mit den Worten charakterisiert: „und der Gegner der Verfassung links, dann wurde geschossen, stand er rechts, man betrachtete ihn von Seeckt mit Wohlwollen und wartete ab.“<sup>26</sup> Die Reichswehroffiziere betrachteten es gar nicht als ihre Aufgabe, die Regierung oder gar die Demokratie vor den Putschisten zu schützen. Dagegen befürchteten sie von einem bewaffneten Vorgehen gegen Lüttwitz-Truppen eine Zersplitterung, ein Auseinanderbrechen der Reichswehr.<sup>27</sup> Die Generale von Estorff (in Ostpreußen), von Lettow-Vorbeck (in Mecklenburg) und andere gingen mit ihren Truppen offen auf die Seite Kapps und Lüttwitz' über, andere verhielten sich zurückhaltend, weil sie angesichts des sofort einsetzenden Widerstandes der Arbeiterschaft fanden, daß der vermutliche Ausgang des Putsches nicht klar voraussagenbar war. Ihre „Zurückhaltung“, von der Sternberger spricht, erschöpfte sich darin, daß sie ihr Gesicht nicht zeigten; aber unter Ausnutzung der bestehenden Verordnungen, Verordnungen und Ausnahmebestimmungen knebelten sie die demokratischen Kräfte, vor allem die Arbeiterorganisationen, die sich zur Abwehr des Putsches rüsteten. Zudem übte der Vorstoß von Kapp und Lüttwitz auf die Regierung einen Druck aus, was der Reichswehrrführung nicht unerwünscht war, neue Konzessionen zu erteilen. In der von Golo Mann ausnahmsweise kritisch gesehenen Haltung Seeckts, „man würde sehen, wie weit Kapp käme“,<sup>28</sup> können wir allerdings keine „ironisch-neutrale Stellung“ erblicken, sondern im Gegenteil den Standpunkt, die selbstsüchtigen Interessen des deutschen Militärs unter Mißachtung von Verfassung und Eid unter allen Umständen zu verteidigen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist es völlig abwegig, an eine „Heranführung regierungstreuer Truppen“ (nach Berlin) zu denken, wie es Martini<sup>29</sup> In ihren eigenen Darstellungen weisen die Militaristen darauf hin, daß der größte Teil der Truppen des Reichswehrgruppenkommandos I und die Sicherheitspolizei unter den Befehl Kapps stellten.<sup>30</sup> Die Haltung der Reichswehr

---

Vgl. dazu: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940, S. 139 ff. (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, 6. Bd., 2. Reihe).

Frankfurter Allgemeine, 16. Dezember 1960.

Vgl. Fr. v. Rabenau: Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1941, S. 221/222.

Golo Mann: Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1959, S. 671.

Winfried Martini: Freiheit auf Abruf, S. 259.

Vgl. Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, S. 139.

während des Kapp-Putsches unterstrich eindeutig, daß nicht einmal die bürgerliche Weimarer Republik in ihr ein zuverlässiges Machtinstrument besaß, sondern daß sie — in ihrem Wesen antidemokratisch und antinational — ein unfähiges Werkzeug in den Händen der reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klasse, der Monopolbourgeoisie und des Junkertums, war.

Die Haltung der Rechtsparteien entsprang ganz ähnlichen Motiven wie die Reichswehrführung. Wie Sternberger selbst schreibt, haben sie während des Putsches zwar nicht mit Kapp und Lüttwitz direkt verhandelt, aber ihre eigenen politischen Forderungen stimmten mit denen von Kapp-Lüttwitz überein. Sie haben vor einem voreiligen Losschlagen gewarnt, aber während des Putsches durch ihre Hetze gegen die kämpfenden Arbeiter, durch scharfe Angriffe auf die Koalitionsregierung, die ganz der Linie Kapps entsprachen, und durch die Führung der öffentlichen Meinung den Putschisten aktiv politische Unterstützung geleistet. Die Aufrufe der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei vom 13. März stellen eine ziemlich eindeutige Parteipolitik für Kapp dar (der ja auch Vorstandsmitglied der DNVP war). Eine ganze Reihe örtlicher Organisationen der DNVP solidarisierte sich offen mit Kapp.

Sowohl die Spitzen der Reichswehr als auch die Führungen der bürgerlichen Rechtsparteien distanzieren sich erst von Kapp-Lüttwitz, als sich gegenüber der gewaltigen Massenaktion der Putsch offensichtlich als Fehlschlag erwiesen hat. Die erste Stellungnahme der Offiziere des Reichswehrministeriums gegen Kapp-Lüttwitz erfolgte am 15. März, als der Generalstreik bereits im Gange war; den Militärs zum Abtreten veranlaßt wurde Lüttwitz erst am 17. März, als großen Teilen Deutschlands erbitterte bewaffnete Kämpfe der Arbeiter gegen die Putschisten und andere Reichswehrverbände stattfanden. Aufrufe, in denen sich vom Putsch distanzieren, erließen die DVP erst am 18. und die DNVP sogar erst am 19. März.

Selbst Sternberger muß einsehen, daß Erfindungen wie die von Martini als Freund keiner halbwegs ernsthaften Kritik standzuhalten vermögen. Er kann nicht verschweigen, daß die Ansicht, der Kapp-Putsch wäre auch ohne den Widerstand der Arbeiterklasse gescheitert, nicht bewiesen werden kann, sucht sie aber dann durch einen Trick zu retten, indem er die Behauptung aufstellt, ebensowenig sei die entgegengesetzte Ansicht beweisbar, daß nämlich ohne den Widerstand der Arbeiterklasse der Putsch nicht gescheitert wäre. Tut so, als sei jede der vertretenen Ansichten rein hypothetischer Natur: „Wir behaupten keine Notwendigkeit, auch nicht diejenige einer eindeutigen Kausalität.“ Sternberger schließt seinen Artikel, indem er — ausgehend von seiner eigenen methodologischen These — dazu aufruft, generell auf die Erkenntnis der historischen Wahrheit und die Lehren aus der Geschichte zu verzichten: „Analytiker und Schilderer aber sollten sich darauf einigen können, daß sich das innere Triebwerk der Geschichte nicht hineinzublicken vermögen.“

Wir können und werden diesem traurigen Appell nicht folgen. Alle Bemühungen der Geschichtsfälscher im Solde Adenauers und Schröders vermögen die historische Wahrheit nicht zu verdunkeln. Und diese Wahrheit ist, daß im März 1920 die deutsche Arbeiterklasse alle Räder stillstehen ließ, daß die deutschen Arbeiter zur Waffe griffen, um dem militaristischen Spuk ein Ende zu machen. Die Schläge, die den deutschen Militaristen damals versetzt wurden, sind für ihre heutigen Nachfolger, die im Westzonenstaat auf neue reaktionäre Abenteuer sinnen, eine unangenehme Erinnerung.

Für uns sind die Traditionen der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Militarismus und Imperialismus ein Quell der Kraft und der Erkenntnis für den heu-

gen Kampf. Sie waren eine Schule für die deutsche Arbeiterklasse, die im Osten Deutschlands, gestützt auf die Erfahrungen aus diesen Kämpfen, ihre Spaltung überwunden und, geführt von der SED, endgültig mit Imperialismus und Militarismus abgerechnet hat. Die gewaltige Einheitsaktion gegen den Kapp-Putsch zeigte, daß die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie geschlossen auftritt, bestimmt, was in Deutschland geschieht. Sie gehört zu jenen historischen Tatsachen, die uns die Gewißheit geben, daß die deutsche Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen und friedensgewillten Kräften die Demokratie in Westdeutschland wiederherstellen und dem Imperialismus in ganz Deutschland jeden Einfluß auf die Geschicke der Nation nehmen wird.

V. A. VARGA

## Aus der Geschichte der Solidaritäts- und Kampfbeziehungen der deutschen und rumänischen Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1939

In der Geschichte der Arbeiterbewegung jedes Landes nimmt die Entwicklung ihrer Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung einen bedeutenden Platz ein.

Die rumänische Arbeiterbewegung entwickelte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zu einer Zeit, als sich das Zentrum der Arbeiterbewegung von Deutschland nach Rußland verschob. In dieser Zeit unterhielt die rumänische Arbeiterbewegung enge Beziehungen zur II. Internationale, insonderheit zur deutschen Sozialdemokratie, der damals stärksten sozialistischen Partei der Welt.

Die Beziehungen der rumänischen zur deutschen Arbeiterbewegung wurden bisher kaum untersucht, obwohl diese Beziehungen auf eine gute Tradition zurückblicken können. Im folgenden soll versucht werden, eine erste Würdigung dieser Beziehungen vorzunehmen.

Die Beziehungen zwischen den Arbeiterbewegungen beider Länder begannen schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Unter den Vertretern der rumänischen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert befanden sich viele qualifizierte Arbeiter, die zeitweilig in Deutschland gearbeitet hatten und mit der deutschen Arbeiterbewegung in Berührung gekommen waren. In die Heimat zurückgekehrt, waren sie bestrebt, die im Ausland erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse den rumänischen Verhältnissen entsprechend anzuwenden. Die junge rumänische Arbeiterpresse veröffentlichte Meldungen über Streiks und andere Aktionen der Arbeiter, die in Deutschland stattfanden; die rumänischen Arbeiter begrüßten enthusiastisch den von der deutschen Sozialdemokratie erkämpften Sturz des Sozialistengesetzes 1890. Die Verbindung zwischen den Arbeiterbewegungen beider Länder kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Parteivorstand der SPD den Parteitag der im Jahre 1893 gegründeten Sozialdemokratischen Partei der Arbeiter Rumäniens Begrüßungsschreiben sandte. Deutsche revolutionäre Sozialisten wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring und andere waren bei den rumänischen Arbeitern sehr populär. Die Arbeiterzeitung „Lumea Nouă“ veröffent-



lichte Briefe und Artikel Wilhelm Liebknechts und August Bebel. Es wurden Werke von August Bebel, z. B. „Die Frau und der Sozialismus“, verbreitet. Der „Kulturelle Kreis der Lehrlinge“ (Cercul cultural al ucenicilor) in Bukarest hat im Jahre 1909 ein Sympathietelegramm an Karl Liebknecht gesandt. In der Zeitung „Viitorul Social“ erschien der Artikel „Josef Dietzgen“ anlässlich seines 25. Todestages.<sup>1</sup>

Es steht aber außer Zweifel, daß mit dem Übergang zum Imperialismus und dem dadurch bewirkten Erstarken des Opportunismus in den Parteien der II. Internationale, besonders bei der deutschen Sozialdemokratie, auch gewisse opportunistische Auffassungen in die rumänische Arbeiterbewegung eindrangten, die auch eigene, innere Wurzeln hatten.

Die fortschrittlichen Elemente der rumänischen Arbeiterbewegung, mit Stefan Gheorghiu und Alecu Constantinescu u. a. an der Spitze, kämpften unermüdlich gegen die opportunistischen Auffassungen, für die Verteidigung der marxistischen Grundsätze des Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus. Unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905 nahm die rumänische Arbeiterbewegung in den Jahren 1905–1907 einen großen Aufschwung.

Nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges kämpfte das rumänische Proletariat dagegen, daß Rumänien in den Krieg hineingezogen würde. Obwohl die rumänische sozialistische Partei noch keine konsequent leninistische Haltung in der Frage des imperialistischen Krieges einnahm, organisierte sie mächtig Aktionen gegen den Krieg. In der rumänischen Arbeiterpresse wurden der Aufruf der Bolschewiki und der Text der Rede W. I. Lenins, die er 1915 in Zimmerwald gehalten hatte, veröffentlicht. Gleichzeitig drückten die rumänischen Arbeiter ihre Sympathie für die revolutionären Sozialisten Bulgariens, die Engländer, und für die tapfere Haltung der wahren Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, aus, die konsequent gegen Militarismus und Krieg kämpften.<sup>2</sup> Ebenso verfolgte das Proletariat Deutschlands und anderer Länder Europas aufmerksam und solidarisches den heldenhaften Kampf der Arbeiterklasse Rumäniens gegen den Krieg für Brot und Freiheit.

Nach dem welthistorischen Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als die internationale Arbeiterbewegung eine höhere Stufe erreichte, vertiefte sich die Beziehungen zwischen den revolutionären Bewegungen verschiedener Länder, darunter auch Deutschlands und Rumäniens, und erhielten einen neuen Inhalt. Ausdruck dessen war u. a. die Verbindung zwischen den fortschrittlichen rumänischen Arbeitern und den revolutionären Soldaten der imperialistischen deutschen Armee, die Teile Rumäniens besetzt hielt. Zwischen rumänische

<sup>1</sup> Viitorul Social, 1913, Nr. 3, 4.

<sup>2</sup> In der Führung der rumänischen Arbeiterbewegung gab es jedoch hinsichtlich der Haltung dem ersten Weltkrieg gegenüber verschiedene Richtungen. Die Opportunisten und Sozialchauvinisten in der internationalen Arbeiterbewegung waren bestrebt, diese Lage auszunutzen. Der berüchtigte deutsche Sozialchauvinist Südekum kam im Auftrag der deutschen imperialistischen Regierung im September 1914 persönlich nach Rumänien, um die rumänische Arbeiterbewegung zu einer für den deutschen Imperialismus und Militarismus günstigen Stellungnahme zu veranlassen, wofür er von Rosa Luxemburg in einem Brief scharf verurteilt wurde. (Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe I, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 56, 96.)

<sup>3</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Bukarest, Dossier Nr. 8, Fonds 1, S. 2. – Vgl. dazu auch den Aufsatz

## *Solidarität zwischen deutschen und rumänischen Arbeitern*

Arbeitern und deutschen Soldaten wurden Flugschriften und Arbeiterzeitungen ausgetauscht.<sup>3</sup>

Die revolutionären Kräfte beider Länder erhoben sich entschlossen gegen die Versuche des deutschen Imperialismus, dem rumänischen Volke einen imperialistischen Diktatfrieden aufzuzwingen. Während sich die Ausbeuterklassen Rumäniens mit den deutschen Imperialisten verständigten, verteidigten die rumänischen revolutionären Sozialisten entschieden die nationalen Interessen des Landes und verurteilten den Rumänien aufgezwungenen imperialistischen Frieden. In einem Manifest der „Maximalistischen Föderation Rumäniens“ vom Mai 1918 wurde gesagt: „Das brutale Gesicht des deutschen Militarismus kam jetzt bei Gelegenheit dieses Friedensabschlusses deutlich zum Vorschein.“<sup>4</sup> Auch die deutsche Spartakusgruppe, die die Grundsätze des proletarischen Internationalismus vertrat, betonte in ihren an die deutschen Soldaten gerichteten Aufrufen, daß Rumänien „mit Blut und Eisen ein erpresserischer ‚Friedensvertrag‘ aufgezwungen“ worden ist.<sup>5</sup> Ein anderes Flugblatt der Spartakusgruppe wies darauf hin, daß die deutschen Imperialisten „den Frieden von Bukarest zugunsten der Kassenschränke der Deutschen Bank erzwungen“ haben.<sup>6</sup> Dieser Friedensvertrag und die Rumänien gegenüber angewandte schamlose Unterjochungs- und Ausplünderungspolitik sind auch in vielen anderen Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung gebrandmarkt worden.<sup>7</sup>

Der Ausbruch der deutschen Novemberrevolution 1918 löste eine große Begeisterung im rumänischen Proletariat aus. Die Zeitung „Socialismul“, die größtenteils unter dem Einfluß des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei stand und ab 14. November 1918 erschien, begrüßte in flammenden Artikeln diesen Sieg der Werktätigen Deutschlands und veröffentlichte fast in jeder Nummer Nachrichten über die revolutionären Ereignisse. Die Zeitung wies auch die Versuche reaktionärer Kreise der Ententestaaten zurück, die bestrebt waren, das deutsche werktätige Volk für den Krieg und für die Unterjochung und Ausplünderung einer Reihe von Ländern, darunter auch Rumänien, durch den deutschen Imperialismus verantwortlich zu machen. Sie stellte in einem „Unsere deutschen Genossen“ betitelten Artikel fest: „Die Arbeiterschaft Rumäniens soll ihre Ohren nicht der chauvinistischen Hetze zuneigen. Weder das deutsche Volk noch die deutschen Sozialisten, die diesen Namen noch verdienen, haben die Vergewaltigung und Plünderung des rumänischen Volkes gutgeheißen ... Sie haben die Eroberungspolitik ihrer Regierung verurteilt und waren die einzigen, die im bürgerlichen und siegestrunkenen Deutschland, von Kerkerhaft bedroht, die Verteidigung des rumänischen Volkes auf sich genommen und die annexionistischen An-

von Margot Hegemann: Zusammenhänge zwischen der revolutionären Bewegung in Rumänien und der deutschen Novemberrevolution im Jahre 1918. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 3, Berlin 1959.

<sup>4</sup> Documente din istoria Partidului Comunist din România. 1917–1922 (Dokumente der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens), Bukarest 1956, S. 51. Anfang 1918 hat die rumänische revolutionäre Presse auch die Machenschaften des deutschen Militarismus beim Abschluß des imperialistischen Friedens von Brest-Litowsk enttüllt und verurteilt, so z. B. die in Moskau erscheinende Zeitung der rumänischen kommunistischen Gruppe in Rußland „Foiaia Tăranului“ vom 31. März 1918.

<sup>5</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 128.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 249.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, S. 196, 207, 380; Bd. 3, S. 160, 172.

sichten ihrer Regierung und Bourgeoisie gebrandmarkt haben.“<sup>8</sup> In Artikeln w „Deutschland gestern und Deutschland heute“, „Was geschah in Deutschland und anderen würdigte die Zeitung „Socialismul“ voller Liebe die Sache der Revolution, unterstrich die bedeutende Rolle Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und des Spartakusbundes.<sup>9</sup> In der Rubrik „Revolutionäre Gestalten“ hat die Zeitung die Persönlichkeit Karl Liebknechts, Franz Mehrings und andere gewürdigt.<sup>10</sup>

In einem an die rumänischen Soldaten gerichteten Aufruf hieß es: „Die Arbeiter und Bauern Deutschlands, Österreichs und Ungarns sind dem Beispiel des russischen Volkes gefolgt. Die rumänischen Machthaber befürchten, daß die Arbeiter und Bauern Rumäniens das gleiche tun werden ... Gründet auch in Rumänien eine Republik, so wie es die Arbeiter und Bauern Rußlands und Deutschlands gemacht haben ...“ Ein anderer, von einer rumänischen Kommunistengruppe erlassener Aufruf hob hervor: „Deutschland befindet sich in voller gesellschaftlicher Revolution.“ Dieses Flugblatt hob aber auch schon die von der verräterischen Politik der rechten SPD-Führer hervorgerufenen Schwierigkeiten hervor: „Dort waren auch die sozialdemokratischen Führer auf Seiten der Bourgeoisie.“<sup>11</sup>

Das rumänische Proletariat und die rumänische kommunistische Presse verfolgten mit besonderem Interesse die Ereignisse der Bayrischen Räterepublik in Deutschland. In der Zeitschrift „Lupta de clasă“ und in der Zeitung „Socialismul“ erschienen Artikel über den heldenhaften Führer der Räterepublik Eugen Leviné.<sup>12</sup> 1920 wurde in rumänischer Sprache unter dem Titel: „Ein Programm des kommunistischen Kampfes“ das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht.

In dieser Zeit bildeten sich rumänische kommunistische Gruppen in Deutschland selbst, die mit der KPD aufs engste zusammenarbeiteten. So gründete z. B. 1919 rumänische Studenten in München eine Gruppe, deren Mitglieder sich gleichzeitig in die KPD einschrieben. Anfang 1921 – laut Meldungen der rumänischen bürgerlich-gutsherrlichen Gesandtschaft in Deutschland, die den rumänischen Staatssicherheitsorganen zugeschickt wurden – „organisierte man in Berlin neben der örtlichen kommunistischen Partei auch eine rumänische Gruppe“. Den Einfluß dieser Gruppe bewies auch die Tatsache, daß auf ihren Versammlungen „zumeist immer ungefähr 150 rumänische Anhänger“ zusammenkamen.<sup>13</sup>

Mit gleichem Interesse wurden auch die Ereignisse der rumänischen revolutionären Bewegung von den deutschen Kommunisten verfolgt. „Die Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, hat wiederholt die schwere wirtschaftliche Lage Rumäniens und die politische Krise des bürgerlich-gutsherrlichen Regimes geschildert und das ununterbrochene Wachsen des revolutionären Aufschwungs in Rumänien dargestellt. Die Zeitung befaßte sich mit dem Streik der Eisenbahnen und mit dem Generalstreik vom Oktober 1920 und hob die Tatsache hervor, daß in Temesvar die Soldaten auf die Seite der Streikenden übergegangen waren.

<sup>8</sup> Socialismul, 28. November 1918.

<sup>9</sup> Vgl. Socialismul, 20., 28., 30. November, 10. Dezember 1918.

<sup>10</sup> Vgl. Socialismul, 24. Februar 1919.

<sup>11</sup> Dokumente der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens, S. 107 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Lupta de clasă, Oktober 1920, Nr. 7. – Socialismul, 9. Mai 1922.

<sup>13</sup> Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier 4, Fonds 1, S. 8, 15, 26, 28, 106.



Dergleichen befaßte sie sich mit den Bauernunruhen in den Gemeinden Lapusul und Suciul, wo stürmisch eine Agrarreform gefordert wurde.<sup>14</sup>

Anfang 1920 begannen in der deutschen kommunistischen Presse Nachrichten über die Vorbereitung des Kongresses der Sozialistischen Partei Rumäniens zu erscheinen, der die Gründung der Kommunistischen Partei und seinen Anschluß an die Kommunistische Internationale beschließen sollte. Es erschienen dann mehrere Artikel über den ersten Kongreß der Kommunistischen Partei Rumäniens, der vom 8. bis 12. Mai 1921 stattfand, worin u. a. die große Bedeutung der Gründung der KPR unterstrichen wurde.<sup>15</sup> In einem Artikel der „Roten Fahne“ vom 27. Mai 1921 hieß es z. B.: „Mit ihrem starken Einfluß auf die Gewerkschaften bildet diese Partei ... einen neuen Machtfaktor der Balkanrevolution.“

Von Anfang an widmeten die deutsche kommunistische Bewegung und ihre Presse den blutigen Terrorakten, die im bürgerlich-gutsherrlichen Rumänien gegen die revolutionären Arbeiter verübt wurden, große Aufmerksamkeit, äußerten ihre brüderliche Solidarität mit den Verfolgten und protestierten gegen den barbarischen Terror der „Siguranta“ (Sicherheitsorgane) und der Polizei. Die „Rote Fahne“ veröffentlichte am 6. Januar 1921 den „Aufruf der rumänischen Kommunisten an das Weltproletariat“, in dem betont wurde, daß „der Terror in Rumänien nur mit dem zaristischen Terror vor der Revolution von 1905 verglichen werden kann“. In zahlreichen weiteren Artikeln entlarvte die „Rote Fahne“ den weißen Terror in Rumänien, protestierte sie energisch gegen die Massenverhaftungen und Terrorurteile gegen rumänische Arbeiter und Kommunisten.<sup>16</sup>

Unterstützt vom internationalen Proletariat erhob sich die junge Kommunistische Partei Rumäniens, die sich „als eine unabhängige politische Kraft erwies und eine bedeutende Veränderung im politischen Leben unseres Landes hervorrief“<sup>17</sup>, entschieden gegen den blutigen Terror der rumänischen Bourgeoisie und Gutsbesitzer. Auf einem internationalen Kongreß der Kommunistischen Parteien in Berlin, April 1922, an dem auch ein Delegierter der KPR teilnahm, wurde beschlossen, am 1. Mai 1922 in Rumänien gegen die barbarische Behandlung, der die verhafteten Kommunisten unterworfen waren, zu demonstrieren.<sup>18</sup> Im gleichen Jahre hat Clara Zetkin auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale über den grausamen Terror in Rumänien gesprochen.

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches der kommunistischen Parteien veröffentlichte die Zeitung „Socialismul“ am 19. November 1922 einen Aufsatz von Wilhelm Pieck über „Die Arbeit in der Kommunistischen Partei Deutschlands“.

Auch in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus entwickelten sich die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Arbeiterbewegungen Deutschlands und Rumäniens weiter. In einer Zeit, als die Reaktion in Deutschland erstarkte, pflegte man in Rumänien liebevoll das Andenken der Helden der deutschen Arbeiterklasse. Es erschienen Artikel über Karl Liebknecht und Rosa

<sup>14</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 12. März, 27., 29., 30. Oktober, 19. Dezember 1920, 1. März 1921.

<sup>15</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 12. März 1920, 20., 25. Mai 1921.

<sup>16</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 27., 29. Oktober, 19. Dezember 1920, 6. Januar, 15. Februar, 2., 26. April, 4., 29. Mai, 24. Juni 1921.

<sup>17</sup> Gh. Gheorghiu-Dej: Artikel und Reden. Auswahl aus den Jahren 1945–1952, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 10.

Luxemburg. Als das deutsche Proletariat unter den Folgen und Nachwirkungen der Inflation schwer zu leiden hatte, organisierten die werktätigen Frauen Rumäniens eine großangelegte Aktion zur Unterstützung der hungernden Kinder der deutschen Arbeiter.<sup>18</sup>

Die im Jahre 1924 zu illegaler Tätigkeit gezwungene Kommunistische Partei Rumäniens erhielt in ihrem schweren Kampf gegen den bürgerlich-gutsherrlichen Terror große moralische und materielle Hilfe von den deutschen Werktätigen, vor allem von der KPD.

Als im Jahre 1928 Constantin Ivănuş, ein bekannter kommunistischer Führer schwer krank aus dem Kerker entlassen wurde und auf dem Wege zu einem sowjetischen Sanatorium in Berlin starb, gaben ihm 40 000 Berliner Arbeiter das letzte Geleit. Ivănuş wurde auf dem Friedhof der Helden des Proletariats neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beigesetzt. Am offenen Grab hielt Wilhelm Pieck eine letzte Abschiedsrede.<sup>20</sup>

Die Solidaritätsbeziehungen haben sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise (1929–1933) noch mehr vertieft. Viele kapitalistische Staaten, darunter auch Rumänien, wurden von einer gewaltigen revolutionären Welle ergriffen. Die deutsche Arbeiterklasse, geführt von ihrer Kommunistischen Partei, befand sich in den vordersten Reihen der großen Aktionen des internationalen Proletariats gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegsgefahr.

Im rumänischen Proletariat rief die blutige Unterdrückung der Demonstration der deutschen Arbeiter vom 1. Mai 1929 große Empörung hervor.<sup>21</sup>

Mit großer Begeisterung verfolgte die revolutionäre rumänische Arbeiterbewegung die wachsenden Erfolge der KPD bei den Reichstags- und Präsidentschaftswahlen. Diese Erfolge stärkten auch den Mut der revolutionären Kämpfer unseres Landes.

Die rumänische kommunistische Bewegung solidarisierte sich mit dem unerschrockenen Kampf der KPD gegen die Politik der Aushungerung der Massen, gegen den Terror der Vertreter der großen Monopole und der Junker gegen die blutigen Provokationen der Faschisten und gegen die verräterische Spaltungspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie. Im Sommer 1932 schrieb die „Scinteia“, das illegale Zentralorgan der KPR: „Die Kommunisten versäumten nie zu zeigen, daß es keinen wesentlichen Unterschied zwischen Hindenburg und Hitler gibt, daß die beiden bestrebt sind, einen Ausweg aus der Krise durch die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch Faschismus und Krieg zu finden.“<sup>22</sup> Im September 1932 würdigte die „Scinteia“ die mutige Haltung Clara Zetkins, die der ersten Sitzung des Parlaments nach

<sup>18</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RKP(D) Dossier 277, Fonds 1, S. 141.

<sup>19</sup> Socialismul, 4. Februar 1923, 13. Februar 1924.

<sup>20</sup> Vgl. Constantin Ivănuş. Biographie, Bukarest 1956, S. 58/59.

<sup>21</sup> Vgl. Lupta de clasă, Nr. 12/13. Diese Bluttat der deutschen Polizei hat die rumänische bürgerlich-gutsherrliche Presse benutzt, um zum verschärften antikommunistischen Terror in Rumänien aufzurufen. Die Zeitung L'Independence schrieb am 7. Mai 1929:

„Der Minister des Innern wird anerkennen müssen, daß diese Gefahr jetzt in allen Ländern Europas ... besteht, folglich werden unsere regierenden Kreise vorbeugend Maßnahmen treffen müssen, um die Unterschätzung der kommunistischen Unruhe (so verleumdete man die revolutionären Aktionen der Massen – V.A.V.) in unseren Lande zu vermeiden.“

<sup>22</sup> Scinteia, Juli 1932, Nr. 6.

den damaligen Reichstagswahlen präsiidierte und bei dieser Gelegenheit die deutschen Arbeiter zur Einheitsfront gegen den Faschismus aufrief.<sup>23</sup>

Gleichzeitig mit der Popularisierung des heldenhaften Kampfes der KPD gegen die faschistische Gefahr hob die rumänische Arbeiterpresse auch die Erfolge des Kampfes in Deutschland gegen den Krieg hervor, wie zum Beispiel die Bedeutung des Kongresses gegen den Krieg, der im Jahre 1932 in Hamburg stattfand.<sup>24</sup>

Während sich die deutsche kommunistische Bewegung in einem erbitterten und äußerst angespannten Kampf gegen die immer bedrohlicher auftretenden Kräfte des Faschismus befand, äußerte sie gleichzeitig immer wieder ihre Solidarität mit den revolutionären Kämpfen in anderen Ländern, darunter auch mit den Kämpfen in Rumänien. So protestierte z. B. das deutsche Proletariat entschieden gegen die blutigen Ereignisse in Temesvar und Lupeni. „Blutige Zusammenstöße in Rumänien. Temesvarer Gewerkschaftshaus unter Feuer. 250 Kongreßdelegierte verhaftet. Zahlreiche Verwundete“, „Revolutionäre Gewerkschaften Rumäniens aufgelöst“, so lauteten die Schlagzeilen der Artikel der „Roten Fahne“ über die Temesvarer Ereignisse. „Die Rote Fahne“ veröffentlichte auch Artikel über die blutige Abwürgung des heldenmütigen Streiks der Bergarbeiter von Lupeni, z. B. „Die Hölle von Lupeni“, „Das Blutbad in Siebenbürgen“, „Rumänische Polizei erschießt zwanzig Arbeiter“, „28 Opfer der rumänischen Henkerregierung“, „Belagerungszustand in Siebenbürgen“, „Empörungsturm in Siebenbürgen“, „Das Lena-Massaker in Rumänien“.<sup>25</sup> In Deutschland fanden Protestdemonstrationen im Zusammenhang mit den rumänischen Ereignissen statt. Die von den Kommunisten vor dem rumänischen bürgerlich-tuscherherrschaftlichen Konsulat zu Frankfurt (Main) organisierte Demonstration wurde von der Polizei auseinandergeschlagen.<sup>26</sup>

In Berlin wurde ein Manifest herausgegeben, das gegen das Massaker von Lupeni protestierte. Das Manifest wurde von 55 Persönlichkeiten, Schriftstellern, Juristen, Künstlern, unterschrieben. Unter diesen waren Carl von Ossietzky und Ernst Toller, ihnen schlossen sich solche bekannten Persönlichkeiten an wie der Stockholmer Bürgermeister, Fan Noli, der frühere Regierungspräsident Albaniens, französische Intellektuelle, Egon Erwin Kisch und andere.<sup>27</sup>

Im Kampf gegen den Terror der herrschenden Kreise Rumäniens wurde 1929 in Leipzig auch die vom Generalsekretär der Liga für Menschenrechte in Rumänien, C. G. Costa-Foru, verfaßte und „Aus den Folterkammern Rumäniens“ betitelte Broschüre in deutscher Sprache herausgegeben. In dieser Broschüre waren mehrere Erklärungen kommunistischer Häftlinge über die Folterungen, denen sie ausgesetzt waren, enthalten.

In den Jahren 1930–1933 nahm die Versendung kommunistischen Propagandamaterials aus Deutschland nach Rumänien einen großen Umfang an. Außer den Zentralorganen der internationalen kommunistischen Bewegung schickte man nach Rumänien Zeitungen und Zeitschriften wie „Die junge Garde“, „Der junge

<sup>23</sup> Vgl. Scinteia, September 1932, Nr. 8.

<sup>24</sup> Vgl. Scinteia, März 1932, Nr. 3.

<sup>25</sup> Die Rote Fahne, 10., 12. April, 8., 9., 11., 13., 18. August 1929.

<sup>26</sup> Vgl. Cuvintul, 11. August 1929.

<sup>27</sup> Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, Dokument Sign. Int. Rw. 1, Bl. 2, Nr. 67. – Vgl. in diesem Zusammenhang den Artikel von I. Petrovici/I. Toacă: Luptele minerilor de la Lupeni din 1929 (Die Kämpfe der Bergarbeiter von Lupeni von 1929). In: Analele (Bukarest), 1959, Heft 3, S. 71.



Arbeiter“, „Die internationale Jugend“, „Der rote Student“, Broschüren wie „Der Rote Stern“, „Frauenarbeit und Rationalisierung“, „Im Gleichschritt der Millionen“, „Das Weltprogramm der revolutionären Arbeiterjugend“, „Die Geschichte der Sitten und der Kultur des europäischen Proletariats“ usw. (fast alle in deutscher Sprache).<sup>28</sup> In Rumänien wurden auch die vom Berliner Malik-Verlag herausgegebenen fortschrittlichen Bücher sehr verbreitet. Für den Versand des Materials und andere Verbindungen mit der rumänischen und bulgarischen kommunistischen Bewegung veranlaßte man von Berlin aus die Gründung einer speziellen Abteilung bei der Firma „Ost-Export“ in Wien.<sup>29</sup>

Im Jahre 1932, als nach dem V. Parteitag der KPR die revolutionären Kämpfe in Rumänien in eine neue Entwicklungsphase traten, hat die deutsche kommunistische Bewegung erneut gegen den Terror der rumänischen Polizei protestiert. Am 12. Juni 1932 fand ein Tag der Solidarität mit dem Balkan statt.<sup>30</sup>

In der Zeit, als das deutsche Proletariat mit der KPD an der Spitze heldenmütig gegen die Machtergreifung der Faschisten kämpfte, gipfelte der revolutionäre Aufschwung in Rumänien in den glorreichen Kämpfen der Eisenbahn- und Erdölindustriearbeiter, die im Januar/Februar 1933 stattfanden und von der KPR organisiert und geführt wurden.

Die Kämpfe vom Januar/Februar 1933 stellten die größte Klassenschlacht in Rumänien in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen und die erste große Kampfaktion des europäischen Proletariats dar, nachdem Hitler an die Macht gebracht worden war. Diese Kämpfe versperrten eine Zeitlang dem Faschismus in Rumänien den Weg. Genosse Gheorghiu-Dej schrieb: „Gerade zu einer Zeit, als in Deutschland die Hitlerdiktatur errichtet wurde, bedeutete der heldenhafte, von unserer Partei organisierte und geleitete Kampf der Eisenbahner und der Erdölarbeiter nach dem Generalstreik von 1920 einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des rumänischen Volkes und war eine entschlossene Demonstration des Kampfwillens gegen den Faschismus.“<sup>31</sup>

Die revolutionären Kämpfe, die in mehreren Ländern stattfanden, waren Teile des allgemeinen Kampfes des internationalen Proletariats gegen die Gefahr des Faschismus und gegen die Kriegsvorbereitungen. Am 1. Februar 1933 erklärte die „Scinteia“, daß, nachdem in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wurde, die KPD ernsthaft bedroht sei und deshalb „das Proletariat anderer Länder verpflichtet ist, sich zur Verteidigung der Kommunistischen Partei gegen die Schläge, die die faschistische Hitlerreaktion ihr zu geben sich vorbereitet, zu erheben. Die Kommunisten der ganzen Welt — auch die rumänischen Kommunisten — dürfen nicht abseits bleiben, sie müssen die Massenorganisationen des Proletariats mobilisieren, um die blutigen Pläne der deutschen Reaktion und des Faschismus zu entlarven.“

Die rumänische Arbeiterklasse mit den Kommunisten an der Spitze führte einen harten Kampf gegen die herrschenden Klassen des Landes. Dessenungeachtet oder gerade deshalb betrachtete sie es als ihre Pflicht, dem deutschen Proletariat und seinem heldenmütigen Kampf beizustehen und die ungeheuerlichen Blutaten der Hitlerdiktatur zu enthüllen.

<sup>28</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier 480, Fonds 1, S. 33, 35, 13, 14, 15, 54, 56, 31, 26, 195.

<sup>29</sup> Vgl. ebenda, S. 23.

<sup>30</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 15. Januar, 3. März, 19., 21. Juni 1932.

<sup>31</sup> Gh. Gheorghiu-Dej: Artikel und Reden, S. 16/17.

Die rumänische kommunistische Bewegung gliederte sich entschlossen in die große internationale Solidaritätsfront für die deutsche Widerstandsbewegung. In den Parteidokumenten und in der rumänischen kommunistischen Presse wurde an Hand zahlreicher Tatsachen das abscheuliche Antlitz des Faschismus enthüllt. Die Kommunistische Partei Rumäniens verdammt die inszenierten Terrorprozesse wie den von Altona, wo vier Arbeiter zum Tode verurteilt wurden, das Verbrennen fortschrittlicher Bücher und andere Gewalttätigkeiten der Faschisten. Dem Kampf gegen den deutschen Faschismus diente auch die Kampagne vom 1. August 1933 und die Gründung antifaschistischer Komitees, die in den Fabriken, Werkstätten und auf dem Lande die Solidarität des rumänischen Volkes mit dem Kampf des deutschen Proletariats gegen den Hitlerfaschismus dokumentieren sollten.<sup>32</sup> Gleichzeitig hat sich die Verteidigung des deutschen Proletariats immer konsequent mit dem Kampf gegen die Faschisierungsbestrebungen in Rumänien verflochten.

Eine gewaltige Solidaritätsbewegung entfaltete sich in Rumänien für Georgi Dimitroff, den Helden des Leipziger Reichstagsbrandprozesses. Die KPR veröffentlichte in der Presse und in Flugschriften umfangreiches Material, das zur Solidarität aufrief.<sup>33</sup> Fortschrittliche Intellektuelle wie N. D. Cosea, Barbu Lăzăreanu, P. Contantinescu Iași und andere reichten bei der deutschen faschistischen Gesandtschaft in Bukarest ein Protestschreiben ein. Dasselbe unternahmen die Advokaten von der Ilfover Advokatenkammer mit N. Crucianu, M. Witzmann, L. Saraga, M. Bacalu an der Spitze.<sup>34</sup> Die KPR rief die Massen zu Versammlungen, Demonstrationen und Protestaktionen gegen den Leipziger Prozeß auf. In Cluj fand eine große Protestdemonstration der Arbeiter statt, wobei die Unterschriften des faschistischen Konsulats eingeworfen wurden. In Constanza demonstrierten die Hafenarbeiter zusammen mit deutschen Matrosen gegen den Hitlerfaschismus.<sup>35</sup>

Die rumänische kommunistische Presse brachte in Artikeln ständig ihre tiefe Solidarität mit dem Kampf der deutschen Antifaschisten gegen die blutige Hitlerdiktatur zum Ausdruck. So schrieb z. B. die Zeitung „Descătuşarea“ am 1. August 1933: „Trotz dem Terror und der Unterdrückung spannen die revolutionären Arbeiterorganisationen ihre Kräfte im antifaschistischen Kampf an. Die Rote Fahne erscheint... und dringt überall hin. Die Flugblätter der Kommunistischen Partei Deutschlands überströmen die Fabriken und Arbeiterviertel; sie zeigen den Massen das wahre Gesicht der Hitlerdiktatur und rufen sie zur Schaffung der Einheitskampffront für Arbeit, Brot und Vernichtung des Faschismus auf.“ Und weiter hieß es in der Zeitung: „Der Sieg des deutschen Proletariats im Kampfe um die Zerschlagung des Jochs der Hitlerdiktatur wird um so schneller errungen werden, je mehr die werktätigen Massen der ganzen Welt verstehen, daß sie sich dem Kampf anschließen müssen. Wir müssen unseren Kampf gegen den Faschismus und bürgerlich-gutsherrlichen Terror bei uns mit dem Kampf gegen die Frevel- und Mordtaten des Hitlerregimes verbinden.“

<sup>32</sup> Vgl. *Descătuşarea*, 1. August 1933.

<sup>33</sup> Vgl. *Bulletin*, September/Dezember 1933, Nr. 10. — *Scinteia*, 1933, Nr. 12–15; Nr. 1, 9 und 10.

<sup>34</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier S. 273; Dossier 480, Fonds 1, S. 402. — Vgl. dazu auch *Scarlăt Callimachi: Miscarea de solidaritate din România cu Gh. Dimitrov, acuzator al fascismului la procesul de la Leipzig* (Die rumänische Solidaritätsbewegung mit G. Dimitroff, Ankläger des Faschismus im Leipziger Prozeß). In: *Analele*, 1959, Heft 1, S. 13 ff.

<sup>35</sup> Vgl. *Rundschau*, 1933, Nr. 5, 21, 44. — *Clopotul*, 22. September 1933.

den... Auf zum geeinten, solidarischen und entschlossenen Kampf gegen den verbrecherischen Faschismus in Deutschland und in der ganzen kapitalistischen Welt.“

In der Augustnummer 1933 des Zentralorgans der KPR „Scinteia“ hieß es: „Die Streiks in den Betrieben, die Straßendemonstrationen zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit der Kommunistischen Partei an der Spitze nun entschlossener zum Kampf schreitet... Die Umwandlung der nationalsozialistischen Versammlungen in revolutionäre Versammlungen unter den Klängen der ‚Internationale‘... die revolutionären Demonstrationen der in die Arbeitslager gesandten Jugendlichen... sind ein Beweis dafür, daß die Kommunistische Partei tatkräftig und erfolgreich arbeitet.“

Aber auch die deutschen Kommunisten vergaßen in ihrem schweren Ringen nicht den Kampf der Kommunisten anderer Länder, die mit ihren Aktionen gegen Faschismus und Kriegsvorbereitungen den Befreiungskampf in Deutschland unterstützten. So fanden z. B. sogar die eingekerkerten deutschen Kommunisten Gelegenheit, ihre brüderlichen Solidaritätsgefühle mit den Führern der rumänischen Eisenbahn- und Erdölarbeiter, die nach den Kämpfen vom Januar/Februar 1933 vor Gericht gestellt wurden, zum Ausdruck zu bringen. In einem Flugblatt des ZK der KPR vom Jahre 1934 hieß es: „Sogar im versklavten Deutschland... haben die Arbeiter protestiert und telegraphisch und schriftlich die Befreiung der Eisenbahnarbeiter gefordert.“<sup>36</sup> Bisher nicht bekannt war auch die Tatsache, daß z. B. von Wroclaw über Österreich nach Rumänien Flugblätter, Bücher und andere aus Deutschland gerettete kommunistische Schriften geschickt wurden.<sup>37</sup> Desgleichen fand am 25. April 1933 in Wien eine internationale Konferenz kommunistischer Delegierter aus mehreren europäischen Ländern statt, wo u. a. Maßnahmen zur Unterstützung der aus Deutschland emigrierten Kommunisten erörtert wurden. Auf dieser Konferenz, an der auch sechs rumänische Delegierte, unter ihnen Bernath Andrei, teilnahmen, wurde beschlossen, eine Anzahl von Emigranten in Rumänien aufzunehmen.

Einen besonders wichtigen Platz im Rahmen des Solidaritätskampfes der Werktätigen Rumäniens nahm die Kampagne zur Verteidigung und Rettung des verhafteten Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, ein. Diese Kampagne war ein großartiger Ausdruck des proletarischen Internationalismus der rumänischen Werktätigen. „Kämpft für den Genossen Thälmann!“, „Rettet den Genossen Thälmann!“, „Thälmann in Gefahr“, „Befrei Thälmann“, „Für die Befreiung Thälmanns“, „Das Proletariat der ganzen Welt bildet eine Mauer um Thälmann und um alle Antifaschisten“, „Am Tage Thälmanns“ (1936, zum 50. Geburtstag), so lauteten Jahr um Jahr zahlreiche Aufrufe, Flugblätter und Artikel der kommunistischen und antifaschistischen Presse.<sup>38</sup>

Die rumänischen Werktätigen verfolgten mit Bewunderung die mutige und konsequente Haltung Ernst Thälmanns den faschistischen Henkern gegenüber.

<sup>36</sup> Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens, Bukarest 1951, S. 233.

<sup>37</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier 480, Fonds 1, S. 94. Ein Transport solcher Pakete soll am Wiener Bahnhof beschlagnahmt worden sein (ebenda).

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, S. 145–147.

<sup>39</sup> Descătuşarea, Februar/März, September/November 1934. – Scinteia, März, 27. März 1934, 1. August 1934, Januar, 1. Mai 1936.



Die „Scinteia“ schrieb am 1. August 1934: „Die rumänischen Arbeiter werden den Genossen Thälmann nicht vergessen.“ In der Januar-Nummer 1936 der gleichen Zeitung hieß es: „Der Kampf für die Befreiung des Genossen Thälmann, des unerschrockenen Kämpfers und Führers des deutschen Proletariats, ist eine Ehrensache der Arbeiter der ganzen Welt. Durch seinen gegen den Faschismus und für die Befreiung des deutschen Proletariats vom kapitalistischen Joch geführten Kampf ist der Hamburger Hafenarbeiter, der Kämpfer auf den Hamburger Barrikaden von 1923, zum Vorkämpfer des Weltproletariats geworden.“

Die KPR veranstaltete Protestaktionen und -versammlungen in den Betrieben für die Verteidigung Thälmanns. Protestschreiben wurden an die faschistische deutsche Gesandtschaft in Rumänien geschickt oder durch Delegationen überbracht. Es bildeten sich Thälmann-Komitees in verschiedenen Zentren Rumäniens. Man verbreitete Briefmarken mit dem Bild Thälmanns. Kampfaktionen des rumänischen Proletariats, wie z. B. die vom 1. August 1933 und andere, und der Kampf gegen die Faschisierung des Landes wurden mit dem Kampf für die Befreiung Thälmanns verbunden. Der 6. und 7. Juli 1935 wurde zum internationalen Kampftag für seine Befreiung aus den Fängen der Faschisten erklärt.<sup>40</sup> Das Thälmann-Komitee von Braşov verbreitete einen von Ilie Cristea und 2 rumänischen, ungarischen u. a. Arbeitern und Intellektuellen unterschriebenen Aufruf, in dem zur Zusammenarbeit mit dem internationalen Komitee, das für die Befreiung Thälmanns gebildet wurde und dem Persönlichkeiten wie Henri Barbusse, Romain Rolland, Prof. Dr. Langevin und andere angehörten, aufgefordert wurde. Das Komitee sandte ein Protesttelegramm an den Justizminister nach Berlin und organisierte ausgedehnte Solidaritätsaktionen.<sup>41</sup>

Im Kampf für die Schaffung einer Einheitsfront der rumänischen Arbeiter gegen die faschistische Gefahr und die der Kriegsvorbereitung erklärte das Zentralkomitee der KPR in einer Flugschrift, daß die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei die Vorschläge der Kommunistischen Partei Rumäniens nicht annehmen, die u. a. lauteten: Gemeinsamer „Kampf für ... die Befreiung der rumänischen politischen Häftlinge...“, für die Befreiung Thälmanns wie auch anderer Antifaschisten, die in den Kerkern Deutschlands, Österreichs und anderer Länder schmachten, aus den Fängen der faschistischen Bestien“.<sup>42</sup> Auf Veranlassung der KPR gab die rumänische „Rote Hilfe“ eine Broschüre mit dem Titel: „Thälmann. Es lebe der Führer der deutschen Arbeiterklasse!“ heraus, in der das Leben und die Tätigkeit Thälmanns und der KPD und die ernst Thälmann drohende Gefahr geschildert wurden. Die Broschüre rief zum Kampf für die Befreiung und Rettung Thälmanns auf. Ein Kapitel der Broschüre trug die Überschrift: „Thälmann — Freund des rumänischen Volkes.“<sup>43</sup> Die Kommunistische Partei Rumäniens hat mit tiefer Empörung die von der Hitlerdiktatur gegen die deutschen Arbeiter begangenen Verbrechen verurteilt. Sie hat dabei stets den engen Zusammenhang des Solidaritätskampfes für das deutsche Proletariat mit dem Kampf gegen die Faschisierung Rumäniens und

<sup>40</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier B, S. 286; Dossier 480, Fonds 1, S. 437/438; Dossier 120, Fonds 1, S. 80, 81, 83.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, Dossier 478, S. 287.

<sup>42</sup> Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens, 1934–1937, Bukarest 1957, S. 160 ff.

<sup>43</sup> Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Quote Eb. X-2, Dossier 33 092, S. 36/37.

gegen die Kriegsvorbereitungen unterstrichen. In einem Manifest des ZK der KPR vom Jahre 1934 hieß es: „Kämpft weiterhin für die sofortige und endgültige Befreiung der heldenmütigen Eisenbahnarbeiter! Durch einen noch härteren und kraftvollen Kampf... für Solidarität und Unterstützung der Arbeiter, die sich in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des faschistischen Deutschlands befinden.“<sup>44</sup> Das Zentralorgan „Scinteia“ schrieb am 15. September 1934 über den Umfang der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem deutschen Proletariat und erklärte hierzu: „Auch die Werktätigen Rumäniens werden sich dieser Pflicht nicht entziehen. Voller Bewunderung für den Kampf in Deutschland... stellen wir uns in die Reihen der Solidaritätsfront. Auch für uns kämpft ihr, deutsche Genossen. Euer Erfolg ist auch unser Erfolg. Und wir stehen euch zur Seite.“

Unsere Partei benutzte alle Möglichkeiten für den antifaschistischen Kampf. Die legalen, von der KPR geleiteten Zeitungen entfalteten eine große Aktion für die Befreiung des Antifaschisten Carl v. Ossietzky, sie befaßten sich mit dem Massenprozeß von Wuppertal, wo 600 Personen angeklagt wurden, und sie entlarvten ständig die Freveltaten und Bestialitäten des Faschismus.<sup>45</sup>

Auf Initiative der KPR fanden in diesen Jahren eine Anzahl antifaschistischer Demonstrationen vor der faschistischen deutschen Gesandtschaft und vor ihren Konsulaten statt. Im August 1935 bewarfen Demonstranten das Gebäude des Brasover Konsulats und später das des Oradeaer Vizekonsulats mit Steinen.<sup>46</sup> An diesen antifaschistischen Aktionen nahmen Werktätige verschiedener Nationalitäten, darunter auch Deutsche, die in Rumänien lebten, teil. Die „Siguranza“ stellte im Jahre 1935 besorgt fest, daß auf einer internationalen antifaschistischen Konferenz der außerhalb Deutschlands lebenden deutschen Bevölkerung auch Vertreter der deutschen nationalen Minderheit aus Rumänien teilnehmen werden.<sup>47</sup>

Auch in den folgenden Jahren erschienen in der kommunistischen Presse Rumäniens weiterhin Artikel über den heldenhaften Kampf der deutschen Kommunisten. Die Presse gab z. B. ausführlich den von Wilhelm Pieck auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935) gehaltenen Bericht wieder.<sup>48</sup>

Indem die Kommunistische Partei Rumäniens ständig die Freveltaten der deutschen Faschisten und ihre Aggressionspläne enthüllte, zeigte sie zugleich den Massen die Mitschuld der rumänischen Bourgeoisie und Gutsherren an der Politik des deutschen Faschismus. Sie entlarvte die niederträchtige Rolle der rumänischen „Eisernen Garde“, einer Hitleragentur, und die Rolle anderer faschistischer Organisationen in Rumänien.

Auf Grund dieser Tatsachen hob die KPR die dringende Notwendigkeit hervor, die Einheitsfront des Proletariats und die antifaschistische Volksfront zu

<sup>44</sup> Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens, 1934 bis 1937, S. 110.

<sup>45</sup> Vgl. Soarele, 10. September 1935. — Atlas, 11. April 1936. — Vremuri Noi, 1936, Nr. 3. Ecoul, 15. Juli 1934.

<sup>46</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier 480, Fonds 1, S. 442/443. Die ins Gebäude des Brasover Konsulats geworfenen Steine waren in Flugblätter eingehüllt, auf denen Losungen standen, z. B.: „Nieder mit der Teuerung!“, „Nieder mit dem faschistischen Terror!“, „Wir fordern die Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten!“, „Nieder mit dem blutigen Terror Hitlers!“

<sup>47</sup> Vgl. Zentralarchiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der RAP, Dossier 480, Fonds 1, S. 440.

<sup>48</sup> Vgl. Scinteia, 20. August 1935.

affen. In einem an die Mitglieder der anderen rumänischen Arbeiterparteien gerichteten Manifest des ZK der KPR hieß es: „Wir erinnern euch an die tragischen Lehren des deutschen und österreichischen Proletariats, wo der Faschismus infolge der Spaltung der Arbeiterklasse gesiegt hat... Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die antifaschistische Volksfront!“<sup>49</sup>

Die Kommunistische Partei Rumäniens – gemeinsam mit der ganzen internationalen Arbeiterbewegung – widmete den Machenschaften des deutschen Faschismus zur Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges große Aufmerksamkeit. Sie betonte ständig, daß der Faschismus Krieg bedeute. Sie warnte die rumänischen herrschenden Kreise vor einer Politik der Annäherung an das faschistische Deutschland. Die KPR hat die gegen Österreich verübte Aggression, den Münchener Verrat und die Unterjochung der Tschechoslowakei verurteilt. Zugleich zeigte sie den Massen, daß diese Verbrechen von einer Verärgerung des Terrors in Deutschland selbst begleitet sind und daß dadurch die Gefahr einer Unterjochung Rumäniens zunimmt. Am 28. Februar 1938 stellte die „Scinteia“ fest: „Was Rumänien anbetrifft, so ist es bekannt, welchen Gefallen sich sein Weizen und Erdöl bei den Hitleristen erfreut, die laut Görings Worten ‚unbedingt nützlich für Deutschland‘ sind.“ Der König und seine Clique trieben eine Politik, die Rumänien in ein Kriegsabenteuer an der Seite Deutschlands hineinziehen mußte. In vielen Artikeln entlarvte die kommunistische Presse die Vorbereitungen zum Abschluß des verräterischen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages, der den Zwecken der faschistischen Kriegsmaschine diene und den Lebensinteressen des rumänischen und deutschen Volkes widersprach.<sup>50</sup> Die KPR stellte in diesem Kampf die Losung auf: „Keine Konzessionen zugunsten des faschistischen Deutschlands!“ Nach dem Abschluß dieses Vertrages am 23. März 1939 war die Kommunistische Partei Rumäniens die einzige Partei, die den antinationalen Charakter und den wahren Zweck dieses Vertrages – die Versorgung der faschistischen deutschen Kriegsmaschine zu sichern – entlarvt hat.

Die guten Traditionen der Solidaritäts- und Kampfbeziehungen zwischen der deutschen und der rumänischen Arbeiterbewegung zeigen uns, daß trotz der Anfeindungen der deutschen Imperialisten und Militaristen Rumäniens gegenüber angewandten Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik, trotz des nationalen Verrats der rumänischen Bourgeoisie die Ideen des revolutionären Marxismus in der Arbeiterklasse beider Länder mit ihren kommunistischen Parteien an der Spitze stets lebendig und die Grundlage ihrer engen Zusammenarbeit waren. Die Ideen des Marxismus-Leninismus, der proletarische Internationalismus und die brüderliche Solidarität waren das Licht, dem sie im Kampf für Freiheit, Frieden und Sozialismus gefolgt sind.

Nach der Befreiung Rumäniens und Deutschlands vom faschistischen Joch durch die ruhmreiche Sowjetarmee und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik beschritten unsere Völker unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien den Weg zur Freiheit und vollenden den Aufbau des Sozialismus gemeinsam im Rahmen des mächtigen sozialistischen Lagers der Sowjetunion an der Spitze.

<sup>49</sup> Dokumente zur Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens, 1934–1937, S. 299/300.

<sup>50</sup> Vgl. Scinteia, 24. Januar, 8. Februar 1939.



# Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

---

## Über die Erfahrungen mit einem Hilfsmittel bei der systematischen Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Dresden

Als wir anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands in Dresden eine Ausstellung organisiert hatten, wurde die Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung kritisiert, daß die Tafel mit der Aufzählung der *Aktivisten der ersten Stunde* unvollständig und ungenau war. Die Vervollständigung unserer Kenntnisse dieser Aktivisten wurde um so dringender, als der Rat der Stadt Dresden anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik eine besondere Ehrung vorbereitete. Deshalb ergriff die Stadtkommission die Initiative und stellte mit allen diesen hervorragenden Menschen eine feste Verbindung her. War dies doch gleichzeitig die beste Gelegenheit, die schon lange fälligen Berichte unserer Genossinnen und Genossen, aber auch der parteilosen und in den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien organisierten Menschen, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatten und nach dem 8. Mai 1945 sofort mit ans große Werk gegangen waren, endlich zu erhalten.

Zuerst gaben wir über die fünf Stadtbezirkskommissionen einen Erfassungsbogen für jeden Aktivisten der ersten Stunde aus, auf dem er zunächst nuschelwortmäßig und chronologisch niederschrieb, an welchen politischen Ereignissen er beteiligt war. Wir sagten ihm gleichzeitig, daß wir über einzelne Begebenheiten später noch persönlich mit ihm sprechen würden.

Innerhalb eines halben Jahres erhielten wir rund 500 dieser Bogen zurück. Aus ihnen geht neben der Adresse und dem Geburtstag hervor, in welchen Organisationen und an welchen Aktionen der Betreffende mitgewirkt hat und wer das bezeugen kann. Wir konnten auf diese Weise auch noch viele als Zeugen benannte Personen registrieren, die in den Stadtbezirken gar nicht mehr bekannt sind (man muß bedenken, daß Dresdens Stadtkern auf 15 qkm restlos zerstört war und viele Genossen und Freunde in Funktionen außerhalb Dresdens tätig sind).

Jetzt begann die Auswertung der Erfassungsbogen. Dabei ließen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- a) eine wissenschaftlich exakte Geschichtsschreibung braucht einwandfreie Tatsachen und kann sich nicht mit subjektiven Eindrücken begnügen; \*
- b) die wichtigsten Ereignisse wurden von einer Vielzahl von Menschen erlebt, die sie aber unterschiedlich in Erinnerung haben. Deshalb wurde es notwendig, die Angaben zu vergleichen, um die exakte Tatsache endgültig ermitteln zu können;
- c) da es praktisch unmöglich ist, daß ein einzelner diese Feststellungen erarbeitet, mußte ein System gefunden werden, um die Arbeit auf viele Schultern verteilen zu können. Einen Fragebogen, auf dem sich eine Fülle Faktenangaben befinden kann, man nicht auseinandernehmen. Diese Angaben, jedoch jede für sich aus

## Über die Erfahrungen mit einem Hilfsmittel

siner besonderen *Karteikarte* festgehalten und dann über ein *Schlagwortregister* miteinander verbunden, gestatten eine differenzierte Arbeitsteilung, wobei je nach der Problemstellung einzelne Faktengruppen herausgegriffen werden können.

Wir übernahmen ein methodisches System, das vor Jahren am Institut für Kunsterziehung bei der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin entwickelt wurde und das inzwischen seine Bewährungsprobe bestanden hat. Es besteht aus einer Karteikarte im Format DIN A 4, zur Hälfte gefaltet, und einem Schlagwortregister. Für jeden unserer gesuchten Aktivisten wurde eine Karteikarte ausgestellt.

Im Dresdner Stadtmuseum lag außerdem bereits eine Reihe Biographien von Bürgern, die nicht Aktivisten der ersten Stunde waren. Diese Lebensberichte erfaßten wir auch mittels unserer Kartei.

Die Karteikarten erhalten die Bezeichnung B (Biographie), Geburtsjahr und Ordnungszahl (laufende Nummer). Das sieht z. B. so aus:

B	1905	Titel oder Name
Ordnungszahl	1	Max Müller, Dresden A 1, Bergstraße 11
Quelle		
Autor:		Hans Fischer (Max Müller konnte wegen Krankheit selbst nicht schreiben)
Werk:		Lebenslauf
Fündort:		Archiv Stadtmuseum
Schlagworte:		Kinderelend / Roter Jungpionier / KJVD / Ausbeutung / Novemberrevolution / Spartakusbund / Kapp-Putsch / Streikkämpfe / Aktionseinheit / Erwerbslosenbewegung / illegale Arbeit / Widerstandsgruppe Hans Schulz / Aktivist der ersten Stunde / Antifakomitee / Arbeitseinsätze / Stadtverwaltung / Vereinigung KPD-SPD / Enteignung der Kriegsverbrecher / Hennekebewegung / Zweijahresplan / Gründung der Republik / erster Spatenstich auf dem Altmarkt / Schätze kehren heim / Kulturzentrum Rähnitzgasse
Name:		Ernst Gärtner / Hanne Beier / Oswald Heinze
Orte:		Dresden / Waldheim / Buchenwald / Berlin / Dresden
Bilder:		Rote Jungpioniere auf dem Theaterplatz / Arbeitseinsatz Brücke der Einheit
Anmerkungen:		Wegen illegaler Arbeit ist noch zu befragen Genosse Fritz Scheinpflug

Um eine wirkliche Fundgrube für exakte Forschung zu schaffen, braucht man aber unbedingt noch die *Faktenkartei*. Wenn die vier Sektionen der Stadt-Kommission, die wir für die Perioden: bis 1914, von 1914 bis 1933, von 1933 bis 1945 und ab 1945 gebildet haben, richtig arbeiten wollen, brauchen sie doch Hinweise, wo sie etwas finden. So haben wir z. B. eine Karteikarte „Sozialisten-gesetz“ mit der Bezeichnung F (Fakt) 1878/1. Autor ist Robert Wirth, der diese Zeit als junger Mensch erlebt und darüber geschrieben hat.

Ein weiteres Beispiel: Ein Genosse schickte uns kürzlich Notizen über seine Teilnahme an der Arbeit der illegalen Bezirksleitung der KPD Sachsen im Jahre 1933. Diese Notizen schrieben wir in die Innenseite einer Karteikarte mit der Bezeichnung F 1933/1, Titel: Illegale Bezirksleitung der KPD Sachsen. Da

uns aus der Stichwortkartei bekannt war, daß ein anderer Genosse auch an dieser Arbeit beteiligt gewesen ist, baten wir diesen um Stellungnahme zu dem Brief. Die Antwort schrieben wir auf eine neue Karte mit der Bezeichnung F 1933/2. Sie enthielt u. a. einige Richtigstellungen in bezug auf Namen und Zeit. Die Sektion Widerstand wird nun alle in den beiden Berichten genannten Personen anschreiben, damit sie ebenfalls berichten, was ihnen aus dieser Arbeit noch erinnerlich ist. Über jeden Bericht legen wir eine neue Karte an. Zuletzt wird man alle Beteiligten zu einem Gespräch einladen, um den endgültigen Bericht zu formulieren, der dann als überprüftes einwandfreies Material beim Stadtmuseum verbleibt. (Abschriften von Berichten allgemeinen Interesses erhält das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.)

Für die Stichworte und Namen legten wir uns eine Stichwortkartei an, bestehend aus linierten Karten im Format DIN A 6. Zum Beispiel: Kapp-Putsch 1920 in Dresden

F/1920/1	B/1899/2	B/1902/1	B/1899/3	B/1897/6
B/1900/1	B/1894/5	B/1898/6	F/1920/2	B/1890/2
B/1891/6	B/1901/2		B/1889/1	B/1891/4

Die unterstrichenen Zahlen bedeuten: Wir haben Karteikarten über den Kapp-Putsch. Die restlichen Zahlen geben an, welche Genossen und Freunde erwähnten, daß sie an den Kämpfen gegen den Kapp-Putsch teilgenommen haben, ohne daß sie schon ausführlich darüber berichteten. Wird nun von der Sektion, die die Periode der Weimarer Republik erforscht, beschlossen, alles Material über die Niederwerfung des Kapp-Putsches in Dresden zu sammeln, so wird sie sich an alle in der Stichwortkartei genannten Teilnehmer wenden und sich von ihnen berichten lassen.

Das von uns angewandte System ist deshalb wertvoll, weil es gestattet, daß man Beziehungen und Verbindungen feststellen und aufdecken kann, an die man bei der Niederschrift der Karteikarte noch gar nicht denken konnte, d. h. der einzelne in einer Karteikarte einmal festgehaltene Fakt kann so immer wieder für die verschiedensten Betrachtungen nutzbar gemacht werden. Wir haben z. B. festgestellt, daß in Dresden rund 50 Widerstandsgruppen gegen den Faschismus bestanden haben müßten. (Das wird von der Sektion Widerstand noch genau untersucht.) Auf der anderen Seite können wir aber auch mit Hilfe der Stichwortkartei z. B. Auskunft darüber geben, wer mit wem illegale Verbindung hatte. Hinter Decknamen konnten wir den Träger finden, von dem manche Widerstandskämpfer bis heute nicht wußten, welcher Kampfgefährte ihn trug. Wir wissen auch durch unsere Kartei, wer zu den einzelnen Antifaschismuskomitees, Frauen- und Jugendausschüssen in den Stadtbezirken, deren Geschichte auch geschrieben werden muß, gehörte.

Das strenge Einhalten des chronologischen Prinzips für den Kartei-Index (z. B. bei Fakten das Jahr des Ereignisses, bei Biographien das Geburtsjahr) gestattet es, bestimmte Perioden mühelos herauszugreifen und stellt eine sehr qualifizierte Unterstützung der exakten Forschungsarbeit der einzelnen Sektionen unserer Stadtkommission dar.

Die Stadtleitung der SED in Dresden beschloß z. B. die Herausgabe einer Broschüre aus Anlaß des 15. Jahrestages der Vereinigung beider Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Auf der Grundlage der Beschlüsse und Dokumente des Zentralkomitees der Partei wurde der Arbeit an der Broschüre eine ideologisch-theoretische Konzeption der Hauptetappen des Vereinigungsprozesses und seiner historischen



## *Über die Erfahrungen mit einem Hilfsmittel*

Die auch aktuellen Bedeutung zugrunde gelegt. Um ein möglichst genaues Bild über den örtlichen Verlauf der Vereinigung zu erhalten, bedurfte es u. a. auch der Erschließung aller Erinnerungen von Genossen, die aktiv an diesem Kampf und den entscheidenden „Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des gesamten deutschen Volkes“<sup>1</sup> teilgenommen hatten. Auf der Antwortkarteikarte „Vereinigung KPD-SPD“ sind alle bisher bekannten Genossen registriert, die angegeben hatten, daß sie aktiv an der Vereinigung mitgewirkt haben. Unsere Kartei wurde wiederum zu einem wertvollen Instrument, um die an der Broschüre arbeitenden Genossen zu befähigen, auf kürzestem Wege die von ihnen benötigten Erinnerungen zu erhalten und auswerten zu können.

Dieses von der Stadtkommission benutzte Hilfsmittel hat bereits gute Auswirkungen auf die Forschungsergebnisse gehabt. So benutzen z. B. viele Studenten des Pädagogischen Instituts und wissenschaftliche Mitarbeiter der Technischen Hochschule Dresden für ihre Staatsexamens- bzw. Diplomarbeiten schichtliche Themen aus der Dresdner Arbeiterbewegung. Diese jungen Menschen finden mit Hilfe der Kartei nicht nur die Berichte der Arbeiterveteranen, sondern sie nehmen mit ihnen direkt Verbindung auf und lassen sich erzählen. Es bereichert ihre Arbeiten ungemein, hilft aber gleichzeitig auch der Stadtkommission, bestimmte Ereignisse wissenschaftlich zu erforschen und niederzulegen. Einige dieser Arbeiten gaben wir schon als Broschüre heraus. Die vorliegenden Resultate ermutigen uns, dieses Hilfsmittel zur Ermittlung und Systematisierung von Fakten, wichtigen Daten, Personen, Ereignissen und deren Bewertung noch besser zur Ergänzung der primären Quellen, wie der Beschlüsse und Protokolle der Partei, zu nutzen. Nur kommt es jetzt darauf an, durch eine vom Büro der Stadtleitung beschlossene Konzeption, exakte Arbeitspläne für jede Sektion zu erarbeiten, die geeignet sind, auch den politischen Kampf der Partei in der jeweiligen Situation wirksam zu unterstützen.

*Erna Gute/Herbert Gute*

### *Schlußbemerkung*

Durch diesen Bericht informiert die Stadtkommission Dresden alle Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung wie auch alle Parteihistoriker über ihre Erfahrungen mit einem Hilfsmittel im Rahmen ihrer Forschungsarbeit. Um die Arbeit in den Kommissionen zur Erschließung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung weiter zu verbessern, scheint es der Redaktion begrüßenswert, wenn alle jene Parteihistoriker unserer Zeitschrift ihre guten Erfahrungen mit solchen Hilfsmitteln zum Erfahrungsaustausch zur Verfügung stellen würden.

*Die Redaktion*

---

Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 13.

### Neue Publikationen polnischer Historiker zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schlesien

Im Jahre 1959 erschien in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ ein Artikel von K. Popiołek, der die wichtigsten von 1945 bis 1958 herausgegebenen Arbeiten polnischer Historiker zur Geschichte Schlesiens behandelte.<sup>1</sup> Wir möchten diese Information fortsetzen. Jedoch soll hier nur von den Forschungsergebnissen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schlesien, die in den Jahren 1958, 1959 und teilweise 1960 publiziert wurden, die Rede sein. Der Bericht beschränkt sich darauf, den Themenbereich der einzelnen Autoren und einige für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Schlesien besonders interessante Probleme zu vermerken.

Im Jahre 1958 konnte man auf dem Gebiet der Erforschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung Polens gewisse neue Momente beobachten, denn es erfolgte eine weitere Belebung der Forschungs- und Publikationstätigkeit. Im Landesmaßstab erschien seit diesem Jahr eine neue, ausschließlich der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmete Vierteljahreszeitschrift, „Z. P. Walki“, und die Anzahl der Veröffentlichungen, die das uns interessierende Gebiet behandeln, stieg. Die Publikationen und die Zeitschriften, die in den Forschungszentren Schlesiens, in Wrocław, Katowice und Opole herausgegeben wurden, enthielten neue der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmete Arbeiten.

Das Ergebnis der breit organisierten Erforschung der Quellenmaterialien zur Geschichte der Entwicklung der Arbeiterklasse in den polnischen Gebieten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts widerspiegelt sich in der „Auswahl von Quellentexten“, die reichhaltige Materialien aus den Industriezentren Schlesiens enthält.<sup>2</sup> In diesem Band, der im Rahmen der Arbeiten des Komitees der Polnischen Akademie der Wissenschaften zur Feier des Mickiewicz-Jahres vorbereitet wurde, finden wir Materialien, die in gewissem Grade die Entwicklung und die Lage der Arbeiterklasse, besonders aber den Klassenkampf des Proletariats deutlich machen. Sie betreffen u. a. den Aufstand der schlesischen Weber im Jahre 1844, das Auftreten der oberschlesischen Bergleute im Jahre 1847 und die revolutionären Kämpfe auf den Barrikaden von Wrocław 1849.

---

<sup>1</sup> Vgl. Kazimierz Popiołek: Die Arbeiten polnischer Historiker zur Geschichte Schlesiens. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 4, S. 880–888.

<sup>2</sup> Wybór tekstów źródłowych do historii kształtowania się klasy robotniczej w ziemiach polskich w XIX w. (Auswahl von Quellentexten zur Geschichte der Entwicklung der Arbeiterklasse in den polnischen Gebieten im 19. Jahrhundert). Text bearbeitet von W. Długoborski, H. Dobrowolski, A. Eisenbach – Redaktion N. Gaszewska, Wrocław 1958.

Viele Einzelheiten über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Schlesien enthält eine Sammlung der Abhandlungen und Artikel von A. Próchnik.<sup>3</sup> Diese Arbeiten, die zum großen Teil in den Jahren 1933–1939 zum erstenmal veröffentlicht wurden, behandeln u.a. die Tätigkeit des von Lassalle geleiteten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, das Eindringen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in Schlesien usw. Interessant sind in dem Artikel „Editorische Tätigkeit des Proletariats“ die Informationen über die Verbindungen der Wrocłauer-Mitglieder der Partei „Proletariat“, S. Mendelson und S. Padlewski, wie überhaupt die Verbindungen der Partei mit Wrocław. Der Verfasser stellt fest, daß die Kenntnis der Anfangsperiode der Propaganda des Sozialismus im preussischen Okkupationsgebiet eine Reihe von grundlegenden Schlußfolgerungen erlaubt: der Sozialismus begann sich dort früher zu entwickeln als in den anderen Bezirken; er entwickelte sich unter der Führung und Initiative der deutschen Sozialdemokratie; an dieser Bewegung beteiligten sich auch die polnischen Arbeiter und Handwerker; es bildete sich in dieser Zeit eine Gruppe von bewußten polnischen Sozialisten heraus, jedoch erstickten die Bismarck'schen Ausnahmegesetze diese junge Bewegung.

Nicht weniger interessant ist die Arbeit von S. Schwann, die den Korrespondenzen von Karl Marx für die „Neue Oder-Zeitung“ in Wrocław gewidmet ist.<sup>4</sup> Sie behandelt die Geschichte dieser Zeitung sowie den Verlauf ihrer Zusammenarbeit mit Karl Marx und bespricht den Inhalt der Korrespondenzen von Marx für die „Neue Oder-Zeitung“. Der Anhang enthält bis dahin unveröffentlichte Korrespondenzen. Eine genaue, auf den bisherigen Forschungsergebnissen aufbauende Untersuchung und Zusammenstellung aller Marx'schen Korrespondenzen für diese Zeitung ist besonders wichtig in dem Augenblick, in dem in der UdSSR, in Polen und in der DDR eine vollständige, kritische Ausgabe aller Schriften der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus vorbereitet wird.

Der Artikel von M. Pater über die Märzereignisse des Jahres 1848 im Kreis Jeleniagóra (Hirschberg) bereichert unser Wissen über den „Völkerfrühling“.<sup>5</sup> Er stützt auf eine Anzahl von Archivmaterialien und auf die Berichte der damaligen Presse, charakterisiert der Verfasser die Lage einzelner sozialer Schichten, und dann die Kämpfe zu analysieren, bei denen – wie er feststellt – die Bauern die revolutionäre Hauptkraft waren. Ähnliche Bedeutung für die Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1848 besitzt der Artikel von J. Sydor.<sup>6</sup> Der Verfasser benutzte zur Ausarbeitung seiner Studie über einen der ersten Streiks der niederschlesischen Bergleute bisher unbekannte Archivmaterialien. Nicht ausführlich untersucht er die soziale Lage der Arbeiter von Zagłębie Wałbrzyskie (des Waldenburger Gebiets) und die Ursachen des Streiks.

Der fünfzigste Jahrestag der ersten bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland veranlaßte uns, die Erforschung der Auswirkungen der Revolution auf

Adam Próchnik: *Studia z dziejów polskiego ruchu robotniczego* (Studien zur Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung). Ausgewählt von Krzysztof Dunin-Śmiałowski. Einführung von Stanisław Płoński, Warschau 1958.

Stanisław Schwann: *Korrespondencje Karola Marksa do wrocławskiej „Neue Oder-Zeitung“* (Die Korrespondenzen von Karl Marx für die „Neue Oder-Zeitung“ Wrocław), hrsg. vom Institut Zachodni, Poznań 1958.

Mieczysław Pater: *Wypadki marcowe 1848 roku w powiecie jeleniogórskim* (Die Märzereignisse 1848 im Kreis Jeleniagóra). In: *Sobotka*, 1958, Heft 4, S. 579–602.

Jerzy Sydor: *Strajk górników wałbrzyskich w 1853 roku* (Der Streik der Bergarbeiter von Wałbrzych im Jahre 1853). Studien und Materialien aus der Geschichte Schlesiens, Bd. II, Wrocław 1958, S. 459–510.



die unter preußischer Besatzung stehenden polnischen Gebiete zu verstärken. B. Szerer<sup>7</sup> veröffentlichte einen Artikel über die Arbeiterbewegung in Schlesien in den Jahren 1905 bis 1907. Die konkrete ökonomische und sozialpolitische Situation in Schlesien, die unmittelbaren Auswirkungen der revolutionären Ereignisse im Königreich Polen und die Verbindung mit der deutschen Arbeiterbewegung sind die Faktoren, die den verstärkten Klassenkampf in Schlesien in den Jahren der russischen Revolution bedingten. Viel Platz widmet die Verfasserin der Analyse der Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, um auf diesem Hintergrund die Tätigkeit der örtlichen Organisationen der SPD und der PPS (Sozialistische Partei Polens) sowie die Festigung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen zu zeigen, einer Zusammenarbeit, die zur Vereinigung beider Parteien im Jahre 1906 führte.

Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung dieser Periode ist auch der Artikel von A. Brożek, der die Aufmerksamkeit auf die Grenzbevölkerung als Verbindungsfaktor der Arbeiterbewegung Oberschlesiens und des Zagłębie Dąbrowskie (Dombrowaer Kohlenbecken) lenkt.<sup>8</sup> Für die Kenntnis der Situation im Gebiet von Niederschlesien in dem erwähnten Zeitraum sind die Artikel von T. Bieda<sup>9</sup> und W. Redka<sup>10</sup> von Bedeutung. Beide behandeln die Kämpfe der Arbeiter in Wałbrzych (Waldenburg), wobei F. Bieda eine Anzahl von unbekannten Archivmaterialien benutzte, die das Auftreten der Bergarbeiter des Bezirks Wałbrzych sowie die Tätigkeit und die Rolle der örtlichen Gewerkschaften illustrieren. W. Redka charakterisiert, gestützt auf die Berichte der damaligen lokalen Wochenzeitschrift, die Lage und den Kampf des Proletariats in diesem Gebiet. Trotz einiger Ungenauigkeiten, z. B. bei der Identifizierung des sogenannten Gewerkschaftskartells mit der Gewerkschaft der Bergarbeiter, tragen einige mehr oder weniger vereinfachender Verallgemeinerungen, bereichern die beiden Artikel materialmäßig unser Wissen über die Arbeiterbewegung in den Jahren 1905 bis 1907.

Mit den Problemen der Arbeiterbewegung ist die Erforschung der Lage der Arbeiterklasse unmittelbar verbunden. Auf diesem Gebiet muß man neben dem oben erwähnten Band der Quellenmaterialien eine Reihe kleinerer und größerer Veröffentlichungen erwähnen, die viel Neues für diesen Forschungsbereich bringen. Der Artikel von Z. Boda-Kręzej und K. Wicińska<sup>11</sup> enthält wertvolle

<sup>7</sup> Barbara Szerer: *Ruch robotniczy na Śląsku w latach 1905–1907* (Die Arbeiterbewegung in Schlesien in den Jahren 1905–1907) Studien und Materialien, Bd. I, 1959, S. 223–297.

<sup>8</sup> Andrzej Brożek: *Ze studiów nad małym ruchem granicznym między Górną Śląskiem a Zagłębiem Dąbrowskim na przełomie XIX i XX* (Aus den Studien über den kleinen Grenzverkehr zwischen Oberschlesien und dem Zagłębie Dąbrowskie an der Wende des 19. und des 20. Jahrhunderts). In: *Sobotka*, 1958, Heft 4, S. 603–640.

<sup>9</sup> Tadeusz Bieda: *Materiały do dziejów walki górników wałbrzyskich o płace w 1905 roku* (Materialien zur Geschichte der Lohnkämpfe der Bergarbeiter in Wałbrzych im Jahre 1905). In: *Sobotka*, 1959, Heft 4, S. 499–517.

<sup>10</sup> Wiktor Redka: *Przyczynki do dziejów wałbrzyskiej klasy robotniczej w latach 1904–1907 w „Waldenburger Wochenblatt“* (Die Beiträge zur Geschichte der Arbeiterklasse von Wałbrzych in den Jahren 1904–1907 im „Waldenburger Wochenblatt“). *Sobotka*, 1959, Heft 3, S. 385–394.

<sup>11</sup> Z. Boda-Kręzej/K. Wicińska: *Nieszczęśliwe wypadki w pónictwie węgla i rud okręgu Wyższego Urzędu Górniczego we Wrocławiu w II połowie XIX wieku* (Die Unglücksfälle im Bergbau- und Hüttenwesen im Bezirk des Oberbergamtes von Breslau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts). Studien und Materialien, Bd. I, S. 299–343.

statistisches Material, das Auskunft gibt über die Zahl und die Ursachen der Fälle während einzelner Zeitabschnitte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, über den Gefahrengrad bei einzelnen Berufen usw. K. Jonca behandelt einmal das Problem des Arbeitsschutzes für Frauen und Jugendliche in der Bergbau- und Hüttenindustrie in Oberschlesien in den Jahren 1878 bis 1914<sup>12</sup>, während er in einem anderen Aufsatz die große Bedeutung unterstreicht, die die Einwanderung der Arbeiter aus dem Königreich Polen und Galizien nach Schlesien für die Entwicklung der oberschlesischen Industrie hatte.<sup>13</sup> Der Verfasser hebt dabei die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß man während der Krisenperioden vor allem den polnischen Einwanderern kündigte. Er übergeht aber den zweiten, nicht weniger wichtigen Aspekt der Einwanderung, und zwar das Problem des sozialen Aufstiegs der Einwanderer bei der Begegnung mit höher entwickelten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnissen. Gewissermaßen eine Ergänzung der Forschungsergebnisse über die Lage des Proletariats in den Bergbau- und Hüttenindustribezirken Schlesiens bildet die ausführliche Monographie desselben Autors, die unlängst erschien.<sup>14</sup> Auf der Grundlage reichhaltiger Archivmaterialien ehemaliger deutscher Unternehmer, der preußischen Ministerien, der Reichskanzlei und des Bergbauamtes in Freiberg sowie einer Anzahl statistischer Veröffentlichungen untersucht der Verfasser die materielle Lage der Berg- und Hüttenarbeiter in zwei Hauptzentren der Bergbau- und Hüttenindustrie in Ober- und Niederschlesien in den Jahren 1889 bis 1914.

Die oben genannten Veröffentlichungen schildern die objektiven Bedingungen, unter denen sich die Arbeiterbewegung in Schlesien entwickelte. Aber es gab auch kapitalistische Organisationen, die diese Entwicklung zu hemmen suchten. Eine interessante Veröffentlichung in dieser Hinsicht ist der Artikel von F. Biały, ein Teil einer im Druck befindlichen Monographie über den Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.<sup>15</sup> Der Autor, der die Akten des ehemaligen Bergbauamtes in Wrocław, Akten des Notariats in Opole, die „Zeitschrift des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“, die zeitgenössische schlesische Presse und die Stenogramme des preußischen Abgeordnetenhauses benutzte, zeigt, daß sich die oberschlesischen Industriellen mit verschiedenen Mitteln den Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung, die den Arbeitern gewisse Vorteile gebracht hätten, heftig widersetzen. Waren sie nicht imstande, solche Änderungen gänzlich zu verhindern, bemühten sie sich, die für die Unternehmer ungünstigste Formulierung der Gesetze zu erreichen. Der Autor weist nach, daß der Verein die Politik der Industriellen gegenüber der Arbeiterklasse in diesen Fragen bestimmte.

<sup>12</sup> Karol Jonca: *Ochrona pracy kobiet i robotników młodocianych w przemyśle górniczo-hutniczym na Górnym Śląsku* (Der Arbeitsschutz für Frauen und Jugendliche in der Bergbau- und Hüttenindustrie in Oberschlesien). *Schlesische Studien*, Bd. II, 1959, S. 61–86.

<sup>13</sup> Karol Jonca: *Imigracje robotników polskich na Śląsk w końcu XIX wieku na początku XX wieku* (Die Einwanderung polnischer Arbeiter nach Schlesien am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts). *Schlesische Studien*, Bd. I, 1958, S. 139–158.

<sup>14</sup> Karol Jonca: *Położenie robotników w przemyśle górniczo-hutniczym na Śląsku w latach 1889–1914* (Die Lage der Arbeiter in der Bergbau- und Hüttenindustrie in Schlesien in den Jahren 1889–1914), Wrocław 1960.

<sup>15</sup> Franciszek Biały: *Górnśląski Związek Przemysłowców Górniczo-Hutniczych wobec klasy robotniczej w latach 1890–1914* (Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein und die Arbeiterklasse in den Jahren 1890–1914). *Studien und Materialien*, Bd. II, S. 421–458.

Aufmerksamkeit verdienen auch die Veröffentlichungen von M. Orzechowski<sup>16</sup>, M. Antonow<sup>17</sup>, B. Szerer<sup>18</sup> und I. Rzeczowska<sup>19</sup>, die sich mit der nationalen Frage und der Tätigkeit der politischen Vertretung der polnischen besitzenden Klassen beschäftigen.

Neben den bereits erwähnten wissenschaftlichen Arbeiten gab das Schlesische Wissenschaftliche Institut eine Anzahl populärwissenschaftlicher Broschüren heraus. Aus der Reihe über die Periode des ersten Weltkrieges sind die Broschüren von A. Brożek über die Einwanderung der Arbeiter nach Oberschlesien und von A. Mrowiec über den Kampf des Proletariats im Gebiet von Rybnik anzuführen. Zur Popularisierung des historischen Wissens über Schlesien trägt auch der Band V der Reihe „Altpolnische Gebiete“ unter dem Titel „Oberschlesien“ bei, in dem W. Długoborski und K. Orzechowski,<sup>22</sup> S. Wystoudek, K. Popiołek<sup>24</sup> und B. Szerer<sup>25</sup> Artikel publizierten. Der Band sucht auf populäre Art die gesellschaftliche Entwicklung Oberschlesiens von der frühesten Zeit zum ersten Weltkrieg darzustellen.

In den letzten zwei Jahren konzentrierte sich die Forschung auf die Situation, die unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg entstand, und auf die Entwicklung der revolutionären Partei, der damaligen Kommunistischen Arbeiterpartei Polens. Der 40. Jahrestag der Gründung dieser Partei, den wir im Dezember 1958 begingen, stand unter dem Zeichen einer verstärkten editorischen Tätigkeit.

<sup>16</sup> Marian Orzechowski: Uгода między W. Korfanty i A. Napieralskim (Die Übereinkunft zwischen W. Korfanty und A. Napieralski). In: *Zaranie Śląskie*, 1959, Heft 3, S. 12–24. – Derselbe: Kilka przyczynków do biografii politycznej Wojciecha Korfantyego (Einige Beiträge zur politischen Biographie von Wojciech Korfanty). In: *Sobotka*, 1959, Heft 4, S. 519–561.

<sup>17</sup> Michał Antonów: Działalność kulturalna polskich towarzystw na Górnym Śląsku w drugiej połowie XIX wieku i na początku XX w świetle współczesnej polskiej (Die kulturelle Tätigkeit der polnischen Gesellschaften in Oberschlesien der zweiten Hälfte des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts im Lichte der zeitgenössischen polnischen Presse). *Studien und Materialien*, Bd. II, S. 629–667.

<sup>18</sup> Barbara Szerer: Na marginesie problematyki narodowej Górnego Śląska pierwszych lat XX wieku (Randbemerkungen zur nationalen Frage Oberschlesiens in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts). In: *Sobotka*, 1958, Heft 3, S. 409–432.

<sup>19</sup> Irena Rzeczowska: „Gazeta Opolska“ w latach 1901–1917 (Die „Gazeta Opolska“ in den Jahren 1901–1917). In: *Kwartalnik Opolski*, 1958, Heft 1, S. 131–141.

<sup>20</sup> Andrzej Brożek: Napływ robotników spoza zaboru pruskiego na Górny Śląsk w latach 1870–1914 (Der Zustrom von Arbeitern aus dem preußischen Besatzungsgebiet nach Oberschlesien in den Jahren 1870–1914). Hrsg. vom Śląski Instytut Naukowy, Katowice 1958.

<sup>21</sup> Alfons Mrowiec: Z walk proletariatu rybnickiego przed pierwszą wojną światową (Aus den Kämpfen des Proletariats im Gebiet von Rybnik vor dem ersten Weltkrieg). Hrsg. vom Śląski Instytut Naukowy, Katowice 1958.

<sup>22</sup> Wacław Długoborski/Kazimierz Orzechowski: W latach 1764 do 1850. Górnego Śląska (In den Jahren 1764 bis 1850. Oberschlesien). Kollektivarbeit unter der Redaktion von Kazimierz Popiołek, Mieczysław Suchocki, Seweryn Wystoudek, Stanisława Zajdrowska. Hrsg. vom Instytut Zachodni, Poznań 1959, S. 140–172.

<sup>23</sup> Seweryn Wystoudek: Rolnictwo w dobie kapitalizmu (Die Landwirtschaft in der Zeit des Kapitalismus). Ebenda, S. 174–189.

<sup>24</sup> Kazimierz Popiołek: Rozwój kapitalistycznego przemysłu oraz położenie klasy robotniczej (Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie und die Lage der Arbeiterklasse). Ebenda, S. 190–210.

<sup>25</sup> Barbara Szerer: Walka mas pracujących Śląska o społeczne i narodowe wyzwolenie (Der Kampf der werktätigen Massen Schlesiens um die soziale und nationale Befreiung). Ebenda, S. 211–268.



An erster Stelle ist die Sondernummer der Zeitschrift „Z Pola Walki“ zu erwähnen, die eine Anzahl von Artikeln zur Geschichte der KPP enthielt.<sup>26</sup> Unter den Bezirkszeitschriften sind die entsprechenden Nummern der in Schlesien erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschriften von besonderem Interesse, wie „Zaranie Śląskie“ (1958, Nr. 4) und „Kwartalnik Opolski“ (1959, Nr. 2). Anlässlich des 40. Jahrestages erschien auch eine große Anzahl von Artikeln und Separatdrucken, die neben wissenschaftlichen Abhandlungen verschiedener Art Quellen (Dokumente, Erinnerungen usw.) enthalten.

Diese Veröffentlichungen behandeln nicht nur Probleme im Landesmaßstab, sondern auch die Geschichte der einzelnen Regionen, u. a. Oberschlesiens und der unmittelbar benachbarten Industriebezirke. In dem von Oberschlesien durch die Staatsgrenze getrennten Dombrowaer Kohlenrevier waren in der ersten Periode nach dem Krieg die revolutionären Strömungen sehr stark. Die Erforschung der „Roten Zagłębie-Republik“, ihres revolutionären Arbeiterdelegiertenrates und der Tätigkeit der Kommunisten wird durch die Artikel von Poprawa und Kaluza<sup>27</sup> und von J. Ziemia<sup>28</sup> bereichert. Auch im Gebiet von Cieszyń (Schlesien), das Oberschlesien südlich begrenzt, garte es ständig. Die neuesten Forschungen von Pilch<sup>29</sup> zeigen, daß sogar in der Periode starker nationaler und ethnisch-tschechischer Konflikte der proletarische Internationalismus die revolutionären polnischen und tschechischen Arbeiter vereinte.

Oberschlesien war nach dem ersten Weltkrieg nicht nur ein Schauplatz harter Klassenkonflikte, sondern auch des nationalen Kampfes der polnischen Bevölkerung. Die ausführliche, im Jahre 1957 veröffentlichte Arbeit von H. Ziemiński<sup>30</sup>, ein Ergebnis langer Quellenforschung, behandelt die wichtigsten Probleme der damaligen Arbeiterbewegung in Schlesien und zeigt vor allem den Zusammenhang zwischen dem sozialen Kampf des Proletariats und dem Kampf um die nationale Befreiung. Ein anderer Historiker, T. Jędruszcak, der sein Interesse mehr auf die politischen Aspekte der schlesischen Aufstände konzentrierte, widmet ebenfalls der revolutionären Arbeiterbewegung in Schlesien viel Platz.<sup>31</sup> Im Ergebnis dieser Forschungen zeichnet sich immer deutlicher ab, wie die Arbeiterbewegung in jener Periode voranschritt.

Unsere Historiker widmen auch weiterhin diesem Zeitraum ihre Aufmerksamkeit. Besonders die Darstellung der kommunistischen Bewegung in Schlesien rückte in der historischen Literatur auf den ersten Platz. Einen wichtigen Artikel zu diesem Thema veröffentlichte O. S. Popiołek im „Kwartalnik polski“.<sup>32</sup> Es zeigt sich, daß der Artikel im ganzen viele positive Eigenschaften

<sup>26</sup> Z Pola Walki, 1958, Heft 4.

<sup>27</sup> Zaranie Śląskie, 1958, Heft 4, S. 3–21.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 23–34.

<sup>29</sup> Andrzej Pilch: Z dziejów walk polskich i czeskich robotników na Śląsku cieszyńskim w latach 1918–1920 (Aus der Geschichte der Kämpfe polnischer und tschechischer Arbeiter im Gebiet von Cieszyń in den Jahren 1918–1920). In: Z Pola Walki, 1959, Heft 4, S. 3–31.

<sup>30</sup> Henryk Zieliński: Położenie i walka górnośląskiego proletariatu w latach 1918–1922 (Die Lage und der Kampf des oberschlesischen Proletariats in den Jahren 1918–1922), Warschau 1957.

<sup>31</sup> Tadeusz Jędruszcak: Polityka Polski w sprawie Górnego Śląska 1918–1922 (Die Politik Polens in bezug auf Oberschlesien 1918–1922), Warschau 1958.

<sup>32</sup> Oswald Stefan Popiołek: Stan i potrzeby badań nad dziejami ruchu komunistycznego na Górnym Śląsku (Stand und Notwendigkeit der Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Oberschlesien). In: Kwartalnik Opolski, 1959, Heft 2, S. 15–49.

hat, ausgenommen jedoch die Einschätzung der Forschungen über die Zeit 1918 bis 1922. Dieser Teil ist nicht lückenlos und enthält Einseitigkeiten. In anderen Artikeln oder größeren Arbeiten finden wir zu dem besprochenen Problem eine Anzahl von interessanten Feststellungen, z.B. in dem polemischen Artikel von Orzechowski<sup>33</sup> oder in dem Artikel von F. Ryszka.<sup>34</sup> Einen interessanten Beitrag zur Geschichte der ideologischen Entwicklung der Kommunistischen Partei Oberschlesiens bildet der Artikel von Hawranek.<sup>35</sup> Auf dem Hintergrund der historischen Bedingungen charakterisiert der Verfasser grundsätzliche Anschauungen der Kommunistischen Partei. J. Wichuła, alter Arbeiterkämpfer, schildert in seinen Erinnerungen die Anfänge der Tätigkeit der Kommunistischen Partei im Gebiet von Opole.<sup>36</sup> Auch in der populärwissenschaftlichen historischen Literatur wird die Geschichte der KPP behandelt.<sup>37</sup>

Die von einem Kollektiv zusammengestellte Auswahl von Quellenmaterial über die Tätigkeit der kommunistischen Organisationen in Oberschlesien und Zagłębie Dąbrowskie in den Jahren 1918 bis 1922<sup>38</sup> stützt sich auf Akten der Behörden (Polizei, Gerichte usw.) und auf Materialien der revolutionären Organisationen und gibt eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse im Leben der örtlichen kommunistischen Organisationen in jener stürmischen Zeit. In derselben Periode stammen die im „Kwartalnik Opolski“ veröffentlichten Dokumente.<sup>39</sup> Es sind Geheimakten ehemaliger deutscher Behörden, die Angaben über die Tätigkeit von Terroristen – wie den sogenannten Freikorpsbanden – enthalten, die sich gegen die schlesischen Revolutionäre sowie gegen die polnische Bevölkerung richtete. Mit Problemen dieses Zeitabschnittes beschäftigt sich auch F. Szymiczek.<sup>40</sup>

Nach der Festlegung der Staatsgrenze 1922 entwickelte sich die Arbeiterbewegung in beiden Teilen Oberschlesiens unter verschiedenen Bedingungen. Da

<sup>33</sup> Marian Orzechowski: Na marginesie pracy A. Targa „Opolszczyznę na pod rządą Łukaszką i Wagnera“ (Randbemerkungen zur Arbeit von A. Targ „Das Gebiet von Opole unter der Herrschaft von Lukaschek und Wagner“). In: Sobotka, 1959, Heft 3, S. 83–106.

<sup>34</sup> Franciszek Ryszka: W latach powstania i wzrostu fali rewolucyjnej (In den Jahren der Aufstände und des Ansteigens der revolutionären Welle). In: *Altpolnische Gebiete*, Bd. V: Oberschlesien, T. 1, S. 269–308.

<sup>35</sup> Franciszek Hawranek: Z badań nad ideologią Komunistycznej Partii Górnego Śląska (Aus den Forschungen über die Ideologie der Kommunistischen Partei Oberschlesiens). In: *Kwartalnik Opolski*, Heft 2, S. 50–57.

<sup>36</sup> Józef Wichuła: Początki Partii Komunistycznej na Opolszczyźnie (Die Anfänge der Kommunistischen Partei im Gebiet von Opole). In: *Kwartalnik Opolski*, Heft 3, S. 80–82.

<sup>37</sup> Vgl. z. B. S. Gruszka: Komunisci górnośląscy pod zaborem niemieckim (Die Oberschlesischen Kommunisten unter der deutschen Besatzung), Katowice 1958.

<sup>38</sup> Michał Antonów/Henryk Rechowicz/J. Sochanik: Organizacje komunistyczne w Górnym Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim 1918–1922 (Kommunistische Organisationen in Oberschlesien und im Dombrowaer Gebiet 1918–1922). Quellenmaterialien, Katowice 1958.

<sup>39</sup> S. Popiołek: Kilka dokumentów niemieckich do okresu 1919–1922 na Górnym Śląsku (Einige deutsche Dokumente zur Periode 1919–1922 in Oberschlesien). *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 3, S. 98–104.

<sup>40</sup> Franciszek Szymiczek: Rady Robotnicze i Żołnierskie w niemieckiej rewolucji 1918 roku w świetle najnowszych badań historyków NRD (Die Arbeiter- und Soldatenräte in der deutschen Revolution von 1918 im Lichte neuester Forschungen der Historiker der DDR). In: *Zaranie Śląski*, 1958, Heft 4, S. 35–53.

behandeln die Historiker auch gewöhnlich in ihren Arbeiten über die Periode zwischen den beiden Weltkriegen die Probleme des mit Polen vereinigten Oberschlesiens gesondert von den Problemen des Gebietes von Opole. Unter den Veröffentlichungen der letzten Zeit gibt nur der Artikel von F. Ryszka einen gewissen Grundriß der Geschichte beider Teile Oberschlesiens in der Zeit von 1918 bis 1945.<sup>41</sup> Der Verfasser behandelt hauptsächlich die sozialen und nationalen Probleme. Die Verfasser der anderen Veröffentlichungen über diesen Zeitabschnitt behandeln – hauptsächlich auf bis jetzt nicht benutzte Quellenmaterialien gestützt – Einzelfragen aus der Geschichte der Arbeiterklasse. A. Mrowiec, der seine Forschungen über das Gebiet von Rybnik fortsetzt, beschäftigt sich mit einigen Seiten der Lage der Arbeiterklasse in diesem Bezirk, insbesondere während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933.<sup>42</sup> Auf diesem Hintergrund schildert er auch den Kampf der Arbeiter gegen die Sanacja-Polizei 1932. B. Sziotka<sup>43</sup> macht den Leser mit der Geschichte der Zinkhütte in Chropaczow bekannt und mit den Ereignissen des Sitzstreiks, durch den die Belegschaft gegen den Willen der Vertreter des Kapitals den Betrieb um jeden Preis erhalten wollte. Der Streikkampf, der mit einem Hungerstreik verbunden war, endete mit einem Sieg der Generaldirektion unter der Führung des Fürsten Donnersmarck, der die Entlassung der ganzen Belegschaft und die Liquidierung des Betriebes durchsetzte. Mit einem anderen ähnlichen Streik in einer der größten ober-schlesischen Gruben beschäftigt sich J. Pabisz.<sup>44</sup> Ein anderer von ihm veröffentlichter Artikel bringt völlig unbekanntes Material über den Streikkampf der Landarbeiter im Gebiet von Cieszyn im Jahre 1925.<sup>45</sup>

Die große Dynamik der Klassenkämpfe in den dreißiger Jahren und die Entwicklung der antifaschistischen Bewegung in Schlesien regten zur Bearbeitung dieser Probleme in populärwissenschaftlicher Form an. In Broschüren wurden zwei der bedeutendsten Streiks in den dreißiger Jahren<sup>46</sup> und ein Abschnitt aus der Geschichte des Kampfes um die antifaschistische Volksfront in Schlesien<sup>47</sup> dargestellt. In dieser letzten Veröffentlichung spiegeln sich die wichtigsten Momente der Lage der Arbeiterklasse, der Klassenkämpfe in Oberschlesien und die Tätigkeit der revolutionären Kräfte wider. In ähnlicher Form wurden einige Arbeiterkämpfe im Gebiet von Cieszyn im Jahre 1936 behandelt.<sup>48</sup>

Unter den in der letzten Zeit veröffentlichten Quellenmaterialien kann der Leser auch eine Anzahl von Informationen über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Schlesien finden. Von den gesamt-polnischen Veröffentlichungen sind in erster Linie die Protokolle des II. Parteitag der Kommunisti-

<sup>41</sup> Vgl. Fußnote 34.

<sup>42</sup> Alfons Mrowiec: *Z dziejów klasy robotniczej w Rybnickiem* (Aus der Geschichte der Arbeiterklasse im Gebiet von Rybnik). In: *Zaranie Śląskie*, 1958, Heft 4, S. 55–62.

<sup>43</sup> Bronisław Sziotka: *Cynkownia „Guidotto” w Chropaczowie i jej likwidacja w 1935 r* (Die Zinkhütte „Guidotto” in Chropaczow und ihre Liquidierung im Jahre 1935). In: *Zaranie Śląskie*, 1959, Heft 4, S. 98–108.

<sup>44</sup> Jerzy Pabisz: *Z historii strajku w kopalni „Giesche” w Nikiszowcu* (Zur Geschichte des Streiks in der Giesche-Grube in Nikiszowiec). In: *Sobotka*, 1958, Heft 1, S. 93–109.

<sup>45</sup> Jerzy Pabisz: *Materiały do historii strajku robotników rolnych na Śląsku cieszyńskim (1925 r.)* (Materialien zur Geschichte des Streiks der Landarbeiter im Gebiet von Cieszyn). In: *Sobotka*, 1958, Heft 3, S. 443–454.

<sup>46</sup> Henryk Rechowicz: *Dwa strajki* (Zwei Streiks), Katowice 1958.

<sup>47</sup> Henryk Rechowicz: *Walka o antyfaszystowski front ludu śląskiego 1935–1937* (Der Kampf um die schlesische antifaschistische Volksfront 1935–1937), Katowice 1958.

<sup>48</sup> Jakub Merc: *Rok 1936 nad Wisłą* (Das Jahr 1936 an der Weichsel), Katowice o. J.



schen Arbeiterpartei Polens (1923) zu nennen<sup>49</sup>, die u. a. die Reden schlesischer Delegierter (Józef Wiczorek und anderer) enthalten. Ihre Ausführungen kennzeichnen nicht nur die Verhältnisse ihres Bezirks, sondern auch ihre Haltung zu prinzipiellen Fragen, die die Kommunistische Partei beschäftigten.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen arbeiteten die Kommunisten in Polen illegal. Sie waren dem Polizeiterror und ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Nach der Archivinformation von Antonow<sup>50</sup> enthalten die Polizeiberichte aus den dreißiger Jahren viele Angaben über die Tätigkeit der kommunistischen Organisationen in Schlesien, u. a. auch über die Verhaftung des damaligen Mitkämpfers der KPP und jetzigen Ersten Sekretärs des ZK der PWA W. Gomułka. Über den Verlauf des Prozesses gegen W. Gomułka berichtet Potemski.<sup>51</sup> Eine Stimme aus dem Kerker ist der 1925 geschriebene Brief des bekannten kommunistischen Revolutionärs in Oberschlesien Józef Wiczorek.

Die Lage der Arbeiterklasse in der ehemaligen schlesischen Wojewodschaft ist ein sehr kompliziertes Thema und erfordert wenigstens in einer Reihe von Fragen weitere eingehende Forschungen. Nichtsdestoweniger sind die Ergebnisse der letzten Untersuchungen bemerkenswert. Denn neben den von Ryszka gegebenen allgemeinen Informationen über die Lage der Arbeiterklasse<sup>52</sup> und den Artikel von Pabisz über die Beschäftigung der Arbeiter mit Revers<sup>53</sup> muß man die Auswahl von Quellenmaterialien zur Frage der Arbeitslosigkeit in Schlesien erwähnen.<sup>54</sup> Bei diesen Materialien handelt es sich größtenteils um vertrauliche Meldungen und Berichte ehemaliger Beamter und staatlicher Institutionen, so daß die Angaben über die Arbeitslosenzahl, die materielle Lage, das Entstehen von sogenannten „Notschächten“ und über den Kampf dieser Entrechteten der damaligen Gesellschaft als verhältnismäßig glaubwürdig gelten können.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung im Gebiet von Opole nach dem Jahre 1922 ist noch nicht in monographischer Form bearbeitet worden. Jedoch wurde eine Anzahl von Problemen in der historischen Literatur bereits untersucht. Einen gewissen Überblick über den Stand der Forschungen zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in diesem Gebiet gab der bereits erwähnte

<sup>49</sup> Protokoły II Zjazdu Komunistycznej Partii Robotniczej Polski (1923 r.) (Protokolle des II. Parteitags der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens). In: Z. Potemski, 1958, Heft 3, S. 127–199; Heft 4, S. 129–201; 1959, Heft 1, S. 142–166; Heft 2, S. 183–224; Heft 4, S. 69–171.

<sup>50</sup> Michał Antonów: Materiały archiwalne Wojewódzkiego Archiwum Państwowe w Katowicach do działalności KPP (Archivmaterialien des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs in Katowice zur Tätigkeit der KPP). In: Zarys Śląskie, 1958, Heft 1, S. 73–81.

<sup>51</sup> Tadeusz Potemski: Wielki proces na Górnym Śląsku przeciw Władysławowi Gomułce i towarzyszom (Der große Prozeß in Oberschlesien gegen Władysław Gomułka und Genossen). In: Zarys Śląskie, 1958, Heft 4, S. 81–83.

<sup>52</sup> List Józefa Wiczorka z więzienia we Wronkach do brata na Śląsku (Ein Brief von Józef Wiczorek aus dem Gefängnis in Wronke an den Bruder in Schlesien). In: Zarys Śląskie, 1958, Heft 4, S. 90–93.

<sup>53</sup> Vgl. Fußnote 34.

<sup>54</sup> Jerzy Pabisz: Zatrudnianie robotników za rewersem w byłym województwie śląskim w latach trzydziestych XX wieku (Die Beschäftigung der Arbeiter mit Reversen in der ehemaligen schlesischen Wojewodschaft in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts). Studien und Materialien zur Geschichte Schlesiens, Bd. 2, S. 511–528.

<sup>55</sup> M. Antonów/W. Kostuś: Bezrobocie na Górnym Śląsku w okresie międzywojennym (Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen). Auswahl von Archivmaterialien, Archivmappen, Bd. VI, S. 227–450.

O. S. Popiołek. Der Autor warf – gestützt auf Quellen – eine Reihe von Fragen auf, über die man Forschungen durchführen sollte. Eine der wichtigsten Fragen, die dieser Artikel nennt und die auch in anderen Artikeln und Arbeiten hervor-  
gehoben wird, ist der proletarische Internationalismus, der in der Haltung der  
kommunistischen Bewegung in Oberschlesien zum Ausdruck kam. Denn, so  
schreibt Popiołek, „die im Jahre 1922 festgelegte Staatsgrenze trennte nicht die  
beiden Parteien“<sup>56</sup>. Die Mitglieder der KPP konnten sich bis 1933 mehrfach auf  
die Hilfe und Gastfreundschaft der KPD stützen, und im Gebiet von Opole kam  
diese Hilfe am stärksten zum Ausdruck. Hier richtete man polnische Parteikurse  
ein, hier fanden die polnischen Kommunisten Schutz vor Verfolgungen. In  
diesem Gebiet wurden auch polnische kommunistische Schriften gedruckt, die  
man illegal über die Grenze nach Polen transportierte. Hier fanden Grenztreffen  
polnischer und deutscher Revolutionäre und manchmal gemeinsame Kund-  
gebungen und Beratungen statt.<sup>57</sup> Interessante Erinnerungen des alten pol-  
nischen Kommunisten E. Wilczek ergänzen diese Tatsachen.<sup>58</sup> Die internatio-  
nalistische Haltung der proletarischen Revolutionäre im Gebiet von Opole hebt  
auch Migdal in seiner Arbeit hervor,<sup>59</sup> die ein ausführliches Bild des Kampfes  
der Arbeiterklasse gegen die reaktionären Kräfte am Vorabend der faschi-  
stischen Machtübernahme in Deutschland gibt.

In der letzten Zeit nimmt in der wissenschaftlichen Literatur das Problem der  
polnischen Bevölkerung im Gebiet von Opole viel Platz ein. In den dreißiger  
Jahren schätzten einige Vertreter der deutschen Wissenschaft diesen Bevölke-  
rungsteil auf etwa eine halbe Million.<sup>60</sup> In sozialer Hinsicht setzte sich diese  
Bevölkerung aus Arbeitern und Bauern zusammen. Die Forschungen zeigen  
gleichzeitig, wie sich das Verhältnis der revolutionären Bewegung zur gesamten  
polnischen Bevölkerung entwickelte. Es wird deutlich, daß die revolutionäre  
Bewegung in erster Linie die Industriearbeiter und auch Landarbeiter erfaßte,  
die zu Saisonarbeiten aus Polen kamen. So kam es, daß viele polnische Arbeiter  
im Kampf der KPD teilnahmen. Marian Orzechowski beschäftigt sich in seinem  
polemischen Artikel<sup>61</sup> eingehender mit dem Verhältnis der deutschen Revolutio-  
näre zur gesamten polnischen Bevölkerung im Gebiet von Opole. Er polemisiert  
gegen Vereinfachung in bezug auf die deutschen Auffassungen über die pol-  
nische Bevölkerung und zeigt, daß im Zeitraum von 1922 (und sogar schon  
früher) bis 1933 diese Auffassungen bei den einzelnen Klassen und Schichten  
verschieden waren. Er weist nach, daß die proletarischen deutschen Revolutio-  
näre die Interessen der polnischen Bevölkerung verteidigten, obwohl sie nicht  
immer das Wesen der nationalen Forderungen der polnischen Bevölkerung ganz

<sup>56</sup> O. S. Popiołek: *Stand und Notwendigkeit der Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Oberschlesien*, S. 23.

<sup>57</sup> Vgl. z. B. Stefan Migdal: *Revolucyjne, internacjonalistyczne tradycje ludności robotniczej na Górnym Śląsku* (Die revolutionären internationalistischen Traditionen der örtlichen Bevölkerung in Oberschlesien). In: *Nowe Drogi*, 1958, Heft 4, S. 86–93.

<sup>58</sup> Edward Wilczek: *Współpraca pomiędzy KPP i KPD* (Die Zusammenarbeit zwischen der KPP und der KPD). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 2, S. 92–95.

<sup>59</sup> Stefan Migdal: *Opolszczyzna przeciw faszyzmowi* (Das Gebiet von Opole gegen den Faschismus), Katowice 1960.

<sup>60</sup> Unter anderem zog solche Schlußfolgerungen Prof. Rogmann, Mitarbeiter des polnisch-sozialistischen „Bundes Deutscher Osten“ (vgl. F. Ryszka, S. 303). T. Musiał: *Struktura ludnościowa Śląska Opolskiego w latach międzywojennych* (Die Bevölkerungsstruktur des Gebiets von Opole in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 3, S. 19–33.

<sup>61</sup> Vgl. Fußnote 33.

erfaßten. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß die „Kommunisten ehrliche Internationalisten waren, die bei jedem Schritt mit ungewöhnlicher Schärfe gegen Erscheinungen des Nationalismus, gegen die antipolnische Hetze auftraten. Die KPD war in der Praxis die einzige deutsche politische Partei, die die gesellschaftlichen Rechte der polnischen werktätigen Massen in Deutschland verteidigte.“<sup>62</sup> Diese Haltung bewirkte, daß sich die revolutionäre Bewegung im Gebiet von Opole eines bedeutenden Einflusses erfreute.

Mit der Machtergreifung durch die Faschisten begann in Deutschland eine Periode schärfsten Terrors gegen die Arbeiter. Die Faschisten wollten in erster Linie die unter Führung der KPD kämpfende proletarische revolutionäre Bewegung ersticken. Wie die Artikel von E. Klein<sup>63</sup>, A. Smolka<sup>64</sup> und J. Lubos<sup>65</sup> zeigen, erreichten die Polen den verfolgten Mitgliedern der deutschen Arbeiterorganisationen aus dem Gebiet von Opole solidarisch die Hand. Die auf Grund der Genfer Konvention noch tolerierten polnischen Organisationen verbargen eine Anzahl von Fällen revolutionäre deutsche Arbeiter. In der bereits genannten Jubiläumsnummer des „Kwartalnik Opolski“ sind Erinnerungen von Vorkriegsfolgten des Naziregimes erschienen. Einer der polnischen Mitkämpfer aus Oberschlesien schildert seine Erlebnisse im faschistischen Gefängnis und im Konzentrationslager<sup>66</sup>. Besonders interessant sind Erinnerungen von drei deutschen Kommunisten, die heute in der DDR leben<sup>67</sup> und die an der antifaschistischen Bewegung in Schlesien teilnahmen, an jenem heldenhaften Kampf gegen die Hitlerbarbarei, der nicht nur „in der Freiheit“, sondern auch in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und sogar in der deutschen Armee organisiert wurde.

In bedeutendem Maße hat sich auch die Geschichtsforschung über die Zeit der faschistischen Okkupation in Schlesien verstärkt. Hier gibt es bereits eine größere Anzahl Artikel und Beiträge. Die Historiker konzentrieren sich hauptsächlich auf die Darstellung der faschistischen Okkupationspolitik und der Widerstandsbewegung der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens und der benachbarten Bezirke. K. Popiołek publizierte eine ausführliche Monographie über die faschistische Ausrottungspolitik und die Widerstandsformen der schlesischen Bevölkerung.<sup>68</sup> Diese Arbeit stützt sich auf amtliches Material (Gestapoakten).

<sup>62</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>63</sup> Edmund Klein: *Sprawy polskie na Opolszczyźnie w aktach administracji niemieckiej w latach 1921–1935* (Polnische Fragen im Gebiet von Opole in den Akten der deutschen Verwaltung aus den Jahren 1921–1935). Schlesische Studien, Bd. 1, S. 121 ff.

<sup>64</sup> Alojzy Smolka: *Współpraca KPD z Polska Partia Ludowa* (Die Zusammenarbeit der KPD mit der Polnischen Volkspartei). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 2, S. 83–84.

<sup>65</sup> Jerzy Lubos: *KPD i ruch polski na Opolszczyźnie w okresie międzywojennym* (Die KPD und die polnische Bewegung im Gebiet von Opole in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 2, S. 85–91.

<sup>66</sup> Teodor Musioł: *Gorzkie zwycięstwo . . .* (Bitterer Sieg . . .). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 2, S. 96–124.

<sup>67</sup> Paul Pozur: *Garść wspomnień* (Eine handvoll Erinnerungen). In: *Kwartalnik Opolski*, 1959, Heft 2, S. 125–130. – Erich Waschlewski: „*Nasza praca na terenie Wrocławia*“ (Unsere Arbeit im Gebiet von Wrocław). Ebenda, S. 131–134. – J. Kno: *Wspomnienia o pracy nielegalnej w latach 1933–1945* (Erinnerungen über die illegale Arbeit in den Jahren 1933–1945). Ebenda, S. 135–136.

<sup>68</sup> Kazimierz Popiołek: *Śląsk w oczach okupanta* (Schlesien in den Augen des Besatzers), Katowice 1958.



v.). Derselbe Autor beschäftigt sich auch in kleineren Artikeln mit verschiedenen Problemen der Okkupation. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Artikel, in dem der Kampf des Proletariats Oberschlesiens und des Zagłębie Dąbrowskie gegen die Okkupanten behandelt wird.<sup>69</sup>

Immer eingehender wird das Problem der Ausrottungspolitik der deutschen Faschisten während des Krieges behandelt.<sup>70</sup> Aber nicht nur die Terrormethoden der Faschisten, sondern auch die antifaschistische Widerstandsbewegung werden von den Historikern erforscht. In der letzten Zeit erschien eine Anzahl von Arbeiten und Materialien zur Geschichte dieser revolutionären Bewegung und des Kampfes der Partisanen, die unter dem Einfluß dieser Bewegung in Oberschlesien und im Zagłębie Dąbrowskie tätig waren.<sup>71</sup> Besondere Bedeutung nimmt dem Sonderheft der „Zaranie Śląskie“ zu, in dem einige Verfasser die Tätigkeit der Polnischen Arbeiterpartei während des Krieges<sup>72</sup> und in den ersten Tagen nach der Befreiung<sup>73</sup> sowie die Kämpfe der Partisanenabteilungen der Volksarmee<sup>74</sup> behandeln.

Die ersten Tage der Freiheit und die Rolle der Arbeiter bei der Inbetriebnahme der Industrierwerke ist ein Thema, das ebenfalls untersucht wurde<sup>75</sup>.

Neben den Forschungen, die das Wissen über die vergangenen Kämpfe der Arbeiterklasse erweitern, wurden auch unsere Kenntnisse über die in den

<sup>69</sup> Derselbe: Proletariat Górnego Śląska i Zagłębia Dąbrowskiego w walce z hitlerowskim okupantem (Das Proletariat Oberschlesiens und des Dombrowaer Gebiets im Kampf gegen die Hitlerokkupanten). In: *Zaranie Śląskie*, 1958, Heft 4, S. 63–72.

<sup>70</sup> Vgl. z. B. Zofia Boda-Kreżel/Jadwiga Osojca: Terror hitlerowski na Śląsku w latach 1939–1945 (Der Hitlerterror in Schlesien in den Jahren 1939–1945). In: *Zaranie Śląskie*, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 206–216.

<sup>71</sup> Lucjan Dobroszycki: Z działalności PPR i AL na Śląsku w drugim kwartale 1944 r. Dokumenty Gestapo (Aus der Tätigkeit der PPR der AL in Schlesien im zweiten Quartal 1944. Dokumente der Gestapo), Katowice o. J. In: *Najnowsze Dzieje Polski. Studia i materiały z okresu drugiej wojny światowej* (Die neueste Geschichte Polens. Studien und Materialien aus der Zeit des zweiten Weltkrieges), Bd. III, 1959, S. 221 f.

<sup>72</sup> Henryk Rechowicz: Wybór materiałów archiwalnych dotyczących działalności PPR w Obwodzie (Polskiej) Partii Robotniczej w okresie VI 1944 – I 1945 (Auswahl von Archivmaterialien über die Tätigkeit der PPR der AL in Schlesien im Zeitraum von Juni 1944 – Januar 1945). In: *Zaranie Śląskie*, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 175–199.

<sup>73</sup> Norbert Kolomejczyk: Rozwój organizacyjny Polskiej Partii Robotniczej w województwie Katowickim w 1945 r. (Die organisatorische Entwicklung der Polnischen Arbeiterpartei in der Wojewodschaft Katowice im Jahre 1945). In: *Zaranie Śląskie*, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 81–95). – Derselbe: Powstanie i rozwój organizacji PPR na Ziemiach Odzyskanych w 1945 r. (Entstehung und Entwicklung der Polnischen Arbeiterpartei in den wiedergewonnenen Gebieten im Jahre 1945). In: *Z Pola Walki*, 1959, Heft 2, S. 80–100.

<sup>74</sup> Franciszek Ślacheć: Z walk Armii Ludowej na terenie Śląska i Zagłębia Dąbrowskiego w 1944 r. (Aus den Kämpfen der Volksarmee in Schlesien und im Zagłębie im Jahre 1944). In: *Zaranie Śląskie*, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 31–41.

<sup>75</sup> Janusz Gołębiowski: Udział klasy robotniczej w zabezpieczeniu i uruchomieniu przemysłu w okresie wyzwolenia ziem polskich spod okupacji hitlerowskiej (Die Rolle der Arbeiterklasse bei der Sicherung und Inbetriebnahme der Industrie in der Zeit der Befreiung polnischer Gebiete von der Hitlerokkupation). In: *Z Pola Walki*, 1959, Heft 2, S. 4–29. – Derselbe: Walka klasy robotniczej o zabezpieczenie i uruchomienie przemysłu Zagłębia Dąbrowskiego i Górnego Śląska (Der Kampf der Arbeiterklasse um die Sicherung und Inbetriebnahme der Industrie im Dombrowaer Gebiet und in Oberschlesien). In: *Zaranie Śląskie*, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 96–113.

Archiven vorhandenen Quellenbestände bedeutend vermehrt. Die während d. Krieges stark dezimierten Archivbestände werden gegenwärtig geordnet und den Historikern zugänglich gemacht. Neben einer großen Zahl von gesammelten Akten im Archiv des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der PVAP oder im Archiv der Neuen Akten in Warschau enthalten auch die schlesischen Archive – in Wrocław,<sup>76</sup> Katowice<sup>77</sup> und in Opole<sup>78</sup> – viele wertvolle Quellen. Wie sich aus den Bestandsübersichten und Informationen ergibt, bestehen große Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Erforschung der Geschichte d. Arbeiterbewegung in Schlesien.

Barbara Szerer / Jerzy Pabi

## Repräsentanten aus vier Kontinenten klagen die Bonner Neokolonialisten an

„Kommt, ihr jungen Nationen, ruft zum Kampf für die Freiheit auf.“

Dieses Tagore-Wort stand über der wissenschaftlichen Konferenz „Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber

<sup>76</sup> Andrzej Dereń: Materiały do dziejów okupacji i wyzwolenia Śląska w Archiwum Państwowym Miasta i Województwa Wrocławie (Materialien zur Geschichte d. Okkupation und der Befreiung Schlesiens im Staatlichen Archiv der Stadt und Województwa Wrocław). In: Zaranie Śląskie, 1960 Heft 1a, Sondernummer, S. 2 bis 221. – Informationen über Archivmaterialien enthält ebenfalls der Artikel v. Edmund Klein: „Minderheitspolitische Lageberichte“ jako źródło do historii Polaków na Śląsku Opolskim w latach 1936–1945 (Minderheitspolitische Lageberichte als Quelle zur Geschichte der polnischen Bevölkerung im Gebiet von Opole in den Jahren 1936–1945). Schlesische Studien, Bd. I, S. 159–188. – Derselbe: Sprawy polskie na Opolszczyźnie w aktach administracji niemieckiej w latach 1921–1935 (Polnische Fragen im Gebiet von Opole in den Akten der deutschen Verwaltung aus den Jahren 1921–1935). Schlesische Studien, Bd. II, S. 87–140.

<sup>77</sup> Michał Antonów: Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Katowicach jako źródło dla badań historycznych (Das Staatliche Wojewódschaftsarchiv in Katowice als Quellenbasis für Geschichtsforschungen). In: Zaranie Śląskie, 1958, Heft S. 23–29. – Derselbe: Materiały archiwalne Wojewódzkiego Archiwum Państwowego w Katowicach do działalności KPP (Die Archivmaterialien des Staatlichen Wojewódschaftsarchivs in Katowice zur Tätigkeit der KPP). In: Zaranie Śląskie, 1958, Heft S. 73–81. – Irena Pampuch: Materiały archiwalne z okresu okupacji niemieckiej w Górnym Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim (1939–1945) w Wojewódzkim Archiwum Państwowym w Katowicach (Die Archivmaterialien aus der Zeit der deutschen Okkupation in Oberschlesien und im Dombrowaer Gebiet (1939–1945) im Staatlichen Wojewódschaftsarchiv in Katowice). In: Zaranie Śląskie, 1960, Heft 1a, Sondernummer, S. 200–205. – Maria Gdynia: Materiały do role kapitału amerykańskiego w latach 1926–1939 w zespole akt „Giesche Spółka Akcyjna“ w Katowicach (Materialien zur Rolle des amerikanischen Kapitals in den Jahren 1926–1939 im Aktenkomplex „Giesche Aktiengesellschaft“ in Katowice). In: Sobotka, 1958, Heft 1, S. 110–126.

<sup>78</sup> Kazimierz Różanowski: Materiały z dziejów ruchu komunistycznego na Śląsku Opolskim w Wojewódzkim Archiwum Państwowym w Opolu (Die Materialien zur Geschichte der kommunistischen Bewegung im Gebiet von Opole im Staatlichen Wojewódschaftsarchiv in Opole). In: Kwartalnik Opolski, 1959, Heft 2, S. 58–71. Derselbe: Materiały do okresu drugiej wojny światowej w Wojewódzkim Archiwum Państwowym w Opolu (Die Materialien zum zweiten Weltkrieg im Staatlichen Wojewódschaftsarchiv in Opole). In: Zaranie Śląskie, 1960, Heft 1, S. 107–115.

## *Gegen den Eonner Neokolonialismus*

nationalen Befreiungskampf der Völker“, die vom 5. bis 8. April 1961 im Haus „Auensee“ in Leipzig stattfand.

Die Karl-Marx-Universität erwies sich mit dieser bedeutsamen Konferenz als verpflichtenden Namens würdig. Diese Tagung war, wie vom Rektor der Universität, Prof. Dr. *Georg Mayer*, in seiner Begrüßungsansprache treffend charakterisiert, „Analyse und Aktion“ zugleich.

Die Konferenz, an der über 700 Delegierte aus 48 Ländern teilnahmen, analysierte den Zerfallsprozeß des Systems der Kolonialsklaverei und verurteilte die verzweifelten Bemühungen der Imperialisten, ihre kolonialen Positionen auf allen noch möglichen Mitteln und Methoden zu erhalten bzw. unter dem Schmuckmantel der „Entwicklungshilfe“ und der „Partnerschaft“ neue zu erobern. Die große Bedeutung der Konferenz besteht u. a. darin, daß erstmalig Vertreter aus vier Kontinenten, Politiker und Wissenschaftler sowie Repräsentanten des nationalen Befreiungskampfes, die ganze Skala der Kolonialverbrechen der Imperialisten und deren ideologische Rechtfertigungsversuche enthüllten, rangierten und ein Programm zur Überwindung des Neokolonialismus entwickelten. Die Konferenz bestätigte in vollem Maße die historischen Einschätzungen der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960.

Es gereicht unserer Republik zur Ehre und unterstreicht den anticolonialen Charakter unseres Staates, daß eine solche Tagung, die erste dieser Art, in Leipzig stattfinden konnte. Die Anwesenheit hervorragender Vertreter des Staatsrates, der Regierung und der Volkskammer der DDR, wie *Gerald Götting*, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, Außenminister Dr. *Lothar Bolz* und *Peter Florin*, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Volkskammer und Mitglied des ZK der SED, repräsentierte die Politik des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, eine Politik, die auf den Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Humanisten beruht, die, wie *Bolz* in seiner stark beachteten Begrüßungsansprache zitierte, immer „das gleiche Recht der kolonial unterdrückten Völker auf Freiheit, Menschenwürde und ein national-staatlich selbständiges glückliches Leben aller Völker vertreten“.<sup>1</sup>

Es ist von großer internationaler Bedeutung, daß diese Konferenz, ebenso wie die III. Allafrikanische Völkerkonferenz tat, die kurz zuvor in Kairo beendet wurde und von der führende Vertreter nach Leipzig gekommen waren, eindeutig den westdeutschen Neokolonialismus nach dem der USA als die Hauptgefahr für die Völker Afrikas anprangerte und über die koloniale Expansion des westdeutschen Imperialismus ein vernichtendes Urteil fällte. Von dieser Tagung gingen nachhaltige Impulse für die endgültige Befreiung aller Völker jeder Form kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung aus. Sie stärkte die Geseggenheit dieser Völker und festigte ihr Vertrauen zur DDR und zum Sozialistischen Lager.

*Nkomo Kozonguizi*, Präsident der Südafrikanischen Nationalunion, würdigte die Leipziger Tagung u. a. mit folgenden Worten: „Die Ergebnisse dieser Konferenz werden in die Annalen der Geschichte als Beitrag für den antiimperialistischen Befreiungskampf Afrikas und Asiens eingehen.“

Das Hauptreferat der Konferenz wurde von Prof. Dr. *Markov*, dem Präsidenten der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft in der DDR, gehalten. Es gab der

<sup>1</sup>Walter Ulbricht: Ansprache vor dem Diplomatischen Korps am 26. September 1960. Neues Deutschland (B), 27. September 1960.



dreitägigen Diskussion eine ausgezeichnete Grundlage. Ausgehend von der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Kolonialismus, der sich zur Erhaltung seiner Herrschaft den neuen Bedingungen anzupassen versucht, wie folgt charakterisiert: „Im Unterschied zum ‚klassischen‘ Kolonialismus ist der Neokolonialismus nicht Ausdruck ökonomischen und politischen Stärke, sondern der Schwäche und des Niedergangs des imperialistischen Systems. Somit erblicken wir im Neokolonialismus die typische, also hauptsächlich Form imperialistischer Kolonialpolitik unter den historischen Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, insbesondere in der Periode des Zerfalls und Zusammenbruchs des letzten Kolonialsystems.“<sup>2</sup>

Wie sich dieser moderne Kolonialismus zur Erhaltung seiner Herrschaft durch die Erlangung neuer Positionen sowohl politischer, ökonomischer als auch ideologischer Mittel und Methoden bedient, wurde im Referat und von 46 Diskussionsrednern in oft leidenschaftlichen Anklagen anschaulich nachgewiesen. Es ist uns hier nicht möglich, auf alle Diskussionsbeiträge einzugehen oder sie nur zu nennen. Wir beschränken uns deshalb auf solche Fragen, die vor allem für die Historiker von besonderem Interesse sind.

Der Zusammenbruch des Kolonialsystems unter den Schlägen der antiimperialistischen Befreiungsbewegung ist nicht aufzuhalten. Diese im November auf der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien getroffene Feststellung wurde durch die Diskussionsredner aus afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern erneut bestätigt. In zunehmendem Maße erhalten die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Patrioten politische, moralische und materielle Hilfe vom sozialistischen Weltlager. Die Völker fortschrittlicher Menschen der ganzen Welt unterstützen tatkräftig den antikolonialen Befreiungskampf.

Ein Symbol des hartnäckigen Kampfes eines Volkes gegen den Imperialismus ist Algerien. Seit sieben Jahren kämpft es gegen die kolonialen Unterdrückung und es wird, wie *Abdel Kader* auf der Konferenz feststellte, in seinem Freiheitskampf durch die brüderliche Solidarität der friedliebenden Kräfte der ganzen Welt ermutigt. Er wies aber auch auf die Unterstützung hin, die die westdeutschen Imperialisten den französischen Kolonialherren für ihren schmutzigen Krieg in Algerien gewährt wird.

*Odhiambo Okello* aus Kenia, dessen Volk von den englischen Imperialisten blutig unterdrückt wird, brachte die Stimme *Jomo Kenyattas* auf einem Podium zum Ausdruck. Diesen Vorkämpfer der Freiheit und Führer des Volkes von Kenia haben die Kolonialherren seit acht Jahren eingekerkert. Seine Stimme ertönt als die Stimme der Völker Afrikas zur Einheit, die die Befreiung aller Afrikaner beschleunigen wird.

Wichtige Probleme der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der jungen Nationalstaaten behandelten vor allem die sowjetischen Vertreter. So wies Prof. Dr. *Balabuschewitsch* nach, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit den antiimperialistischen Nationalstaaten auf der Grundlage der Hilfe und nicht des kommerziellen Vorteils beruhen. Die Erfahrungen der Sowjetunion bei der Überwindung der Rückständigkeit der schwachentwickelten Länder unter Ausschaltung des kapitalistischen Entwicklungsweges sprach Prof. Dr. *Jastrebowa*. Sie entlarvte die amerikanische „Hilfe“ als eine erneute Gefährdung der Unabhängigkeit der befreiten Länder.

<sup>2</sup> Referat von Prof. Dr. Markov, Sonderdruck für Konferenzteilnehmer, Teil I, S. 1-10.

## *Gegen den Bonner Neokolonialismus*

Es ist zweifellos ein Verdienst der Konferenz, bei der Überwindung der nochmal noch vorhandenen Unterschätzung der Gefahr des Bonner Neokolonialismus mitgeholfen zu haben. Im Referat und in fast allen Diskussionsbeiträgen wurde den deutschen Imperialisten die Maske des Antikolonialismus vom Gesicht gerissen. Denn „so, wie sich das Wesen des deutschen Imperialismus verändert hat, sind auch die von ihm ausgehenden Gesetzmäßigkeiten wirksam: die Profitjagd und die grenzenlose Expansion seiner Macht“.<sup>3</sup> Diese Expansionsbestrebungen entlarvten Prof. Dr. J. L. Schmidt und Dr. habil. H. Domdey (DDR) in gut fundierten Ergänzungsreferaten, indem sie die vielen ökonomischen Praktiken der westdeutschen Imperialisten gegenüber schwachentwickelten Ländern darstellten. Dr. Domdey wies u. a. nach, daß deutschen Monopole „im Prinzip für die Erhaltung der alten Struktur des imperialistischen Weltmarktes, d. h. für die Erhaltung der sogenannten Arbeitsschichten zwischen den entwickelten imperialistischen Industriestaaten und den schwachentwickelten Ländern“ eintreten. Die Monopole wollen die weitere Ausbeutung dieser Länder sichern, indem sie deren Wirtschaft weiterhin kontrollieren und ihre allseitige Entwicklung verhindern.

Dr. Friedländer (DDR) zeigte an vielen Beispielen, daß die gegenwärtige Hauptstocherung des westdeutschen Neokolonialismus nach Afrika zielt. Die deutschen Monopolisten hoffen, als angebliche Antikolonialisten vom Zerfall der traditionellen Kolonialreiche profitieren und als „Partner“ die koloniale Ausbeutung fortsetzen zu können. Sie sind damit nach dem USA-Imperialismus die Hauptgefahr für die jungen afrikanischen Nationalstaaten geworden.

Über die westdeutsche Kolonialexpansion im Rahmen der EWG sprach der ökonomisch-wirtschaftliche Schäfer (DDR). Diese „Gemeinschaft“ wird immer mehr zum Expansionsinstrument der westdeutschen Imperialisten.

Dr. J. Stepanovsky (ČSSR), der sich in einem beachtenswerten Beitrag mit den imperialistischen Traditionen des deutschen Imperialismus beschäftigte, forderte die Völker der befreiten Länder vor der Demagogie der deutschen Imperialisten, die ihren Konkurrenzkampf gegen die englischen und französischen Kolonialherren schon immer als Kampf für die Befreiung der kolonialunterdrückten Völker auszugeben versucht haben, obwohl es ihnen stets nur um das ging, selbst stärker in das blutige Kolonialgeschäft einzusteigen.

Beispiele für das Eindringen des westdeutschen Kapitals in Afrika schilderte der Nigerianer Oguntoye, und er schlußfolgerte unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer: „Die Macht der ausländischen Monopole muß beseitigt werden, wenn wir unsere Wirtschaft befreien wollen.“

Diese Forderung erhob auch sein Landsmann A. Y. Balla, der 2. Vorsitzende der Sawata-Partei und Mitglied des Bundesparlaments Nigerias, indem er erbat, daß die kolonialen und die Völker der jungen Nationalstaaten in Afrika und Asien keine nur formale Unabhängigkeit brauchen. „Was die Völker heute brauchen ist nicht nur größere Freiheit innerhalb des Kolonialsystems, sondern die vollständige Abschaffung dieses Systems, die Freiheit des Fortschritts, das Recht, ihr eigenes Schicksal zu formen und ihre Reichtümer und die Früchte ihrer Arbeit zu nutzen.“

Der Untersuchung der militärpolitischen Ziele des Neokolonialismus widmete Dr. Egbert von Frankenberg (DDR). Er behandelte vor allem die Rolle der NATO, die immer mehr unter die Führung der westdeutschen Militaristen gerät, als ein Instrument der kolonialen Unterdrückung mit 7 Flotten- und 17 Luft-

stützpunkten allein in Afrika. Diese imperialistischen Militärstützpunkte moderne Zwingburgen der Kolonialsklaverei. *Frankenberg* belegte mit seinem Material die Feststellung A. Y. *Ballas*, daß der NATO-Block eine Gefahr für die Souveränität und Selbstbestimmung der afrikanischen Nationen ist. Der Antikommunismus, die wichtigste ideologische Waffe der Bourgeoisie im Kampf gegen Frieden, Demokratie und Sozialismus, findet auch im Arsenal der Neokolonialisten vorrangige Anwendung. In einer gründlichen Untersuchung entlarvte *Erwin Sallmon* (DDR) die antikommunistische Hetze am Beispiel eines Buches: „Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus“ von *Wahneema Lubiano*, einem der führenden westdeutschen Kolonialideologen. Drascher bereits die aggressive Kolonialpolitik Hitlerdeutschlands pseudowissenschaftlich begründet hat, kann auch heute seine rassenhetzerische Konzeption nicht verleugnen, obwohl er jetzt vor allem von „Partnerschaft“ spricht und die Abhängigkeit als ein Geschenk der Imperialisten hinstellt. Neben der Zerschlagung der antikommunistischen Lügen Draschers wies *Sallmon* die aktive Beteiligung der Kommunisten am antiimperialistischen Befreiungskampf nach und zeigte, daß ihre Ziele den höchsten Interessen der Nation entsprechen. Dadurch dienen die Bestrebungen der reaktionären Kreise, die unter dem Deckmantel des „Antikommunismus“ die nationale Einheitsfront spalten und die Kommunisten als die konsequentesten Vertreter der nationalen Befreiungsbewegung isolieren wollen, objektiv den Interessen der Imperialisten, da sie die nationale Bewegung schwächen. Diese Feststellung bestätigten auch ausländische Disziplinensprecher, indem sie von den reichen Erfahrungen der Werktätigen in den Ländern berichteten.

So schilderte der chilenische Prof. Dr. *Ramirez* das Wachstum der Arbeiterklasse in seinem Lande als das Ergebnis der richtigen Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und gegenüber den Mittelschichten. Die Gründe dafür ist auch in Chile die Einheit der Arbeiterklasse.

Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Mitglieds des Exekutivkomitees der Sozialistischen Volkspartei Kubas, *Joaquin Ordoqui Mesa*, angenommen. Am Beispiel der kubanischen Revolution zeigte er, daß ein kleines Volk vor der Haustür der USA seine Unabhängigkeit erkämpfen und gegen imperialistische Anschläge verteidigen kann, wenn alle antiimperialistischen Kräfte fest vereint zusammenstehen.

Zu dem wichtigen Problem Neokolonialismus und Arbeiterklasse sprach *Bert* (USA). Er schilderte, wie die kolonialen Extraprofiten der Imperialisten die Korruption der amerikanischen Arbeiterführer, gegenwärtig auch zur Fesselung einer Kriegshysterie gegen Kuba verwandt werden.

Die Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf würdigte ein wertvoller Beitrag *Gustav Hertzfeldt* (DDR). Er konnte feststellen, daß die noch junge und zahlenmäßig relativ kleine Arbeiterklasse der jungen Nationen und in den noch verbliebenen Kolonien eine bedeutende Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung spielt. Das haben auch die Neokolonialisten erkannt. Sie fürchten eine sich entwickelnde, in modernen Großbetrieben konzentrierte Arbeiterklasse und wollen deshalb auch aus diesem Grunde die Industrialisierung und allseitige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder hindern. Wie Prof. Dr. *Kampfert* (DDR) nachwies, leisten ihnen dabei die rechten Führer der SPD und des DGB Schützenhilfe. Sie wollen die westdeutschen Arbeiter für die neokolonialistische Expansion mißbrauchen. Das geschieht, wie *Kampfert* nachwies, vor allem mit der Aktion „Wir helfen“, es sich dabei nicht um Solidarität mit den um ihre politische und wirtscha-



die Unabhängigkeit kämpfenden Völkern handelt, zeigte das Geleitwort, das der Vorsitzende des DGB, Richter, zu diesem Aufruf schrieb. Es heißt dort u. a.: „Das Gelingen dieser Aktion hat in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.“

Wirkliche Solidarität üben dagegen die Werktätigen der DDR. Allein im Jahre 1960 wurden dem kämpfenden Afrika, neben anderer Hilfe, 2,5 Mill. DM, davon 1 Mill. dem tapferen algerischen Volk, zur Verfügung gestellt. *Kampfert* konnte feststellen, daß der FDGB der erste deutsche Gewerkschaftsbund ist, der konsequent von der Führung bis zu den Mitgliedern eine antiimperialistische und antikoloniale Politik betreibt.

Dagegen versuchen die rechten Führer des DGB unter der Flagge des Antikommunismus die afrikanische Arbeiterklasse zu spalten und ins Lager der Opportunisten zu führen. Nicht für die Arbeiterinteressen sollen die Gewerkschaften kämpfen, sondern für die Erhaltung der kolonialen Positionen der Imperialisten, wie aus einem von *Kampfert* zitierten Geheimdokument der deutschen Regierung hervorgeht. Es heißt dort u. a.: „Die Hilfe der Gewerkschaften wird gebraucht, um alle unverantwortliche Nationalisierung zu stoppen und die Kontrolle in den Schlüsselpositionen in der Wirtschaft der neugeschaffenen afrikanischen Staaten zu erhalten.“

In weiteren wichtigen Beiträgen wurden die verschiedenartigsten Aspekte des Neokolonialismus beleuchtet, auf die hier nur ganz kurz eingegangen werden können. So sprach z. B. Prof. Dr. *Walter Bartel* (DDR) über Probleme des Rassismus in Deutschland. Er stellte auf Grund westdeutscher Publikationen und Lehrbücher fest, daß sich die Rassenhetze im Adenauerstaat nur noch in einigen Phasen von der im „Dritten Reich“ unterscheidet.

Neue Tatsachen enthüllte Prof. Dr. *Tillmann* (DDR) über die deutsche faschistische 5. Kolonne in Südafrika im zweiten Weltkrieg. Damit trug er dazu bei, die durchgehende Linie der deutschen Kolonialpolitik vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Hitlerfaschismus nachzuweisen. Über das bedeutende Thema: „Der westdeutsche Neokolonialismus in Lateinamerika“ sprach *J. Munford* (USA).

Es ist zu begrüßen, daß vorgesehen ist, in Kürze das Protokoll dieser Konferenz mit allen gehaltenen und auch aus Zeitgründen leider nicht vorgetragenen Beiträgen zu veröffentlichen, werden doch damit der Öffentlichkeit viel breiter, als die Konferenz konnte, wertvolle wissenschaftliche Forschungsergebnisse zugänglich gemacht, die im Kampf gegen den westdeutschen Neokolonialismus eine bedeutende Hilfe darstellen.

Die Historiker der DDR haben nun die verpflichtende Aufgabe, die beiden Editionen der deutschen Geschichte, d. h. das Verhältnis der Arbeiterklasse und das der imperialistischen Bourgeoisie zum Kolonialismus gründlich zu erschließen und die Solidarität des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates mit der nationalen Befreiungsbewegung und mit den jungen Nationalstaaten seitig darzustellen.

Die Fortsetzung der Kolonialpolitik durch die deutschen Imperialisten zwischen den beiden Weltkriegen und ihre Weiterführung im Bonner Staat sollte ebenfalls mehr Beachtung finden. Dabei müssen der westdeutsche Neokolonialismus gründlich entlarvt und die Versuche seiner ideologischen Rechtfertigung zerschlagen werden.

Außerdem sollten die Historiker der DDR ihre Hilfe bei der Erforschung der Geschichte der Völker Afrikas erweitern und besonders die Rolle und Bedeutung der jungen Nationalstaaten im Friedenskampf würdigen.

## *Zu einer Diskussion an der Parteihochschule*

Große Beachtung fand das von *Peter Florin* gehaltene Schlußwort. Er stellte fest, daß die Konferenz den tiefen Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen dem Kampf aller friedliebenden Deutschen zur Bändigung des westdeutschen Militarismus und dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker nachwies. Es handelt sich bei diesem Kampf in Deutschland um einen internen deutschen „Familienstreit“, sondern um die Beseitigung der größten Gefahr, die sowohl dem deutschen Volk als auch den Völkern Europas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas droht. Diese Gefahr ist der aggressive westdeutsche Imperialismus. Der Kampf gegen den westdeutschen Neokolonialismus ist ein entscheidender Beitrag, um die Aggressionsabsichten des westdeutschen Finanzkapitals zu vereiteln und damit den Weltimperialismus an einer bedrohenden Front zu schwächen. Nur die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik setzt in ihrer Politik die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte unseres Volkes fort. Das sind die Traditionen des echten Humanismus, der Menschenliebe und der Völkerfreundschaft. Regierung und Bevölkerung unserer Republik üben und üben stets eine erschütterliche Solidarität mit dem anticolonialen Befreiungskampf.

Die Leipziger Konferenz widerspiegelte anschaulich, daß die Vertreter der DDR, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas immer tiefer den grundlegenden Unterschied in der Politik der beiden deutschen Staaten erkennen. Die Völker verstehen immer wohl, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Die Bonner Imperialisten lassen sich in ihrer Außenpolitik von den Traditionen des Revanchismus, der Rassenhetze und des Chauvinismus leiten. Sie möchten das Rad der Geschichte zurückdrehen. Das ist jedoch nicht möglich. Gegen die Kräfte des untergegangenen imperialistischen Systems richtete sich auch die Leipziger Konferenz. „Hier ist es“, wie *Peter Florin* feststellen konnte, „nur einen gemeinsamen Gegner, den Imperialismus, den Neokolonialismus. Hier triumphierte die internationale Solidarität über Nationalismus und Chauvinismus.“

*Herbert Neumann*

## *Zu einer wissenschaftlichen Diskussion an der Parteihochschule „Karl Marx“*

Die anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED durchgeführte Diskussion über die Rolle der Arbeiterklasse in der Periode des entfalteten Sozialismus in der DDR war ein lebendiges Beispiel für die Notwendigkeit und die vielseitigen Möglichkeiten, an unseren wissenschaftlichen Institutionen einen interessanten, fruchtbaren Meinungsstreit und ein reges geistiges Leben zu entwickeln.<sup>1</sup> Der Erfolg dieser Beratung beruhte vor allem auf der schöpferischen Verbindung von Grundfragen des Marxismus-Leninismus mit der unmittelbaren Praxis des Kampfes der Partei und der Arbeiterklasse. Diese enge, dem Wesen des Marxismus-Leninismus entsprechende Verbindung wurde in der Diskussion und besonders von Prof. Hanna Wolf in ihrer

<sup>1</sup> Vgl. auch den Bericht im Neuen Deutschland (B), 13. Mai 1961: Die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit. Über ein wissenschaftliches Seminar an der Parteihochschule „Karl Marx“.

ung und im Schlußwort nachgewiesen, ist für die Arbeit der Gesellschaftswissenschaftler wie für die praktische Parteiarbeit von entscheidender Bedeutung.

In der Diskussion über die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit wurde überzeugend dargelegt, daß die wissenschaftliche Begründung der historischen Rolle der Arbeiterklasse das Wichtigste im Marxismus ist, weil sie als die wichtigste theoretische Verallgemeinerung der Aufgaben der Arbeiterklasse die endgültige Weiterentwicklung der Rolle und Aufgaben des Proletariats als schöpferischen, historischen Prozeß und demzufolge im Wesen auch alle Widersprüche enthält, die im Kampf um die Verwirklichung ihrer Rolle durch die Arbeiterklasse und ihre Partei gelöst werden müssen. Weiter wurde nachgewiesen, daß unter den Bedingungen unserer Epoche, deren Hauptmerkmal die Existenz des imperialistischen Weltsystems und seine Entwicklung zum ausschlaggebenden Faktor der menschlichen Gesellschaft ist, die eigentliche welthistorische Rolle der Arbeiterklasse — d. h. ihre allgemein-menschliche, ihre echt humanistische Aufgabe — erst voll zur Wirkung kommt. Das Verständnis für diesen tiefen marxistischen Inhalt des Kampfes der Arbeiterklasse ist deshalb auch für die Lenkung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR eine der wichtigsten Voraussetzungen. Gleichzeitig setzte sich die gesamte Beratung, insbesondere Genossin Wolf in ihrer als Grundlage der Diskussion dienenden Einleitung, mit den in Westdeutschland verbreiteten imperialistischen und sozialdemokratischen Theorien auseinander, die gerade die historische Mission der Arbeiterklasse als eine „überlebte These“ bezeichnen. Wie unhaltbar — weil dem objektiven Verlauf der historischen Entwicklung genau entgegengesetzt — diese Versuche der Verteidiger des imperialistischen Systems sind, beweist nicht zuletzt der Umstand, daß gerade jene Erfinder der „Klassennivellierung“, der „Sozialpartnerschaft“ usw. durch die von der Arbeiterklasse in unserer Epoche geschaffenen unumstößlichen Tatsachen völlig gegen ihren Willen gezwungen sind, sich immer wieder mit der Rolle des Proletariats zu beschäftigen.

Die folgenden Darlegungen sollen nur auf einige der diskutierten Fragen hinweisen. Genossin Wolf ging in ihrer Einleitung ausführlich auf die prinzipielle Bedeutung der wissenschaftlichen Begründung der Rolle der Arbeiterklasse und ihren inneren Zusammenhang mit der Weiterentwicklung dieser Rolle unter den konkreten historischen Bedingungen ein. Sie wies nach, daß sich die Rolle, Aufgaben und Führungsmethoden der Arbeiterklasse vom Anfang des Kampfes des Proletariats über den Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bis in unsere Tage des Kampfes um den Aufbau und den Sieg des Sozialismus ständig entwickeln. So unterscheiden sie sich unter den heutigen Bedingungen wesentlich von der Rolle und den Aufgaben der Arbeiterklasse, wie sie sich unter den Bedingungen der Existenz eines einzelnen sozialistischen Staates inmitten imperialistischer Umkreisung ergaben. Heute, da das imperialistische Weltsystem existiert, hat sich die Rolle der Arbeiterklasse bedeutend erhöht, ergeben sich unvergleichlich größere Möglichkeiten für ihren weltgeschichtlichen Kampf.

Genossin Wolf wies auf die Arbeit von Karl Marx „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ hin, in der es heißt: „Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und die Massen demonstrieren, sobald sie radikal wird. Radikal ist, die Sache an der Wurzel zu packen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“<sup>2</sup> Von diesem

<sup>2</sup>Karl Marx / Friedrich Engels: Werke, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 385.



bedeutsamen Gedanken von Karl Marx ausgehend, zeigte sie, wie unter der Losung „Sozialismus mit allen und für alle“ heute die marxistische These von der welthistorischen Rolle der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht wird. Hieran anknüpfend, wurde in der Beratung auf den verschiedensten Gebieten und unter den unterschiedlichsten Aspekten immer wieder die Folgerichtigkeit der zutiefst humanistischen Politik unserer Partei, wie sie vor allen in der Staatsratserklärung von Walter Ulbricht dargelegt wurde, untersucht und nachgewiesen. Zugleich wurden damit alle Fäseleien der imperialistischen Klopffechter über eine „neue Taktik“ oder eine „weiche Welle“ in der DDR widerlegt. Der tiefe humanistische Inhalt des Kampfes der Arbeiterklasse, der in unserer Zeit voll wirksam wird, wurde in der Beratung überzeugend an den Unterschieden zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution, vor allem aber am grundsätzlichen historischen Unterschied zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse als herrschender Klasse nachgewiesen. Es wurde herausgearbeitet, daß der wesentliche Unterschied vor allem darin besteht, daß die Arbeiterklasse nicht nur ihre Klasseninteressen, sondern mit ihnen und durch sie zugleich die Interessen der ganzen Nation vertritt und verwirklicht. Diese Rolle des nationalen Vorkämpfers ist ein entscheidendes Charakteristikum der Arbeiterklasse. In unserer Zeit des weltweiten Kampfes der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gegen die imperialistische Bedrohung aller Nationen wird sie von der internationalen Arbeiterklasse auf der machtvollen Grundlage des sozialistischen Weltsystems mit immer größeren Erfolgen verwirklicht. Das zeigt der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den antinationalen Militarismus, das zeigen die Kämpfe der Arbeiter in Belgien, in Frankreich, in Kuba und an allen anderen Brennpunkten der Erde, an denen der Imperialismus die nationalen Interessen der Völker anzugreifen versucht. Mit dieser nationalen Rolle der Arbeiterklasse hängt unmittelbar zusammen, daß die soziale Basis der sozialistischen Revolution schon von Anfang an viel breiter ist als die der bürgerlichen Revolution auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung und daß sich die breite Basis der sozialistischen Revolution im Gegensatz zu der sozialen Basis der bürgerlichen Revolution gesetzmäßig ständig mehr erweitert.

Ein Ausdruck des tiefen humanistischen Inhalts des Kampfes der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution ist auch die Tatsache, daß die Arbeiterklasse jede Unterdrückung beseitigt, also auch jede nationale Unterdrückung. Sie trägt auf Grund ihrer internationalistischen Ideologie gleichzeitig den sozialen Fortschritt über den nationalen Bereich hinaus, wie es heute z. B. in der Unterstützung der jungen Nationalstaaten und der noch unterdrückten und abhängigen Länder durch die Länder des sozialistischen Weltsystems zum Ausdruck kommt. Der humanistische Inhalt der historischen Mission der Arbeiterklasse zeigt sich vor allem auch in dem unbeirrbaren Kampf der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen und Arbeiterparteien für die Erhaltung des Weltfriedens und um die Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung.

Die große und wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse — die in ihrem gegenwärtigen Kampf gesetzmäßig immer mehr in den Mittelpunkt rückt —, in der von ihr geschaffenen Gesellschaft sozialistische, wahrhaft menschliche Beziehungen zwischen allen Werktätigen zu entwickeln und durchzusetzen, beruht auf der Tatsache, daß sie als herrschende Klasse keine privilegierte Klasse ist. In der Diskussion wurde auf die Ausführungen Lenins zu dieser Frage hingewiesen, als er schrieb, daß die Interessen der Entwicklung der gesamten Ges-

oft höher stehen als die Interessen der Arbeiterklasse. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse keine privilegierte Klasse ist und ihr Kampf die eigene Befreiung gesetzmäßig zusammenfließt mit dem Kampf für die Befreiung der gesamten Menschheit. Das bedeutsame wissenschaftliche Ergebnis der Beratung bestand in der umfassenden Erarbeitung der grundlegenden Unterschiede zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution, zwischen der Rolle der Arbeiterklasse und der Rolle der Bourgeoisie als herrschende Klasse. Außer den hier kurz genannten Problemen wurden diese Unterschiede auch herausgearbeitet in der Stellung der beiden Klassen zum Eigentum an den Produktionsmitteln, in ihrer Stellung zur Sphäre der materiellen Produktion überhaupt, in ihrem Verhalten zu den humanistischen Ideen und Traditionen und zu den demokratischen Forderungen der verschiedensten Schichten, in ihrer Ideologie und Praxis der Gestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, und anderen Fragen.

Gleichzeitig erarbeiteten die Teilnehmer der Beratung umfassend die Schlußfolgerungen und Konsequenzen, die sich aus diesen Unterschieden, aus der historischen Rolle der Arbeiterklasse für unsere theoretische und praktische politische Arbeit ergeben. Sie erfordern zum Beispiel, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Schichten und Klassen und die Weiterentwicklung dieses Bündnisses beim Kampf um den endgültigen Sieg des Sozialismus als organischen Bestandteil des gesamten welthistorischen Kampfes der Arbeiterklasse zu verstehen und zu verwirklichen. In der Beratung wurde untersucht, wie derartige Probleme gegenwärtig bei uns bei der Weiterentwicklung der Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, bei der Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz und den Mittelschichten aufzuheben und zur Lösung drängen. Gleichzeitig wurde auch sehr nachdrücklich betont, daß sich im Nichtverstehen dieser Aufgaben im Wesen Unklarheiten über die Rolle der Arbeiterklasse ausdrücken.

Die volle Verwirklichung der Rolle der Arbeiterklasse in unserem gegenwärtigen Kampf bedingt auch die ständige und allseitige Vertiefung und Weiterentwicklung unserer sozialistischen Demokratie, wie sie gerade gegenwärtig vor uns liegt. Sie erfordert auch ein festes Vertrauensverhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Jugend und auf dieser Basis die ständige Vertiefung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Erziehung und Entwicklung der jungen Generation. Sie erfordert aber auch nicht minder — auf der Grundlage des sozialistischen Humanismus — die Entwicklung des ganzen Volk zur gebildeten Nation.

In vielen konkreten Beispielen wurde in der Beratung nachgewiesen, daß die historische Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus vor allem durch die Erhebung der Menschen gelöst werden muß. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse weiterzuentwickeln und das Bewußtsein aller Menschen auf dieses hohe moralische Niveau der führenden Klasse zu heben — das ist der wichtigste Schritt, um alle beim Aufbau und bei der Vollendung des Sozialismus auftretenden komplizierten Fragen zu lösen.

Obwohl aus der prinzipiellen Bedeutung der Rolle der Arbeiterklasse als auch aus der Tatsache, daß diese Rolle im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung ständig an Bedeutung gewinnt, ergibt sich eine andere zentrale Frage: die Bedeutung der Führung der Arbeiterklasse durch ihren revolutionären Vortrupp, die marxistisch-leninistische Partei. Obwohl in der Diskussion, wie Genossin Kasper in ihrem Schlußwort feststellte, insgesamt diese Frage etwas zu kurz gekommen, wurden vom Gesichtspunkt der Geschichte der Partei dazu sehr bedeut-

same Ausführungen gemacht. In Auseinandersetzung mit den Fälschungen von deutscher imperialistischer Historiker wurde die führende Rolle des ZK der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf als einem entscheidenden Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen deutschen Nation nachgewiesen. Gleichzeitig wurde sehr kritisch darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Arbeiten von Historikern der DDR, insbesondere in einer Veröffentlichung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu diesen Fragen stark subjektivistische, der historischen Wahrheit widersprechende Auffassungen zum Ausdruck kommen. Es wurde mit Recht geltend gemacht, bei der Ausarbeitung der Parteigeschichte und bei der Erziehung der jungen wissenschaftlichen Kader die Rolle der Partei und die Rolle des Zentralkomitees und insbesondere des Genossen Walter Ulbricht bei der Erarbeitung und Verwirklichung der Beschlüsse der Brüsseler und Berner Konferenz richtig herauszuarbeiten und mehr als bisher in den Mittelpunkt zu stellen.

Die gesamte Beratung zeigte, daß die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit eine Vielzahl von Problemen und Fragen aufwirft, auf die eine gründliche wissenschaftlich exakte Antwort noch erarbeitet werden muß. In der Diskussion wurde treffend darauf hingewiesen, daß der gründlichen theoretischen Verallgemeinerung dieser in unserem gegenwärtigen Kampf auftauchenden Probleme bisher viel zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Derart noch offene Probleme sind zum Beispiel die umfassende Darstellung der neuen Rolle der Arbeiterklasse in der DDR; die Auswirkungen dieser neuen Rolle auf den Kampf um die Verwirklichung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland, auf die Gewinnung der Masse der westdeutschen Bevölkerung für den Kampf um den Frieden und Fortschritt und auf den Kampf um die Aktionsgemeinschaft der ganzen deutschen Arbeiterklasse; die Darlegung der neuen Gesichtspunkte für die Einschätzung einer revolutionären Situation; die charakteristischen Eigenschaften eines revolutionären Arbeiters in der DDR; die Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse in der DDR seit 1945; der Prozeß des Eindringens der Ideologie und der hohen Moral der Arbeiterklasse in die gesamte Bevölkerung, und andere Fragen.

Die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit voll zu verstehen und alle mit zusammenhängenden oft komplizierten Fragen zu klären, ist aber so dringend notwendig, weil es darum geht, die Massen zu gewinnen und sie von dem gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus zu überzeugen.

In ihrem Schlußwort wies Genossin Wolf darauf hin, daß die gesamte Diskussion gezeigt hat, wie wichtig es ist, die allgemein-menschlichen, zutiefst kommunistischen Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Antikommunismus herauszuarbeiten. Wir leisten mit derartigen Untersuchungen einen wichtigen Beitrag zur Entlarvung des menschenfeindlichen Charakters des Antikommunismus und beweisen, daß — in unserer Epoche mehr denn je — der Kampf gegen die Arbeiterklasse gleichzeitig ein Kampf gegen die gesamte Menschheit und ihre glückliche Zukunft ist.

*Annelies Voigtländer*



## Eine neue Zeitschrift zur Geschichte der neuesten Zeit

„Unsere Zeit“. Beiträge zur Geschichte nach 1945. — Unter diesem Namen tritt die bisherige wissenschaftliche Beilage zur „Dokumentation der Zeit“ als selbständige Fachzeitschrift für die Geschichte der neuesten Zeit seit 1945 auf.

Die Zeitschrift stellt sich, wie im Geleitwort zu Heft 1 betont wird, das Ziel, „den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Argumenten“ zu vermitteln, „die aus der Verbindung von revolutionären Erfahrungen bewährter Funktionäre der Arbeiterbewegung und der Arbeiter-und-Bauern-Macht aus allen Schichten der Bevölkerung mit der wissenschaftlichen Arbeit jüngerer Kader erwachsen und in Erfordernissen der Praxis entsprechen“ (S. 6).

Das Erscheinen der Zeitschrift entspricht einem schon lange vorhandenen Bedürfnis der Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Geschichte nach 1945 und wird von allen historisch Interessierten, vor allem denjenigen begrüßt, die sich mit der Entwicklung Deutschlands nach dem Ende des zweiten Weltkrieges beschäftigen.

Das vorliegende erste Heft ist dem 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD gewidmet. An der Spitze des Heftes steht unter dem Titel „Die nationale Bedeutung der Gründung der SED“ ein Artikel von Hermann Matern. Zu den Autoren gehören weiter Peter Florin und Horst Brasch, die ebenfalls Probleme der Entwicklung unserer Partei behandeln. Eine außerordentlich aktuelle Frage wird auch von Horst Lehfeld und Johannes Zelt in ihrem Artikel „Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf“ untersucht. Unter der Rubrik „Erlebnisberichte“ berichtet Karl Bittel über die „Bewegung zur Einheitspartei und Einheitspartei in Baden (1945)“.

„Unsere Zeit“ gliedert sich in folgende Rubriken: Artikel, Miszellen, Erlebnisberichte, Berichte von wissenschaftlichen Konferenzen und Tagungen, Rezensionen. Außerdem bringt die Zeitschrift jeweils einen kurzen Überblick über die aktuelle Zeitschriftenliteratur in der DDR sowie Angaben über die wichtigsten Publikationen der UdSSR und der DDR zur Geschichte nach 1945.

Wir wünschen dieser Zeitschrift zur Geschichte der neuesten Zeit, daß sie ihre bestgestellte Aufgabe, „für die Verwirklichung der nationalen Grundkonzeption zu kämpfen und die historische Mission der DDR als ersten deutschen Bundesstaat in ihren vielfältigen Erscheinungen und Aspekten darzustellen“ (S. 5), in Ehren erfüllt, und empfehlen sie unseren Lesern.

*Die Redaktion*

---

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Kongreß-Verlag, Berlin. Umfang etwa 112 Seiten. Preis 2 DM.

## Leserzuschrift

Mit großem Interesse habe ich im Sonderheft zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ den Artikel von W. Góra gelesen.<sup>1</sup> Besonders interessierte mich die Ausführungen über die deutsche Widerstandsgruppe auf S. 233, in die ich doch selbst Mitglied dieser Gruppe und aktiver Teilnehmer dieser Aktion war. Es sei mir deshalb auch gestattet, einige ergänzende Bemerkungen zu dem Artikel von Góras Beitrag zu machen.

„Wenn morgen günstiges Wetter ist, springen wir im faschistischen Hindenburgland ab.“ So lautete der Tagesbefehl am 22. August 1944 für eine kleine Gruppe deutscher Kommunisten: Josef Gieffer, Rudolf Gyptner, Artur Hofmann, Josef Kiefel und Ferdinand Greiner. Eine sowjetische Partisanenabteilung organisierte unseren Absprung am 23. August nachts 1 Uhr beim Dorf Kotlin in der Nähe von Radomsko. Mit uns sprang auch die Jungkommunistin und Funkerin Scholja ab. Unser Auftrag war klar: wir sollten so schnell wie möglich nach Deutschland gelangen und dort die Widerstandsbewegung unterstützen.

Nach unserem erfolgreichen Absprung wurden wir von den Kämpfern der sowjetischen Partisanenabteilung „Anatoli“ und der dritten Brigade der polnischen Volksarmee) „General Boem“ auf das herzlichste empfangen. Die Kämpfer wollten das Neueste aus Moskau wissen. „Wie steht es an der Front?“, „Wie lange will das deutsche Volk noch unter Hitler Krieg führen?“ Um so mehr waren alle sowjetischen und polnischen Partisanen begeistert, was uns Deutsche gab, Kommunisten, die im Auftrage des Zentralkomitees der SED teilnahmen und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ den Widerstandskämpfern im Zentrum des Faschismus zu Hilfe eilten. Unser Material, darunter die Zeitung „Freies Deutschland“ und die „Illustrierte Zeitung“, wurde sehr begrüßt. Unsere polnischen Freunde übernahmen die Verteilung von Agitationsmaterial des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Ein Kurier mit solchem Material wurde in Cześćochowa durch die Gestapo verhaftet. Er wurde ermordet.

Einige Tage später brachen wir in Begleitung der sowjetischen Partisanenabteilung „Anatoli“ in westlicher Richtung auf. Außerdem begleiteten uns auch Soldaten der polnischen Volksarmee, die das ins „Reich“ einverleibte Gebiet gut kannten. Nach einigen Tagesmärschen überschritten wir die Warta und erreichten den Grenzfluß Kocinka und erreichten die Wälder im Gebiet Kłobuck und bei Herby. In den Wäldern von Herby wurde Kontakt mit der AK (Armia Krajowa der polnischen Londoner Emigrantenregierung) hergestellt. Mit ihrer Hilfe erhielten wir Verbindung nach Lubliniec, wo wir mit der Partisanen-Widerstandsgruppe der AK „Tadeusz“ zusammenarbeiteten. Hier bereiteten wir uns auf unseren weiteren Vormarsch über die Oder vor und warteten auf einen ortskundigen Führer. Inzwischen unternahmen wir jede Nacht mit Unterstützung der polnischen Freunde weite Aufklärungsmärsche in die Umgebungen und sammelten Informationen über faschistische Truppenbewegungen, Munitionslager usw., die wir an die sowjetische Abteilung „Anatoli“ weitergaben.

Durch die zunehmende Aktivität der Partisaneneinheiten beunruhigt,

<sup>1</sup> Wladislaw Góra: Aus den Traditionen gemeinsamer Kämpfe. Deutsche Arbeiterbewegung und faschistische Unterdrückung in der Volksgarde der PPR und in der Polnischen Volksarmee. Im Sonderheft „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, 1960, Sonderheft, S. 226 ff.

annan die Gestapo und die Polizeibehörden mit verstärkten Einsätzen gegen die Widerstandsbewegung in Lubliniec. Während einer Funkverbindung tauchte plötzlich ein Funkpeilwagen in der Nähe unseres illegalen Quartiers bei einem polnischen Bauern auf. Dadurch wurden wir gezwungen, unsere Gruppe schnellstens zu teilen; die Gruppe sollte nicht in ihrer Gesamtheit den Schlägen des Feindes ausgesetzt werden. Während Josef Gieffer und Rudi Gypntner in der Stadt verblieben, erhielten die Genossen Kiefel, Hofmann und Greiner neue Unterkunft im Ort Pawonkow. Hier wurde auch der Empfang weiterer deutscher Fallschirmspringer und Waffen vorbereitet. In der Folge sollte ein Fremdenarbeiterlager bei Groß Strehlitz befreit werden.

In der Stadt wurden durch Gestapo und Polizei starke Verhaftungen durchgeführt. Mit der polnischen Leitung wurde vereinbart, daß wir uns in die Wälder von Herby zurückziehen sollten, um uns dort mit z. T. zersprengten polnischen Widerstandskämpfern zusammenzuschließen. Wir erfuhren, daß die sowjetische Gruppe „Anatoli“ südlich von Lubliniec im Kampf gegen starke faschistische Kräfte gescheitert worden war. In diesem Kampf fiel auch die Leiterin Schura.

Im Gebiet südlich von Klobuck gerieten wir in einen Hinterhalt und wurden von der deutschen Gendarmerie beschossen. Schwerverletzt erwiderten wir das Feuer und schlugen den Angriff zurück. Wir vernichteten unser Funkgerät, Ausweise usw. und zogen uns tief in den Wald zurück. Durch Unterstützung einzelner polnischer Menschen, vorwiegend Bauern, gelang es uns, wieder bis in die Wälder von Kotfin zu kommen. Hier erhielten wir erneut Verbindung zur 1. Brigade der polnischen Volksarmee. Es war eine gemischte sowjetisch-polnische Abteilung unter Führung von Pawel und Fedorow. Durch den russischen Arzt dieser Abteilung erhielten wir etwa zehn Tage nach unserer Verwundung die erste ärztliche Hilfe.

Noch im November führten auch in dem Gebiet von Kotfin deutsche Wehrmachts- und Polizeieinheiten sogenannte Befriedungsaktionen durch. Mit Flugzeugen, Panzern und Artillerie ausgerüstete etwa 7000 Mann starke Truppen versuchten vergebens, etwa 200 bis 250 Partisanen zu vernichten. Alle Bemühungen der Faschisten waren umsonst. In den Gebieten Kielce und Radom nahmen wir mit polnischen und sowjetischen Partisaneneinheiten an weiteren Gefechten gegen die faschistischen Unterdrücker teil, bis durch die große Januar-Offensive 1945 der sowjetischen Armeen auch diese polnischen Gebiete vom Faschismus befreit wurden.

13 Jahre später trafen wir unsere polnischen Freunde aus der Zeit der gemeinsamen Kämpfe gegen den deutschen Faschismus und fanden mit ihrer Hilfe die Gräber unserer Genossen Rudolf Gypntner und Josef Gieffer. Sie fielen gemeinsam mit dem polnischen Patrioten Roch Kurpiesz, Mühlenbesitzer in Pawonkow, am 28. November 1944 im gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Faschismus.

1958 wurde durch den Verband der polnischen Widerstandskämpfer an der Mauer der Scheune in Pawonkow, wo unsere Genossen ermordet wurden, eine Gedenktafel angebracht.

Ferdinand Greiner



*Karl Marx / Friedrich Engels: Sul Risorgimento Italiano*, hrsg. von Ernesto Ragionieri, Editori Riuniti, Rom 1959, 483 S.

Das mit dem gegenwärtigen bemerkenswerten Aufschwung der marxistischen Geschichtswissenschaft in Italien verbundene Bedürfnis, die Anschauungen und Einschätzungen von Karl Marx und Friedrich Engels über die Entwicklung Italiens und insbesondere der italienischen Arbeiterbewegung kennenzulernen, hat bereits zu bedeutenden Veröffentlichungen geführt, die die Aufmerksamkeit auch außerhalb Italiens auf sich ziehen. Dies um so mehr, da sie uns nicht nur die Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus über die politischen Probleme Italiens im 19. Jahrhundert vermitteln, sondern darüber hinaus vielfach Ausführungen allgemeinen Charakters zu Problemen der Arbeiterbewegung – wie zum Beispiel zur Bündnispolitik der Arbeiterklasse, zur Bauernfrage und ganz besonders zur nationalen Frage – enthalten. Zu den bedeutendsten dieser italienischen Publikationen darf man die von Ernesto Ragionieri unter Mitarbeit von Elsa Fubini und Giuseppe Garritano herausgegebene Sammlung der Schriften Karl Marx' und Friedrich Engels' über das italienische Risorgimento zählen.

Die Idee, alle Schriften von Marx und Engels, die sich auf die italienische Unabhängigkeitsbewegung beziehen, zusammenzufassen, ist nicht neu. Benedetto Croce machte bereits in einer Jugendschrift, seinem Vorwort zur italienischen Ausgabe von „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, einen solchen Vorschlag; doch bevor

dieser Gedanke verwirklicht werden konnte, mußten erst die materiellen und ideellen Voraussetzungen geschaffen werden. Vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wären derartige Arbeiten auf kaum überwindliche Hindernisse gestoßen. Später wurde auch Antonio Gramsci, der Begründer und große Führer der KPI, auf die Notwendigkeit hin, systematisch die Schriften – einschließlich des Briefwechsels – Karl Marx' und Friedrich Engels' nach Äußerungen zu sichten, die sich direkt oder indirekt auf Italien oder italienische Probleme beziehen. Als Gramsci dies schrieb, saß er aber im faschistischen Kerker, und er nicht lebend verlassen sollte. Und so hinterließ er diese Aufgabe – wie viele andere – den Marxisten der jüngeren Generation, die allerdings bevor sie sie in Angriff nahmen, die Ketten sprengen mußten, in die Faschismus Italien geschlagen hatte.

Der junge italienische Historiker Ernesto Ragionieri und seine Mitarbeiter haben sich mit der Erfüllung dieser Vermächtnisses Gramscis ein weit über Italien hinausgehendes Verdienst erworben. Bei der Auswahl der zu veröffentlichenden Aufsätze gingen davon aus, alle sich direkt auf italienische Persönlichkeiten oder Ereignisse in der Zeit von 1847 bis 1860 beziehenden Schriften Karl Marx' und Friedrich Engels' ganz oder auszugsweise in die Sammlung aufzunehmen, während die in anderen Schriften verstreuten kurzen Hinweise weitgehend in die von R. stammenden Einleitungswörtergaben und verarbeiteten, ohne daß allerdings Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Für die Periode bis zum Abklingen der revolutionären Bewegungen 1848/49 finden wir vor allem die A

aus der „Deutschen Brüsseler Zeitung“ und der „Neuen Rheinischen Zeitung“, die zum großen Teil dem deutschen Leser aus der Sammlung „Die Revolution von 1848“<sup>1</sup> bekannt sind. In der folgende Zeit von 1852 bis 1860 kommen in erster Linie die Korrespondenzen Marx' und Engels' für die „New York Daily Tribune“ sowie Artikel in der „Neuen Oder-Zeitung“ oder „Das Volk“ in Betracht. Gerade hinsichtlich der ersten – soweit sie nicht auch in der Zeitung „Das Volk“ erschienen sind – bedurfte es einer jahrelangen, mühevollen Sucharbeit, um die fast stets anonym erschienenen Beiträge von Karl Marx und Friedrich Engels zu identifizieren. Diese Mühe wurde damit belohnt, daß einige Artikel nun zum erstenmal in einer Sammlung von Schriften von Marx und Engels veröffentlicht werden konnten, während in einigen anderen die Urheberschaft festgestellt wurde. So konnte beispielsweise festgestellt werden, daß der Artikel „Die Perspektiven des Krieges in Europa“ vom 31. Januar 1859, der in der „New York Daily Tribune“ unter der Bezeichnung „von einem gelegentlichen Korrespondenten“ erschien und bisher Engels zugeschrieben wurde, tatsächlich aus der Feder von Karl Marx stammt. Der Vollständigkeit halber wurden der Sammlung auch die beiden bekannten Schriften von Friedrich Engels „Podium Rhein“ und „Savoyen, Nizza und der Rhein“ hinzugefügt.

„Wenn auch Italien und der Kampf um die nationale Unabhängigkeit Italiens“, schreibt R. in der Einleitung, nicht Themen darstellen, die ständig im Mittelpunkt des Interesses von Marx und Engels gestanden haben; so sind sie doch in mehrfachem Sinne mit dem bewegenden Motiv der Betrachtungen von Marx und Engels über die internationale Politik verbunden, und zwar vor allem durch die große Bedeutung, die objektiv die italienische Frage in der internationalen Politik in den Jahren von 1847 bis 1860 besaß, und darüber hinaus durch die hervorragende Rolle, die innerhalb der europäischen Emigration eine italienische Persönlichkeit, nämlich Mazzini, spielte“ (S. 9)<sup>2</sup>. Gerade diese enge Verbindung der italienischen Frage mit den anderen Problemen der internationalen Politik jener Zeit ist es, die die Einschätzungen von Marx und Engels nicht nur für den wichtig sein läßt, der sich mit der italienischen Arbeiterbewegung oder mit der Geschichte Italiens im 19. Jahrhundert im allgemeinen befaßt. Gewiß wird dieser, wenn er seine Arbeit ernst nimmt und auch selbst ernst genommen werden will, an diesen Aufsätzen nicht vorbeigehen können. Die Analyse der Klassenkräfte, die damals in Italien wirkten, die Verbindung der nationalen mit der sozialen Frage, die von Marx und Engels immer wieder herausgearbeitet und betont wurde, sind außerordentlich aufschlußreich: so die Aufdeckung der Ursachen der Niederlage Piemonts im Kriege von 1848/49, als die savoyardische Monarchie vor dem einzigen Mittel zurückschreckte, das ihr den Sieg sichern konnte, nämlich dem Appell zur Massenerhebung, zum allgemeinen Volksaufstand; so der Hinweis auf die Haltung der lombardischen Bauern, die selbst noch 1859 ihre italienischen Großgrundbesitzer mehr haßten als die fremden Unterdrücker; so die Erwähnung des Mißbrauchs des Lazzaronitums gegen die revolutionäre demokratische Bewegung durch die bourbonische Reaktion, oder die prägnante Analyse der Lage in Sizilien vor der Landung Garibaldi's und schließ-

tungen von Marx und Engels über die internationale Politik verbunden, und zwar vor allem durch die große Bedeutung, die objektiv die italienische Frage in der internationalen Politik in den Jahren von 1847 bis 1860 besaß, und darüber hinaus durch die hervorragende Rolle, die innerhalb der europäischen Emigration eine italienische Persönlichkeit, nämlich Mazzini, spielte“ (S. 9)<sup>2</sup>. Gerade diese enge Verbindung der italienischen Frage mit den anderen Problemen der internationalen Politik jener Zeit ist es, die die Einschätzungen von Marx und Engels nicht nur für den wichtig sein läßt, der sich mit der italienischen Arbeiterbewegung oder mit der Geschichte Italiens im 19. Jahrhundert im allgemeinen befaßt. Gewiß wird dieser, wenn er seine Arbeit ernst nimmt und auch selbst ernst genommen werden will, an diesen Aufsätzen nicht vorbeigehen können. Die Analyse der Klassenkräfte, die damals in Italien wirkten, die Verbindung der nationalen mit der sozialen Frage, die von Marx und Engels immer wieder herausgearbeitet und betont wurde, sind außerordentlich aufschlußreich: so die Aufdeckung der Ursachen der Niederlage Piemonts im Kriege von 1848/49, als die savoyardische Monarchie vor dem einzigen Mittel zurückschreckte, das ihr den Sieg sichern konnte, nämlich dem Appell zur Massenerhebung, zum allgemeinen Volksaufstand; so der Hinweis auf die Haltung der lombardischen Bauern, die selbst noch 1859 ihre italienischen Großgrundbesitzer mehr haßten als die fremden Unterdrücker; so die Erwähnung des Mißbrauchs des Lazzaronitums gegen die revolutionäre demokratische Bewegung durch die bourbonische Reaktion, oder die prägnante Analyse der Lage in Sizilien vor der Landung Garibaldi's und schließ-

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Die Revolution von 1848. Auswahl aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Dietz Verlag, Berlin 1955.

<sup>2</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

lich die klare Aufgabenstellung für die junge italienische Arbeiterklasse. Nicht minder wichtig für den Historiker sind die Urteile über solche Männer wie Garibaldi, Mazzini, Cavour u. a., über die Rolle, die sie spielten, und die gesellschaftlichen Schichten, die sie vertraten. Das alles ist von brennender Aktualität, das geht uns heute, nach hundert Jahren, noch an und zwingt uns zur Stellungnahme, um so mehr als die Tatsache, daß die italienische Bourgeoisie ihre Revolution im vorigen Jahrhundert nicht zu Ende geführt hat, sich noch in der gegenwärtigen politischen Situation Italiens weitgehend auswirkt.

Nichtsdestoweniger interessiert den deutschen Leser in weit größerem Maße die Frage, welche Beziehungen Karl Marx und Friedrich Engels zwischen der italienischen Einigungsbewegung und dem Schicksal der Revolution in Deutschland sahen und herstellten. Es ist bekannt, wie die „Neue Rheinische Zeitung“ die Haltung der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber Polen geißelte, wobei sie das prophetische Wort prägte: „Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.“<sup>3</sup> Ebenso entschieden traten Karl Marx und Friedrich Engels für die ungarische Revolution ein, deren fortschrittlichen bürgerlichen Charakter sie auch trotz deren adliger Führung erkannten. Dieser Grundgedanke, daß jeder Erfolg der demokratischen Revolution in anderen europäischen Ländern von entscheidender Bedeutung für die revolutionäre Demokratie in Deutschland war, durchzieht alle in dieser Sammlung zusammengefaßten Aufsätze zur italienischen Frage. Man erinnert sich, wie auch hinsichtlich der revolutionären Bewegung in Italien Karl Marx

und Friedrich Engels im schärfsten Gegensatz zur Frankfurter Nationalversammlung standen, die 1848 Deutschland fast in den Krieg gegen Preußen verwickelt hätte. Die Außenpolitik einer wirklich demokratischen Partei in Deutschland hätte darin bestehen müssen, die demokratische Bewegung in Polen, Ungarn und Italien mit allen Kräften zu unterstützen. Die Mehrheit der bürgerlichen Demokraten Deutschlands war aber weit entfernt von einer solchen Einsicht. „Die großdeutsche Partei in der Versammlung der Paulskirche war im selben Maße bereit, deutschen nationalen Belange herbeizuziehen als die der anderen Nationen zu mißachten“, schreibt R. in der Einleitung (S. 16). Was aber Italien anbelangt, so tobte sich der chauvinistische Hochmut des deutschen Kleinbürgers in besonders grotesker Weise aus. In dieser Hinsicht ist es wahrlich höchst erfrischend zu lesen, mit welcher Beiläufigkeit der Hohn Friedrich Engels den deutschen Spießbürger überschüttet, von einer tiefen Verachtung für das Land der Banditen, Dolche und treuen Frauen“ (S. 53) erfüllt ist.

Es ist klar, daß in dieser Haltung der deutschen Bourgeoisie, in der Tendenz zur Unterdrückung der nationalen Völkern, schon ihre spätere Kapitulation vor der Reaktion im Keim enthalten war. Und mehr als das: In der Folgezeit wurde die für die imperialistische Bourgeoisie charakteristische Mißachtung der Rechte anderer Völker von kleinbürgerlichen Elementen auch in die Sozialdemokratie eingetragen und bildete hier — besonders in der imperialistischen Epoche — aber nicht minder in der Gegenwart eine der wesentlichsten Seiten des Opportunismus und seiner antinationalen Funktion.

In seiner gehaltvollen Einleitung untersucht R. auch die Frage, ob zwischen Marx' und Engels' ständiger Parteinahme für die Sache der revolutionären Italiens gegen Öster-

<sup>3</sup> Neue Rheinische Zeitung, 20. August 1848. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Die Revolution von 1848, S. 130.



nd ihrer entschiedenen Stellungnahme gegen den Krieg von 1859, den Piemont im Bündnis mit Louis Napoleon gegen Österreich führte, einen Widerspruch gibt. Karl Marx weist nach, daß gerade in der „Hilfe“ Louis Napoleons die größte Gefahr für die italienische Unabhängigkeit lag, indem diese sich nämlich in eine Abhängigkeit Napoleons von Frankreich verwandelt hatte. So wie andere nach ihm, statt der Usurpator, als er seinen Staatsreich durchführte, den Frieden verbrochen: „L'Empire c'est la paix.“ Auf dieser Heuchelei beruhte zunächst sein Einfluß unter den Massen, aber da sich die Klassengegensätze sehr schnell zuwzitzten, brauchte er, um seine Macht zu erhalten, den Krieg. Er wollte, wie Marx schrieb, den Traum seines Vaters verwirklichen und das Mittelmeer in einen französischen Binnensee verwandeln (vgl. S. 155).

In den in der vorliegenden Sammlung veröffentlichten Artikeln von Marx und Engels aus dem Jahre 1859 gehen somit die Kritik an diesem Kriege und die Darlegung der Folgen, die sich aus ihm für ganz Europa ergeben mußten, im Vordergrund. In einem späteren Brief an die italienische Zeitung „Il Gazzettino“ stellte Marx 1872 fest, daß er gegen diesen Krieg war, „weil er die Existenz des bonapartistischen Imperiums um ein weiteres Dutzend Jahre verlängern, Deutschland die Ketten Preußens anferlegen und aus Italien das machen sollte, was es heute ist“ (S. 39). Andererseits wies Marx auf die Notwendigkeit hin, derartige ungelöste Fragen der italienische einer „wahren und rechten Lösung“ zuzuführen, um den Frieden zu erhalten, und erläuterte, weshalb derartige Probleme, „wenn sie nicht gelöst werden sollten, weiter in Zeit zu Zeit den Frieden in Europa stören und folglich auch den Fortschritt und die Wohlfahrt der ganzen zivilisierten Welt behindern werden“ (S. 156). Es drängt sich einem geradezu

auf, Parallelen zur Gegenwart zu ziehen.

Leider nur am Rande können wir die sehr wichtige Tatsache vermerken, daß sich unter diesen Artikeln auch zahlreiche glänzende militärkritische Studien Friedrich Engels' befinden, die für die Ausarbeitung der marxistischen Militärwissenschaft von großer Bedeutung waren.

Natürlich nimmt in den vorliegenden Artikeln von Marx und Engels die Auseinandersetzung mit Mazzini breiten Raum ein. Die Bemerkung R.s, daß der Gegensatz zwischen Marx-Engels und Mazzini in dem Jahrzehnt von 1850 bis 1860 nicht in erster Linie in dem Gegensatz zwischen der materialistischen auf der einen und der idealistischen Weltanschauung auf der anderen Seite bestand (vgl. S. 25), sondern mehr noch in der unterschiedlichen Bewertung der revolutionären Möglichkeiten begründet lag, erscheint mir sehr fruchtbar. Es ging um die notwendige Kritik an den Illusionen Mazzinis, als ob der Appell an eine heroische Minderheit allein genügen könnte, um die notwendigen gesellschaftlichen Kräfte auf den Plan zu rufen und den Erfolg einer Revolution zu sichern.

Freilich darf man dabei nicht übersehen, daß zwischen beiden Auffassungen über den Ursprung dieser Meinungsverschiedenheiten kein wesentlicher Widerspruch besteht. Waren doch die falschen taktischen Erwägungen Mazzinis eben das Ergebnis seiner grundsätzlichen idealistischen Philosophie, die ihn zu der Einbildung führte, daß eine Revolution ungeachtet der materiellen Voraussetzungen nur vom Willen der Menschen abhängig sei. Sich dagegen mit der ökonomischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, hielt er für unter seiner Würde, so daß ihm Karl Marx entgegenhielt: „Nichts ist leichter, als Idealist zu sein auf Kosten anderer. Ein satter Mann kann leicht über den Materialismus

der Hungernden spotten, die ein gewöhnliches Stück Brot verlangen an Stelle erhabener Ideen“ (S. 142). Seine kritische Haltung zu Mazzini hinderte Marx aber nicht, sich in dem Moment öffentlich mit Mazzini solidarisch zu erklären, als dieser zur Zielscheibe des Hasses der gesamten europäischen Reaktion wurde.

In völligem Gegensatz zur scharfen Kritik an Mazzini steht die Wertschätzung, die sowohl Karl Marx als auch Friedrich Engels Garibaldi entgegenbrachten. Garibaldi verbinde, so schrieb Engels in einem seiner damaligen Aufsätze, einen feurigen Geist mit einem Kern jener italienischen Genialität, die in Dante nicht weniger als in Machiavelli zu finden ist (vgl. S. 390).

Diese wenigen Bemerkungen müssen genügen, um den hohen Wert dieser Sammlung zu zeigen, die uns insbesondere hinsichtlich der Stellung von Marx und Engels zur bürgerlich-demokratischen Revolution wichtige Materialien unterbreitet und Anregungen vermittelt.

Guido Zamis

*Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften.* Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1960. Bd. II: Februar 1907 bis Februar 1910, 19\*, 512 S., mit sieben Bildern und Faksimiles. Bd. III: Februar bis Dezember 1910, 12\*, 540 S., mit zwei Bildern, einem Faksimile und einer Kartenskizze.

Mit der Herausgabe der Bände II und III der „Gesammelten Reden und Schriften“ von Karl Liebknecht setzt das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED die Reihe der Veröffentlichungen von Arbeiten hervor-

ragender, dem Sozialismus treu ergebener Revolutionäre der deutschen Arbeiterklasse fort. Die veröffentlichten Reden und Dokumente vermitteln dem Historiker und darüber hinaus allen interessierten Lesern wertvolle Kenntnisse über den beharrlichen Kampf der Besten des deutschen Volkes für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland, für eine glückliche Zukunft unserer Nation. Sie bestätigen zugleich die Feststellung Walter Ulbrichts auf der 11. Tagung des ZK der SED, daß die großen Führer der deutschen Arbeiterklasse, darunter auch Karl Liebknecht, Vorkämpfer gegen den Imperialismus und für den Frieden waren.<sup>1</sup>

Die beiden Bände umfassen die Zeit von 1907 bis 1910, also jene Periode, von der W. I. Lenin schrieb, daß in allen vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern eine „Verschärfung des Kampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ... zu beobachten war. In dieser Zeit, da der Imperialismus die ganze Welt beherrschte, die imperialistische Bourgeoisie internationalen wie nationalen Maßstab den bestimmenden Faktor stellte, hatten sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten um die Vorherrschaft in der Welt verschärft. Es waren zwei militärische Kräftegruppierungen mit Deutschland einerseits und England andererseits an der Spitze entstanden. Die Welt erlebte Aggressionsakte, wie die Annexion Bosniens und der Herzogewina durch Österreich-Ungarn im Jahre 1908, aber auch große Revolutionen, wie die e-

<sup>1</sup> Vgl. Erklärung der Beratung der Vertreter der kommunistischen Arbeiterparteien, November 1960. Rede Walter Ulbrichts und Entschließung des ZK der SED, 11. Tagung des ZK der SED, 15. 17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 94.

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 187.

ussische Revolution von 1905–1907 und die türkische Revolution von 1908. Es entwickelten sich machtvolle Massen- und Streikbewegungen gegen die ständig zunehmende imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. Trefend formulierte Karl Liebknecht in seiner Rede über die politische Lage am 1. September 1909: „Wir leben in einer Zeit der heftigsten Gegensätze in allen kapitalistischen Ländern, wenn auch die Formen, in denen die Gegensätze zum Austrag gebracht werden, in den einzelnen Ländern verschieden sind“ (Bd. II, S. 318).<sup>3</sup>

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1907 bis 1909, der verstärkten Rüstungs- und Kriegspolitik des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus riefen auch in Deutschland einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung hervor. Die Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse richteten sich im Wesentlichen gegen die undemokratischen Verhältnisse, das halbabsolutistische, militaristische Regime in Deutschland. Karl Liebknecht sah es als seine höchste Aufgabe an, und darin besteht die nationale Bedeutung seines Kampfs, das deutsche Proletariat zum organisierten Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus aufzurufen. Wir müssen das Volk aufklären, daß einheitliche Zustände nur errungen werden können, wenn die ganze Arbeiterschaft einmütig zusammensteht und mit aller Kraft auf eine Umwandlung unserer Klassengesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft hinarbeitet“ (Bd. II, S. 42). Diesem Ziel war sein ganzer Kampf gegen Militarismus und Krieg, für demokratische Verhältnisse in Deutschland untergeordnet.

Karl Liebknecht führte diesen Kampf niemals losgelöst von den nationalen und sozialen Lebensfragen der Arbeiterklasse und des ganzen deut-

schen Volkes. Ob im Parlament, vor den Schranken des Reichsgerichts, auf den Parteitag der SPD oder auf großen Massenversammlungen – immer entlarvte er die verbrecherische antinationale Rolle des deutschen Militarismus und den reaktionären Charakter des preußisch-deutschen Staates. Es ist von großer aktueller Bedeutung, wenn er dabei feststellte, daß die Grundlage des Kampfes gegen Militarismus ein klares Verständnis über das Wesen des Militarismus sein muß (Bd. II, S. 43), daß der Militarismus nicht losgelöst vom Imperialismus bekämpft werden kann.

Besondere Beachtung verdienen die Thesen über den Militarismus, die Karl Liebknecht der zweiten internationalen Jugendkonferenz 1910 in Kopenhagen vorlegte (Bd. III, S. 469–489). Sie können uns in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem volksfeindlichen Militarismus, bei der Lösung des Problems von Krieg und Frieden eine wichtige Waffe sein. Bürgerliche und sozialdemokratische Historiker und Politiker, die das Wesen des deutschen Militarismus und seine Rolle in der deutschen Geschichte verschleiern wollen, wenden sich gegen die marxistische Feststellung vom Zusammenhang zwischen der existierenden ökonomischen Basis und dem Militarismus. Keineswegs darf, so schreiben sie, der Militarismus „aus den wirtschaftlichen Bedingungen als einer Art Überbau zu den eigentlichen bestimmenden und entscheidenden Kräften des ökonomischen Unterbaus abgeleitet werden“.<sup>4</sup> Diese Vertreter des Imperialismus bezeichnen das Wirken des Militarismus als subjektives Handeln einzelner Militärs, unabhängig von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, als Vorherrschaft des

<sup>4</sup> Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch politisch-historischer Bildung. Hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung. Innere Führung, Dritter Bd., Tübingen 1958, S. 24.

Alle Seitenangaben beziehen sich auf hier besprochenen Bände.



Militärischen über das Zivile.<sup>5</sup> Da diese Vorherrschaft in den sogenannten „freien Ländern“ des Imperialismus nicht existiere, könne von Militarismus z. B. in Westdeutschland nicht die Rede sein. Dagegen seien sozialistische Länder „militaristische Staaten“ oder, wie der Wehrexperte der SPD, Erler, verleumderisch behauptet, die sozialistische Gesellschaft eine „militaristische Gesellschaft“.<sup>6</sup> Die politische Absicht liegt auf der Hand: Mit diesen Verfälschungen sollen die Volksmassen in Westdeutschland eingeschlafert und zugleich antikommunistisch verhetzt, ihr Widerstand gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr gebrochen und sie fest in die revanchistische Bewegung der Kriegsvorbereitung einbezogen werden. Um das zu verhindern, ist die Erläuterung des Zusammenhangs von Militarismus und Imperialismus eine wichtige aktuelle politische Aufgabe.

Es ist von großer nationaler Bedeutung, daß in den Thesen Liebknechts über den Militarismus gerade dieser Zusammenhang exakt nachgewiesen wird. Mehr noch, es finden sich bemerkenswerte Ausführungen über die Stellung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zum Militarismus, die gegenwärtig besondere Aktualität besitzen. So schreibt er in dem Abschnitt „Krieg dem Kriege“: „Das Proletariat, der Feind und künftige Überwinder aller Ausbeutung und Unterdrückung, der Träger der internationalen proletarischen Solidarität und des Völkerfriedens, ist der geborene Feind des Militarismus, der geborene Träger des Antimilitarismus als eines Teiles des allgemeinen internationalen Befreiungskampfes des Proletariats“ (Bd. III, S. 480).

Wenn auch manche seiner Forderungen, wie Abrüstung, Einsetzung von Schiedsgerichten, Sicherung des Frie-

dens in der Welt, erst unter den heutigen Bedingungen der Existenz eines sozialistischen Weltsystems, einer starken revolutionären internationalen Arbeiterbewegung, einer im stürmischen Vormarsch befindlichen nationalen Befreiungsbewegung und einer organisierten Weltfriedensbewegung verwirklicht werden können, so waren sie doch damals schon von großer Bedeutung als Ausdruck des tiefen Humanismus der Arbeiterklasse. „Das Proletariat ist friedensfreundlich, denn es weiß, daß die Tatsachen, die zum Kriege führen, nichts gemein haben mit den Interessen des Proletariats“ (Bd. II, S. 221). Doch nicht nur die Arbeiterklasse, „auch wer nicht Proletarier ist, muß zu der Ansicht kommen, daß der Militarismus eine Gefahr für den Fortschritt ist“. Offen erklärte Karl Liebknecht vor dem deutschen Volk und der Nation, daß es das Ziel der revolutionären Marxisten ist, „nicht den Krieg zu fördern, sondern Blutvergießen zu vermeiden“ (Bd. II, S. 222). Was damals noch nicht zu verwirklichen war, ist heute in greifbare Nähe gerückt. Die Sowjetunion hat der friedliebenden Menschheit durch N. S. Chruschtschow auf der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen 1960 in New York ein historisches Programm zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unterbreitet, dessen Verwirklichung es unmöglich machen würde, einen Weltkrieg zu entfesseln.

Es ist auch Ausdruck des Humanismus der Arbeiterklasse und ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Nation, wenn ihre revolutionäre Vorhut ebenso leidenschaftlich, wie sie gegen den Militarismus kämpfte, auch für die Erringung demokratischer Verhältnisse eintrat; beides läßt sich nicht voneinander trennen. „Das Proletariat steht der Klassenherrschaft und dem heutigen Staat, jener Zwangsorganisation des Volkes im Interesse der herrschenden Klassen, die sich gegen das Proletariat und gegen die organische Fort-

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, S. 204 und 230.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 230/231.

Entwicklung des Volksganzen richtet, unversöhnlich gegenüber“ (Bd. III, S. 480). Die imperialistische Klassenherrschaft, die durch den reaktionären preußisch-deutschen Staat verkörpert wurde, züchtete den Militarismus zur Durchsetzung ihrer antinationalen Ziele nach innen und außen. Darum konnte nur der ein konsequenter Antimilitarist sein, der für die Beseitigung des Imperialismus und seines Machtapparates kämpfte. Diese wichtige Lehre vermittelt uns der selbstlose Kampf der revolutionären deutschen Linken mit Karl Liebknecht an der Spitze.

Den Kampf um die Demokratie führen heißt nicht, zu jeder Zeit, unabhängig von den tatsächlichen Bedingungen, die revolutionäre Beseitigung der politischen und ökonomischen Macht der imperialistischen Bourgeoisie zur Aktionslösung zu erklären. Von solchen anarchistischen Auffassungen hat sich Karl Liebknecht immer eindeutig distanziert (vgl. Bd. II, S. 172). Kampf um Demokratie bedeutete aber auch nicht, sich auf Sozialreformen, auf unwesentliche Verbesserungen am junkerlich-imperialistischen deutschen Staat zu beschränken, wie es die Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie taten. Geleitet von den „großen Grundsätzen unserer Klassenkampf-Weltanschauung“ erläuterte Karl Liebknecht die Bedeutung der parlamentarischen Reformarbeit, die von uns in erster Linie als ein Teil des Wegs zu unserem Endziel, so- dann als ein Mittel zur Förderung der Kampffähigkeit des Proletariats geleitet wird und immer stärker und systematischer geleistet werden muß!“ (Bd. I, S. 8/9). Darin unterschied er sich prinzipiell von den Reformbestrebungen der Opportunisten in der SPD.

Karl Liebknecht leistete eine große Arbeit bei der Entlarvung der reaktionären Rolle Preußens als wichtigster Stütze des junkerlich-bourgeois deutschen Imperialismus. „Preußen ist

der Hemmschuh in der Entwicklung des Deutschen Reichs, nicht das fort-treibende Element. Die preußische Reaktion ist die Kugel an den Beinen des deutschen Volkes“ (Bd. III, S. 440/441). Er sah es als seine besondere Aufgabe an, vor den Volksmassen die Auswirkungen der Politik dieses „Unrechtsstaates“ auf die verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen. Indem Karl Liebknecht feststellte, daß es sich beim preußischen Staat um einen „Polizeistaat“ handelte (vgl. Bd. II, S. 19/20), traf er das Wesen dieses Staates. In ausgezeichnete Weise belegt er in seinen Reden im preußischen Abgeordnetenhaus, daß Polizei und Militär die wichtigsten Mittel der preußischen Innenpolitik sind (vgl. Bd. III, S. 68–109, 265–282). Als hervorragender Kenner der Rechtswissenschaften deckte Karl Liebknecht an vielen Beispielen das Wirken der Klassenjustiz im Deutschen Reich und besonders in Preußen auf (vgl. Bd. II, S. 17–42, 163–220; Bd. III, S. 3–55). Der „Hochverratsprozeß“ von 1907 gegen ihn selbst ist ein eindrucksvoller Beweis für die Richtigkeit seiner Feststellungen.

Karl Liebknecht wurde von der imperialistisch-militaristischen Reaktion der Prozeß gemacht, weil er ein Feind des Militarismus und ein leidenschaftlicher Kämpfer für Demokratie und Sozialismus war. Diesen politischen Charakter des Prozesses enthüllte er während der Auseinandersetzung mit der Anklage, als er feststellte: „Sie ist ... ein Akt der Staatsräson, nicht ein Akt der Justiz“ (Bd. II, S. 160). Mit großem Interesse liest man, wie es Karl Liebknecht verstanden hat, die Tribüne des Reichsgerichts für seine antimilitaristische Agitation und die vernichtende Anklage gegen die volksfeindlichen, antinationalen Machenschaften der Militaristen zu verwenden (vgl. Bd. II, S. 81–162).<sup>7</sup> Zum

<sup>7</sup> Der vollständige Wortlaut des Prozeß-

erstenmal wird die Broschüre „Antimilitarismus und Hochverrat. Das Hochverratsurteil gegen Karl Liebknecht nebst einem kritischen Beitrag zur Naturgeschichte der politischen Justiz“ vom Jahre 1908 wieder abgedruckt (Bd. II, S. 163–220), die, als „Liebknecht-Broschüre“ bekannt geworden, in hervorragender Weise die Anklage gegen Karl Liebknecht zerschlägt.

Von besonderer Aktualität sind die in den Reden Liebknechts gegen die kultur- und wissenschaftsfeindlichen Politik des preußischen Staates dargelegten Probleme. In diesen Reden vor dem preußischen Abgeordnetenhaus vom April 1910 (vgl. Bd. III, S. 208–236, 237–264) setzt er sich für die Freiheit der Wissenschaft und für eine volksverbundene Kunst ein. Die von ihm in der Öffentlichkeit angeprangeren Mißstände charakterisieren nicht nur die Verhältnisse in Preußen-Deutschland, sondern treffen heute noch genauso auf die Lage der Kultur und Wissenschaft in Westdeutschland zu. Vieles von dem, was Karl Liebknecht im Jahre 1910 einer scharfen Kritik unterzieht, muß heute noch in Westdeutschland kritisiert werden, wie das z. B. das Auftreten deutscher Professoren und Künstler in Weimar beweist.<sup>8</sup> Wie zutreffend ist doch noch heute für Westdeutschland, was Karl Liebknecht vor über 50 Jahren erklärte: „Die Universitätsbildung ist im wesentlichen eine Geldsackfrage“ (Bd. III, S. 221). Ebenso zutreffend ist die Feststellung, daß die bürgerlichen Universitäten nicht nur vom Staat, sondern auch vom Kapital, von der Kirche

berichtet nebst einem interessanten Anhang ist abgedruckt in: Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht, Dietz Verlag, Berlin 1957.

<sup>8</sup> Vgl. die Diskussionsreden auf dem Kongreß für Frieden und Abrüstung in Weimar. In: Neues Deutschland (B), 29., 30., 31. Januar und 1. Februar 1961.

und anderen Institutionen abhängen (Bd. III, S. 215/216). Die Freiheit der Wissenschaft wird überall dort möglich, wo der verderbliche Einfluß des Imperialismus ausgeschaltet wird. In den Ländern der Demokratie und des Sozialismus erhalten Wissenschaft und Kultur allseitige Entfaltungsmöglichkeiten zum Nutzen aller Menschen. Die wissenschaftlichen Großtaten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sind dafür ebenso Beweis wie die wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der nationaldemokratischen Staaten.

Von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses aus forderte Karl Liebknecht politische Freiheit für die Studenten (vgl. Bd. III, S. 412–428), politische Betätigungsfreiheit für die preußischen Beamten (vgl. Bd. III, S. 387–396), die Beseitigung rückständiger Gesetze im Forstwesen (vgl. Bd. II, S. 459–465), die Aufhebung der Gesindeordnung (vgl. Bd. III, S. 429–446). Er setzte sich scharf mit der preußischen Polenpolitik auseinander (vgl. Bd. II, S. 425–485) und geißelte zugleich die unterwürfige Politik Preußens gegenüber dem zaristischen Rußland. In der Rede „Weg mit dem Henkerzaren“ vom Jahre 1909 protestierte Karl Liebknecht gegen den Zarenbesuch und brachte seinen Haß gegen das zaristische Rußland und Preußen, diese Stützen der schwärzesten Reaktion in Europa zum Ausdruck (vgl. Bd. II, S. 308–317). Doch wie schon in den Jahren vorher war er gleichzeitig der beste Verteidiger der emigrierten russischen Genossen, die von Spitzeln denunziert und von der deutschen politischen Polizei vors Gericht gestellt wurden (vgl. Bd. II, S. 268–271). Sein tiefer proletarischer Internationalismus gegenüber den russischen Revolutionären kam in seinen Anträgen an den SPD-Parteitag 1909 in Leipzig (vgl. Bd. II, S. 334–338) und an den Parteitag 1910 in Magdeburg (vgl. Bd. III, S. 490–497) zum Ausdruck.



Der Kampf Karl Liebknechts gegen die preußische Reaktion als Hort des deutschen Militarismus gab der 1908 begonnenen Wahlrechtsbewegung eine klare Orientierung. Es zeigte sich, daß der Versuch der Reaktion, Karl Liebknecht durch den „Hochverratsprozeß“ auszuschalten, völlig fehlgeschlagen war. Nicht nur, daß er trotz Inhaftierung seine antimilitaristische Agitation fortsetzte, die Berliner Arbeiter, die Karl Liebknecht auf einer gewaltigen Kundgebung vor seinem Haftantritt feierten, wählten ihn am 16. Juni 1908 als Spitzenkandidat der SPD in den preußischen Landtag. Nach seiner Rückkehr im Juni 1909 rief er den versammelten Berliner Arbeitern zu: „Das eine kann ich allerdings versichern, die Herren, die glaubten, durch diesen Prozeß aus mir etwas anderes machen zu können, als ich gewesen bin, haben sich geirrt“ (Bd. II, S. 266). Schon kurz danach stand er auf der Tribüne des preußischen Junkerparlaments und sagte dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht in Preußen den Kampf an (vgl. Bd. II, S. 282–292).

In diesem Kampf gegen Militarismus und für Demokratie standen Karl Liebknecht nicht nur die Imperialisten und Junker gegenüber, er mußte sich auch mit den Vertretern der bürgerlichen Politik im Parteivorstand der SPD, in der Reichstagsfraktion und Gewerkschaftsführung auseinandersetzen. Die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes in Deutschland mehr und mehr die Interessen der Arbeiterklasse verrieten und die Arbeiterbewegung zu einem bloßen Anhängsel der Bourgeoisie degradieren wollten, bekämpften Karl Liebknecht wegen seiner antimilitaristischen Tätigkeit und der revolutionären Arbeit unter der Jugend. Diesen Angriffen trat er unversöhnlich entgegen und verteidigte seine marxistische Haltung, die völlig den Lebensinter-

essen der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes entsprach (vgl. Bd. II, S. 15–16, 68–70, 77–80). Auf dem Parteitag der SPD 1907 in Essen wies er entschieden den Revisionismus Noskes zurück (vgl. Bd. II, S. 65–68) und lehnte ebenso entschieden wie die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse eine „sozialdemokratische Kolonialpolitik“ ab (Bd. II, S. 71/72). Den SPD- und DGB-Arbeitern in Westdeutschland vermitteln diese prinzipiellen Auseinandersetzungen Karl Liebknechts mit den einstigen Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie wertvollste geschichtliche Lehren für den Kampf wider den modernen Revisionismus der gegenwärtigen Führer der SPD. Auch sie wollen die Arbeiterklasse Westdeutschlands unter der Flagge der „Entwicklungshilfe“ für den Neokolonialismus des deutschen Imperialismus einspannen. Im Kampf gegen den Kolonialismus hat die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung große Traditionen.

Karl Liebknecht ließ sich stets von der Erkenntnis leiten, daß ein wirk-samer Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Demokratie und Sozialismus die Einbeziehung auch der Arbeiterjugend erfordere, während die Revisionisten der Organisierung der Jugend großen Widerstand entgegen-setzten (vgl. Bd. II, S. 74–76). Von größtem Interesse sind die zum ersten-mal veröffentlichten Briefe aus der Festung Glatz (vgl. Bd. II, S. 226–244). Diese Dokumente zeugen von seinem beharrlichen Kampf um die Selbstän-digkeit und Einheit der proletarischen Jugendorganisationen (vgl. Bd. II, S. 245–253, 256–258).

Große Bedeutung für den Auf-schwung der Wahlrechtsbewegung in Preußen im Jahre 1910 besaßen das von Karl Liebknecht auf dem Partei-tag der Sozialdemokratischen Partei Preußens im Januar 1910 gehaltene Referat über die Verwaltung Preußens (vgl. Bd. II, S. 361–424) und die von

ihm vorgelegten Leitsätze (vgl. Bd. II, S. 342–361). Sie waren die Grundlage, von der aus die Sozialdemokratie Preußens die zweite Welle der Wahlrechtsbewegung organisierte. Die Wahlrechtsbewegung von 1910, die sich gegen das weitere Festhalten der preußischen Reaktion am Dreiklassenwahlrecht richtete, entwickelte sich zu einer mächtigen revolutionären Massenbewegung. Großkundgebungen und Straßendemonstrationen, blutige Zusammenstöße mit der Polizei kündeten von der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland. In dieser Zeit des sich rasch zuspitzenden Klassenkampfes erwies sich Karl Liebknecht als treuer Sohn unseres Volkes und aktiver Verfechter der Lebensinteressen der deutschen Nation.

Die in Band III der „Gesammelten Reden und Schriften“ enthaltenen Materialien über die Wahlrechtsbewegung sind eine Bereicherung unseres Wissens über die revolutionären Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse und breiter werktätiger Schichten für die Demokratisierung Preußens und ganz Deutschlands. Sie vertiefen vor allem die Kenntnisse über das revolutionäre Wirken Karl Liebknechts, der in dieser Zeit zu einem wahren Volkstribun wurde. Im preußischen Abgeordnetenhaus setzte er sich mit den bürgerlichen Parteien auseinander, so mit dem Zentrum (vgl. Bd. III, S. 150–184), die das Zustandekommen eines demokratischen Wahlrechts verhinderten. So erklärte er am 14. März 1910: „Meine Herren, diese Vertuschungs- und Verwirrungstaktik, die sie gegenwärtig verfolgen, diese Taktik, das Wasser trübe zu machen, um mit größerer Sicherheit die Zentrumsfische in Ihre Netze einzufangen, wird Ihnen mit Hilfe der Aufklärungstaktik, die wir Sozialdemokraten im Lande rücksichtslos treiben und treiben werden, sicherlich fehlschlagen“ (Bd. III, S. 157/158). In der gleichen Zeit charakterisierte Karl Liebknecht

Tiefe und Umfang der Massenbewegung gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht mit den Worten: „Meine Herren, nur wer diese Straßendemonstrationen mitgemacht hat, kann in vollem Umfange darüber urteilen, wie sie getragen waren von einer Stimmung des Enthusiasmus, von einer Stimmung des Idealismus, von einer Stimmung der Opferfreudigkeit, die jeden, der sie erfahren hat, mit der Überzeugung erfüllen muß: Diese Volksmasse ist reif geworden, die Regierung selbst in die Hände zu nehmen, diese Volksmasse ist nicht länger gewillt, sich die Herrschaft eines übermächtigen kleinen Häufleins von Ausbeutern und Unterdrückern auf die Dauer gefallen zu lassen“ (Bd. III, S. 100).

Karl Liebknecht rief in seinen Parlamentsreden im Kampf um Demokratie die Werktätigen Deutschlands zu Massenaktionen und zur Anwendung des politischen Massenstreiks auf. Er forderte, die Ausschreitungen der Polizei gegen die Straßendemonstrationen in Halle, Frankfurt (Main), Königsberg und Neumünster am 13. Februar 1910 mit verstärkten Aktionen zu beantworten. „Natürlich hat die Sozialdemokratie . . .“, so heißt es in seiner Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus am 23. Februar 1910, „noch weitere und schärfere Mittel, vor deren Anwendung sie nicht zurückschrecken wird, sobald sie es für zweckmäßig hält“ (Bd. III, S. 107/108) — das ist vor allem der politische Massenstreik. Auf einer Massenkundgebung am gleichen Tage in Nowawes (heute Potsdam-Babelsberg) richtete er an die Adresse der preußischen Reaktion die Worte: „Das Proletariat wird nicht eher ruhen, als bis die preußische Junkerfeste sowie das elendste aller Wahlsysteme beseitigt und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erobert ist“ (Bd. III, S. 113). In diesem Sinne nahm die Wahlrechtsbewegung immer mehr Massencharakter an; die Arbeiter-

klasse erkämpfte sich an vielen Orten das Recht auf die Straße. Es entwickelte sich, wie W. I. Lenin in seinem Artikel „Zwei Welten“ vom Jahre 1910 feststellte, eine „vorrevolutionäre Situation“<sup>9</sup>.

Der Kampf Karl Liebknechts und der Linken gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht konnte jedoch nicht zu vollem Erfolg geführt werden, weil nicht sie, sondern die opportunistische Partei- und Gewerkschaftsführung noch den Haupteinfluß auf die Massen ausübten. Diese Reformisten, die auf dem Boden der „bürgerlichen Gesetzmäßigkeit“ standen, waren an grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht interessiert. „Der Vorstand und die Generalkommission haben bereits die Frage des Massenstreiks erwogen“, schrieb Rosa Luxemburg im Sommer 1910, „und nach langen Verhandlungen ist sie an dem Widerstand der Generalkommission gescheitert. Angesichts dessen glaubt der Parteivorstand natürlich, die Segel streichen zu müssen, und möchte am liebsten sogar eine Diskussion über den Massenstreik verbieten.“<sup>10</sup> Der Ausgang der Wahlrechtsbewegung beweist, daß die Politik der rechten Führung der SPD und der Freien Gewerkschaften die Arbeiterbewegung immer tiefer in den opportunistischen Sumpf hineinzog.

Das zeigte sich auch auf dem Magdeburger Parteitag der SPD vom Jahre 1910. Gemeinsam mit Clara Zetkin und Rosa Luxemburg bekämpfte auch Karl Liebknecht den Disziplinbruch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion von Baden, die entgegen den Parteibeschlüssen für das Budget gestimmt hatte (vgl. Bd. III, S. 483–489). Ebenso entschieden trat er für die Anwendung des politischen Massenstreiks im Wahlrechtskampf ein (vgl. Bd. III, S. 498–

501). Doch die Mehrheit des Parteitages lehnte die gründliche Diskussion dieser zentralen Fragen des Klassenkampfes ab. Mehr und mehr zeichnete sich der Sieg des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung ab.

Von größtem Interesse sind die erstmals veröffentlichten Berichte über das Auftreten Karl Liebknechts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (vgl. Bd. III, S. 502–513). Auf Einladung der Sozialistischen Partei Amerikas unternahm er im Herbst 1910 eine Agitationstour durch Amerika, die er zur Entlarvung der reaktionären Verhältnisse in Deutschland und zur Auseinandersetzung mit dem USA-Imperialismus ausnutzte. Von den Arbeitern stürmisch begrüßt, trat er in den Industriezentren der Oststaaten sowie in Kalifornien auf. In einem der Berichte heißt es: „Wir glaubten von ihm eine detaillierte Schilderung deutscher Parteiverhältnisse zu hören und erhielten eine großzügige, vortreffliche Analyse des modernen Gesellschaftszustandes, eine unübertreffliche Charakterisierung des inneren Wesens der internationalen Sozialdemokratie und zugleich eine überaus geschickte Vergleichung der europäischen und amerikanischen Arbeiterverhältnisse und -bewegung“ (Bd. III, S. 503). Dieses Auftreten Karl Liebknechts vor den Werktätigen der USA stellt ein weiteres hervorragendes Zeugnis seines glühenden proletarischen Internationalismus dar.

Mit besonderer Aufmerksamkeit liest man die sarkastische Schilderung der „amerikanischen Verhältnisse“ (S. 509) und die Einschätzung des USA-Imperialismus. Sie zwingen den Leser, zum Vergleich die umfassende Charakterisierung der Rolle des USA-Imperialismus in der Moskauer Erklärung von 1960 heranzuziehen.

Die vorliegenden Bände enthalten wertvolles Material über den Kampf Karl Liebknechts gegen Imperialismus und Militarismus. Mit Bedauern stellt

<sup>9</sup> W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 213.

<sup>10</sup> Rosa Luxemburg: Briefe an Freunde, Hamburg 1950, S. 26.



der Historiker jedoch fest, daß sehr wenig vom Briefwechsel Karl Liebknechts aus den Jahren 1907 bis 1910 veröffentlicht wird. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sollte versuchen, die weiteren Bände der „Gesammelten Reden und Schriften“ von Karl Liebknecht in dieser Hinsicht zu bereichern.

Beide Bände sind wiederum mit Vorworten des Herausgebers versehen und enthalten ein Register mit ausführlichen Anmerkungen, biographische Daten und ein alphabetisches Fremdwörterverzeichnis, was die Benutzung und Auswertung der Bände wesentlich erleichtert.

Heinz Wohlgemuth

Л. И. Гинцберг: Карл Либкнехт  
(L. I. Ginzberg: Karl Liebknecht),  
Staatsverlag für politische Literatur,  
Moskau 1959, 80 S.

Karl Liebknecht gehört zu jenen Führern der internationalen Arbeiterbewegung, deren Beitrag zum revolutionären Befreiungskampf des Proletariats niemals vergessen werden wird, deren Gestalt mit dem Verlauf der Zeit nicht verblaßt, sondern im Gegenteil immer mehr in seiner ganzen Bedeutung hervortritt. Der Name Karl Liebknechts wird in Jahrhunderten bestehen bleiben als „Symbol des wahrhaft ehrlichen, wahrhaft opferbereiten, schonungslosen Kampfes gegen den Kapitalismus“, als „Symbol der Ergebenheit eines Führers für die Interessen des Proletariats, der Treue zur sozialistischen Revolution“.<sup>1</sup>

In diesem Jahr jährt sich zum 90. Mal der Geburtstag Karl Liebknechts; mehr als 40 Jahre sind seit

der feigen und hinterhältigen Ermordung vergangen. Leider sind jedoch bis heute bei weitem nicht alle seine Reden, Briefe, Artikel erfaßt, systematisiert und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bis heute ist noch keine wissenschaftliche Biographie Karl Liebknechts verfaßt.

Die Broschüre des sowjetischen Historikers L. I. Ginzberg füllt in gewissem Maße die bestehende Lücke. Sie ist ein wesentlicher Beitrag zum Studium des Lebensweges Karl Liebknechts, dieses hervorragenden Revolutionärs. In der UdSSR in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herausgegeben, wird das seinem Umfang nach kleine Büchlein zweifellos dazu beitragen, breite Leserkreise, vor allem die Jugend, mit der Biographie des unermüdlichen Kämpfers, des hervorragenden Internationalisten, des begeisterten Vorkämpfers für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk bekanntzumachen.

Leben und Kampf Karl Liebknechts werden in der hier behandelten Arbeit in engem Zusammenhang mit den wichtigsten Ereignissen der Geschichte Deutschlands seit der Herausbildung des Imperialismus, mit der Entwicklung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung behandelt. Wichtig ist, daß Karl Liebknecht nicht als Einzelkämpfer dargestellt wird, sondern im Kreise seiner Kampfgefährten und Freunde: Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings, Clara Zetkins, Wilhelm Piecks und anderer. Allerdings hätte man über die Mitglieder dieser kleinen Gruppe heldenhafter Kämpfer, die den Kampf nicht nur gegen die gekrönten und ungekrönten Herrscher Deutschlands, sondern auch gegen die anerkannten „Autoritäten“ der deutschen Sozialdemokratie aufnahmen, gern mehr erfahren.

Bei der Darstellung des Lebens von Karl Liebknecht wird in den Mittelpunkt seine ideologische Entwicklung

<sup>1</sup> W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas. In: Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 445.

zum bewußten und reifen Führer des Proletariats gestellt. Interessant sind in dieser Hinsicht besonders die Kapitel „Der Kampf beginnt“, „Bürgerkrieg, nicht Bürgerfriede“ und „Gegen die volksfeindliche Regierung Ebert-Scheidemann“. Der Autor unternahm auch den lobenswerten Versuch, Liebknecht nicht nur als Politiker zu zeigen — was natürlich das Wichtigste auf seinem Lebensweg war —, sondern auch als Menschen mit verschiedenartigen Interessen, als tiefen Denker, empfänglich für die Schönheit der Natur, als feinfühligen Liebhaber der Musik, als Kenner der Literatur, als Verfasser von Gedichten und tief beeindruckenden Briefen an seine Frau und Kinder. Dadurch jedoch, daß der Autor dieses ganze höchst interessante Material in einem Kapitel „Im Zuchthaus“ konzentriert, leiden aber andere Teile seiner Arbeit.

Ein anderer bemerkenswerter Zug in der Arbeit G.s ist darin zu sehen, daß in ihr systematisch die sich entwickelnden und festigenden Verbindungen Karl Liebknechts mit russischen Revolutionären aufgezeigt werden. Liebknecht war einer der ersten deutschen wie internationalen Sozialdemokraten, die mit dem Verstand wie mit dem Herzen erkannten, daß sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Zentrum der revolutionären Weltbewegung nach Rußland verlagert hatte. Liebknecht nahm begeistert Stellung zum Kampf der russischen revolutionären Sozialdemokraten, unterstützte tatkräftig die illegale Arbeit der Bolschewiki und fand ihrerseits die aufrichtigste Anerkennung. Nicht nur nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, sondern auch schon in der Zeit der ersten russischen Revolution appellierte Karl Liebknecht an die deutschen Arbeiter, es zu lernen, „auf russische Art“ zu kämpfen.

Obgleich die Broschüre G.s keine Hinweise auf die vom Autoren benutzten Quellen enthält, ist es für den mit

der Literatur zu dieser Frage bekannten Leser offensichtlich, daß in der Arbeit in bedeutendem Maße neue und wenig bekannte Materialien verwandt worden sind, vor allem Dokumente aus dem Karl-Liebknecht-Archiv im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau, Memoiren russischer Revolutionäre (Ljadow, Pjatnizki, Kollontai, Tschitscherin) u. a.

Nicht alle Perioden des Lebens und Wirkens Karl Liebknechts sind in der Arbeit G.s mit gleicher Gründlichkeit behandelt. Man bedauert des öfteren, daß der Verfasser, offensichtlich wegen des begrenzten Umfangs der Broschüre, über einige wichtige Ereignisse nur im Vorbeigehen, in wenigen Worten, berichtet. So ist der Beginn des kämpferischen Lebensweges Karl Liebknechts nur äußerst knapp beschrieben. Über den Kampf der deutschen Linken gegen den Revisionismus wird nur in allgemeinen Zügen gesprochen.

Die Gestalt Karl Liebknechts zeichnet sich klar ab in den Abschnitten der Arbeit, die sich mit seiner Teilnahme an dem mit dem Heranreifen und der Entwicklung der russischen Revolution von 1905—1907 verbundenen politischen Kampf befassen. Das Auftreten Liebknechts als Rechtsanwalt bei den Prozessen in Königsberg im Jahre 1904 und in Dresden im Jahre 1909 ist in der Broschüre ausführlich gewürdigt. Unermüdliche Energie, tiefes Eindringen in das Wesen der Dinge, außergewöhnliches Redetalent, umfassende Kenntnis der Entwicklung der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung ermöglichten es Liebknecht, die reaktionäre Politik des russischen Zarismus zu entlarven und den russischen Revolutionären große Hilfe zu leisten.

Das unermüdliche Auftreten Liebknechts vor den deutschen Arbeitern zur Unterstützung der russischen Revolution fand, wie in der Broschüre gezeigt wird, großen Widerhall. Besondere Bedeutung hatte dann die von

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen Vertretern der deutschen Linken aufgestellte Losung des politischen Massenstreiks. Diese Forderung trug zur revolutionären Aktivierung der Massen und zur Überwindung der von den opportunistischen Führern der Sozialdemokratie verbreiteten Illusionen bei. Der Massenstreik, betonten die Linken, gestützt auf die russische Erfahrung, ist eine nicht weniger, sondern in höherem Maße wirksame Methode des Kampfes des Proletariats als der parlamentarische Kampf. Gestützt auf das Anwachsen der Massenbewegung, setzten Karl Liebknecht und seine Freunde auf dem Jenaer Parteitag im September 1905 die Aufnahme ihrer Forderungen in die Resolution durch; der Erfolg war jedoch unvollständig und von kurzer Dauer.

G. erzählt in seiner Broschüre, wie sich Liebknecht für die Schaffung von Kampforganisationen der sozialistischen Jugend in Deutschland einsetzte, wie er aktiv auch an der Bildung der Internationale der Arbeiterjugend teilnahm. Der Biograph stellt fest, daß das Bestreben Liebknechts, die Arbeiterjugend zu organisieren und auf den richtigen Weg zu lenken, eng mit seinem Kampf gegen den Militarismus verflochten ist, und lenkt dabei, unseres Erachtens völlig zu Recht, die Hauptaufmerksamkeit eben auf diese Seite des Wirkens Karl Liebknechts.

„Der Kampf für den Frieden, das ist die Sache meines ganzen Lebens“, sagte Karl Liebknecht. Schon auf dem Parteitag in Mannheim im Jahre 1906 setzte er sich für eine umfassende Entfaltung der antimilitaristischen Propaganda ein. Ein hervorragendes Beispiel kämpferischer Kritik am deutschen Militarismus war der Artikel Karl Liebknechts „Gegen den Militarismus“, der in der Zeitschrift „Die Junge Garde“ erschien. G. zeigt, wie die antimilitaristischen Anschauungen Lieb-

knechts sich entwickelten und reiften, wie sein Kampf immer zielstrebigter wurde. Voller interessanter Details und einprägsam für den Leser ist die Schilderung über das Buch Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus“, über sein Auftreten auf den Parteitagen der SPD und auf dem Stuttgarter Kongreß, insbesondere aber über den Sieg Liebknechts im Zweikampf mit dem bürgerlichen Gericht und über seine berühmten Reden gegen Krupp im deutschen Reichstag.

Seinen Höhepunkt erreichte der Kampf Karl Liebknechts gegen den Militarismus, als die deutschen Imperialisten den Weltkrieg entfesselten. Liebknecht schätzte dessen Charakter richtig ein. Wie G. feststellt, gab es zwischen den Methoden im Kampf gegen den Krieg, die Liebknecht vorschlug, und der Taktik der russischen Bolschewiki viel Gemeinsames. Aber in der ersten Zeit gab es auch wesentliche Unterschiede. Gleich anderen deutschen Linken fand Liebknecht nicht sofort praktische Wege im Antikriegskampf und entsprechende konkrete revolutionäre Losungen. Der Verfasser der Broschüre zeigt, daß der Fehler, den Liebknecht bei der Abstimmung im Reichstag am 4. August 1914 beging, von ihm mit Hilfe einfacher Arbeiter bald erkannt und auch berichtigt wurde, daß die politischen Anschauungen Liebknechts und seiner Freunde sich immer mehr und mehr den Positionen Lenins annäherten. Davon zeugten die von den deutschen Linken aufgestellten Losungen: „Burgkrieg, nicht Burgfriede“ und „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, das beweisen auch die Ausführungen Liebknechts, die in dem illegal herausgegebenen Buch „Klassenkampf gegen den Krieg“ gesammelt wurden.

In der Broschüre sind die wichtigsten Marksteine des Wirkens Liebknechts in den Jahren des Krieges aufgezeigt: die Teilnahme an der Arbeit der Gruppe „Internationale“ und



Spartakus“, die revolutionäre Ausnutzung der Reichstagstribüne, die Organisation der Demonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz, Gefängnis, Gericht und Zuchthaus. Der Verf. verschweigt nicht die Schwächen, die in dieser Zeit nicht nur Liebknecht, sondern allen deutschen Linken eigen waren. Aber es scheint uns, daß es richtig gewesen wäre, mit größerer Schärfe aufzuzeigen, wie negativ sich für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland das Fehlen einer selbstständigen revolutionären Partei auswirkte, „einer illegalen Organisation . . . , die gewohnt wäre, revolutionäre Lösungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systematisch in deren Geiste zu erziehen“<sup>2</sup>, im Geiste der Verachtung von Opportunisten und Kautskyanern, ohne die Spaltung zu fürchten. Einige ungenaue Formulierungen können sogar den Eindruck hervorrufen, als hätte der Eintritt des „Spartakusbundes“ in die USPD der Gruppe nicht von Beginn, sondern erst vom Herbst 1918 an geschadet (S. 61<sup>3</sup>).

Völlig recht hat der Verf., wenn er feststellt, daß die politischen Anschauungen Liebknechts ihre größte Reife eben zu der Zeit jener großen Prüfung erreichten, die für die deutschen Revolutionäre die Novemberrevolution in Deutschland war. Liebknecht gelangte zu dieser Reife „allmählich, manchmal in die Irre gehend, indem er aus der eigenen Erfahrung lernte und auf die Stimme der Massen hörte. Von größter Bedeutung für die Vollendung der For-  
schung der theoretischen Anschauungen Liebknechts war die Große Sozialistische Oktoberrevolution, waren die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki. Unter der Einwirkung dieser Erfah-

rungen machte sich Liebknecht von den meisten Schwächen frei, die für die Führer des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie charakteristisch waren“ (S. 65). Diese richtige und wichtige Schlußfolgerung würde zweifellos noch überzeugender sein, hätte der Verf. eingehender einerseits die Materialien des nach dem Tode Liebknechts herausgegebenen Bandes „Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“, andererseits die konkreten Tatsachen behandelt, die den Standpunkt Liebknechts in den letzten Kriegsmonaten kennzeichnen. Es versteht sich dabei von selbst, daß eine kritische Behandlung dieser oder jener Anschauungen Liebknechts in Fragen der Theorie oder Praxis in keiner Weise die Rolle und die Verdienste Karl Liebknechts und seiner Kampfgenossen schmälert.

Die letzten Abschnitte der Biographie, die die dramatischsten Ereignisse im Leben der deutschen Revolutionäre und Liebknechts selbst, die Periode der Novemberrevolution, behandeln, sind leider besonders kurz. Die rastlose Tätigkeit der Führer des „Spartakusbundes“ in diesen stürmischen Wochen und Monaten ist nur in allgemeinen Zügen umrissen, viele wichtige Seiten dieser Tätigkeit sind nicht aufgezeigt. Der Verf. übergeht beispielsweise sogar, daß Liebknecht vom Balkon des kaiserlichen Schlosses die Errichtung der „freien sozialistischen Republik“ in Deutschland verkündete (S. 67). Nicht ganz exakt sind die Bildung der Regierung der „Volksbeauftragten“ (S. 68) wie auch die Umstände des konterrevolutionären Putsches vom 6. Dezember 1918 (S. 70) beschrieben. Mehr und einprägsamer hätte berichtet werden sollen von dem Auftreten Liebknechts in gewaltigen Kundgebungen und Versammlungen der Arbeiter, von seinen flammenden Artikeln, die fast täglich in der „Roten Fahne“ erschienen, von seiner Rede vor 250 000 Demonstranten vom Bal-

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Über die Junius-Broschüre. In: Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 325.

<sup>3</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf die hier besprochene Arbeit.

kon des Gebäudes, in dem der Rätekongreß tagte, usw. Sehr sparsam berichtet G. auch über die Umstände des tragischen Endes Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs (S. 76).

Zum Schluß der Broschüre wird mit Recht hervorgehoben, daß sich im Leben und im Kampf Karl Liebknechts die besten revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse verkörpern. Die flammenden Worte und die mannhaften Taten Karl Liebknechts, sein Vermächtnis im Kampf gegen Militarismus und Krieg sind überaus aktuell auch unter den heutigen Verhältnissen. Die SED und die KPD sind die direkten Erben und Fortsetzer der Sache jener ruhmvollen Kommunistischen Partei Deutschlands, mit deren Schaffung Karl Liebknecht sein revolutionäres Lebenswerk vollendete und krönte.

Der kurze von G. verfaßte biographische Abriß über Karl Liebknecht wurde vom sowjetischen Leser mit großem Interesse aufgenommen. Offensichtlich wird dieses kleine Büchlein Anklang auch bei dem deutschen Leser finden, der sich mit ihm bekanntmachen will.

J. Drabkin

*Günter Griep: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890–1914). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Heft 3, hrsg. im Auftrag des FDGB-Bundesvorstandes, Verlag Tribüne, Berlin 1960, 143 S.*

Mit der vorliegenden Arbeit beginnt das Institut für Geschichte an der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“, Einzelver-

öffentlichungen zur „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ herauszugeben. Es sind Beiträge zur Geschichte der Gewerkschaften von den Anfängen in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Geschichte des FDGB vorgesehen, die dann nach gründlicher Diskussion überarbeitet und zu einem „zusammenhängenden marxistisch-leninistischen Abriß der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ zusammengefaßt werden sollen (S. 7). Dabei soll auch die Entwicklung der DGB in Westdeutschland mit behandelt werden.

Das ist ein bedeutendes und begrüßenswertes Vorhaben, nicht nur weil damit begonnen wird, die jahrelange Unterschätzung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung durch unsere marxistisch-leninistische Historiographie zu überwinden, sondern weil vor allem damit die Möglichkeiten geschaffen wird, Millionen Gewerkschaftern aus beiden deutschen Staaten wichtige Erfahrungen und Lehren aus den Kämpfen, zeitweiligen Niederlagen und Siegen ihrer Klassenorganisation zu vermitteln. Ist doch die Kenntnis und richtige Anwendung dieser geschichtlichen Erfahrungen eine wichtige Waffe im Kampf um die Aktionseinheit und die Lösung unserer nationalen Grundfrage, der Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Der vorliegende Beitrag will hier für ein Anfang sein. Er entstand aus Vorlesungsmanuskripten an der Gewerkschaftshochschule, die für den Druck überarbeitet wurden. Der Autor behandelt die für die deutsche Gewerkschaftsbewegung so bedeutungsvolle Periode von 1890 bis 1914, eine Periode, in der die freien Gewerkschaften erstmalig unter einer ein-

---

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben beziehen sich auf die vorliegende Arbeit.

sittlichen Leitung zusammengefaßt wurden und der Monopolbourgeoisie gewaltige Klassenschlachten lieferten. Gleichzeitig gelang es aber auch in dieser Zeit den opportunistischen Führern – vor allem nach der vollständigen Herausbildung des Imperialismus –, die Gewerkschaften immer stärker unter ihren verderblichen Einfluß zu zwingen, um somit der Arbeiterklasse ihre Kampforganisationen zu rauben und ihre Kampfkraft zu schwächen. Durch diese verderbliche Politik legten die reformistischen Gewerkschaftsführer von Anfang an schon wieder den Keim der ideologischen Spaltung in die soeben gesehene Gewerkschaftseinheit. Es waren allein die deutschen Linken, die in dieser Zeit aktiv und leidenschaftlich für eine revolutionäre deutsche Gewerkschaftsbewegung eintraten und die Mitgliedermassen in all ihren Kämpfen vorbehaltlos unterstützten. Wie in der Partei, so vertraten sie auch in den Gewerkschaften die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse. Günter Griep hat seiner Arbeit ein umfangreiches einleitendes Kapitel (S. 9–39) vorangestellt, in dem er, gelehrt auf die Werke W. I. Lenins, allgemein-theoretisch die Kampfaufgaben der Arbeiterklasse und die Rolle der Gewerkschaften beim Übergang zum Sozialismus herausarbeitet. Zweifellos ist eine solche prinzipielle Einleitung zu begrüßen, gibt sie doch dem Autor die Möglichkeit, die konkrete Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an diesen objektiven Erfordernissen zu messen und zu einer wirklich theoretischen Durchdringung und Verallgemeinerung der historischen Fakten zu gelangen. Leider hat G. diese Möglichkeit nicht reichend genutzt. Die folgenden Kapitel beschränken sich mehr und mehr auf eine historisch-fakologische Wiedergabe der Entwicklung der freien Gewerkschaften, obwohl der Autor Ansätze in der gewünsch-

ten Richtung nicht abgesprochen werden sollen.

Im Einleitungskapitel werden u. a. wertvolle Ausführungen über die anti-nationale Rolle des Imperialismus und Militarismus, über den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus sowie über die Notwendigkeit neuer Kampfformen der Arbeiterklasse im Imperialismus und einer Partei neuen Typus gemacht. In dem richtigen Bestreben, die neuen Aufgaben der Arbeiterbewegung im Imperialismus, vor allem die Bedeutung des Kampfes um die Demokratie herauszuarbeiten, kommt G. jedoch an einigen Stellen zu einer gewissen Trennung des Kampfes der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus, indem er z. B. schreibt: „Will die Arbeiterklasse den Sozialismus erringen, muß sie *zunächst* (Hervorhebung von mir – F. Z.) um die Demokratie kämpfen ...“ (S. 16). Meines Erachtens werden mit einer solchen Darstellung der untrennbare Zusammenhang und die Verflechtung des Kampfes um Demokratie und Sozialismus in der Periode des Imperialismus nicht klar genug herausgearbeitet, und die zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses erscheinen zu sehr voneinander getrennt. In der Moskauer Erklärung wird gerade dieser enge Zusammenhang betont, indem es dort heißt: „Die Kommunisten betrachten den Kampf für die Demokratie als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus.“<sup>2</sup>

Im II. Kapitel behandelt der Autor die gewerkschaftliche Entwicklung in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, wobei er als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Zusammenschluß der freien Gewerkschaften

<sup>2</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.–17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 51.



auf dem Halberstädter Kongreß 1892 die revolutionäre Politik der damaligen deutschen Sozialdemokratie nennt, wie sie vor allem in der Annahme des Erfurter Parteiprogramms 1891, eines im wesentlichen marxistischen Programms, zum Ausdruck kam. Mit diesem Programm gab die Sozialdemokratie auch den Gewerkschaften eine im wesentlichen richtige Orientierung.

Mit dem Zusammenschluß der freien Gewerkschaften und der Bildung einer einheitlichen Leitung, der Generalkommission, war jedoch die organisatorische Gewerkschaftseinheit noch nicht vollständig hergestellt, da die Bourgeoisie mit der Bildung bürgerlicher Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen und der Christlichen, versuchte, dem Einheitsstreben der Arbeiter entgegenzuwirken. G. macht interessante Angaben über die zahlenmäßige Stärke und den Charakter dieser Spalterorganisationen. Während die freie Gewerkschaftsbewegung in der hier behandelten Periode einen gewaltigen Aufschwung nahm, entwickelten sich die bürgerlichen Gewerkschaften nur sehr langsam und erlangten nie größeren Einfluß auf die Arbeiterklasse.

Höhepunkt der gewerkschaftlichen Kämpfe in den neunziger Jahren war der Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97. Der Autor widmet diesem heroischen Ereignis, wie auch den späteren bedeutenden Streiks, ein Unterkapitel (S. 60–63) und gibt einen kurzen Abriss dieses Kampfes, bei dem sich zum erstenmal die neuen Klassenkampfbedingungen des Imperialismus und die dementsprechenden Kampfformen abzeichneten. Leider vermißt man hierbei einen Hinweis auf die Dissertation von Lothar Mosler, Leipzig, die diesem großen Streik gewidmet ist.

Wie schon angedeutet, behandelt G. auch im jeweiligen chronologischen Zusammenhang die späteren wichtigen Streikämpfe, z. B. den Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903/04,

den Ruhrbergarbeiterstreik 1905 und 1912, den Mansfelder Bergarbeiterstreik 1909 und den Hamburger Werftarbeiterstreik 1913, in speziellen Abschnitten. Diese knappen Darstellungen der wichtigsten Klassenkämpfe und Aktionen der deutschen Arbeiterklasse in jenen Jahren zählen m. E. zu den stärksten und wertvollsten Teilen der Broschüre, fehlte uns doch bisher eine solche zusammenfassende Übersicht.

Größeren Raum nimmt in der Broschüre auch das Verhältnis Partei–Gewerkschaften in den verschiedenen Perioden ein. Bekanntlich dominierte schon frühzeitig in der Gewerkschaftsführung die Reformisten vor der Schläge eines Legien. Unterstützt von den Opportunisten in der Sozialdemokratie, wie Vollmar, Molkenbush und später Bernstein, forderten sie schon 1893 auf dem Kölner Parteitag die SPD eine „unabhängige“ und „neutrale“ Politik gegenüber der Sozialdemokratie und traten gegen die Führung durch die Partei auf. Dabei geht G. jedoch nicht auf die bedeutungsvolle Tatsache ein, daß die rechten Gewerkschaftsführer vor allem deshalb gegen die Führung durch die Partei auftraten, weil die Sozialdemokratie damals noch eine im wesentlichen revolutionäre, eine marxistische Politik betrieb. Im Gegenteil, an einigen Stellen (S. 69, 78, 89, 90) kommt zum Ausdruck, daß G. selbst den revolutionären Charakter der Politik der damaligen Sozialdemokratie unterschätze. So kann man es doch nicht als Beschränken auf den nur parlamentarischen Kampf bezeichnen (S. 78), wenn die Partei, die – wie G. auf S. 78 selbst schreibt – an der Spitze des Massenkampfes und der Protestbewegung gegen die Erhöhung der Landwirtschaftszölle im Jahre 1902 stand, dem Reichstag rd. 3,5 Millionen Unterschriften gegen die neuen Zölle auf dem Tisch des Hauses legen konnte. Ein solcher Erfolg kann doch nur das

Ergebnis einer gewaltigen revolutionären Arbeit der Sozialdemokratie sein.

Der Höhepunkt jener Periode war die erste russische Revolution von 1905 bis 1907. Folgerichtig nehmen die Ereignisse in den Jahren 1905/06 in Deutschland auch in G.s Broschüre einen wichtigen Platz ein. Unter dem Einfluß der russischen Revolution entwickelte sich in Deutschland eine bürgerliche revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse. In zahlreichen Streiks und Demonstrationen wurde für die Verbesserung der Lebenslage sowie für die Sicherung und Erweiterung der politischen Rechte und demokratischen Freiheiten gekämpft. An der Spitze dieser Kämpfe standen die Linken unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Klar arbeitet der Verf. heraus und belegt es durch viele Beispiele, daß, „entgegen dem damals und auch noch heute erhobenen Behauptungen reformistischer Gewerkschaftsführer, die Linken seien 'eine Theoretiker' gewesen und hätten die Gewerkschaftsarbeit unterböhrt . . ., die deutschen Linken ihren Kampf für den Sozialismus allseitig führten und in Wort und Tat die Gewerkschaftsbewegung als Organisation der Arbeiterklasse machtvoll unterstützten“ (S. 73/74).

Wie konsequent die Linken die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiter vertraten, zeigte sich vor allem auch bei den Debatten über den politischen Massenstreik auf den Parteienkongressen von 1905 und 1906, wo sie den Reformisten und Opportunisten erbitterte Schlachten lieferten.

Zum Schluß behandelt G. die Rolle der Gewerkschaften in den großen Massenkämpfen in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. Gut arbeitet der Autor heraus, wie in diesen Klassenkämpfen die Gewerkschaften wuchsen und sich festigten, trotz ihrer opportunistischen Führer. Die Linken unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erwarben sich durch

ihr kompromißloses Eintreten für die Arbeiterinteressen immer größere Autorität in den Gewerkschaften. Aber die reformistischen Führer verstanden es immer wieder, sich mit Hilfe des von ihnen beherrschten Organisationsapparates durchzusetzen und alle Ansätze einer revolutionären Gewerkschaftsopposition zurückzudrängen. Erleichtert wurde ihnen das durch das Fehlen einer geschlossenen revolutionären Kampfpartei, die auch durch den Mut und Elan der Linken nicht ersetzt werden konnte. Deshalb zieht G. mit Recht die Schlußfolgerung, daß die Existenz einer revolutionären Kampfpartei für die erfolgreiche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung erste und wichtigste Voraussetzung ist, wie auch das Beispiel der DDR beweist.

Zum Schluß sei noch auf eine Schwäche der vorliegenden Arbeit verwiesen. Im Literatur- und Quellenverzeichnis ist auch das Buch von Heinz-Josef Varain: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter Führung Carl Legiens 1890 bis 1920, Düsseldorf 1956, genannt. G. versäumt es jedoch, sich mit dieser wissenschaftlich aufgemachten Verfälschung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Kapitulationspolitik der heutigen rechten SPD- und DGB-Führer wie überhaupt mit zahlreichen anderen die Geschichte der Gewerkschaften verfälschenden Publikationen auseinanderzusetzen. G. benutzt Varain im wesentlichen nur als Quelle und Beleg. Solche einschränkenden Formulierungen wie „... Varain, der sonst die Widersprüche zwischen den opportunistischen Führern und den Massen zu vertuschen sucht . . .“ (S. 87), können in keiner Weise diese notwendige Auseinandersetzung ersetzen.

Zusammenfassend sei gesagt, daß G. trotz der kritisierten Mängel eine wertvolle und im wesentlichen gelun-

gene Arbeit vorgelegt hat, deren größtes Verdienst in erster Linie darin besteht, diesen wichtigen Abschnitt der Geschichte der deutschen Gewerkschaften erstmalig vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zusammenfassend dargelegt zu haben. G. wirft in seiner Arbeit eine Reihe wichtiger Fragen auf, die er dem Charakter seines Vorhabens entsprechend nur sehr knapp behandeln kann, die aber zu einer ausführlichen Darstellung anregen sollten. Zum Beispiel solche Probleme, wie die Rolle der sich herausbildenden deutschen Linken in den Gewerkschaften, die Massestreikdebatten in jenen Jahren als Ausdruck der Auseinandersetzungen zwischen den marxistischen und opportunistischen Kräften oder die Entwicklung der oppositionellen Bewegung in den Gewerkschaften am Vorabend des ersten Weltkrieges, um nur einige zu nennen. Es ist ja gerade das Anliegen der Arbeit G.s., zur Diskussion und weiteren Forschung auf diesem Gebiet anzuregen, um so die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Abrisses der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Man kann dem Autor bestätigen, daß er diesem Anliegen gerecht geworden ist.

Fritz Zimmermann

**Herbert Felgentreu: Der Kampf um Mitbestimmung.** Studie über den gewerkschaftlichen Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz in den Jahren 1951/52 in Westdeutschland, Verlag Tribüne, Berlin 1960, 109 S.

Die einzige Alternative zur Kriegspolitik der herrschenden Kreise in Westdeutschland ist die Politik zur Bändigung des westdeutschen Milita-

rismus, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Schaffung einer deutschen Konföderation. Die Grundvoraussetzung dafür ist die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Die KPD stellte in dem Beschluß ihrer Parteidelegiertenkonferenz vom Februar 1960 eine Reihe von Forderungen, die die Einschränkung der Macht der Monopole zum Ziel haben. Unter anderem heißt es dort: „Betriebsräte und Gewerkschaften erhalten in Monopolbetrieben das volle Recht der Mitbestimmung (Hervorgehoben von G. Sch.) in allen Fragen der Produktion, in allen Lohn- und Arbeitszeitfragen, in allen Personalangelegenheiten, in allen Sozial- und Urlaubangelegenheiten, bei der Festlegung von Investitionen, Dividenden und Ausschreibungen.“<sup>1</sup> Das Thema „Kampf um Mitbestimmung“ besitzt außerordentlich aktuelle Bedeutung und das Aufgreifen dieser Problematik durch Herbert Felgentreu und sein Versuch, Lehren aus den Kämpfen der Jahre 1951/52 zu vermitteln, sind zu begrüßen.

F. gliedert seine Arbeit in drei Kapitel. Er behandelt im ersten Kapitel die Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und die Bewegung gegen die Remilitarisierung. Er kennzeichnet die Kämpfe um demokratische Mitbestimmung, gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz als Teil des Kampfes gegen den Generalvertrag und die Kriegspaktpolitik des deutschen Imperialismus. Er legt dar, daß „in den Jahren 1951/52 der Klassenkampf in Westdeutschland eine qualitativ höhere Stufe“ (S. 30)<sup>2</sup> erreichte. F. schätzt

<sup>1</sup> Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand. Protokoll der Parteidelegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Februar 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 38/39.

<sup>2</sup> Alle Seitenangaben beziehen sich auf die hier besprochene Arbeit.



daß diese Kämpfe „die erste große politische Massenaktion der Werktätigen gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und die Politik der Revanche“ waren (S. 30).

Im 2. Kapitel verläßt F. das Thema „Kampf um Mitbestimmung“ und kommt dann leider auch im letzten Kapitel nicht mehr auf die in Titel und Unterschrift der Arbeit genannte Problematik zurück. Er beschäftigt sich im 3. Kapitel vielmehr mit der Politik der rechten SPD-Führer, um sich im 4. Kapitel einigen Fragen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zuzuwenden. Hierbei geht er auf die Gründung des DGB als Einheitsgewerkschaft ein, vertet dieses Faktum als ein Zeichen des Einheitsstrebens der deutschen Arbeiterklasse und beschäftigt sich dann u. a. mit den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Sein Hauptanliegen ist die Auseinandersetzung mit den verräterischen rechten SPD- und DGB-Führern, wobei er deren Antikommunismus richtig als das Grundübel ihrer Politik kennzeichnet. Ein wichtiger Mangel der Arbeit ist die ungenügende Auseinandersetzung mit den Verfälschungen westdeutscher Historiker und Publizisten in dieser Problematik und Periode.

Es soll nicht Aufgabe dieser Rezension sein, zu allen von F. aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen und auf einzelne Formulierungen einzugehen. Vielmehr sollen zur Konzeption und zu verschiedenen Grundfragen einige Bemerkungen gemacht werden. F. nimmt die Entwicklung der deutschen Monopolbourgeoisie zum Ausgangspunkt seiner Darstellung. Er verzichtet aber darauf festzustellen, welche Ausgangsposition die Arbeiter in Westdeutschland für den Kampf um Mitbestimmung in den Jahren 1951/52 saßen. Es wird nicht eingeschätzt, welche Ergebnisse die Arbeiter im Kampf um die Mitbestimmung seit 1945 in Westdeutschland erreicht hatten, von welcher Position aus sie in

den Jahren 1951/52 kämpften. Gerade das aber hätte der Ausgangspunkt der Darstellung sein müssen. Es gilt doch, vom Neuen, Progressiven auszugehen, um zu einer richtigen Einschätzung des vorhandenen Kräfteverhältnisses zu kommen.

Nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges forderten die Werktätigen in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens die Enteignung des deutschen Monopolkapitals. Es galt, einen neuen friedlichen, demokratischen Weg zu beschreiten und die Ursachen von Faschismus und Krieg zu beseitigen. Für diesen Weg mobilisierte die KPD – unterstützt von klassenbewußten Sozialdemokraten und aufrechten bürgerlichen Demokraten – die Massen. Die Arbeiter begannen die Betriebe aufzubauen und setzten die Wirtschaft in Gang. In diesem Prozeß erwarben sie sich in der Praxis des täglichen Lebens Mitbestimmungsrechte. Diese Rechte der Arbeiterklasse wurden in der sowjetischen Besatzungszone durch die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, besonders durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und die Schaffung eines volkseigenen Sektors, fest verankert. Das Mitbestimmungsrecht erreichte eine neue Qualität durch die Hegemonie der einheitlich handelnden Arbeiterklasse. Die DDR, der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, entstand.

In den Westzonen konnten sich selbst die imperialistischen Besatzungsmächte nicht der Wirksamkeit des ostdeutschen Beispiels und der Tatsache entziehen, daß auch die westdeutschen Arbeiter gewisse Positionen in den Betrieben und in der Wirtschaft erkämpft hatten. So kam das Gesetz Nr. 22 des Alliierten Kontrollrats vom 10. April 1946, das sogenannte Betriebsrätegesetz, zustande, das eine gesetzliche Basis für den Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den

Westzonen schuf, wenngleich es weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurückblieb.<sup>3</sup> Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß das Monopolkapital und mit ihm im Bunde die rechten SPD- und DGB-Führer durch Zugeständnisse in bezug auf Mitbestimmung weitergehende Forderungen der Arbeiter nach Enteignung der Monopole verhindern wollten.

Meines Erachtens ging es in den Kämpfen um die Mitbestimmung in den Jahren 1951/52 in Westdeutschland darum, die Angriffe des Monopolkapitals und seiner Staatsmacht auf die erkämpften Rechte der Arbeiter zurückzuweisen und die Annahme des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes zu verhindern. Dabei sollte gleichzeitig die erkämpfte Mitbestimmung erweitert, ausgedehnt und vereinheitlicht werden. Aber dieser Ausgangspunkt, bei dem die Erfolge der Arbeiterklasse in der DDR den entscheidenden Faktor bilden, fehlt bei F. Er geht vielmehr von vier sogenannten Plattformen zur Frage der Mitbestimmung aus, der des Monopolkapitals, der KPD, der SPD und des DGB sowie der Plattform der DDR.

Es ist unverständlich, daß F. die Konzeption des Monopolkapitals, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter abzuschaffen und ihren Einfluß in der Wirtschaft und in den einzelnen Betrieben Westdeutschlands völlig auszuschalten, einreicht in eine der vier Plattformen im Kampf um demokratische Mitbestimmung. Es heißt bei ihm: „In den Kämpfen um die demokratische Mitbestimmung und gegen den Generalkriegsvertrag stellte das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz nur eines der vier politischen Programme dar“ (S. 17). Damit wird der Anschein erweckt, als ob das Betriebsverfassungsgesetz ein Programm gegen

den Generalvertrag, für die demokratische Mitbestimmung gewesen sei! Im Gegensatz dazu legt F. dann richtig dar, daß das Monopolkapital durch das Betriebsverfassungsgesetz die Bewegung zur Sozialisierung der Grundstoffindustrie niederschlagen und Betriebsräte sowie Gewerkschaften von der Mitbestimmung ausschalten wollte, um die Remilitarisierung der Volkswirtschaft ungestört betreiben zu können. Er weist darauf hin, daß die Monopolkapitalisten ihre Absicht, die Arbeiter durch Kauf ihrer großen und kleinen Führer vor ihren Karren zu spannen, dadurch tarnen, daß sie nur ihre alte Praxis der Korruption von einzelnen Vertretern der Arbeiterklasse durch Vergabe von Aufsichtsrats- und sonstigen Posten unter der Flagge der „Mitbestimmung“ segeln ließen.

Unzureichend ist, was F. zur prinzipiellen Bedeutung des Mitbestimmungsrechtes unter den Bedingungen des Kapitalismus sagt. Es handelt sich hierbei um eine der zahlreichen Formen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital. Das richtungsweisende Dokument des Kampfes um demokratische Mitbestimmung ist der Gesetzentwurf der KPD aus den Jahren 1951, den F. in vollem Wortlaut wiedergibt. Der Autor betont, daß die KPD in der „demokratischen Mitbestimmung keinen Ersatz für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen“ sah. Sie „erkannte im Verlaufe nach demokratischer Mitbestimmung einen untrennbaren Bestandteil der bürgerlich-demokratischen Revolution, die es zu Ende zu führen galt“ (S. 22).

Leider erfährt man nichts über die Wirkung dieses Programms bzw. über die Kämpfe, die um die Durchsetzung dieses Gesetzentwurfes geführt wurden. Die Massenkämpfe, die davon zeugten, daß SED und KPD wachenden Einfluß auf die Kämpfe der Arbeiterklasse und aller patriotische

<sup>3</sup> Vgl. Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959, S. 288.

riedliebenden Kräfte in Deutschland erwannen, hätten jedoch eine ausführlichere Würdigung verdient. F. beschäftigt sich zwar sehr ausführlich mit der Politik der rechten Führer der KPD und des DGB, analysiert jedoch ungenügend Charakter, Formen und praktische Resultate des Massenkampfes. Völlig unzureichend werden der Einfluß der KPD und die Kämpfe und die Auswirkungen der Existenz der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland auf das Geschehen in Westdeutschland herausgearbeitet. F. erwähnt zwar auf S. 35, daß auf Druck der empörten Mitglieder Fette und vom Hoff aus dem Vorstand des DGB entfernt wurden. Meines Erachtens aber hätte diese Maßnahme stärker hervorgehoben werden müssen als Erfolg des Protestes gegen die Hinhaltepolitik Fettes und vom Hoffs in bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz und gegen ihre Zustimmung zum Wehrsetzungsentwurf.

Nachdem der Autor die opportunistische Auffassung von der Mitbestimmung und die Scheinopposition der rechten SPD- und DGB-Führer, ihre Politik der Erhaltung der Macht der Bourgeoisie, der „Wirtschaftsdemokratie“, des „Weges zum demokratischen Sozialismus“, des „dritten Weges“ behandelt hat, kommt er auf die DDR zu sprechen. Zumindest an dieser Stelle hätte er auf die völlig neue Qualität der Fragestellung „Mitbestimmung“ im sozialistischen Teil Deutschlands eingehen müssen. Hierzu heißt es bei ihm: Das vierte, wenn auch für Westdeutschland ungeschriebene Mitbestimmungsprogramm aber zeichnete sich am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik ab“ (S. 27). Dann nennt er einige Gesetze, die in den ersten beiden Jahren der Existenz der Republik erlassen wurden, und spricht vom Abschluß des ersten Betriebskollektivvertrages im Jahre 1951. Das kann keinesfalls befriedigen, sondern ist eher dazu geeignet, den Unter-

schied in der Gesellschaftsordnung und den Produktionsverhältnissen, den Unterschied zwischen dem sozialistischen und dem monopolkapitalistischen Staat in Deutschland zu verwischen. Zur Klarstellung des Problems „Mitbestimmung“ trägt es jedenfalls keineswegs bei.

Abschließend sei zu den vier von F. behandelten Plattformen bemerkt, daß es richtiger gewesen wäre, von zwei Klassenstandpunkten zur Mitbestimmung auszugehen: vom Standpunkt der Arbeiterklasse und vom Standpunkt des Monopolkapitals. Von dieser Ausgangsposition aus würde auch der sogenannte dritte Standpunkt, die Haltung der rechten SPD- und DGB-Führer, im richtigen Licht erscheinen. Auch der Unterschied zwischen dem Charakter der Mitbestimmung in einem kapitalistischen Staat und in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat würde nicht verwischt werden.

Seine Auseinandersetzung mit den Schuldigen am Scheitern der Kämpfe der Arbeiter, den rechten Führern der SPD, überschreibt F. wie folgt: „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Massen – insbesondere zu den Gewerkschaften – der Charakter der SPD und ihr objektiver Platz im Klassenkampf“ (S. 36). Obwohl er einiges über die zwei Klassentendenzen in der SPD sagt, geht er in der Darstellung leider nicht von dieser grundlegenden Tatsache aus. Das zeigt bereits die Kapitelüberschrift. F. bemüht sich dann auch vergeblich, den Charakter der SPD klar herauszuarbeiten. In der Einschätzung der Kämpfe gibt es bei ihm eigentlich nur die Rechten. Über die Rolle der Arbeiter in der SPD sagt er fast nichts. In den Kämpfen gegen die Remilitarisierung und gegen das Betriebsverfassungsgesetz bahnte sich aber die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen und aller übrigen Gewerkschafter an, die oft unter den revolutionären Lösungen der KPD und SED



gegen die Adenauerpolitik kämpften.

F. versucht, seinen Ausführungen über das Verhältnis zwischen SPD und DGB in Westdeutschland die marxistisch-leninistische Theorie von der führenden Rolle der Arbeiterpartei gegenüber den Gewerkschaften zugrunde zu legen. Um die opportunistische Gewerkschaftspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer zu verstehen, muß man jedoch von Lenins Theorie über den Imperialismus und den von ihm bloßgelegten sozialökonomischen Wurzeln des Opportunismus ausgehen. Das Verhältnis Partei-Gewerkschaften, wie es die Marxisten-Leninisten anstreben, hätte sehr gut am Beispiel der kommunistischen Gewerkschaftspolitik dargestellt werden können — ja, dargestellt werden müssen. Denn die KPD war die führende Kraft in den Kämpfen gegen den Raub des demokratischen Mitbestimmungsrechtes. Zwar kommt F. auch auf die KPD und ihre Gesetzesvorlage zum Mitbestimmungsrecht zu sprechen und läßt sie im Wortlaut abdrucken, in der Darstellung der Kämpfe spielt die KPD jedoch für ihn keine Rolle.

Aus dem Gesagten wird ersichtlich, daß der Arbeit einige grundlegende Schwächen anhaften, die aus dem unrichtigen theoretischen und historischen Ausgangspunkt des Autors für seine Untersuchung resultieren. Im Grunde wird er der Themenstellung nicht gerecht. Das geht sowohl aus dem Aufbau der Arbeit als auch aus ihren Proportionen hervor, denn dem eigentlichen Thema widmet F. nur 19 Seiten.

Da unsere marxistische Geschichtswissenschaft sich bisher noch viel zu wenig mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in den Westzonen und dem Einwirken des sozialistischen Teils Deutschlands auf diese Kämpfe beschäftigt hat, verdient jede Arbeit, die sich diesen Problemen zuwendet, große Aufmerksamkeit. Das verpflichtet uns aber auch, aus allen Veröffentlichungen zu dieser Thematik Schlußfolge-

rungen für die weitere Forschung ziehen. Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn der Autor bei einer eventuellen Neuauflage seine Studie gründlich überarbeiten würde, wodurch auch seine durchaus interessanten Ausführungen über die Rolle der rechten SPD- und DGB-Führer Wert gewinnen würden. Dann könnte er auch seinem Anliegen, der Arbeiterklasse in Westdeutschland in ihrem aktuellen Kampf zu helfen, weit besser gerecht werden.

Gertraud Schemm

*Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend.* Hrsg. i. Auftrage des Zentralrats der FDJ. Verlag Neues Leben, Berlin 1966. Erster Band 278 S., Zweiter Band 463 S.

Im März dieses Jahres feierte der sozialistische Jugendverband der DDR die Freie Deutsche Jugend, der 15. Jahrestag seiner Gründung. Der FDJ konnte an ihrem 15. Geburtstag eine stolze Bilanz ziehen. Durch ihre Tätigkeit hat sie entscheidend beigetragen, daß die Zeit nach 1945 zur bedeutsamsten und erfolgreichsten Periode in der Geschichte der gesamten deutschen Jugendbewegung wurde. Die Geschichte der FDJ ist untrennbar verbunden mit der Geschichte des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauer-Staates, der DDR, und verdient größere Beachtung als ihr bisher geschenkt wurde. Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß der Zentralrat der FDJ noch vor dem 15. Jahrestag der Gründung der FDJ die ersten beiden Bände der „Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ vorlegte.

Die in den Bänden enthaltenen Dokumente legen eindringlich Zeugnis ab über die Entwicklung der jung-

eneration nach 1945 im Osten Deutschlands. Sie beweisen, daß die Jugend aktiv mitarbeitete beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und beim Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus. In eindrucksvoller Weise wird in den Dokumentenbänden nachgelesen, daß die besten und fortschrittlichsten Traditionen der deutschen Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung und auch der bürgerlich-demokratischen Jugendbewegung in der FDJ weiterleben. Es ist besonders hervorzuheben, daß die „Dokumente der Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ überzeugend und unwiderlegbar nachweisen, daß die junge Generation in der DDR die faschistische Vergangenheit bewältigt hat und zum Träger der friedlichen und sozialistischen Zukunft ganz Deutschlands geworden ist.

Die Dokumente zeigen nicht nur den Entwicklungsweg der Jugend in der DDR und ihres organisierten Vorwärtsschritts, der FDJ, sie geben auch Auskunft über die Schwere des Kampfes gegen die Überreste der Vergangenheit und für die Durchsetzung des Neuen. In diesem Prozeß wurde eine neue Generation erzogen, deren beste Vertreter heute viele verantwortliche Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens erfüllen und selbst Vorbilder und Anreize für die Jugend sind. Die vorliegende Dokumentation zur Geschichte der FDJ ist ein wichtiges Hilfsmittel für die Erziehung der Mitglieder und Funktionäre der FDJ zu bewußten Kämpfern für den Sozialismus. Die beiden Bände sollten für jeden Funktionär der FDJ, aber auch der Parteien und anderen Massenorganisationen sowie des Staatsapparats, vor allem für jeden Lehrer, Erzieher und Propagandisten zu unentbehrlichen Helfern bei der Erziehung unserer jungen Menschen und bei der Verwirklichung des Kommuniqués des

Politbüros der SED vom Februar 1961 zu Problemen der Jugend werden.

Mit dem Erscheinen der Bände wurde eine Lücke in den Dokumentenpublikationen für die Zeit nach 1945 geschlossen und eine wichtige Voraussetzung für die Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der FDJ geschaffen. Darüber hinaus wird mit den beiden Bänden allen, die sich mit der Geschichte der Jugendbewegung, aber auch der Arbeiterbewegung und darüber hinaus mit der Zeitgeschichte befassen, äußerst wertvolles und teilweise bisher kaum zugängliches Material in die Hände gegeben und damit der Forschung erschlossen.

Die Bände enthalten neben Dokumenten der FDJ, die naturgemäß den größten Raum einnehmen, auch wichtige Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und andere Materialien, die die FDJ oder Jugendprobleme allgemein betreffen. Die Bände sind chronologisch aufgebaut und enthalten Dokumente aus den Jahren 1945 bis Juli 1952. Als Einschnitt zwischen den beiden Bänden wurde die Gründung der DDR gewählt. Die Auswahl der Dokumente spiegelt allseitig die Entwicklung und die vielseitige Tätigkeit der FDJ wieder.

Es ist zu begrüßen, daß der eigentlichen Dokumentation zur Geschichte der FDJ zwei wichtige Dokumente aus der Zeit vor 1945 vorangestellt sind, und zwar ein Auszug aus der Entschließung der Brüsseler Parteikonferenz der KPD vom Oktober 1935 über die Bedeutung der Gewinnung der werktätigen Jugend in den von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen für die Verbreitung und Verstärkung des antifaschistischen Widerstandskampfes (Bd. 1, S. 5/6)<sup>1</sup> und der Aufruf des ZK des

<sup>1</sup> Alle Band- und Seitenangaben beziehen sich auf die hier besprochenen Bände.

KJVD zur Bildung einer freien deutschen Jugendbewegung vom Oktober 1937 (Bd. 1, S. 7–10). Die Bedeutung dieser Dokumente für die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte in der Jugend und damit auch für die spätere Gründung der FDJ kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mit diesen Dokumenten wird nachgewiesen, daß die KPD, die beste und konsequenteste Vertreterin der Interessen des deutschen Volkes, auch in der Zeit des Faschismus der antifaschistischen Arbeit unter der Jugend große Aufmerksamkeit schenkte und die Jugend auf den Sturz des Faschismus und den Aufbau eines neuen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands orientierte. In der Entschließung der Brüsseler Parteikonferenz wurde dem KJVD die Aufgabe gestellt, die Initiative zur Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen zu ergreifen. „Diese Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugend als Ergebnis des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus wird die Kraft schaffen, von der auch die übrigen werktätigen Jugendmassen angezogen werden. Sie schafft die Voraussetzung zu einer breiten Massenbewegung der jungen Generation für den Kampf um Brot, Freiheit und Frieden“ (Bd. 1, S. 5/6). Mit der Gründung der FDJ im März 1946 wurde in einem Teil Deutschlands die Einheit der Jugend verwirklicht und damit eine entscheidende Lehre aus der Geschichte der deutschen Jugendbewegung gezogen.

Sehr gut und ausführlich wird die unmittelbare Vorgeschichte der Gründung der FDJ durch Dokumente wiedergegeben. So sind enthalten der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (Bd. 1, S. 13/14), der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 (Bd. 1, S. 14–20) und der Beschluß des Zentralen Jugendausschusses für die

sowjetische Besatzungszone vom 26. Februar 1946, sich an die SMAD zu wenden zwecks Zulassung der „überparteilichen, einigen, demokratischen Jugendorganisation ‚Freie Deutsche Jugend‘“ (Bd. 1, S. 45). Hier hätte jedoch unbedingt in einer Fußnote darauf hingewiesen werden müssen, daß die SMAD diesem Antrag stattgegeben hat und der 7. März 1946 als Gründungstag der FDJ gilt. Es ist geradezu ein Kuriosum, daß aus den Dokumenten zur Geschichte der FDJ nicht das genaue Datum der Gründung der FDJ hervorgeht. Von großer Bedeutung für die Gewinnung der Jugendlichen zur Teilnahme am friedlichen und demokratischen Neuaufbau war der Aufruf der Vertreter aller Landesjugendausschüsse der sowjetischen Besatzungszone vom 3. Dezember 1945 (Bd. 1, S. 40–42). Leider wurde bei der Bearbeitung dieses Aufrufes nicht seiner Bedeutung entsprechend verfahren; es geht nicht hervor, daß es sich um das erste zentrale Dokument nach der Zerschlagung des Faschismus handelt, in dem die Jugend selbst Stellung zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen nahm.<sup>2</sup>

Die Hilfe der Partei der Arbeiterklasse für die Jugend kommt in der Auswahl der Dokumente gut zum Ausdruck. Aber angesichts des offensichtlichen Strebens nach Vollständigkeit der Dokumentation hätte man erwartet, daß einige wichtige Dokumente der Partei zu Jugendfragen gründlicher ausgewertet worden wären, als es geschehen ist. So wurden z. B. die Ausführungen über Jugendfragen im Referat Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag der SED<sup>3</sup> un-

<sup>2</sup> Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 302/303.

<sup>3</sup> Vgl. Protokoll des III. Parteitages der SED, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 60.



uch die für die Geschichte der FDJ sehr wertvollen Diskussionsbeiträge von Erich Honecker<sup>4</sup> und Heinz Keßler<sup>5</sup> nicht aufgenommen. Ebenfalls vermißt man z. B. die „Antwort des Sekretariats des ZK der SED auf den Brief der jungen Kumpel“ vom 18. Mai 1951.<sup>6</sup> Obwohl insgesamt die hervorragende Rolle, die die Jugend bei der Erfüllung des ersten Fünfjahresplans besonders im Bergbau spielte, in der Dokumentenauswahl gut zum Ausdruck kommt, ist das Weglassen des letztgenannten Dokumentes nicht zu rechtfertigen, denn gerade dieses ist in bedereder Ausdruck dafür, daß die Jugend mit ihren Sorgen bei der Partei der Arbeiterklasse stets ein offenes Ohr und Hilfe gefunden hat. Als ein Mangel der Dokumentenbände muß es angesehen werden, daß die große Hilfe, die die FDJ vom ersten Tage ihres Bestehens an durch den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, bekommen hat, in der Auswahl der Dokumente nur ungenügend zum Ausdruck kommt. Es ist verständlich, daß es nicht möglich war, aus allen Reden Walter Ulbrichts und anderer führender Genossen der SED die Abschnitte zu bringen, in denen sie zu Jugendproblemen Stellung genommen haben. Aber in einigen Fällen wäre es doch notwendig gewesen, durch Fußnoten auf diese Reden aufmerksam zu machen und nachzuweisen, wo sie zu finden sind. Ein Beispiel: Zur 1. Funktionärskonferenz der FDJ, die am 26. November 1950 in Berlin stattfand, sind insgesamt vier Dokumente veröffentlicht (Bd. 2, S. 147–149, 158–165). Aus den Dokumenten geht hervor, daß Walter Ulbricht auf dieser Konferenz ein richtungweisendes Referat gehalten hat. Es fehlt aber jeder Hinweis, wo diese Rede veröffentlicht ist.

Es ist zu begrüßen, daß zu den wichtigsten Ereignissen im Leben des Verbandes in der Regel mehrere Dokumente aufgenommen wurden. So gruppieren sich z. B. jeweils mehrere Dokumente um die Parlamente der FDJ, um die Jungarbeiter- und Jungaktivistenkongresse, um die Gründung der DDR, um das 1. Deutschlandtreffen und die III. Weltfestspiele. Diese Dokumente enthalten Stellungnahmen vom Zentralrat bis zu Grundeinheiten, Gruppen und Jugendbrigaden, und dokumentierten in hervorragender Weise, welche Stellung die Jugend zu den Grundfragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der DDR eingenommen hat. Es kann allerdings nicht übersehen werden, daß zu wenige Dokumente der Länder- und Kreisorganisationen in die Auswahl aufgenommen wurden.

Trotz aller Vorzüge, die die „Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ aufweisen, muß aber auch festgestellt werden, daß den Bänden einige ernste Mängel anhaften. Der Hauptmangel der Bände besteht m. E. im Fehlen eines Vorworts. Es wäre Aufgabe des Vorworts gewesen, in die Problematik der Entwicklung der FDJ einzuführen und die Geschichte der FDJ einzuordnen in den gesamten Entwicklungsprozeß, der sich seit 1945 in Deutschland vollzogen hat. Das wäre besonders notwendig gewesen, weil es bisher noch keine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung des Jugendverbandes gibt. Unter diesen Umständen ist es für den Benutzer schwierig, an Hand der Dokumente die einzelnen Etappen der Entwicklung der FDJ zu verfolgen. Erwartet der Zentralrat der FDJ nicht etwas zu viel, wenn er bei allen Lesern der Dokumentenbände die Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge voraussetzt? Solche Fragen, z. B. warum nach 1945 eine einheitliche Jugendorganisation geschaffen wurde, werden nicht geklärt, zumal

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, S. 283–287.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, Bd. 2, S. 81–86.

<sup>6</sup> Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 489–493.

auch in der Dokumentation kaum etwas dazu gesagt wird. Es wurde hier schon hingewiesen auf die beiden Dokumente aus der Zeit des illegalen Kampfes gegen den Faschismus. Aus der Zeit nach dem Sturz des Faschismus ist in der Dokumentation außer dem Auszug aus der Rede Walter Ulbrichts auf der 1. Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlin vom 25. Juni 1945, in der er u. a. erklärte: „Wir verzichten auf die Schaffung eines kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche freie Jugendbewegung entsteht“ (Bd. 1, S. 21), keine weitere Begründung enthalten. Aufgabe des Vorworts wäre es gewesen, sowohl die Brücke zu schlagen zwischen den Dokumenten von 1935 und 1937 und den späteren Dokumenten als auch herauszuarbeiten, daß sich die Notwendigkeit einer einheitlichen Jugendorganisation aus den politischen Verhältnissen ergab und daß mit der Gründung der FDJ die wichtigste Lehre aus der Geschichte der deutschen Jugendbewegung gezogen wurde. Es wäre auch notwendig gewesen, im Vorwort das Verhältnis zwischen der Partei der Arbeiterklasse und dem Jugendverband zu behandeln und auch auf die Veränderungen hinzuweisen, die sich in diesem Verhältnis durch die Entwicklung der FDJ zum sozialistischen Jugendverband ergaben.

Abschließend einige Bemerkungen zu editorischen Fragen, die bei der Herausgabe weiterer Dokumentenbände berücksichtigt werden sollten. Die Arbeit mit den Bänden würde wesentlich erleichtert, wenn der Herausgeber in einer Vorbemerkung die Editionsprinzipien dargelegt hätte, die bei der Herstellung der Bände angewandt wurden. Der Herausgeber hat z. B. in einigen Fällen das Prinzip der chronologischen Ordnung der Dokumente durchbrochen und, um eine bessere Übersicht zu erreichen, Dokumente zum gleichen Vorgang zusam-

mengezogen. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber ein Hinweis darauf und eine kurze Begründung wäre doch notwendig gewesen.

In bezug auf die Einheitlichkeit der Bearbeitung der Dokumente zeigt sich in den vorliegenden Bänden eine weitgehende Inkonsistenz. Bei der Mehrheit der Dokumente werden z. B. die Namen der Unterzeichner angegeben, bei anderen wurden sie ohne ersichtlichen Grund weggelassen (Bd. 1, S. 27).

Auch was die Titel der Dokumente betrifft, wurde nicht einheitlich verfahren. Während im Bd. 2 durchwegs aus dem Titel bzw. Untertitel der Dokumente der Charakter und auch die Herkunft der Dokumente ersichtlich sind, ist dies bei den im Bd. 1 enthaltenen Dokumenten nicht immer der Fall. Es muß auch festgestellt werden, daß bei der Wahl der Titel teilweise sehr willkürlich verfahren wurde. In vielen Fällen sagen sie nichts oder nur wenig über den Inhalt der jeweiligen Dokumente aus. Einige Titel haben den Charakter von Schlagzeilen, während andere exakt den ursprünglichen Text wiedergeben. Aus einigen Dokumenten geht auch nicht hervor, wo sie angenommen bzw. erlassen haben. Als Beispiel sei genannt „Die Ziele der neuen Jugendausschüsse: Kraftquellen neuen Lebens“ (Bd. 1, S. 23–25). Mit der Angabe der Quelle, der das Dokument entnommen ist, wird noch nichts über die Herkunft ausgesagt.

Nicht genügend wurde vom Herausgeber auch die Möglichkeit genutzt, durch Fußnoten auf Probleme hinzuweisen und Unklarheiten, die sich aus einzelnen Dokumenten ergeben, zu beseitigen.<sup>7</sup> Der wissenschaftliche Wert

<sup>7</sup> Im Brief, den im Oktober 1945 junge deutsche Antifaschisten aus England an die Jugend in Deutschland richteten (Bd. 1, S. 39/40), ist von der „Freien Deutschen Jugend in Großbritannien“ die Rede. Dies hätte z. B. in einer Fußnote erklärt werden müssen.

### *Kritik und Bibliographie*

Bände würde wesentlich erhöht werden, wenn vielleicht schon dem Bd. eine Zeittafel mit den wichtigsten Daten aus der Geschichte der FDJ und des WBDJ sowie ein Verzeichnis der ausgewerteten Quellen beigefügt werden könnte.

Die Kritik an den Mängeln und Unzulänglichkeiten, die die Dokumenten-

bände noch aufweisen, ändert nichts an der Tatsache, daß der Zentralrat der FDJ mit der Herausgabe dieser Bände einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der Geschichte nach 1945 und vor allem unseres sozialistischen Jugendverbandes geleistet hat.

*Karl Richter*



# Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung 1961/I

## ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITSCHRIFTEN

Fil. Misul	Философска Мисъл. София
IA	Исторический Архив. Москва
IB MVR	Информационный Бюллетень. Улан-Батор
III	Известия на Института по История на БКП. София
Iko. Misul	Икономическа Мисъл. София
ISSSR	История СССР. Москва
Ist. Pregled	Исторически преглед. София
K	Коммунист. Москва
ME	Мировая Экономика и международные Отношения. Москва
MK	Молодой Коммунист. Москва
MZ	Международная Жизнь. Москва
NNI	Новая и Новейшая История. Москва
NoK	Новая Корея. Пхеньян
NV	Ново Време. София
PZ	Партийная Жизнь. Москва
SoW	Современный Восток. Москва
SProf	Советские Профсоюзы. Москва
VAN	Вестник Академии Наук СССР. Москва
VE	Вопросы Экономики. Москва
VF	Вопросы Философии. Москва
VI	Вопросы Истории. Москва
VIK	Вопросы Истории КПСС. Москва
VLUE	Вестник Ленинградского Университета: Серия экономики, философии и права
VMUI	Вестник Московского Университета: Серия IX. Исторические науки
A	Die Arbeit. Berlin
AC	The African Communist. London
AiA	Aus der internationalen Arbeiterbewegung. Berlin
AII	Analele Institutului de Istorie a Partidului de pe lingă C.C. al P.M. București
An	Die Arbeiterin. Berlin
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin
CC	Cahiers du Communisme. Paris
ČČH	Československý Časopis Historický. Praha
CF	Cercetări Filozofice. București
CI	Cahiers Internationaux. Paris
CR	Communist Review. Sydney
CS	Cahiers du Socialisme. Neuchâtel
DA	Deutsche Außenpolitik. Berlin
DdZ	Dokumentation der Zeit. Berlin
DN	Démocratie Nouvelle. Paris
DP	Documentos Politicos. Bogota

## Kritik und Bibliographie

- Ph Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Berlin  
Einheit. Berlin  
Economie et Politique. Paris  
Filozoficky Casopis. Praha
- 1 Fundamentos. La Habana  
Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde. Berlin  
Historicky Casopis. Praha
- Algerien Information Algériennes. Bulletin édité par la délégation extérieure du Parti communiste Algérien
- Bulgarien Informationsbulletin. Zentralkomitee der Bulgarischen Kommunistischen Partei
- ČSSR Informationsbulletin. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Prag
- Griechen- Information sur la Grèce. Bulletin mensuel. Budapest  
d
- Japan Information Bulletin. Communist Party of Japan Central Committee. Tokyo
- Israel Information Bulletin. Communist Party of Israel
- Vietnam Bulletin d'Information. Comité Central du Parti des Travailleurs du Viet Nam. Hanoi  
Iraqi Review. Baghdad  
Junge Generation. Berlin  
Kwartalnik Historyczny. Warszawa  
Labour Monthly. London  
Lupta de Clasă. Bucureşti  
Munka. Budapest  
Mezinárodní Politiky. Praha  
Magyar Filozófiai Szemle. Budapest  
Marxist Review. Toronto  
Munca în Sindicat. Bucureşti  
New Age. New Delhi  
La Nouvelle Critique. Paris  
Neue Deutsche Presse. Berlin  
Nowe Drogi. Warszawa  
Nueva Era. Buenos Aires  
Neue Justiz. Berlin  
Nová Mysl. Praha  
Neuer Weg. Berlin  
Neue Zeit. Moskau  
Odborář. Praha  
Political Affairs. New York  
Politiek en Cultuur. Amsterdam  
La Pensée. Paris  
Probleme des Friedens und des Sozialismus. Berlin  
Parttörténeti Közlemények. Budapest  
Principios. Santiago de Chile  
Die Presse der Sowjetunion. Berlin  
Rinascita. Roma  
Rivista Storica del Socialismo. Milano  
Sozialistische Briefe. Berlin  
Staat und Recht. Berlin  
Studi Storici. Roma  
Studii. Bucureşti  
Sowjetwissenschaft, gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin  
Theorie und Praxis. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED.  
Társadalmi Szemle. Budapest  
Vår Tid. Stockholm

## Kritik und Bibliographie

W	Die Weltgewerkschaftsbewegung. Berlin
WN	World News. London
Ww	Wirtschaftswissenschaft. Berlin
WZ	Weg und Ziel. Wien
WZ, Jena	Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZ, Leipzig	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZ, Rostock	Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin
Zpw	Z pola walki. Warszawa

## ÜBERSICHT

### I. KLASSIKER DES MARXISMUS - LENINISMUS

Erst- und wichtige Neudrucke

Literatur

1. Marx-Engels
2. Lenin

### II. GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS - LENINISMUS

Politische Ökonomie

Dialektischer und historischer Materialismus

### III. GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Allgemeines

1836-1917

1917-1933

1933-1945

Fragen der Einheit Deutschlands

### IV. GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Allgemeines

Einzelne Länder

Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

### V. ANTIKOLONIALE BEWEGUNGEN FÜR FREIHEIT UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

Allgemeines

Einzelne Länder

### I. KLASSIKER DES MARXISMUS - LENINISMUS

Erst- und wichtige  
Neudrucke

Новые документы В. И. Ленина.

(Neue Dokumente W. I. Lenins.

1. Die antimilitaristische Propaganda und die sozialistischen Arbeiterjugendverbände. 1907.

2. Bemerkungen zur Resolution des

Stuttgarter Kongresses über „Militarismus und internationale Konflikte“. 1907.

3. Bemerkungen zu dem Artikel K. Zinkins „Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart“. 1907.

4. Wie man die Geschichte der „Sozialrevolutionäre“ schreibt. 1907.

5. Die dritte Staatsduma und die Sozialdemokratie. 1907.

6. Gruß an William Haywood. 1907.)  
VIK, 1961, H. 1, S. 18-29.



nieznanej korespondencji Fryderyka Engelsa z Polakami w latach 1894 bis 1895.

(Aus einem unbekannten Briefwechsel Friedrich Engels' mit Polen 1894/95.)

Zpw, 1960, H. 4, S. 67-77.

## Literatur

### 1. Marx-Engels

Енглејов, Димитър: Фридрих Енгелс и марксистката политическа икономика.

(Friedrich Engels und die marxistische politische Ökonomie.)

Iko, Misul, 1961, H. 1, S. 3-18.

Уинна, В. Э.: Роль К. Маркса и Ф. Энгельса в создании и упрочении Британского Федерального совета (1871-1873 гг.).

(Die Rolle von Marx und Engels bei der Gründung und Festigung des britischen Föderalrates - 1871-1873 -.)

NNI, 1961, H. 1, S. 35-51.

Литхусер, Луи: „Sur le jeune Marx“ (questions de théorie). („Über den jungen Marx“ - theoretische Fragen -.)

Pen, 1961, H. 96, S. 3-26.

Инфи, Родolfo: Considerazioni sulla prima sezione del „Capitale“ di Marx. (Betrachtungen über den ersten Teil des „Kapital“ von Marx.)

RSS, 1960, H. 11, S. 593-637.

Оккара: Quelques hypothèses sur le développement du „Capital“. (Einige Hypothesen über die Entwicklung des „Kapital“.) EP, 1961, H. 79, S. 2-26; H. 80, S. 34-63. H. 81, S. 39-60. H. 82, S. 21-42.

Рăтеску, С.: E. A. Stepanova: „Friedrich Engels“. (Bukarest 1960. Rezension.)

AII, 1960, H. 6, S. 126-133.

Феррони, Умберто: K. Marx - F. Engels, India Cina Russia. Milano 1960. (K. Marx, F. Engels: Indien, China, Rußland. Mailand 1960. [Rezension.])

R, 1961, H. 2, S. 150-151.

Рăс, А.: Friedrich Engels și mișcarea muncitorească din România. (140 de ani de la nașterea lui Friedrich Engels.) (Friedrich Engels und die Arbeiter-

bewegung in Rumänien. - 140. Geburtstag von Friedrich Engels. -)

AII, 1960, H. 6, S. 25-37.

Дроб, Ем.: Dezvoltarea marxismului in anii revoluției 1848-1849. (Die Entwicklung des Marxismus in den Revolutionsjahren 1848-1849. [Zu Band 6 der Werke von Marx und Engels.])

CF, 1960, H. 6, S. 171-180.

Гараудь, Родер: A propos du „Jeune Marx“. (Den „Jungen Marx“ betreffend. [Zu Nr. 19 der „Recherches internationales à la lumière du marxisme“ 1960.])

CC, 1961, H. 2, S. 436-443.

Гропп, Ругард Отто: War Marx konsequenter Hegelianer? Bemerkungen zu einem Vortrag von Prof. Henrich an der Westberliner Universität.

Forum, 1961, H. 4, wissenschaftl. Beil.

Хелмерт, Хайнц: Friedrich Engels und die Entstehung der sozialistischen Militärtheorie.

Militärwesen, 1960, H. 8, S. 1447-1462.

Неф, Хелмут: Marxfälscher am Werk: Doerig contra Marx.

TP, 1961, H. 1, S. 14-17.

Оберманн, Карл: Über die Bedeutung der Tätigkeit von Friedrich Engels im Frühjahr und Sommer 1848.

ZfG, 1961, H. 1, S. 28-47.

Петрачик, А.: Les problèmes de l'humanisme dans les premières œuvres de Marx. (Die Probleme des Humanismus in den ersten Werken von Marx.)

Pen, 1961, H. 96, S. 27-41.

Писхел, Энрика Коллотти: Marx e la fase iniziale dell'imperialismo. (Marx und das Anfangsstadium des Imperialismus. [Zu dem Sammelband K. Marx-F. Engels: Indien, China, Rußland. Mailand 1960. Rezension.])

RSS, 1960, H. 11, S. 829-838.

### 2. Lenin

Ахмедов, М. и И. Челяпов: Величие Ленина.

(Die Größe Lenins. [„Erinnerungen an Wladimir Iljitsch Lenin“, Teil 3, Rezension.])

PZ, 1961, H. 2, S. 74-77.

Бачило, И. Л. и А. Ф. Смирнов: В. И. Ленин о падении крепостного права.

- (W. I. Lenin über den Verfall der Leibeigenschaft.)  
VIK, 1961, H. 1, S. 76–87.  
(Gekürzt): PSU, 1961, H. 27, S. 571–572. 574.
- Валб, А.:** Ленинската теория на от-  
ражението — против съвременна-  
та буржоазна философия.  
(Die Leninsche Widerspiegelungstheo-  
rie — gegen die moderne bürgerliche  
Philosophie.)  
Fil. Misul, 1960, H. 6, S. 76–94.
- Гак, А. М.:** Участие В. И. Ленина в  
подготовке географического атла-  
са.  
(Die Mitarbeit W. I. Lenins bei der  
Vorbereitung eines geographischen  
Atlantes.)  
ISSSR, 1961, H. 2, S. 131–135.
- Гладков, И.:** Воплощение ленинских  
идей научного планирования. (К  
40-летию плана ГОЕЛРО.)  
(Die Verwirklichung der Leninschen  
Ideen wissenschaftlicher Planung.  
— Zum 40. Jahrestag des GOELRO-  
Planes. —)  
VE, 1961, H. 1, S. 13–25.
- Жуйков, Г. С.:** Новые материалы о  
работе В. И. Ленина «Что такое  
'друзья народа' и как они воюют  
против социалдемократов?»  
(Neue Materialien über die Arbeit  
W. I. Lenins „Was sind die ‚Volks-  
freunde‘ und wie kämpfen sie gegen  
die Sozialdemokraten?“)  
ISSSR, 1961, H. 2, S. 125–131.
- Клопов, Э. В.:** Первый день деятель-  
ности В. И. Ленина на посту пред-  
седателя совета народных комис-  
саров.  
(Der erste Tag der Tätigkeit W. I. Len-  
ins als Vorsitzender des Rates der  
Volkskommissare.)  
ISSSR, 1961, H. 2, S. 116–125.
- Козловский, А. И.:** С. Ю. Выгодский.  
В. И. Ленин — руководитель внеш-  
ней политики советского государ-  
ства.  
(S. J. Wygodskij: W. I. Lenin — der  
Führer der Außenpolitik des Sowjet-  
staates. [1960. Rezension.])  
NNI, 1961, H. 1, S. 148–150.
- Кульков, И. и В. Трепелков:** Ленин-  
ские «Тетради по империализму».  
(Die Leninschen „Hefte zum Imperia-  
lismus“.) [Zu Band 39 der Werke W. I.  
Lenins, 4. Ausgabe. Rezension.])  
ME, 1961, H. 2, S. 143–148.
- Мануильский, Д. З.:** Из воспомина-  
ний о В. И. Ленине.  
(Aus Erinnerungen an W. I. Lenin.)  
VIK, 1961, H. 1, S. 160–163.
- Мезенцев, С.:** Ленин о программ-  
е партии.  
(Lenin über das Parteiprogramm. [W. I.  
Lenin über das auf dem VIII. Parte-  
tag der KPR (B) angenommene Pro-  
gramm der Partei, Dokumente, Artikel  
Reden. 1961, Rezension.])  
K, 1961, H. 5, S. 113–115.
- Мрачковская, И.:** Книга об экономи-  
ческих работах В. И. Ленина.  
(Ein Buch über die ökonomischen Ar-  
beiten W. I. Lenins. [A. P. Paschkow:  
Die ökonomischen Arbeiten W. I. Len-  
ins aus den 90er Jahren. 1960. Rezen-  
sion.])  
VE, 1961, H. 1, S. 99–102.
- Пишнев, Райчо:** Нова биография на  
В. И. Ленин.  
(Eine neue Biographie über W. I. Le-  
nin. [Wladimir Pjitsch Lenin. Bio-  
graphie. Hrsg. von der Bulgarischen  
Kommunistischen Partei. 1960. Rezen-  
sion.])  
NV, 1961, H. 3, S. 85–89.
- Рамирес, Мануэль Диас:** Беседа  
В. И. Лениным в 1921 году.  
(Eine Unterredung mit W. I. Lenin im  
Jahre 1921.)  
VIK, 1961, H. 1, S. 163–166.
- Bahner, Werner:** Lenins Konzeption der  
Volksverbundenheit und des kultu-  
rellen Erbes und ihre Bedeutung für  
die Literaturwissenschaft.  
WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 9–17.
- Bărbulescu, C.:** „V. I. Lenin despre Ro-  
minia.“ (W. I. Lenin über Rumänien  
[Bukarest 1960. Rezension.])  
AII, 1966, H. 6, S. 139–141.
- Cornforth, Maurice:** An „erudite Marxist  
from the Volga“. (Ein „gelehrter  
Marxist von der Wolga“. [Lenins Ge-  
sammelte Werke. Band 1, 1893–1894  
Band 2, 1895–1897. London.])  
WN, 1961, H. 1, S. 8–9.
- Friedrich, Horst:** Über die Bedeutung der  
Leninschen Arbeiten zur nationalen  
Frage für unseren Kampf in Deutsch-  
land. (Überarb. Diskussionsbeitrag zu

Lenin-Konferenz des Institutes für Philosophie der Karl-Marx-Universität am 22. April 1960.)

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 45–55.

ohn, Erhard: Die Bedeutung der Leninischen Widerspiegelungstheorie für die Literaturwissenschaft.

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 1–7.

ga, I.: O prețioasă moștenire teoretică leninistă. (Das Leninsche theoretische Erbe – eine Kostbarkeit. [W. I. Lenin: Der Marxismus über den Staat.])

Lupta, 1961, H. 2, S. 106–114.

och, Hans: W. I. Lenins Schrift „Parteioorganisation und Parteiliteratur“ und ihre aktuelle Bedeutung.

Zeitschrift für deutsche Literaturgeschichte, 1960, H. 4, S. 669–706.

pitz, Roland und Günter Warm: Bericht über die Wissenschaftliche Konferenz der Literaturwissenschaftlichen Institute der Karl-Marx-Universität zum Thema: „W. I. Lenin und Fragen der Literaturwissenschaft.“

WZ, Leipzig, 1961, H. 2, S. 179–182.

ieck, Helmut: „Lenin über die Presse.“ Sammelband. [Rezension.]

NDP. 1961, H. 1, S. 45.

haumann, Gerhard: Parteilichkeit und Volksverbundenheit. (Über Lenins Verhältnis zum Schaffen Majakowskis.)

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 27–29.

höneburg, Karl-Heinz und Werner Wippold: Marxismus und Staat. Zur deutschen Erstausgabe von Lenins Werk „Marxismus und Staat“. [1960.]

StR, 1961, H. 1, S. 52–68.

reler, Siegfried: Zum Prinzip der Parteilichkeit. [Diskussionsbeitrag auf der Wissenschaftlichen Konferenz der Literaturwissenschaftlichen Institute der

Karl-Marx-Universität zum Thema „W. I. Lenin und Fragen der Literaturwissenschaft“ am 24. und 25. Juni 1960.]

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 31–33.

iharescu, V.: „Vladimir Ilici Lenin. Biografie.“ Moscova 1960. [Rezension.]

AII, 1960, H. 6, S. 111–125.

## GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS - LENINISMUS

boda, W.: Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin 1960. [Rezension.]

GS, 1961, H. 2, S. 183–187.

## Politische Ökonomie.

Беляев, И.: О дифференциальной ренте при социализме.

(Über die Differentialrente im Sozialismus.)

VE, 1961, H. 2, S. 73–81.

Варга, Е.: Марксистская теория кризисов и изучение конъюнктуры.

(Die marxistische Krisentheorie und die Konjunkturforschung.)

ME, 1961, H. 3, S. 93–103. Ww, 1961, H. 6, S. 910–923.

Ворошилин, И. И.: Социалистический характер распределения по труду. (Der sozialistische Charakter der Verteilung nach Leistung.)

VF, 1961, H. 2, S. 12–132.

Гак, Г.: Коммунизм и личная собственность.

(Kommunismus und persönliches Eigentum.)

K, 1961, H. 1, S. 66–75.

Дудинский, И.: Некоторые черты развития мирового социалистического рынка.

(Einige Züge der Entwicklung des sozialistischen Weltmarktes.)

VE, 1961, H. 2, S. 40–50.

Дудинский, И.: Экономические основы единства социалистических стран.

(Die ökonomischen Grundlagen für die Einheit der sozialistischen Länder.)

K, 1961, H. 5, S. 103–112.

Ефимов, А.: Назревшие задачи совершенствования народнохозяйственного планирования.

(Aktuelle Aufgaben zur Vervollkommenung der volkswirtschaftlichen Planung.)

K, 1961, H. 4, S. 16–26.

Жамин, В.: Проблемы выравнивания уровней экономического развития стран мировой социалистической системы.

(Probleme der Angleichung des Niveaus in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder des sozialistischen Weltsystems.)

VE, 1961, H. 3, S. 17–26.

Касицкий, Ил.: О категории материально-техническая база коммунизма.



- (Über den Begriff materiell-technische Basis des Kommunismus.)  
VE, 1961, H. 1, S. 82–93.
- Катинчаров, Иван:** Данъците от населението при социализма. (Die Steuerabgaben der Bevölkerung im Sozialismus.)  
Iko. Misul, 1961, H. 1, S. 47–57.
- Козлов, Г.:** О закономерностях развития производительных сил коммунистической формации. (Über die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte der kommunistischen Gesellschaftsordnung.)  
K, 1961, H. 3, S. 28–39.
- Матеев, Евгени:** Материальная заинтересованность и показатели народно-хозяйственного плана. (Die materielle Interessiertheit und die Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes.)  
VE, 1961, H. 1, S. 47–57.
- Чепраков, В.:** Ленинская теория империализма и новый этап общего кризиса капитализма. (Die Leninsche Theorie des Imperialismus und die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.)  
K, 1961, H. 2, S. 23–38. Sw. 1961, H. 5, S. 475–493.
- Badrus, Gh.:** Noua etapă a crizei generale a capitalismului. (Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.)  
Lupta, 1961, H. 3, S. 18–33.
- Barjonet, André:** Besoins historiques et paupérisation. (Historische Bedürfnisse und Verelendung.)  
CC, 1961, H. 1, S. 72–79.
- Fleck, Rudolf:** Materielle Interessiertheit und sozialistisches Bewußtsein.  
Ww, 1961, H. 2, S. 239–253.
- Garaudy, Roger:** Sur les fondements théoriques de la loi de paupérisation relative et absolue de la classe ouvrière. (Über die theoretischen Grundlagen des Gesetzes der relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterklasse.)  
CC, 1961, H. 1, S. 13–37.
- Geissler, Heinz:** Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die weitere Vervollkommnung des sozialistischen Charakters der Arbeit.  
Ww, 1961, H. 2, S. 232–238.
- Gerisch, Rudolf:** Zur Überwindung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.  
Ww, 1961, H. 2, S. 204–217.
- Guignon, Henri:** Le logement et la paupérisation. (Die Wohnung und die Verelendung.)  
CC, 1961, H. 2, S. 331–346.
- Hodek, Antonin:** Technická revoluce a společenský pokrok. (Technische Revolution und gesellschaftlicher Fortschritt.)  
NMy, 1961, H. 1, S. 68–78.
- Klaus, Georg:** Schematische und schöpferische geistige Arbeit in kybernetischer Sicht.  
DZPh, 1961, H. 2, S. 166–182.
- Köppert, Willi und Paul Schäfer:** Charakter der Arbeit im Kapitalismus und „team-work“.  
Ww, 1961, H. 2, S. 190–203.
- Molnár, Endre:** Partos könyv a munkásosztály elnyomódásáról a kapitalizmusban. (Ein parteiliches Buch über die Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus. [Géza Ripp: Die Verelendung der Arbeiterklasse und der moderne Reformismus. Budapest 1960. Rezension.])  
TSz, 1961, H. 1, S. 109–117.
- Prager, Theodor:** Löhne und Produktivität.  
WZ, 1961, H. 4, S. 223–234.
- Rademacher, Horst, Ekkehard Sachsse und Kurt Walter:** Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und das Arbeitskräfteproblem in der DDR.  
E, 1961, H. 3, S. 377–390.
- Shamin, W. A.:** Die gegenwärtige Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion.  
E, 1961, H. 3, S. 391–402.
- Sonntag, Heinz:** Die wirtschaftliche Rechnungsführung als ökonomische Kategorie.  
WZ, Jena, 1959/60, H. 4/5, S. 399–402.
- Thalmann, Hans:** Probleme des neuen Charakters der Arbeit in der DDR.  
Ww, 1961, H. 2, S. 175–189.
- Tudor, Gh.:** Probleme ale dialecticii forțelor și relațiilor de producție în etapa desăvârșirii socialismului. (Probleme der Dialektik der Produktivkräfte und

roduktionsverhältnisse in der Etappe  
er Vollendung des Sozialismus.)  
upta, 1961, H. 1, S. 61–78.

ar, P.: Marxisme et histoire dans le  
développement des sciences humaines.  
Marxismus und Geschichte in der Ent-  
wicklung der menschlichen Wissen-  
schaften.)

St, 1959/60, H. 5, S. 1008–1043.

## Dialektischer und historischer Materialismus

елов, Стефан: Социалистическа-  
а държава през погледа на юго-  
славските ревизионисти.

Der sozialistische Staat in den Augen  
der jugoslawischen Revisionisten.)

il. Misul. 1960, H. 6, S. 58–75.

енко, А.: Война и революция.

Krieg und Revolution.)

С, 1961, H. 4, S. 49–60.

овский, В.: О некоторых особен-  
ностях борьбы двух лагерей в фи-  
лософии на современном этапе.

Über einige Besonderheiten des  
Kampfes der beiden Lager in der  
philosophie der gegenwärtigen Etappe.)

С, 1961, H. 1, S. 104–114.

Gekürzt:] PSU, 1961, H. 25, S. 539.

ушин, Б. А.: Опыт анализа объек-  
тивной структуры процесса разви-  
тия.

Versuch einer Analyse der objektiven  
struktur des Entwicklungsprozesses.)

С, 1961, H. 2, S. 113–124.

ибанов, А. и Л. Митрохин: Ком-  
мунистическое воспитание и борь-  
а против религиозного сектанства.  
Die kommunistische Erziehung und  
er Kampf gegen das religiöse Sekten-  
wesen.)

С, 1961, H. 2, S. 60–71.

авков, Живко: Екзистенциализъм  
и исторически материализъм.  
Existenzialismus und historischer  
Materialismus.)

С, 1961, H. 2, S. 19–35.

зов, Тодор: Дialeктическият ма-  
териализъм и някои въпроси на  
съвременното естествознание.

Der dialektische Materialismus und  
einige Fragen der modernen Natur-  
wissenschaft.)

il. Misul, 1960, H. 6, S. 16–29.

Пашев, Райчо: За мирния и не мир-  
ния път на развитие на социали-  
стическата революция.

(Über den friedlichen und nicht fried-  
lichen Weg der Entwicklung der sozia-  
listischen Revolution.)

NV, 1961, H. 1, S. 28–39.

Приписнов, В. И.: О соотношении  
исторического материализма и  
исторической науки.

(Über das Verhältnis des historischen  
Materialismus zur Geschichtswissen-  
schaft.)

VF, 1961, H. 1, S. 103–113.

Румл, Вл. и Вл. Мликовски: Някои  
характерни черти в развитието на  
марксистката философия.

(Einige charakteristische Züge in der  
Entwicklung der marxistischen Philo-  
sophie.)

Fil. Misul, 1960, H. 6, S. 42–57.

Спасов, Добрин: Логическата мисъл  
пред стари и нови проблеми.

(Das logische Denken vor alten und  
neuen Problemen.)

Fil. Misul, 1960, H. 6, S. 132–142.

Харчев, А. Г.: О нравственной сущ-  
ности социалистической семьи.

(Über das sittliche Wesen der sozia-  
listischen Familie.)

VF, 1961, H. 1, S. 125–136.

PSU, 1961, H. 24, S. 513–519.

Цонков, Г.: Колективизмът — основ-  
на черта на комунистическия мо-  
рал.

(Die Kollektivität — ein Grundzug der  
sozialistischen Moral.)

Fil. Misul, 1960, H. 6, S. 114–131.

Aimot, Jaqueline: Les communistes et  
l'action familiale. (Die Kommunisten  
und die Familienfrage.)

CC, 1961, H. 2, S. 304–317.

Bělková, Marie: Proti revizionistickému  
pojetí třídního boje v přechodném  
období. (Gegen die revisionistische  
Auffassung vom Klassenkampf in der  
Übergangsperiode.)

FC, 1961, H. 1, S. 21–44.

Bellu, Nicolae: Cercetarea procesului de  
dezvoltare a moralei socialiste in  
R.P.R. și câteva probleme cu privire  
la metoda de lucru. (Die Erforschung  
des Entwicklungsprozesses der sozia-  
listischen Moral in der Rumänischen  
Volksrepublik und einige Probleme im

- Zusammenhang mit der Arbeitsmethode.)  
CF, 1960, H. 6, S. 107–120.
- Berescu, Gh. și I. Drăgan: Rolul, conducător al partidului în procesul dezvoltării conștiinței socialiste. (Die führende Rolle der Partei im Entwicklungsprozeß des sozialistischen Bewußtseins.)  
CF, 1961, H. 1, S. 7–35.
- Chepeș, Gh. și Gh. P. Apostol: Interacțiunea forțelor de producție și a relațiilor de producție în procesul desăvârșirii construcției socialismului în țara noastră. (Die Wechselwirkung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Prozeß des vollendeten Aufbaus des Sozialismus.)  
CF, 1960, H. 5, S. 7–38.
- Chvatik, Květoslav: K otázce metody a východiska marxistické estetiky. (Über Methode und Ausgangspunkt der marxistischen Ästhetik.)  
FC, 1961, H. 1, S. 63–74.
- Sichhorn, W.: Die Moskauer Erklärung und die Arbeit der marxistischen Philosophie.  
DZPh, 1961, H. 3, S. 277–291.
- Fedoszejev, P. N.: A komunizmus és filozófia. (Kommunismus und Philosophie.)  
MFSz, 1961, H. 1, S. 1–12.
- Grulich, Vladimír: Revoluční praxe – gnoseologický základ komunistické výchovy. (Die revolutionäre Praxis – die gnoseologische Grundlage für eine kommunistische Erziehung.)  
FC, 1961, H. 2, S. 162–188.
- Herold, Rudolf: Zu einigen Fragen des Unterrichts im historischen Materialismus.  
DZPh, 1961, H. 3, S. 378–386.
- Hörnig, Hannes: Für ein hohes schöpferisches Niveau der Gesellschaftswissenschaften.  
E, 1961, H. 3, S. 403–417.
- Houska, Jiří: K problematice pojetí sociální revoluce. (Zur Problematik des Begriffs der sozialen Revolution.)  
FC, 1961, H. 2, S. 217–238.
- Hrzal, Ladislav a Karel Máchá: O předmětu a metodě historického materialismu. (Über Gegenstand und Methode des historischen Materialismus. [Mit einer Bibliographie.])  
FC, 1961, H. 1, S. 45–62.
- Janoušek, Jaromír a Ivo Tretera: K zásadám práce v teorii poznání. (Zu den Prinzipien der Arbeit auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie.)  
FC, 1961, H. 2, S. 189–210.
- Kedrow, B. M.: Die Idee von der Einheit der Welt in den Werken deutscher Naturforscher des 19. Jahrhunderts.  
DZPh, 1961, H. 1, S. 88–102.
- Kon, I. S.: Zur Frage des Gegenstands der Soziologie. – Kurzer geschichtlicher Abriss.  
DZPh, 1961, H. 1, S. 46–65.
- Kurella, Alfred: Der Sozialismus und die bürgerliche Kultur. Gedanken einer Aussprache.  
E, 1961, H. 1, S. 77–91. H. 4, S. 619–631.
- Mare, Călina: Un manual românească de filozofie marxistă. (Ein rumänisches Handbuch der marxistischen Philosophie. [Lehrgang des dialektischen und historischen Materialismus, Band 1. Bukarest 1959. Rezension.])  
CF, 1960, H. 5, S. 167–175.
- Oprescu, V.: Marxism-leninismul despre originea și esența religiei. (Der Marxismus-Leninismus über Ursprung und Wesen der Religion.)  
Lupta, 1961, H. 1, S. 79–92.
- Reinhardt, Horst: Die sozialistische Materialismus im gesellschaftlichen Leben der DDR.  
DZPh, 1961, H. 1, S. 20–30.
- Roca, Blas: Los regimenes sociales y concepto de libertad. (Die sozialen Lebensbedingungen und der Freiheitsbegriff.)  
Fun, 1960, H. 168, S. 5–36.
- Schaff, Adam: Sytuacja i aktualne zadania polskiej filozofii. (Situation und aktuelle Aufgaben der polnischen Philosophie.)  
NDR, 1961, H. 3, S. 67–82.
- Stübe, Erwin: Zur Entfaltung der Persönlichkeit im Kampf für den Sieg des Sozialismus.  
E, 1961, H. 1, S. 92–104.
- Tănase, Al.: Rolul sfaturilor populare în dezvoltarea democratismului socialist. (Die Rolle der Volksräte bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie.)  
CF, 1960, H. 6, S. 31–61.
- Verrieres, Jean: Pour une définition scientifique de la famille. (Für eine



wissenschaftliche Definition der Familie.)

CC, 1961, H. 2, S. 269–286.

Williams, M.: Socialist and capitalist democracy. (Sozialistische und kapitalistische Demokratie.)

NZCR, 1960, H. 9, S. 20–26.

Travomislav, A.G.: Interesul ca o categorie a materialismului istoric. (Das Interesse als eine Kategorie des historischen Materialismus.)

CF, 1960, H. 5, S. 39–60.

### III. GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

#### Allgemeines

Abel, Hilde: Für jeden fand er das richtige Wort. (Erinnerung an Wilhelm Pieck.)

NW, 1961, H. 1, S. 47.

Erri, Franco: Clara Zetkin.

R, 1961, H. 3, S. 223–237.

Olbe, Hellmuth: Revolutionäres Erbe – Waffe im Kampf. Zur Herausgabe der gesammelten Schriften Franz Mehrings im Dietz Verlag.

NW, 1961, H. 5, S. 239–240.

Witz, Max: Zum außenpolitischen Wirken Wilhelm Piecks.

DA, 1961, H. 1, S. 5–13.

Geck, Wilhelm: Zu einigen Problemen der Geschichte der KPD. [Auszüge aus dem Artikel „20 Jahre Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, für Brot, Frieden, Demokratie und Sozialismus!“, erschienen in: „Die Internationale“, 1939, H. 1 und 2.]

BzG, 1961, H. 1, S. 3–20.

#### 1836–1917

izin, B. A.: Полезная книга.

Ein nützliches Buch. [Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution. Berlin 1960. Rezension.]

VIK, 1961, H. 1, S. 198–200.

rnhard, Hans-Joachim und Fritz Klein: Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation. Nachbemerkungen zum Referat und zur Diskussion über „Die deutsche

Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm.

BzG, 1961, H. 1, S. 130–146.

Beutel, Horst: Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution. Berlin 1960. [Rezension.] BzG, 1961, H. 1, S. 164 bis 169.

Fricke, Dieter: Eine wichtige Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. [„Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung“, hrsg. vom Berliner Polizeipräsidenten 1878 bis 1913.]

BzG, 1961, H. 1, S. 94–103.

Popa, Radu: Dieter Fricke: Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905. Berlin 1955. [Rezension.]

Studii 1960, H. 6, S. 221–228.

Ragioneri, Ernesto: Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und rote Feldpost 1878–1890. Berlin 1959. [Rezension.]

StSt, 1959/60, H. 5, S. 1080–1086.

Seemann, Ulrich: Die Kämpfe der Hamburger Arbeiter gegen die Verschlechterung ihres Wahlrechts in den Jahren 1905/06.

WZ, Rostock, 1961, H. 1, S. 63–100.

#### 1917–1933

Галкина, А. Д.: Борьба КПГ за вовлечение крестьянства в антифашистское движение в 1930–1932 г. (Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Heranziehung der Bauernschaft zur antifaschistischen Bewegung in den Jahren 1930 bis 1932.)

NNI, 1961, H. 1, S. 79–89.

Документы за революционные борьбы на трудящиеся в Германия през 1918 г.

(Dokumente aus den revolutionären Kämpfen der Werktätigen in Deutschland 1918.)

III, 1960, H. 7, S. 291–303.

Becher, Jürgen: Der Kampf der Arbeiterklasse um eine demokratische Bodenreform in der Periode der deutschen Novemberrevolution 1918.

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 79–91.

Behse, Ursula: Kulturrevolution gegen Kulturreaktion. „Feuilleton der roten Presse 1918–1933.“ Berlin 1960. [Rezension.] Neue Deutsche Literatur, 1961, H. 3, S. 151–153.

Kauba, Helmut: Die Märzaktion 1921. Zum 40. Jahrestag der heroischen Kämpfe des Proletariats in Mitteldeutschland.

Volksarmee 1961, H. 7, Beil. S. 8–10.

Kortmann, Emil: Der Ruhrbergarbeiterstreik 1931.

A. 1961, H. 1, S. 59–61.

### 1933–1945

Лынев, И. И.:

Emil Jeschonnek: Wo der Landser denken lernte. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Spiegel der Zeitung „Nachrichten“. Berlin 1959. [Rezension.] ISSSR, 1961, H. 2, S. 214–218.

Die Gestalt des antifaschistischen Widerstandskämpfers in der Literatur.

WZ, Rostock, 1959/60, Sonderh.

Polzin, Martin: Zur historischen Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands als Führer und Organisator des antifaschistischen Widerstandskampfes in den Jahren 1933–1945.

WZ, Rostock, 1959/60, Sonderh. S. 1–12.

### 1945 bis zur Gegenwart

Albrecht, E.: Der Antikommunismus – die Ideologie der Unfreiheit. Zur Kritik der weltanschaulichen Grundlagen des Godesberger Programms der SPD.

WZ, Greifswald, 1959/60, H. 1, S. 3–15.

XIII. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig: Arbeiterklasse wird Bonns Kriegspläne durchkreuzen.

SB, 1961, H. 10, S. 3–11.

Barthelmann, Robert: Die Bedeutung der Bodenreform für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur demokratischen Bauernorganisation.

WZ, Jena, 1959/60, H. 4/5, S. 393–398.

Zum VI. Deutschen Bauernkongreß in Rostock (vom 8. bis 11. Dezember 1960).

DdZ, 1961, H. 230, S. 1–20.

Bergner, Manfred, Traute Schönrath und Franz Scholz: Der Kampf der Partei der Arbeiterklasse um die Durch-

setzung einer straffen qualifizierten Leitung der Wirtschaft durch die Staatsorgane.

WZ, Leipzig, 1961, H. 2, S. 191–202.

Börner, Hannes und Norbert Geipel: Entfaltung der innergenossenschaftlichen Demokratie und Brigadearbeit in der LPG.

E, 1961, H. 1, S. 65–76.

Bruck, Franz: Die Partei festigt das Bündnis mit der Intelligenz.

NW, 1961, H. 7, S. 290–295.

Entschließung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Ergebnis der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (vom 17. Dezember 1960).

DdZ, 1961, H. 231, S. 41–45.

Die Moskauer Erklärung und ihre weitreichende Bedeutung für unsere Kampf.

E, 1961, H. 1, S. 1–22.

Die Moskauer Erklärung, das 11. Plenum des ZK der SED und die Aufgaben der Staats- und Rechtswissenschaft.

StR, 1961, H. 3, S. 393–405.

Für einen Aufschwung in der Propaganda des Marxismus-Leninismus. Beschuß der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED.

NW, 1961, H. 2, S. 86–96.

Gutzmann, Erwin: Im Kampf für den Sieg des Sozialismus und des Friedens geboren. [Zum zweiten Jahrestag der Bewegung „Brigade der sozialistischen Arbeit“.]

DZPh, 1961, H. 1, S. 5–19.

Fünfzehn Jahre Einheit.

E, 1961, H. 2, S. 203–205.

Kampfert, Karl: Neue Aufgaben der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“.

A, 1961, H. 2, S. 47–49.

Köhler, Fritz: Die Entwicklung Deutschlands (1945–1947).

WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 93–96.

Köhler, Irene und Siegfried Wetzig: Über Wesen und Aufgaben der Blockpolitik in der DDR.

E, 1961, H. 2, S. 231–242.

Kölsch, Hans: Die politisch-moralische Einheit des Volkes in der DDR ist die stärkste Kraft des Friedens in Deutschland.

- DZPh, 1961, H. 3, S. 314–332.
- ohrt, Günter: Die Deutsche Demokratische Republik und der Kampf um Frieden und Sozialismus. E, 1961, H. 2, S. 219–230.
- ommuniqué des Politbüros der SED zu Problemen der Jugend (veröffentlicht am 11. Februar 1961). DdZ, 1961, H. 233, S. 43–46.
- eichtfuss, Hans: Der deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat. Hrsg. von der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“. 1960. [Rezension.] StR, 1961, H. 1, S. 94–101.
- atern, Hermann: Die historische Bedeutung der Gründung der SED. NW, 1961, H. 8, S. 338–343.
- eumann, Alfred: Für höheres Niveau der Parteiarbeit. NW, 1961, H. 4, S. 146–152.
- orden, Albert: Im Schlepptau des westdeutschen Imperialismus. Zu den Ergebnissen des Parteitages der SPD in Hannover. E, 1961, H. 1, S. 23–42.
- [Gekürzt:] SB, 1961, H. 6, S. 12–18.
- leck, Wilhelm: Die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit der Nation. [Nachdruck aus dem ersten Heft der Einheit, Februar 1946.] E, 1961, H. 1, S. 43–47.
- ettmann, Fritz: Der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches – Erfüllung des Kampfes der deutschen Arbeiter um ihr Arbeitsrecht. E, 1961, H. 2, S. 257–269.
- häfer, Arno und Erhard Schulze: Höhere Qualität im sozialistischen Wettbewerb durch Verbesserung der politischen Führungstätigkeit. E, 1961, H. 2, S. 243–256.
- hneider, Rudolf: Der Entwurf des neuen sozialistischen Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik – ein Lehrbuch der deutschen Arbeiterklasse. StR, 1961, H. 1, S. 1–15.
- er deutsche Staat, der die Lehren der Geschichte beherzigt. Zur Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960. ZfG, 1961, H. 1, S. 5–12.
- Strobl, Franz: Der verhängnisvolle Weg der SPD. (Zum SPD-Parteitag in Hannover.) WZ, 1961, H. 1, S. 37–52.
- Zur 11. Tagung des ZK der SED. Erklärung der Moskauer Beratung – Grundlage für die Lösung der deutschen Frage. DdZ, 1961, H. 231, S. 1–13.
- Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. E, 1961, H. 2, S. 332–352. BzG, 1961, Sonderh., S. 3–27. DdZ, 1961, H. 233, S. 34–42.
- Tippmann, Werner: Die Stellung der Gewerkschaften im System der Arbeiter- und Bauern-Macht der DDR. StR, 1961, H. 2, S. 255–277.
- Ulbricht, Walter: Zum Beschluß des Staatsrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege [vom 30. Januar 1961]. NJ, 1961, H. 4, S. 113–115.
- Verner, Paul: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Gewerkschaften. A, 1961, H. 4, S. 39–41.
- Das Wiedererscheinen der deutschen Gewerkschaften auf dem internationalen Forum. [Zur Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund, Januar 1949.] [Von F. F.] W, 1961, H. 1, S. 39.
- Zimmermann, Fritz: Eine wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften [zum Thema „Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Befreiungskampfes der deutschen Bauern“]. BzG, 1961, H. 1, S. 149–155.

#### Fragen der Einheit Deutschlands

- Aussprache Walter Ulbrichts mit hervorragenden Christen. SB, 1961, H. 8, S. 9–13.
- Offener Brief des Bundesvorstandes des FDGB an die westdeutschen Arbeiter, an die Mitglieder und Leitungen des DGB (vom 10. Januar 1961). DdZ, 1961, H. 231, S. 45–49.



**Henker, Joachim:** Die Überwindung der antikomunistischen Freiheitsideologien — notwendiger Bestandteil des Ringens der Volkskräfte für die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Westdeutschland. StR, 1961, H. 3, S. 434—454.

**Gemeinsamer Kampf** für Frieden und Verständigung. Aussprache mit Mitgliedern und Funktionären der SPD. [Leipzig, März 1961.] SB, 1961, H. 11, S. 3—15.

**Lenoir, Roland:** Le problème de Berlin-Ouest. (Das Problem Westberlin.) CC, 1961, H. 3, S. 607—624.

**A Moszkvai Nyilatkozat és a német kérdés.** (Die Moskauer Erklärung und die deutsche Frage.) TSz, 1961, H. 3, S. 52—62.

**Programm** der Deutschen Friedens-Union. (Beschlossen auf der Gründungskonferenz in Stuttgart am 17. Dezember 1960.) DdZ, 1961, H. 232, S. 49—50.

**Reinhold, Otto:** Der Einfluß des Sozialismus auf die Entwicklung in Westdeutschland. E, 1961, H. 1, S. 105—119.

#### IV. GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

**Zu den Dokumenten** der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau, November 1960.

**Арзумян, А.:** Новый этап общего кризиса капитализма. (Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.) ME, 1961, H. 2, S. 3—19.

**Верховский, А.:** О демократических и социалистических задачах рабочего движения. (Über die demokratischen und sozialistischen Aufgaben der Arbeiterbewegung. [Zu einigen Aspekten des politischen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Avantgarde in den imperialistischen Ländern.]) ME, 1961, H. 3, S. 39—45.

**Выдающееся событие** в истории мирового коммунистического движения.

(Ein hervorragendes Ereignis in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung.) VIK, 1961, H. 1, S. 3—17.

**Выдающиеся документы** современности. (Hervorragende Dokumente der Gegenwart.) VI, 1961, H. 2, S. 3—13.

**Глезерман, Г. Е.:** Марксистско-ленинская характеристика современной эпохи. (Die marxistisch-leninistische Charakteristik der gegenwärtigen Epoche.) VF, 1961, H. 2, S. 25—38.

**Забележителна проява** на единство на световното коммунистическо движение и на творческият дух на марксизма-ленинизма. (Die bedeutsame Erklärung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und des schöpferischen Geistes des Marxismus-Leninismus.) NV, 1961, H. 1, S. 3—18.

**Корионов, В.:** Программа мира пропесса. (Das Programm des Friedens und der Fortschritts.) MZ, 1961, H. 1, S. 3—10.

**Кузьминов, И.:** Новый этап общего кризиса капитализма. (Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.) MZ, 1961, H. 2, S. 22—30. [Gekürzt:] PSU, 1961, H. 34, S. 731—732.

**Лощаков, А.:** Новый этап в развитии мировой системы социализма. (Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.) VE, 1961, H. 1, S. 3—12. Sw, 1961, H. 4, S. 349—360.

**Марксистско-ленинский анализ** современной исторической эпохи. (Die marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen historischen Epoche.) ISSSR, 1961, H. 1, S. 3—11.

**Минеев, П.:** Коммунисты указывают путь к миру и счастью человечества. (Die Kommunisten weisen den Weg zum Frieden und Glück der Menschheit.) MK, 1961, H. 1, S. 3—11.

**Митин, М.:** Нерушимое единство социалистических стран.

- Die unverbrüchliche Einheit der sozialistischen Länder.)  
K, 1961, H. 2, S. 11–22. Sw, 1961, H. 5, S. 461–474.
- Икунов, Л.: Новый этап в развитии мировой системы социализма. Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.)  
K, 1961, H. 3, S. 14–27.
- Раишцев, В. С.: Укрепление единства и сплоченности стран социалистического лагеря. Die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers.)  
TF, 1961, H. 1, S. 3–15.
- Ущев, Н. С.: За новые победы мирового коммунистического движения. Für neue Siege der kommunistischen Weltbewegung. [Rede auf der Versammlung der Parteiorganisationen der Parteihochschule, der Akademie der Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim K der KPdSU am 6. Januar 1961.]  
K, 1961, H. 1, S. 3–37.  
FS, 1961, H. 1, S. 1–28.
- Денбал, Ю.: Доклад об итогах Соединения представителей коммунистических и рабочих партий. Rede über die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien.)  
B MVR, 1961, H. 1, S. 5–19.
- Marxizmus-Leninizmus alkotó alkalmazása a jelenkor fő kérdéseire. (Die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus und wichtige Fragen der Gegenwart.)  
Sz, 1961, H. 1, S. 1–19.
- Strong, George: Ideologische Einheit und historische Verantwortung.  
FS, 1961, H. 2, S. 113–119.
- en, Hermann: Die Epoche unseres Sieges. Zur Bedeutung der wissenschaftlichen Analyse unserer Epoche.  
K, 1961, H. 2, S. 206–218.
- schin, A.: Die neue Etappe der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.  
iA, 1961, H. 4, S. 8–10.
- miot, Georges: La conférence de Moscou et la lutte de la classe ouvrière pour le socialisme. (Die Konferenz von Moskau und der Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus.)  
CC, 1961, H. 2, S. 384–396.
- Dutt, Rajani Palme: A programme for mankind. (Ein Programm für die Menschheit.)  
LM, 1961, H. 1, S. 1–15.
- Erklärung des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zum „Appell an alle Völker der Welt“ (vom 20. Dezember 1960).  
DdZ, 1961, H. 230, S. 38.
- Figuères, Léo: La conférence des 81 partis et le caractère de notre époque. (Die Konferenz der 81 Parteien und der Charakter unserer Epoche.)  
CC, 1961, H. 2, S. 367–383.
- Gheorghiu-Dej, G.: Das sozialistische Lager – die führende Kraft der internationalen Entwicklung.  
PFS, 1961, H. 1, S. 29–37.
- Guyot, Raymond: La Conférence des 81, expression de la puissance et de l'unité du mouvement communiste. (Die Konferenz der 81, Ausdruck der Macht und Einheit der kommunistischen Bewegung. [Bericht vor dem Zentralkomitee am 15. Dezember 1960.]  
CC, 1961, H. 3, S. 579–584.
- Havlíček, František: Program komunistického hnutí. (Das Programm der kommunistischen Bewegung.)  
MezP, 1961, H. 2, S. 65–69.
- Heyden, Günter: Zum Charakter der modernen Epoche.  
DZPh, 1961, H. 3, S. 292–313.
- Hutira, E., și Fl. Balaure: Epoca noastră – epoca trecerii omenirii de la capitalism la socialism. (Unsere Epoche – Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus.)  
Lupta, 1961, H. 2, S. 3–17.
- Klimow, A.: Die gegenwärtige Epoche und der Kampf für den Frieden.  
AiA, 1961, H. 4, S. 2–7.
- Koucky, V.: Die moralisch-politische Einheit der sozialistischen Völker.  
PFS, 1961, H. 3, S. 193–200.
- Lazăr, D.: Mișcarea comunistă mondială cea mai influentă forță politică a timpului nostru. (Die kommunistische

- Weltbewegung, die einflußreichste politische Kraft unserer Zeit.)  
Lupta, 1961, H. 1, S. 3–18.
- Melinte, L. și A. Oprea: Chreșterea puterii economice a lagărului socialist, factor hotărîtor în evoluția lumii contemporane. (Die wachsende ökonomische Stärke des sozialistischen Lagers – ein entscheidender Faktor in der modernen Welt.)  
Lupta, 1961, H. 1, S. 33–47.
- Ponomarjow, B.: Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.  
AiA, 1961, H. 5, S. 2–7.  
H. 6, S. 13–19.
- Schwabe, Ernst Otto: Dokumente, die Geschichte machen.  
DA, 1961, H. 2, S. 129–139.
- Sedlák, Jaromír: Socialismus a mírová koexistence. (Sozialismus und friedliche Koexistenz.)  
FČ, 1961, H. 1, S. 1–20.
- Socialismul – factorul hotărîtor al progresului societății contemporane. (Der Sozialismus – der entscheidende Faktor für die Entwicklung der modernen Gesellschaft.)  
CF, 1960, H. 6, S. 9–30.
- Suslow, M. A.: Über die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. Referat auf der Plenartagung der KPdSU am 18. Januar 1961.  
AiA, 1961, H. 3, S. 2–9.  
PSU, 1961, H. 15, S. 328–334.  
NA, 1961, H. 2, S. 1–18.
- Togliatti, Palmiro: Commenti alla conferenza di Mosca. (Darlegungen über die Konferenz von Moskau.)  
R, 1961, H. 1, S. 17–22.
- Vincent, Jean: La Charte du mouvement communiste mondial. (Die Charta der kommunistischen Weltbewegung.)  
CS, 1961, H. 2, S. 49–54.
- die Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg.)  
III, 1960, H. 7, S. 23–28.
- Гинцберг, Л. И.:  
G. Rosenfeld: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922. Berlin 1961 [Rezension.]  
ISSSR, 1961, H. 1, S. 213–216.
- Курсанов, В.: Пролетарский интернационализм и современное общественное развитие.  
(Der proletarische Internationalismus und die moderne gesellschaftliche Entwicklung.)  
PŽ, 1961, H. 4, S. 61–67.
- Кюзаджян, Л. С.: Вьетнамо-китайские революционные связи в год пробуждения Азии.  
(Die vietnamesisch-chinesischen revolutionären Beziehungen in den Jahren, in denen Asien erwachte.)  
VI, 1961, H. 1, S. 86–102.
- Лавреуцкий, И. Р.: Католическое движение и политика коммунистических партий.  
(Die katholische Arbeiterbewegung und die Politik der kommunistischen Parteien.)  
VIK, 1961, H. 1, S. 144–155. Sw, 1961, H. 5, S. 510–530.
- Петров, Стоян: Подем на левите сил в международната социалдемократия.  
(Der Aufschwung der linken Kräfte der internationalen Sozialdemokratie.)  
NV, 1961, H. 2, S. 36–48.
- Пьералли, Пьеро: Единим фронтом за мир, за лучшее будущее молодежи.  
(Mit der Einheitsfront für den Frieden für eine bessere Zukunft der Jugend.)  
[Zum 15. Jahrestag des Weltbundes der demokratischen Jugend.]  
MK, 1961, H. 1, S. 82–92.
- Рейхберг, Г. Е. и Б. С. Шапик: О участии американских рабочих в восстановлении народного хозяйства Советской республики.  
(Über die Teilnahme amerikanischer Arbeiter an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft der Sowjetrepublik.)  
ISSSR, 1961, H. 1, S. 147–152.
- Текущие проблемы мировой политики. Международный обзор июль 1960 г., — январь 1961 г.,

#### Allgemeines

- Ангелова, Трендафила: Комунистическият интернационал и борбата на работническата класа за единен фронт против фашизма и войната.  
(Die Kommunistische Internationale und der Kampf der Arbeiterklasse für



## Kritik und Bibliographie

- (Die gegenwärtigen Probleme der Welt-politik. Internationale Übersicht von Juli 1960 bis Januar 1961.)  
ME, 1961, H. 1, S. 3–35.
- Голов, Петър: Стачното движение в капиталистическите страни.  
(Die Streikbewegung in den kapitalistischen Ländern.)  
NV, 1961, H. 1, S. 49–59.  
[Gekürzt:] AiA, 1961, H. 5, S. 8–12.
- nders, Christian und Josef Watzin:  
Zu einigen Fragen der politischen Neu-orientierung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.  
WZ, Leipzig, 1961, H. 1, S. 57–77.
- Berthold, Lothar: Kolloquium „Die Arbeiterbewegung in der Zeit der ökonomischen Krise (1929–1939)“ der Internationalen Kommission für Geschichte der sozialen Bewegungen. Stockholm, 17. und 18. August 1960.  
ZfG, 1961, H. 1, S. 180–185.
- delman, Fanny J.: Una gran asamblea antiimperialista, el Congreso Latinoamericano de Mujeres. (Der Kongreß der Frauen Lateinamerikas – eine große antiimperialistische Versammlung. [Santiago de Chile, November 1959.])  
NE, 1960, H. 1, S. 33–41.
- ie Einheit entscheidet. [Zu den Gewerkschaftskämpfen in Österreich und Frankreich im Februar 1934.] [Von F. F.]  
W, 1961, H. 2, S. 27, 36.
- roid, Georges: Streikkampf 1960. Tatsachen und Lehren.  
PFS, 1961, H. 2, S. 120–126.
- arcia, Jean: Quelques aspects de la solidarité internationale. (Einige Aspekte der internationalen Solidarität.)  
CC, 1961, H. 3, S. 540–559.
- um 50. Geburtstag Louis Saillants. Ehrungen für den Generalsekretär des WGB.  
W, 1961, H. 1, S. 22–24.
- emkow, Heinrich: Aus dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87.  
BzG, 1961, H. 1, S. 34–49.
- emkow, Heinrich: Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm [21. bis 28. August 1960].  
BzG, 1961, H. 1, S. 117–129.
- Jahnke, Karl-Heinz: Begegnungen deutscher und sowjetischer Menschen im antifaschistischen Widerstandskampf.  
WZ, Greifswald, 1959/60, H. 1, S. 57–62.
- Juquin, Pierre: L'aventure<sup>6</sup> vraie du XXe siècle. (Das wahre Abenteuer des 20. Jahrhunderts.)  
NC, 1961, H. 124, S. 9–23.
- Kriwogus, [S. M.] und [I. M.] Stezke-witsch: Geschichte der I. und II. Internationale. [Berlin 1960. Rezension von] F. S.  
WZ, 1961, H. 2, S. 141–142.
- Message of the Central Committee of CPI to the Third Congress of the Laodong Party of Vietnam. (Botschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indonesiens an den III. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams.)  
RI, 1960, H. 9/10, S. 5–6, 38.
- Morris, Leslie: Canada and Cuba. (Kanada und Kuba. [Über die Beziehungen der Kommunistischen Partei Kanadas zur Sozialistischen Volkspartei Kubas.])  
MR, 1960, H. 11/12, S. 39–44.
- Ein Parlament der südafrikanischen Werktätigen. Die V. Landes-Jahreskonferenz des SACTU [Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß].  
W, 1961, H. 1, S. 17–19.  
[Gekürzt:] AiA, 1961, H. 3, S. 30–31.
- Pichlik, Karel: Deutsche und tschechische Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee im Kampf gegen den Krieg und die Monarchie 1914–1918.  
BzG, 1961, H. 1, S. 76–94.
- Radvanova, Senta: Situation juridique de la femme dans les états socialistes d'Europe. (Die rechtliche Situation der Frau in den sozialistischen Staaten Europas.)  
DN, 1961, H. 2, S. 48–53.
- Rienaf, Kurt: Der Kampf der II. Internationale gegen die drohende Kriegsgefahr.  
GS, 1961, H. 3, S. 237–245.
- Rózański, Henryk: Zespolenie gospodarcze państw – członków Rady Wzajemnej Pomocy Gospodarczej. (Die wirtschaftliche Vereinigung der Staaten als Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.)  
NDR, 1961, H. 1, S. 80–92.
- Rózsahegyi, Tiborné: A népi demokratikus országok fejlődésének közös és

sajátos vonásai. (Allgemeine und individuelle Züge in der Entwicklung der Länder der Volksdemokratie.)  
MFSz, 1961, H. 1, S. 48–69.

Santarelli, Enzo: Il cammino delle donne verso l'uguaglianza. (Der Weg der Frauen zur Gleichberechtigung.)  
R, 1961, H. 3, S. 329–335.

Sereni, Emilio: Il VII Congresso dell'Internazionale. (Der VII. Kongreß der Internationale [1935].)  
R, 1961, H. 2, S. 121–135.

Tairowa, Ch.: Frauen zweier Kontinente kamen zusammen. [Über die I. Afroasiatische Frauenkonferenz, Kairo, Januar 1961.]  
NZ, 1961, H. 9, S. 12–13.

Zorn, Edith und Luise Kraushaar: Unvergeßliche Kampfgefährten. Über die illegale antifaschistische Agitation unter den deutschen Besatzungstruppen in Frankreich während des zweiten Weltkrieges.  
BzG, 1961, H. 1, S. 50–62.

## Einzelle Länder

### Albanien

Hodscha, Enver: Bastion des Sozialismus an der Adria. Aus dem Rechenschaftsbericht an den IV. Parteitag. [Februar 1961.]  
PSU, 1961, H. 24, S. 521–523.

### Argentinien

Castronuovo, E.: La renovación de los carnets y la cotización en el 42 aniversario de nuestro Partido. (Die Erneuerung der Mitgliedsbücher und der Kurs auf den 42. Jahrestag der Partei.)  
NE, 1960, H. 2, S. 170–177.

### Australien

Appell der Kommunistischen Partei Australiens: Vereitelt den Angriff der Reaktion!  
PFS, 1961, H. 2, S. 148–151.

### Belgien

Новиков, Р. и Ю. Панков: Подъем классовой борьбы в Бельгии.

(Der Aufschwung des Klassenkampfes in Belgien.)

ME, 1961, H. 3, S. 19–29.

Платковский, В.: Марксовская теория классовой борьбы и события Бельгии.

(Die Marx'sche Theorie des Klassenkampfes und die Ereignisse in Belgien.)  
K, 1961, H. 2, S. 81–90.

Lupta, 1961, H. 2, S. 88–96.

Belgien und die Lehren. [Über die Streikbewegung im Januar 1961.]

WZ, 1961, H. 2, S. 81–93.

Bergold, Wolfgang: Ein Beispiel für die Arbeiterklasse Westdeutschlands. Zum Streik der belgischen Werktätigen.  
E, 1961, H. 3, S. 472–483.

Burnelle, Ernest: Der Kampf des belgischen Volkes gegen das „Einheitsgesetz“ wird fortgesetzt. [Aus dem Bericht auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Belgiens am 28. und 29. Januar 1961.]

AiA, 1961, H. 4, S. 13–16.

Debrouwere, Jan: Gegen NATO und Kolonialpolitik, für die Forderung der belgischen Werktätigen! (Ursachen des Streikbewegung.)

AiA, 1961, H. 1, S. 18–20.

Debrouwere, Jan: Belgiens Werktätigen im Kampf gegen das Komplott der Monopole.

DA, 1961, H. 3, S. 321–328.

Denis, Jacques: Les événements de Belgique: un coup dur pour la „Petite Europe“ des monopoles. (Die Ereignisse in Belgien: ein harter Schlag für das „Klein-Europa“ der Monopole.)  
CC, 1961, H. 1, S. 140–150.

Joye, Pierre: Pourquoi les grèves belges? (Warum die belgischen Streiks?)

DN, 1961, H. 2, S. 23–30.

Leder, Witold: Strajk belgijskiej klasy robotniczej. (Der Streik der belgischen Arbeiterklasse.)

NDr, 1961, H. 3, S. 94–104.

Zum Streik des belgischen Volkes gegen das Verelendungsprogramm der Regierung Eyskens.

DdZ, 1961, H. 233, S. 14–20.

### Bulgarien

Бочаров, Д.: Боевой орган болгарских коммунистов.

## Kritik und Bibliographie

(Das Kampforgan der bulgarischen Kommunisten. [Novo Vreme. Rezension.])

K, 1961, H. 4, S. 112—118.

алев, Л. Б.: Путь к социализму. (Der Weg zum Sozialismus. [Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei. Moskau 1960. Rezension.])

VIK, 1961, H. 1, S. 201—204.

имитрова, Стела: Партията на труда — първи опит за създаване на легална работническа партия след установяване на фашистката диктатура в България.

(Die Partei der Werktätigen — der erste Versuch zur Schaffung einer legalen Arbeiterpartei nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Bulgarien.)

III, 1960, H. 7, S. 94—123.

окументи за връзките на тесните социалисти с В. И. Ленин и болшевиките.

(Dokumente über die Beziehungen der Eng-Sozialisten zu W. I. Lenin und den Bolschewiki.)

III, 1960, H. 7, S. 265—290.

раев, Иван: Към историята на социалистическото и революционно движение в Българската военна флота.

(Zur Geschichte der sozialistischen und revolutionären Bewegung in der bulgarischen Kriegsmarine.)

III, 1960, H. 7, S. 205—240.

рибаджакков, Николай: Борбата против буржоазната идеология и задачите на нашия философски фронт.

(Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und die Aufgaben an unserer philosophischen Front.)

NV, 1961, H. 3, S. 3—21.

иколо, Цанко: Борбата на Българската комунистическа партия за установяване на мирни дипломатически и икономически връзки със Съветска Русия (1917—1922 г.) (Der Kampf der Bulgarischen Kommunistischen Partei für die Herstellung friedlicher diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Sowjetrußland — 1917 bis 1922 —.)

III, 1960, H. 7, S. 59—93.

иденкова, Петра: Някои нови данни за биографията на Георги Димитров (1904—1923),

(Einige neue Angaben zur Biographie Georgi Dimitroffs — 1904 bis 1923 —.)

III, 1960, H. 7, S. 361—389.

Янев, Янко: Нов етап в развитието на социалистическата демокрация у нас.

(Eine neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Demokratie bei uns.)

NV, 1961, H. 2, S. 3—18.

Der *Kommunismus* braucht keinen Krieg, um den Kapitalismus zu besiegen. Beschluß des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei zur Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau, angenommen am 10. Dezember 1960.

AiA, 1961, H. 1, S. 6—8.

IB Bulgarien, 1961, H. 1, S. 3—6.

### Chile

Araya, Ulises: Crece lucha en el campo. (Anwachsen des Kampfes auf dem Lande.)

Prin.Chile, 1960, H. 76, S. 18—27.

La Décima Conferencia del Partido. (Die Zehnte Konferenz der [Kommunistischen] Partei [Chiles]. [Santiago, Oktober 1960.])

Prin.Chile, 1960, H. 75, S. 1—6.

González, Elena: La mujer en el movimiento de liberación. (Die Frau im Kampf für ihre Befreiung.)

Prin.Chile, 1960, H. 75, S. 32—35.

González, Virginia: Les celulas femeninas. (Die Frauengruppen [der Kommunistischen Partei Chiles].)

Prin.Chile, 1960, H. 73, S. 29—32.

Vilkov, G.: Nacionalizar las propiedades de los extranjeros es un derecho soberano de los estados. (Die Nationalisierung der Besitztümer von Ausländern ist ein souveränes Recht der Staaten.)

Prin.Chile, 1960, H. 75, S. 38—42.

### China

Коммюнике о IX Пленуме Центрального Комитета Комунистической партии Китая восьмого созыва.

(Communiqué über das IX. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.)

K, 1961, H. 2, S. 110—113.



**Резолюция IX Пленума ЦК КПК**  
восьмого созыва о Совещании  
представителей коммунистических  
и рабочих партий (18 января 1961  
года).

(Entschließung des IX. Plenums des  
ZK der Kommunistischen Partei Chinas  
vom 18. Januar 1961 über die Beratung  
von Vertretern der kommunistischen  
und Arbeiterparteien.)

K, 1961, H. 2, S. 113–117.

PSU, 1961, H. 17, S. 371.

**Chruschtschow, N. S.:** People's China  
and the U.N. (Volkschina und die UNO.  
[Rede auf der Vollversammlung der  
UNO am 1. Oktober 1960.]

CR, 1960, H. 12, S. 516–521.

**Kadlecová, Erika:** Řešení národnostní a  
náboženské otázky v ČLR. (Die Lösung  
der nationalen und religiösen Fragen  
in der Volksrepublik China.)

ČČ, 1961, H. 2, S. 302–322.

#### England

**Керриган, Питер:** Коммунистическая  
партия Великобритании и пробле-  
мы профсоюзного движения.

(Die Kommunistische Partei Groß-  
britanniens und die Probleme der Ge-  
werkschaftsbewegung.)

VIK, 1961, H. 1, S. 88–110.

**Gollan, John:** Eine neue Etappe in der  
Arbeiterbewegung Englands. [Nach der  
Konferenz der Labourpartei in Scar-  
borough.]

PFS, 1961, H. 3, S. 209–216.

**Draft resolutions.** Political resolution.  
Electoral work. The Communist Party  
and young people. (Resolutionsent-  
würfe. Politische Resolution. Wahl-  
arbeit. Die Kommunistische Partei und  
die Jugend. [Zum 27. Parteitag der  
Kommunistischen Partei Großbritan-  
niens. London, 31. März bis 3. April  
1961.]

WN, 1961, H. 1, Beilage.

**Schaffer, Gordon:** Die britische Arbeiter-  
klasse für eine neue Außenpolitik.

DA, 1961, H. 1, S. 57–64.

**Sinfield, George:** „Daily Worker“ – die  
Zeitung der Arbeiterklasse. [Rezen-  
sion.]

PFS, 1961, H. 1, S. 57–58.

#### Frankreich

**Берлиоз, Ж.:** На страже мира.

(Auf Friedenswacht. [Zum 40. Jahre-  
tag der Kommunistischen Partei Fran-  
reichs.]

MŽ, 1961, H. 1, S. 65–72.

**Гароди, Роже:** Единство партийных  
рядов нерушимо.

(Die Einheit der Reihen der Partei i-  
runzerstörbar.)

PŽ, 1961, H. 6, S. 63–68.

**Давидов, Нешо:** Първите, които шу-  
муваха небето. (90-години от Па-  
рижката комуна.)

(Die Ersten, die den Himmel stürm-  
ten. – 90 Jahre Pariser Kommune. –  
NV, 1961, H. 3, S. 22–34.

**Итенберг, Б. С.:** Парижская Комму-  
на и русские революционеры 70-  
годов XIX в. (К 90-летию провоз-  
глашения Парижской Коммуны.)

(Die Pariser Kommune und die russi-  
schen Revolutionäre in den 70er Jahre  
des 19. Jahrhunderts. – Zum 90. Jah-  
restag der Ausrufung der Pariser  
Kommune. –)

ISSSR, 1961, H. 2, S. 155–163.

**Молок, А.:** Историческое значение  
Парижской Коммуны.

(Die historische Bedeutung der Pariser  
Kommune.)

K, 1961, H. 4, S. 80–88.

**Роше, Вальдек:** Сорок лет Коммуни-  
стической партии Франции.

(Vierzig Jahre Kommunistische Partei  
Frankreichs.)

NNI, 1961, H. 1, S. 3–14.

**Морис Торез** отвечает на вопросы  
молодежи.

(Maurice Thorez antwortet auf Frage  
der Jugend. [Interview der Zeitung  
„Avantgarde“ anlässlich des 40. Jahres-  
tages der Kommunistischen Partei  
Frankreichs.]

MK, 1961, H. 1, S. 22–27.

**Beike, Hans und Hans-Jürgen Bochinski:**  
Die Pariser Kommune und die deutsche  
Arbeiterbewegung.

E, 1961, H. 3, S. 446–454.

**Bouvier-Ajam, Maurice:** Données statis-  
tiques sur les budgets ouvriers. (Sta-  
tistische Angaben über das Budget der  
Werkstätigen.)

CC, 1961, H. 1, S. 80–94.

arbonnel, Paulette: Le Centre d'Études et de Recherches Marxistes (C.E.R.M.). Un an après sa création. Das Zentrum des Studiums und der marxistischen Forschung - C.E.R.M., - ein Jahr nach seiner Gründung.)  
C, 1961, H. 2, S. 411-428.

ien, Marcel: Quelques souvenirs politiques jusqu'à 1921. (Einige politische Erinnerungen bis 1921.)  
en, 1961, H. 95, S. 90-94.

rescu, M.: Comuna din Paris. (Die Pariser Kommune.)  
upta, 1961, H. 3, S. 34-48.

ederici, Hans-Jürgen und Jutta Meidel: Die deutsche Arbeiterbewegung und die Pariser Kommune.  
WZ, Leipzig, 1961, H. 2, S. 183-190.

ron, Jean: Le 90e anniversaire de la Commune de Paris et quelques ouvrages qui s'y rapportent. (Der 90. Jahrestag der Pariser Kommune und einige Arbeiten, die sich darauf beziehen.)  
C, 1961, H. 3, S. 560-570.

mán, Endre: A Párizsi Kommunálencvenedik évfordulójára. (Zum fünfzigsten Jahrestag der Pariser Kommune.)  
Sz, 1961, H. 3, S. 15-29.

rent, S.: Une enquête sur les conditions de travail en France. (Eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen in Frankreich.)  
P, 1961, H. 78, S. 76-81.

het, Waldeck: Le mouvement paysan en France et le travail du Parti à la campagne. (Die Bauernbewegung in Frankreich und die Arbeit der Partei auf dem Lande.)  
C, 1961, H. 1, S. 124-139.

het, Waldeck: Der Kampf für Friedensverhandlungen mit dem kämpfenden algerischen Volk wird fortgesetzt! Aus der Rede auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs am 13. und 14. Januar 1961.)  
A, 1961, H. 2, S. 14-17.

het, Waldeck: Die Kommunistische Partei Frankreichs im Kampf gegen die Politik der Monopole, für Frieden und Demokratie. [Aus der Rede auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs am 23. und 24. Februar 1961.]  
A, 1961, H. 5, S. 12-17.

Arbeiterbewegung

Safronow, S.: François Boissel - Jakobiner und Kommunist. Aus der Geschichte der sozialen Ideen zur Zeit der französischen bürgerlichen Revolution 1789-1794.

ZfG, 1961, H. 1, S. 48-74.

Vokrouhlický, Zbynek: Pařížská komuna a současná Francie. (Die Pariser Kommune und das heutige Frankreich.)  
NMy, 1961, H. 3, S. 321-333.

Wippold, Werner: Die Pariser Kommune - Keimform der Diktatur des Proletariats. (Zum 90. Jahrestag der Errichtung der Kommune am 18. März 1871.)  
StR, 1961, H. 3, S. 422-434.

## Griechenland

La Campagne pour la libération de Glezos. (Die Kampagne zur Befreiung von [Manolis] Glezos.)

IB Griechenland, 1960, H. 11, S. 3-4.

La lutte pour la légalité du P.C.G. (Der Kampf für die Legalität der Kommunistischen Partei Griechenlands.)

IB Griechenland, 1960, H. 10, S. 5-6.

Session plénière du C.C. du P.C.G. (Die [13.] Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands.)

IB Griechenland, 1960, H. 10, S. 7.

## Japan

Hakamada, Sotomi: Die Grundlage der einheitlichen nationalen Front.

PFS, 1961, H. 2, S. 97-104.

Noguchi, Kazuma: Nach dem Streik der Bergarbeiter von Miike.

W, 1961, H. 1, S. 8-11.

The Election Program of the Communist Party of Japan. (Das Wahlprogramm der Kommunistischen Partei Japans. [Angenommen auf dem 13. Plenum des ZK am 18. August 1960.]

IB Japan, 1960, H. 5, S. 1-11.

Immediate Program for agriculture and peasantry and political line for peasant movement. (Sofortprogramm für die Landwirtschaft und Bauernschaft und die politische Linie für die Bauernbewegung. [Angenommen auf dem 13. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Japans im August 1960.]

IB Japan, 1960, H. 4.

# Indien

Für die Herstellung der Aktionseinheit der indischen Arbeiterklasse! Zur 26. Tagung des Allindischen Gewerkschaftskongresses (AITUC).

AiA, 1961, H. 5, S. 18-20.

Gopalan, A. K.: The Amended Kerala Agrarian Relations Bill. (Gesetz über die Agrarverhältnisse in Kerala.)

NA, 1960, H. 12, S. 1-14.

Sriwastava, K. G.: Die Lage der indischen Arbeiterklasse und der Kampf für die Verwirklichung ihrer Forderungen. [Im Zusammenhang mit der 26. Tagung des Allindischen Gewerkschaftskongresses (AITUC) vom 5. bis 12. Januar 1961.]

AiA, 1961, H. 3, S. 26-29.

# Irak

White, Iain: Terror is now swinging back into Iraq. (Terror kehrt jetzt zurück in den Irak.)

WN, 1961, H. 10, S. 125-126.

# Israel

Mikunis: Under the banner of marxist-leninist-unity - under the banner of peace and socialism. (Unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Einheit - unter dem Banner des Friedens und des Sozialismus. [Rede auf der 22. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels am 14. und 15. Dezember 1960.]

IB Israel, 1961, H.1/2, Beilage.

# Italien

Лисовский, Ю.: Крестьянское движение в Италии.

(Die Bauernbewegung in Italien.)

ME, 1961, H. 2, S. 75-87.

Лонго, Луиджи: Сорок лет жизни и борьбы Итальянской коммунистической партии.

(Vierzig Jahre Leben und Kampf der Kommunistischen Partei Italiens.)

K, 1961, H. 3, S. 75-87.

Gobetti, Ada Marchesini: Perchè erano tante nella Resistenza. (Warum so viele in der Widerstandsbewegung waren. [Über die Teilnahme der Frauen am

antifaschistischen Widerstandskampf in Italien.])

R, 1961, H. 3, S. 245-251.

Komjat, Iren: Antonio Gramsci és kommunizmus Olaszországban. (Antonio Gramsci und der Kommunismus in Italien.)

TSz, 1961, H. 1, S. 43-61.

Lama, Luciano: Sviluppo e motivi della lotta operaia. (Entwicklung und Motive der Arbeiterkämpfe [1960].)

R, 1961, H. 1, S. 30-36.

Longo, Luigi: Das italienische Volk kämpft für Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden.

AiA, 1961, H. 1, S. 11-13.

Manera, Ercole: Die Erfahrungen des siegreichen Kampfes der Bergarbeiter der Pertusola.

W, 1961, H. 12-13.29.

Marcellino, Nella: Il partito e il "lavoro le donne". (Die Partei und „Arbeit unter den Frauen“.)

R, 1961, H. 3, S. 252-259.

Natta, Alessandro: Le quarantième anniversaire du Parti communiste italien. (Der vierzigste Jahrestag der Kommunistischen Partei Italiens.)

CC, 1961, H. 3, S. 638-649.

Rabotti, Paolo: 40 Jahre KPI - 40 Jahre Kampf für die Aktionseinheit der Werktätigen, für Demokratie, Frieden und Sozialismus. (Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens am 21. Januar 1961.)

AiA, 1961, H. 2, S. 10-13.

Segre, Sergio: Im Kampf für die Erneuerung der italienischen Gesellschaft. [Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens.]

E, 1961, H. 1, S. 154-167.

Zucaro, Domenico: L'organizzazione base del Partito comunista d'Italia avanti il Tribunale speciale (1926-1928). (Die Grundorganisation der Kommunistischen Partei Italiens vor dem Sondergericht - 1926 bis 1928 - [Dokumenten.])

StSt, 1959/60, H. 5, S. 1044-1075.

# Jugoslawien

Ferenc, Tone: Kratak pregled razvoja KPS in OF v Slovenskem Primorju.



1 decembra 1942 do septembra 1943. Kurze Übersicht zur Entwicklung der kommunistischen Partei Sloweniens und der Befreiungsfront im Slowenischen Küstenland von Dezember 1942 bis September 1943.)

Trispevki Zazgodovino Delavskega Izbajanja 1960, H. 1, S. 105–170.

#### Kanada

С., Тим: Борьба за национальные интересы страны.

Der Kampf für die nationalen Interessen des Landes.)

Ž, 1961, H. 5, S. 60–65.

Communist Party National Committee Meeting, October 1960. (Die [17.] Tagung des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei [Kanadas], Oktober 1960. [Resolutionen.])

R, 1960, H. 11/12, S. 23–37.

#### Kolumbien

Gra, Gilbert: 30 años de lucha del Partido Comunista de Colombia.

30 Jahre Kampf der Kommunistischen Partei Kolumbiens.)

P, 1960, H. 19, S. 1–17.

#### Korea

Жизненная сила духа Чен-анри.

Die große Lebenskraft des Geistes (von Tschensanri.)

OK, 1961, H. 146, S. 1–17.

Победа в выполнении задач народного хозяйства.

Die großen Erfolge bei der Erfüllung der Aufgaben in der Periode der Reganisierung zur Entwicklung der Volkswirtschaft. [Mitteilung des Zentralen Statistischen Amtes... über die Ergebnisse bei der Erfüllung des Plans zur Entwicklung der Volkswirtschaft (Jahre 1960.)]

OK, 1961, H. 3, Beilage.

Великих побед.

Die Ergebnisse großer Siege. [Über die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft.]

OK, 1960, H. 144, S. 7–10.

Ли Диб: Растёт антиамериканский дух южнокорейского народа.

(Es wächst die antiamerikanische Stimmung der südkoreanischen Bevölkerung.)

NoK, 1960, H. 143, S. 23–25.

Ким Сын Хен: Мирное объединение Кореи — неотъемлемое право самих корейцев.

(Die friedliche Vereinigung Koreas — ein unantastbares Recht der Koreaner selbst.)

NoK, 1960, H. 144, S. 25–27.

#### Kuba

Маринельо, Хуан: Вторая годовщина кубинской революции.

(Der zweite Jahrestag der kubanischen Revolution.)

K, 1961, H. 1, S. 96–103.

[Gekürzt:] AiA, 1961, H. 3, S. 23–25.

Эскаланте, Анибаль: Защищать и развивать дальше революцию.

(Die Revolution verteidigen und weiter entwickeln.)

PŽ, 1961, H. 2, S. 64–69.

Baran, Paul-A.: Cuba. Une révolution en marche vers le socialisme. (Kuba. Eine Revolution auf dem Wege zum Sozialismus.)

CI, 1961, H. 116, S. 47–62.

Hoffmann, Kurt: Kampfgefährtinnen Fidel Castros. [Über die kubanische Frauenbewegung.]

An, 1961, H. 3, S. 89–92.

Roca, Blas: Carácter, tareas y realizaciones de la revolución cubana. (Charakter, Aufgaben und Realitäten der kubanischen Revolution. Auszug aus der Rede auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Volkspartei Kubas. August 1960.)

Prin.Chile, 1960, H. 73, S. 59–93.

[Auszüge in:]

PA, 1961, H. 1, S. 47–56.

NA, 1960, H. 12, S. 15–26.

NZCR, 1960, H. 12, S. 18–28.

Stepanow, W.: Die Revolution auf der Zuckerinsel.

PSU, 1961, H. 37, S. 795–800.

Trappen, Friedl: Die Agrarreform in Kuba.

DA, 1961, H. 2, S. 183–193.

Luxemburg

Можжев, Ю.: Крепнут позиции партии в массах. (Die Positionen der Partei in den Massen festigen. [Zum XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei Luxemburgs.]) PZ, 1961, H. 3, S. 54–56.

Friedrich, Evy: Die Kommunistische Partei Luxemburgs kämpft für die Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte des Landes. [Zum XVI. Parteitag vom 24. bis 25. Dezember 1960 und zum 40. Jahrestag der Gründung der Partei.] AiA, 1961, H. 1, S. 16–18.

Mongolische Volksrepublik

Постановление Пленума ЦК МНРП о задачах развития животноводства и об улучшении руководства сельским хозяйством. (Beschluss des Plenums des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei über die Aufgaben zur Entwicklung der Viehwirtschaft und über die Verbesserung der Leitung in der Landwirtschaft.) IB MVR, 1961, H. 1, S. 44–54.

Постановление Пленума ЦК МНРП об итогах Совещания представителей коммунистических и рабочих партий. (Beschluss des Plenums des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei über die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien.) IB MVR, 1961, H. 1, S. 20–21.

Цеденбал, Ю.: Новая Конституция Монгольской Народной Республики. (Die neue Verfassung der Mongolischen Volksrepublik.) StR, 1961, H. 1, S. 120–132.

Цэнд, Л.: Сорок лет марксистско-ленинскому авангарду монгольского народа. (Vierzig Jahre marxistisch-leninistische Avantgarde des mongolischen Volkes. [Zum 40. Jahrestag der Mongolischen Revolutionären Volkspartei.]) PZ, 1961, H. 4, S. 55–60.

Die historischen Tage von Kjachta. Am 1. März [1921] wurde die Mongolische

Revolutionäre Volkspartei gegründet. PSU, 1961, H. 26, S. 564–565.

Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei im Kampf für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus. (Die Thesen des ZK der MRVP zum 40. Jahrestag der Gründung der Mongolischen Revolutionären Volkspartei am 1. März 1961.) AiA, 1961, H. 6, S. 10–12.

Zedenbal, J.: Vom Feudalismus zum Sozialismus. Was die Erfahrungen nichtkapitalistischen Entwicklung Mongolei lehren. PFS, 1961, H. 3, S. 201–208.

Neuseeland

Hunter, E. W.: Building a mass party. (Der Aufbau einer Massenpartei.) NZCR, 1960, H. 11, S. 18–20.

McAra, W.: The Federation of Labour Conference in retrospect. (Ein Rückblick auf die Gewerkschaftskonferenz.) NZCR, 1960, H. 9, S. 7–20.

Communist Party Policy for health. Gesundheitspolitik der Kommunistischen Partei.) NZCR, 1960, H. 10, S. 6–17.

Niederlande

Resolutie over de Conferentie van 1960. (Resolution über die Moskauer Konferenz 1960. [Über die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960.]) PC, 1961, H. 2, S. 96.

Resolutie van het Partijbestuur der CPN. Over de toestand in Nederland. (Resolution des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei der Niederlande über die Lage in den Niederlanden.) PC, 1961, H. 3, S. 141–143.

Turnhout, A. v.: Vraagstukken van de strijd en vakbondseenheid. (Probleme des Lohnkampfes und der Gewerkschaftseinheit.) PC, 1961, H. 1, S. 1–9.

Österreich

Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs über die Moskauer Beratung [von Vertretern der Arbeiterparteien].

der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960].  
AiA, 1961, H. 1, S. 8–10.

#### Polen

**Barbag, Józef:** Reforma szkolna a treść nauczania. (Die Schulreform und der Inhalt des Unterrichts.)  
NDR, 1961, H. 3, S. 13–23.

**Daszkiewicz, Jarosław:** Polska nielegalna prasa KPZU. (Zarys historyczno-bibliograficzny.) (Die polnische illegale Presse der Kommunistischen Partei der West-Ukraine. – Historisch-bibliographischer Abriß. –)  
Zpw, 1960, H. 4, S. 36–60.

**Drukier, Bolesław:** Sytuacja polityczna w kraju w okresie Rządu Tymczasowego (styczeń – czerwiec 1945r.). (Die politische Situation im Lande in der Periode der Provisorischen Regierung – Januar bis Juni 1945 –.)  
Zpw, 1960, H. 4, S. 5–35.

**Gomulka, Władisław:** Sprawozdanie z Narady przedstawicieli partii komunistycznych i robotniczych w Moskwie. (Bericht über die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau [auf dem 7. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei].)  
NDR, 1961, H. 2, S. 50–83.  
[Gekürzt]: AiA, 1961, H. 3, S. 16–19.

**Hass, Ludwik:** Kształtowanie się lewicowego nurtu w Polskiej Partii Socjalistycznej na tle sytuacji wewnątrzpartyjnej (listopad 1923 – maj 1926). (Die Bildung der linken Stömung in der Sozialistischen Partei Polens auf der Basis der innerparteilichen Situation – November 1923 bis Mai 1926 –.)  
KH, 1961, H. 1, S. 69–105.

**Kawecka, Krystyna:** Ruch robotniczy i ludowy w Polsce (1914–1923). (Die Arbeiter- und Volksbewegung in Polen – 1914 bis 1923 –. [Warschau 1960. Rezension.])  
Zpw, 1960, H. 4, S. 158–164.

**XVI Kongres (zjednoczeniowy) PPS w Krakowie w 1919r.** (Der XVI. – Vereinigungs- – Kongreß der Polnischen Sozialistischen Partei in Krakau 1919.)  
Zpw, 1960, H. 4, S. 78–127.

**O Reformie szkolnictwa podstawowego i średniego.** Referat Biura Politycznego na VII Plenum KC PZPR. (Über die Reform des Grund- und Mittelschulwesens. Referat des Politbüros auf dem 7. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.)  
NDR, 1961, H. 2, S. 6–38.

**Slejska, Dragoslav:** Některé poznatky o sociálních průzkumech průmyslu a dělnické třídy v Polsku. (Einige Erkenntnisse über soziale Untersuchungen in der Industrie und in der Arbeiterklasse Polens.)  
FČ, 1961, H. 1, S. 115–140.

**Szydlak, Jan:** Niedorozwój krytyki. (Die ungenügende Entwicklung der Kritik.)  
NDR, 1961, H. 3, S. 51–57.

**Uchwała VII KC PZPR w sprawie narady przedstawicieli partii komunistycznych i robotniczych.** (Beschluß des 7. Plenums des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Zusammenhang mit der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau.)  
NDR, 1961, H. 2, S. 83–85.

**Uchwała VII Plenum Komitetu Centralnego PZPR w sprawie reformy szkolnictwa podstawowego i średniego.** (Beschluß des 7. Plenums des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei über die Reform des Grund- und Mittelschulwesens.)  
NDR, 1961, H. 2, S. 38–46.

**Walaszek, Antoni:** Partia a rady narodowe – doświadczenia i wnioski. (Partei und Volksräte – Erfahrungen und Schlußfolgerungen.)  
NDR, 1961, H. 1, S. 70–79.

#### Portugal

**Соуза, Абилио де:** Воля коммунистов – сильнее крепостных стен. (Stärker als Festungsmauern ist der Wille der Kommunisten.)  
K, 1961, H. 3, S. 88–93.

#### Rumänien

**Джорджеску, Титу:** О деятельности Института истории партии при Центральном Комитете Руминской рабочей партии.



- (Über die Tätigkeit des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei.)  
VI, 1961, H. 2, S. 202–205.
- Alecu, Costica:** Ein Ereignis von großer Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung der Rumänischen Volksrepublik. [IV. Gewerkschaftskongreß der Rumänischen Volksrepublik, Bukarest, 26. bis 29. Oktober 1960.]  
W, 1961, H. 2, S. 14–17.
- Bercu, I.:** 15 ani de la Conferința Națională a P.C.R. (Der 15. Jahrestag der Nationalkonferenz der Kommunistischen Partei Rumäniens. [16. bis 19. Oktober 1945.])  
Studii, 1960, H. 6, S. 47–68.
- Copoiu, N.:** Lupta clasei muncitoare împotriva intrării României în primul război mondial (1914–1916). (Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Eintritt Rumäniens in den ersten Weltkrieg – 1914 bis 1916 –.)  
Studii, 1960, H. 6, S. 7–26.
- Directivele Comitetului Central al Partidului Muncitoresc Român către toate organele și organizațiile de partid, sindicale, ale U.T.M. cu privire la criteriile principale ale întrecerii socialiste în cinstea aniversării a 40 de ani de la înființarea Partidului Comunist din România.** (Direktiven des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei für alle Einrichtungen und Organisationen der Partei, der Gewerkschaften und der U.T.M. zu den Hauptmerkmalen der sozialistischen Wettbewerbe zu Ehren des 40. Jahrestags der Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens.)  
MS, 1961, H. 3, S. 1–13.
- Documente privind lupta maselor populare din România, sub conducerea P.C.R., pentru pace și prietenie cu U.R.S.S. (1917–1944).** (Dokumente zum Kampf der Volksmassen Rumäniens, unter Führung der Kommunistischen Partei Rumäniens, für Frieden und Freundschaft mit der UdSSR – 1917 bis 1944 –.)  
AII, 1960, H. 6, S. 66–84.
- Gheorghiu-Dej, Gheorghe:** Für den vollen Sieg des Sozialismus in der Rumänischen Volksrepublik, für Frieden und Wohlstand. (Auszüge aus der Rede auf einer Wählerversammlung am 3. März 1961.)  
AII, 1961, H. 6, S. 4–7.
- Golowin, W.:** „... Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Der Kampf der Rumänischen Arbeiterpartei für die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparates.  
PSU, 1961, H. 26, S. 559–563.
- Iacoș, I. și V. Petrișor:** Organizațiile profesionale muncitorești din România în perioada 1893–1899. (Berufsorganisationen der Arbeiter Rumäniens in der Periode von 1893 bis 1899.)  
AII, 1960, H. 6, S. 38–65.
- Kertész, M. și Gr. Chiriță:** Titu Georgescu, Ladislau Fodor: Răscoala țăranilor din Valae Ghimeșului (1934). (Titu Georgescu und Ladislau Fodor: Der Bauernaufstand im Ghimeștal – 1934 – [Bukarest 1960. Rezension.])  
Studii, 1960, H. 6, S. 205–210.
- Lupan, M.:** Unele aspecte ale modificărilor intervenite în structura social-economică a populației din țara noastră în lumina datelor statistice. (Einige Aspekte der Veränderung, die sich aus der sozialökonomischen Struktur der Bevölkerung in unserem Land ergeben im Lichte statistischer Angaben.)  
CF, 1961, H. 1, S. 111–127.
- Munteanu, N. G.:** Luptele muncitorilor cefești și petroliști din 1933 – pagini de glorie și eroim în istoria patriei, a partidului și sindicatelor noastre. (Die Kämpfe der Eisenbahner und Erdölarbeiter 1933 – Seiten des Ruhmes und des Heldentums in der Geschichte des Vaterlandes, der Partei und unserer Gewerkschaften.)  
MS, 1961, H. 2, S. 12–15.
- Radovan, P. și D. Voinea:** Rolul crescând al partidului în conducerea economiei socialiste. (Die wachsende Rolle der Partei bei der Leitung der sozialistischen Wirtschaft.)  
Lupta, 1961, H. 1, S. 19–32.
- Rausser, Vasile:** Die Perspektiven der Volkswirtschaft in der Rumänischen Volksrepublik.  
Ww, 1961, H. 1, S. 96–108.
- Rezoluția Congresului al IV-lea al Sindicatelor din Republica Populară Română.** (Resolution des IV. Gewerkschaftskongresses der Volksrepublik Rumänien.) MS, 1961, H. 1, S. 1–14.

opolu, V.: Din lupta Partidului Comunist din România pentru mobilizarea maselor împotriva dictaturii de la Viena (1940). (Aus dem Kampf der Kommunistischen Partei Rumäniens für die Mobilisierung der Massen gegen das Diktat von Wien — 1940 —.)

AII, 1960, H. 6, S. 5—24.

Schweden

eslut antagna av Sveriges kommunistiska partis nittonde kongress. (Beschluß der Kommunistischen Partei Schwedens, angenommen auf dem XIX. Parteitag [Stockholm, 5. bis 8. Januar 1961].)

VT, 1961, H. 1, S. 22—37.

owalszyk, Józef: Na kongresie szwedzkiej komunistów. (Auf dem Parteitag der schwedischen Kommunisten.)

NDr, 1961, H. 3, S. 119—125.

ager, Fritjof: Enighet och framåtvilja präglade 19:e partikongressen. (Einigkeit und der Wille zum Fortschritt kennzeichneten den XIX. Parteitag.)

VT, 1961, H. 1, S. 1—8.

auscher, Josef: Der 19. Parteitag der KP Schwedens.

WZ, 1961, H. 3, S. 186—193.

IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Schwedens. [Mit dem Grußtelegramm des ZK der SED.]

AiA, 1961, H. 2, S. 18—20.

Schweiz

teiger, Jean: Les progrès de l'unité ouvrière dans le Canton de Neuchâtel inquiètent la bourgeoisie. (Die Fortschritte der Arbeitereinheit im Kanton Neuchâtel beunruhigen die Bourgeoisie.)

CS, 1961, H. 2, S. 76—81.

Sowjetunion

Allgemeines

ашин, А. Г.: Рост культурно-технического уровня рабочего класса СССР в 1917—1958 гг.

(Das Wachstum des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiterklasse in der UdSSR von 1917 bis 1958. [Historisch-statistischer Abriss].)

ISSR, 1961, H. 2, S. 10—24.

Vor der Oktoberrevolution

Ждановская, З. В.: Протоколы партийных съездов как источники истории партии (1903—1905 гг.). (Die Protokolle der Parteitage als Quellen zur Parteigeschichte — 1903 bis 1905 —.)

VMUI, 1961, H. 2, S. 29—42.

Мельников, А.: Вдохновенный трибун революции. (К 75-летию со дня рождения С. М. Кирова.)

(Ein flammender Tribun der Revolution. — Zum 75. Geburtstag S. M. Kirovs —.)

МК, 1961, H. 3, S. 79—87.

Степанов, В. Н.: Документы ленинской «Искры».

(Dokumente der Leninschen „Iskra“.)

VIK, 1961, H. 1, S. 174—179.

Харитонов, В. Л.: Борьба большевиков Украины за создание областной организации (1914 г. — июль 1917 г.).

(Der Kampf der Bolschewiki der Ukraine für die Schaffung der Gebietsorganisation — 1914 bis Juli 1917 —.)

VIK, 1961, H. 1, S. 111—120.

Якушина, А. П.: Материалы по истории Комитета заграничной организации РСДРП.

(Materialien zur Geschichte des Komitees der Auslandsorganisation der SDAPR.)

VIK, 1961, H. 1, S. 167—174.

Von der Oktoberrevolution bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

Деборин, Г. А.: Основные проблемы первого тома «Истории Великой Отечественной войны Советского Союза».

(Wesentliche Probleme des ersten Bandes der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“.)

VI, 1961, H. 1, S. 18—41. Sw, 1961, H. 6, S. 604—632.

Князев, С. П.: Коммунисты Ленинграда в борьбе за восстановление города (1944—1945 гг.).

(Die Kommunisten Leningrads im Kampf für den Wiederaufbau der Stadt — 1944 bis 1945 —.)

VIK, 1961, H. 1, S. 64—75.

Курочкин, П.: История героического подвига советского народа. (Die Geschichte des großen Heldentums des Sowjetvolkes. [Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR. Band 5. 1960. Rezension.]) K, 1961, H. 3, S. 116–120.

Мавроди, В. И.: Мероприятия Коммунистической партии и Советского правительства по восстановлению тяжелой промышленности Донбасса (1943—1945 гг.). (Die Maßnahmen der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates zur Wiederherstellung der Schwerindustrie des Donbaß — 1943 bis 1945 —.) VMUI, 1961, H. 2, S. 3–20.

Платковский, В.: Политика, обеспечившая победу социализма. (К 40-летию X съезда партии.) (Eine Politik, die den Sieg des Sozialismus gewährleistete. — Zum 40. Jahrestag des X. Parteitages. —) K, 1961, H. 4, S. 37–48.

Попов, А. С. и А. Б. Арутюнян: Завершающий том капитального издания. (Der letzte Band der großen Ausgabe. [Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR. Band 5, 1960. Rezension.]) VIK, 1961, H. 1, S. 180–187.

Рыбаков, М. В.: Коммунистическая партия — организатор победы в гражданской войне. (Die Kommunistische Partei — der Organisator des Sieges im Bürgerkrieg.) VIK, 1961, H. 1, S. 46–63.

Сорокин, Г.: Развитие социалистического планирования. (Die Entwicklung der sozialistischen Planung. [Zum 40. Jahrestag des Staatsplanes der UdSSR.]) VE, 1961, H. 3, S. 3–16.

Stoecker, Helmut und Günter Rosenfeld: Die Vorschläge der Sowjetunion für allgemeine und vollständige Abrüstung 1927/28. ZfG, 1961, H. 1, S. 13–27.

#### Von 1945 bis zur Gegenwart

Боевая программа дальнейшего развития сельского хозяйства. (Das Kampfprogramm für die weitere Entwicklung in der Landwirtschaft.

[Zu den Ergebnissen des Januarplenums der KPdSU.]) VF, 1961, H. 2, S. 3–10.

Демичев, П.: Коммунистическое воспитание вести широким фронтом. (Die kommunistische Erziehung in breiter Front durchführen.) K, 1961, H. 5, S. 24–41.

Мельников, Д.: Политика, отвечающая закономерностям эпохи. (Eine Politik, die den Gesetzmäßigkeiten der Epoche entspricht. [Über die sowjetische Außenpolitik.]) ME, 1961, H. 2, S. 32–43.

Миронов, Н.: О сочетании убеждения и принуждения в борьбе с антиобщественными явлениями. (Über die Verbindung von Überzeugung und Zwang im Kampf mit sozialen Erscheinungen.) K, 1961, H. 3, S. 64–74.

VI Пленум ВЦСПС. (Das VI Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion.) SProf., 1961, H. 3, S. 2–5.

Постановление Пленума ЦК КПСС, принятое 18 января 1961 года. о выполнении государственного плана на о социалистических обязательствах по производству и продаже государству продуктов земледелия и животноводства в 1960 году и о мероприятиях по дальнейшему развитию сельского хозяйства. (Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU, angenommen am 18. Januar 1961. Über die Erfüllung des Staatlichen Plans und der sozialistischen Verpflichtungen zur Produktion von Erzeugnissen des Ackerbaus und der Viehzucht und zu ihrem Verkauf an den Staat im Jahre 1960 und über die Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft.) PZ, 1961, H. 2, S. 4–14. PSU, 1961, H. 13, S. 287–297.

Постановление Пленума ЦК КПСС, принятое 18 января 1961 года. О итогах Совещания представителей коммунистических и рабочих партий. (Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU, angenommen am 18. Januar 1961. Über die Ergebnisse der Ber



ung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien.)

PZ, 1961, H. 2, S. 15-18.

PSU, 1961, H. 13, S. 293/294.

Машикин, П. С.: Новый этап в развитии Советского государства.

Eine neue Etappe in der Entwicklung des Sowjetstaates. [Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus.]

Советское Государство и Право, 1960, H. 10, S. 31-40.

StR, 1961, H. 1, S. 132-143.

Иринов, А. С. и Л. М. Бромберг: Партия и электрификация всей страны.

Die Partei und die Elektrifizierung des ganzen Landes.)

VIK, 1961, H. 1, S. 30-45.

Годеев, В.: Проблемы коммунистического воспитания. (По материалам научной сессии Академии общественных наук при ЦК КПСС.)

Probleme der kommunistischen Erziehung. - Nach den Materialien einer wissenschaftlichen Tagung der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. -)

K, 1961, H. 2, S. 105-109.

Грицуцкий, В.: Годы больших перемен.

Jahre großer Veränderungen. [Nach der Umgestaltung der Verwaltung für Industrie und Aufbau.]

K, 1961, H. 1, S. 44-56.

Granyl, Gyula: Az SZKP XX. kongresszusa öt év mérlegén. (Der XX. Parteitag der KPdSU im Lichte fünfjähriger Erfahrungen.)

Sz, 1961, H. 2, S. 1-17.

Gras, Raoul: Die Sowjetdemokratie in ihrer neuen Etappe.

FS, 1961, H. 3, S. 217-223.

Gruschtschow, N. S.: Die Hebung des Volkswohlstandes und die Aufgaben zur weiteren Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 17. Januar 1961.

SU, 1961, H. 14.

H. 15, S. 313-328.

Gruschtschow, N. S.: Kasachstan - Vorkammer der Sowjetunion. Aus der Rede in Alma Ata vor den Bestarbeitern der Landwirtschaft Kasachstans.

SU, 1961, H. 40, S. 862/863.

Kobijakow, I.: Dokumente der Außenpolitik der UdSSR. Band 1 bis 4. Moskau 1957 bis 1960.

DA, 1961, H. 2, S. 220-222.

Lawrow, R. A.: O zasobach Centralnego Archiwum Partijnego Instytutu Marksizmu-Leninizmu przy KC KPZR. (Über die Bestände des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.) Zpw. 1960, H. 4, S. 201-214.

Nowikow, W. N.: Über den Staatsplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für 1961.

PSU, 1961, 3. Sonderbeilage.

Poljanski, D. S.: Über die Erfüllung des staatlichen Planes und der sozialistischen Verpflichtungen zur Produktion von Erzeugnissen des Ackerbaus und der Viehzucht und zu ihrem Verkauf an den Staat im Jahre 1960 und über die Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft. Bericht [an das Plenum des ZK der KPdSU im Januar 1961].

PSU, 1961, H. 8, S. 150-160.

Strukow, E. W.: Die Persönlichkeit im Kommunismus.

Sw, 1961, H. 3, S. 293-314.

## Spanien

Балагер, Луис: Компартия Испании живёт и борется.

(Die Kommunistische Partei Spaniens lebt und kämpft. [Zum Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens“. Rezension.]

NNI, 1961, H. 1, S. 25-34.

Прицкер, Д. П. и Е. М. Тенер: Вооруженное восстание пролетариата Астурии в октябре 1934 года.

(Der bewaffnete Aufstand des Proletariats Asturiens im Oktober 1934.) NNI, 1961, H. 1, S. 90-104.

Alexandre, Simone: Franco-„Gewerkschaften“ und Unterdrückungsapparat. W, 1961, H. 1, S. 30-35.

„Geschichte der KP Spaniens.“ „Historia del Partido Comunista de España“. Paris 1960. [Rezension von] F. G. WZ, 1961, H. 2, S. 142-144.

Longo, Luigi: La „Pasionaria“. R, 1961, H. 3, S. 221-226.

Südafrikanische Union

Einige konkrete Probleme, die vor den afrikanischen Werktätigen der Südafrikanischen Union stehen.  
W, 1961, H. 1, S. 20/21.

Thailand

Für eine Politik der Unabhängigkeit, der Neutralität, des Friedens und der Demokratie in Thailand! Aus einem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Thailands an die Bevölkerung des Landes.  
AiA, 1961, H. 5, S. 20–22.

Tschechoslowakei

Aus dem Beschluß des ZK der KPTsch über die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und über die Demokratisierung des Gerichtswesens.  
IB ČSSR, 1961, H. 1, S. 26–33.

Kofalka, Jiří: Über die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei.  
ZfG, 1961, H. 1, S. 111–143.

Mácha, Karel a Vladimír Mlíkovský: Aktuální otázky hnutí brigád socialistické práce. (Aktuelle Fragen der Bewegung der Brigaden der sozialistischen Arbeit.)  
NMy, 1961, H. 1, S. 56–67.  
PSU, 1961, H. 38, S. 823–827.  
H. 40, S. 873/874.

Pachmann, V.: Boj o odborovou jednotu v l. 1945–1948. (Der Kampf für die Einheit der Gewerkschaften 1945–1948.)  
ČCH, 1960, H. 6, S. 793–813.

Peška, Pavel und Bedřich Rattinger: Die neue Verfassung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.  
NJ, 1961, H. 3, S. 81–88.

Sekera, Jiří: 3. Pětiletka a její místo v rozvoji naší společnosti. (Der 3. Fünfjahrplan und sein Platz in der Entwicklung unserer Gesellschaft.)  
NMy, 1961, H. 1, S. 47–55.

Sojka, A. a K. Ondříš: Řízení místních a městských národních výborů. (Die Leitung der örtlichen und städtischen Volksorganisationen [durch die Kommunistische Partei der ČSSR].)  
NMy, 1961, H. 3, S. 297–308.

Šolc, Jaroslav: Cesta slovenských partizánov od celonárodného protifatického povstania k februáru 1945. (Der Weg der slowakischen Partisanen seit dem antifaschistischen Volksaufstand [1944] bis zum Februar 1945.)  
HČ, 1961, H. 1, S. 29–49.

Ungarn

Чизмадия, Ерно: Подем в развие на кооперативните стопанства в Унгарската народна република. (Der Aufschwung in der Entwicklung der Kollektivwirtschaften in der Volksrepublik Ungarn.)  
Iko. Misul, 1961, H. 1, S. 71–82.

Borsi, Emil: A Magyar Kommunista Párt harca a szegényparasztok megszervezéséért 1945 második felétől 1948 végéig. (Der Kampf der Kommunistischen Partei Ungarns für die Organisation der armen Bauernschaft von der zweiten Hälfte 1945 bis Ende 1948.)  
PKö, 1961, H. 1, S. 12–42.

Dokumentumok Szovjet-Oroszországról és a Magyar Tanácsköztársaságról. (Dokumente über die Verhandlungen Sowjet-Rußlands zur Ungarischen Räterepublik.)  
PKö, 1961, H. 1, S. 209–227.

Für Leninsche Parteilichkeit in der Philosophie. [Zu den in Ungarn veröffentlichten Thesen.]  
PFS, 1961, H. 1, S. 54–56.

Jemnitz, János: Az anarcho-szindikalizmus Magyarországon 1914 előtt. (Der Anarcho-Syndikalismus in Ungarn 1914.)  
PKö, 1961, H. 1, S. 129–176.

Kirschner, Béla: A Kommunista Párt magyarországi Pártjának 1928. júliumi plénuma. (Das Juli-Plenum der Kommunistischen Partei Ungarns 1928.)  
PKö, 1961, H. 1, S. 90–128.

Zágoni, Ernő: A magyar szociáldemokrácia jobb – és baloldala az antifasisz nemzeti összefogásról és a munkágyúségfront megteremtéséről 1939–1941. június. (Der rechte und der linke Flügel der ungarischen Sozialdemokratie über die nationale antifaschistische Vereinigung und über die Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse 1939 bis Juni 1941.)  
PKö, 1961, H. 1, S. 43–89.

Uruguay

rei Briefe über die Erfahrungen der Kommunistischen Partei Uruguays. 1. Rita Ibarburu: Die Losung der Kommunistischen Partei: „Einheit – sofort!“ 2. Niko Schwartz: Die kommunistischen Parlamentarier und die Massenbewegung. 3. José Luis Masera: Unsere Lehrgänge und Schulen. PFS, 1961, H. 1, S. 49–54.

arez, Alberto: Parteiaufbau – ein notwendiger Bestandteil des revolutionären Prozesses. [Über den Plan zur Entwicklung der Kommunistischen Partei Uruguays.] PFS, 1961, H. 2, S. 105–112.

USA

ликий сын американского народа. Ein großer Sohn des amerikanischen Volkes. [Zum 80. Geburtstag von William Z. Foster.] K, 1961, H. 3, S. 94–96.

ттер, Эдуард: Выдающийся сын американского народа. Ein hervorragender Sohn des amerikanischen Volkes. [William Z. Foster.] SProf., 1961, H. 4, S. 44/45.

сс, Дэн: Движение американской молодежи. Die amerikanische Jugendbewegung. MK, 1961, H. 2, S. 97–103.

theaker, Herbert: American morality and marxism. (Amerikanische Moral und Marxismus.) PA, 1961, H. 1, S. 37–46.

gene Dennis zum Gedenken. PFS, 1961, H. 3, S. 230.

ynn, Elizabeth Gurley: Salute to William Z. Foster. (Gruß an William Z. Foster.) PA, 1961, H. 2, S. 77–82.

ll, Gus: Study and development of marxism-leninism. (Studium und Entwicklung des Marxismus-Leninismus.) FZCR, 1960, H. 10, S. 35–41.

ll, Gus: The U.S. in today's world. Die USA in der Welt von heute. [Rede im Nationalkomitee der Kommunistischen Partei der USA. New York D. 1. 1961.] PA, 1961, H. 2, S. 5–61. Lupta, 1961, I. 5, S. 83–94.

Johnson, Beatrice: William Z. Foster, ein hervorragender amerikanischer Kommunist. Zum 80. Geburtstag. AiA, 1961, H. 3, S. 20/21.

Johnson, Beatrice: William Z. Foster: Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten. Berlin 1956. [Rezension.] BzG, 1961, H. 1, S. 177–180.

Lima, Albert J.: Für eine breite Protestbewegung des amerikanischen Volkes gegen den westdeutschen Militarismus! Interview. AiA, 1961, H. 2, S. 20/21.

Morris, George: Probleme der Gewerkschaften der USA. AiA, 1961, H. 4, S. 22–24.

Podolski, Henryk: O pracach naukowych i publicystycznych Williama Z. Fostera. (Über wissenschaftliche und publizistische Arbeiten William Z. Fosters.) NDr. 1961, H. 2, S. 179–183.

Vietnam

Нгуен Кхань Тоан: Ленин и революция во Вьетнаме. (Lenin und die Revolution in Vietnam.) SoW. 1960, H. 11, S. 5–7.

Chu Van Tan: Pour une politique d'union entre les nationalités en vue d'une marche commune vers le socialisme. (Für eine Politik der Einheit unter den Nationalitäten im Hinblick auf den gemeinsamen Vormarsch zum Sozialismus.) IB Vietnam, 1960, H. 8, S. 24–31.

Knobbe, Heinz: Die Demokratische Republik Vietnam baut den Sozialismus auf. E, 1961, H. 2, S. 310–320.

Le Duan: Le léninisme et la révolution vietnamienne. (Der Leninismus und die vietnamesische Revolution.) IB Vietnam, 1960, H. 7, S. 3–10.

Nguyen Chi Thanh: La direction générale de notre parti dans la guerre révolutionnaire, l'édification de notre armée et la consolidation de la défense nationale. (Die Generallinie unserer Partei im revolutionären Krieg, der Aufbau unserer Armee und die Festigung der nationalen Verteidigung.)



- IB Vietnam, 1960, H. 7, S. 21–25.
- Pham Van Dong*: La République Démocratique du Viet Nam a 15 ans. (15 Jahre Demokratische Republik Vietnam.)
- IB Vietnam, 1960, H. 7, S. 11–20.
- Resolution of the Third Congress, Vietnam Worker's Party.* (Resolution des III. Parteitages der Partei der Werktätigen Vietnams [vom 10. September 1960].)
- NZCR, 1960, H. 11, S. 40–48.
- Ung Van Khiem*: Commemoration of the 20th anniversary of the Nam Ky uprising. (Zur Erinnerung an den 20. Jahrestag des Aufstandes in Nam Ky [Süd-Vietnam].)
- IB Vietnam, 1961, H. 1, S. 3–10.

### Zypern

- Pericles*: Nach der Proklamierung der Republik Zypern.
- PFS, 1961, H. 2, S. 185/186.

### Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

- Атанасов, Янко*: Проблемът за войната и мира.  
(Das Problem Krieg und Frieden.)
- Iko. Misul, 1961, H. 2, S. 3–16.
- Санакоев, Ш.*: Решающий фактор мирового развития.  
(Der entscheidende Faktor der friedlichen Entwicklung. [Über die Außenpolitik der Staaten des sozialistischen Lagers.]
- MZ, 1961, H. 2, S. 3–14.
- Фокина, Г.*: За мир, за разоружение, за свободу народов!  
(Für Frieden, Abrüstung und Freiheit der Völker! [N. S. Chruschtschow: Für Frieden, Abrüstung, Freiheit der Völker! Rezension.]
- PZ, 1961, H. 3, S. 70–73.
- Хвостов, В.*: Переговоры о разоружении. К истории вопроса.  
(Die Verhandlungen über die Abrüstung. Zur Geschichte der Frage.)
- MZ, 1961, H. 1, S. 122–129.
- H. 2, S. 81–91.

- Darvasi, István*: N. Sz. Hruscov beszedeinek gyűjteménye. (N. S. Chruschtschow: Für friedliche Koexistenz [Rezension.]
- TSz, 1961, H. 2, S. 113–122.
- Der Kampf der Völker Westeuropas gegen die Bonner Atomkriegsvorbereitungen.*
- DdZ, 1961, H. 233, S. 20–27.
- Weimarer Kongress für Frieden und Abrüstung.*
- DdZ, 1961, H. 233, S. 1–14.
- Marek, Franz*: Marxismus und Krieg.
- WZ, 1961, H. 2, S. 107–116.
- Reimann, Max*: Das Geheimnis der Kriegsvorbereitungen enthüllen. Aus dem Referat auf der 17. Tagung des ZK der KPD.
- SB, 1961, H. 4, S. 6–9.
- Steiniger, Peter Alfons*: Friedliche Koexistenz – Grundgesetz der internationalen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der Übergangsperiode.
- StR, 1961, H. 2, S. 189–206.
- Winzer, Rosemarie*: Frieden, Demokratie und Freiheit. [Zur internationalen Konferenz der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Humboldt-Universität zu Berlin zu dem Thema „Frieden, Demokratie und Freiheit“ 7. bis 10. November 1960.]
- DZPh, 1961, H. 1, S. 107–114.
- V. ANTIKOLONIALE  
BEWEGUNGEN FÜR  
FREIHEIT UND NATIONALE  
UNABHÄNGIGKEIT
- Allgemeines
- Андреев, Г.*: Американский империализм — эксплуататор Латинской Америки.  
(Der amerikanische Imperialismus Ausbeuter Latein-Amerikas.)
- MZ, 1961, H. 1, S. 23–39.
- Арисменди, Родней*: Латинская Америка выходит на авансцену. Некоторые проблемы революции, развивающейся на континенте.  
(Lateinamerika tritt auf den Plan. Einige Probleme der Revolution,

- sich auf dem Kontinent entwickelt.)  
K, 1961, H. 5, S. 69–86.
- уков, Е. М.: Процесс ликвидации колониальной системы и задачи его изучения.  
(Der Liquidierungsprozeß des Kolonialsystems und die Aufgaben zu seiner Erforschung.)  
VAN, 1961, H. 2, S. 5–10.
- арине, Д.: Некоторые черты национально-освободительного движения народов колониальных и зависимых стран.  
(Einige Züge der nationalen Befreiungsbewegung der Völker der kolonialen und abhängigen Länder.)  
VF, 1961, H. 1, S. 16–25. Sw, 1961, H. 6, S. 633–644.
- ванов, К.: Ликвидация колониализма — веление времени.  
(Die Beseitigung des Kolonialismus — ein Gebot der Zeit.)  
K, 1961, H. 2, S. 91–104.  
AiA, 1961, H. 7, S. 17–23.
- айер, Иззи: Разпадане на колониалната система на империализма.  
(Der Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus.)  
Iko.Misul, 1961, H. 1, S. 19–31.
- итин, М. В.: Ленинизмът и крушението на колониалната система на империализма.  
(Der Leninismus und der Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus.)  
Fil.Misul, 1960, H. 6, S. 30–41.
- соров, Г.: Крушение колониальной системы.  
(Der Zusammenbruch des Kolonialsystems.)  
ME, 1961, H. 3, S. 3–18.
- ик, Эндре: Колониализму нет места на земле!  
(Für den Kolonialismus ist kein Platz auf der Erde!)  
MŽ, 1961, H. 3, S. 3–16.
- рика — der Kontinent der Zukunft.  
Tatsachen und Dokumente.  
PFS, 1961, H. 2, S. 139–144.
- е Аграрfrage und die nationale Befreiungsbewegung.“ [Meinungsaustausch marxistischer Theoretiker.]  
PFS, 1961, H. 1, S. 59–80.  
H. 2, S. 159–175.  
H. 3, S. 251–271.
- Bettelheim, Charles: Planification économique en Afrique Noire. (Wirtschaftsplanung in Schwarzafrika.)  
CI, 1961, H. 116, S. 63–74.
- Boglietti, G.: Auf der ersten afrikanischen Länderkonferenz der IAO [Internationale Arbeiterorganisation] tritt die Einheit der Werktätigen im Kampf gegen den Kolonialismus zutage.  
W, 1961, H. 2, S. 6–8.
- Bourjol, Maurice: Sur les ruines de la « Communauté ». (Auf den Trümmern der [französisch-afrikanischen] „Gemeinschaft“.) DN, 1961, H. 3, S. 13–19.
- Chesneaux, Jean: Le recherche marxiste et le réveil contemporain de l'Asie et de l'Afrique. (Die marxistische Forschung und das gegenwärtige Erwachen Asiens und Afrikas.)  
Pen, 1961, H. 95, S. 15–28.
- Chodak, Szymon: Bilans afrykański 1960 r. (Afrikanische Bilanz 1960.)  
NDr, 1961, H. 1, S. 104–118.
- Chtura Conference and the question of arab solidarity. (Die Konferenz von Chtura und die Frage der arabischen Solidarität.)  
IR, 1960, H. 6.
- Domdey, Karl-Heinz: Die ökonomische Unterstützung der sozialistischen Staaten für die nationale Befreiungsbewegung.  
A, 1961, H. 3, S. 50–53.
- Gretschew, M.: Einige Probleme der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Länder Lateinamerikas.  
AiA, 1961, H. 6, S. 21–27.
- Ökonomische Grundlagen des Befreiungskampfes der kolonialen und abhängigen Völker.  
Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht 23 (Dezember 1960).
- Hunton, W. Alphaeus: Africa and neo-colonialism. (Afrika und Neo-Kolonialismus.)  
PA, 1961, H. 2, S. 88–97.
- Iscara, Rubens: Die gewerkschaftliche Einheit bricht sich Bahn in Lateinamerika. Interview.  
W, 1961, H. 2, S. 9–11.
- Der Kampf für die Schaffung eines unabhängigen Allafrikanischen Gewerkschaftsbundes.  
AiA, 1961, H. 5, S. 23–25.

Konferenz der Staaten Afrikas in Casablanca.

DdZ, 1961, H. 232, S. 25–31.

Kumalo, F.: Socialism in Africa. (Socialismus in Afrika.)

AC, 1961, H. 4, S. 31–39.

AiA, 1961, H. 7, S. 26–28.

Lachenal, Georges: Le continent africain poursuit sa marche irrésistible vers l'indépendance. (Der afrikanische Kontinent verfolgt unaufhaltsam seinen Weg in die Unabhängigkeit.)

CC, 1961, H. 3, S. 585–596.

Lange, Ernst-Egon: Die afrikanische Gewerkschaftseinheit wird Wirklichkeit.

A, 1961, H. 2, S. 58–59.

Lightfoot, Claude: The negro liberation movement today. (Die Negerbefreiungsbewegung von heute.)

PA, 1961, H. 2, S. 62–75.

Numada, N.: Marxism and african liberation. (Marxismus und afrikanische Befreiung.)

PA, 1961, H. 1, S. 57–65.

Opluštil, Václav: Konference v Casablanca a vývoj v Africe. (Die Konferenz in Casablanca [im Januar 1961] und die Entwicklung in Afrika.)

MezP, 1961, H. 2, S. 93–95.

Raschidow, Scharaf: Die Schriftsteller Asiens und Afrikas schließen sich zusammen.

PFS, 1961, H. 3, S. 224–229.

Sachs, Ignacy: Neokolonializm. (Neokolonialismus.)

NDR, 1961, H. 3, S. 83–93.

Shukow, J.: Der Zusammenbruch des Kolonialsystems.

PSU, 1961, H. 7, S. 131–134.

NZCR, 1960, H. 12, S. 34–42.

Sik, Endre: Az ENSZ 15. közgyűlésének gyarmati vitájához. (Zur Debatte über die koloniale Frage in der 15. Vollversammlung der UNO.)

TSz, 1961, H. 2, S. 18–33.

Suret-Canale, Jean: Afrika im Zeichen der Unabhängigkeit und der „Erneuerung“ der „französisch-afrikanischen Gemeinschaft“.

AiA, 1961, H. 1, S. 21–24.

H. 2, S. 26–29.

H. 4, S. 27–30.

MŽ, 1961, H. 1, S. 48–56.

H. 2, S. 31–41.

[Gekürzt:] WZ, 1961, H. 1, S. 57–66.

Tarassow: Wie Lateinamerika zur kubanischen Revolution steht.

NZ, 1961, H. 11, S. 3–5.

Die Völker Afrikas sprengen ihre Ketten. (Mit einer politisch-ökonomischen geographischen Übersicht über die Länder der Afrikas.)

TP, 1961, H. 1, S. 36–62.

Woddis, Jack: Fortele revoluției africane. (Die Triebkräfte der afrikanischen Revolution.)

Lupta, 1961, H. 3, S. 85–91.

Yata, Ali: «Sommet» africain à Casablanca. (Afrikanischer „Gipfel“ in Casablanca. [Zur Konferenz von Casablanca, 4. bis 7. Januar 1961.]

DN, 1961, H. 2, S. 31–35.

## Einzelne Länder

### Algerien

A l'exemple d'Alger, d'Oran et de Constantine étendre les luttes de masses pour en finir avec le colonialisme assassin. (Am Beispiel von Algier, Oran und Constantine die Massenkämpfe zur Beendigung des mörderischen Kolonialismus ausdehnen. [Ausruf der Kommunistischen Partei Algeriens.]

IB Algerien, 1961, H. 29, S. 2–3.

Abbas, Ferhat: Allocution à l'occasion du IV<sup>e</sup> anniversaire de la lutte d'indépendance du peuple algérien. (Ansprache zum 4. Jahrestag des Kampfes des algerischen Volkes für die Unabhängigkeit.)

IB Algerien, 1960, H. 28, S. 6–7.

L'armée française et la stratégie du F.L.N. en 1960. (Die französische Armee und die FLN 1960.)

NC, 1961, H. 122, S. 9–60.

Bachir Hadj Ali: Quelques leçons politiques des journées algériennes du 1<sup>er</sup> décembre 1960. (Einige politische Lehren der algerischen Tage vom Dezember 1960.)

CC, 1961, H. 2, S. 397–410.

Berlioz, Joanny: Algérie: l'heure de vérité. (Algerien: die Stunde der Wahrheit.)

DN, 1961, H. 1, S. 3–9.



uhat, Jean: Nation algérienne et opinion française. (Algerische Nation und französische Meinung.)

Pen, 1961, H. 95, S. 4-14.

Camp socialiste et le problème algérien. (Das sozialistische Lager und die algerische Frage.)

IB Algerien, 1960, H. 27, S. 6-8.

Comité International de Solidarité avec les travailleurs et le peuple algériens s'est réuni à la Havane. (Das Internationale Komitee für die Solidarität mit den Werktätigen und dem Volk Algeriens hat in Havanna getagt.)

IB Algerien, 1960, H. 28, S. 8-12.

nda, R.: Kämpfendes Algerien.

NZ, 1961, H. 9, S. 5-7.

NATO und das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes. [Memorandum der Provisorischen Regierung der Republik Algerien vom 19. September 1960.]

DA, 1960, H. 2, S. 136-244.

zner, Vladimir: Algérie, pièces à l'appui. (Algerien, Beweisstücke. [Zu verschiedenen Büchern über Algerien.])

DN, 1961, H. 2, S. 13-17.

Question algérienne à la XVème session de l'U.N.O. (Die algerische Frage auf der XV. Tagung der UNO.)

IB Algerien, 1960, H. 27, S. 2-3.

Solidarité internationale avec le peuple algérien. (Internationale Solidarität mit dem algerischen Volk.)

IB Algerien, 1961, H. 29, S. 6-8.

#### Ceylon

ан.мугатасан, Н.: Нести знамя единства демократических и прогрессивных сил.

Das Banner der Einheit der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte erleben.)

PZ, 1961, H. 3, S. 50-54.

hlmann, Manfred: Die Kommunistische Partei Ceylons kämpft für die Schaffung der nationalen Einheitsfront.

AiA, 1961, H. 4, S. 20-21.

#### Guinea

enko, W.: Unabhängiges Guinea.

Sékou Touré: Das unabhängige Guinea. Moskau 1960. Rezension.]

PZ, 1961, H. 6, S. 30-31.

#### Kongo

Chruschtschow, N. S.: Kongos Volk soll Herr im eigenen Hause sein. Aus der Botschaft an den indischen Premierminister Nehru zur Kongofrage.

PSU, 1961, H. 26, S. 554.

DdZ, 1961, H. 235, S. 46-50.

Erklärung der Regierung der UdSSR zur Lage in Kongo. (Vom 7. Dezember 1960.)

DdZ, 1961, H. 230, S. 48-49.

Fakten eines großen Komplotts. [Von A.D.C.]

AiA, 1961, H. 6, S. 27-30.

Loret, Bernard: Après l'assassinat de Patrice Lumumba. (Nach der Ermordung Patrice Lumumbas.)

CC, 1961, H. 3, S. 597-606.

Feiger, zynischer Mord. Sowjetische Regierungserklärung zur Ermordung Patrice Lumumbas und seiner Kampfgefährten. [Februar 1961.]

PSU, 1961, H. 22, S. 467.

Primakow, J.: Die Entwicklung in Kongo

NZ, 1961, H. 4, S. 13-14.

#### Laos

Sur les événements du Laos. (Über die Ereignisse in Laos. [Erklärung des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Frankreichs.])

CC, 1961, H. 1, S. 248-249.

Nguyen Nghe: L'affaire laotienne ou les chances du neutralisme. (Die laotische Affäre oder die Aussichten des Neutralismus.)

DN, 1961, H. 1, S. 76-78.

#### Liberia

Botschkarjow, J.: Liberia heute.

NZ, 1961, H. 4, S. 5-8.

#### Malaya

Ahmad, Musa: Vorwärts auf dem Weg zur völligen Unabhängigkeit Malayas!

AiA, 1961, H. 2, S. 22-25.

#### Marokko

Abdelkader, E. O.: Verleumderische Anschwürfe gegen die marokkanischen Kommunisten entlarvt. [„Die Kommunisti-

## Kritik und Bibliographie

- sche Partei Marokkos kämpft für ihre legale Existenz.“ Sammlung von Texten und Dokumenten über den Prozeß gegen die Kommunistische Partei Marokkos 1959. Rezension.] PFS, 1961, H. 3, S. 284–286.
- Essaouri*, Mohamed: Die mauretanische Frage. (Die patriotische Stellungnahme der marokkanischen Kommunisten.) PFS, 1961, H. 1, S. 56–57.
- Ferhat*, Mohammed: Die Kommunisten Marokkos kämpfen für eine demokratische Verfassung. PFS, 1961, H. 2, S. 153–154.

### Martinique

- Nicolas*, Armand: La situation à la Martinique et la politique du Parti communiste martiniquais. (Die Situation auf Martinique und die Politik der Kommunistischen Partei Martiniques.) CC, 1961, H. 1, S. 151–178.
- Lupta, 1961, H. 2, S. 97–105.

### Réunion

- Verges*, Paul: Die kommunistische Zeitung auf der Insel Réunion. PFS, 1961, H. 2, S. 151–153.

### Rhodesien und Njassaland

- Jamela*, Reuben: In Südrhodesien kämpfen die Gewerkschaften gegen Diskriminierung und Verfolgungen. W, 1961, H. 2, S. 25–26.

### Ruanda-Urundi

- Wolk*, S.: Ruanda-Urundi. NZ, 1961, H. 5, S. 18–19.

### Tunesien

- Préjean*, P.: Les chances du développement économique en Tunisie. (Die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung in Tunesien.) EP, 1961, H. 78, S. 1–32.

## Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

### ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

A	Die Arbeit. Berlin
AS	Der Altmarkbote. Salzwedel
BH	Berliner Heimat. Berlin
BK	Bautzener Kulturschau. Bautzen
BKK	Bitterfelder Kulturkalender. Bitterfeld
BZ	Berliner Zeitung. Berlin
BZA	BZ am Abend. Berlin
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin
Dsp	Dorfspiegel für die Gemeinden Seifhennersdorf, Leutersdorf und Spitzkunnersdorf. Seifhennersdorf
FE	Freie Erde. Neubrandenburg
FF	Die Fundgrube. Freiberg
FG	Der Friedensstein. Gotha
FP	Freie Presse. Zwickau
Fr	Freiheit. Halle (Saale)
Fvh	Frau von heute. Berlin
FW	Freies Wort. Suhl
GA	Glückauf. Aue (Sa)
GKu	Görlitzer Kulturspiegel. Görlitz

## Kritik und Bibliographie

- Hallesches Monatsheft. Halle (Saale)  
 Der Heimatfreund für den Kreis Stollberg (Erzgebirge). Stollberg  
 Unsere Heimat. Stendal  
 Junge Welt. Berlin  
 Kulturspiegel für den Kreis Auerbach (Vogtland). Auerbach  
 Kulturspiegel. Altenburg/Schmölln  
 Kulturspiegel. Arnstadt  
 Kulturspiegel der Stadt Brandenburg (Havel). Brandenburg  
 Kulturspiegel des Kreises Finsterwalde (NL). Finsterwalde  
 Kulturspiegel. Hohenmölsen  
 Kultur und Heimat. Annaberg  
 Kultur und Heimat. Jena  
 Kultur und Heimat. Karl-Marx-Stadt (Land)  
 Kamenzer Kulturspiegel. Kamenz  
 Kulturspiegel der Messestadt Leipzig. Leipzig  
 Kultureller Rundblick des Kreises Schwarzenberg. Schwarzenberg  
 Kulturspiegel für die Kreise Stalinstadt und Fürstenberg (Oder).  
 Stalinstadt  
 Kulturspiegel des Bergarbeiterkreises Senftenberg. Senftenberg  
 Kulturspiegel der Ofenstadt Velten. Velten  
 Kulturspiegel des Kreises Werdau. Werdau  
 Land und Forst. Berlin  
 Lausitzer Rundschau. Cottbus  
 Leipziger Volkszeitung. Leipzig  
 Magdeburger Kulturspiegel. Magdeburg  
 Unser Merseburger Land. Merseburg  
 Mitteldeutsche Neueste Nachrichten. Halle (Saale)  
 Märkische Volksstimme. Potsdam  
 Neues Deutschland (Berliner Ausgabe). Berlin  
 Neue deutsche Literatur. Berlin  
 Norddeutsche Zeitung. Schwerin  
 Kultur und Heimat. Berlin  
 Neue Museumskunde. Leipzig  
 Norddeutsche Neueste Nachrichten. Schwerin  
 Neuer Tag. Frankfurt (Oder)  
 Neuer Weg. Berlin  
 Neuer Weg. Halle (Saale)  
 National-Zeitung. Berlin  
 Ostsee-Zeitung. Rostock  
 Pulsschlag. Zwickau  
 Presse der Sowjetunion. Berlin  
 Riesaer Heimat. Riesa  
 Sächsische Neueste Nachrichten. Dresden  
 Schweriner Volkszeitung. Schwerin  
 Sächsische Zeitung. Dresden  
 Tribüne. Berlin  
 Die Tat. Frankfurt (Main)  
 Das Volk. Erfurt  
 Volksarmee. Berlin  
 Volksstimme. Karl-Marx-Stadt  
 Volksstimme. Magdeburg  
 Volkswacht. Gera  
 Die Wirtschaft. Berlin  
 Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. Berlin  
 Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. Leipzig



WZR	Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. Rostock
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin
ZHB	Zwischen Harz und Bruch. Halberstadt (Harz)

# ALLGEMEINE DARSTELLUNGEN

*Bibliographie zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes. Unter Mitarbeit von Franz Karma u. a., Deutsche Staatsbibliothek, Berlin 1959.*

*Bibliographie über die Konzentrationslager. IHW. 1960, H. 3, S. 143–152; H. 4, S. 163–168.*

*Bericht über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1960. ND, 3. Februar 1961.*

*Beutel, Horst: Geschichtsfälscher am Werk (Luxemburg-Fälscher). LVZ, 5. März 1961.*

*Bredel, Willi: Einer der Tapfersten und Treuesten – Heinrich Rau. BZ, 25. März 1961.*

*Engelberg, Ernst: Schule für die Einheit der Arbeiterklasse. Die Wirkung der Pariser Kommune auf die deutsche Arbeiterbewegung. ND, 18. März 1961.*

*Friedrich, Claus: Eine Frau unseres Volkes. (Clara Zetkin zu Fragen der Gewerkschaften.) T, 8. März 1961.*

*Die Genossen nannten ihn „Jonny“. Zum 65. Geburtstag von John Schehr. ND, 9. Februar 1961.*

*Halw, Elsa: Erinnerungen einer Arbeiterveteranin an Clara Zetkin. FvH, 3. März 1961.*

*Jendretzky, Hans: Das Unterpfand der Arbeitereinheit. Vor dem 15. Jahrestag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. ND, 8. März 1961.*

*Kolbe, Hellmuth: Vor 90 Jahren wurde Rosa Luxemburg geboren. Sie lebte für Frieden und Sozialismus. ND, 5. März 1961.*

*Matern, Hermann: Du standest stets wo das Leben ist. Staatsakt zum Tode Heinrich Raus im Hause des Zentralkomitees. ND, 27. März 1961.*

*Materna, Ingo: Ernst Thälmann – Gedenk- und Erinnerungstätten (in der DDR). NH, 1961. H. 3, S. 108–110.*

*Maur, Hans: Information über einen zentralen Lehrgang für Mitglieder der örtlichen Kommissionen. BzG, 1961. H. 1, S. 115–116.*

*Mehring, Franz – Publizist und Historiker der Arbeiterklasse. OZ, 25. Februar 1961.*

*Wie man mit den Menschen arbeiten muß. Walter Ulbricht – Mensch und Revolutionär. Lehrmeister für jeden Genossen. SZ, 1. März 1961.*

*Mitten unter uns. Wilhelm Pieck (3. Januar 1876 bis 7. September 1960). ND, 3. Januar 1961.*

*Müller, Werner: Unsere nationale Mission. Vom Junkerstaat zur Arbeiter- und Bauern-Macht. Ein Rückblick auf die Reichsgründung vor 90 Jahren am 18. Januar 1871. ND, 18. Januar 1961.*

*Müller, Werner: An der Spitze der Nation. Der Weg unserer Partei von März bis in unsere Tage. ND, 31. März 1961.*

*Wir sind die stärkste der Parteien! Eine Bibliographie zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Leipzig 1961, 67 S.*

*Radandt, Hans: Historiker berieten mit Betriebsarbeitern. ND, 18. Januar 1961.*

*Radandt, Hans: Der Stand der Geschichte der Fabriken, Werke und Güter in der DDR. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1960, Teil II, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 153–200.*

*Heinrich Rau – ein hervorragender Kämpfer gegen Faschismus und Krieg für Frieden und Sozialismus. ND, 25. März 1961.*

*Referate, Diskussionen, Bericht und Kommuniqué der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED. 19. März; 20. März; 21. März; 22. März; 24. März; 28. März 1961.*

*Der Schlüssel zur neuen Zeit. (Zu den Thesen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD.) ND, 19. Februar 1961.*

eglich, Walter: Eine Streiktafel für Deutschland 1864 bis 1880. (Örtliche Streikämpfe.) In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1960, Teil II, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 235-283.

oph, Willi: Ein treuer Sohn unseres Volkes. Trauerfeier für Heinrich Rau in Baumschulenweg. ND, 27. März 1961.

ubner, Hans: Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der SED. Mit dem Strom der Zeit oder gegen ihn? LVZ, 1. März 1961.

esen. Aufgaben und Bedeutung der Geschichte unserer Fabriken, Werke und Güter. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1960, Teil II, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 145-152.

esen des Politbüros des ZK zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. ND, 12. Februar 1961.

ümmler, Heinzpeter: Arbeiter schreiben ihre Geschichte. (Tagung bei der Akademie der Wissenschaften zu Fragen der Betriebsgeschichte.) W, 4. Januar 1961.

ächtler, Eberhard: Einige Bemerkungen zur besonderen Stellung der Betriebsgeschichtsschreibung innerhalb der Heimatgeschichtsschreibung und ihre Tradition in Deutschland. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1960, Teil II, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 201 bis 220.

uf dem Wege zur Arbeitereinheit. ND, 9. Februar; 11. Februar; 28. Februar; 2. März 1961.

n historischer Wendepunkt. Wie Genosse Otto Buchwitz den Vereinigungsparteitag (1946) erlebte. ND, 3. Januar 1961.

lf, Friedrich: Rapport eines Genossen Schriftstellers. Erinnerungen an Wilhelm Pieck. BZ, 3. Januar 1961.

## Bezirk Cottbus

stian: Die Entwicklung des VEB Schwermaschinenbau Lauchhammer. KSe, 1960, H. 5, S. 2-5.

Leben des Kampfes. Walter Wagner tollendet heute sein 65. Lebensjahr. LR, 18. Januar 1961.

tern, Hermann: Wir führen die Sache des Friedens und des Sozialismus zum

Siege. Ansprache anlässlich der feierlichen Namensgebung „Wilhelm-Pieck-Stadt Guben“. ND, 4. Januar 1961.

Mengel, Irmgard: Den „Pickelhauben“ ein Dorn im Auge. Sozialistische Jugendarbeit vor 50 Jahren. LR, 7. März 1961.

Mrosan, Werner: Als Wilhelm Liebknecht (in Guben) sprach. KSt, 1960, H. 11, S. 18-19.

Schmichen, Günter/Kühn, Heinz: Wilhelm Piecks Vaterstadt trägt seinen Namen. NH, 1961, H. 1, S. 6-9.

Thoms, Liselotte: Unsere Gesetze werden mitten im Leben geboren. Die große demokratische Beratung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, mit der Bevölkerung des Kreises Forst über die höhere Qualität der Arbeit der Staatsorgane. ND, 3. März 1961.

Stief, Albert: Über die Erfahrungen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1960 und die Arbeit mit den Menschen. Aus dem Bericht des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Cottbus und Kandidat des ZK auf der 12. Tagung des Zentralkomitees. ND, 19. März 1961.

Töpritz, Bruno: Die Arbeiterpresse in Finsterwalde. KFi, 1960, H. 11, S. 2-5.

## Bezirk Dresden

Die Arbeiterbewegung in Görlitz. Die Stadtgeschichtliche Abteilung, Teil 2, Schriftenreihe der Städtischen Kunstsammlungen, Neue Folge 9, Görlitz 1960, 48 S.

Die einige Arbeiterklasse bändigt die Militaristen. Zum Jahrestag des erfolgreichen Kampfes gegen den Kapp-Putsch 1920. SZ, 13. März 1961.

Arlt, Walter: Oberschule erhielt den Namen Kurt Steffelbauers. GKU, 1960, H. 10, S. 13-14.

Arlt, Walter: Vor 30 Jahren tagte die Freie Lehrgewerkschaft in Görlitz. GKU, 1960, H. 10, S. 14-15.

Brief des Büros der Bezirksleitung der SED an alle Parteimitglieder und Kandidaten, alle Arbeiter, Angestellten

## Kritik und Bibliographie

- Betriebe der sozialistischen Industrie des Bezirks. SZ, 28. Januar 1961.
- Buchwitz, Otto:** Unser Weg war richtig. Rede auf der 2. Tagung der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz Dresden. ND, 6. März 1961.
- Büttner, Eva:** Erinnerungen an Wilhelm Pieck. KKu, 1960, H. 10, S. 2.
- Delius, Gustav:** Ein Grundstein zum Sozialismus. Gedanken um die historische Landeskonferenz zur Wahl des Landesvorstandes des FDGB am 26. und 27. Januar 1946. SZ, 28. Januar 1961.
- Zum 70. Geburtstag Karl Jannacks – Ein Leben für die Arbeiterklasse und den Sozialismus. SZ, 21. Januar 1961.
- Griep, Günter:** Die Einflüsse der ersten russischen Revolution (1905) auf Deutschland und die revolutionäre Gewerkschaftspolitik der deutschen Linken. In: Günter Griep, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1890–1914, Verlag Tribüne, Berlin 1960, S. 89–94.
- Grosse, Lea:** Was der Gefängniswärter aus Bautzen erzählte. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 449–452.
- Hilse, Herbert:** Ein Wort, das Wunder wirkt. SZ, 14. Januar 1961.
- Janak, Korla:** Die Bodenreform im Kreise Bautzen. In: Lëtopis Instituta za serbski Ludospyt (Historische Jahresschrift des Instituts für sorbische Volksforschung), Reihe B, H. 7, Volkseigener Verlag Domowina, Bautzen 1960, S. 199–214.
- Jannack, Karl:** 50 Jahre war mir Wilhelm Pieck Vorbild. Meine Begegnungen mit unserem Präsidenten – 1946 und 1950 besuchte Wilhelm Pieck Bautzen. BK, 1960, H. 10, S. 2–3.
- Jonza, Thomas:** Wir schmiedeten die Einheit der Arbeiterklasse. SZ, 14. Januar 1961.
- Junge, Fritz:** Die Ablösung der bäuerlichen Lasten durch das Landrentengesetz von 1832 in Sachsen. RH, 1961, H. 3, S. 21–23.
- Kaden, Felix:** Brüderliche Zusammenarbeit (Vereinigung 1945/46). SZ, 22. Februar 1961.
- Kirsch, Rudi:** ... als im Keglerheim geschossen wurde. Vor 28 Jahren ermordete die Polizei in Dresden neun klassenbewußte Arbeiter. SZ, Ausgabe Dresden-Stadt, 21. Januar 1961.
- Körner, Olga:** Im Gedenken an Robert Menzer. SZ, 4. Januar 1961.
- Leppi, Richard:** Bei uns wurde nicht diskutiert: hier KPD – dort SPD. SZ, Ausgabe Dresden-Stadt, 15. März 1961.
- Müller, Heinz:** Studien zur Geschichte des Stahl- und Walzwerkes Riesa (1844 bis 1945). WZB, 1959/60, H. 3, S. 345.
- Peter, Willy:** Die Konferenz der Dreitausend (1946). SZ, 16. Januar 1961.
- Wilhelm Pieck sprach vor 12 000 Riesern (am 19. August 1946). RH, 1961, H. 1, S. 1.
- Rösler, Fritz:** So fanden wir uns zusammen (1945/46). SZ, 4. Januar 1961.
- Scharmer, Alfred:** Der „Barraskoffer“. SZ, 4. Januar 1961.
- Schneider, Hans-Dieter:** Autopanne 1945. Wie die sozialistische Presse nach dem Hitlerkrieg verbreitet wurde. BK, 1960, H. 11, S. 8–9.
- Seifert, Paul:** Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Dsp, 1960, H. 9, S. 6–7.
- Spengler, R.:** Steil war der Weg... Wie die revolutionären Chemnitzer Arbeiter den Dresdnern zu einer Tageszeitung verhalfen. SZ, Ausgabe Dresden-Stadt, 18. Februar 1961.
- Üllmann, Richard:** 15 Jahre vereinigt (Vereinigung im Kreise Zittau.) LF, 26. März 1961.
- Werner, Alfred:** Ich erlebte die Konferenz der Dreitausend. SZ, Ausgabe Dresden-Stadt, 16. Januar 1961.
- Werner, Alfred:** „Nehmt Euch nur ein Beispiel an Ernst!“ In: Deutschland unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 131–135.
- Wild, Karl-Heinz:** Könnt Ihr mir ein Paar Schuhe besorgen? Erinnerungen an die Verkündung des Jugendhilfsprogramms der KPD heute vor 15 Jahren. SZ, 24. Januar 1961.
- „Wir fühlen uns wohl in der SED.“ Aus einem Gespräch mit ehemaligen Sozialdemokraten, die heute Mitglied unserer Partei sind. SZ, 9. Februar 1961.



zirk Erfurt

**Aufstieg unserer LPG.** Monographie über die LPG „Neues Leben“ in Gräntonna, Kreis Bad Langensalza. Schriftenreihe „Unser sozialistisches Dorf“, H. 32, VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin 1961, 66 S.

**tel, Walter:** Die Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Widerstandskämpfer im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald. In: Der zweite Weltkrieg 1939–1945, Akademie-Verlag, Berlin 1959, S. 73–93.

**tel, Walter:** Ernst Thälmann fühlte immer den Puls der Arbeiterklasse. Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Metz Verlag, Berlin 1961, S. 453–462.

**uns Fahnen erzählen.** V, 18. Januar 1961.

**i Flüsse vereinigten sich zum Strom.** Die die Vereinigung in Mühlhausen vorbereitet wurde. V, 15. Februar 1961.

**itzsch, Jürgen:** Der Tradition Sömmerdas würdig. V, 18. Januar 1961.

**sche, Willibald:** Die wirtschaftliche Entwicklung in Erfurt während des imperialistischen Weltkrieges von 1914 bis 1918. In: Aus der Vergangenheit der Stadt Erfurt, Reihe II, Bd. 3/1960, 1960, S. 47–63.

**sche, Willibald:** Historische Stätten der Erfurter Arbeiterbewegung. Der Grabstein Willi von der Weths (1920). V, 11. Februar 1961.

**sche, Willibald:** Der Kongreßsaal – eine historische Stätte der Erfurter Arbeiterbewegung. V, 25. Februar 1961.

**cht, Werner:** Ein Beitrag zur Geschichte der Waltershäuser Arbeiterbewegung (1890–1900). FG, 1960, H. 11, S. 294–296.

**mer, Franz:** Studentenhorden – erstmals und heute, Mordtaten der Marburger „Schlagenden Verbindungen“ von 1920 dürfen sich nicht wiederholen. V, 21. Januar 1961.

**inger, Rudi:** Damals vor 15 Jahren. Parteiveteranen unterhielten sich über historische Ereignisse vor dem Vereinigungsparteitag. V, Ausgabe Weimar-Mitteilg., 18. März 1961.

**ner, Klaus:** Die Auswirkungen der Revolution auf die Lage der Arbeiter-

klasse – erläutert am Beispiel aus dem Kreis Arnstadt. In: Beiträge zur Heimatkunde des Kreises Arnstadt, 1960, H. 1, S. 7–40.

**Koch, Hans,** Einheitswille siegte in der „Olympia-AG“. V, 15. Februar 1961.

**Kusnezow, W.:** Eine Nacht in Buchenwald. In: Thälmann ist niemals gefallen, Kinderbuchverlag, Berlin 1960, S. 123–127.

**„Wir brauchen Leichen für unsere Anatomie.“** Wie 1920 reaktionäre Studenten Thüringer Arbeiter ermordeten. ND, 19. Januar 1961.

**Lohne, Eberhard:** Von verborgenen Kostbarkeiten eines Museums und anderen wertvollen Erinnerungsstücken aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Arnstadts. V, 18. Januar 1961.

**Marburger Mordtraditionen:** Unsere Anatomie braucht Leichen. Wie das „Studentenkörpers Marburg“ zur Zeit des Kapp-Putsches in Thüringen wütete. V, 20. Januar 1961.

**Sander, Helga:** Vereinigt sind wir alles. Am 7. April 1945 vereinigten sich die thüringischen Organisationen der KPD und SPD. V, 25. März 1961.

**Schablinski, Rolf:** Der Parteiauftrag. (Georg Schnauber als Frontbeauftragter des Nationalkomitees „Freies Deutschland.“) V, 23. Februar 1959.

**Schädlich, Fritz:** Der Weg zum Vereinigungsparteitag (1946). V, 22. März 1961.

**Seidler, Erich:** Brüder, in eins nun die Hände. Über die revolutionären Kämpfe der Sömmerdaer Arbeiter und ihre Bedeutung für die Schaffung der Einheit der Partei. Pulsschlag der Zeit, Betriebszeitung für die Belegschaft des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, 7. Dezember 1960 ff.

**Walter, Stephan:** Als Junglehrer mit der ersten deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland. KAR, 1960, H. 10, S. 15–18.

**Ein Streifzug durch die Erfolge des Landkreises Weimar.** Hrsg. von der Kreisleitung der SED Weimar-Land, o. O. (1959), 48 S.

**Strobel, Walter:** 40 Jahre revolutionäre Kinderbewegung. Vom Jung-Spartakus zum Thälmann-Pionier. VS (M), 13. Dezember 1960.

Die „Tribüne“ erschien doch. TNN, 25. Februar 1961

Übersicht über die Bestände des Thüringischen Landeshauptarchivs Weimar, Verlag Hermann Böhlhaus Nachfolger, Weimar 1959.

Übersicht über die Bestände des Landarchivs Gotha. Bearbeitet von Ulrich Hess, Verlag Hermann Böhlhaus Nachfolger, Weimar 1960, 313 S.

Weber, Richard: Der „Christbaumkaffee“. In: Thälmann ist niemals gefallen, Kinderbuchverlag, Berlin 1960, S. 42 bis 45.

## Bezirk Frankfurt/Oder

Aufstellung über die im Kreis Bad Freienwalde bestehenden LPG. In: Heimatkalender 1961 für den Kreis Bad Freienwalde (Oder), S. 44–46.

Birkle, Wally: Rohrstock – das wichtigste Erziehungsmittel. Gedanken über 40 Jahre revolutionäre Kinderbewegung. NT, Ausgabe Stalinstadt, 29. Dezember 1960.

Der blutige Frankfurter Donnerstag (Juni 1919). NT, 14. Februar 1961.

Götzl, Eduard: Sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist Trumpf! Aus der Rede auf dem 6. Plenum der Bezirksleitung. NT, 5. Januar 1961.

Gedenken und Kampfansage. Hermann Bolan im KZ Sachsenhausen ermordet. NT, 16. März 1961.

Kobjolke, Gustav: Erinnerungen an den Großen Oktober, Aus dem Leben des Parteiveteranen. NT, Ausgabe Angermünde, 7. November; 8. November; 10. November 1960.

Köhler, P.: Vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität. (Weltwirtschaftskrise.) NT, Ausgabe Fürstenwalde, 28. November 1960.

Küchler/Gehrke: Es begann vor vierzig Jahren. Zur proletarischen Kinderbewegung im Kreis Bad Freienwalde. NT, Ausgabe Bad Freienwalde, 14. November 1960.

Mrosan, Werner: Im Kampf gegen den Militarismus (1892/93). KSt, 1960, H. 9, S. 2–4.

Repka, F.: Damals haßten wir Schule und Kinder. Erinnerungen eines Ar-

beiterveteranen an seine Kindheit. NT, Ausgabe Stalinstadt, 12. Dezember 1960.

Richter, Erhard: Aus der Geschichte über die Entwicklung der deutschen Arbeiter-sportbewegung. NT, 9. Januar 1961.

Sturm, Hans/Freier, Helmut: ... wie wir gewachsen seid! Gedanken zum 15. Jahrestag der FDJ, NT, 7. März 1961.

Todesmarsch aus der Stätte des Grauens NT, 31. Januar 1961.

Tunger, Lotte: 40 Jahre revolutionäre Kinderbewegung. Eine Arbeiter-veteranin erzählt aus ihrer Kinder- und Jugendzeit. NT, Ausgabe Stalinstadt, 3. Dezember 1960.

Wegener, Hans: Was uns der Oberbairner Landarbeiterstreik vom Jahr 1922 lehrt. In: Heimatkalender 1961 für den Kreis Bad Freienwalde (Oder), S. 37–42.

Weihrauch, Dieter/Schulz, Johannes: Die blauen Dragoner reiten nicht mehr. In: der Chronik, dem Tagebuch und den Zukunftsplanen einer Stadt geblättert (Schwedt/Oder.) NT, 22. Februar 5. März 1961.

## Bezirk Gera

Arnold, Willi/Glondajewski, Gertrud: Vor 15 Jahren ermordet: Magnus Poser – treuer Sohn der Arbeiterklasse. NT, 21. Juli 1959.

Barthel, Karl: Wilhelm Pieck – Vater der Einheit. Vw, Ausgabe Jena, 19. Januar 1961.

„Brüder, in eins nun die Hände!“ Zur beider Arbeiterparteien 1946. Vw, 19. Januar 1961.

Brundig, Max: August Bebel in Thüringen. Vw, 16. Februar 1961; V, 22. Februar 1961.

Mit neuen großen Erfolgen dem 12. Plenum des ZK der SED entgegen! Offener Brief des Büros der Bezirksleitung Gera der SED. Vw, 22. Februar 1961.

Hentschel, Walter: Ein Student von 1946 berichtet. 15. Jahrestag der Wiedereröffnung unserer Friedrich-Schiller-Universität. Vw, Ausgabe Jena, 18. Oktober 1960.

Lange, Horst: Vom Kampf der Kahlauer Arbeiterklasse. KHJ, 1960, H. 1, S. 1 bis 15; H. 2, S. 63–65.

- ler, Joachim: Von 1919 bis heute. Vw, Ausgabe Jena, 30. April 1959.
- l, Alfred: In Jena vor 40 Jahren. W, Ausgabe Jena, 13. Januar 1959.
- st, Willy: Die Arbeitereinheit – Erfüllung unserer ganzen Sehnsucht. Vw, Februar 1961.
- ler, Fritz: Es lebe die einheitliche deutsche Arbeiterpartei. FW, 18. Januar 1961.
- ndt, Karl: 1945 wurde ernst gemacht mit der Bodenreform im Kreis Schleiz. befreite Erde, Schleiz, 22. März 1961.
- pel, Clement: Das paßte den „Dampfenbaronen“ nicht. Vom Kampf der Jenaer Arbeiter vor hundert Jahren. W, 24. Januar 1961.
- fer, Kurt: Fritz Kalisch niedergeschrieben. Vw, Ausgabe Jena, 10. Oktober 1959.
- fer, Kurt: Die Tradition des Teichabens. Vw, Ausgabe Jena, 14. Januar 1961.
- fel, Erhard: Die Bedeutung der „neuen Zeitung“ für Thüringen. Aus der Geschichte der Jenaer Arbeiterbewegung. In: Du mein Jena. Ein Jubiläumsmagazin aus dem mittleren Jena. Hrsg. vom Deutschen Kultur- und Jena 1959, S. 9–12.
- er, Friedrich: Zum 15. Jahrestag der Wiedereröffnung unserer Universität. Die ersten Anfänge nach 1945. KHJ, 1960, H. 10, S. 424–428.
- irk Groß-Berlin
- ke, Karl: Er heilte uns von den Linderkrankheiten“. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 127–130.
- seestraße 121: Rechtsanwaltsbüro Liebknecht. BZ, 15. Januar 1961.
- em, Franz: Ernst Thälmann im Genesnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 403–424.
- l, Else: Mit Ernst Thälmann im Stapokeller. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 440–441.
- Aus der *Dorfchronik* von Berlin-Wartenberg. BH, 1960, Heft 4, S. 171–175; 1961, H. 1, S. 35–40.
- Dünow, Hermann: Gegen individuelle Aktionen – für revolutionären Klassenkampf. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 317–326.
- Fricke, Dieter: Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1878–1890). Phil. Habil., Humboldt-Universität Berlin, 1960.
- Handke, Horst: Arbeiter schreiben Geschichte. BZ, 2. April 1961.
- Hein, Heiner: „Es war nicht umsonst.“ Erinnerungen eines Berliners an die Zeit des Grauens. BZ, 23. März 1961.
- Höhne, Reinhard: Letzte Begegnung. Zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die am 15. Januar vor 41 Jahren ermordet wurden. VS (M), 14. Januar 1961.
- Hoffmann, Horst: Der Mörder von Lichtenberg. BZ, 15. Januar 1961.
- Hoffmann, Horst: Zum 15. Jahrestag der Eröffnung der Humboldt-Universität. Sie wurde unser. BZ, 29. Januar 1961.
- Die *Humboldt-Universität*. Gestern – Heute – Morgen. Zum einhundertjährigen Bestehen der Humboldt-Universität in Berlin und zum zweihundertjährigen Bestehen der Charité Berlin, VEB Verlag der Wissenschaften, Berlin 1960, 250 S.
- Vor 15 Jahren in Berlin. 26 Wärmestuben in Lichtenberg. ND, 3. März 1961.
- Jung, Cläre: Begegnung mit Rosa. BZ, 15. Januar 1961.
- Klamfoth, Hermann: 1300 Jahre Pankow an der Panke (1810–1933). BH, 1961, H. 1, S. 41–44.
- Kluczynski, Martha: Er wohnte bei uns. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 397–399.
- Köstler, Karl: Berliner Arbeiter gegen den Revisionismus in der Arbeiterpresse. BH, 1961, H. 1, S. 4–11.
- Lehmann, Artur: Jeder wollte ihn an seinen Tisch haben. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 255–258.



Leupold, Hermann: Erinnerungen an Wilhelm Pieck. BH, 1961, H. 1, S. 1–2.  
 Loesdau, Alfred: Über einige Fragen der Sammlung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen im Bezirk Berlin. BzG, 1961, H. 1, S. 107 bis 114.

Marchlewska, Zofia: Treuer Gefährte. Erinnerungen an Wilhelm Pieck. ND, 3. Januar 1961.

Karl Marx über den „Pygmäenstall“. ND, 28. März 1961.

Die „einsame Pappel“. (Treffpunkt Berliner Arbeiter.) BZ, 17. März 1961.

Peschke, Paul: Er ebnete uns den Weg zur Partei. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 100–106.

Posche, Klaus/Oliva, Hans: OKW gibt nichts mehr bekannt. Deutscher Militärverlag, Berlin 1961, 132 S.

Pulewka, Lotte: Erinnerungen an Rosa Luxemburg. MV, 5. März 1961.

Puschmann, Manfred: Zur Lage der Arbeiter im Westberliner Siemens-Konzern. WZB, 1959/1960, H. 4, S. 477–491.

Rebetzky, Ursula: Das No des Obersten. Wie die Berliner Jugend um ihre Einheit kämpfte. ND, 7. März 1961.

Rebling, Eberhard: Der Flügel im Schloß Niederschönhausen. Erinnerungen an Wilhelm Pieck. BZ, 3. Januar 1961.

Scheer, Maximilian: Humor und Güte. Erinnerungen an Wilhelm Pieck. BZ, 3. Januar 1961.

Sophienstraße 18. (Gemeinsame Versammlung der Eisenacher und Lassalleaner 1874 in Berlin.) ND, 21. März 1961.

Streb, Xaver: Lenin in Berlin. MV, 20. Januar 1961.

Thälmann, Rosa: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 425–439.

Zwei Tote gab es in Moabit (1920). BZ, 4. Januar 1961.

Ucko, Harry: Aufrechter Kämpfer geehrt (Richard Aßmann). BZ, 18. Januar 1961.

Veken, Karl: Teddy ist hier! In: Thälmann ist niemals gefallen, Kinderbuchverlag, Berlin 1960, S. 104–106.

Vogt, Artur: Die „Internationale“ ist doch das stärkere Lied. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 380–384.

Weber, Jacob: Der Bleistiftstummel. In: Thälmann ist niemals gefallen, Kinderbuchverlag, Berlin 1960, S. 92–95.

Weidt, Jean: Bei den „Roten Tänzern“. Erinnerungen an Wilhelm Pieck. BZ, 3. Januar 1961.

Winter, Elly: Erinnerungen an meinen Vater. Zum 85. Geburtstag des ersten deutschen Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck. BZ, 3. Januar 1961.

Wirsing, Willi: Die Fahne aus Charkow. PS, 1960, Nr 52, S. 1123–1124.

Wulff, Vera: „... aber die Karteikarten haben sie nicht gefunden.“ Zum Gedächtnis an den Antifaschisten Kurt Bietzke. BZ, 11. Januar 1961.

Wulff, Vera: Sie sahen den Sieg kommen. Aus Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts letzten Tagen. BZ, 14. Januar 1961.

Wulff, Vera: Freunde bis in den Tod (Lothar Cohn und Bernhard Heimann). BZ, 4. Februar 1961.

Wulff, Vera: Robby bleibt unvergessen (Robert Uhrig). BZ, 8. Februar 1961.

Wulff, Vera: Ein Spitzel gab ihre Namen preis. Zur Erinnerung an die antifaschistische Widerstandskämpferin Hilde Jadamowitz. BZ, 10. Februar 1961.

## Bezirk Halle

Aus Archivmaterial und persönlichen Erleben. Geschichte der halleischen Arbeiterbewegung wird erforscht. NWe, 6. Januar 1961.

Augenzeuge der Märzkämpfe 1921: „Unfehle die Aktionseinheit!“ MNN, 17. März 1961.

Behnke, Erich: Drei Begegnungen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 259–261.

Bellmann, Walter: Zur Wirtschaftsgeschichte des Bitterfelder Braunkohlen-

- bergbaues. BKK, 1960, H. 2, S. 19–38; H. 4, S. 21–33; H. 6, S. 17–24.
- Bibliographie* über die Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921. In: Bibliographische Kalenderblätter der Berliner Stadtbibliothek, März 1961, Folge 3. S. 27–30.
- Bibliographie* zur Geschichte der Leuna-Arbeiter (1926–1945). In: Kämpfendes Leuna (1933–1945), Teil 1, 2. Halbband, Verlag Tribüne, Berlin 1961, S. 854–871.
- ering, Walter: An den Gräbern der Märzgefallenen in Leuna-Kröllwitz. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 262–263.
- esener, Franz: Leben wird unser Programm! Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921. MNN, 18. März 1961.
- ennecke, Bert: Im Märzzentrum. HM, 1959, H. 3, S. 98.
- uschke, Werner: Zur Vorbereitung des 5. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD im Bezirk Halle. BzG, 1961, H. 1, S. 104–107.
- ersian, Hans: ...denn sie haben eine Welt zu gewinnen! Mitteldeutsche Märzkämpfe 1921. VS (M), 18. März 1961.
- ricke, Ludwig: Jeder von uns wollte die Politik der Partei verstehen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 309–316.
- e *Erforschung* der Geschichte der deutschen Chemiarbeiter. Protokoll der Konferenz am 4. April 1959 an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg, Verlag Tribüne, Berlin 1959, 63 S.
- he, Paul: Befreites Leuna (1945–1950). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter (Rezension). ZfG, 1960, I. 8, S. 1902–1905.
- ischer, Otto: Wie Ernst Thälmann der Polizei von Halle ein Schnippchen schlug. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 307 bis 308.
- sthoff, Ingeborg: Die Geschichte der Arbeiterdenkmäler in Leuna. ML, 1960, I. 4, S. 63–65.
- tsche, Otto: Bernard Koenen – ein beehrter Arbeiterfunktionär. NW, 1959, I. 20, S. 1334–1337.
- Gotsche, Otto: Vor 40 Jahren im Mansfelder Land. Zu den Märzkämpfen 1921 in Mitteldeutschland. JW, 25. März 1961.
- Griep, Günter: Der Mansfelder Bergarbeiterstreik 1909. In: Günter Griep, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1890–1914, Verlag Tribüne, Berlin 1960, S. 111–113.
- Hoffmann, Joachim: Kämpfendes Leuna (1916–1945) – (Rezension). A, 1961, H. 3, S. 63–64.
- Unser *Kampf* galt immer dem Sieg des Sozialismus. Gespräch mit Teilnehmern an den Märzkämpfen 1921. Bahn frei, Organ der BPO der SED im VEB Waggonbau Ammendorf, 16. März 1961.
- Jährling, O.: An allen revolutionären Fronten in erster Reihe. Fr, 17. Februar 1959.
- Kasperek, Emmy: Helene Lange – eine Wegbereiterin im Frauenleben. Fr, 4. Februar 1961.
- Kauba, Helmut: Die Märzaktion 1921. Zum 40. Jahrestag der heroischen Kämpfe des Proletariats in Mitteldeutschland. Vo, 1961, Nr. 7.
- Kipp, Otto: ...und dann verlas ein Falangeoffizier 35 Namen. Was der ehemalige Spanienkämpfer aus Halle in den Kerkern von Salamanca und Sevilla erlebte. Fr, 21. März 1961.
- Kling, G./Beyer, W.: Leuna-Kröllwitz mahnt: „Auf der Flucht erschossen.“ Fr, 18. März 1961.
- Krause, Hans: Die Solidaritätsaktionen des halleschen Proletariats für Sowjetrußland während der Novemberrevolution und des Jahres 1919. In: Proletarischer Internationalismus, Verlag Rütten und Loening, Berlin 1961, S. 72 bis 78.
- Krimmer, R.: Von der demokratischen Bodenreform zum vollgenossenschaftlichen Dorf. KH, 1960, H. 9, S. 163–164.
- Kroh, Fritz: Als vor 40 Jahren der „Klassenkampf“ geboren wurde. Fr, 3. Januar 1961.
- In *Leuna* sind viele gefallen. ND (A), 21. März 1959.
- Kämpfendes *Leuna* (1916–1933). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil I, 1. Halbband. Hrsg. von der Kreisleitung der SED VEB Leuna-

- Werke „Walter Ulbricht“, Verlag Tribüne, Berlin 1961, 607 S.
- Kämpfendes *Leuna* (1933–1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil I, 2. Halbband. Hrsg. von der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, Verlag Tribüne, Berlin 1961, 329 S.
- Befreites *Leuna* (1945–1950). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil II. Hrsg. von der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, Verlag Tribüne, Berlin 1959, 316 S.
- Ein *Märzkämpfer* erzählt. *Leuna-Echo*, Organ der BPO der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, 17. März 1959.
- Massenmörder Globke muß weg! Auch für die 60 000 in Bernburg Gemordeten ist Globke mit hauptverantwortlich. Fr, Ausgabe Bernburg, 19. Januar 1961.
- Meyer, Otto: Der Blutfreitag in Halle. HM, 1959, H. 3, S. 99.
- Meyer, Otto: Kommissar Dubil beschneufelte den Bahnhof. *Leuna-Echo*, Organ der BPO der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, 23. November 1959.
- Pfretzschner, Rudolf: Das Hohelied proletarischen Heldentums. Die Märzkämpfe 1921 und ihre Lehren. LVZ, 19. März 1961.
- Die *Saat* ging auf. Es berichtet der alte Arbeiter Ludwig Lischewsky von der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Mansfelder Land. JW, 23. Februar 1961.
- Schaaf, Hans-Werner: Die Aktion „Hände weg von Sowjetrußland“ im Industriegebiet Halle während des 3. Feldzuges der Entente (1920). In: Proletarischer Internationalismus, Verlag Rütten und Loening, Berlin 1961, S. 79–85.
- Die letzte *Station*. Heute vor 20 Jahren: Max Lademann in Sachsenhausen umgebracht. BZA, 21. März 1961.
- Stein, Eberhard: In Leuna siegten die Arbeiter. (Mit geschichtlichem Rückblick und Abb.). Wissen und Leben, 1959, H. 8, S. 561–565.
- Stein, Eberhard/Otto, Herbert: „Kohlen-sache“ und „Frühjahrsreise“. Der blutige Überfall der Militaristen auf die Arbeiter unseres Bezirks vor 40 Jahren. Fr, 18. März 1961.
- Trebing, Wilhelm: So sah ich das Lager Leau. Fr, Ausgabe Bernburg, 17. Juli 1960.
- VEB *Leuna-Werke* „Walter Ulbricht“. (Zum Tag des Chemiarbeiters 1960), Leuna 1960, 7 S.
- Weber, Stefan: Vom Heldenkampf der mitteldeutschen Arbeiter im März 1921. Sozialistische Demokratie, 1959, H. 3, Beilage.
- Weber, Stefan: Mitteldeutsche Arbeiter im März 1921 im Kampf gegen die Konterrevolution. T, 25. März 1961.
- Zeittafel zur Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter 1914–1945. In: Kämpfendes *Leuna* (1933–1945), Teil I, 2. Halbband, Verlag Tribüne, Berlin 1961, S. 872–939.
- Bezirk Karl-Marx-Stadt
- Freier *Bauer* auf freier Scholle. Bodenreform im Kreis Freiberg. FF, 1960, H. 11, S. 247–251.
- Sächsische *Bauern* unter der Sensen-fahne. Ein Stück deutsche Bauerngeschichte aus der Kampfzeit des „Bundes schaffender Landwirte“. HS, 1960, H. 11, S. 228.
- Beck, Kurt: Wiedersehen nach 27 Jahren mit Adolf Müller. VS (KMSt), Ausgabe Schwarzenberg, 8. März 1961 ff.
- Berndt, Curt: „Gendarmerie kommt!“ FP, 5. Januar 1961.
- Brachmann, Botho: (Rezension) – Paul Müller u. a.: Die Verfolgung fortschrittlicher russischer Studenten in Freiberg (1893–1905). Berlin 1959. ZfG, 1960, H. 6, S. 1494–1496.
- Brendel, Friedmar: Die beiden letzten Septembertage 1945. FF, 1960, H. 9, S. 193–194.
- Dittes, Johannes: Die Arbeiterverbrüderungen 1848 in Werdau und Umgebung. KWe, 1960, H. 5, S. 6–9; H. 7/8, S. 4–9.
- Dorsch, Hedwig: Karl Liebknecht wies mir den Weg. VS (KMSt), 25. Februar 1961.
- Drechsler, Herbert: Begegnungen mit Wilhelm Pieck. P, 1960, H. 10, S. 2–3.
- Felfe, Werner: Zum 15. Jahrestag der FDJ am 7. März 1960. Millionenverband in stürmischen Tagen. VS (KMSt), 3. März 1961.



"freie Presse" enthüllt: Dokumente über Globkes Schuld im Plauener Stadtarchiv. FP, 14. Februar; 22. Februar 1961.

Frieden und Sozialismus immer bereit! Erzählungen, Berichte und Episoden aus der Geschichte der revolutionären proletarischen Kinderbewegung im ehemaligen Bezirk Chemnitz-Erzgebirge. Zusammengestellt und herausgegeben von der Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der proletarischen Kinderbewegung beim methodischen Kabinett der Bezirksleitung der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ Karl-Marx-Stadt, o. O. 1961, 30 S.

Friedrich, Richard: In Sachsenburg reichen wir uns die Hände. VS (KMSt), 29. März 1961.

Fritzsche, Otto: Die erste Stunde. FP, 21. Januar; 28. Januar; 21. Februar 1961.

Griep, Günter: Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903/1904. In: Günter Griep, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1890–1914, Verlag Tribüne, Berlin 1960, S. 81–84.

Hahn, Sepp: Mit Ernst Thälmann unterwegs. In: Deutschlands unsterblicher Bohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 136 bis 146.

Kuntzschmann, Werner: Niemandland. Schwarzenberg in der Zeit von Mai bis Juli 1945 als unbesetzte Zone. Unsere Skala, Betriebszeitung des VEB Meßgeräte Beierfeld, 7. Mai 1960.

Kurtz, Helmut: Am 7. März feiert unser Jugendverband seinen 15. Jahrestag. Wie wir den Grundstein legten. VS (KMSt), 1. März 1961.

Kühne, Max: Die illegale Trauerkundgebung für den KPD-Genossen Paul Popp 1935. KA, 1960, H. 9, S. 100–101.

Kurmann, Martin: Wie ich Sozialist wurde. KHA, 1960, H. 10, S. 146–149.

Lebte Jahre FDJ. Dem stolzen sozialistischen Jugendverband herzliche Glückwünsche zum 15. Jahrestag. FP, 7. März 1961.

Leob, Leonhard/Schulze, Martha: Genosse, wie kamst Du zur Partei? VS (KMSt), 29. März 1961.

Lebte 42 Jahren ... (in Zwickau). FP, 1. Januar 1961.

Kampf dem Hunger. Was fanden Antifaschisten vor? FP, 28. Januar 1961.

Kuntzsch, Otto: Uns schreckte kein Verbot. Episoden aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. VS (KMSt), 1. Februar 1961.

Lindner, Emil: Rot ist das Tuch, das wir entrollen. VS (KMSt), 25. Februar 1961.

Lindner, Paul: Erinnerungen an den Recenia-Streik. VS (KMSt), 14. Januar 1961.

Lorenz, Hermann: Da war in Zwickau der Teufel los (1922). P, 1960, H. 9, S. 7 bis 9.

Lorenz, Hermann: ... bis 5 Minuten nach 12. FP, 21. Januar 1961.

Malt, Hans: Das Banner steht... Episoden aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. VS (KMSt), 1. Februar 1961.

Malt, Hans/Hunger, Emil: Sieg der Aktionseinheit. Gründung der SED in Chemnitz. VS (KMSt), 29. März 1961.

Melzer, Helmut: Vorbote einer neuen Gesellschaft. Einige Lehren der Pariser Kommune. VS (KMSt), 21. März 1961.

Meinhold, Erich: Wählt Liste 3. VS (KMSt), 1. Februar 1961.

Meinhold, Erich: Grenzfahrt (1934). VS (KMSt), 15. März 1961.

Müller, Hans: Als die FDJ noch in den Kinderschuhen steckte. VS (KMSt), Ausgabe Karl-Marx-Stadt, 7. März 1961.

Müller, Paul: Warum war 1945 die Gründung der SPD notwendig? FF, 1960, H. 11, S. 243–246.

Ranft, Margarethe – (Biographische Notizen). VS (KMSt), 15. März 1961.

Rau, Else: Mein Weg zur Partei. VS (KMSt), 1. Februar 1961.

Silbermann, Max / Silbermann, Hanne: Unter sicherer Bewachung. Episoden aus der deutschen Arbeiterbewegung. VS (KMSt), 1. Februar 1961.

Steinbach, Albert: Die Kinder brauchten nicht zu warten. Episoden aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. VS (KMSt), 15. März 1961.

Strohbach, Horst: „Alles schon dagewesen.“ KHKL, 1960, H. 9, S. 103/104.

Stübner, Arthur: Begegnung mit Rosa. VS (KMSt), 14. Januar 1961.

Zum Tage des Gedenkens an die Opfer des Faschismus. Das Grab der Unbekannten. HS, 1960. H. 9, S. 190.

Tröger, Kurt: Mit Wilhelm Pieck in Plauen. Unvergessliche Begegnungen in den Jahren 1932 und 1946. FP, 5. Januar 1961.

Wächtler, Eberhard: (Rezension) – Die Novemberrevolution im Sächsischen Steinkohlenbergbau. BzG, 1961, H. 1, S. 181–183.

Wagner, Woldemar: Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik in den Jahren 1903 und 1904. (Autoreferat einer Dissertation.) WZL, 1961, Nr. 1, S. 161–163.

Walther, Lothar: Robert Blum und die Notjahre 1846/47 im Erzgebirge. GA, 1960, H. 9, S. 167–171.

Werner, Heinz: Jugend einer neuen Zeit. FP, Ausgabe Zwickau, 7. März 1961.

Winkelhöfer, Gottfried: „Schafft die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.“ Erinnerungen an unseren verstorbenen Präsidenten Wilhelm Pieck. P, 1960, H. 10, S. 3–5.

Winkelhöfer, Gottfried: Vorwärts und nicht vergessen! Zwickau in den Tagen der Novemberrevolution 1918. P, 1960, H. 11, S. 3–6.

Zapf, Wenzel: Aus der Arbeiterbewegung. KWe, 1960, H. 3, S. 7–8; H. 4, S. 3–4; H. 5, 4–5; H. 7/8, S. 10–12; H. 10, S. 3–4.

## Bezirk Leipzig

Beratung sozialdemokratischer Genossen in Leipzig: Im gemeinsamen Kampf zur Einheit. (Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz.) ND, 17. März 1961.

Bernecker, Traude/Walter, Willi: Hermann Duncker – ein sozialistischer Student in Leipzig. T, 19. August 1959.

Biering, Helmut: Aktionseinheit schlug Militärdiktatur. Zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches. Heimatkundlicher Lesebogen, herausgegeben vom Pädagogischen Kreiskabinett, Rat der Stadt Leipzig, Sonderfolge 1960, 11 S.

Biering, Helmut: Ernst Schneller und Leipzig. KL, 1960, H. 11, S. 754–756.

Biernat, Karl-Heinz: Der Reichstag brennt: Hintergründe und Auswirkungen der faschistischen Reichstagsbrandprovokation. H. 2, Schriftenreihe „Wahrheiten über den deutschen Imperialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1960, 98 S.

Dengler, Gerhard: Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der SED. So wuchs die Nationale Front. LVZ, 25. März 1961.

Frank, Bruno: Zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Wir schauten nach Deutschland. LVZ, 31. März 1961.

Zum Gedächtnis Erich Zeigners. Ein Verfechter der Einheit der Arbeiterklasse. LVZ, 17. Februar 1961.

Georgi, Charlotte: Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der SED. Als die Gleichberechtigung am Anfang stand. LVZ, 19. März 1961.

Heimbürger, Artur: (Rezension) – Erich Schumann: Wir gingen mit Karl Liebknecht. Berlin 1960. A, 1961, H. 2, S. 63–64.

Heinze, Eberhard: Vor 15 Jahren. Es begann im Februar. KAL, 1960, H. 5, S. 113–115; H. 6, S. 142–145; H. 7, S. 180–183; H. 8, S. 200–204.

Helm, Rolf: (Rezension) – Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. BzG, 1961, H. 1, S. 173–176.

Kalbe, Ernstgert: Pseudo-Historiker auf politischem Glatteis. Der Reichstagsbrandprozeß 1933 und die Fälscherkünste der „Welt der Arbeit“. LVZ, 9. März 1961.

„Keiner hat uns verraten...“ Aus den Erinnerungen des Leipziger Arbeiter-veteranen Max Schirmer. KL, 1960, H. 12, S. 806–807.

Lange, Paul: Stürmischer Wintertag 1918. Erinnerungen an die Begründer der KPD. KL, 1960, H. 12, S. 817–818.

Malige, Fred: Aus der Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung. Als die Martinskapellen mit uns zogen. KL, 1960, H. 10, S. 674–675.

Pretsch, Gerhard: Er stand an der Wiege der Arbeiterbewegung. Zum heutigen 135. Geburtstag Wilhelm Liebknechts. LVZ, 29. März 1961.

- eißer, Irene/Pichler, Rudolf: Der Funke, der zur Flamme wurde. Vor 10 Jahren erschien die erste Nummer der „Iskra“. NdL, 1960, H. 12, S. 31–33.
- Reibe, Franz: Als die „Stifte“ halfen. LVZ, 22. Januar 1961.
- Meier, Hans: Die Wahrheit – Waffe der Arbeiterklasse. Zum 115. Geburtstag Franz Mehrings, des großen Historikers, Publizisten und Revolutionärs der deutschen Arbeiterbewegung. LVZ, 8. Januar 1961.
- Ön, Otto: Stark war der Wille zur Einheit. Der Kampf der Kommunisten in Leipzig um die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage. LVZ, 4. Februar 1961.
- Farth, Rudolf: Aus der Geschichte der schmöllner Arbeiterbewegung. Der Revolution entgegen! KAL, 1960, H. 10, S. 259–260.
- Bermann, Max: Vom Widerstandskampf französischer und deutscher Kommunisten. LVZ, Ausgabe Döbeln, 2. Januar 1961.
- Reke, Werner: Wo der Funke aufbrang, der zur Flamme wurde. „Iskra“-Gedenkstätte in Leipzig-Probstei. MNN, 28. Januar 1961.
- Reke, Werner: Wo die „Iskra“ entstand. LVZ, Ausgabe Leipzig-Stadt, 10. März 1961.
- illegaler Treff (1934). LVZ, 4. März 1961.
- Rege, Karl: Widerstand im „Stalag“. Nach Angaben des Genossen Herbert Günther niedergeschrieben. LVZ, 1. Februar 1961.
- Rege, Karl: Dem Todestag Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gewidmet. LVZ, Ausgabe Leipzig-Stadt, 8. Januar 1961.
- Stadtkreis Magdeburg
- Truf von sechs der besten LPG des Stadtkreises Magdeburg zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion 1961. VS (M), 1. Februar 1961.
- er, Otto: Warum ich nicht Oberbürgermeister in Nürnberg wurde. Vor dem 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. VS(M), 18. März 1961.
- Brandt, Paul: Auf dem Weg zur Arbeitereinheit. VS(M), 2. März 1961.
- Brennecke, Bert: Schwellen über Not und Hunger. Eine Episode aus der Geschichte der Halberstädter Arbeiterbewegung. ZHB, 1960, H. 10, S. 451–456.
- Ebruy, Fritz: Faschistischer Mord an Patrioten des Kreises Osterburg. AS, 1960, H. 9, S. 258–261.
- FDJ – 15 Jahre ist sie jung! VS(M), 7. März 1961.
- Feußner, Jakob/Helmke, Gerhard: Weil sie die besten Traditionen in sich vereint. VS(M), 22. März 1961.
- Fräßdorf, H.: Kristallnacht in Zerbst. In: Zerbster Heimatkalender 1960, S. 45.
- Genz, Ursel: Menschen unserer Epoche – Walter Prinzky. VS(M), 9. März 1961.
- Gothe, Fritz: Das Bergmannsleben in den Schächten der „Vereinigten Marie-Luise“ bei Neindorf (1850–1890). ZBL, 1960, H. 1, S. 1–5; H. 2, S. 28–32; H. 4, S. 63–66; H. 5, S. 86–87; H. 6, S. 108 bis 111; H. 7, S. 121–123; H. 8/9, S. 141 bis 144; H. 10, S. 161–164; H. 11, S. 189–191; H. 12, S. 201–207.
- Heiden, Karl: Jung-Spartakus Tangermünde. HST, 1960, H. 12, S. 382–383.
- Kassner, Walter: In den Straßen Moskaus ganz überraschend an unserer Seite. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 327–329.
- Meissner, Kurt: Der Aufstand des wahren Deutschlands. Wie kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter im Bezirk Magdeburg gemeinsam gegen den Faschismus kämpften. VS(M), 9. März 1961.
- Müller, Günter: Rote Einheitsfront bei Elternbeiratswahlen (1932/33). MKu, 1960, H. 11, S. 19–20.
- Müller, Günter: Aus den Anfängen der Magdeburger Arbeiterbewegung. MKu, 1961, H. 1, S. 6–7.
9. November 1918. Aus dem Kampf der Staßfurter Arbeiterklasse. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Staßfurter Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Staßfurt, o. O. (1960), 48 S.



Pauli, Albert: Vor dem 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. „Raboti“ war das Zauberwort. VS(M), 23. März 1961.

Poppe, Karl: Die demokratische Bodenreform (im Kreis Stendal). HSt, 1960. H. 9, S. 267–270.

Prübenau, Hermann: Nie wieder getrennt marschieren. Zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. VS(M), 30. März 1961.

Quosig, Richard: Vor dem 15. Jahrestag der Vereinigung der KPD und SPD. Brüder, in eins nun die Hände! VS(M), 23. März 1961.

Ruhe, Gerhard: Friedrich Engels und die Halberstädter „Blätter für den Harz“. ZHB, 1960, H. 12, S. 516–521.

Strenickel, Hermann: Auferstanden aus Ruinen. 10 Jahre DDR und unsere Stadt Zerbst. In: Zerbster Heimatkalender 1960, S. 26–32.

## Bezirk Neubrandenburg

Immer siegten die Arbeiter, wenn sie einheitlich auftraten. Zum 41. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Kreis Templin. FE, 21. März 1961.

Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Ückermünde (1890 bis 1945). In: Festschrift zur 700-Jahr-Feier der Stadt Ückermünde. o. O. 1960, S. 12–18.

Die demokratische Bodenreform und der Beginn des sozialistischen Aufbaus im Kreis Anklam (1945–1957). In: Der Kreis Anklam in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, o. O. 1959, S. 83 bis 189.

Dinse, Fritz: 15 Jahre FDJ. „Die Partei half uns immer!“ FE, 7. März 1961.

Die Entwicklung der Eisenindustrie in Ückermünde. In: Festschrift zur 700-Jahr-Feier der Stadt Ückermünde, o. O. 1960, S. 19–24.

Der Kampf der Landarbeiter gegen Unterdrückung und Ausbeutung. In: Der Kreis Anklam in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, o. O. 1959, S. 46 bis 57.

Der Kreis Anklam in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hrsg. vom

Rat des Kreises Anklam, o. O. 1959, S. 235.

Die Lage der Landarbeiter und Tagelöhner bis zum Jahre 1945. In: Der Kreis Anklam in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, o. O. 1959, S. 3 bis 43.

Rühle, Otto: Grundlagen der Bezirksökonomik Neubrandenburgs. In: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für die Wirtschaftswissenschaften, Bd. 2, 1959, S. 224–228.

Und ihr habt doch gesiegt. Erinnerung an Adolf Bytzek aus Torgelow. FE, 20. Februar 1961.

## Bezirk Potsdam

Beckmann: Von den kommunistischen Kindergruppen zur Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. KBH, 1960, H. 12, S. 5.

Belz, Willi: „Wenn wir hier noch einmal lebend herauskommen...“ Im Kreis Sachsenhausen wurde eine Kampf- und Solidaritätsgemeinschaft geschmiedet. Tat, 18. März 1961.

In der Betriebsgeschichte von Chemnitz Teer geblättert. KV, 1960, H. 11, S. 3–4.

Der rote Betriebsrat (Gustav Gersinski). KV, 1960, H. 9, S. 6–7.

Bloch, Fritz: Die Initiatoren der Unmenschlichkeit. (KZ Sachsenhausen). SZ, 22. März 1961.

Bohdan, Rossa: Das „andere“ Deutschland. Tschechische Studenten im KZ Sachsenhausen. MV, 19. März 1961.

Buchmann, Albert: Er gab uns immer wieder neue Kraft. In: Deutschland unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin, 1961, S. 387–389.

Bütfisch machte Bombengeschäfte. Drei bis sechs Mark täglich pro KZ-Häftling. Aus dem Schuldbuch der IG-Farben. NZe, 25. Februar 1961.

Zur Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. „Ich werde den Radioapparat ins Lager schaffen...“ FE, 25. März 1961.

Finker, Kurt: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches im damaligen Regi-

- ungsbezirk Potsdam. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1960, 74 S.
- anke, Otto: Über die Organisierung der illegalen ZK-Tagung im Sporthaus Ziegenhals. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 385–386.
- Freund Wassili. (KZ Sachsenhausen.) JW, 4. März 1961.
- Gründung der KPD in unserer Stadt. KV, 1960, H. 12, S. 8–9.
- Horst: „Abgemacht! Wir brechen aus!“ (KZ Sachsenhausen.) FE, 25. März 1961.
- Thomas: „Nicht eher zu ruhen und zu rasten!“ Zur Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. Erinnerungen. SZ, 22. März 1961.
- Konzentrationslager Sachsenhausen. SNN, 23. März 1961.
- oh, Fritz: Wie wir von der Ermordung Ernst Thälmanns erfuhren. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 442–448.
- ube, Kurt: Albert Klink, ein Nowaweser Kämpfer. MV, 3. März 1961.
- enau, Heinrich: Der erste Tag im KZ Sachsenhausen. NNN, 20. März 1961.
- de, Walter: Wir erfüllen Karl und Rosas Vermächtnis. MV, Ausgabe Potsdam-Stadt, 15. Januar 1961.
- renz, K. R.: Aus der Geschichte des KZ Sachsenhausen. MZe, 7. Februar; 1. Februar 1961.
- renz, K. R.: Widerstandskampf im KZ Sachsenhausen. NZe, 21. Februar 1961.
- hler, Christian: Die Männer mit den roten Winkeln. (KZ Sachsenhausen.) IV, 19. März 1961.
- u, Peter: Wo sie starben, blüht ein Rosenstrauch. Besuch im früheren KZ Sachsenhausen. Einweihung der Gedenkstätte am 23. April 1961. Tat, Oktober 1960.
- enhauer und Willy Brandt haben alles vergessen. Im KZ Oranienburg wurde die Geschichte mit Blut geschrieben. T, Ausgabe Bernau, 17. März 1960.
- Unsterbliche Opfer mahnen – Erfüllt den Schwur! KV, 1960, H. 9, S. 4–5.
- Opitz, Max: Wir dachten an Deutschland. (KZ Sachsenhausen.) BZ, 31. März 1961.
- Ravensbrück. (Bildband.) Kongreß-Verlag, Berlin 1960, 151 S.
- Richter: Für eine Doppelscheibe Brot! Ehemaliger Häftling aus dem KZ Sachsenhausen berichtet. SNN, 15. Februar 1961.
- Riedel, Liesa: In Einheit zum Sozialismus. Vereinigung von KPD und SPD im Kreis Neuruppin. MV, Ausgabe Neuruppin, 23. Februar 1961.
- Rote Rosen auf blutgetränkter Erde. (KZ Sachsenhausen.) SNN, 4. Februar 1961.
- Sachsenhausen – Mahn- und Gedenkstätte. Aus der Geschichte des faschistischen Konzentrationslagers. NZe, 25. Februar 1961.
- Schlegel, Alfred: Bevor die „Aurora“ eine neue Zeit verkündete, Arbeiter-veteran Arthur Lober aus Bornstedt berichtet von jenen Tagen. MV, 6. November 1960.
- Schliesser, Gerhard: Gedenkt unser aller Mütter und Schwestern. In: Urania-Universum. Bd. VI, Urania-Verlag, Leipzig/Jena 1960, S. 280–291.
- Seibt, Kurt: Über die Erfahrungen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1960 und die Arbeit mit den Menschen. Aus dem Bericht des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Potsdam und Mitglied des ZK auf der 12. Tagung des Zentralkomitees, ND, 19. März 1961.
11. September – Gedenktag für die Opfer des Faschismus. (Tagebuchnotizen aus dem KZ Sachsenhausen.) KRS, 1960, H. 9, S. 149–150.
- Sindermann, Horst: Einheit – im Kampf geschmiedet. Über den Widerstandskampf im KZ Sachsenhausen. OZ, 21. März 1961.
- Ständer, Kurt: Die Veltener Arbeiterbewegung vor 50 Jahren. KV, 1960, H. 8, S. 10–12.
- Ständer, Kurt: Wilhelm Pieck – Lehrer der Veltener Arbeiter. KV, 1960, H. 10, S. 3.

**Stöpper, Alex:** Vor dem 15. Jahrestag der SED. Alles war in unseren Herzen vorbereitet. MV, 30. März 1961.

**Stobbe, Alfred:** Aus der Arbeiterbewegung im Osthavelland. MH, 1960, H. 3, S. 185/186.

**Süßenbach, Erich:** Erinnerungen aus der Zeit der Kämpfe der Arbeiterschaft vor 1933. KLu, 1960, H. 5, S. 3/4; H. 6, S. 3/4; H. 7, S. 3/4; H. 8, S. 6-8.

**Sußmann, Hans:** Die Zeit trägt einen roten Stern. (Teupitz 1945.) MV, Ausgabe Königswusterhausen, 14. März 1961.

**Thälmann, Rosa:** Kampf ums Leben. (Internationaler Frauentag im KZ Ravensbrück.) Fvh, 3. März 1961.

**Todesstation:** Meißnerhof. (Richard Ungermann.) KV, 1960, H. 9, S. 7.

**Urban, Karl:** 15 Jahre SED. Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945 bis April 1946). Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Potsdam, o. O. 1961, 87 S.

**Vorwärts** — der Sozialismus siegt! (1929 bis 1959.) VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ Hennigsdorf, o. O. 1959.

**Vorwärts** und nicht vergessen... Ein Beitrag zur Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung von 1933-1945. Hrsg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung, o. O. 1960, 63 S.

**Weigelt:** Ein Kämpferherz. (Theodor Neubauer.) KBH, 1960, H. 9, S. 18-19.

**Winkler, Klaus:** Der Sieg der Menschenwürde. Zur bevorstehenden Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. ND, 22. Februar 1961.

**Wo wir waren — wo wir sind.** Die Entwicklung des Kreises Jüterbog im Zahlenspiegel (1952 bis 1959). Hrsg. von der SED-Kreisleitung Jüterbog, o. O. 1960, 32 S.

**Wölk, Arthur:** „Laßt uns mal den Wilhelm fragen.“ Wilhelm Pieck, Abgeordneter des ersten Landtages des

demokratischen Deutschlands im Lande Brandenburg. MV, 9. September 1960.

**Wolf:** Geschichte der Arbeiterbewegung erforschen. MV, Ausgabe Potsdam-Stadt, 23. November; 6. Dezember 1960; 25. Januar 1961.

**Zeittafel** des Konzentrationslagers Sachsenhausen (gekürzt). IHW, 1960, H. 4, S. 145-150.

## Bezirk Rostock

**Aktionseinheit** stärker als Militaristen. Landarbeiter fügten den Volksfeinden im März 1920 empfindliche Niederlagen zu. Das sozialistische Dorf, Wolgast, 17. März 1961.

Ein Arbeiter bei Arbeitern. Als Präsident Wilhelm Pieck die Warnow-Werft besuchte. OZ, 8. September 1960.

**Aufruf** zum VI. Deutschen Bauernkongreß (in Rostock). OZ, 24. September 1960.

**Baier, Karl:** Die Erben der Roten Matrosen. ND, 20. November 1960.

Aus dem Bericht des Büros der Bezirksleitung Rostock der SED auf der Bezirksleitungssitzung am 21. Oktober 1960. OZ, 22. Oktober 1960.

**Beschluß** des VI. Deutschen Bauernkongresses. ND, 14. Dezember 1960.

**Buddrus, Evelyn:** Die demokratische Bodenreform im Kreis Bad Doberan und ihre historische Bedeutung. BzZ, 1960, H. 4, S. 262-275.

**Buddrus, Evelyn:** Die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Kreis Doberan und ihre historische Bedeutung. WZR, 1961, H. 1, S. 19-44.

**Hacker, Hermann:** Dem 15. Jahrestag der SED entgegen. Unser Kampf war nicht umsonst. Unser sozialistisches Dorf Wismar, 28. März 1961.

**Heydeck, Klaus:** Traditionen der sozialistischen Literatur in Mecklenburg. NdL, 1959, H. 11, S. 115-120.

**Heydeck, Klaus:** Die Roten Studenten der Alma Mater. OZ, Ausgabe Rostock-Stadt, 7. Januar 1961.

**10 Jahre Arbeiter-und-Bauern-Macht** im Stadt- und Landkreis Wismar. Hrsg.



## Kritik und Bibliographie

vom Kreiskomitee „10. Jahrestag der DDR“, o. O. 1959, 51 S.

*Jahre DDR.* Kreis Rostock gestern und heute. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“, o. O. 1959, 12 S.

*Jahre demokratische Bodenreform.* Ehemaliger Landarbeiter erzählt aus seinem Leben. Das Bündnis, Rügen, 19. August 1960.

*Vor 15 Jahren* der erste Spatenstich. Arbeiter schreiben die Geschichte unserer Stadt. OZ, Ausgabe Rostock-Stadt, 4. März 1961.

*Vor 113 Jahren* in Mecklenburg. Bürgerliche Revolution 1848. Pressestimmen aus jener Zeit. NdZ, 18. März 1961.

*Der Kampf* am Wasserwerk. Wie die Landarbeiter im März 1920 gegen die Reaktion antraten. Das neue Dorf, Greifswald, 28. März 1961.

*Holl, Georg:* Die Freie Deutsche Jugend im Kampf um den Frieden im Ostseeraum (1955–1959). WZR 1959/60, Nr. 1, S. 59–86.

*Polzin, Martin:* Die Kämpfe der Industrie- und Landarbeiter an der mecklenburgischen Ostseeküste im März 1920 gegen die Kapp-Putschisten und ihre Lehren. WZR, 1959/60, H. 1, S. 43 bis 48.

*Schneider, Georg:* Vor 70 Jahren fiel das Sozialistengesetz. Rostocks Roter Postmeister Martin Erdbeer war stärker als Bismarck. OZ, 30. September 1960.

*Schult, Willi:* Neues Leben im alten Turm. Steintor in Rostock wird Forschungsstelle für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. OZ, 5. Februar 1959.

*Schubert, Heinz:* Die direkte Hilfe der Arbeiterklasse des Kreises Wismar beim Aufbau der LPG durch die Patenschaftsarbeit der Betriebe – ein Ausdruck der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern in der DDR. WZG, 1958/59, Nr. 5/6, S. 503–511.

*Schubert, Heinz:* Die unmittelbare Hilfe der Arbeiterklasse des Bezirks Rostock bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. BzZ, 1960, H. 3, S. 167–174.

*Weber, E.:* Zur Entwicklung der Industrie im Bezirk Rostock. WZG, 1958 u. 1959, Nr. 5/6, S. 501–503.

*Wehrli, Hans:* Forschung und Lehre im Dienste des Volkes. Vor 15 Jahren wurde die Universität Greifswald wieder eröffnet. OZ, 15. Februar 1961.

*Wilhelm Pieck* half. 1949 bei den Stralsunder Werftarbeitern. OZ, 10. September 1960.

*Wilhelmus, Wolfgang/Wegner, Edith/Rönsch, Siegfried:* Wie die neue Zeit begann. Zum 15. Jahrestag der Befreiung. OZ, Ausgabe Greifswald, 3. Mai 1960 ff.

*Wilhelmus, Wolfgang/Fritze, Konrad:* Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der Hanse und der internationalen Beziehungen im Ostseeraum“. GS, 1960, H. 7, S. 662–664.

*Das Wort, das nicht verzeiht.* Verse und Prosa aus der proletarisch-revolutionären Literatur Mecklenburgs. VEB Hinstorff Verlag, Rostock 1960, 59 S.

### Bezirk Schwerin

*Die Arbeitereinheit* bezwang Kapp. Zum 41. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches. SVZ, 17. März 1961.

*Brief* des ZK der SED an alle Bauern des Bezirkes Schwerin! An die Bezirksleitung Schwerin der SED! An den Bezirksausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland! In: Junkerland in Bauernhand, S. 79/80.

*Bruhns, Marlene:* Der revolutionäre Kampf der Werktätigen in Bützow und Umgebung gegen den Kapp-Putsch im März 1920. WZR, 1961, H. 1, S. 45–62.

*Zwei Dörfer* in Deutschland. Hrsg. von der Bezirksleitung Schwerin der SED, o. O. 1960, 31 S.

*Geschichtliches Ereignis* in Mecklenburg. In einem Pressegespräch berichtete von KPD und SPD. NdZ, 24. Februar 1961.

*Folberger, Hans:* Das Bauernlegen von gestern und heute. In: Junkerland in Bauernhand, S. 57–62.

*Glückauf, Erich:* So siegte die Einheit. Aus historischen Tagen und Wochen im

- Land Mecklenburg vor 15 Jahren. ND, 29. März 1961.
- Gäth, Otto/Bruhns, Ernst: Das Fundament – Einheit der Arbeiterklasse. In: Junkerland in Bauernhand, S. 57–62.
- Hase, August: Mecklenburg früher – Landarbeiterhölle und Junkerparadies zugleich. Erinnerungen an das Leben der Landarbeiter in Mecklenburg vor und nach dem ersten Weltkrieg. In: Junkerland in Bauernhand, S. 30–33.
- Hinrichs, Ernst: Vom Landarbeiter zum Genossenschaftsbauern. BzZ, 1960, H. 4, S. 287/288.
- Hübner, Hans: Zur Landarbeiterfrage in der Novemberrevolution. In: Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 191–199.
- 10 Jahre DDR und die Entwicklung der Fleischwarenfabrik zum VEB (B) Fleischkombinat Ludwigslust, o. O. 1959.
- 10 Jahre Politik für Frieden, Wiedervereinigung und wirtschaftlichen Aufstieg. Hrsg. von der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Kreis-ausschuß Ludwigslust, o. O. 1960, 80 S.
- Junkerland in Bauernhand. Von der Junkerherrschaft zum Sozialismus. Hrsg. zum 15. Jahrestag der demokratischen Bodenreform von der Bezirksleitung Schwerin der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. 1960, 80 S.
- Junkerland den Bauern. Aufruf des Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien an die Werktätigen Mecklenburg-Vorpommerns (vom September 1945). In: Junkerland in Bauernhand, S. 73–75.
- Juranowsky, Jupp/Cwielong, Leo: Einst rechtlos – heute freie Genossenschaftsbauern. In: Junkerland in Bauernhand, S. 63–67.
- Krüger, Ernst Albert: Von der ritterlichen Schule zur sozialistischen Oberschule. In: Junkerland in Bauernhand, S. 68–72.
- Merkel, E./Theek, K.: Der Satan in der schwarzen Robe. „Schweriner Volkszeitung“ enthüllt: Mörder des Garbower Bürgers Karl Grabs heute in Bonner Diensten. SVZ, 10. März 1961.
- Schroeder, Herbert: Die Junker zitterten. Ein Kapitel aus den Tagen des Kapp-Putsches. In: Junkerland in Bauernhand, S. 34–36.
- Die „Schweriner Volkszeitung“ enthüllt an Hand von Originaldokumenten: Den Schlächter von Schwerin – Bonns Idol. Standgerichtsgeneral Lettow-Vorbeck. SVZ, 8. November 1960.
- Stein, Siegfried: Die demokratische Bodenreform in Mecklenburg – ein Schlag gegen den Imperialismus und Militarismus. Hrsg. von der Bezirksleitung Schwerin der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. (1960) 78 S.
- Stein, Siegfried: Die nationale Bedeutung der demokratischen Bodenreform. In: Junkerland in Bauernhand, S. 30 bis 57.
- Stein, Siegfried: Die nationale Bedeutung der demokratischen Bodenreform. Zum 15. Jahrestag der Durchführung der demokratischen Bodenreform. GS 1960, H. 9, S. 769–775.
- Steinmann, Paul: Bauer und Ritter in Mecklenburg. Wandlungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse im Westen und Osten Mecklenburgs vom 12./13. Jahrhundert bis zur Bodenreform. Petermücken-Verlag, Schwerin 1959, 328 S.
- Wiesner, Erich: Weiß war sein Haar, aber jung sein Herz. Aus dem Leben unseres ersten Arbeiterpräsidenten erzählt. SVZ, 8. September 1960.
- Wiesner, Erich: Massenmord von Sachsenhausen noch nicht gesühnt. Aud Globke gehört auf die Anklagebank. SVZ, 17. Oktober 1960.
- Wiesner, Erich: So wurde in Mecklenburg die Arbeitereinheit geschmiedet. SVZ, 22. Februar 1961.
- Wiesner, Erich: Zwei Ströme zum Strom vereinigt. SVZ, 3. März 1961.
- Wiesner, Erich: Zum 15. Jahrestag der SED. Die Genossen schritten zur Tat. SVZ, 15. März 1961.

ezirk Suhl

chel, Fritz: Wir lernten aus den März-  
agen 1920. FW, 16. März 1961.

s der *Chronik* eines Kinderheimes  
„Mopr“). FW, Ausgabe Ilmenau, 3. Ja-  
nuar 1961.

ther, M.: Der rote Doktor und seine  
Salzunger Genossen. FW, Ausgabe Bad  
Salzungen, 10. Dezember 1960.

An einem Wintertag vor 50 Jahren. Er-  
innerungen an Wilhelm Pieck. FW.  
Ausgabe Ilmenau, 3. Januar 1961.

Wollenschläger, Herbert: Wie ich mei-  
nem Studienrat in Fehrenbach begege-  
nete. Nach eigenem Erleben und Be-  
richten des Parteiveteranen Hugo  
Franz. FW, 14. Januar 1961.

## СОДЕРЖАНИЕ

льтер Ульбрихт, День великого объединения рабочего класса всей Герма-  
ни наступит; Об руководящей роли Коммунистической Партии Германии и  
Центрального Комитета в антифашистской борьбе сопротивления; Горст  
рбе, О национальном значении работы Карла Либкнехта «Милитаризм  
антимилитаризм»; Вольфганг Шрёдер / Густав Зебер, О некоторых про-  
емах революционной борьбы немецкого рабочего класса в девяностых  
дах XIX века и ее освещении в западногерманской историографии; Вос-  
минания; Документы и материалы: Вернер Краузе, Не-  
убликованное письмо Фридриха Энгельса о теории стоимости; Научные  
общения и заметки: Зигфрид Иттерсгаген / Гейнц Карл / Вальтер  
иммер, Государственный переворот и массовая стачка; В. А. Варга, Из  
тории солидарности и боевых связей немецкого и румынского рабочих  
ижений в период 1900—1939 гг.; О работе комиссии по исто-  
и местного рабочего движения; Отчеты и замеча-  
ия: Новые публикации польских историков по истории рабочего движе-  
я в Силезии (Барбара Шерер / Ержи Пабиш); Представители четырех  
нтинентов обвиняют боннских неоколониалистов (Герберт Нейманн); О  
учной дискуссии в Высшей партийной школе им. «Карла Маркса» (Анне-  
з Фогтлендер); Критика и библиография.



## CONTENTS

*Walter Ulbricht*, The grand union of the working class of all Germany will come; On the leading role of the Communist Party of Germany and its Central Committee in the anti-fascist struggle; *Horst Syrbé*, The national significance of the work by Karl Liebknecht "Militarism and anti-militarism"; *Wolfgang Schröder/Gustav Seeber*, Some points regarding the revolutionary struggle of the German working class in the last decade of the nineteenth century, and its representation in the historical writings of Western Germany; Reminiscences; Documents and materials: *Werner Krause*, An unpublished letter by Frederick Engels about the theory of value; Scientific information and notes: *Siegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer*, Coup de état and mass strike; *V. A. Varga*, About the relations of solidarity and the common struggle of the German and Roumanian labour movement from the turn of the century until 1939; From the Work of the Committees for the History of the Local Working-Class Movement; Reports and remarks: New publication of Polish historians on the history of the labour movement in Silesia (*Barbara Szerer/Jerzy Pabisz*); Representatives from four continents indict the Bonn neo-colonialists (*Herbert Neumann*); Remarks about a scientific discussion at the Parteihochschule "Karl Marx" (*Annelies Voigtländer*); Criticism and Bibliographie.

## CONTENU

*Walter Ulbricht*, La grande alliance de la classe ouvrière se réalisera dans toute l'Allemagne; Le rôle dirigeant du Parti Communiste d'Allemagne et des Comités Centraux dans le combat de résistance antifasciste *Horst Syrbé*, De la signification nationale de l'ouvrage de Karl Liebknecht «Militarisme et Antimilitarisme»; *Wolfgang Schröder/Gustave Seeber*, Concernant quelques problèmes du combat révolutionnaire de la classe ouvrière dans les dix dernières années du 19ème siècle et son interprétation dans les travaux historiques en Allemagne Occidentale; Souvenirs; Documents et matériel: *Werner Krause*, Une lettre inédite de Friedrich Engels sur la théorie de la valeur; Notices et communications scientifiques: *Siegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer*, Coup d'Etat et grève de masse; *V. A. Varga*, De l'histoire des rapports de la solidarité et des combats de la classe ouvrière allemande et roumaine de la fin du 19ème siècle jusqu'en 1939; Travaux des Commissions d'études de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: Nouvelles publications d'historiens polonais de l'histoire du mouvement ouvrier en Silésie (*Barbara Szerer/Jerzy Pabisz*); Des représentants de quatre continents assucent le néocolonialisme de Bonn (*Herbert Neumann*); propos d'une discussion scientifique engagée à l'Université du Parti «Karl Marx» (*Annelies Voigtländer*); Critiques et Bibliographie

## AUTOREN DIESES HEFTES

- Walter Ulbricht*, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED; Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
- Horst Syrbe*, wissenschaftlicher Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Wolfgang Schröder*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Leipzig
- Gustav Seeber*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Leipzig
- Fritz Gäbler*, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED, Berlin
- Dr. Werner Krause*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Siegfried Ittershagen*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Heinz Karl*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Walter Wimmer*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- V. A. Varga*, Professor; Kandidat der Geschichtswissenschaft; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei, Bukarest
- Erna Gute*, Mitglied der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Stadtleitung der SED, Dresden
- Herbert Gute*, Professor; Mitglied der Stadtleitung der SED, Dresden
- Dr. Barbara Szerer*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Wrocław
- Jerzy Pabisz*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Wrocław
- Herbert Neumann*, wissenschaftlicher Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Annelies Voigtländer*, wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Ferdinand Greiner*, Parteiveteran, Cottbus
- Guido Zamis*, Journalist, Berlin
- Heinz Wohlgemuth*, Dozent am Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- J. S. Drabkin*, Kandidat der Geschichtswissenschaft; Abteilungsleiter in der Redaktion der Zeitschrift „Neue und neueste Geschichte“ Moskau
- Fritz Zimmermann*, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Gertraud Schemmel*, wissenschaftliche Assistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Karl Richter*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin

## REDAKTIONSKOLLEGIUM

Ludwig Arnold, Horst Bartel, Ludwig Einicke (Chefredakteur), Herwig Förder  
Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur), Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe,  
Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner

Redaktionsschluß: 24. Mai 1961

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 – Verlag: Dietz Verlag GmbH, Berlin C 2, Wallstraße 76–79, Tel. 27 63 61, Lizenznummer: 54 67 – Zuschriften, die den Inhalt betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag zu richten – Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM – Bezugsmöglichkeiten: Für das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin örtliche Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Berlin C 1, Leninstraße 16 –  
Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin



N. S. Chruschtschow

## **Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg**

588 Seiten · Ganzleinen 7,50 DM

Die allgemeine und vollständige Abrüstung aller Staaten forderte N. S. Chruschtschow im Namen der Regierung der Sowjetunion auf der UNO-Vollversammlung und machte sich damit zum Sprecher aller friedliebenden Menschen. Die vorliegende Auswahl seiner Reden aus dem Jahre 1959 legt wiederum Zeugnis ab von dem ständigen Bestreben des sowjetischen Staatsmannes, den Frieden in der Welt zu sichern. Der volkstümliche Humor, die beißende Ironie, die sich an die Adresse der Kriegstreiber richtet, aber auch die echte Leidenschaft im Kampf gegen den Krieg und die tiefe Liebe zum einfachen Volk lassen die Lektüre dieses Buches zum besonderen Erlebnis werden.



Weiterhin empfehlen wir:

### **Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz**

Reden, Gespräche und Antworten · 460 Seiten · Ganzleinen 4,- DM

### **Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus**

Reden, Gespräche und Antworten · 606 Seiten · Ganzleinen 5,80 DM



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstr. 76-79

# Internationale Reihe

Neuerscheinungen

Wolfgang Schüler

## **„Apartheid“ regiert Südafrika**

60 Seiten · Mit 1 Karte · Broschiert 1,50 DM

E. L. Nitoburg

## **Kuba kämpft um seine Unabhängigkeit**

60 Seiten · Mit 1 Karte · Broschiert 0,70 DM

Antonio Nuñez Jiménez

## **Die Bodenreform auf Kuba**

Kurzer historischer Abriß

35 Seiten · Broschiert 0,80 DM

## **Indonesien, Burma und Malaya im Kampf um Unabhängigkeit und Demokratie**

204 Seiten · Mit 2 Karten · Broschiert 3,60 DM

B. Bajanow

## **Das neue Korea im Vormarsch**

172 Seiten · Broschiert 2,80 DM

Albert Norden

## **Das spanische Drama**

Ergänzte und überarbeitete Ausgabe der Broschüre

„Die spanische Tragödie“

132 Seiten · Broschiert 1,50 DM

## **Arbeit und Kultur im Kommunismus**

Probleme des entfalteten Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR

172 Seiten · Broschiert 2,50 DM



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstr. 76-79



Marx/Engels

## Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung

Aus Werken, Schriften, Briefen

In zwei Bänden

Besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Band I · Von der Frühzeit bis zum 18. Jahrhundert

84 Seiten · Kunstleder 12,- DM

Der Band enthält alle der Marxforschung bis heute bekannt gewordenen Arbeiten und Aussprüche der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zur deutschen Frühgeschichte und zur Geschichte Deutschlands bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts.

Fast alles, was Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten ihres Lebens aus den verschiedensten Anlässen über die weiter zurückliegende Vergangenheit unseres Volkes und Landes geschrieben haben, ist in diesem Band vereinigt.

W. I. Lenin

## Über die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung

Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze, Reden und Briefe

Bücherei des Marxismus-Leninismus, Band 58

392 Seiten · Kunstleder 5,50 DM

Aus der Fülle der Arbeiten Lenins, in denen er zu Ereignissen und Problemen der internationalen Arbeiterbewegung Stellung nimmt, wurde eine Auswahl getroffen. Der Band enthält u. a. Artikel zu Parteitagungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu Kongressen der II. Internationale, zu Fragen der englischen, französischen, italienischen und anderer sozialistischer Parteien. Mit dem Brief Lenins an die deutschen Kommunisten vom August 1921 schließt diese chronologische Auswahl.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79



